

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Nachdruck der deutschsprachigen Erstausgabe, Berlin 1957.
Übersetzt nach der siebenten russischsprachigen Ausgabe, Moskau 1954.

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 10 20 51
D-63020 Offenbach

1. Auflage 2004

ISBN 978-3-932636-86-8

**Die Kommunistische Partei der
Sowjetunion in Resolutionen
und Beschlüssen der Parteitage,
Konferenzen und Plenen des ZK**

Band VII: 1927–1929

Band VIII: 1929–1932

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion
in Resolutionen und Beschlüssen
der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

1898 - 1954
B a n d VII

Ins Deutsche übertragen nach der siebenten
russischen Ausgabe in III Teilen.

Die deutsche Ausgabe wird aus Anlaß des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED besorgt.

Als Manuskript gedruckt. Nur für den internen
Gebrauch.

Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED - Lehrstuhl für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus, Lehrkabinett, Berlin 1957.

Vorbemerkungen

Der vorliegende Band enthält die Resolutionen und Beschlüsse der KPdSU vom XV. Parteitag der KPdSU (B), Moskau, 2. bis 19. Dezember 1927 bis zu der XVI. Parteikonferenz der KPdSU (B), Moskau, 23. bis 29. April 1929.

Die Redaktion lag in den Händen des Genossen Ulrich Kuhirt vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Die Übersetzung der Resolutionen und Beschlüsse ist nicht autorisiert.

Wir bitten alle Benutzer, Ungenauigkeiten und Übersetzungsfehler dem Lehrkabinett des Lehrstuhls für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin W 8, Taubenstraße 19-23, mitzuteilen.

Inhaltsverzeichnis

XV. Parteitag der KPdSU (B), Moskau, 2. bis 19. Dezember 1927	1 - 98
Resolutionen und Beschlüsse des Parteitages	3
Zum Rechenschaftsbericht des Zentral- komitees	3
Zum Rechenschaftsbericht der Zentra- len Revisionskommission	16
Über die Arbeit der Zentralen Kon- trollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion	16
Zum Rechenschaftsbericht der Delega- tion der KPdSU (B) im EKKI	26
Über die Direktiven zur Aufstellung des Fünfjahrplanes der Volkswirt- schaft	31
Über die Arbeit auf dem Lande	62
Über die Opposition	93
Zur Erklärung der Opposition vom 19. Dezember	97
Zu einzelnen organisatorischen Fragen	97
Gemeinsames Plenum des ZK und der ZKK, 6. bis 11. April 1928	99 - 128
Resolutionen des Plenums	99
Über die Getreidebeschaffung des laufenden Jahres und die Organisation der Getreidebeschaffungskampagne für das Jahr 1928/29	99

Der Schachty-Prozeß und die prak- tischen Aufgaben im Kampf gegen die Mängel des wirtschaftlichen Aufbaus	113
Plenum des ZK der KPdSU (B), 4. bis 12. Juli 1928	129 - 151
Resolutionen des Plenums	129
Zur Politik der Getreidebeschaffung im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage	129
Über die Organisierung neuer (Ge- treide-) Sowjetwirtschaften	138
Über die Verbesserung der Ausbildung neuer Spezialisten	140
Plenum des ZK der KPdSU (B), 16. bis 24. November 1928	152 - 189
Resolutionen des Plenums	152
Über die Kontrollziffern der Volks- wirtschaft für das Jahr 1928/29	152
Über die Werbung von Arbeitern für die Partei und die Regulierung des Wachstums der Partei	177
Gemeinsames Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B), 16. bis 23. April 1929	190 - 218
Resolutionen des Plenums	190
Über innerparteiliche Angelegenheiten	190
Entschließung der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsi- diums der ZKK über innerparteiliche Angelegenheiten vom 9. Februar 1929 .	201

XVI. Parteikonferenz der KPdSU (B), Moskau, 23. bis 29. April 1929	219 - 301
I. Die Resolutionen der Konferenz	220
Über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft	220
Über die Wege zur Hebung der Land- wirtschaft und über Steuererleichte- rungen für den Mittelbauern	230
Die bisherigen Ergebnisse und die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Bürokratismus	253
Über die Reinigung der KPdSU (B) und die Überprüfung ihrer Mitglieder und Kandidaten	279
Über innerparteiliche Angelegenheiten	293
II. Aufruf der Konferenz	294
An alle Arbeiter und werktätigen Bauern der Sowjetunion	294

XV. Parteitag der KPdSU(B)

Moskau, 2. bis 19. Dezember 1927

Auf dem Parteitag waren 898 Delegierte mit beschließender und 771 mit beratender Stimme anwesend, die 887.233 Parteimitglieder und 348.957 Kandidaten vertraten.

Tagesordnung des Parteitages: 1) Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees; 2) Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission; 3) Rechenschaftsbericht der Zentralen Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion; 4) Rechenschaftsbericht der Delegation der KPdSU(B) in der Komintern; 5) Richtlinien zur Aufstellung des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft; 6) Über die Arbeit auf dem Lande; 7) Wahlen der zentralen Organe.

Zur Zeit der Einberufung des XV. Parteitages der KPdSU(B) zeichneten sich die Erfolge der Politik der sozialistischen Industrialisierung und ein rasches Wachstum der sozialistischen Industrie ab.

Die Parteidiskussion vor dem XV. Parteitag hatte bewiesen, daß die Massen der Parteimitglieder sich völlig eins waren und sich fest um das Zentralkomitee der Partei, mit J.W.Stalin an der Spitze, geschlossen hatten. Für die Politik des ZK stimmten 724.000 Parteimitglieder, für den Block der Trotzkiisten und Sinowjew-Leute 4.000, also weniger als ein Prozent.

Nachdem der trotzkistisch-sinowjewistische Block in der Parteidiskussion ein Fiasko erlitten hatte, ging er zu schärferen Formen des Kampfes gegen die Partei und die Sowjetmacht über. Mit ihren sowjetfeindlichen Reden stellten sich die Anführer des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks außerhalb der Partei, und am 14. November 1927 schloß die Vereinigte Versammlung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission Trotzki und Sinowjew aus der Partei aus.

Der XV. Parteitag nahm einstimmig eine Resolution an, in der die politische und organisatorische Tätigkeit des Zentralkomitees gebilligt wurde. Der Parteitag beauftragte das ZK, die sozialistische Industrialisierung in unvermindertem Tempo weiterzuführen, die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente fortzusetzen und dabei Kurs auf ihre Liquidierung zu nehmen. Als primäre Aufgabe bezeichnete der Parteitag die allmähliche Überführung der kleinen Bauernwirtschaften zur sozialistischen Großproduktion.

Der XV. Parteitag faßte einen Beschluß über die allseitige Entfaltung der Kollektivierung der Landwirtschaft, er legte weiter einen Plan zur Erweiterung und Festigung der Kollektivwirtschaft und Sowjetwirtschaften fest und gab klare Richtlinien bezüglich der Methoden des Kampfes für die Kollektivierung der Landwirtschaft. Der XV. Parteitag war der Parteitag der Kollektivierung. Der Parteitag erkannte als notwendig, einen Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten.

Nachdem der den sozialistischen Aufbau betreffende Fragenkomplex abgeschlossen war, ging der XV. Parteitag zur Frage der Liquidierung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks über.

Der Parteitag erklärte, daß "die Opposition mit dem Leninismus ideologisch gebrochen hat, zu einer menschenwivistischen Gruppe entartet ist, den Weg der Kapitulation vor der internationalen und inneren Bourgeoisie beschritten und sich objektiv in ein Werkzeug dieser Kraft gegen das Regime der proletarischen Diktatur verwandelt hat."

Der Parteitag stellte fest, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition in programmatische umgeschlagen waren und daß die trotzkistische Opposition den Weg des antisowjetischen Kampfes eingeschlagen hatte.

Darum erklärte der XV. Parteitag die Zugehörigkeit zur trotzkistischen Opposition und die Propagierung ihrer

Anschauungen für unvereinbar mit dem Verbleiben in den Reihen der bolschewistischen Partei. Er billigte den Beschluß des ZK und der ZKK vom 14. November 1927 über den Ausschluß Trotzki's und Sinowjews aus der Partei und schloß alle aktiven Teilnehmer der trotzkistischen Opposition und die ganze Sapronow-Gruppe des "demokratischen Zentralismus" aus der Partei aus.

Der Parteitag wählte die zentralen Parteinstanzen: das Zentralkomitee mit 71 Mitgliedern und 50 Kandidaten, die Zentrale Revisionskommission mit neun und die Zentrale Kontrollkommission mit 195 Mitgliedern.

In das ZK wurden gewählt: J.W.Stalin, W.M.Molotow, M.I. Kalinin, K.E.Woroschilow, L.M.Kaganowitsch, W.W.Kuibyschew, S.M.Kirow, W.R.Menshinski, A.A.Andrejew, A.I. Mikojan, N.M.Schwernik, A.E.Badajew, N.K.Krupskaja, I.I. Skworzow-Stepanow, A.A.Shdanow u.a.

Am 19. Dezember 1927 fand eine Plenartagung des auf dem XV. Parteitag gewählten Zentralkomitees der KPdSU(B) statt. Das Plenum wählte die Exekutivorgane des ZK: das Politbüro, das Organisationsbüro und das Sekretariat.

Resolutionen und Beschlüsse des Parteitages

Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees

(Einstimmig angenommen)

Der XV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) billigt voll und ganz die politische und organisatorische Linie des Zentralkomitees.

Der Parteitag stellt fest, daß die richtige Politik des Zentralkomitees unter den überaus schwierigen Bedingungen der Berichtsperiode dazu geführt hat, daß die UdSSR international stärker geworden ist, daß die Bedeutung unseres Landes als Faktor des internationalen Friedens gestiegen und die Autorität der UdSSR als Zentrum der revolutionären Weltbewegung gewachsen ist.

Dank der Politik des ZK innerhalb des Landes wurden beachtliche Erfolge auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus erzielt, befanden sich die Produktivkräfte in Stadt und Land bei wachsendem Übergewicht der sozialistischen Elemente in der gesamten Wirtschaft in ständigem Aufstieg, wurde der materielle und kulturelle Lebensstandard der Massen der Arbeiter und Bauern gehoben, wurde die Union der Sowjetrepubliken durch die richtige Durchführung der Leninschen Nationalitätenpolitik gefestigt, wurde auch das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft gefestigt, ist der führende Einfluß des Proletariats und seiner Partei gewachsen, wurden schließlich die Positionen der proletarischen Diktatur in ihrer Gesamtheit systematisch gestärkt.

Der proletarische Staat, die Arbeiterklasse und die Partei beginnen jetzt ihre Arbeit in einer in vieler Beziehung veränderten internationalen und inneren Lage.

Auf internationalem Gebiet ergab die Berichtsperiode eine Reihe neuer Momente und Wesenszüge, die sowohl im Lager des Imperialismus als auch in den Wechselbeziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern und der Sowjetunion in Erscheinung traten. Die bereits vom XIV. Parteitag festgestellte teilweise Stabilisierung des Kapitalismus hat ihr Wesen jetzt klar genug offenbart, die in ihr verborgenen Widersprüche sind deutlich zutage getreten. Trotz einer gewissen Vorwärtentwicklung der kapitalistischen Staaten, trotz der Steigerung der Weltproduktion über den Vorkriegsstand hinaus, trotz der Wiederherstellung des internationalen Warenaustausches und der Stabilisierung der Währungen, trotz einer gewissen "Normalisierung" der internationalen Beziehungen, trotz des teilweisen Fortschritts der Technik und trotz der kapitalistischen Rationalisierung, trotz alledem - und in gewissem Grade auf dieser Grundlage - haben sich die unversöhnlichen Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems verschärft. Verschärft hat sich die Ungleichmäßigkeit in der

Entwicklung der kapitalistischen Länder und auf dieser Basis der Kampf um wirtschaftliche Einflußsphären und um die Neuaufteilung der Welt. Verschärft hat sich der internationale Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffe, um Kapitalanlagesphären, und dies darum, weil die Produktionsmöglichkeiten der imperialistischen Wirtschaft der zahlungsfähigen Nachfrage der durch den Kapitalismus verarmten Bevölkerungsmassen nicht entsprechen, weil der kapitalistische Produktionsapparat chronisch nicht ausgelastet ist, und schließlich, weil ein so gewaltiger Markt, wie die UdSSR, aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem herausgebrochen ist.

Verschärft haben sich die Widersprüche zwischen den europäisch-amerikanischen Mutterländern einerseits und den abhängigen Ländern und Kolonien andererseits, wobei der Kampf der abhängigen Länder gegen das imperialistische Joch begonnen hat, die Form bewaffneter Aufstände nationaler Kriege und kolonialer Revolutionen anzunehmen (China, Indonesien).

Verschärft hat sich der Klassenkampf in den imperialistischen Ländern, wo die Arbeiterklasse als Antwort auf die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse und ihren Lebensstandard, als Antwort auf die Beseitigung des Achtstundentages und auf die die Ausbeutung steigende Rationalisierung, als Antwort auf die reaktionäre militaristische Politik der herrschenden bürgerlichen Kräfte zur Gegenoffensive überzugehen beginnt.

Verschärft haben sich die Widersprüche zwischen den Ländern der kapitalistischen Umkreisung und der UdSSR, die durch ihre sieghafte Entwicklung die Grundpfeiler der kapitalistischen Weltherrschaft untergraben hat. Das Wachstum der sozialistischen Elemente in der UdSSR, das Fiasko der bürgerlichen Hoffnungen auf eine Entartung der proletarischen Diktatur und schließlich die Verstärkung des revolutionären Einflusses der UdSSR auf die Welt sind die wichtigsten Faktoren für diese Verschärfung.

So zeigte also die kapitalistische Entwicklung insgesamt genommen die Tendenz, die historische Frist der friedlichen "Atempause" abzukürzen, eine neue Phase großer imperialistischer Kriege näher rücken zu lassen und die revolutionäre Lösung der Weltkonflikte zu beschleunigen. Für die UdSSR bedeutet dies in erster Linie wachsende Spannungen in den Beziehungen mit den bürgerlichen Staaten, deren Politik, trotz einer Reihe innerer Widersprüche zwischen den Staaten und zwischen den einzelnen Gruppen der Bourgeoisie, die bislang die Schaffung einer einheitlichen kapitalistischen Front erschweren, gegenüber der UdSSR immer feindseliger wird und die unmittelbare Gefahr eines imperialistischen Überfalls von außen heraufbeschwört.

Die vergangene zwei Jahre umfassende Phase der internationalen Entwicklung hat erneut anschaulich gezeigt, daß die Bemühungen der bürgerlichen und der pazifistischen Politiker, die Staaten auf kapitalistischer Grundlage zu "vereinigen" und zu "versöhnen", vergeblich waren. Die endlosen Vereinigungskonferenzen und -kommissionen des Völkerbundes, die sogenannte "Deklaration der Bankiers" (Deklaration gegen das Zollbaccanal nach Versailles), die Internationale Wirtschaftskonferenz, das pazifistische "Paneuropa"-Projekt und die Genfer "Dreier-Abrüstungskonferenz" haben sich als ein neuer Betrug an der Arbeiterklasse erwiesen. Die "Vereinigungs"versuche dienten nur als Tarnung für einen fieberhaften Wettlauf der Imperialisten, der sich hinter den Kulissen abspielt, für den Kampf um die Teilung der Kolonialbeute, für das ununterbrochene Wettrüsten, für die Bildung geheimer und offener Militärblocks zur unmittelbaren Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege. In Wirklichkeit haben die faschistischen, chauvinistischen und militaristischen Tendenzen zugenommen. Unter Führung des konservativen Londoner Kabinetts haben die reaktionären Elemente der internationalen Bourgeoisie begonnen, den Boden für einen bewaffneten Überfall auf die UdSSR vorzubereiten, indem

sie die Sowjetunion in ein ganzes Netz von Provokationen verwickelten (Überfälle auf sowjetische Vertretungen im Ausland, Mord an sowjetischen Diplomaten usw.).

Der XV. Parteitag der KPdSU(B) stellt fest, daß die faschistischen und aggressiven militaristischen Tendenzen in der Politik der kapitalistischen Staaten zunehmen und sich verschärfen, daß sich aber zugleich die Voraussetzungen für eine revolutionäre Lösung der gegenwärtigen internationalen und inneren Widersprüche entwickelten. Der Generalstreik sowie der Kohlenstreik in England im Jahre 1926, der Aufstand in Indonesien, die große chinesische Revolution, das revolutionäre Auftreten der Arbeiter im "stabilisierten" Österreich (Juli 1927) im Verein mit der Festigung der Diktatur des Proletariats in der UdSSR enthüllen in aller Schärfe den widersprüchlichen Charakter und die Fäulnis des kapitalistischen Weltregimes. Im gegenwärtigen Zeitpunkt wird das kurzfristige Abflauen der revolutionären Welle in Europa (nach der Niederlage der deutschen Revolution im Jahre 1923) erneut abgelöst von einem Anschwellen, von der zunehmenden kämpferischen Aktivität des Proletariats, von einer Differenzierung und Linksschwenkung der Arbeiterbewegung, von einem festen Zusammenschluß der Komintern und ihrer Sektionen, von einem Anwachsen der revolutionären Massenbewegung (Demonstrationen anlässlich der Ermordung Saccos und Vanzettis, Wahlerfolge einer Reihe kommunistischer Parteien, ausländische Arbeiterdelegationen, die zu den Feierlichkeiten zur Oktoberrevolution die UdSSR besuchen, usw.).

In Berücksichtigung der hier genannten Umstände, die die gegenwärtige internationale Lage kennzeichnen, beauftragt der XV. Parteitag das Zentralkomitee, seine weitere Arbeit zu führen

- a) auf der Grundlage der Weiterführung seiner konsequenten Friedenspolitik, die nichts anderes ist als eine Politik des Kampfes gegen die Gefahr der imperialisti-

schen Kriege und die zugleich die grundlegende Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Sozialismus in der UdSSR bildet,

- b) auf der Grundlage allseitiger Festigung der brüderlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern der UdSSR und den Arbeitern der westeuropäischen Staaten und den werktätigen Massen in den unterdrückten Ländern,
- c) auf der Grundlage der weiteren systematischen Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern bei Gewährleistung der zunehmenden wirtschaftlichen Selbständigkeit der Sowjetunion,
- d) auf der Grundlage der ständigen Festigung der Verteidigungsfähigkeit des Landes, der Stärke und Kampfbereitschaft der Roten Arbeiter- und Bauernarmee sowie der Luftflotte und der Kriegsmarine,
- e) auf der Grundlage der Akkumulation der erforderlichen wirtschaftlichen Reserven (Getreide-, Waren-, Devisenreserven und spezielle Verteidigungsreserven).

Der XV. Parteitag billigt außerdem voll und ganz die Linie und die Arbeit des Zentralkomitees auf dem Gebiet der Innenpolitik und des wirtschaftlichen Aufbaus.

Auf Grund der Leninschen Politik des ZK wurde erreicht, daß sich die staatliche Industrie über das Vorkriegsniveau hinaus entwickelte bei gleichzeitiger Erhöhung der Beschäftigtenzahl, bei Steigerung der Arbeitsproduktivität und Erhöhung des Lohnes. Bei dieser Entwicklung der staatlichen Großindustrie ist der Anteil der Produktion von Produktionsmitteln ständig gestiegen. Das Überschreiten der Vorkriegsnormen durch die Industrie, die Erneuerung des Grundkapitals der sozialistischen Industrie, der Beginn grundlegender produktionstechnischer Umgestaltungen, die bedeutenden Erfolge bei der Elektrifizierung, die Schaffung und Entwicklung ganzer neuer Industriezweige (Maschinenbau, Werkzeugmaschinenbau, Kraftwagenbau, Turbinenbau, Flugzeugindustrie und chemische Industrie), der Bau neuer Werke, großer Anlagen und Einrichtungen so-

wie die grundlegende Neuausrüstung alter Werke sind die wichtigsten Errungenschaften der Partei und der Arbeiterklasse auf dem Wege der Industrialisierung unseres Landes, wie sie vom XIV. Parteitag proklamiert wurde.

Mit der staatlichen sozialistischen Industrie wuchs auch die Bedeutung des ganzen übrigen Systems der wirtschaftlichen Kommandohöhen im proletarischen Staat: des Verkehrswesens, des Staatshaushaltes, des Bank- und Kreditnetzes und des Handelsapparates. Der staatlich-genossenschaftliche Sektor hat die entscheidenden Positionen auf dem Markt eingenommen und das private Handelskapital systematisch verdrängt. Auch unsere Außenhandelsbeziehungen wurden trotz der boykottähnlichen Manöver der kapitalistischen Umkreisung auf der Basis des Außenhandelsmonopols weiter ausgebaut, die Außenhandelsbilanz wurde mit einem Aktivsaldo abgeschlossen.

Die Wirtschaftspolitik der Partei trug in der verflochtenen Periode dazu bei, daß sich, auf der Basis allmählicher Steigerung der führenden Rolle der sozialistischen Stadt, die Landwirtschaft weiter entwickelte, daß die Anbauflächen vergrößert wurden, daß die Warenproduktion anstieg, daß eine höher entwickelte Technik und Agrikultur - Vielfelderwirtschaft, Anbau technischer Kulturen und Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion - in die Landwirtschaft Eingang fand. Das wirtschaftliche Bündnis zwischen Stadt und Land wurde bedeutend fester. Mit der Entwicklung der Landwirtschaft hat sich auch die Versorgung des Dorfes mit Industriewaren aus der Stadt verbessert und die Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften erhöht.

Der XV. Parteitag der KPdSU(B) hält es jedoch für erforderlich herauszustellen, daß die genannten Erfolge unzureichend sind und die Landwirtschaft sich noch immer auf einem außerordentlich niedrigen Entwicklungsstand befindet. Deshalb beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, praktische Maßnahmen zu ergreifen, um den Aufschwung

der Landwirtschaft zu beschleunigen. Der Parteitag sieht dabei in der beschleunigten Durchführung von Maßnahmen zur rationellen Bodenbewirtschaftung eines der wichtigsten Mittel hierzu. Als erstrangige Aufgabe muß bei der weiteren Vergenossenschaftung der Bauernschaft der allmähliche Übergang der zersplitterten bäuerlichen Einzelwirtschaften zur Großproduktion behandelt werden (kollektive Bodenbearbeitung auf der Grundlage der Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft); dabei sind die Keime der vergesellschafteten Arbeit in der Landwirtschaft allseitig zu entwickeln. Ein solcher verstärkter Aufschwung der Landwirtschaft ist notwendig, um den Wohlstand der Hauptmasse der Bauernschaft zu heben, um den Markt (Absatz- und Rohstoffmarkt) für die Großindustrie zu erweitern und um die technische Umgestaltung und sozialistische Vergenossenschaftung des Dorfes zu erreichen und damit die kapitalistischen Elemente des Dorfes zu überwinden.

Die verfllossene Periode der wirtschaftlichen Entwicklung ist zweifellos ein Schritt vorwärts auf dem Wege zum Sozialismus. Dieser Erfolg bedeutet jedoch nicht Beseitigung der Schwierigkeiten, Gefahren und Widersprüche, die mit den Besonderheiten unserer Entwicklung, mit der technisch-wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes und dem Druck der dem Proletariat feindlichen sozialen Klassenkräfte zusammenhängen. Nur im systematischen Kampf gegen diese lassen sich die genannten Schwierigkeiten überwinden und kann ein weiterer Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus erzielt werden. Zu den Hauptschwierigkeiten sind zu rechnen: das Problem des Exports und des Imports, das durch die Verschärfung der internationalen Lage äußerst kompliziert geworden ist, das Problem der Grundkapitalien, der Selbstkosten und der Senkung der Industriepreise, das Problem der Arbeitslosigkeit und der agrarischen Überbevölkerung, das Problem des Warenhungers einerseits und der besseren Versorgung der Städte mit landwirtschaftlichen Produkten andererseits, schließlich das Problem der Akkumulation

von Reserven (Waren- und Devisenreserven). Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der ganzen Partei auf die Tatsache, daß die erfolgreiche Lösung dieser Probleme eine besondere Anspannung aller Kräfte der Partei, die Einheit ihres Willens und die einmütige Erfüllung der Parteidirektiven erforderlich macht.

Der XV. Parteitag ist der Auffassung, daß gegenüber den Elementen der privatkapitalistischen Wirtschaft, die in ihrer absoluten Masse gewachsen sind (wenn auch in weit geringerem Maße als der sozialistische Sektor der Landwirtschaft), die Politik einer noch entschlosseneren wirtschaftlichen Verdrängung betrieben werden muß und kann. Die Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Offensive gegen die kapitalistischen Elemente wurden durch die bisherigen Erfolge in der wirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage des erhöhten Warenumsatzes und der Liquidierung der Überreste des Kriegskommunismus (Beschluß der XIV. Parteikonferenz) geschaffen. Dadurch wurden in den Händen des proletarischen Staates die erforderlichen materiellen, wirtschaftlichen Hilfsquellen konzentriert, die notwendig sind sowohl für die erfolgreiche Überwindung der kapitalistischen Elemente im Dorfe (gemeinsam mit dem Mittelbauern geführte Offensive gegen den Kulaken, weitgehende Unterstützung der armen Bauern, Festigung der Genossenschaften der Klein- und Mittelbauern, Vergenossenschaftung auf dem Gebiet der Produktion) als auch für die weitere Verdrängung des Privatkapitals in der Stadt.

Der XV. Parteitag beauftragt das ZK, die Politik der sozialistischen Industrialisierung, die bereits die ersten positiven Resultate gezeitigt hat, in unvermindertem Tempo fortzusetzen. Die Partei muß die industrielle Stärke der UdSSR allseitig festigen, muß dabei durch Ausnutzung der vorhandenen finanziellen und wirtschaftlichen Mittel die Produktion von Produktionsmitteln weiter entfalten (insbesondere das Hüttenwesen und den Maschinenbau) und

die Produktion von industriellem Rohstoff (Baumwolle, Wolle, Häute usw.) im eigenen Lande entwickeln; sie muß die Politik der Senkung der Selbstkosten fortsetzen und unbeirrt die Politik der Preissenkung für Industriewaren betreiben.

Die Grundorientierung auf die Industrialisierung unseres Landes muß von einem entschiedenen Kurs auf die Rationalisierung der Produktion und der Verwaltung begleitet sein. Die Rationalisierung der Produktion zusammen mit der Verbesserung und Vereinfachung des Staats- und Genossenschaftsapparates ist in der bevorstehenden Periode eine zentrale Aufgabe. Um das materielle und kulturelle Lebensniveau des Proletariats zu heben und zwecks Rationalisierung des Produktionsprozesses hat die Partei den allmählichen Übergang zum Siebenstundentag bei weiterer Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse verkündet. Darin liegt der grundlegende Unterschied unserer Rationalisierungsmethode von der des Kapitalismus, wo die Rationalisierung umgekehrt von einer Senkung des Lebensstandards der Massen und von einer Verlängerung des Arbeitstages begleitet ist. Der XV. Parteitag der KPdSU ruft alle Partei-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Sowjetorganisationen dazu auf, die Lösung dieser so überaus wichtigen Aufgabe der sozialistischen Rationalisierung energisch in Angriff zu nehmen, denn er ist der Ansicht, daß die Industrialisierung des Landes (die auch die Industrialisierung der Landwirtschaft mit einschließt), ferner die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Überwindung der bürokratischen Auswüchse des proletarischen Staates, die wachsende Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter- und Bauernmassen, ihre weitere kulturelle Entwicklung und die Überwindung der Hauptschwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau nur auf dieser Grundlage, nämlich der Grundlage der sozialistischen Rationalisierung, möglich sind.

Ogleich der sozialistische Wirtschaftskern die führende Rolle spielt und seine Bedeutung ständig zunimmt,

ist der Aufschwung der Produktivkräfte in der UdSSR zwangsläufig von einem teilweisen Anwachsen der Klassenwidersprüche begleitet. Die privatkapitalistischen Schichten in Stadt und Land, die sich mit gewissen bürokratischen Elementen des Sowjet- und Wirtschaftsapparates verbünden, sind bestrebt, der Offensive der Arbeiterklasse verstärkt entgegenzuwirken. Sie suchen bestimmte Schichten der Angestellten und der Intelligenz, die rückständigen Schichten der Heimarbeiter und Handwerker, Bauern und Arbeiter in einem der proletarischen Diktatur feindlichen Sinne zu beeinflussen. Dieser Einfluß macht sich auch auf kulturpolitischem und ideologischem Gebiet bemerkbar (Propagieren von "Smena-Wech"-Tendenzen, die Losung des kulakischen "Bauernverbandes", Chauvinismus, Antisemitismus, Propagieren der bürgerlich-demokratischen "Freiheiten" und die damit verbundene kleinbürgerliche oppositionelle Losung der zwei Parteien usw.). Um diesem feindlichen Einfluß und der wachsenden Aktivität der kapitalistischen Elemente entgegenzuwirken, festigte die Arbeiterklasse, geführt von der KPdSU(B), die proletarische Diktatur, steigerte und verstärkte sie die Aktivität, die Eigeninitiative und die Kultur der proletarischen Massen (Belebung der Sowjets, Entfaltung der Gewerkschaftsdemokratie und des Genossenschaftswesens, Verstärkung des ideologischen Einflusses des Proletariats auf das Dorf, kulturelle Erziehungsarbeit unter den Massen usw.), verstärkte sie auch ihren ideologischen Einfluß auf breite Schichten der sowjetischen Intelligenz. Der Parteitag konstatiert eine ganze Reihe unbestreitbarer Erfolge an dieser Kampffront, hält es aber für erforderlich, die Proletariermassen auch künftighin größtmöglich zu mobilisieren und besonders auf ideologischem und kulturellem Gebiet den Kampf zu intensivieren.

Der XV. Parteitag der KPdSU(B) stellt ein quantitatives und qualitatives Wachstum unserer Partei seit dem XIV. Parteitag fest, er billigt voll und ganz die Politik des Zentralkomitees zur Regulierung der sozialen Zusam-

mensetzung der Partei und hebt hervor, daß das anlässlich des 10. Jahrestages der Sowjetmacht durchgeführte "Oktoberaufgebot" - Arbeiter in die Partei - ein Erfolg war. Zugleich erklärt der XV. Parteitag der KPdSU(B), daß die führende Rolle der KPdSU(B), des wichtigsten, des entscheidenden Hebels der Diktatur des Proletariats, nur durch die Leninsche Geschlossenheit und proletarische Disziplin in den Reihen der Partei aufrechterhalten, gesichert und gestärkt werden kann und daß es dazu notwendig ist, das ideologisch-theoretische und kulturelle Niveau ihrer Mitglieder ständig zu verbessern, die innerparteiliche Demokratie konsequent einzuhalten und die soziale Zusammensetzung der Partei systematisch zu verbessern, indem ständig Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Produktion für die Partei geworben werden.

Besonders im Hinblick auf die vor der Partei stehenden komplizierten Aufgaben und um die Aktivität der gesamten Masse der Parteimitglieder zu steigern, hält es der Parteitag für erforderlich, die innerparteiliche Demokratie und die sachliche Kritik an den Mängeln sowohl im Sowjetapparat als auch in der Partei selbst zu entwickeln, den Kampf gegen das Karrieristentum zu verstärken usw. Zugleich lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Partei darauf, daß es notwendig ist, die Arbeit im Komso-mol, unter der Arbeiterjugend überhaupt sowie unter den Frauen zu intensivieren.

Der XV. Parteitag stellt fest, daß trotz der Warnung des XIII. Parteitages, der die "kleinbürgerliche Abweichung" der Gruppe Trotzki's brandmarkte, und trotz der Warnung der XV. Unions-Partei-konferenz hinsichtlich der "sozialdemokratischen Abweichung" der unter Trotzki's Führung vereinigten Opposition letztere ihre revisionistischen Fehler von Monat zu Monat vertieft, den Kampf gegen die KPdSU(B) und die Lehre Lenins fortgesetzt und eine eigene Partei aufgebaut hat und daß sie den Kampf über die KPdSU(B) hinaus ausdehnt, indem sie an die nichtprole-

tarischen Elemente im Lande gegen das Regime der Diktatur des Proletariats appelliert. Die Ideologie der Opposition, welche sich offen mit den Renegaten des internationalen Kommunismus (Maslow, Souvarine und Konsorten) verbündet hat, hat sich nunmehr als Menschewismus in einer eigentümlichen trotzkistischen Fassung herauskristallisiert und bestimmte Form angenommen. Die Opposition leugnet den sozialistischen Charakter der staatlichen sowjetischen Betriebe, leugnet die Möglichkeit des siegreichen sozialistischen Aufbaues in unserem Lande, lehnt die Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Hauptmassen der Bauernschaft ab, lehnt die organisatorischen Prinzipien des Bolschewismus ab (Politik der Spaltung der KPdSU(B) und der Komintern), und dies alles hat die trotzkistisch-menschewistische Opposition ganz logisch dahin gebracht, daß sie die UdSSR als einen entarteten Staat von Thermidorcharakter verleumdet, die proletarische Diktatur in der UdSSR leugnet und einen konterrevolutionären Kampf gegen sie führt.

Im Endergebnis hat die Opposition ideologisch mit dem Leninismus gebrochen, ist zu einer menschewistischen Gruppe entartet, hat den Weg der Kapitulation vor den Kräften der internationalen und inneren Bourgeoisie beschritten und sich objektiv in ein Werkzeug dieser dritten Kraft gegen das Regime der proletarischen Diktatur verwandelt. Gerade deshalb wurde der Opposition eine so vernichtende Abfuhr sowohl durch die Masse der Parteimitglieder als auch durch die gesamte Arbeiterklasse zuteil.

Der XV. Parteitag hält alle Beschlüsse des ZK und der ZKK, die sich gegen die Zersetzungsarbeit der Trotzkisten richten, für absolut richtig und für das Minimum des Notwendigen und beauftragt das ZK, die Leninsche Einheit der Partei auch künftighin unter allen Umständen zu sichern. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Partei und Opposition von taktischen in programmatische umgeschlagen sind, daß die trotzk-

kistische Opposition objektiv zu einem Faktor des anti-sowjetischen Kampfes geworden ist, erklärt der XV. Parteitag die Zugehörigkeit zur trotzkistischen Opposition und die Propagierung ihrer Anschauungen für unvereinbar mit dem Verbleiben in den Reihen der bolschewistischen Partei.

Im Namen der KPdSU(B), im Namen der Arbeiterklasse der Sowjetunion verleiht der XV. Parteitag seiner festen proletarischen Überzeugung Ausdruck, daß der Sozialismus in unserem Lande siegen wird, trotz aller Schwierigkeiten. Die welthistorischen Erfahrungen, die während des zehnjährigen Bestehens der Diktatur des Proletariats gesammelt wurden, sind eine glänzende Bestätigung für die Richtigkeit des von Lenin vorgezeichneten Weges, den die KPdSU(B) beschreitet. Der XV. Parteitag empfiehlt dem Zentralkomitee, auf diesem Wege unbeirrt voranzuschreiten, immer größere Massen von Werktätigen unseres Landes um das Banner des sozialistischen Aufbaus zu scharen, die brüderlichen Bande der Solidarität mit dem Proletariat aller Länder zu festigen und die UdSSR zu einem von Jahr zu Jahr immer stärker werdenden Vorposten der sozialistischen Weltrevolution zu machen.

Zum Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission

Der Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission wird bestätigt.

Über die Arbeit der Zentralen Kontrollkommission -

Arbeiter- und Bauerninspektion

Der XV. Parteitag billigt voll und ganz die Arbeit der Zentralen Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion sowohl hinsichtlich der Sicherung der Einheit und Disziplin der Partei als auch hinsichtlich der Verbesserung des Staatsapparates und des Kampfes gegen seine bürokratischen Auswüchse.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß die Zentrale Kontrollkommission unter den überaus schwierigen Bedingungen einer in der Partei unerhörten Spaltertätigkeit der trotzkistisch-menschewistischen Opposition das Vermächtnis Lenins über die Erhaltung der Einheit der bolschewistischen Partei erfolgreich erfüllt hat. Der Parteitag billigt voll und ganz die von der Zentralen Kontrollkommission ergriffenen Maßnahmen gegen diejenigen, die diese Einheit verletzten, den Fraktionskampf gegen die Partei organisierten und gegen die Parteidisziplin verstießen.

Die ZKK hat die Reihen der Partei fest geschlossen gehalten, hat die Partei noch besser zur Erfüllung der grundlegenden Aufgaben des sozialistischen Aufbaus befähigt und so einen erfolgreichen Kampf gegen die zersetzenden Elemente in der Partei geführt sowie auch dagegen, daß einzelne Kommunisten auf verantwortlichem Posten ihre Stellung mißbrauchten.

Der Parteitag billigt voll und ganz die Arbeit der ZKK im Hinblick auf den Kampf gegen Verletzungen der innerparteilichen Demokratie, gegen Elemente des Bürokratismus in der Partei und empfiehlt der ZKK, diese Arbeit künftig noch zu intensivieren.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß die Zentrale Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion während der Berichtsperiode die Wachsamkeit der gesamten Partei verstärkt und einen energischen Kampf gegen den Bürokratismus für die Verbesserung und Verbilligung des Staatsapparates geführt hat, indem sie die breitesten Massen der Arbeiter und Bauern für diese Aufgabe gewann. Dementsprechend wurden die ersten Erfolge im Kampf gegen die bürokratischen Auswüchse und für die Verbesserung des Staatsapparates erzielt: Erfolge bei der Verwirklichung des Sparsamkeitsregimes, eine gewisse Vereinfachung und Einschränkung des Apparates, eine Einschränkung des Rechnungswesens, eine Senkung der unproduktiven Aufwendungen

usw.

Die erzielten Erfolge und die Arbeitserfahrungen der Arbeiter- und Bauerninspektion beweisen, daß die Partei und das Proletariat über gewaltige Möglichkeiten zur weiteren Entfaltung des Kampfes gegen die bürokratischen Auswüchse unseres Staatsapparates verfügen. Angesichts dieser Tatsache empfiehlt der Parteitag der Zentralen Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion, sich in ihrer weiteren Arbeit zur Verbesserung des Apparates von folgenden Direktiven leiten zu lassen:

1. Die Arbeiter- und Bauerninspektion muß ihre Arbeit darauf aufbauen, daß sie die breiten Massen der Arbeiter und die werktätigen Massen überhaupt in die Arbeit zur Verbesserung des Sowjetapparates und in den Kampf gegen den Bürokratismus einbezieht und muß damit Organisator der Bauern und Arbeiter sein, welche die Arbeit des Sowjetapparates kontrollieren.

Über die bestehenden Organisationen der Arbeiter und Bauern, wie Gewerkschaftsorganisationen, Produktionsberatungen, Kontrollkommissionen der Betriebe, Betriebskomitees, Ortskomitees, Wirtschaftskommissionen, Sektionen der Sowjets, Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen usw., und in Zusammenarbeit mit ihnen muß die Arbeiter- und Bauerninspektion die Arbeiter zu ihrer Arbeit in allen ihren Stadien heranziehen und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit auf Belegschaftsversammlungen, öffentlichen Zellenversammlungen, Klubversammlungen usw. zur Diskussion stellen.

Die Erfüllung der Direktiven von Partei und Regierung durch die Sowjetorgane soll die Arbeiter- und Bauerninspektion von Arbeitern kontrollieren lassen, die in Belegschaftsversammlungen gewählt sind und von Mitarbeitern der Arbeiter- und Bauerninspektion geleitet und instruiert werden. Dabei muß die Arbeiter- und Bauerninspektion von Hinweisen Lenins ausgehen:

"Wenn wir den Kampf gegen den Bürokratismus führen wollen,

so müssen wir die Massen heranziehen. (Lenin Bd.XVIII, Teil 2, S. 189)"¹⁾

"Kann man den Bürokratismus etwa auf andere Weise beseitigen, als durch Heranziehung der Arbeiter und Bauern? (ebenda, S.188)"²⁾

2. Eine der Hauptmethoden zur Umgestaltung des Staatsapparates ist die Belebung und Festigung der Sowjets. Die auf diesem Gebiet erzielten Erfolge bedeuten erst den Anfang eines ganzen historischen Abschnitts, dessen Aufgabe es ist, die gesamte werktätige Bevölkerung allmählich in die Arbeit der Staatsverwaltung einzubeziehen und damit den Bürokratismus vollständig zu überwinden. Aufgabe der Zentralen Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion ist es, die Arbeit zur Belebung der Sowjets systematisch zu kontrollieren, um dabei auftretende Hindernisse festzustellen und zu beseitigen.

Die Arbeit hinsichtlich der Kontrolle über die Verwirklichung der Arbeiter-, Sowjet- und Partei-Demokratie ist zu intensivieren. Dabei sind ständig alle Hindernisse zu beseitigen, die ihrer Realisierung im Wege stehen; Personen, die dagegen verstoßen, sind zu bestrafen. Die tatsächliche Verwirklichung des Prinzips der Wählbarkeit, das Recht auf Abberufung der Deputierten, die Einsetzung von Arbeitern und Arbeiterinnen in Posten in der Verwaltung sowie der Grad, in dem die unteren gesellschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Bauern von den ihnen durch die sowjetischen Gesetze zuerkannten Rechten und Pflichten Gebrauch machen usw., sind zu kontrollieren. Dabei ist besondere Aufmerksamkeit auf die Besetzung von Posten im Verwaltungs-, Industrie-, Handels- und Genossenschaftsapparat mit Arbeitern und Arbeiterinnen zu lenken.

1) W.I.Lenin, Werke, Bd.31, S.398 russ., deutsch: W.I.Lenin, Sämtl.Werke, Bd.XXV, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin, 1930, S. 620

2) ebenda
deutsch: ebenda

Eine bürokratische Einstellung zu dieser Heranziehung von Arbeitern ist energisch zu bekämpfen; es sind neue Erfolge bei der echten Proletarisierung des Sowjetapparates zu erzielen.

3. Die Entstellungen und Auswüchse, die durch den Druck der dem Proletariat feindlichen Kräfte auf diese oder jene Glieder des Staatsapparates hervorgerufen werden, sind ständig zu studieren und aufzudecken, vornehmlich in jenen Teilen des Apparates und in den Zweigen der Verwaltung, in denen diese Entstellungen besonders stark hervortreten (Kreditwesen, Arbeitsschutz, Genossenschaftswesen usw.).

4. Die Arbeit zur Verbilligung und Vereinfachung des Verwaltungs-, Handels-, Genossenschafts- und Industrieapparates und zur Verwirklichung des Sparsamkeitsregimes ist konsequent fortzusetzen, insbesondere muß 1927/28 in ausnahmslos allen Gliedern der Verwaltung und Wirtschaft die mindestens zwanzigprozentige Einschränkung der Verwaltungskosten restlos erreicht werden. Ihre tatsächliche praktische Durchführung ist streng zu kontrollieren.

5. Die Arbeit zur Überprüfung des Verlaufs der Rationalisierung sowohl im Verwaltungsapparat als auch im Industrie- und Handelsapparat ist in Gang zu bringen. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei der Kontrolle der Rationalisierungsarbeit in der Industrie zu widmen, und zwar von dem Standpunkt aus, daß eine tatsächliche Selbstkostensenkung der Erzeugnisse, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die richtige Verwendung der Arbeiter und Spezialisten, die Aneignung der besten Methoden der europäischen und amerikanischen Technik und eine allseitige Auswertung der bei uns bereits erzielten Erfolge und Beispiele einer verbesserten Arbeit erreicht werden.

6. Der richtige Einsatz der wissenschaftlich-technischen Kräfte ist zu kontrollieren, da eine erfolgreiche Durchführung der Rationalisierung nur bei weitgehender Heranziehung

ziehung und richtigem Einsatz dieser Kader sowohl der eigenen als auch solcher aus dem Ausland möglich ist.

7. Die Arbeit zur Überprüfung von Generalüberholungen und Neubauten ist weiter zu entwickeln und zu vertiefen, um letztere zu verbilligen, überflüssige Unkosten unbedingt zu beseitigen und die Errungenschaften der modernen Technik der kapitalistischen Länder einzuführen.

8. Die Arbeit zur Schaffung eines Berichtswesens und zur Ausarbeitung einer Rechnungsführung, die knapp, billig und klar sind und den Aufgaben der Planung und Verwaltung genau entsprechen, ist weiter fortzusetzen. Insbesondere sind die Erfahrungen der Mechanisierung des Büro- und Rechnungswesens zu verbreiten.

9. Der Kampf gegen unsere organisatorischen Mängel wie Amtsschimmel, Unwirtschaftlichkeit und Schlendrian ist noch mehr zu intensivieren; dabei soll erreicht werden, daß die persönliche Verantwortung erhöht wird, daß die Funktionen genau abgegrenzt und Überschneidungen in der Arbeit vermieden werden.

10. Gegen alle Angestellten des Staatsapparates (sowohl Kommunisten als auch Parteilose), die das Publikum geringschätzig, herrisch und überheblich behandeln, ist mit allen Mitteln vorzugehen, gegebenenfalls sogar durch ein Gerichtsverfahren. Unachtsames Verhalten gegenüber einem Arbeiter oder einem Bauern durch irgendeinen Angestellten des Verwaltungs-, Handels-, Genossenschafts- oder Industrieapparates ist als Sabotage und als Verbrechen gegen die Sowjetmacht zu betrachten.

11. Entsprechend den wiederholten Hinweisen Lenins und der Partei Lenins ist die Kontrolle über die Einhaltung der sowjetischen Gesetze zu verstärken, wobei mit Hilfe der Arbeiter und Bauern die Massenkontrolle über die Durchführung aller wichtigen Maßnahmen der Regierung zu gewährleisten und dafür zu sorgen ist, daß Personen und Organe, die sich der Verzögerung und Nichteinhaltung von Gesetzen

der Regierung schuldig machen, zur strengsten Verantwortung gezogen werden. Die Kontrolle über die Befolgung der Parteidirektiven durch die im Staatsapparat und in gesellschaftlichen Organisationen tätigen Kommunisten ist zu verbessern. Insbesondere muß eine systematische Kontrolle über die Durchführung der Nationalitätenpolitik in den nationalen Republiken errichtet werden.

12. Es sind Maßnahmen auszuarbeiten zur strengsten Bestrafung derjenigen Mitarbeiter des Staatsapparates - sowohl von Parteimitgliedern als auch von Parteilosen -, die versuchen, der Arbeit der Partei an der Beseitigung der bürokratischen Auswüchse ihre verknöcherte Einstellung, Trägheit und beamtenmäßige Selbstzufriedenheit entgegenzustellen, wohinter sich nicht selten der von den arbeiterfeindlichen Klassen ausgeübte Druck verbirgt. Für die praktische Durchführung dieser Maßnahmen ist Sorge zu tragen. An diesem Kampf für die Verbesserung des Staatsapparates müssen sich am aktivsten alle Kommunisten beteiligen, die im Verwaltungs-, Wirtschafts- und Handelsapparat tätig sind. Die Partei- und Komsomolzellen der Sowjetinstanzen müssen durch ihre tagtägliche Arbeit die Organe der Zentralen Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion bei ihrer komplizierten und schwierigen Arbeit an der Umgestaltung des Staatsapparates in Richtung seiner immer engeren Verbundenheit mit den breiten Massen unterstützen.

13. Der Parteitag beauftragt alle Parteiorganisationen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeit der Presse zu verbessern; dabei ist auf dem Gebiet des Kampfes gegen die bürokratischen Auswüchse weitgehend die Bewegung der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten auszunutzen. Die Presse muß sich bei der Entlarvung von Mißständen von dem Grundsatz leiten lassen, alle wunden Stellen unseres Staatsapparates aufzudecken und schonungslose Kritik zu üben, "ohne Ansehen der Person" (Lenin).

14. Der Parteitag beauftragt alle Parteiorganisationen,

dafür zu sorgen, daß die Arbeit der Gerichtsorgane im Kampf gegen den Bürokratismus verbessert und erweitert wird. Mitarbeiter des Verwaltungs- und Wirtschaftsapparates, die sich verbrecherischer Mißwirtschaft, unmäßiger Aufwendungen und beamtenmäßiger Einstellung zur Arbeit schuldig gemacht haben, sind unnachsichtig vor das Volksgericht zu stellen. Dabei darf man nicht zulassen, daß Urteile gemildert oder Gerichtsverfahren eingestellt werden, weil die Schuldigen ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter oder Bauern sind oder wegen früherer Verdienste, Beziehungen usw. Um jegliche Privilegien der Mitarbeiter des Staatsapparates zu beseitigen, ist das Disziplinargericht aufzulösen und sind die Mitarbeiter des Staatsapparates der allgemeinen Volksgerichtsbarkeit zu unterstellen.

15. Da der Parteitag die Gewerkschaften für eine der wichtigsten Organisationen des Kampfes der Massen gegen den Bürokratismus hält, lenkt er die Aufmerksamkeit der Fraktionen des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion und aller Gewerkschaftsverbände darauf, daß sich die Gewerkschaften stärker am Kampf gegen die bürokratischen Auswüchse des Sowjetapparates beteiligen müssen. Die Gewerkschaften sollen eine Massenbewegung zur Unterstützung der Arbeiter- und Bauerninspektion in ihrem Kampf für die Verbesserung des Staatsapparates organisieren. Diese Arbeit der Gewerkschaften muß auf der Eigeninitiative und Aktivität des gesamten Systems der Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut sein, angefangen von ihren Grundzellen in den Betrieben. Insbesondere müssen es sich die Gewerkschaften angelegen sein lassen, jeden konkreten Fall von Bürokratismus aufzudecken, jeden solchen Fall mit allen durch die Gesetze des proletarischen Staates vorgesehenen Maßnahmen zu verfolgen, angefangen von der öffentlichen Anprangerung bis zur Übergabe der Schuldigen an die Gerichtsorgane, die direkt oder über die Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion erfolgen kann.

16. Der Parteitag macht besonders auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Arbeit der Gewerkschaft der Angestellten der Sowjet- und Handelsorgane zu verbessern, zu deren wichtigsten Aufgaben es gehört, die Mitarbeiter des Staatsapparates im Geist des Kampfes gegen den Bürokratismus, zur vollen Hingabe an den sozialistischen Aufbau zu erziehen.

17. Es genügt jedoch für uns nicht, einfach nur einen billigen, einwandfrei arbeitenden Apparat zu schaffen. Die Technik der Verwaltung muß so aufgebaut werden, daß die Verbesserung dieser Technik dazu beiträgt, die vor uns stehenden Hauptaufgaben des sozialistischen Aufbaus zu lösen und die Vorbedingungen für das völlige Absterben des Staates zu schaffen. Die Verbesserung der Technik der Verwaltung ist nicht nur ein Mittel zur Verbilligung des Apparates, sondern auch eine Methode zur Vereinfachung der Verwaltung, was zweifellos die Heranziehung neuer Schichten der Millionen Werktätigen zur Verwaltung des Landes erleichtert. Diese Verbindung und wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Aufgabe, die Verwaltungstechnik zu verbessern, und der Aufgabe, die proletarische Demokratie zu entwickeln, hebt der Parteitag besonders hervor, denn der Kampf für die Verbesserung der Verwaltungstechnik, für die Übernahme und Aneignung kultureller Errungenschaften durch unseren Verwaltungsapparat führt nicht zu seiner Selbstisolierung, zu seiner Loslösung von den Massen, sondern wird im Gegenteil Voraussetzungen schaffen, welche die Heranziehung der Volksmassen zur Verwaltungsarbeit begünstigen und erleichtern werden.

18. Die Opposition versteigt sich in der Frage des Bürokratismus zur Leugnung des proletarischen Charakters unseres Staates und zur Ablehnung der Leninschen Fragestellung bezüglich unseres Staatsapparates, versteigt sich dazu, seine Krankheiten und die Methoden ihrer Heilung zu negieren. Der grundlegende Fehler der Opposition besteht darin, daß sie nicht begreift, daß unser

Staatsapparat, trotz aller seiner Mängel und bürokratischen Auswüchse, trotz seiner gegenwärtigen übermäßigen Kostspieligkeit, doch gegenüber der bürgerlichen Demokratie einen höheren Typ der Verwaltung darstellt, da er der Verwaltungsapparat einer neuen herrschenden Klasse, der Arbeiterklasse, ist, die ihre Macht im Bündnis mit der Bauernschaft ausübt. Die Opposition sieht in dieser wie auch in anderen Fragen keinen Unterschied mehr zwischen der Lage bei uns und bei der Bourgeoisie. Sie sieht nicht, daß der Bürokratismus in der bürgerlichen Gesellschaft, als Ausdruck der Klassenherrschaft der Kapitalisten, nur durch die Beseitigung des Staatsapparates der Bourgeoisie liquidiert werden kann, wohingegen in unserem Staat der Bürokratismus, der teilweise wieder aufgelebt ist und im Gegensatz zur Klassennatur des Sowjetstaates ein Resultat der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit darstellt, dadurch beseitigt werden kann, daß unser Staat gefestigt und auf eine höhere Kulturstufe gehoben wird.

19. Der Parteitag ist der Ansicht, daß die Entwicklung der proletarischen Demokratie, die Belebung und Festigung der Sowjets, die Heranziehung weiterer Hunderttausender Arbeiter und Bauern zur Verwaltung des Staates und schließlich die Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiter und der werktätigen Massen überhaupt die grundlegenden Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf gegen den Bürokratismus und für die Verbesserung unseres Staatsapparates sind. Dementsprechend ist die Hauptmethode des Kampfes gegen den Bürokratismus in unserem Lande die weitere Durchführung der Maßnahmen, die im Parteiprogramm dargelegt sind:

„Die KPR führt den entschlossensten Kampf gegen den Bürokratismus und schlägt zur völligen Überwindung dieses Übels folgende Maßnahmen vor:

1. Obligatorische Heranziehung eines jeden Mitglieds eines Sowjets zur Ausführung einer bestimmten Arbeit in der staatlichen Verwaltung.

2. Folgerichtiger Wechsel bei diesen Arbeiten, damit sie allmählich alle Zweige der Verwaltung umfassen.
3. Allmähliche und ausnahmslose Heranziehung der gesamten werktätigen Bevölkerung zur Verwaltung des Staates.

Die volle und allseitige Durchführung dieser Maßnahmen, die ein weiterer Schritt auf dem Wege bedeuten, den die Pariser Kommune eingeschlagen hatte, und die Vereinfachung der Verwaltungsfunktionen bei Hebung des kulturellen Niveaus der Werktätigen führen zum Absterben der Staatsmacht.“

(Der VIII. Parteitag der KPR(B) in Resolutionen, S.174/75, russ.)¹⁾

Zum Rechenschaftsbericht der Delegation der KPdSU(B)

im EKKI

Nach Entgegennahme und Erörterung des Berichtes Bucharins billigt der XV. Parteitag die Tätigkeit der Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Der Parteitag konstatiert, daß die Berichtsperiode durch die Verschärfung der Hauptwidersprüche sowohl innerhalb des kapitalistischen Weltsystems als auch zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR gekennzeichnet war. Sie war weiter gekennzeichnet durch die Verschärfung der Kriegsgefahr, hauptsächlich der Gefahr eines Krieges gegen die UdSSR, durch eine scharfe Zuspitzung des Kolonialproblems im allgemeinen und durch die Entwicklung der großen chinesischen Revolution im besonderen, ferner durch den Beginn einer weiteren Verschärfung des Klassenkampfes zwischen der europäischen Arbeiterklasse und der Bourgeoisie.

Die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus hat

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, S.24, VIII. Parteitag der KPR(B) - D.Red.

die Entfaltung der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern und ihren Kräftegruppen nicht nur nicht beseitigt, sondern im Gegenteil noch intensiviert. Die Steigerung der Produktion, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen, die Normalisierung des Geld- und Kreditmechanismus werfen vor der Bourgeoisie das Problem der Absatzmärkte, der Rohstoffquellen und Kapitalmärkte in aller Schärfe auf. Die Verlagerung des Zentrums des Weltkapitalismus in die Vereinigten Staaten von Amerika, der industrielle Niedergang und die parasitäre Fäulnis Englands, der Widerspruch zwischen dem Wachstum der Produktivkräfte und den Fesseln des Dawes-Planes in Deutschland, die Balkanisierung Europas, die Verelendung der Massen und die Einengung des Binnenmarktes - all das rückt den Versuch einer Neuaufteilung der Welt zwischen den imperialistischen Räubern, rückt neue bewaffnete Zusammenstöße und Kriegskatastrophen immer näher und macht sie immer unvermeidlicher.

Neben der äußersten Verschärfung der internationalen Lage und der internationalen Beziehungen ist ein bedeutendes Anwachsen der Klassenwidersprüche und des Klassenkampfes zu verzeichnen. Die kapitalistische Stabilisierung wird mittels systematischer Senkung des Lebensstandards und einer verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse vollzogen. Der Prozeß der Stabilisierung ist von einer Arbeitslosigkeit begleitet, die den Vorkriegsstand um ein Mehrfaches überschreitet. Nach einer kurzfristigen Periode relativer Ruhe ist nunmehr ein neuerlicher Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung und eine bedeutende Linksschwenkung großer Arbeitermassen festzustellen. All dies zeugt von dem zunehmenden Prozeß des Zerfalls der kapitalistischen Stabilisierung.

Der Linksschwenkung der Arbeitermassen steht eine krasse Rechtsschwenkung der Spitze der II. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsvereinigung gegenüber. Die Sozialdemokratie, die sich offen vom Klassenkampf los-

gesagt hat, ist ganz und gar auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen und sucht die Idee der Klassenzusammenarbeit (die sog. "Amerikanisierung" der Arbeiterbewegung, die Ideologie des "Industriefriedens", Koalitionspolitik) in die Arbeitermassen hineinzutragen, sie betrügt die Arbeiterklasse mit der Perspektive des "friedlichen" Übergangs zum Sozialismus über die "Wirtschaftsdemokratie" innerhalb der kapitalistischen Länder und zu einer neuen Periode eines angeblich friedlichen Kapitalismus (durch die Demokratisierung des sogenannten Völkerbundes) auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen.

In Anbetracht des revolutionären Aufschwungs der Arbeiterbewegung, der jetzt eingesetzt hat, besteht die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Internationale in der Verstärkung des Kampfes gegen den internationalen Reformismus, darunter auch gegen die trotzkistische Opposition, die die Politik der Einheitsfront in der internationalen Arbeiterbewegung sabotiert und der Gewinnung der Arbeiter für den Kommunismus Hindernisse in den Weg legt.

Der Parteitag hält es für erforderlich, neben der energischen Durchführung der Einheitsfronttaktik und dem Kampf für die Absetzung der sozial-imperialistischen Spitze der reformistischen Bürokratie (Generalrat usw.) von ihren Posten den Kampf für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu intensivieren, die Massenarbeit der kommunistischen Parteien unter der Arbeiterklasse, besonders die Arbeit in den Gewerkschaften zu entfalten sowie die Gewerkschaftsinternationale und die Bewegung der Minderheiten mit allen Mitteln zu festigen. In diesem Zusammenhang erachtet es der Parteitag für notwendig, eine engere und aktivere Verbindung zwischen der Gewerkschaftsinternationale und dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion herzustellen.

Die Offensive des Weltkapitals gegen die Arbeiterklasse findet ihren konzentriertesten Ausdruck in der

Vorbereitung eines Krieges gegen die UdSSR. Die Einwirkung und der revolutionierende Einfluß der UdSSR auf die kapitalistische Welt sind gewaltig gewachsen und haben sich verstärkt, weil die Sowjetunion entgegen den Verleumdungen der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und der Trotzlisten heute im Bewußtsein der Werktätigen der ganzen Welt das Land ist, das den Sozialismus aufbaut. Der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und ihre wirtschaftliche Rekonstruktion sind im gegenwärtigen Augenblick das wichtigste Element der internationalen revolutionären Bewegung. Der Parteitag erkennt die Losung der Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution, die vom letzten Plenum des EKKI als zentrale Losung des gegenwärtigen Augenblicks aufgestellt wurde, als durchaus richtig an. Die Einstellung zur Frage der Verteidigung der UdSSR bildet die Scheidelinie zwischen der Revolution und Konterrevolution. Die erstarkenden aktiven Sympathien, die immer breitere Massen von Werktätigen für die UdSSR empfinden, sind der Ausdruck dafür, daß sich die spontanen Prozesse der Linksschwenkung der Arbeitermassen zur Höhe prinzipieller klassenmäßiger Erscheinungen erheben. Trotz aller heuchlerischen Manöver tritt gerade in dieser Frage das wahre Wesen der Sozialdemokratie zutage, welche in Wirklichkeit den Imperialisten hilft, einen Krieg gegen die UdSSR zu organisieren.

Im engsten Zusammenhang mit der Losung der Verteidigung der UdSSR steht die Losung der Verteidigung der kolonialen Revolutionen, in erster Linie der chinesischen Revolution. Trotz der zeitweiligen Niederlage der chinesischen Revolution, insbesondere der Niederschlagung des Aufstandes für die Sowjets in Kanton, lebt die chinesische Revolution fort und sammelt Kräfte für einen neuen Übergang zur vollentfalteten Offensive an der ganzen Front. Der neue Aufschwung der revolutionären Bewegung in China geht auf neuer Grundlage vor sich. Die chinesische nationale Bourgeoisie hat ihre revolutionären Möglichkeiten

restlos erschöpft und ist gänzlich in den Dienst des Weltimperialismus getreten. Die Kuomintang ist zu einem direkten Werkzeug der Generalscliquen, der konterrevolutionären Henkerscliquen geworden. Die chinesische Revolution kann und wird sich nunmehr ausschließlich als Revolution der Arbeiter, Bauern und der städtischen armen Bevölkerung entwickeln, unter dem Banner der Sowjets und der Hegemonie der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei, die opportunistische Fehler beging, hat es verstanden, ihre Führung zu erneuern und gruppiert ihre Reihen um, um unter dem Banner der Arbeiter- und Bauernsowjets den Kampf für die Sache der chinesischen Revolution siegreich zu beenden.

Die besondere Kompliziertheit der Aufgaben, die vor dem kommunistischen Proletariat stehen, erfordert die absolute ideologische Einheit und eiserne organisatorische Geschlossenheit der Reihen der Komintern. Der Parteitag stellt fest, daß die Sektionen der Komintern und ihr Exekutivkomitee die KPdSU(B) in ihrem Kampf gegen die trotzkistische Opposition, deren Haltung das EKKI als Verrat am Kommunismus brandmarkte, kameradschaftlich und einmütig unterstützt haben. Die trotzkistische Opposition hat mit dem Leninismus völlig gebrochen, sie steht auf einer menschwistisch-liquidatorischen Plattform, sie hat mit ihrer Verleumdung gegen die UdSSR deren erbittertesten Feinden geholfen und hilft ihnen noch weiterhin, sie betreibt offen eine in ihrer Frechheit unerhörte Spaltungstätigkeit, unter ihrem Banner sammeln sich die übelsten Renegaten und Abtrünnigen - angefangen von Korsch und Ruth Fischer bis Souvarine und Libers -, und darum kann diese Opposition in den Reihen der Kommunistischen Internationale nicht länger geduldet werden. Die Aufgabe besteht also darin, die Komintern radikal von allen antikommunistischen Elementen zu säubern, die sich um die trotzkistische Opposition sammeln.

Trotz einzelner opportunistischer Fehler, die in

einer Reihe von kommunistischen Parteien begangen und von der Führung des EKKI systematisch korrigiert wurden, konnten bei der Bolschewisierung der Sektionen der Komintern in den letzten zwei Jahren bedeutsame Erfolge erzielt werden. Der Parteitag verleiht seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Führung der Komintern die weitere Bolschewisierung ihrer Reihen, die weitere Erziehung ihrer Mitglieder im Geiste des wahren Leninismus gewährleisten wird. Für in diesem Sinne besonders wichtig hält der Parteitag einerseits die Überwindung der parlamentarischen Illusionen und Traditionen, den entschlossenen Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen überhaupt und andererseits die allseitige Verstärkung und Entfaltung der Massenarbeit und der Arbeit in den Gewerkschaften.

Die wichtigsten Sektionen der Komintern und die Kommunistische Internationale in ihrer Gesamtheit sind sowohl ideologisch als auch organisatorisch hinreichend gefestigt, um den neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung politisch zu leiten und sie auf den revolutionären Weg zu führen.

Der Parteitag macht es dem ZK der Partei zur Pflicht, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur weiteren Festigung der Komintern beizutragen und ihre Autorität bei den Arbeitermassen, ihre Arbeit im allgemeinen und die Arbeit ihres organisatorischen Apparates im besonderen zu fördern.

Über die Direktiven zur Aufstellung des Fünfjahrplanes der Volkswirtschaft

I. Die Ergebnisse und Voraussetzungen des sozialistischen Aufbaus

1. Die Ergebnisse des seit der Oktoberrevolution verfloßenen Jahrzehnts offenbaren die gewaltige internationale Bedeutung dieser Revolution als eines Bestandteils des

großen internationalen revolutionären Prozesses, der die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft umwandelt. Die Diktatur des Proletariats, die proletarische Nationalisierung der Produktionsmittel, des Verkehrs- und Kreditwesens, des Außenhandels, die Nationalisierung des Bodens - all diese Voraussetzungen bedingen, daß sich die Wirtschaft der UdSSR auf einer grundsätzlich anderen, sozialistischen Grundlage entwickelte. Grundlegend verändert hat sich der soziale und Klasseninhalt der wirtschaftlichen Kommandohöhen, die die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft als Ganzes bestimmen. Grundlegend verändert hat sich auch das Verhältnis zwischen Stadt und Land, denn die Industrie hat ihr "Gesicht dem Dorf zugewandt", ist zu einem mächtigen Faktor seiner sozialistischen Umgestaltung geworden, und die Entwicklung des Binnenmarktes äußerte sich erstmals, im Gegensatz zum Kapitalismus, nicht in einem Prozeß der Verelendung des Dorfes, sondern im Wachstum seines Wohlstandes. Grundlegend verändert hat sich die Organisationsform der Volkswirtschaft, da auf der Grundlage der Nationalisierung der Großindustrie und der anderen Kommandohöhen die geplante Wirtschaftsführung möglich wurde, welche die Anarchie des kapitalistischen Warenmarktes immer mehr verdrängt. Grundlegend verändert hat sich auch die Verteilung des Nationaleinkommens infolge der fast vollständigen Liquidierung der früher herrschenden Klassen und der damit verbundenen Abschaffung eines bedeutenden Teils der unproduktiven Konsumtion überhaupt. Diese Unterscheidungsmerkmale der Wirtschaft der UdSSR haben ein gegenüber den Ländern des Kapitalismus weit schnelleres Tempo des Wiederherstellungsprozesses und einen viel rascheren Prozeß der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht.

2. Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Beginn der sogenannten "Neuen Ökonomischen Politik", die die Grundlagen schuf für die richtige Verbindung der staatlichen sozialistischen Industrie mit den kleinen

und Kleinwirtschaften der bäuerlichen einfachen Warenproduzenten, haben die Thesen Lenins vollauf bestätigt, daß wir in unserem Lande alles besitzen, was für den Aufbau des Sozialismus notwendig und ausreichend ist, daß die objektiven inneren Bedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR keineswegs die Unvermeidlichkeit des Sturzes oder der Entartung der proletarischen Diktatur in sich bergen und daß das Vorhandensein einer großen Anzahl von Bauernwirtschaften und das Bündnis der staatlichen Wirtschaft mit ihnen unser Land keineswegs in ein Land bäuerlicher Beschränktheit verwandelt.

Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen mit aller Deutlichkeit, daß sich in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik eine radikale Veränderung in den Beziehungen zwischen den vergesellschafteten Formen der Wirtschaft (in erster Linie der sozialistischen Industrie) der einfachen Warenwirtschaft und der kapitalistischen Wirtschaft vollzogen hat. Trat zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik die staatliche Industrie fast überhaupt nicht in Erscheinung und griffen auf dem Gebiet des Warenumsatzes die staatlichen und genossenschaftlichen Organe selbst auf die private Vermittlung zurück und war das Privatkapital, das alle Vorteile eines schnellen Umsatzes auf seiner Seite hatte, ein ziemlich bedeutender Faktor, so spielen an der Schwelle des Übergangs von der Wiederherstellungs- zur Rekonstruktionsperiode die sozialistische Industrie und die anderen Kommandohöhen bereits die entscheidende und führende Rolle in der gesamten Volkswirtschaft, der staatliche und genossenschaftliche Handel umfaßt den überwiegenden Teil des gesamten Warenumsatzes im Lande, der vergesellschaftete Sektor der Volkswirtschaft bestimmt die allgemeine Richtung der Entwicklung, verdrängt das Privatkapital, nimmt die Wirtschaft der bäuerlichen einfachen Warenproduzenten ins Schlepptau und gestaltet sie allmählich um.

Unter diesen Bedingungen schafft das weitaus schnellere

Wachstum des vergesellschafteten Teils der Wirtschaft, das die Gefahr des sich auf kleinbürgerlicher Grundlage entwickelnden Privatkapitals auf einen Bruchteil herabmindert, trotz einer gewissen, ziffernmäßigen Zunahme der Privatunternehmer sichere Voraussetzungen für den endgültigen Sieg des Sozialismus.

Vom sozialen und Klassenstandpunkt betrachtet bedeutet dies, daß trotz aller Widersprüche im Entwicklungsprozeß, trotz des Wachstums der Bourgeoisie in Stadt und Land (Kulaken und NÖP-Leute) der prozentuale Anteil der Arbeiterklasse sich erhöht hat, ihre Verbindung mit der Hauptmasse der Bauernschaft stärker geworden ist und die Diktatur des Proletariats sich gefestigt hat.

3. Die Erfahrungen der planenden Leitung haben erwiesen, daß die Planvorschläge häufig mehr oder weniger wesentlicher Abänderungen bedurften, daß sie unvermeidlich relativen und bedingten Charakter tragen mußten, daß der reale Plan unvermeidlich in dem Maße organisch entsteht, wie die tatsächliche Organisiertheit der Volkswirtschaft wächst und die Möglichkeiten einer genauen Berechnung und Voraussicht auf der Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Wirtschaft des Landes größer werden. Die Abhängigkeit von der Ernte und die Unmöglichkeit, sie im voraus statistisch genau zu erfassen; die Abhängigkeit von der Spontaneität des Marktes, die immer mehr durch das Planprinzip eingeschränkt wird, aber sich noch nicht ganz in ihren Rahmen fügt; die Konjunkturschwankungen des Weltmarktes und die Abhängigkeit von letzterem; schließlich die außerökonomischen Faktoren, die in erster Linie mit der feindlichen kapitalistischen Umkreisung zusammenhängen und sich sowohl in den wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland als auch in den wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des Landes widerspiegeln, - all das bedingt den relativen Charakter der Planvorschläge und ziffernmäßigen Voranschläge überhaupt. Der Fünfjahrplan der Volkswirtschaft wird im Zusammenhang mit den zuge-

splizten Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten dem Druck der internationalen Momente besonders stark ausgesetzt sein.

Unter Berücksichtigung der Möglichkeit, daß die kapitalistischen Staaten einen militärischen Überfall auf den proletarischen Staat unternehmen, muß man bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplans der schnellstmöglichen Entwicklung jener Zweige der Volkswirtschaft im allgemeinen und der Industrie im besonderen die stärkste Aufmerksamkeit schenken, die bei der Sicherung der Verteidigung und der wirtschaftlichen Stabilität des Landes in Kriegszeiten die größte Rolle spielen.

Auf die Fragen der Verteidigung ist im Zusammenhang mit der Aufstellung des Fünfjahr-Perspektivplans die Aufmerksamkeit nicht nur der Planungs- und Wirtschaftsorgane zu konzentrieren, sondern es muß in erster Linie gewährleistet werden, daß die gesamte Partei diesen Fragen ständig ihre Aufmerksamkeit widmet. Andererseits muß bei der Aufstellung des Fünfjahrplans auch die Möglichkeit von Mißernten nach einer Reihe von Jahren mit guten Erträgen berücksichtigt werden.

4. Bei der Aufstellung des Fünfjahrplans der Volkswirtschaft wie überhaupt bei der Aufstellung jedes Wirtschaftsplanes für einen mehr oder weniger langen Zeitraum muß die günstigste Kombination folgender Elemente angestrebt werden: des erweiterten Konsums der Arbeiter- und Bauernmassen; der erweiterten Reproduktion (Akkumulation) in der staatlichen Industrie auf der Grundlage der erweiterten Reproduktion in der Volkswirtschaft überhaupt; des im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern schnelleren Tempos der volkswirtschaftlichen Entwicklung und der unbedingten systematischen Erhöhung des prozentualen Anteils des sozialistischen Wirtschaftssektors, der das wichtigste und entscheidende Moment in der gesamten Wirtschaftspolitik des Proletariats ist.

Dabei darf man auf dem Gebiet der internationalen Beziehun-

gen nicht von der bloßen Losung der maximalen Entwicklung dieser Beziehungen ausgehen (diese Losung, die von der Opposition aufgestellt wird, würde bei konsequenter Anwendung die Aufhebung des Außenhandelsmonopols und die sowohl wirtschaftliche als auch militärische Kapitulation vor der internationalen Bourgeoisie bedeuten) und auch nicht von der Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen mit der kapitalistischen Welt (die Verwirklichung dieser Losung hätte eine wesentliche Verlangsamung des Tempos unserer wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und des Tempos des gesamten sozialistischen Aufbaus im besonderen zur Folge). Man muß hier von maximal entwickelten Beziehungen ausgehen, sofern diese Verbindungen (Erweiterung des Außenhandels, des Auslandkredits, der Konzessionen, die Heranziehung technischer Kräfte aus dem Ausland usw.) die wirtschaftliche Stärke der Sowjetunion vergrößern, sie von der kapitalistischen Welt unabhängiger machen und die sozialistische Basis für die weitere industrielle Entwicklung der Union erweitern, - nur in diesen Grenzen kann man von maximal entwickelten Verbindungen sprechen.

Was die Wechselbeziehungen zwischen Produktion und Konsumtion betrifft, muß man beachten, daß man nicht gleichzeitig Höchstziffern sowohl des einen als auch des anderen anstreben kann (wie dies jetzt die Opposition fordert), denn das ist eine unlösbare Aufgabe, - daß man auch nicht entweder von dem einseitigen Interesse der Akkumulation im gegebenen Zeitabschnitt ausgehen kann (wie dies von Trotzki gefordert wurde, der im Jahre 1923 die Parole einer strengen Konzentration und eines verstärkten Druckes auf die Arbeiter aufstellte) oder aber von dem einseitigen Interesse des Konsums. In Anbetracht dessen, daß zwischen diesen Momenten sowohl ein relativer Widerspruch besteht als auch eine Wechselwirkung und ein Zusammenhang, wobei unter dem Blickwinkel der Entwicklung auf lange Sicht diese Interessen im allgemeinen übereinstimmen, ist es notwendig, von der größtmöglichen Koordinierung dieser

beiden Momente auszugehen.

Das gleiche gilt auch für die Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen der sozialistischen Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft. Es ist falsch, von der Forderung einer möglichst starken Umleitung der Geldmittel aus der Sphäre der bäuerlichen Wirtschaft in die Sphäre der Industrie auszugehen, denn diese Forderung bedeutete nicht nur den politischen Bruch mit der Bauernschaft, sondern auch eine Untergrabung der Rohstoffbasis für die Industrie selbst, eine Untergrabung ihres Binnenmarktes, eine Untergrabung des Exports und eine Störung des Gleichgewichts im gesamten System der Volkswirtschaft. Andererseits wäre es falsch, darauf zu verzichten, für den Aufbau der Industrie die Mittel des Dorfes in Anspruch zu nehmen; das würde gegenwärtig eine Verlangsamung des Entwicklungstempos und eine Störung des Gleichgewichts zum Nachteil der Industrialisierung des Landes bedeuten.

Bei der Frage des Entwicklungstempos muß man gleichermaßen der überaus großen Kompliziertheit dieser Aufgabe Rechnung tragen. Man darf hierbei nicht von einem maximalen Tempo der Akkumulation für das nächste Jahr oder einige Jahre ausgehen, sondern von einem solchen Verhältnis der Elemente der Volkswirtschaft, das auf lange Sicht das rascheste Entwicklungstempo gewährleistet. Von diesem Standpunkt aus muß man die von der Opposition aufgestellte Losung der Preiserhöhung entschieden und ein für allemal verurteilen: Diese Losung würde nicht nur zu einer bürokratischen Entartung und monopolistischen Fäulnis der Industrie führen, würde nicht nur einen Schlag gegen die Konsumenten, in erster Linie gegen die Arbeiterklasse und die Armen in Stadt und Land, bedeuten, würde nicht nur dem Kulaken die höchsten Trümpfe in die Hand geben - sie würde auch nach einiger Zeit ein starkes Absinken des Entwicklungstempos zur Folge haben, da sie den inneren Markt einengen, die landwirtschaftliche Basis der Industrie untergraben und den technischen Fortschritt in der Industrie aufhalten würde.

Was das Verhältnis zwischen der Entwicklung der Schwer- und der Leichtindustrie betrifft, so muß man ebenfalls von der optimalen Verknüpfung beider Momente ausgehen. Wenn wir es auch für richtig erachten, das Schwergewicht auf die Produktion von Produktionsmitteln zu legen, so darf man dabei doch die Gefahr nicht übersehen, daß allzu umfangreiche staatliche Mittel in den Großbauten festgelegt werden, die sich erst nach einigen Jahren auf dem Markt realisieren; andererseits muß man in Betracht ziehen, daß der schnellere Umschlag in der Leichtindustrie (Produktion von Gütern des dringlichen Bedarfs) es ermöglicht, die hierfür investierten Mittel auch für den Aufbau in der Schwerindustrie zu verwenden, vorausgesetzt, daß sich die Leichtindustrie entwickelt.

Nur wenn man alle oben genannten Faktoren berücksichtigt und sie planmäßig koordiniert, kann man die Wirtschaft auf den Weg einer mehr oder weniger planmäßigen, mehr oder weniger krisenfreien Entwicklung führen.

5. Vom Standpunkt des Klassenkampfes und der Verteilung der Klassenkräfte ist die Periode, in die wir jetzt eintreten, durch ein Anwachsen der Klassenstärke des Proletariats, durch die Festigung seines Bündnisses mit der Masse der Klein- und Mittelbauern gekennzeichnet, während gleichzeitig die privatkapitalistischen Elemente in Stadt und Land relativ zurückgehen und möglicherweise absolut noch zunehmen.

Die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz und des XIV. Parteitages dienen in der gegenwärtigen Periode als Grundlage für die richtige Politik gegenüber dem Dorf, und gerade sie gewährleisten die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Bauernschaft. Das Proletariat verfügt, nachdem es die mittelbauernfeindliche Abweichung in den Reihen seiner Partei überwunden hat, auf der Basis der erzielten Festigung des Blocks der Arbeiter und Bauern gemeinsam mit der ganzen Masse der Klein- und Mittelbauern jetzt über die Möglichkeit,

eine weitere, systematischere und konsequentere Einschränkung des Kulaken und des Privateigentümers vorzunehmen. Das muß die grundlegende Klassenorientierung für den Fünfjahrplan der Volkswirtschaft sein.

II. Das Problem des Fünfjahrplans und die Wirtschaftspolitik der Partei

1. Die Hauptschwierigkeiten und Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik des Proletariats liegen in der Regelung der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land. Bei der Aufstellung des Fünfjahrwirtschaftsplans muß man von der Lösung jener Aufgaben ausgehen, die mit den hauptsächlichsten Disproportionen unserer Wirtschaft zusammenhängen: mit der Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft, die längst noch nicht überwunden ist, obgleich sich die Industrie schneller entwickelt als die Landwirtschaft; mit der Disproportion zwischen den Preisen für Industriewaren und für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Preisschere), mit der Disproportion zwischen der Nachfrage nach Rohstoffen für die Industrie, die von der Landwirtschaft geliefert werden (Baumwolle, Häute, Wolle usw.) und ihrem Angebot; schließlich mit der Disproportion zwischen der Anzahl der Arbeitskräfte auf dem Lande und der realen Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Verwendung (sogenannte agrarische Überbevölkerung).

2. Diese Disproportionen können durch verschiedene Methoden beseitigt werden. So läßt sich z.B. das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei den Industriewaren durch eine Erhöhung der Industriepreise herstellen (die Methode der Opposition, die sie noch bis in die allerletzte Zeit propagierte); diese Methode muß jedoch aus den oben erwähnten Gründen von der Partei entschieden abgelehnt werden. Das Gleichgewicht ließe sich auch durch eine starke Senkung der landwirtschaftlichen Preise erzielen; diese Methode würde jedoch zu einer Verlangsamung des gesamten Entwicklungstempos führen, die Export-

möglichkeiten einschränken und die Rohstoffbasis der Industrie noch mehr untergraben. Das Gleichgewicht könnte durch eine wesentlich höhere Besteuerung der Bauernschaft hergestellt werden. Aber auch diese Methode ist, soweit davon nicht die Kulaken, sondern die gesamte Masse der Bauern betroffen wird, aus den gleichen Gründen nicht annehmbar wie die Politik der hohen Preise für Industriewaren oder die Politik der übermäßig niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Derartige Methoden zur Beseitigung der hauptsächlichsten Disproportionen würden direkt oder in ihrem Endergebnis zur Herstellung des Gleichgewichts führen, aber nicht bei einer schnell ansteigenden Entwicklungskurve der Produktivkräfte, sondern bei ihrer äußerst verlangsamten Bewegung. Andererseits würden diese Methoden zwar ein gewisses Gleichgewicht auf dem Markt herstellen, aber demgegenüber nicht nur keine Linderung oder gar Beseitigung der Überbevölkerung des Dorfes und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit in den Städten bringen, sondern im Gegenteil zu einer weiteren Zuspitzung der Lage führen und sich sehr ungünstig auf das gesamte politische Leben des Landes auswirken. Ebenso muß die allgemeine Orientierung auf eine "zeitweilig" forcierte Kreditgewährung an die Landwirtschaft und maximale Erweiterung des Getreideexports auf Kosten der Investitionen in die Industrie abgelehnt werden. Diese Politik, die auf dem Gebiet des Außenhandelsmonopols die größtmögliche Erweiterung der Außenhandelsoperationen zur Folge hätte, würde der Politik der Industrialisierung des Landes widersprechen, das Wachstum unserer Industrie aufhalten und die Sowjetunion dem äußeren kapitalistischen Feind gegenüber wirtschaftlich entwaffnen.

3. Der einzig richtige Weg zur Beseitigung der genannten Disproportionen ist der Weg der Selbstkostensenkung der Industrieproduktion, die auf einer energisch durchgeführten Rationalisierung der Industrie und der Erweiterung der Industrie beruht, also auf der Politik der Preissenkung

für Industriewaren; der Weg der Entwicklung der arbeitsintensiven Kulturen auf dem Lande und der Industrialisierung der Landwirtschaft selbst (in erster Linie durch die Entwicklung der Industrie, die landwirtschaftliche Produkte primär bearbeitet); der Weg der größtmöglichen Heranziehung der kleinen Ersparnisse (innere Anleihen, Sparkassen, Heranziehung der Genossenschaftsbeiträge, Bau von Genossenschaftsfabriken) und ihre Koordinierung mit dem Kreditsystem.

Nur dieser Kurs, der die Wirtschaft nicht den Weg des geringsten Widerstands führt, sondern den Weg der Überwindung größter Schwierigkeiten, gewährleistet die Herstellung eines mehr oder weniger harmonischen Verhältnisses zwischen Stadt und Land, die systematische Behebung des Mangels an Industriewaren, das Aufsaugen der "überflüssigen" Arbeitskräfte, das auf dem ununterbrochenen Aufschwung der Produktivkräfte des Landes beruht, gewährleistet weiter eine Erhöhung des prozentualen Anteils des sozialistischen Wirtschaftssektors und einen ständig zunehmenden Wohlstand der breiten Massen des Proletariats und der werktätigen Bauernschaft. Denn durch den stärkeren Anbau von arbeitsintensiven Kulturen auf dem Lande, durch die Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft wird zwangsläufig eine wachsende Zahl von Arbeitskräften aufgesogen werden, während die sich erweiternde Industrie hauptsächlich auf der Grundlage des verkürzten Arbeitstages und der Einführung von mehr Schichten die Arbeitslosigkeit in den Städten schneller beseitigen wird. Denn die Politik der Rationalisierung und der niedrigen Preise führt, indem sie das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land herstellt, unbedingt zu einem dauerhaft beschleunigten Tempo der Entwicklung. Denn diese Politik, die den Konsum der Massen erweitert und einen entsprechenden Druck auf den gesamten Produktionsapparat gewährleistet, wird die beste Garantie gegen jede Art von Fäulnis und monopolistischem Parasitismus sein.

4. Ausgehend von dem allgemeinen Kurs des Außenhandels (ein Maximum an Handelsbeziehungen unter der Bedingung, daß die eigene Produktionsbasis sich festigt und die Unabhängigkeit von der kapitalistischen Welt wächst) ist es notwendig, den Außenhandel unbedingt mit der Ausrichtung auf eine aktive Bilanz zu planen. Die aktive Handelsbilanz bildet neben der gesteigerten Goldgewinnung im Lande die wichtigste Quelle zur Schaffung einer Devisenreserve, die besonders notwendig ist angesichts der sich zuspitzenden Beziehungen zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR und auch angesichts der Möglichkeit einer Mißernte.

Im Zusammenhang mit den letztgenannten Umständen muß im Fünfjahrplan der Akkumulation von Reserven überhaupt (von Natural-, Waren- und Devisenreserven) viel Platz eingeräumt werden. Die Schaffung dieser Reserven muß die notwendige Sicherung sein, die die UdSSR vor großen Konjunkturschwankungen des Weltmarktes, den Möglichkeiten einer teilweisen oder allgemeinen wirtschaftlichen oder Kredit- und Finanzblockade, einer Mißernte im eigenen Lande sowie des direkten bewaffneten Überfalls auf die Union der proletarischen Republiken schützt.

5. Auf dem Gebiet der Industrie müssen folgende wichtige Probleme hervorgehoben werden: Erstens das Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumgütern, d.h. zwischen Schwer- und Leichtindustrie; zweitens das Verhältnis zwischen der Zahl der im Bau befindlichen neuen Industrieeinheiten und den Fristen ihrer endgültigen Fertigstellung (in Anbetracht der Gefahr, untragbar hohe Mittel in allzu umfangreichen Neubauten festzulegen, die sich lange Zeit nicht realisieren können); drittens das Verhältnis zwischen den Selbstkosten der Produkte und dem Arbeitslohn; schließlich das Verhältnis zwischen der Produktion für die Bedürfnisse des Binnenmarktes und des Exports einerseits und für die Sicherung der Landesverteidigung andererseits. Entsprechend der Politik der Industrialisierung des Landes

muß in erster Linie die Produktion von Produktionsmitteln gesteigert werden, damit die Entwicklung der Schwer- und der Leichtindustrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft gesichert, d.h. die von ihrer Seite kommende Nachfrage nach Industrieprodukten im wesentlichen durch die einheimische Industrieproduktion der UdSSR befriedigt werden kann. Das schnellste Entwicklungstempo muß für jene Zweige der Schwerindustrie erreicht werden, die binnen kürzester Frist die wirtschaftliche Stärke und die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR stärken, die im Falle einer Wirtschaftsblockade die Möglichkeiten der Entwicklung garantieren, die die Abhängigkeit von der kapitalistischen Welt verringern und dazu beitragen, die Landwirtschaft auf der Grundlage einer höheren Technik und der Kollektivierung der Wirtschaft umzugestalten. Deshalb muß der unverzüglichen Realisierung des Elektrifizierungsplanes, der Entwicklung der Eisen- und Buntmetallhüttenindustrie, insbesondere auf dem Gebiet der hochwertigen Metalle, der Entwicklung der chemischen Industrie, insbesondere auf dem Gebiet der Produktion von künstlichen Düngemitteln, der weiteren Entwicklung der Kohle-, Erdöl- und Torfgewinnung, des allgemeinen Maschinenbaus und des Baues von Landmaschinen, des Schiffbaus, der Elektroindustrie, der Gold- und Platinindustrie besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Bedarfgüter erzeugende Industrie muß die Menge und Qualität ihrer Produktion auf einen Stand bringen, der die Gewähr bietet, daß sich die Pro-Kopf-Verbrauchsnorm der Werktätigen beträchtlich erhöht. Besondere Aufmerksamkeit ist der Entwicklung der Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie zu schenken, welche die Entwicklung der landwirtschaftlichen Rohstoffproduktion sichert und in besonderem Maße zur stärkeren Industrialisierung der Landwirtschaft und zur Beseitigung der Übervölkerung des Dorfes beiträgt.

An neuen Produktionszweigen müssen entwickelt oder neu aufgebaut werden: die Produktion von Ausrüstungen für das

Hüttenwesen, für die Brennstoff- und Textilindustrie, der Kraftwagen-, Flugzeug- und Traktorenbau, die Produktion von Kunstfaserstoffen, die Gewinnung seltener Elemente, die Produktion von Aluminium, Manganerz, Zink, Stickstoffverbindungen, Kali, die Produktion von Ausrüstungen für die Filmindustrie und Funkanlagen, die Gewinnung von Radium usw.

Die Verkaufspreise für Industrieerzeugnisse müssen systematisch gesenkt werden, weil dadurch eine konsequente Verringerung der Preisschere erreicht wird, d.h. weil dadurch die Disproportion zwischen den Preisen für Industriewaren einerseits und denen für landwirtschaftliche Erzeugnisse andererseits sowie die Disproportionen zwischen unserem Preisniveau und den Weltmarktpreisen beseitigt werden.

Diese Aufgaben lassen sich nur lösen, wenn die Selbstkosten energisch gesenkt werden. Deshalb ist die Selbstkostensenkung das zentrale Problem der Industrie, und seiner Lösung müssen alle übrigen Aufgaben untergeordnet werden. Die Hauptmethode für seine erfolgreiche Lösung muß die sozialistische Rationalisierung der Produktion sein. Einführung der neuen Technik, Verbesserung der Arbeitsorganisation, Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte und Verdichtung des Arbeitstages bei seiner gleichzeitigen Verkürzung - das sind die wichtigsten Bestandteile des Rationalisierungsprozesses. Energische Maßnahmen auf diesem Gebiet werden eine Lohnerhöhung und weitere Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse ermöglichen. Zugleich müssen dadurch die Ausgaben für den Arbeitslohn pro Fertigungseinheit gesenkt, die Arbeitsproduktivität gesteigert und eine feste Grundlage für die Politik der Preissenkung geschaffen werden.

Die verstärkte Akkumulation innerhalb der Industrie neben einer Neuverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Industrie bietet die Möglichkeit, Investitionen in der Industrie in einem Ausmaß vorzunehmen, das das erforderliche Wachstum der Produktion und ihre Rationalisierung gewähr-

leistet, vorausgesetzt dabei äußerste Sparsamkeit in der Verausgabung der Mittel, wesentliche Verbilligung der Baukosten und strikte Durchführung des Plans. Der Investitionsplan muß ausgehen von einem Plan für die zweckmäßigste Entwicklung der Volkswirtschaft als Ganzes unter Berücksichtigung der territorialen Besonderheiten. Ebenso muß er ausgehen von der größtmöglichen Effektivität der Kapitalaufwendungen sowohl hinsichtlich der Fristen der Fertigstellung der Bauten als auch des Produktionseffekts der im Bau befindlichen Betriebe. Deshalb müssen in jedem Jahr maximale Investitionen für den Bau einer relativ beschränkten Zahl neuer Werke und für die Rekonstruktion ausgewählter bestehender Betriebe vorgesehen werden.

Bei der Durchführung der Neubauten ist ein energischer Kampf für die Einführung neuer Arbeitsmethoden und die Anwendung der neuesten technischen Errungenschaften erforderlich. Insbesondere muß der unmäßig hohe Kostenindex der Baumaterialien und der Bauausführung überhaupt beseitigt werden.

Bei der Festlegung des Entwicklungstempos der Neubauten auf dem Gebiet der Industrie muß vorgesehen werden, daß sie hinreichend mit Umlaufmitteln versorgt wird nicht nur durch Zuweisung von Haushaltsmitteln, sondern hauptsächlich auch durch Akkumulationen in der Industrie selbst und durch Beschleunigung der Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals in der Produktion.

Außerordentlich große Beachtung ist bei der Aufstellung des Planes dem Bau von Arbeiterwohnungen zu widmen. Angesichts der ungeheuer großen Wohnungsnot muß der Bau von Arbeiterwohnungen so erweitert werden, daß er der Arbeiterbevölkerung für die nächsten 5 Jahre eine bessere Versorgung mit Wohnraum gewährleistet.

Bei der Aufstellung des Fünfjahrplans muß auch die Entwicklung der kleinen örtlichen Industrie, d.h. der Heimindustrie und des Handwerks, berücksichtigt werden, die gegenwärtig eine durchaus notwendige Ergänzung der staat-

lichen Großindustrie bildet und zur Beseitigung des Warenmangels sowie zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Man muß darauf bedacht sein, diese Gewerbe unter den Einfluß der staatlichen und genossenschaftlichen Organe zu bringen, die Vergenossenschaftung, Vereinigung und Rationalisierung der Produktion der kleinen gewerblichen Produzenten durchzuführen und sie dem Einfluß der privaten Aufkäufer, Verteiler und Wucherer zu entziehen.

Das Tempo des Zusammenschlusses der Heimarbeiter in Genossenschaften, besonders in denjenigen Gewerbebranchen, wo der Einfluß des Privatkapitals bis jetzt noch besonders stark ist, ist zu beschleunigen. Die Arbeit zur Heranziehung der Mittel der in Genossenschaften zusammengeschlossenen Heimarbeiter (Anteilbeiträge, Sonderabführungen, Beiträge usw.) für die Heimindustrie ist zu verstärken. Bei der Aufstellung des Fünfjahrplans muß der Entwicklung der Klein- und Heimindustrie in den Randgebieten, insbesondere in den nationalen Republiken und Gebieten, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. In Zusammenhang damit, daß es eine Reihe von Gewerbebranchen gibt, in denen die dort beschäftigten Heimarbeiter hohe Löhne erhalten, muß unsere Politik in bezug auf Vergünstigungen und alle möglichen Formen der Unterstützung seitens des Staates für die einzelnen Kategorien von Heimarbeitern differenziert werden.

6. Auf dem Gebiet des Transportwesens muß man sich die Aufgabe stellen, das Verkehrsnetz und seine Arbeit so zu erweitern, daß es die Bedürfnisse der wachsenden Produktion und des Warenverkehrs befriedigen kann, daß es in das wirtschaftliche Leben des Landes neue Rayons einbezieht, dabei neue gewaltige Quellen für die Entwicklung der Produktivkräfte erschließt und die Bedürfnisse der Verteidigung befriedigt. In Anbetracht dessen, daß das Verkehrswesen beim Übergang von der Wiederherstellung zur unterschiedenen Umgestaltung und Rationalisierung zurückgeblieben ist, muß man der grundlegenden Rekonstruktion der

Verkehrswirtschaft und der Rationalisierung ihrer Arbeit nach dem Muster der technisch fortgeschrittensten Länder und zugleich ihrer besseren Anpassung an die Interessen der Konsumenten größte Aufmerksamkeit widmen. Diese Maßnahmen müssen in bezug auf das Flußtransportwesen im Fünfjahrplan besonders herausgearbeitet werden, da die Überlastung des Eisenbahntransports es zur dringenden Aufgabe macht, den Flußtransport umfassender auszunutzen und den Frachttentransport zu Wasser besser mit dem per Bahn zu kombinieren.

Die Finanzierung der Investitionen in der Verkehrswirtschaft muß aus Mitteln des Staatshaushalts und besonders und hauptsächlich durch die Vergrößerung der eigenen Akkumulation durch Selbstkostensenkung bei der Frachtenbeförderung und Verringerung der unproduktiven Ausgaben bestritten werden.

Besondere Beachtung ist der Entwicklung des örtlichen Verkehrswesens zu schenken sowohl auf der Linie eines erweiterten Straßenbaus als auch der Mechanisierung der Transportmittel, in erster Linie in den Rayons mit entwickelter Warenwirtschaft. Die örtlichen Organe der Sowjetmacht müssen sich besonders bemühen, dieses Problem zu lösen, indem sie die Kräfte und Mittel sowohl der ortsansässigen Bevölkerung als auch der örtlichen Sowjets dazu heranziehen, denn die ungenügende Entwicklung des lokalen Verkehrswesens ist einer der wichtigsten Gründe für die technische und kulturelle Rückständigkeit des Dorfes.

7. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft muß man bei der Aufstellung des Plans ausgehen von der unbedingten Notwendigkeit eines allgemeinen Aufschwungs der Landwirtschaft (in erster Linie Steigerung der Ernteerträge und Vergrößerung der Anbauflächen), wie auch von der richtigen Verknüpfung der Grundelemente der Wirtschaft - sowohl in territorialer Hinsicht als auch hinsichtlich der verschiedenen Wirtschaftszweige (Getreidekulturen, gewerbliche Nutzpflanzen und Viehzucht). Diese Zweige der Landwirtschaft müssen so rasch entwickelt werden, daß

1.) die Erweiterung des Konsums der breiten Massen gewährleistet ist; 2.) eine solche Steigerung des Exports erreicht wird, wie sie im Fünfjahrplan den Erfordernissen des Imports und der Akkumulation von Devisenreserven entspricht und 3.) der Bedarf der Industrie stärker durch eigene Rohstoffe gedeckt wird.

In der Politik der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse muß der Fünfjahrplan von der Notwendigkeit ausgehen, zwischen der Entwicklung der einzelnen Zweige der Landwirtschaft ein stabiles Verhältnis herzustellen, das auch dem in den Plänen festgelegten Bedarf der Produktion, des persönlichen Verbrauchs und des Exports entspricht. Die Aufteilung der Ressourcen auf die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft wird außer durch die bereits erwähnten Momente auch noch von der Notwendigkeit bestimmt, die Disproportion zwischen der Zahl der Arbeitskräfte und ihrer realen Verwendung zu beseitigen: daraus folgt die Notwendigkeit einer forcierten Entwicklung der arbeitsintensiven Kulturen und der schnellen Industrialisierung der Landwirtschaft, hauptsächlich auf der Linie der primären Bearbeitung der landwirtschaftlichen Produkte.

Daraus ergibt sich auch, daß es unzulässig ist, die technischen Probleme der Landwirtschaft in Bausch und Bogen zu lösen, sondern daß man unterscheiden muß zwischen Getreideanbaugebieten (Traktor, Maschinen, Sortensaatgut usw.), den Rayons mit arbeitsintensiven gewerblichen Nutzpflanzen (Melioration, Drainage, Bewässerung, Düngung usw.) und schließlich den Viehzuchtrayons (Verbesserung der Rassen und Organisierung des Absatzes). Der Plan muß insbesondere eine solche Erweiterung der Anbauflächen für Weizen und Gerste, eine solche Steigerung der Ernteerträge und Vergrößerung der Warenproduktion bei diesen Erzeugnissen vorsehen, daß die wachsenden Bedürfnisse innerhalb des Landes befriedigt werden und der erforderliche Umfang des Exports gesichert ist. Zugleich muß der Plan Maßnahmen auf dem Gebiet der Forstwirtschaft vorsehen, besonders um sie rationeller zu gestalten (Arbeiten zur Waldmeliora-

tion, Verbesserung der Waldkulturen und Aufforstung), damit die Waldreichtümer des Landes richtig und vollständiger ausgenutzt werden.

Der Plan muß Investitionen in die Landwirtschaft vorsehen, die sowohl durch die Bauernschaft selbst als auch aus Mitteln des Staatshaushalts vorgenommen werden und dazu dienen, die Landwirtschaft zu mechanisieren sowie die wichtigsten Bewässerungs- und Meliorationsarbeiten überhaupt durchzuführen, wobei den Arbeiten zur Verhütung eventueller Mißernten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Im Plan müssen weiter Maßnahmen zur Versorgung des Dorfes mit komplizierten landwirtschaftlichen Maschinen und besonders mit Traktoren vorgesehen sein, was unter unseren Bedingungen eines der Mittel ist, um die Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion zu verstärken.

Im Fünfjahrplan muß eine forcierte Arbeit zur rationellen Ausnutzung der Anbaufläche vorgesehen werden, die die elementare Voraussetzung bildet sowohl für den allgemeinen Übergang der gesamten Landwirtschaft zu einer höheren Stufe der Agrikultur als auch für die Einführung kollektiver Formen des Wirtschaftens und für die Wahrung der Interessen der Dorfarmut und der Mittelbauern im Kampf gegen den Kulaken. Es ist auch notwendig, einen Plan der Umsiedlungsmaßnahmen aufzustellen und auf seiner Grundlage die Umsiedlungsarbeit zu verstärken, die, da sie den Aufschwung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft fördert und die Lage der besitzlosen und wirtschaftlich schwachen Gruppen der Bauernschaft verbessert, zur Verringerung der "agrarischen Überbevölkerung" beitragen wird.

Der Plan muß von der grundlegenden Klassenorientierung der Partei ausgehen, nämlich von der Politik, die, gestützt auf die Dorfarmut, das feste Bündnis mit den Mittelbauern und die Offensive gegen den Kulaken verwirklicht. Der Plan muß deshalb von der Unterstützung der Genossenschaften ausgehen (wobei der Vorschlag der Opposition, den Genossenschaften Kapital zu entziehen, entschieden abzulehnen

ist, weil das einen Schlag gegen den gesamten Genossenschaftsplan Lenins bedeuten würde); der Plan muß weiter von der richtigen innergenossenschaftlichen Politik ausgehen (Kreditgewährung an die wirtschaftlich Schwachen, Kampf gegen die Kulakentendenzen, eine entsprechende Politik in den Arbeitsgemeinschaften zur Ausnutzung der Maschinen usw.); er muß ferner davon ausgehen, daß es neben der allseitigen Entwicklung der Absatzgenossenschaften gegenwärtig erforderlich ist, allen lebensfähigen Formen der Vergenossenschaftung auf dem Gebiet der Produktion (Kommunen, Kollektivwirtschaften, Artels, Produktionsgenossenschaften, Genossenschaftsfabriken usw.), wie auch den Sowjetwirtschaften, die auf eine höhere Stufe gehoben werden müssen, starke Unterstützung zuteil werden zu lassen.

8. Eine überaus wichtige Aufgabe des sozialistischen Aufbaus im Hinblick auf die Organisation des Warenaustausches ist die Überwindung der Markt-anarchie und der Verschwendungssucht in der Verausgabung materieller Mittel, wie sie der kapitalistischen Art der Verteilung eigen ist. Dazu ist es notwendig, den vergesellschafteten Sektor des Warenumsatzes weiter zu entwickeln und zu rationalisieren.

Der vergesellschaftete Sektor der Zirkulation, der durch Verdrängung des Privatkapitals zu erweitern ist und der durch Rationalisierung des Handelsnetzes und maximale Einschränkung der unproduktiven Ausgaben auf dem Gebiet des Austausches die Planungsgrundlage für den Warenumsatz schafft, verankert alle die gewaltigen ökonomischen Vorzüge des neuen sozialen Verteilungssystems und wird sich im weiteren, entsprechend den Erfolgen beim sozialistischen Aufbau, in den Apparat zur sozialistischen Verteilung der Produkte verwandeln.

Die weitere Verdrängung des privaten Händlers vom Markt durch die Genossenschaften und den staatlichen Handel muß in dem Maße vor sich gehen, wie sich die organisatorischen und materiellen Möglichkeiten der beiden letzteren tatsächlich vergrößern, damit diese Verdrängung kein Loch in das

Verteilungsnetz reißt und keine Stockungen in der Versorgung des Marktes nach sich zieht.

Die Stärkung und das Wachstum der Genossenschaften und des staatlichen Handels, die dem Einfluß der planenden Leitung im stärksten Grade zugänglich sind, müssen ihrerseits den Kampf für die Senkung der Preise, des Haushaltsindex und die Beseitigung der Preisschere zwischen den Einzelhandels- und Großhandelspreisen erleichtern.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Genossenschaftsbewegung zu widmen. Ihre Aufgabe ist es, immer breitere Kreise der Bevölkerung zu erfassen. Die Genossenschaft muß zum billigsten und rationellsten Apparat der Warenbewegung vom Produzenten zum Konsumenten werden. Durch die organisierte Einbeziehung der Massen in die wirtschaftliche Arbeit muß sie zur Ermittlung des Bedarfs der Bevölkerung und zur planmäßigen Deckung dieses Bedarfs beitragen, indem sie der Industrie über das Auftragssystem rechtzeitig Warenanforderungen zuleitet.

Die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes macht eine solche Verteilung der Mittel erforderlich, bei der ein möglichst großer Teil derselben in der Produktion angelegt und ein möglichst kleiner Teil vom Verteilungsnetz verbraucht wird.

Beschleunigung des Umsatzes im Handel und daneben Senkung der Unkosten und Intensivierung der Arbeit jeder Handelseinheit, Vereinfachung, Verkürzung und Regulierung der Warenkanäle sind die Hauptmethode, um diese Aufgabe zu lösen.

Die Vorzüge der planenden Leitung gestatten es der sowjetischen Wirtschaft, mit einer bedeutend niedrigeren Norm an Warenvorräten auszukommen als die kapitalistische Wirtschaft, was vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft eine bedeutende Einsparung ergibt. Der Plan muß jedoch die Bildung solcher Warenvorräte vorsehen, daß sie für die reibungslose Versorgung des Marktes wie auch zum Ausgleich saisonbedingter Schwankungen der Marktkonjunktur

ausreichen.

Schließlich muß der Plan ausreichende Zuweisungen für die Erweiterung und Schaffung einer neuen, höheren technischen Basis des Verteilungsapparates vorsehen (Neubau von Speichern, Elevatoren, Kühlhäusern usw.).

9. Auf dem Gebiet der Geldzirkulation und des Kreditwesens muß der Plan davon ausgehen, daß es notwendig ist, die Kaufkraft des Tscherwonez systematisch zu erhöhen. Die Emission von Papiergeld muß sich in den Grenzen halten, die durch den zunehmenden Warenumsatz bedingt sind. Gleichzeitig ist es erforderlich, bei der ständigen Erweiterung des Budgets das Planprinzip auf diesem Gebiet stärker zu verwirklichen und bedeutende Haushaltreserven anzulegen, die ein genügend freies Manövrieren sowohl innerhalb des Landes als auch auf dem Außenhandelsmarkt gestatten.

Das Kreditsystem verwandelt sich in immer stärkerem Maße in ein Mittel zur Festigung des sozialistischen Wirtschaftssektors und insbesondere zur Unterstützung der Klein- und Mittelbauern.

Im Plan sind Maßnahmen vorzusehen, um die kleinen Ersparnisse in die Sphäre des staatlichen Kredits einzubeziehen. Diese Einbeziehung, die einerseits zusätzliche Hilfsquellen für die Industrialisierung erschließt, muß andererseits im bevorstehenden Planjahr fünf zur Herstellung des Gleichgewichts auf dem Markt zwischen der zahlungsfähigen Nachfrage nach Industriewaren und ihrem Angebot beitragen.

10. Der Fünfjahrplan muß den Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwungs der zurückgebliebenen nationalen Randgebiete und der zurückgebliebenen Rayons besondere Aufmerksamkeit zuwenden, wobei er von der Notwendigkeit ausgehen muß, ihre ökonomische und kulturelle Rückständigkeit allmählich zu liquidieren. Dementsprechend muß er ein schnelleres Entwicklungstempo ihrer Wirtschaft und Kultur vorsehen, ausgehend von der Koordinierung der Erfordernisse und Bedürfnisse dieser Rayons mit den Erfor-

dernissen und Bedürfnissen der Union.

11. Die richtige Lösung der zentralen Probleme des Fünfjahrplans ermöglicht es, das Volkseinkommen so zu erhöhen und zu verteilen, daß die Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse sowie der Klein- und Mittelbauernschaft gesichert ist unter Beibehaltung des schnellstmöglichen Entwicklungstempos der gesamten Volkswirtschaft.

Das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse und die steigende Arbeitsproduktivität führen im Zusammenhang mit der grundlegenden Rekonstruktion der Industrie, die den Produktionsausstoß pro Arbeiter wesentlich erhöht, unter den Bedingungen des proletarischen Staates zur Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden, zur Verstärkung der Arbeitsschutzmaßnahmen, die auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben abzielen, und schließlich zu einer weiteren Erhöhung des Arbeitslohnes. Die Lohnerhöhung äußert sich besonders stark im Ansteigen des Reallohnes. Der allgemeine Aufschwung der Volkswirtschaft wird eine weitere Erhöhung der Ausgaben für andere materielle und kulturelle Bedürfnisse der Arbeitermassen - in erster Linie für den Wohnungsbau, den Bau von Schulen, Fachschulen, Klubhäusern, ferner die Einrichtung von öffentlichen Speisehäusern, Kinderkrippen, Kinderheimen und die allgemeine Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiter ermöglichen.

Bei gleichzeitiger Entwicklung des Netzes der Lehranstalten für die technische Berufsausbildung, insbesondere der Betriebsberufsschulen, und bei Anpassung des gesamten Volksbildungswesens an die Bedürfnisse des sozialistischen Aufbaus werden damit die Voraussetzungen geschaffen für die rasche Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeitermassen, für ihre immer aktivere Beteiligung am Aufbau des Sozialismus und damit für die Festigung der wichtigsten Grundlage der proletarischen Diktatur.

Dadurch werden auch die Bedingungen für die Durchführung von Maßnahmen geschaffen, die der systematischen Verbesse-

rung der Lage der Arbeiterjugend gelten (Verringerung der Arbeitslosigkeit, Einhaltung und Regelung der Mindestzahlen der Beschäftigung von Jugendlichen, Erhöhung des Arbeitslohnes usw.), ferner der Hebung ihres kulturellen Niveaus sowie der Heranbildung neuer Kader technisch, kulturell und politisch entwickelter Proletarier - bewußter Erbauer des Sozialismus - aus ihren Reihen.

Die Entwicklung der Landwirtschaft auf dem Wege der Mechanisierung und Intensivierung, ihre Umstellung auf höhere technische und soziale Formen der Wirtschaftsführung, die Vergenossenschaftung der bäuerlichen Bevölkerung, die Gewährung staatlicher Unterstützungen und Kredite ausschließlich an die Wirtschaften der Klein- und Mittelbauern und die richtige Preispolitik in bezug auf landwirtschaftliche Produkte und Industriewaren, - all dies erhöht die Einkünfte der Bauernwirtschaft und sichert eine ständige Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Klein- und Mittelbauernschaft bei entschiedener Einschränkung der ausbeuterischen Tendenzen des Kulaken. All das schafft die Grundlage für einen allgemeinen kulturellen Aufschwung auf dem Lande, für die Entwicklung der Kultur- und Aufklärungsarbeit, für die Verbreitung agronomischer und technischer Kenntnisse unter den Massen der Landbevölkerung. Die Annäherung zwischen dem Lebensstandard der Stadt und dem des Dorfes ebnet die Wege zur Beseitigung der vom Kapitalismus geschaffenen Kluft zwischen beiden und festigt das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, indem sie letztere auf den Weg der sozialistischen Entwicklung führt und für die aktive Teilnahme am allgemeinen sozialistischen Aufbau gewinnt.

12. Der Fünfjahrplan muß in Verbindung mit den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus der Notwendigkeit Rechnung tragen, das kulturelle Niveau der Bevölkerung in Stadt und Land beträchtlich zu heben, die nationalen Kulturen der Völker der UdSSR zu entwickeln, und er muß den Plan des kulturellen Aufbaus mit der Industrialisierung des

Landes koordinieren, da er ein integrierender Teil des Gesamtplanes des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR ist. Dem Plan des kulturellen Aufbaus müssen diejenigen Aufgaben der Volksbildung zugrunde gelegt werden, die die kulturelle Entwicklung der breiten Massen der Werktätigen (allgemeine Schulbildung, Liquidierung des Analphabetentums, technische Berufsausbildung für möglichst viele Werktätige usw.) und die Heranbildung qualifizierter Spezialisten und Wissenschaftler gewährleisten.

13. Der Parteitag konstatiert, daß bei der Ausarbeitung der Planaufgaben ein bedeutender Schritt vorwärts getan wurde und hält angesichts der zunehmenden Kompliziertheit der Planung und ihrer wachsenden praktischen Bedeutung die Stärkung der Plandisziplin, die Festigung der Planungsorgane und eine besser planende Leitung für notwendig. Um das volkswirtschaftliche Leben des Landes möglichst vollständig durch die planende Leitung zu erfassen, erachtet es der Parteitag für erforderlich, im Laufe des bevorstehenden Planjahrfünfts die Einteilung des ganzen Landes in Rayons abzuschließen.

III. Die sozialistische Rationalisierung, die Bedeutung und Rolle der Massenorganisationen

Zur Lösung der obengenannten Aufgaben hält der XV. Parteitag der KPdSU(B) die Durchführung einer Reihe von Direktiven für erforderlich, die allein die Verwirklichung eines entsprechenden Planes der Volkswirtschaft gewährleisten können.

1. Im Mittelpunkt des Ganzen muß die energischste und intensivste Arbeit auf dem Gebiet der Rationalisierung stehen: Rationalisierung der Industrie in erster Linie, Rationalisierung des Handelsapparates, Rationalisierung des Staatsapparates usw.

Diese Rationalisierung kann nicht durchgeführt werden, ohne daß Wissenschaft und wissenschaftliche Technik die Entwicklung stärker als bisher beeinflussen. Die vordring-

lichste Aufgabe, die jetzt auf die Tagesordnung gesetzt werden muß, besteht darin, das Netz der wissenschaftlichen Forschungsinstitute der Industrie sowie der Werklaboratorien in großem Maßstab zu entwickeln, die akademische wissenschaftliche Arbeit entschlossen in engere Verbindung mit der Tätigkeit der Industrie und Landwirtschaft zu bringen, die westeuropäischen und amerikanischen wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Erfahrungen weitestgehend auszunutzen und alle neuen Entdeckungen und Erfindungen, neuen Industrien, neuen Rohstoffe, neuen Metalle usw. ebenso wie neue Organisationsformen sorgfältig zu studieren. Man darf sich nicht scheuen, für Erfahrungen in der Anwendung verbesserter Produktionsmethoden Geld auszugeben und muß die Initiative sowohl der Arbeiter als auch der Techniker und Ingenieure in jeder Weise unterstützen. Im Zusammenhang hiermit ist es notwendig, alle Kräfte aufzubieten, um die technische und agronomische Ausbildung zu verbessern und binnen kürzester Zeit solche Kader von Facharbeitern und Wissenschaftlern heranzubilden, die auf der Höhe der Weltwissenschaft und -technik stehen und sich aktiv am sozialistischen Aufbau beteiligen.

2. Die wesentlichste und entscheidende Voraussetzung für diese Arbeit zur Rationalisierung der gesamten Volkswirtschaft ist die Einbeziehung der Arbeiter- und Bauernmassen. Alle Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und anderen Organisationen müssen es sich zur Aufgabe machen, eine intensive Propagandaarbeit zu leisten und darüber aufzuklären, daß der endgültige Sieg der Werktätigen nur möglich ist durch den entschlossensten Kampf gegen unproduktive Ausgaben, gegen Nachlässigkeit und Schlamperei in der Arbeit, gegen unpflegliche und sorglose Behandlung der Produktionsmittel und verantwortungslose Einstellung zur eigenen Arbeit und gegen rückständige technische Formen der Wirtschaft (veraltete Technik in der Industrie, Dreifelderwirtschaft, Hakenflug usw. in der Landwirtschaft). Es muß ein ganz energischer Kampf geführt

werden gegen den Bürokratismus im Staats- und Wirtschaftsapparat, gegen Rückständigkeit, routinemäßiges Arbeiten und Tendenzen der Nachtrabpolitik sowohl unter den Massen als auch in den Organisationen und bei den führenden Kadern derselben - seien es Organe des Staatsapparates, der Gewerkschaften, Genossenschaften oder selbst Parteiorgane. Ein energischer Kampf ist zu führen für die entschiedene Umgestaltung der Lebensweise, für ein kulturreiches Leben und gegen die Trunksucht, für eine beharrliche Liquidierung des Analphabetentums, für eine bewußte Einstellung der Arbeiter- und Bauernmassen zur Arbeit und für eine gute Arbeitsdisziplin.

3. Eine besonders wichtige Aufgabe haben dabei die Gewerkschaftsorganisationen des Proletariats, von ihren untersten bis zu ihren höchsten Einheiten. Die Gewerkschaften müssen alle Verzerrungen der Rationalisierung schonungslos bekämpfen, darüber wachen, daß die täglichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse befriedigt werden; sie müssen jeglichem Amtsschimmel und Bürokratismus, wo immer sie sich zeigen, ganz energisch den Garaus machen, jeden Versuch, die große schöpferische Initiative der Massen zu hemmen, kühn vereiteln, müssen die proletarischen Massen auf breitester Basis in den Strom der großen Aufbauarbeit einbeziehen und diese Initiative mit allen Mitteln entwickeln; dadurch müssen die Gewerkschaften in noch stärkerem Maße zum wichtigsten Hebel der Umgestaltung unserer Industrie werden. Auf der Grundlage unserer auf die Verkürzung des Arbeitstages und die Erhöhung der Löhne (entsprechend den Hilfsquellen des Landes und dem Aufschwung der Industrie) gerichtete Politik müssen die Gewerkschaften (durch die Betriebsgewerkschaftskomitees, Produktionsberatungen und Konferenzen, Kontrollkommissionen usw.) die Erziehung der Proletariermassen zu einer richtigen Einstellung zur Arbeit, die Organisation der Arbeit in den Industriebetrieben, die Verbesserung der innerbetrieblichen Ordnung und die Rationalisierung der Technik in

den Betrieben in jeder Weise fördern. Die Gewerkschaften müssen den zurückgebliebenen Schichten des Proletariats helfen, klar zu begreifen, daß gerade das Proletariat als Klasse der Herr der Industrie ist, daß sich ihm gewaltige Perspektiven eröffnen, wenn es beharrlich und unbeirrt auf dem Wege der Industrialisierung des Landes, der Rationalisierung seiner Wirtschaft und zum Aufbau des Sozialismus voranschreitet.

4. Die breiten Massen der Bauernschaft, der Klein- und Mittelbauern, müssen in erster Linie über die Genossenschaft immer stärker für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes mobilisiert werden. Die Initiative der Massen der Klein- und Mittelbauern bei der Schaffung verschiedener Formen der kollektiven Wirtschaft und von Kulturzentren, bei der Organisation agronomischer Hilfe und bei der Unterstützung der Maßnahmen zur rationellen Bodennutzung, bei der Rationalisierung des Genossenschaftsapparates, bei der von den genossenschaftlich organisierten Massen durchgeführten Kontrolle über die Genossenschaftsorgane und die Preise usw. ist energischer und kühner zu unterstützen. Energischer und kühner muß auch die Masseninitiative hinsichtlich der Mechanisierung der Landwirtschaft, hinsichtlich ihrer Intensivierung, hinsichtlich der Einführung neuer arbeitsintensiver Kulturen, hinsichtlich der Errichtung von Genossenschaftsbetrieben usw. geweckt und unterstützt werden.

5. Der Parteitag macht auf die gewaltige Rolle des Komsomol und auf die vor ihm stehenden Aufgaben aufmerksam. Der Komsomol muß der Initiator und Wegweiser bei der Verwirklichung des Neuen in Stadt und Land, bei der Rationalisierung der Wirtschaft, der Arbeit und der Lebensweise sein. Der Komsomol soll einer der wichtigsten Helfer der Partei sein, der sie darin unterstützt, an der Front des Kampfes gegen die technisch-wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit ihre Politik durchzusetzen. Der Komsomol muß der wichtigste Faktor sein, durch den die Massen der

proletarischen und der klein- und mittelbäuerlichen Jugend im Geiste des Aufbaus des Sozialismus und seiner Verteidigung gegen alle Feinde außerhalb und innerhalb des Landes umerzogen werden.

6. Gleichermaßen lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Partei darauf, wie außerordentlich wichtig es ist, die breiten Schichten des weiblichen Proletariats und der fortschrittlichen Massen der Bäuerinnen noch stärker zum Aufbau des Sozialismus und zur Rationalisierung der Wirtschaft heranzuziehen. Dazu sind in größerem Umfang als bisher Maßnahmen sowohl zur Hebung der Qualifikation der Arbeiterinnen durchzuführen als auch zur Intensivierung der Arbeit zu ihrer Befreiung von den Alltagssorgen. Nur in dem Maße, wie diese Aufgabe gelöst wird, wird auch der gesamte Arbeits- und Lebensstil der breiten Massen unseres Landes auf sozialistischer Grundlage umgestaltet werden können.

7. Angesichts der grandiosen Aufgaben, die in der kommenden fünfjährigen Periode auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus vor dem Land stehen, hebt der Parteitag hervor, daß die Parteimitglieder, ganz gleich, auf welchem Posten sie stehen, von der Werkbank angefangen, bis zu den höchsten Organen, die das Land leiten, allen ein Vorbild sein müssen in ihrem Arbeitsheroismus, in ihrer Arbeitsdisziplin, in ihrer intensiven, exakten und rationell organisierten Arbeit.

+ +
+

Der Parteitag bestätigt die Richtigkeit der Wirtschaftspolitik des ZK in der verflorbenen Periode und ist der Auffassung, daß die Verwirklichung des Fünfjahrplans, der den Wohlstand der Massen bedeutend heben und die Positionen des Sozialismus festigen muß, vor allen Dingen von der Einmütigkeit, Geschlossenheit und schöpferischen Energie der Partei selbst abhängt. Unter diesem Gesichtspunkt

verurteilt der Parteitag kategorisch die Tätigkeit der oppositionellen Fraktion Trotzki's, die die große Aufbauarbeit desorganisiert, den Fortgang dieser Arbeit stört und versucht, auch den ganzen Sowjetapparat zu desorganisieren.

Der Parteitag verurteilt kategorisch die ökonomische Linie der Opposition. Im Gegensatz zur Leninschen These, daß bei einer richtigen Politik der Partei in unserem Lande der volle Sieg des Sozialismus möglich ist, wenn dies keine Überfälle von außen verhindern, geht die Opposition davon aus, daß der Sieg des Sozialismus unmöglich ist. Deshalb empfiehlt sie der Partei an Stelle einer zuversichtlichen, gut durchdachten Politik entweder die größten prinzipienlosen Schwankungen oder eine Politik, die mit dem Leninismus nichts mehr zu tun hat. Auf dem Gebiet der Rationalisierung der Wirtschaft schwankte die trotzkistische Opposition, die den Gegnern ihrer Politik "agitatorisches Herangehen" vorwarf, von der Losung der "strengen Konzentration" und des Druckes auf die Arbeiter (Stillelegung solcher Giganten der proletarischen Industrie wie des Putilow-Werkes, des Brjansker Werkes usw.) bis zur faktischen Ablehnung der Rationalisierung.

Die überaus wichtige These Lenins, die der gesamten wirtschaftlichen Orientierung zugrunde liegt, nämlich die These, daß die proletarische Industrie den Bauern billige Waren geben muß als das kapitalistische System ihnen gab, wurde von der Opposition offen über Bord geworfen. Im völligen Gegensatz zu Lenin stellte sie die These auf, daß man den Bauern noch mehr abnehmen müsse, als ihnen unter dem alten System abgenommen wurde, daß man eine Politik der Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Preise betreiben müsse usw. usf. Nur unter dem Druck der schärfsten Kritik sah sich die Opposition genötigt, von dieser Politik abzulassen, die eine Politik des Bruchs mit der Bauernschaft, der Ausplünderung der Konsumenten, d.h. der Arbeiter, eine Politik der Unterstützung des Kulaken im Dorfe, eine Politik des monopolistischen Parasitismus und der

bürokratischen Entartung des industriellen Wirtschaftsapparates ist. Im völligen und grundsätzlichen Widerspruch zu dem gesamten Genossenschaftsplan Lenins, der auf der Finanzierung der Genossenschaft bestand, stellte die Opposition die These auf, man müsse das genossenschaftliche Kapital aus der Sphäre des Handels herausziehen; sie gedachte dadurch die Lage der Industrie zu erleichtern. Diese bürokratisch-administrative Politik würde jedoch die Sache des realen und lebendigen Bündnisses mit der Bauernschaft dem Privatkapital ausliefern, würde einen Schlag gegen die Entwicklung der wirtschaftlichen Eigeninitiative der Bauern bedeuten, würde ihnen den Weg zum Sozialismus versperren, würde das Privatkapital als Beherrscher des Zirkulationsprozesses zwischen die staatliche Industrie und die Bauernschaft stellen. Im völligen Widerspruch zu Lenin, der ausdrücklich vor dem Standpunkt der "Überindustrialisierung" warnte und eindringlich auf die Notwendigkeit hinwies, mit der ganzen Masse der Bauernschaft voranzuschreiten, der die oberflächlichen Phrasen von der "bäuerlichen Beschränktheit" hinwegfegte, schlägt die trotzkistische Opposition vor, sich isoliert von dieser Masse zu bewegen, macht sich damit vollständig die von Lenin verspottete These von der "Beschränktheit" zu eigen und verurteilt dadurch die Politik der Partei unvermeidlich zum Scheitern. Die Opposition leitet daraus die These von der "Entartung", vom "Thermidor" und sonstigen Thesen ab, die aus dem ustrjalow-menschewistischen Arsenal entlehnt sind, versucht die Arbeiterklasse ideologisch zu demobilisieren und geht von der bolschewistischen Bahn des mit größter Energie betriebenen Aufbaus des Sozialismus ab auf die menschewistische sogenannte "kritische" Einstellung zum eigentlichen Klassencharakter dieses Aufbaus über. Die Opposition steht der Rationalisierung der Industrie ablehnend oder bestenfalls "neutral" gegenüber, und sie versucht, sich in ihren demagogisch-agitatorischen Forderungen auf die Vorurteile und den Hang zur Nachtrabpolitik bei den rückständigsten Schichten des Proletariats

mit ihrer halbbäuerlichen Verbraucherpsychologie zu stützen. Aus dieser Einstellung der Opposition zur Rationalisierung und daraus, daß sie nicht an den Erfolg dieser Sache glaubt, ergibt sich ihre negative Einstellung zum Siebensturentag, dessen erfolgreiche Verwirklichung von der energischen Durchführung der Rationalisierung abhängt.

Das objektive Ergebnis dieser Politik wäre eine bürokratische Stagnation unserer Industrie, die Verwandlung des Proletariats aus dem Verbündeten und Führer der Bauernschaft in einen Konsumenten, der sich nicht die Umgestaltung der bäuerlichen Wirtschaft zum Ziel setzt. Eine solche Politik würde unvermeidlich zum Zusammenbruch der proletarischen Diktatur führen. Andererseits predigt die Opposition, getarnt unter dem Banner des Internationalismus, ein wirtschaftliches Bündnis mit dem internationalen Kapital, welches dazu führen würde, daß die Union ihre wirtschaftliche Selbständigkeit verlöre und daß der Aufbau des Sozialismus scheiterte.

+ +
+

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, dafür zu sorgen, daß die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes so vorgenommen wird, daß er dem nächsten Sowjetkongreß zur Erörterung vorgelegt werden kann, und ferner dafür zu sorgen, daß alle örtlichen Sowjet-, Gewerkschafts-, Partei- und anderen Organisationen zur sorgfältigen und allseitigen Prüfung und Diskussion des Planentwurfs herangezogen werden.

Über die Arbeit auf dem Lande

I. Die charakteristischen Besonderheiten in der Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur

1. Die Diktatur des Proletariats in der UdSSR ver-

ändert die Bedingungen und folglich auch die Entwicklung der Landwirtschaft grundlegend, indem sie einen grundsätzlich neuen Typ der Entwicklung der Agrarverhältnisse, einen neuen Typ der Klassenumgruppierungen auf dem Lande und eine neue Richtung in der Entwicklung der Wirtschaftsformen schafft. Die Diktatur des Proletariats, die Nationalisierung des Bodens, der Großindustrie und der Banken bieten nicht nur die Möglichkeit, die Landwirtschaft zu führen, sondern schaffen auch ein völlig anderes Verhältnis zwischen Stadt und Land, als es in der kapitalistischen Gesellschaft besteht. Die Industrie der kapitalistischen Gesellschaft stützt sich in ihrer Entwicklung auf eine Gestaltung des Binnenmarktes, die die Verelendung der Hauptmasse der Mittelbauern, den Zerfall dieser Hauptgruppe im Zusammenhang mit ihrer Proletarisierung voraussetzt. Unter der proletarischen Diktatur unterscheidet sich der Prozeß der Bildung des Binnenmarktes grundlegend von dem im Kapitalismus. Der Markt dehnt sich hier nicht infolge der Verarmung und Proletarisierung der Hauptmasse der Bauernschaft aus, sondern durch die Erhöhung des Wohlstandes der Mittelbauern und der Dorfarmut. Schon allein dies bedingt einen ganz anderen Charakter der Klassenveränderungen und Klassenumgruppierungen innerhalb der Bauernschaft.

2. Die bestimmende Grundlage der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung sind die Kommandohöhen der Wirtschaft, in erster Linie die Großindustrie. Während jedoch in der kapitalistischen Gesellschaft die führende Rolle dieser Kommandohöhen durch ihren kapitalistischen Inhalt bestimmt ist, sind die nationalisierte Industrie, die Kreditinstitute, das Verkehrswesen, die Genossenschaften und der staatliche Handel des proletarischen Staates die wichtigsten Hebel zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes. Die planmäßige Wirtschaftsführung, die ermöglicht wird durch die gewaltige Zentralisierung der Produktionsmittel und der Apparate, die dem Zirkulationsprozeß dienen, in den Händen der proletarischen Macht, schafft

zwangsläufig ungeheure Möglichkeiten, auf die Wirtschaft des Dorfes umgestaltend einzuwirken.

Die Genossenschaft der kleinen Produzenten, die unter dem Kapitalismus unvermeidlich in das System der kapitalistischen Wirtschaftsorgane hineinwächst, wird unter der proletarischen Diktatur zu dem starken Verbindungsmechanismus, der der sozialistischen Industrie hilft, die Führung des Dorfes - der einfachen Warenproduzenten - zu übernehmen. Die gesamte Politik des proletarischen Staates - seine Finanz-, Steuer-, Kredit- und Wirtschaftspolitik überhaupt - ist darauf gerichtet, die Schichten der Klein- und Mittelbauern mit allen nur möglichen Mitteln zu unterstützen und - je nach den Bedingungen auf verschiedene Art - die Ausbeutertendenzen der landwirtschaftlichen Bourgeoisie einzuschränken.

3. Diese allgemeinen Voraussetzungen der Entwicklung in der Periode der proletarischen Diktatur wirkten sich in den verschiedenen Etappen der Revolution durchaus nicht immer in gleichem Maße aus. In der Periode, die unmittelbar auf die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik folgte, welche die richtige Grundlage für die Verbindung der staatlichen Großindustrie und den kleinen ländlichen Produzenten schuf, waren die Kommandohöhen des Proletariats sehr geschwächt, das Privatkapital befand sich in der Periode seiner ursprünglichen Akkumulation und war in der Offensive, die kleinbürgerlichen Elemente bildeten eine für den sozialistischen Aufbau sehr große, auf dem Klein-eigentum beruhende Gefahr, denn der Bauer hatte noch keine praktischen Beweise für die Erfolge des sozialistischen Aufbaus und der richtigen Organisation des Warenaustausches zwischen der sozialistischen Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft.

In der folgenden Periode ging auf der Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte im allgemeinen und der sozialistischen Industrie in erster Linie eine Umgruppierung der Kräfte und Wirtschaftsformen vor sich, und zwar in der

Richtung, daß die sozialistischen Elemente an Bedeutung gewannen. Die Rolle der Kommandohöhen (staatliche Industrie, Banken, Verkehrswesen, staatlicher Handel usw.) wurde größer, wenn auch noch nicht in dem Maße, um ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern zu erreichen, um ihn ganz und gar auf unsere Seite zu ziehen und vom Kulaken loszureißen. Die XIV. Parteikonferenz und der XIV. Parteitag haben eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um ein festes Bündnis mit den Mittelbauern zu erreichen.

4. Die dritte Periode ist durch eine weitere Vergrößerung des sozialistischen Wirtschaftssektors und eine noch stärkere Umgruppierung der Kräfte in der Richtung auf eine weitere Festigung der Grundlagen des sozialistischen Aufbaus gekennzeichnet.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft hat die staatliche Industrie im weiteren wirtschaftlichen Aufschwung nicht nur den Vorkriegsstand überschritten, sondern konnte bereits zu ihrer Neuausrüstung und Entwicklung auf einer neuen technischen Basis übergehen. Auf dem Gebiet der Warenzirkulation haben der staatliche Handel und die Genossenschaften den Privathändler aus einer ganzen Reihe sehr wichtiger Gebiete verdrängt und beinahe das Monopol über den Markt erlangt. Vom Klassenstandpunkt kann die Partei ein Wachstum und eine Konsolidierung des Proletariats konstatieren sowie auf der Grundlage der Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz und des XIV. Parteitages die Festigung seines Bündnisses mit den Mittelbauern sowie seine sich verstärkende Offensive gegen das Privatkapital feststellen. Zugleich war dieser Prozeß von einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, der Organisierung von Gruppen der Dorfarmut, der zunehmenden Organisiertheit der Landarbeiter, von einer Belebung der Tätigkeit der Sowjets und einem unter den neuen Bedingungen zunehmenden Widerstand gegen das Kulakentum begleitet. Diese Voraussetzungen schaffen die Möglichkeit, breitere Schichten von Klein- und Mittelbauern durch die Genossenschaft zu erfassen, die planende

Einwirkung auf die bäuerliche Wirtschaft zu verstärken und auf der Grundlage der in der Festigung des Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern erzielten Erfolge entschlossener gegen den Kulaken vorzugehen.

II. Der Kampf der sozialistischen und kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft

5. Eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Entwicklung der UdSSR zum Sozialismus ist der Aufschwung der Produktivkräfte des Dorfes und die Hebung des Wohlstandes der breiten Bauernmassen. Nur auf diesem Wege kann die sozialistische Stadt die Führung des Dorfes übernehmen, indem sie dabei den allmählichen Übergang von der Wirtschaft des individuellen Privatbesitzers, die noch für eine beträchtliche Zeit die Grundlage der gesamten Landwirtschaft sein wird, zu ihren kollektiven Formen mit allen Mitteln fördert.

Wenn man den Prozeß der landwirtschaftlichen Produktion untersucht, muß man zu folgenden grundlegenden Schlußfolgerungen gelangen: vor allem ist ein allgemeiner Aufschwung der Landwirtschaft in allen ihren Zweigen festzustellen, sowohl auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft als auch auf dem der gewerblichen Nutzpflanzen und der Viehzucht. Die Landwirtschaft hat im großen und ganzen den Vorkriegsstand der Bruttoproduktion überschritten, wenn auch bei Getreide dieser Stand noch nicht erreicht wurde. Die Technik und die Kultur der Landwirtschaft haben sich zweifellos entwickelt (Maschinen, Traktoren, Elektrifizierung, Vielfelderwirtschaft und ihre Verbindung mit der Viehwirtschaft; besseres Saatgut, Düngemittel usw.). Daneben ist jedoch zu bemerken, daß die Erträge noch überaus niedrig sind, besonders gegenüber Europa und Amerika, und daß das Entwicklungstempo der Landwirtschaft noch zu gering ist, daß ihre Abhängigkeit von den Naturbedingungen (Dürre und damit verbundenen Mißernten u.dgl.) noch außerordentlich groß ist, daß die Warenproduktion der Landwirtschaft noch

sehr gering ist im Verhältnis zu den Aufgaben, die gegenwärtig vom Standpunkt des sozialistischen Volkswirtschaftsplanes vor der Landwirtschaft stehen. Besonders kraß zeigt sich dies an den unzureichenden Möglichkeiten des landwirtschaftlichen Exports, der die Grundlage für die Importoperationen bildet, welche für die rascheste Industrialisierung des Landes und für den weiteren Aufschwung der Landwirtschaft selbst notwendig sind.

6. Ein sehr wesentlicher negativer Zug des heutigen Dorfes, der seine historische Vergangenheit und die Überreste der allgemeinen Rückständigkeit des flachen Landes widerspiegelt, ist die sogenannte "agrарische Übervölkerung", d.h. die große Zahl "überflüssiger" Arbeitskräfte, die auf dem Lande keine Beschäftigung finden und die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt bedeutend vergrößern. Eine andere negative Erscheinung, die das Entwicklungstempo der Landwirtschaft hemmt, ist der verwahrloste Zustand eines bedeutenden Teils der Bodenflächen und der Mangel an landwirtschaftlichem Inventar bei den wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft, was auch eine ungenügende Ausnutzung des Bodens durch diese Schichten der Bauernschaft zur Folge hat. Schließlich ist die sogenannte "Preisschere", d.h. die Divergenz der Preise für Industriewaren einerseits und für landwirtschaftliche Erzeugnisse andererseits ein negatives, die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land berührendes Merkmal der gegenwärtigen Lage. Diese negativen Erscheinungen können nur durch eine Reihe umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen beseitigt werden. Die Überwindung der "Übervölkerung des Dorfes" muß neben der Entwicklung der Industrie, der wachsenden Intensivierung der Landwirtschaft und dem verstärkten Anbau von arbeitsintensiven Kulturen einhergehen, was wiederum mit der Industrialisierung der Landwirtschaft und dem Bau von Fabriken für die primäre Bearbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie mit der Entwicklung der örtlichen Gewerbe und schließlich mit einer richtigen Umsiedlungspolitik

zusammenhängt.

Der verwahrloste Zustand von Feldern macht es notwendig, in verstärktem Umfang Maßnahmen zur rationellen Bewirtschaftung der Anbauflächen durchzuführen, denn ohne sie ist es nicht möglich, einen schnellen Aufschwung und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zu erreichen und besteht die Gefahr, daß sich die Bodenbewirtschaftung in den Händen der Kulaken konzentriert. Der Mangel an landwirtschaftlichem Inventar bei den wirtschaftlich schwachen Bauern läßt sich durch eine verstärkte Vergenossenschaftung dieser Schichten und durch ihre Versorgung mit Inventar auf Grund langfristiger Kredite beseitigen. Schließlich muß die "Preisschere" systematisch durch die Politik der Preissenkung für Industriewaren überwunden werden, für welche die Rationalisierung und die Senkung der Selbstkosten der Industrieprodukte die Grundlage bildet.

7. Wenn man den Entwicklungsprozeß der Landwirtschaft vom sozialen und Klassenstandpunkt aus untersucht, ist er gegenwärtig durch den Kampf der sozialistischen und der kapitalistischen Tendenzen gekennzeichnet. Dieser Kampf gibt dem Prozeß der Differenzierung des Dorfes, die unter unseren Bedingungen ganz spezifische Eigentümlichkeiten aufweist, sein besonderes Gepräge. Die Besonderheiten dieser Differenzierung ergeben sich aus den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Diese Besonderheiten bestehen darin, daß, im Gegensatz zum kapitalistischen Entwicklungstyp, der sich in der Schwächung (in der "Auswaschung") der Mittelbauernschaft bei gleichzeitigem Anwachsen der extremen Gruppen - der Dorfarmut und des Kulakentums - äußert, bei uns umgekehrt ein Prozeß der Stärkung der Mittelbauerngruppe vor sich geht, bei einem gewissen zur Zeit noch erfolgenden Wachstum der Kulakengruppe auf Kosten des wohlhabenden Teils der Mittelbauern und bei einer Abnahme der Kleinbauerngruppe, von denen ein gewisser Teil verproletarisiert, während der andere, bedeutendere Teil allmählich in die Gruppe der Mittelbauern aufrückt. Diese

Besonderheiten ergeben sich zwangsläufig aus der widersprüchlichen wirtschaftlichen Entwicklung unter den gegenwärtigen Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Der einfache Warenproduzent in der Landwirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft kann sich entweder in einen kleinen Kapitalisten oder in einen Proletarier verwandeln. Einen dritten Weg der Entwicklung hat er nicht. Unter der proletarischen Diktatur gibt es einen solchen Weg, denn der kleine Warenproduzent kann über die Massenbewegung der Vergenossenschaftung (sowohl in der Sphäre der Zirkulation als auch in immer stärkerem Maße in der Sphäre der Produktion) systematisch in den Prozeß des allgemeinen sozialistischen Aufbaus einbezogen werden.

Andererseits hat die Doriarmut gerade kraft der besonderen Entwicklungsbedingungen unter der proletarischen Diktatur immer größer werdende Möglichkeiten, in die mittleren Gruppen der Bauernschaft aufzurücken. So bewirkt die Eigenart der Differenzierungsprozesse bei uns, daß die Schicht der Mittelbauern weiter wächst, was ein übriges Mal die bekannte These des Genossen Lenin bestätigt, daß der Mittelbauer die "zentrale Figur in der Landwirtschaft" ist.

Was das Tempo der Differenzierung in den einzelnen Rayons der UdSSR betrifft, so ist es entsprechend einer Reihe örtlicher Bedingungen unterschiedlich, was jedoch den allgemeinen Charakter und die Richtung dieses Prozesses nicht beeinträchtigt.

8. Ein sehr grober Fehler der Opposition besteht darin, daß sie die Gesetzmäßigkeit, die in der Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft unter dem Kapitalismus wirksam ist, vorbehaltlos auf die Epoche der Diktatur des Proletariats überträgt und so im Fahrwasser der bürgerlichen Ideologen segelt. Die Opposition erkennt nicht, daß die Entwicklungswege des Dorfs von der Entwicklung der Stadt bestimmt werden und daß den kapitalistischen Elementen im Dorfe unter unseren Bedingungen nicht nur die Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern gegenüberstehen, sondern

auch das ganze System der Diktatur des Proletariats mit seinen mächtigen wirtschaftlichen Kommandohöhen (in erster Linie der sozialistischen Industrie), den Genossenschaften und anderen Hebeln der planmäßigen Einwirkung auf die Landwirtschaft. Damit revidiert die Opposition die wichtigsten theoretischen Thesen des Marxismus-Leninismus über die Beziehungen zwischen der Groß- und Kleinproduktion, zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft und kehrt zurück zu den bürgerlich-revisionistischen Theorien von der "thermidorlanischen" Entartung des proletarischen Staates und vom Sieg des kleinen Kapitalisten, des Kulaken und des Privatkapitals über die große und wie nirgends in der Welt zentralisierte Maschinenindustrie des sozialistischen Proletariats, die für die gesamte Volkswirtschaft dominierend ist.

9. In letzter Zeit war eine bedeutende Verstärkung der planenden und regulierenden Rolle des proletarischen Staates in bezug auf die Landwirtschaft sowie ein wachsender Einfluß der sozialistischen Elemente im Dorf selbst zu beobachten. Diese Faktoren sind eine Waffe im Kampf gegen den Kulaken, der eine Reihe von Positionen in der Wirtschaft des Dorfes an sich gerissen hat, und gegen das Privatkapital, das aus den wichtigsten Gebieten des Wirtschaftslebens verdrängt wird, sich jedoch in einem absoluten Wachstum befindet, in das Leben des Dorfes eindringt - insbesondere über die Heimindustrie und das Handwerk - und versucht, sich Stadt und Land trennend in den Weg zu stellen.

Auf dem Gebiet des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben sich die staatlichen Organe und die Genossenschaften die entscheidende und in mehreren sehr wichtigen Zweigen des Absatzes (Getreide, Baumwolle, Zuckerrüben usw.) die herrschende, ja beinahe die Monopolstellung erobert. Diese Stellung drückt sich in folgendem aus: 1. darin, daß der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ohne die Vermittlung des Privatkapitals beschafft wird, welches bereits aus seinen früheren Posi-

tionen verdrängt wurde; 2. darin, daß diese Erzeugnisse zu Preisen realisiert werden, die die staatlichen Organe festsetzen, wobei sie sich von den Interessen der gesamten Volkswirtschaft leiten lassen. In letzter Zeit ist es gelungen, stabile Getreidepreise im Frühjahr und im Herbst zu erreichen; 3. darin, daß der Staat dank einer bestimmten Preispolitik die Möglichkeit hat, direkt auf die Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion einzuwirken, und zwar in Richtung der zweckmäßigsten Neuverteilung der Produktivkräfte. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß in einigen Zweigen (Fleischablieferung, Hanf usw.) das Privatkapital noch eine ziemlich bedeutende Stellung einnimmt.

10. Auf dem Gebiet der Versorgung nähern wir uns bereits einer Lage, in der mehr als die Hälfte aller Waren, die das Dorf bekommt, unmittelbar über die Genossenschaften und die staatlichen Organe geliefert wird, wobei sich die Versorgung des Dorfes mit Maschinen gänzlich in den Händen der Genossenschaften und der staatlichen Organe befindet und das Privatkapital bei einer ganzen Reihe von Industriewaren (Textilien, Salz, Petroleum usw.) eine nur unbedeutende Rolle spielt. Die Bemühungen des proletarischen Staates sind in dieser Hinsicht hauptsächlich darauf gerichtet:

1.) durch systematische Senkung der Preise für Industriewaren den Massen der Bauern billigere und qualitativ bessere Waren in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen; 2.) die in der direkten Versorgung des Dorfes mit Industriewaren eroberten Positionen zu festigen und zu erweitern und dabei die Vermittlung des Privatkapitals immer mehr auszuschalten; 3.) die Versorgung mit Maschinen zu einem Instrument für den Aufschwung der Masse der Bauernwirtschaften und für ihre Vergenossenschaftung, insbesondere ihre Vergenossenschaftung auf dem Gebiet der Produktion, zu machen.

11. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre, besonders der letzten Jahre, haben die Richtigkeit des Leninschen

Genossenschaftsplanes voll und ganz bestätigt, nach dem die sozialistische Industrie gerade über die Genossenschaften die kleine Bauernwirtschaft auf den Weg zum Sozialismus führen wird, indem sie die individuellen und zersplitterten Produktionseinheiten - sowohl über den Zirkulationsprozeß als auch in immer stärkerem Maße über die Reorganisation und den Zusammenschluß der Produktion selbst - in eine vergesellschaftete Großwirtschaft auf der Basis der neuen Technik (Elektrifizierung usw.) verwandelt.

Die Aufgabe des Zusammenschlusses und der Umgestaltung der kleinen individuellen Bauernwirtschaften zu großen Kollektivwirtschaften muß in der gegenwärtigen Periode als Hauptaufgabe der Partei auf dem Lande betrachtet werden. Die Partei weist kategorisch darauf hin, daß dieser Übergang nur mit dem Einverständnis der werktätigen Bauern vollzogen werden kann, betrachtet es jedoch zugleich als ihre unaufschiebbare Aufgabe, in einer umfangreichen Propaganda darüber aufzuklären, daß der allmähliche Übergang zur gesellschaftlichen landwirtschaftlichen Großproduktion für die Bauernschaft notwendig und vorteilhaft ist, und die bereits bestehenden und merklich zunehmenden Elemente der kollektiven Großproduktion auf dem Lande in jeder Weise praktisch zu fördern.

In den letzten Jahren haben sich die Genossenschaften (Verbraucher- und landwirtschaftliche Genossenschaften) zu einem mächtigen Organismus entwickelt, der mehrere Millionen Bauernwirtschaften vereinigt und zusammen mit dem staatlichen Handel die entscheidende Rolle im gesamten Warenumsatz zwischen Stadt und Land spielt. Auch die Handwerker- und Gewerbe-genossenschaft festigte sich in der letzten Zeit merklich. Die Zusammensetzung der Genossenschaft auf dem Lande unterscheidet sich wesentlich von ihrer Zusammensetzung in der Zeit vor der Revolution: es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Genossenschaften im wesentlichen Genossenschaften der Klein- und Mittelbauern

sind. Entsprechend ihrer Zusammensetzung ändert sich auch die Richtung, in der die Tätigkeit der genossenschaftlichen Organisationen verläuft, welche heute die Interessen der Hauptmasse der Bauernschaft und nicht die ihrer kulakischen Oberschicht wahrnehmen. Was die Beziehungen zwischen Staat und Genossenschaften angeht, so genießt die Genossenschaft eine Reihe von Vergünstigungen und Vorteilen, die sich aus der Notwendigkeit für den proletarischen Staat ergeben, den genossenschaftlichen Aufbau allseitig, auch materiell, zu unterstützen.

Neben der gewaltigen ökonomischen Bedeutung der Genossenschaften im allgemeinen und der landwirtschaftlichen Genossenschaften im besonderen muß auch die Tatsache hervorgehoben werden, daß die Genossenschaft die beste Form des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Bauernschaft auf breitester Grundlage, die beste Form zur Entwicklung ihrer Selbsttätigkeit und Initiative, eine Form ihrer wirtschaftlichen und kultur-politischen Umerziehung, ihrer Einbeziehung in die Front des allgemeinen sozialistischen Aufbaus ist. Darin besteht ihr grundlegender Unterschied und Vorzug gegenüber den staatlichen Handels- und Beschaffungsorganen, und darin liegt auch die Perspektive begründet, daß sie eine immer größere Rolle spielen wird.

Es muß als ein charakteristisches Merkmal der Opposition hervorgehoben werden, daß sie nicht an die Möglichkeit glaubt, die Hauptmasse der Bauernschaft über die Genossenschaft in die Front des sozialistischen Aufbaus einzubeziehen. Das ist eine Ablehnung des Leninschen Genossenschaftsplanes, also eine direkte Abkehr der Opposition vom Leninismus. Diese Abkehr ist das unvermeidliche Ergebnis der ganzen liquidatorischen Einstellung der Opposition, die die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande leugnet.

12. Die landwirtschaftlichen und die Verbrauchergenossenschaften sowie die Handwerks- und Gewerbe-genossenschaften entwickeln sich und nehmen die wichtigsten Posi-

tionen auf dem Gebiet des Warenumschlages zwischen Stadt und Land ein. Dies führt zu der wirtschaftlichen Notwendigkeit und wirtschaftlichen Möglichkeit, daß die landwirtschaftlichen und Handwerks- und Gewerbe-genossenschaften aus dem Gebiet des Absatzes und der Versorgung in das Gebiet der Produktion vordringen.

Dort, wo die staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen bereits das Monopol des Aufkaufs erlangt oder es beinahe erlangt haben, ist der Übergang zur Vergenossenschaftung auf dem Gebiet der Produktion, d.h. die unmittelbare Mitwirkung am Aufschwung der Wirtschaft der in Genossenschaften vereinigten Bauernschaft, eine besonders akute Frage, da die vergenossenschaftete Bevölkerung andernfalls keinerlei Vorteile gegenüber der nicht vergenossenschafteten genießen würde. Die Entwicklung der Genossenschaft führt unter den gegenwärtigen Bedingungen somit dazu, daß die in der Genossenschaft vereinigten Bauernwirtschaften vor allem dann zusätzliche Vorteile gegenüber den nicht genossenschaftlich zusammengeschlossenen Wirtschaften erlangen können, wenn sie von dem genossenschaftlichen Zusammenschluß auf dem Gebiet des Absatzes und der Versorgung immer mehr zur kollektiven Großwirtschaft auf der Grundlage der technischen Rekonstruktion und des Zusammenschlusses der zersplitterten Bauernwirtschaft übergehen.

In diesem Prozeß des genossenschaftlichen Zusammenschlusses auf dem Gebiet der Produktion spielt bereits heute die landwirtschaftliche Industrie (sowohl die staatliche als auch die genossenschaftliche) eine überaus wichtige Rolle und wird dies künftig noch mehr tun, denn sie ist unmittelbar - sowohl technisch als auch wirtschaftlich - mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden und verändert deren innere Struktur. Dieser Prozeß steht im Zusammenhang mit dem erweiterten Anbau von arbeitsintensiven Kulturen, mit der Entwicklung der Viehzucht usw. sowie mit den wachsenden Exportmöglichkeiten (Fleischver-

arbeitungsbetriebe, Käsereien, Konservenfabriken, Fabriken zur primären Bearbeitung von Flachs, Darren, Räucherleien usw. usf.)

13. Die verstärkte planende Einwirkung auf den Produktionsprozeß über die Genossenschaft findet ihren Ausdruck bereits in der Form direkter Aufträge an die genossenschaftlich organisierten Produzenten für eine bestimmte Qualität und Menge von Erzeugnissen, wie z.B. in der Zuckerindustrie und teilweise im Baumwollanbau (System der sogenannten Kontraktabschlüsse, Verträge usw.), wobei der Auftraggeber, d.h. die staatliche Industrie, die Möglichkeit hat, die Qualität des Produktionsprozesses zu heben, indem sie die jeweils besten Produktionsmethoden (Reihenaussaat, Qualität des Saatgutes, Düngung des Bodens usw.) vertraglich vereinbart und zu deren Verwirklichung beiträgt. Dabei erfolgt die Versorgung mit den entsprechenden Produktionsmitteln häufig direkt durch Vermittlung der den Auftrag erteilenden staatlichen oder genossenschaftlichen Organisationen. Diese Form kann und muß künftig eines der wichtigsten Mittel zur Vergenossenschaftung der bäuerlichen Produktion im wahren Sinne des Wortes sein, d.h. zum freiwilligen Zusammenschluß der kleinen Produzenten, die über die Genossenschaft mit der sozialistischen Industrie verbunden sind.

14. Auf der Linie des genossenschaftlichen Zusammenschlusses auf dem Gebiet der Produktion entwickeln sich solche Grundformen der produktionsmäßigen Vereinigung wie Artels, verschiedene Arten von Produktionsgemeinschaften und landwirtschaftlichen Kommunen, die in ihrer überwiegenden Zahl die Dorfarmut und die wirtschaftlich schwache Bauernschaft vereinigen. Diese Formen haben nach einer gewissen kritischen Periode ihre Lebensfähigkeit gezeigt und schon in vielen Fällen ihre Überlegenheit gegenüber den kleinen Bauernwirtschaften bewiesen. Die Partei muß dafür sorgen, daß sie auf jede Weise unterstützt und gefördert werden. In der allgemeinen Bilanz der sozialisti-

schen Elemente in der Landwirtschaft spielen die Sowjetwirtschaften als Formen der staatlichen sozialistischen Bodenbewirtschaftung und der Viehwirtschaft im Großmaßstab eine wesentliche Rolle. Das System der Sowjetwirtschaften, das ebenfalls eine ernste Krise durchgemacht hat, ist heute bereits rentabel und beginnt eine immer größere Rolle als kultureller und agronomischer Faktor zu spielen, der auf die Bauernwirtschaft einwirkt, und als Musterbeispiel, das die Überlegenheit der vergesellschafteten Großproduktion gegenüber der kleinen Bauernwirtschaft demonstriert.

15. Ein wichtiger Faktor der Einwirkung auf die Bauernschaft sind die großen Meliorationsanlagen wie z.B. die Bewässerungsarbeiten in Mittelasien (Baumwollanbau) und im Kaukasus. Das Bewässerungssystem kann in den Händen des proletarischen Staates zu einem mächtigen Regulator des Produktionsprozesses und zu einem Instrument zur Unterstützung der klein- und mittelbäuerlichen Schichten werden.

Eine andere Methode der planmäßigen Einwirkung sind die staatlichen und genossenschaftlichen Ausleihstationen, die mit einer entsprechenden Anzahl komplizierter Landmaschinen ausgerüstet sind und bei richtiger Politik einen bedeutenden Faktor im Kampf gegen die Ausbeutung der armen und wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft durch die Kulaken darstellen und auch einen Ansporn bieten, zu kollektiven Formen der Bodenbearbeitung auf der Grundlage der neuen Technik überzugehen. Hierzu gehören ferner eine breit angelegte agrotechnische Hilfe, die Versorgung mit Sorten-Saatgut und Mineraldünger, die Arbeiten zur Bekämpfung der Dürre, Maßnahmen für den Aufschwung des Zentralen Schwarzerdegebietes usw.

16. Die Entwicklung der Industrie und der allgemeine Aufschwung der Produktivkräfte des Landes, die Erweiterung der staatlichen Fonds für die Vergenossenschaftung der Millionenmassen von Klein- und Mittelbauern ermöglichen

in immer größerem Umfang die technische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft, darunter auch der Landwirtschaft, auf der Basis der Elektrifizierung.

Die Elektrifizierung wird, indem sie die Technik der gesamten Industrie umgestaltet, auch die gesamte Landwirtschaft in wachsendem Maße auf eine neue, vollkommene technische Grundlage stellen, ihre Methoden radikal verändern und sie gebieterisch auf die Bahn der vergesellschafteten Arbeit lenken. Somit kommt zu allen bereits genannten Hebeln der sozialistischen Umgestaltung der Bauernwirtschaft und zu dem mächtigen Einfluß des Kredit- und Steuersystems noch der gewaltige Faktor der technischen Revolution hinzu, die den Aufschwung der Landwirtschaft und ihre allmähliche Vergesellschaftung durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß rasch vorantreiben muß. Das Dorf muß in verstärktem Maße mit Traktoren versorgt werden, und zu diesem Zwecke ist die Traktorenproduktion schneller zu entwickeln.

Ein sehr grober Fehler der Opposition sind ihre Versuche, den Plan der Elektrifizierung dem Genossenschaftsplan Lenins entgegenzustellen. Diese Versuche zeugen davon, daß die Opposition die unzweideutige Tatsache nicht begreift, daß der Elektrifizierungsplan und der Genossenschaftsplan untrennbare Bestandteile des gesamten Leninischen Plans für den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande sind.

III. Zustand und Mängel der praktischen Arbeit Verzerrungen der Parteilinie

17. Bei aller Richtigkeit der allgemeinen Politik, trotz des wachsenden Einflusses des proletarischen Staates, seiner Organe und der Genossenschaften auf die Landwirtschaft müssen doch eine Reihe sehr ernster Mängel, Fehler und Verzerrungen, zuweilen auch empörender Verstöße gegen die politische Linie der Partei festgestellt werden.

Hinsichtlich der Tätigkeit der staatlichen Organe müssen in erster Linie die Fehler hervorgehoben werden, die bei der Regulierung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse begangen wurden (Fehler im Jahre 1925/26), welche das Scheitern unseres Export- Importplans und damit der Produktionspläne der Industrie, den verringerten Anbau gewerblicher Nutzpflanzen usw. zur Folge hatten. Es muß hervorgehoben werden, daß die Landwirtschafts- und Genossenschaftsorgane sowie die Organe des landwirtschaftlichen Kreditwesens der Durchführung einer richtigen proletarischen Politik auf dem Lande (Versorgung mit Maschinen, Kreditgewährung, Anwendung der Pacht, rationelle Bodenbewirtschaftung usw.) viel zuwenig Aufmerksamkeit widmen und die Ansprüche der Kulaken häufig nicht energisch genug zurückweisen. Ebenso muß festgestellt werden, daß die Organe des Volkskommissariats für Finanzen trotz der überaus großen Erfolge bei der Durchführung der progressiven Besteuerung nicht immer ihrer Aufgabe gerecht werden, alle steuerpflichtigen Einnahmen der Kulakengruppen buchhalterisch zu erfassen und einen entsprechenden Druck mittels der Steuer ausüben. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß die staatlichen Erfassungsorgane die Bedeutung der Genossenschaften als Massenorganisation, welche die Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion zur Aufgabe hat, häufig unterschätzen und dazu neigen, die Rolle der Genossenschaft zu schmälern und die Genossenschaft selbst zu einer bloßen Filiale der entsprechenden staatlichen Beschaffungsorgane zu machen.

18. In den Genossenschaften sind eine Reihe ungesunder Erscheinungen zu beobachten, die eine Verzerrung der Parteipolitik signalisieren. Die Zusammensetzung der Genossenschaften, die im großen und ganzen zweifellos aus Klein- und Mittelbauern bestehen, läßt nichtsdestoweniger häufig eine relativ schwache Vergenossenschaftung der Dorfarmut und eine unverhältnismäßig starke Vergenossenschaftung der wohlhabenden Oberschicht des Dorfes erken-

nen. Die Zusammensetzung der gewählten Organe der Genossenschaften weist trotz der Beschlüsse über die Nichtzulassung von Kulaken in diese Organe die gleichen Mängel auf, Infolgedessen kommt es bei der Versorgung mit Maschinen häufig vor, daß gerade die Oberschichten des Dorfes relativ besser ausgerüstet werden. Das gleiche ist über die Verteilung der Kredite zu sagen. Auch muß auf die Nichterfüllung der Parteidirektiven durch die genossenschaftlichen Organe hingewiesen werden, die von den direkt für den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Dorfarmut bestimmten Fonds häufig keinen Gebrauch machen. Wenn auch in letzter Zeit ein Wandel eingetreten ist und derartige Fälle nicht mehr so häufig vorkommen, sind trotz der ausdrücklichen Direktiven des ZK der KPdSU(B) die obenerwähnten Abweichungen von der Parteilinie immer noch festzustellen. Es muß ferner auf die Tatsache aufmerksam gemacht werden, daß Pseudogenossenschaften existieren, die als Tarnung der kulakischen "Gemeinschaften" dienen und alle Rechte und Privilegien der Genossenschaften für sich in Anspruch nehmen. Ein wesentlicher Mangel der organisatorischen Arbeit der Genossenschaft ist ferner das Bestehen einer großen Anzahl sogenannter "wilder" Genossenschaften, die noch immer nicht in das allgemeine zentralisierte System der Genossenschaften eingegliedert sind. Ein allgemeiner Mangel in der Arbeit der Landwirtschafts- und Wirtschaftsorgane, der genossenschaftlichen und Kreditorganisationen sind die nicht selten auftretenden Meinungsverschiedenheiten und häufig auch der einander widersprechende Charakter der von ihnen durchgeführten Maßnahmen.

19. Was die Arbeit der Sowjets anbelangt, so sind zweifellos Erfolge in der auf die Belebung der Sowjets auf dem Lande gerichteten Politik der Partei zu verzeichnen. Die Sowjets (ihre Sektionen und Kommissionen) werden immer mehr zu organisierenden Zentren des wirtschaftlichen und politischen Lebens, zu einer Schule der Verwaltung, zu einem Mittel zur Entwicklung neuer Kader von Klein- und

Mittelbauern usw. Die Organisierung von Parteilosenaktivs um die Sowjets hat deren Autorität in den Augen der Massen gestärkt. Zugleich muß auf die wachsende Organisiertheit der Dorfarmut und der Landarbeiter hingewiesen werden, die sich bei den Wahlen in die Sowjets, in die Genossenschaftsorgane usw. gezeigt hat. Nichtdestoweniger aber ist festzustellen, daß diese Arbeit bei weitem noch nicht in genügendem Umfang geleistet ist.

20. Auf dem Gebiet der Parteiarbeit ist die ungenügende Arbeit unter den Landarbeitern hervorzuheben (was sich auch in der Zusammensetzung der Dorfzellen widerspiegelt), ferner die mangelhafte Koordinierung der parteipolitischen Arbeit auf dem Lande mit der Arbeit auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus. Jedoch zeigen die Kampagnen für die Wahlen in die Sowjets, die unter Führung der Partei auf der Grundlage einer breiten Demokratie für die Werktätigen durchgeführt wurden, daß die Autorität der Parteiorganisationen unter den Bauernmassen wächst. Eine überaus wichtige Rolle auf dem Lande spielt die Komsomolorganisation, die ihre Aufgabe gegenwärtig darin zu sehen hat, ihren Mitgliederbestand im Sinne einer Verstärkung des Kerns von Landarbeitern zu regulieren, neue Kader des Komsomolaktivs aus diesem Kern zu entwickeln, die Parteilinie strikter durchzuführen, die Partei bei der Organisierung der Dorfarmut und Landarbeiterschaft aktiv zu unterstützen und ihre Mitglieder politisch zu erziehen. Die Komsomolorganisation auf dem Lande muß ein höchst wirksamer Hebel der Partei beim Aufschwung und bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, bei der Entwicklung einer umfassenden Initiative auf dem Gebiet der Kultur und bei der Heranbildung neuer Kader sozialistischer Funktionäre sein. Für die Gewinnung der Massen der Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen für das Klein- und Mittelbauernaktiv, hinsichtlich der Verbesserung des kulturellen Niveaus der Bauernschaft und hinsichtlich der Vergenossenschaftung der Bauernschaft sind die Delegiertenversammlungen der Bäuerinnen wichtig, die

intensiver daran arbeiten müssen, die der Partei nahestehenden Schichten der Bäuerinnen in den gesamten sozialistischen Aufbau auf dem Lande einzubeziehen.

IV. Die nächsten Aufgaben der Partei

Wir können also feststellen, daß 1.) auf wirtschaftlichem Gebiet der sozialistische Sektor der Volkswirtschaft und zugleich auch der prozentuale Anteil der Arbeiterklasse außerordentlich gewachsen ist; 2.) das Privatkapital aus einer Reihe sehr wichtiger Positionen verdrängt wurde; 3.) auf dem Lande sowohl die Hauptwidersprüche als auch die Hebel der sozialistischen Entwicklung ganz klar zutage getreten sind, d.h. einerseits ein gewisses Anwachsen des Kulakentums und andererseits eine Verstärkung der Mittelbauerngruppe sowie eine größere Organisiertheit der Dorfarmut, eine schnelle Entwicklung der Genossenschaften, die unter der proletarischen Diktatur - nach Lenins Worten - gleichbedeutend ist mit dem "Wachstum des Sozialismus", und schließlich eine Verstärkung der planenden und regulierenden Rolle der staatlichen Organe im Hinblick auf die bäuerliche Wirtschaft.

Seit der XIV. Parteikonferenz und dem XIV. Parteitag haben sich im Zusammenhang mit der entsprechenden Politik der Partei auch auf einem anderen Gebiet eine Reihe wichtiger Veränderungen vollzogen: 1.) die Anbaufläche wurde vergrößert und die Größe der nichtbearbeiteten Bodenfläche ist bedeutend zurückgegangen, was damit zusammenhängt, daß die Wirtschaft der Hauptmasse der Bauern allgemein im Aufschwung begriffen ist; 2.) auf politischem Gebiet hat sich der Mittelbauer stärker vom Kulakentum abgekehrt, wurde das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Masse der Mittelbauern gefestigt und hat sich schließlich eine klare Wendung zur Isolierung der Kulaken gezeigt.

So können also die Ziele, die sich die Partei in der Periode der XIV. Parteikonferenz und des XIV. Parteitages gestellt hatte, als im wesentlichen erreicht betrachtet

werden. Die Partei erzielte diese Erfolge, indem sie sowohl gegen die Unterschätzung der Kulakengefahr als auch insbesondere gegen die mittelbauernfeindliche Abweichung der Opposition kämpfte. Die Partei hätte diese Erfolge nicht errungen, wenn sie das Feuer nicht gegen die opportunistische mittelbauernfeindliche Abweichung der Opposition konzentriert hätte, denn diese Abweichung, die das Bündnis des Proletariats mit den Massen der Mittelbauern untergräbt und die Loslösung des Mittelbauern vom Kulakentum erschwert, führt in der Praxis zu einer Verstärkung des Einflusses der Kulaken auf dem Lande. Die von der Partei betriebene Leninsche Politik des Bündnisses mit den Mittelbauern muß unbedingt fortgesetzt werden. Die Erfolge, die die Politik der Partei auf dem Lande erzielt hat, und die daraus entstandene neue Lage gestatten es der Partei des Proletariats, unter voller Ausnutzung der ganzen Macht der Wirtschaftsorgane und nach wie vor gestützt auf die Massen der Klein- und Mittelbauern, die Offensive gegen das Kulakentum weiter zu entfalten und eine Reihe neuer Maßnahmen zu treffen, die die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande einschränken und die bäuerliche Wirtschaft dem Sozialismus entgegenführen. Hieraus ergeben sich folgende aktuelle Aufgaben für die Partei:

1. Elemente der staatlichen planenden Regulierung in der Landwirtschaft

a) Die Erfolge der staatlichen Organe und der Genossenschaften in der Übernahme des Absatzes von Industriewaren (darunter auch der Produkte der Heimindustrie) auf dem Lande und der Erfassung und beim Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte für die Stadt sind auszubauen und weiter zu entwickeln, da sie eine sehr wichtige Vorbedingung sind für die Überwindung der Spontaneität des Marktes, für die Ausdehnung des Planprinzips auf die Landwirtschaft und für die Sicherung der führenden Rolle der sozialistischen Industrie in der gesamten Volkswirtschaft.

- b) Die Politik der Preissenkung für Industriewaren unter Wahrung der Stabilität der landwirtschaftlichen Preise ist unbeirrbar fortzusetzen, da sie eine außerordentlich wichtige Vorbedingung für die Verbesserung der materiellen Lage der werktätigen Massen und die Festigung des Bündnisses zwischen Stadt und Land ist.
- c) Die Praxis der Vertragsbeziehungen (Kontraktsystem usw.) zwischen der genossenschaftlich organisierten Bauernschaft und den staatlichen Organen ist auf jede Weise zu fördern, denn diese Vertragsbeziehungen führen zur unmittelbaren Verbindung zwischen der bäuerlichen Wirtschaft und den entsprechenden Zweigen der sozialistischen Industrie (Zucker-, Textilindustrie usw.) und erleichtern die planende Regulierung der Landwirtschaft der betreffenden Rayons und Wirtschaftszweige durch den Staat.
- d) Entsprechend der Aufgabe, die Vereinigung der kleinen Bauernwirtschaften zu großen Kollektivwirtschaften in jeder Weise zu fördern, muß das System des landwirtschaftlichen Kreditwesens sein Hauptaugenmerk auf die Unterstützung und Entwicklung der Vergenossenschaftung der Massen der Klein- und Mittelbauernschaft auf dem Gebiet der Produktion lenken; dabei ist in stärkerem Maße dafür zu sorgen, daß die Einlagen der Bauern für die Genossenschaften nutzbar gemacht und besonders, daß genossenschaftliche Verarbeitungsbetriebe usw. organisiert werden.
- e) In dem Maße, wie sich die Genossenschaften (Landwirtschaftliche Genossenschaften, Verbrauchergenossenschaften und Handwerker- und Gewerbe-genossenschaften) festigen und der Kulak sowie der Privathändler aus der Sphäre des Warenumsatzes verdrängt werden, ist es notwendig, zwischen der Genossenschaft und den staatlichen Organen Wechselbeziehungen herzustellen, die geeignet sind, das Arbeitsfeld der Genossenschaften noch mehr zu erweitern, wobei die Interessen des Sowjetstaates und die Führung durch ihn unbedingt gewährleistet sein müssen.

2. Besteuerung

- a) Es ist dafür Sorge zu tragen, daß der Beschluß der Partei und der Sowjetmacht über die Befreiung der wirtschaftlich schwachen Bauernschaft (35 Prozent aller Bauernwirtschaften in der Union) von der Landwirtschaftssteuer mit größter Exaktheit durchgeführt wird.
- b) Zwecks Besteuerung der wachsenden Einkünfte der wohlhabendsten Schichten im Dorfe wird das ZK beauftragt, die Frage des Übergangs zu einem möglichst vollkommenen progressiven Einkommensteuersystem zu bearbeiten.

3. Genossenschaften

- a) Das Netz der Verbraucher-, der landwirtschaftlichen und Handwerks- und Gewerbe-genossenschaften ist zu erweitern und zu festigen mit dem Ziel, in der kommenden Periode die gesamte Dorfarmut und die Mehrzahl der Mittelbauern in die Genossenschaft einzubeziehen. Die von der Genossenschaft zur Verfügung gestellten Mittel für die Vergenossenschaftung der Dorfarmut müssen erhöht werden.
- b) Die Gewinnung der Bäuerinnen für die Genossenschaft muß intensiviert werden, besonders derjenigen, die in Zweigen der Landwirtschaft beschäftigt sind, wo die Frauennarbeit einen bedeutenden Platz einnimmt (Geflügelzucht, einige Zweige der Heimindustrie usw.)
- c) Zwecks weiterer Verdrängung des Privatkapitals aus der Heimindustrie muß eine stärkere Unterstützung der Handwerks- und Gewerbe-genossenschaften durch die staatlichen Organe gewährleistet und die Arbeit zur Mechanisierung der Heimindustrie intensiviert werden.
- d) Die infolge der schwachen Organisiertheit der Genossenschaftsbewegung entstandenen sogenannten "wilden" Genossenschaften müssen binnen kürzester Frist dem System der landwirtschaftlichen Genossenschaften eingegliedert werden.

e) Die Praxis der Bildung besonderer Arten von landwirtschaftlichen Genossenschaften (reorganisierter Landwirtschaftsverband, Getreidezentrum, Ölzentrum, Flachszenrum, Rübenanbaugenossenschaft usw.) wird gebilligt, und es wird als notwendig anerkannt, diese Arten der genossenschaftlichen Vereinigung weiterzuentwickeln, da sie das sicherste Mittel sind, allmählich von der Vergenossenschaftung auf dem Gebiet des Absatzes und der Versorgung zur Vergesellschaftung der Produktion der bäuerlichen Einzelwirtschaften überzugehen.

f) Der Kampf für die Befreiung der wirtschaftlich schwachen, kein Inventar besitzenden Bauernwirtschaften aus der Abhängigkeit von den Kulakenelementen, die ihr Inventar (landwirtschaftliche Maschinen usw.) zur Verklavung der Dorfarmut benutzen, ist zu verstärken. Zu diesem Zweck ist bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften neben dem staatlichen ein weiteres breites Netz von Ausleihstationen zu schaffen, die an die wirtschaftlich schwachen Bauern Maschinen zu Vorzugsbedingungen ausleihen und zur Entwicklung gesellschaftlicher Methoden der Bodenbearbeitung, der Ernteeinbringung usw. beitragen.

g) Die Versorgung der Kollektivwirtschaften und wirtschaftlich schwachen Bauern mit Landmaschinen ist auf jede Weise zu erleichtern, indem man ihnen besondere Vergünstigungen bei der Kreditgewährung, der Rückzahlung usw. einräumt. Die Versorgung der Kulakenelemente mit Landmaschinen ist einzuschränken, und zwar durch Festlegung entsprechender Normen (Verminderung des Anteils der Kulaken an der Gesamtsumme der zu realisierenden Maschinen, Bezahlung in bar usw.).

h) Die Erweiterung der Fonds für die Dorfarmut im Rahmen des Staatshaushalts und der örtlichen Haushalte wird für notwendig erachtet, wobei die Verwendung dieser Fonds für die Produktionsgenossenschaften (Kollektivwirtschaften) festzulegen und zugleich der Anteil der Dorfarmut an den übrigen Krediten zu erhöhen ist.

i) Durch Ausbau der Erfolge bei der Besetzung führender Positionen in der Genossenschaftsarbeit mit zuverlässigen Klein- und Mittelbauern und durch Entwicklung der letzteren zu neuen Kadern sozialistischer Genossenschaftler ist der Kampf gegen die Kulakenelemente zu verstärken, die versuchen, die Herrschaft über die unteren genossenschaftlichen Organisationen zu erlangen.

j) Die Schaffung eines Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften als Zentrum, das alle Arten landwirtschaftlicher Genossenschaften vereinigt, und als Organ, das dazu berufen ist, neben der Verbraucher- und Handwerker- und Gewerbe-genossenschaft das Genossenschaftswesen auf dem Lande zu entwickeln und die Millionenmassen der Bauernschaft zu sozialistischen Methoden der Vergenossenschaftung zu erziehen, wird gebilligt.

4. Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften

a) Der Beschluß des ZK über die Ergebnisse des Aufbaus der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften vom 30. Dezember 1926 wird gebilligt, und sämtliche Parteiororganisationen und Parteifunktionäre in den Sowjet- und Genossenschaftsorganen werden verpflichtet, dem Aufbau der Kollektivwirtschaften größere Unterstützung zuteil werden zu lassen und die Sowjetwirtschaften zu festigen, indem diese tatsächlich in Mustergroßwirtschaften sozialistischen Typs verwandelt werden bei gleichzeitiger Verstärkung ihrer Hilfe für die Bauernwirtschaft (Organisierung von Ausleihstationen, agronomischen Instituten, Traktorenkolonnen usw. in den Sowjetwirtschaften).

b) Die Erweiterung des Netzes von Genossenschaften der Klein- und Mittelbauern zum Erwerb und zur gemeinsamen Nutzung von Landmaschinen ist in jeder Weise zu fördern; zugleich aber ist ein entschiedener Kampf gegen die Pseudoverbände (und Pseudogenossenschaften überhaupt) zu führen, welche gewöhnlich den kulakischen Elementen als Tarnung dienen, um auf ungesetzliche Weise alle möglichen

Vorteile bei der Kreditgewährung, Versorgung usw. zu erlangen.

5. Bodennutzung und Maßnahmen zur rationellen Bewirtschaftung der Anbauflächen

a) Die Grundlagen der Nationalisierung des Bodens sind auf jede Weise zu festigen und jegliche Versuche (direkte oder indirekte), die Nationalisierung des Bodens zu untergraben, wie z.B.: An- und Verkauf sowie Schenkung von Boden, - was z.B. in einigen Rayons des Kaukasus und Mittelasiens vorgekommen ist - sind als schwere kriminelle Verbrechen zu bestrafen.

b) Allmähliche Einschränkung der verpachteten Bodenfläche in solchen Rayons, wo die Verpachtung von Land zum Wachstum der Kulakenelemente geführt hat. Beschränkung der Pachtzeit auf die Dauer einer Saatfolge, jedoch auf höchstens sechs Jahre. Denjenigen Personen, die trotz der ihnen durch den Staat oder durch die Genossenschaft erwiesenen Unterstützung den ihnen zugewiesenen Boden nicht selbst oder mit ihrer Familie bearbeiten und jedes Jahr Land verpachten, ist das Recht der Verpachtung gemäß Entscheidung der Exekutivkomitees der Amtsbezirke (Volost) (der Rayons) auf drei bis sechs Jahre hintereinander zu befristen, nach deren Ablauf ist ihnen das Verfügungsrecht über den Boden zu entziehen und das Land der Bodengesellschaft zur Verfügung zu stellen.

Verstöße gegen das Gesetz über alle Arten der Weiterverpachtung sind als Kriminalverbrechen energisch zu bestrafen.

Land aus den staatlichen Bodenfonds ist hauptsächlich an Wirtschaften von werktätigen Bauern zu verpachten, wobei die Dauer der Pacht auf sechs Jahre zu beschränken ist. Ausnahmen von dieser Regel sind, was die staatlichen Bodenfonds anbelangt, für die einzelnen Rayons nur mit Genehmigung der zentralen Bodenorgane zulässig.

c) Die Entwicklung der für die weitere Vergenossenschaftung und für die Mechanisierung der Landwirtschaft günstigen Formen der Bodennutzung (Siedlungen, Weiler usw.) ist allseitig zu fördern, wobei die Praxis der Zuteilung als Sonderland und besonders als Vorwerk einzuschränken und in Fällen, wo dies zu einem Anwachsen der Kulakenelemente führt, ganz zu beseitigen ist.

d) Maßnahmen zur rationellen Bewirtschaftung der Anbauflächen sind bei den Schichten der armen und wirtschaftlich schwachen Bauern auf Staatskosten durchzuführen. Diese Maßnahmen müssen aufs engste verbunden sein mit den anderen organisatorischen und wirtschaftlichen Maßnahmen (agronomische Hilfe, Kreditgewährung, Melioration, Versorgung mit Maschinen usw.). Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Durchführung vorgenannter Maßnahmen die Interessen der ärmsten Schichten auch unmittelbar bei der Bodenzuweisung (Güteklasse, Lage usw.) gewahrt werden.

Die laut Plan festgesetzte Frist für den Abschluß der Arbeiten zur rationellen Bodenbewirtschaftung in der UdSSR ist zu verkürzen.

e) Die Festsetzung von Grundprinzipien für die rationelle Bodenbewirtschaftung und Bodennutzung überhaupt im Unionsmaßstab wird für unaufschiebbar erklärt.

6. Die Lohnarbeit und die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter

a) Es ist dafür Sorge zu tragen, daß das Gesetzbuch für Arbeitsrecht bezüglich der Landarbeiter und Landarbeiterinnen in Wirtschaften kulakischen Typs strikt zur Anwendung gelangt und daß diejenigen, welche gegen diese Gesetze verstoßen, strengstens zur Verantwortung gezogen werden.

b) Die konsequente Durchführung der "Provisorischen Richtlinien" in den Bauernwirtschaften, welche Hilfskräfte in Lohnarbeit beschäftigen, ist zu überwachen, und diejenigen, die gegen die "Provisorischen Richtlinien" verstoßen,

sind strengstens zur Verantwortung zu ziehen.

c) Die strikte Einhaltung der Gesetze über die Sozialversicherung der Land- und Forstarbeiter und -arbeiterinnen ist zu gewährleisten.

d) Es wird für notwendig erklärt, daß die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter verstärkt an der Organisierung der noch nicht organisierten Landarbeiter arbeitet und daß sie den noch nicht erfaßten halbproletarischen Elementen des Dorfes, für die die Lohnarbeit die wichtigste Existenzquelle bildet, den Eintritt in die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter erleichtert.

7. Versicherung der wirtschaftlich schwachen Bauernschaft. Bauernhilfe

a) Das ZK wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, damit der nächste Sowjetkongreß ein Gesetz über die Altersversicherung der wirtschaftlich schwachen Bauern annehmen kann.

b) Die Vereinigungen für gegenseitige Bauernhilfe sind auf jede Weise zu festigen, damit sie tatsächlich zu einer Massenorganisation der klein- und mittelbäuerlichen Schichten des Dorfes werden, welche gegenseitige Hilfe und wirtschaftliche Maßnahmen organisiert, die die Lage der wirtschaftlich schwachen Bauern verbessern. Die Arbeit zur individuellen Hilfeleistung für die Dorfarmut ist fortzusetzen, aber zugleich ist es notwendig, die Tätigkeit der Vereinigungen für gegenseitige Bauernhilfe immer mehr auf eine kollektive Hilfe auf dem Gebiet der Produktion für die wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft auszurichten.

8. Die Sowjets. Kulturarbeit

a) Die Politik der Belebung der Sowjets als der Zentren für die politische Erziehung der Massen der werktätigen Bauernschaft unter Führung des Proletariats ist fortzu-

setzen. Dabei ist auf die Bildung und Erweiterung von klein- und mittelbäuerlichen Parteilosaktivs besondere Aufmerksamkeit zu verwenden. Landarbeiter und wirtschaftlich schwache Bauern sind in verstärktem Maße in diese Aktivs aufzunehmen. Es ist für die Heranziehung von Bäuerinnen und Landarbeiterinnen (Delegierte, Mitglieder der Sowjets) zu den Aktivs und ihre Einsetzung in leitende Stellungen in den Sowjets zu sorgen.

b) Im Zusammenhang mit den Anfang 1928 bevorstehenden Wahlen in die Sowjets ist eine breite Berichtskampagne über die Arbeit der Sowjets zu entfalten, sind die klein- und mittelbäuerlichen Schichten möglichst stark zu den Wahlen heranzuziehen, ist die Führung durch die Partei während der ganzen Wahlkampagne zu gewährleisten und ist genau zu überwachen, daß die durch die entsprechende Wahlinstruktion (1926) festgesetzten Normen der Streichung von Kulaken und anderen antiproletarischen Elementen aus den Wählerlisten mit aller Strenge eingehalten werden.

c) Das ZK wird beauftragt, die Frage einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Sowjets und den Bodengesellschaften zu bearbeiten, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß die führende Rolle der Sowjets gewährleistet und den aus den Wählerlisten der Sowjets Gestrichenen in den Bodengesellschaften (in den Versammlungen) das Stimmrecht entzogen wird.

d) Es müssen Maßnahmen zur tatkräftigen Verwirklichung der allgemeinen Grundschulpflicht ergriffen werden. Dabei ist die Initiative der Bevölkerung und der örtlichen Sowjets mit allen Mitteln zu unterstützen. Der kulturelle und besonders der Schulaufbau in den nationalen Rayons muß verstärkt werden; besonderes Augenmerk ist dabei auf die rückständigsten Rayons zu richten.

Die Kinder der Landarbeiter, Tagelöhner und der Dorfarmut müssen in bedeutend größerem Umfang durch Schulen (aller Stufen) erfaßt werden. Dazu ist es notwendig, einen beson-

deren Schulfonds zur Unterstützung der Kinder der Dorf-
armut einzurichten.

Es sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Kindern der
Dorfarmut, besonders den Minderjährigen, welche Lohnar-
beit leisten, und den Pflegekindern usw. tatsächlich die
Möglichkeit des Schulbesuchs zu sichern.

e) Besondere Aufmerksamkeit muß darauf gerichtet werden,
die berufstechnischen Schulen, alle Arten von Lehrwerk-
stätten zu entwickeln und in den Schulen die Ausbildung
in den für die Landwirtschaft notwendigen Berufen einzu-
führen.

f) Der Entwicklung neuer und der Höherqualifizierung der
vorhandenen Kader der ländlichen Intelligenz ist größere
Aufmerksamkeit zu widmen; aus diesen Kadern sind aktive
und bewußte Funktionäre der sozialistischen Umgestaltung
des Dorfes heranzuziehen.

Der Entwicklung und Ausbildung von Fachleuten für die
Organisierung von Kollektivwirtschaften und großer Muster-
Sowjetwirtschaften muß besondere Beachtung zuteil werden.

g) Die politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande ist zu
verstärken und ihre Qualität zu erhöhen. Besondere Auf-
merksamkeit soll man darauf richten, Rundfunkanlagen und
Kinos einzurichten und das Netz der Bibliotheken zu erwei-
tern usw.

h) Das Netz der Schulen für die Bauernjugend ist zu er-
weitern; es müssen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen
werden, um den Kern der Landarbeiter- und Kleinbauernkin-
der in ihnen zu stärken (Erhöhung der Stipendien, Bewil-
ligung von Mitteln für den Unterhalt der Heime für die
Kinder der Landarbeiter und Kleinbauern usw.).

i) Die demobilisierten Rotarmisten und Matrosen der Roten
Flotte müssen in jeder Weise zum kulturellen und Sowjet-
aufbau auf dem Lande herangezogen werden. Dazu muß ihre
gesellschaftliche und politische Ausbildung in der Roten

Armee und in der Roten Flotte entsprechend den vorliegen-
den Beschlüssen verbessert werden.

j) Die Lösung der neuen Aufgaben auf dem Gebiet der Kol-
lektivierung der Landwirtschaft macht es erforderlich,
daß die Gewerkschaften ihre Teilnahme am gesellschaftli-
chen Leben des Dorfes in jeder Weise verstärken. Insbeson-
dere ist es notwendig, die Patenschaftsarbeit und die Ar-
beit der Landsmannschaften bedeutend zu verstärken und zu
verbessern; weiter müssen die Gewerkschaften die Kultur-
arbeit auf dem Lande (Rundfunk, Kino, Bibliotheken) bedeu-
tend erweitern, und zwar besonders unter den Mitgliedern
der Gewerkschaften, die einen großen Teil des Jahres mit
der Bauernwirtschaft in Verbindung stehen (Saisonarbeiter,
Wanderarbeiter usw.).

9. Parteiorganisatorische Fragen

a) Die bestehenden Kleinbauern-Gruppen bei den Sowjets
und den Genossenschaften sind zu festigen und zu stärken,
damit zum Zwecke des Erfahrungsaustausches von Zeit zu
Zeit Beratungen dieser Gruppe im Dorf und im Amtsbezirk
(Volost) (Rayon) durchgeführt werden können.

b) Bei den Parteikomitees (von den Bezirks- (der Okrug-)
Komitees und den Gouvernementskomitees bis zum Zentral-
komitee) sind Abteilungen für die Arbeit auf dem Lande
einzurichten, denen es insbesondere obliegt, wie jeweils
erforderlich, Kreis- und Gouvernementskonferenzen der
Kleinbauern-Gruppen zu organisieren und vorzubereiten.

c) Die Aufmerksamkeit ist darauf zu konzentrieren, daß
vor allem jenes Aktiv der Landarbeiter und Kleinbauern
geschult und für die Partei geworben wird, welches sich
in der Gewerkschaft der Landarbeiter, in den Gruppen der
Dorfarmut, bei der praktischen Arbeit in den Sowjets, in
den Genossenschaften, in den Delegiertenversammlungen der
Bäuerinnen usw. entwickelt.

d) Die Genossenschafts- und Sowjetorgane sind durch neue

Parteikader zu festigen, um in ihrer Arbeit auf dem Lande die richtige Durchführung der Parteilinie zu gewährleisten.

Über die Opposition

Der XV. Parteitag hat den Bericht der Kommission, die alles die Opposition betreffende Material sorgfältig studiert hat, entgegengenommen und stellt folgendes fest:

1. Auf ideologischem Gebiet ist die Opposition von Meinungsverschiedenheiten taktischen Charakters zu Meinungsverschiedenheiten programmatischen Charakters übergegangen, indem sie die Ansichten Lenins revidiert hat und auf die Position des Menschewismus abgeglitten ist. Die Leugnung der Möglichkeit, in der UdSSR siegreich den Sozialismus aufzubauen und demzufolge die Leugnung des sozialistischen Charakters unserer Revolution, die Leugnung des sozialistischen Charakters der staatlichen Industrie, die Leugnung der sozialistischen Entwicklungswege auf dem Lande unter der proletarischen Diktatur und die Ablehnung der Politik, die das Bündnis des Proletariats mit den Hauptmassen der Bauernschaft auf der Grundlage des sozialistischen Aufbaus verwirklicht, endlich die faktische Ablehnung der Diktatur des Proletariats in der UdSSR ("Thermidor") und - im Zusammenhang damit - Kapitulantentum und Defätismus - diese ganze ideologische Konzeption hat die trotzkistische Opposition in ein Werkzeug der kleinbürgerlichen Demokratie innerhalb der UdSSR und in einen Hilfstrupp der internationalen Sozialdemokratie außerhalb ihrer Grenzen verwandelt.

2. Auf taktischem Gebiet hat die Opposition, indem sie ihre gegen die Partei gerichtete Arbeit intensiviert und verschärfte, nicht nur die Grenzen des Parteistatuts, sondern auch die Grenzen der sowjetischen Legalität überschritten (illegale Versammlungen, illegale Druckereien, illegale Presseorgane, gewaltsame Inbesitznahme von Räumen usw.). Gekrönt wurde diese antisowjetische Taktik durch den Übergang zum offenen Kampf gegen das Regime der

proletarischen Diktatur, zur Organisierung von Straßendemonstrationen gegen die Partei und die Sowjetregierung am 7. November 1927. Die antisowjetische Taktik der Opposition, die auch im Ausland angewandt wird und mit der Propagierung von Verleumdungen gegen die UdSSR verbunden ist, hat die Opposition faktisch mit den offenen Feinden des Landes der Diktatur des Proletariats in eine Reihe gestellt.

3. Auf dem Gebiet der organisatorischen Fragen ist die Opposition, gestützt auf die Revision der Leninschen Anschauungen, von der Fraktionsarbeit zur Schaffung einer eigenen trotzkistischen Partei übergegangen. Die Kommission stellte ganz eindeutig fest, daß die Opposition ein eigenes Zentralkomitee, eigene Gebiets-, Gouvernements-, Stadt- und Rayonzentren, einen eigenen technischen Apparat, eigene Mitgliedsbeiträge, Presseorgane usw. usf. besitzt.

Im Ausland hat sich die trotzkistische Partei nicht nur mit den fraktionellen Gruppierungen antileninistischer Richtung verbündet, die es innerhalb der Parteien der Komintern gibt, sondern auch mit Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die niemals der Kommunistischen Internationale angehört haben, wie auch mit aus der Komintern ausgeschlossenen Feinden und Verrätern der kommunistischen Bewegung (Maslow, Ruth Fischer, Korsch, Souvarine, Rosmer, Roland-Holst, Libers usw.). Diese organisatorische Praxis der Opposition führte dazu, daß sich die Opposition innerhalb der UdSSR mit parteilosen bürgerlichen Intellektuellen (Stscherbakow und Co.) verbündete, die ihrerseits mit offenen Konterrevolutionären in Verbindung stehen, während sie außerhalb der Grenzen der UdSSR umfassendste Unterstützung seitens der Bourgeoisie aller Länder genießt.

Ausgehend von dem oben Dargelegten, ist der XV. Parteitag der Meinung, daß das ZK und die ZKK richtig gehandelt haben, als sie Trotzki und Sinowjew am 14. November 1927 aus der KPdSU(B) sowie die übrigen oppositionellen Mit-

glieder des ZK und der ZKK aus diesen letzteren Organen ausgeschlossen und die ganze Frage der Opposition dem Parteitag zur Erörterung unterbreitet haben.

Der Parteitag hat in seiner Resolution zum Rechenschaftsbericht des ZK erklärt, daß die Zugehörigkeit zur trotzkistischen Opposition und die Propagierung ihrer Ansichten unvereinbar sind mit der Zugehörigkeit zur KPdSU(B). Im Zusammenhang damit ist der Parteitag der Ansicht, daß die Opposition sowohl ideologisch als auch organisatorisch die Waffen strecken und abrüsten muß, nachdem sie ihre oben dargelegten Auffassungen als antileninistisch und menschwistisch verurteilt und die Verpflichtung übernommen hat, die Auffassung und Beschlüsse der Partei, ihrer Parteitage und Konferenzen sowie ihres ZK zu vertreten.

Die Opposition hat jedoch diese Forderung der Partei abgelehnt. In dem Dokument der Opposition vom 3. Dezember 1927, das von 121 aktiven Teilnehmern der Opposition unterzeichnet ist, verzichtet diese nicht nur nicht auf die Propagierung ihrer menschwistischen Anschauungen, sondern besteht im Gegenteil darauf.

Nachdem die Resolution zum Bericht des ZK vom Parteitag angenommen worden war, hat die Kommission zwei neue Dokumente der Opposition vom 10. Dezember 1927 erhalten, von denen eines (mit den Unterschriften von Rakowski, Muralow und Radek) nicht nur auf der Notwendigkeit besteht, diese menschwistischen Anschauungen aufrechtzuerhalten, sondern auch auf der Notwendigkeit, sie zu propagieren, während das andere (mit den Unterschriften von Kamenew, Bakajew, Jewdokimow und Awdejew) darauf besteht, die menschwistischen Anschauungen der Opposition aufrechtzuerhalten, jedoch auf ihre Propagierung verzichtet, was der Forderung nach ideologischer Waffenstreckung widerspricht und eine Weigerung bedeutet, die Parteibeschlüsse zu vertreten.

Der Parteitag konstatiert einen offensichtlichen Wider-

spruch zwischen den beiden oppositionellen Gruppierungen, betrachtet aber zugleich beide Erklärungen der Opposition als völlig unbefriedigend. Ausgehend von dem Dargelegten und angesichts dessen, daß die Opposition ihre feierlichen Versprechen, die Fraktionstätigkeit einzustellen, zweimal gebrochen hat, beschließt der Parteitag:

1. Folgende aktive Teilnehmer der trotzkistischen Opposition werden aus der Partei ausgeschlossen:

- 1) Awdejew, Iw., 2) Alexandrow, A., 3) Aussem, 4) Bataschew, A., 5) Baranow, S., 6) Bakajew, Iw., 7) Budinskaja, 8) Boguslawski, M., 9) Baganjan, 10) Bardin, I., 11) Wratschew, I., 12) Gessen, S., 13) Gordon, N., 14) Gertik, A., 15) Guralski, A., 16) Drobnis, 17) Dmitrijew, T., 18) Jewdokimow, G., 19) Sorin, S., 20) Saluzki, P., 21) Iljin, 22) Kamenew, L., 23) Kawtaradse, S., 24) Kasperski, 25) Krassowskaja, M., 26) Kowalewski, 27) Kuklin, A.S., 28) Kasparowa, W., 29) Komandir, 30) Kagalin, 31) Kostrizki, 32) Konkowa, A., 33) Katalynow, I.N., 34) Laschewitz, M., 35) Lewin, W., 36) Lubin, G., 37) Lelosol, P., 38) Lisdin, 39) Lobanow, G., 40) Muralow, N., 41) Minitshew, A., 42) Nikolajew, N., 43) Natanson, M.J., 44) Pjatakow, J., 45) Ponomarjew, W., 46) Pitaschko, 47) Peterson, A., 48) Paulson, I., 49) Reingold, I., 50) Rawitsch, O., 51) Radek, K., 52) Radowski, Chr., 53) Rozkan, 54) Rafail, R., 55) Rumjanzew, W., 56) Safarow, G., 57) Smigla, I., 58) Sokolow, 59) Solowjow, K., 60) Sosnowski, L., 61) Smirnow, I.N., 62) Senkow, S., 63) Tushikow, 64) Tartakowskaja, F., 65) Tarchanow, O., 66) Tarassow, I.I., 67) Ukonen, 68) Fjodorow, Gr., 69) Fortin, Iw., 70) Filippow, Iw., 71) Charitonow, N., 72) Tschernow, 73) Schepschelewa, M., 74) Eschba, J., 75) Lilina, S.I.

2. Die Gruppe Sapronow wird als offensichtlich antirevolutionär aus der Partei ausgeschlossen:

- 1) Sawarjan, N., 2) Jemeljanow (Kalin), B., 3) Mino, M.N., 4) Minkow, M.I., 5) Smirnow, W.M., 6) Charetschko, T.,

7) Oborin, W.P., 8) Schraiber, S., 9) Smirnow, M.,
10) Pillipenko, F.I., 11) Dune, E., 12) Slidowker, A.L.,
13) Tichonow, L., 14) Ustimtschik, 15) Bolschakow, A.,
16) Kirillow, D.I., 17) Mikini, P.P., 18) Pronjajew, M.
W., 19) Wargusow, W.F., 20) Stroganow, P.L., 21) Penko,
M.S., 22) Tschersanow, P.S., 23) Putilin, D.G.

3. Das ZK und die ZKK werden beauftragt, alle Maßnahmen zur ideologischen Einwirkung auf die einfachen Mitglieder der trotzkistischen Opposition zu ergreifen, um sie zu überzeugen, zugleich aber die Partei von allen offensichtlichen unverbesserlichen Elementen der trotzkistischen Opposition zu reinigen.

Zur Erklärung der Opposition vom 19. Dezember

1. Die am 19. Dezember 1927 vorgelegte Erklärung der aus der Partei ausgeschlossenen Kamenew, Sinowjew u.a. wird in Anbetracht dessen, daß der XV. Parteitag die Frage der Opposition in seiner Resolution vom 18. Dezember bereits erschöpfend behandelt hat, nicht diskutiert.

2. Dem ZK und der ZKK wird vorgeschlagen, Erklärungen der aus der Partei ausgeschlossenen aktiven Teilnehmer der ehemaligen Opposition nur individuell entgegenzunehmen und erst sechs Monate nach ihrer Einreichung Beschlüsse zu den Erklärungen zu fassen unter der Bedingung, daß
a) das Verhalten derjenigen, die die Erklärung eingereicht haben, den Verpflichtungen entspricht, die die Autoren der Erklärung übernommen haben, und daß b) die Erklärungen der ehemaligen Oppositionellen den Forderungen des XV. Parteitages (siehe Resolution des XV. Parteitages über die Opposition) voll und ganz entsprechen und folglich von der Ablehnung der "Plattform der 83", der "Plattform vom 3. September" und der "Plattform der 15" ausgehen.

Zu einzelnen organisatorischen Fragen

1. In Abänderung des Statuts sind Parteitage im Unions-

maßstab mindestens einmal in zwei Jahren einzuberufen.

2. Plenartagungen der ZKK werden in der Periode zwischen den Parteitagungen einmal in drei Monaten einberufen. Zur Leitung der gesamten laufenden Arbeit der Organe der ZKK wird ein Präsidium aus 21 Mitgliedern und neun Kandidaten gebildet, ferner wird zur Erörterung von Fällen der Verletzung der Parteieethik, des Statuts und des Programms der KPdSU(B) ein Parteikollegium der ZKK gebildet.

3. Das Präsidium der ZKK delegiert vier Mitglieder und vier Kandidaten in das Politbüro.

4. Parteimitglieder, die es ablehnen, Fragen der Kontrollkommission wahrheitsgetreu zu beantworten, unterliegen dem sofortigen Ausschluß aus der Partei.

5. Eine Diskussion im Unionsmaßstab kann nur dann als notwendig erkannt werden, wenn a) diese Notwendigkeit zumindest von mehreren Parteiorganisationen im Gouvernements- oder Gebietsmaßstab anerkannt wird, b) wenn innerhalb des ZK in den wichtigsten Fragen der Parteipolitik keine genügend feste Mehrheit vorhanden ist, c) wenn das ZK ungeachtet des Vorhandenseins einer festen Mehrheit im ZK, die einen bestimmten Standpunkt vertritt, es dennoch für notwendig erachtet, die Richtigkeit seiner Politik durch eine Erörterung in Form einer Parteidiskussion zu überprüfen. Dabei darf in allen diesen Fällen eine Diskussion im Unionsmaßstab nur nach einem entsprechenden Beschluß des ZK eingeleitet und durchgeführt werden.

"Der XV. Parteitag der Kommunistischen
Partei der Sowjetunion (Bolschewiki).
Stenografischer Bericht."
M.-L., 1928

Gemeinsames Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)

6. - 11. April 1928

An dem Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) nahmen die Mitglieder der Zentralen Revisionskommission teil.

Das Plenum erörterte folgende Fragen: 1.) die Getreidebeschaffung des laufenden Jahres und die Organisation der Getreidebeschaffungskampagne für das nächste Jahr; 2.) den Bericht der Kommission des Politbüros über praktische Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel, die im Zusammenhang mit der Schachty-Angelegenheit festgestellt wurden; 3.) den Arbeitsplan des Politbüros und des Plenums des ZK für 1928.

Das Plenum befreite den Genossen A.A. Andrejew in Anbetracht seiner Versetzung zur Arbeit in den Nordkaukasus von seinen Pflichten als Mitglied des Organisationsbüros des ZK der KPdSU(B).

Resolutionen des Plenums

Über die Getreidebeschaffung des laufenden Jahres und die Organisation der Getreidebeschaffungskampagne für das Jahr 1928/29

(Resolution zum Bericht des Genossen Mikojan, vom vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) am 11. April 1928 einstimmig angenommen.)

I.

Trotz des schnellen Aufschwungs der Produktivkräfte des Landes im allgemeinen und des Wachstums seiner staatlichen Industrie im besonderen und nach der dritten im großen und ganzen guten Ernte stieß die Getreidebeschaffungskampagne dieses Wirtschaftsjahres auf eine Reihe

von Schwierigkeiten, die eine Zeitlang drohten, sich zu einer allgemeinen Volkswirtschaftskrise zu entwickeln (Gefahr einer Stockung in der Beschaffung von Getreide und Rohstoffen sowie der Versorgung der Industrie mit diesen, einer Stockung in der Versorgung der Städte, Gefahr des teilweisen Scheiterns des Export- und Importplans usw.)

Der Grund für diese Schwierigkeiten lag in einer schroffen Störung des Marktgleichgewichts, wobei die Verschärfung der Disproportion in den Marktbeziehungen (zahlungsfähige Nachfrage des Dorfes einerseits, Angebot an Industriewaren andererseits) dadurch zu erklären war, daß die Einkünfte des Dorfes, besonders seiner wohlhabenden und Kulakenschichten, gestiegen sind.

Die Erhöhung der zahlungsfähigen Nachfrage des Dorfes gegenüber dem Angebot an Industriewaren ist durch eine Reihe von Ursachen zu erklären, die in ihrer Bedeutung nicht gleichartig sind: durch die Senkung der Preise für Industriewaren bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise für Erzeugnisse der technischen Kulturen und der Viehwirtschaft; durch den vergrößerten prozentualen Anteil dieser Zweige innerhalb der gesamten Landwirtschaft; durch die beachtlich gestiegene Summe der Einkünfte aus Nebengewerben, was in erster Linie mit der Erweiterung der Bautätigkeit zusammenhängt. Diese vergrößerten Kauffonds des Dorfes waren weder durch ein entsprechend erhöhtes Warenangebot (das für das Dorf zwar mengenmäßig, aber infolge der Freissenkung nicht wertmäßig erweitert worden war) noch durch eine entsprechende höhere Besteuerung der wohlhabenden Schichten des Dorfes, noch durch eine Besteuerung der Einkünfte nichtlandwirtschaftlichen Charakters ausgeglichen worden. Andererseits bestand ein krasses Mißverhältnis zwischen den Preisen für Getreide und den Preisen für Produkte der technischen Kulturen sowie der Viehwirtschaft; dabei hatte man hinsichtlich der Besteuerung für die Getreideproduktion Bedingungen geschaffen,

die weniger vorteilhaft waren als die für die anderen Zweige der Landwirtschaft. Alle diese Ursachen zusammen genommen verminderten den Anreiz, eben die Getreideüberschüsse zu realisieren; der Getreideverbrauch im Erzeugerbetrieb, die Schaffung von Getreidevorräten usw. nahmen größeren Umfang an, wodurch sich das Getreideangebot auf dem Markt verringerte. Dieser ökonomische Umstand war unlösbar verbunden mit seinem klassenmäßig-sozialen Ausdruck. Das Kulakentum, dessen Anteil an der Produktion gestiegen war, obwohl sich die Hauptmasse des Getreides nicht in seinen Händen befand, erhielt im Zusammenhang mit der weiteren Differenzierung des Dorfes durch diesen Umstand die Möglichkeit, seine Positionen auf dem Markt auszunutzen und gemeinsam mit dem Privathändler einen ziemlich bedeutenden Einfluß auf die gesamte Marktkonjunktur auszuüben.

Das Kulakentum konnte diese Konjunktur um so mehr ausnutzen, als die Beschaffungsorganisationen, sowohl die staatlichen als auch die genossenschaftlichen, weder auf dem Markt einheitlich auftraten (statt dessen herrschte zwischen ihnen erbitterte Konkurrenz, die für den Privathändler und den Kulaken objektiv gesehen eine Hilfe darstellte), noch das notwendige Tempo bei der Arbeit entwickelten; außerdem wurde nicht rechtzeitig dafür gesorgt, daß zur gegebenen Zeit in großem Umfang entsprechend der in den wichtigsten Getreidebeschaffungsrayons herrschenden Nachfrage Industriewaren geliefert wurden. Andererseits ließen die Parteiorganisationen, insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion, die wichtigsten aktuellen, mit der Getreidebeschaffung zusammenhängenden Aufgaben außer acht, weil sie darauf rechneten, daß die Getreidebeschaffung automatisch ein positives Resultat zeitigen würde. Gewisse einzelne Elemente der Partei, besonders auf dem Lande, erwiesen sich als unfähig, den Kulaken genügend Widerstand entgegenzusetzen und die Klein- und Mittelbauern zu einem entsprechenden aktiven Auftreten

zu veranlassen.

So führten die entstandene wirtschaftliche Konjunktur, ihre Ausnutzung durch die Kulaken, die Fehler bei der Durchführung des Planes zur Verteilung von Industriewaren (verspätete Anlieferung), Planungsfehler im allgemeinen (die ungenügende Besteuerung der Oberschicht des Dorfes, das außerordentliche Mißverhältnis zwischen den Preisen für Getreide und den Preisen für andere Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Produktion usw.), das vorübergehend zurückbleibende Wachstum der Industrieproduktion und schließlich - was eine höchst wesentliche Rolle gespielt hat - die ungenügende Organisiertheit und Aktivität des Apparates (darunter auch des Parteiapparates), alles in allem genommen, zu außerordentlich großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich vor dem Hintergrund des gewaltigen Wachstums der Produktivkräfte und ihres sozialistischen Sektors entwickelten, zu Schwierigkeiten, die bei rechtzeitiger und richtiger Ausbalancierung der Grundelemente der Wirtschaft und bei Beseitigung der Mängel im Wirtschafts- und Parteiapparat nicht aufgetreten wären.

II.

Um die Gefahr einer allgemeinen Wirtschaftskrise zu paralysieren und nicht nur die Versorgung der Städte mit Getreide zu sichern, sondern auch das von der Partei eingeschlagene Tempo der Industrialisierung des Landes aufrechtzuerhalten, mußte das ZK eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, darunter auch solche außerordentlichen Charakters.

Diese Maßnahmen hatten als unmittelbares Ziel:

- 1) verstärkte Lieferung und Produktion von Industriewaren sowie bessere Versorgung des dörflichen Marktes in den Getreidebeschaffungsrayons, selbst wenn eine zeitweilige Entblößung der Städte damit verbunden war;
- 2) das Abziehen eines Teiles der im Dorfe akkumulierten Mittel in Geldform durch Besteuerung der oberen Schichten

des Dorfes einerseits und durch produktive Verwendung eines bedeutenden Teiles der abgezogenen Mittel im Dorfe selbst andererseits (Anleihe zur Stärkung der bäuerlichen Wirtschaft; Gesetz über die Selbstbesteuerung; strenge Disziplin bei der Einhaltung von Zahlungsterminen usw.);

3) einen Schlag gegen die Kulaken sowie die Aufkäufer und Spekulanten zu führen, die böswillig mit Getreide spekuliert, die Getreidepreise in die Höhe geschraubt und die Arbeiter, die Dorfarmut sowie die Rote Armee mit Hunger bedroht haben (Anwendung des Artikels 107, Abgabe von 25 Prozent des bei den Spekulanten gerichtlich konfiszierten Getreides als Darlehen an die Dorfarmut usw.);

4) die Bildung einer wirklichen Einheitsfront der Getreidebeschaffungsorganisationen und die Beseitigung der Konkurrenz zwischen ihnen;

5) die sowjetische Politik der stabilen Getreidepreise zu sichern bei gleichzeitiger Politik der Preissenkung für Industriewaren, trotz der in dieser Frage vorhandenen Schwankungen bei einzelnen Elementen im Genossenschafts-, Sowjet- und Parteiapparat;

6) die Partei muß sich in die Getreidebeschaffung einschalten, und die Parteikräfte - von oben bis unten - müssen für die erfolgreiche Durchführung der Getreidebeschaffungskampagne mobilisiert werden;

7) die Überprüfung und Säuberung des Sowjet-, Genossenschafts- und Parteiapparates in den Getreidebeschaffungsrayons von offensichtlich zersetzten Elementen, die die Klassen auf dem Lande nicht sehen und sich mit den Kulaken nicht "zanken" wollen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK ist der Ansicht, daß ohne die Durchführung dieser und ähnlicher Maßnahmen die außerordentlich ernstesten Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Getreidebeschaffung nicht hätten beseitigt werden können.

Das vereinigte Plenum billigt deshalb voll und ganz die

Linie des Politbüros, die in den Direktiven über die Fragen der Getreidebeschaffung vom 6. Januar und vom 13. Februar dieses Jahres niedergelegt ist.

Jetzt können wir mit voller Berechtigung feststellen, daß die erwähnten Maßnahmen der Partei, die zu einem gewissen Teil außerordentlichen Charakter trugen, überaus große Erfolge bei der Intensivierung der Getreidebeschaffung gebracht haben. Während im ersten halben Jahr bis zum 1. Januar die Getreidebeschaffung um 128 Millionen Pud hinter dem Vorjahr zurückblieb, gelang es innerhalb der ersten drei Monate des laufenden Jahres (vom 1. Januar bis zum 1. April), 110 Millionen Pud Getreide mehr zu erfassen als in der gleichen Periode des vergangenen Jahres, d.h. den Verlust fast völlig wieder auszugleichen. Von allen Kulturen wurden (innerhalb von neun Monaten) 644 Millionen Pud erfaßt gegenüber 617 Millionen Pud im Vorjahr. Folglich können wir eine allgemeine Erhöhung der Erfassung verzeichnen bei einer gewissen Mißernte an Brotgetreide.

Auf diese Weise gelang es, die Stockungen in der Versorgung der Städte, der Roten Armee und der Arbeiterrayons zu mildern und sodann völlig zu überwinden, einem Absinken des Reallohnes vorzubeugen, die Mängel in der Versorgung der Baumwoll- und Flachsanbaurayons sowie der Wald-einschlaggebiete mit Getreide zu beseitigen und schließlich gewisse minimale Getreidereserven zu schaffen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK lenkt jedoch die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen darauf, daß es im bevorstehenden dritten Quartal des laufenden Wirtschaftsjahres zur Erfüllung des Planes noch notwendig ist, mehr Getreide und Ölfrüchte zu erfassen als in den entsprechenden Perioden der beiden vergangenen Jahre. Dies verpflichtet alle Parteiorganisationen, sich mit den erreichten Erfolgen nicht zufriedenzugeben, sondern die Kampagne mit unverminderter Aufmerksamkeit und Beharrlichkeit fortzusetzen.

III.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellte fest, daß in der Parteiarbeit auf dem Lande eine Verbesserung und Belebung eingetreten ist, daß die Rolle und der Einfluß der Kulaken schwächer geworden ist, daß sich die Arbeit unter der Dorfarmut verbessert hat und die Autorität der Sowjetmacht bei den Hauptmassen der Bauernschaft gewachsen ist, wenn auch bei den obersten Schichten der Mittelbauern, besonders im Zusammenhang mit den aufgetretenen Verzerrungen und Überspitzungen, eine gewisse Unzufriedenheit vorhanden ist.

Mit diesen in einzelnen Orten von Partei- und Sowjetorganen begangenen Verzerrungen und Überspitzungen muß ganz kategorisch Schluß gemacht werden. Es ist die Pflicht der Partei, ihnen den entschiedensten Kampf anzusagen, denn sie drohen sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht auf längere Zeit negative Folgen herbeizuführen.

Hierzu gehören alle Methoden, die nicht nur den Kulaken, sondern auch den Mittelbauern treffen und faktisch ein Abgleiten auf die Bahnen der Ablieferungspflicht darstellen, wie z.B. die Konfiszierung der Getreideüberschüsse (ohne gerichtliche Anwendung des Artikels 107), das Verbot des Kaufs oder Verkaufs von Getreide innerhalb des Dorfes oder das Verbot des "freien" Getreidemarktes überhaupt, Haussuchungen zur "Aufdeckung" von Überschüssen, Requirierungstruppe, die zwangsweise Unterbringung von Obligationen der Bauernanleihe bei den Getreideabrechnungen und beim Verkauf von Mangelwaren an die Bauernschaft, Geldauszahlungen in Form von Postanweisungen, wenn ein Teil davon als Obligationen einer Anleihe oder in anderen Papieren ausgehändigt wird, die Ausübung eines Drucks auf den Mittelbauern mit administrativen Maßnahmen, die Einführung des direkten Produktaustausches usw.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK erklärt ganz kategorisch, daß eine derartige Verzerrung der Parteilinie

weder mit dem allgemeinen Kurs der Partei etwas gemein hat noch mit jenen außerordentlichen Maßnahmen, die das ZK im Zusammenhang mit den während der jetzigen Getreidebeschaffungskampagne aufgetretenen besonderen Schwierigkeiten durchführte.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK fordert schonungslosen Kampf gegen derartige Methoden und die unverzügliche Liquidierung solcher Überspitzungen und Entstellungen, da diese gegen die Grundlagen der ökonomischen Politik der Partei verstoßen, die wirtschaftliche Verbindung zwischen Stadt und Land gefährden, das Kreditsystem untergraben und drohen, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Mittelbauern zu schwächen.

Die Losung des XV. Parteitag "Die Offensive gegen das Kulakentum weiterentwickeln" kann nur auf der Grundlage der "Neuen Ökonomischen Politik" verwirklicht werden, welche die einzig richtige Form der Verbindung der sozialistischen Großindustrie mit der kleinen bäuerlichen Wirtschaft darstellt. Die weitere Grundlage für die Verwirklichung dieser Losung besteht darin, daß die revolutionäre Gesetzmäßigkeit des proletarischen Staates streng eingehalten wird. Die Offensive gegen das Kulakentum muß also auf der Basis geführt werden, daß die Hauptmasse der Bauernwirtschaften die Warenproduktion weiter steigert, daß der wirtschaftliche Austausch zwischen Stadt und Land zunimmt, die Landwirtschaft (deren Schwächen ebenfalls vom XV. Parteitag herausgestellt wurden) weiterentwickelt wird. Die Offensive muß geführt werden einerseits durch systematisch wachsende Besteuerung der Kulaken, durch Einschränkung ihrer ausbeuterischen Bestrebungen (Gesetzgebung über die Arbeit, die Pacht, die Bodenpolitik überhaupt, das Klassenprinzip bei der Ausrüstung mit Maschinen, die Kreditgewährung an die Landwirtschaft usw.) und andererseits durch die allseitige umfassende Unterstützung und Förderung der Vergenossenschaftung der breiten Bauernmassen und aller Arten der kollektiven Wirtschaft, durch die Organisation der Dorfarmut, durch die systematische

Verstärkung aller Formen und Methoden der planenden staatlichen Einwirkung auf den Markt und die kleinen bäuerlichen Wirtschaften.

Die "Neue Ökonomische Politik" ist jener Weg, dem die Partei unbeirrbar folgt und auf dem allein die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft unseres Landes möglich ist. Deshalb muß die Partei die böswillige Agitation der Kulaken, NÖP-Leute und ihrer Nachbeter über die Aufhebung der NÖP entschieden zurückweisen. Und aus dem gleichen Grund muß die Partei die Verzerrungen und Überspitzungen besonders energisch liquidieren, die, trotz der entsprechenden Warnungen des Politbüros des ZK, in der praktischen Arbeit zu beobachten waren und noch nicht völlig ausgeremert sind.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK ist der Meinung, daß man die diesjährigen Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung nicht als Zufall betrachten darf. Diese Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung hängen mit denen zusammen, welche bedingt sind durch das rasche Tempo der Industrialisierung des Landes, das dem proletarischen Staat durch die gesamte internationale und innere Lage diktiert wird; sie hängen weiter zusammen mit Fehlern bei der planenden Leitung der Wirtschaft. Diese Schwierigkeiten wurden dadurch verschärft und kompliziert, daß die Kulaken und Spekulanten sie auszunutzen, die Getreidepreise hochzuschrauben und die sowjetische Preispolitik zu durchkreuzen suchten. Darum muß die Partei, weil Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung auch in Zukunft noch auftreten können, mit desto größerer Beharrlichkeit darauf hinarbeiten, daß die Losung des XV. Parteitags von der "weiteren Offensive gegen das Kulakentum" unablässig verwirklicht wird, ferner auch die Losung der Regulierung des privaten Marktes und der Notwendigkeit, die Einzelbauernwirtschaften durch die staatlichen und genossenschaftlichen Organe auf die Bahn des sozialistischen Aufbaus zu lenken.

Zugleich vertritt das vereinigte Plenum die Auffassung, daß in dem Maße, wie die Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung liquidiert werden, jene Maßnahmen der Partei außer Kraft gesetzt werden müssen, die außerordentlichen Charakter tragen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK beauftragt das Politbüro, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den reibungslosen Ablauf der nächsten Getreidebeschaffungskampagne zu gewährleisten und dabei die Lehren zu berücksichtigen, die die Partei aus den Fehlern und Mängeln der Getreidebeschaffung in diesem Jahr gezogen hat.

Auf dem Gebiet der grundlegenden wirtschaftlichen Maßnahmen erachtet es das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK vor allem für notwendig, bessere Proportionen zwischen den einzelnen Elementen der Volkswirtschaft sowie deren richtige planmäßige Koordinierung zu erreichen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellt fest, daß die Produktion der Industrie, insbesondere der für den Massenbedarf produzierenden Industrie (Zunahme um 27 Prozent gegenüber 15 Prozent im Vorjahr) bedeutend gewachsen ist und beauftragt das Politbüro, Maßnahmen zu ergreifen, um erstens eine saisonbedingte Einschränkung der Industrieproduktion im Sommer zu vermeiden, zweitens eine besondere Reserve der am meisten verlangten Industriewaren zu bilden, um während der Getreidebeschaffungskampagne damit manövrieren zu können.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellt fest, daß der Staat mehr als doppelt soviel Saatgut an Sommergetreide ausgeliehen hat als im Vorjahr (29 Millionen Pud gegenüber 13 Millionen Pud im Vorjahr); daß die den Bauern auf dem Wege des Kontraktabschlusses gewährten Vorschüsse auf mehr als 135 Millionen Rubel gestiegen sind; daß für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau eine mehr als doppelt so hohe Summe angewiesen wurde (insgesamt wurden speziell für die Kollektivwirtschaften 65 Millionen Rubel bewilligt); daß die allgemeinen für die Landwirtschaft bewil-

ligten Mittel mehr als 717 Millionen Rubel betragen, was bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der Landwirtschaft ausüben muß; und es beauftragt das Politbüro, alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine Steigerung der Ertragsfähigkeit der Anbaufläche im allgemeinen und der mit Getreide bestellten im besonderen zu gewährleisten und außerdem alle Maßnahmen zu treffen, um im kommenden Jahr eine bedeutende Stärkung der Produktionsbasis der Kollektivwirtschaften zu garantieren, besonders durch vermehrte Produktion landwirtschaftlicher Maschinen und Traktoren in der UdSSR.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellt fest, daß die Befreiung von 35 Prozent der wirtschaftlich schwachen Bauern von der Landwirtschaftssteuer sowie die Erhöhung dieser Steuer für die Oberschichten des Dorfs eine der wichtigsten Errungenschaften der letzten Jahre ist und beauftragt das Politbüro, der Erfassung der nicht aus der Landwirtschaft herrührenden Einkünfte der Kulaken, einer gewissen Neuregelung des Verhältnisses zwischen der Besteuerung der Getreideproduktion und der anderen Zweige der Landwirtschaft sowie der Eintreibung der Landwirtschaftssteuer präzise innerhalb der gesetzlich festgelegten Fristen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

IV.

Zwecks Gewährleistung der obenerwähnten Direktiven und zwecks Schaffung einer Einheitsfront der Beschaffungsorganisationen, sowohl der staatlichen als auch der genossenschaftlichen, die eine unerläßliche Voraussetzung ist für eine erfolgreiche Politik auf dem Gebiet der Getreidebeschaffung und für die Verwirklichung des Volkswirtschaftsplans überhaupt, beschließt das Plenum des ZK und der ZKK:

Auf dem Gebiet der Reorganisation des Beschaffungsapparates:

1) Der staatliche Beschaffungsapparat ist zu vereinheitlichen, indem eine Unions-Aktiengesellschaft "Sojuschleb" durch Verschmelzung der "Chleboprodukt" und der örtlichen

staatlichen Beschaffungs- und der Mühlenorganisationen (Ukrchleb, Kawchleb, Sibtorg, Kaschleb u.a.) gebildet wird. Ihr Apparat und Eigentum sind an "Sojuschleb" zu übergeben und das letztere auf das Aktienkapital der entsprechenden Organe zu überschreiben. Bei der Tätigkeit von "Sojuschleb" ist der Einfluß und die Unterstützung der örtlichen Organe zu gewährleisten.

Die Aktionäre und die örtlichen Organe sind an einer erfolgreichen Arbeit von "Sojuschleb" zu interessieren, indem der Gewinn entsprechend der Struktur des Aktienkapitals verteilt und pro Einheit der erfassten Produkte eine bestimmte Summe an die örtlichen Haushalte abgeführt wird. Ferner ist dafür zu sorgen, daß die anderen, nicht mit "Sojuschleb" verschmolzenen Mühlenvereinigungen alle Überschüsse ihrer erfassten Mengen (nach Deckung des örtlichen Bedarfs) auf vertraglicher Grundlage an "Sojuschleb" abliefern.

2) Für die Beziehungen zwischen der staatlichen und der genossenschaftlichen Getreidebeschaffungsorganisation ("Sojuschleb" einerseits und "Zentrosojus" sowie "Wukopspilka" andererseits) ist ein System von Generalverträgen auszuarbeiten und zu verwirklichen, denen zufolge das gesamte Getreide, das durch das System der Konsumgenossenschaften im Rahmen des Unionsplans erfaßt wird (d.h. die örtlich außerplanmäßig aufgebrauchten Getreidemengen nicht miteingerechnet), unmittelbar an die nächsten Getreidespeicher, Mühlen und Sammelstellen der "Sojuschleb" an Bahnstationen und Häfen abgeliefert wird.

3) Für die Mühlen und Getreidespeicher sind Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ihre volle Auslastung und direkte Verbindung mit der Bevölkerung gewährleisten (unmittelbares Anliefern des von den Genossenschaften erfassten Getreides; besondere Zuschläge auf die Getreidepreise für das direkt an die Mühlen und Getreidespeicher gelieferte Getreide usw.)

4) Die Getreidebeschaffung für MSPO¹⁾ ist direkt durch Generalverträge zu gewährleisten, welche zwischen MSPO und den hauptsächlichsten Erfassungsstellen abgeschlossen werden. Zur Verwirklichung der Generalverträge durch die Haupterfassungsstellen sind für MSPO besondere Rayons der Erfassung und Verladung sowie besondere Mühlen für Moskau festzulegen, wobei MSPO das Recht eingeräumt wird, in diesen Rayons Bevollmächtigte einzusetzen, die darauf hinwirken, daß die Haupterfassungsstellen ihre gemäß dem Generalvertrag eingegangenen Verpflichtungen rechtzeitig erfüllen und MSPO über den Stand der Getreideerfassung und -verladung informieren.

Auf dem Gebiet der Reorganisierung des regulierenden Apparates beschließt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK:

1) Dem Volkskommissariat für Handel der UdSSR sind bei der Organisation und Regulierung sowohl der Getreidebeschaffung als auch bei der Verwendung der Getreidereserven, die im Rahmen der planmäßigen Getreidelieferungen erfaßt wurden, die Rechte eines Unionskommissariats einzuräumen.

2) Der Apparat des Volkskommissariats für Handel ist in den einzelnen Orten zu festigen, sowohl hinsichtlich der besseren Qualifizierung der Mitarbeiter als auch durch zahlenmäßige Verstärkung des Personalbestandes.

3) Beim Volkskommissariat für Handel der UdSSR sind ständige, regelmäßig einzuberufende Beratungen der Leiter der hauptsächlichsten Erfassungsorgane und der Vertreter der wichtigsten Getreidebeschaffungsrayons durchzuführen, die unter der direkten Anleitung des Volkskommissars Operativpläne, Methoden der Getreidebeschaffung usw. ausarbeiten.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK macht besonders

1) Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften - Die dtsh. Red.

auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Genossenschaften (Verbraucher- und landwirtschaftliche Genossenschaften) allseitig zu festigen, die Kader ihrer Mitarbeiter zu verstärken, die innere Disziplin der Genossenschaften zu festigen, die bäuerliche Bevölkerung in größerem Ausmaß zu erfassen, das genossenschaftliche Gemeinschaftsleben zu entwickeln, die Durchführung der Klassenpolitik zu gewährleisten usw.

In dem Bestreben, mit allen Mitteln ein einheitliches Vorgehen aller staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen auf dem Getreidemarkt zu sichern, verpflichtet das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK die Parteiorganisationen, einen entschlossenen Kampf zu führen gegen jedwede Verletzungen und Umgehungen der Getreidebeschaffungspolitik und -disziplin, gegen Lokalpatriotismus, Ressortgeist, formale Einstellung zu den Operativplänen (Brot- und Futtergetreidebilanz, unbegründete Anforderungen usw.).

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK hält eine Rationalisierung des gesamten Wirtschaftsapparats für notwendig, der sich mit der Erfassung, der Verarbeitung und dem Absatz des Getreides beschäftigt, und macht es allen kommunistischen Mitarbeitern des Sowjetapparates und den Parteiorganisationen zur Pflicht, eine weitere erhebliche Senkung der Unkosten sowohl bei der Erfassung und beim Absatz des Getreides als auch beim Mahlen und Brotbacken zu erreichen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK fordert alle Parteiorganisationen auf, darauf hinzuwirken, daß bei der Durchführung der allgemeinen Wirtschaftspläne eine bedingungslose revolutionäre Disziplin gewahrt wird, denn bei dem schnellen Tempo des sozialistischen Aufbaus und der damit verbundenen Entwicklung umfassender, komplexer Arbeiten, bei der gewaltigen Anspannung aller Kräfte und aller Hilfsquellen des proletarischen Staates ist es nur bei Wahrung einer strengen proletarischen Disziplin im gesamten Wirtschaftsapparat möglich, ohne mehr oder min-

der erhebliche Stockungen vorwärtszukommen, den Sozialismus zu erreichen.

Der Schachty-Prozeß und die praktischen Aufgaben im Kampf gegen die Mängel des wirtschaftlichen Aufbaus

(Einstimmig angenommene Resolution des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) vom 11. April 1928)

Der Schachty-Prozeß führte zur Aufdeckung einer konterrevolutionären Schädlingsorganisation im Donezbecken. Diese Angelegenheit hat für die gesamte Sowjetunion Bedeutung erlangt, da sie neue Formen und neue Methoden des Kampfes der bürgerlichen Konterrevolution gegen den proletarischen Staat, gegen die sozialistische Industrialisierung enthüllte. Die politische Bedeutung dieses Prozesses wird noch dadurch unterstrichen, daß die von ehemaligen Grubenbesitzern und einer einstmals besonders privilegierten Gruppe von Spezialisten geschaffene Schädlingsorganisation im Donezbecken mit ehemaligen russischen und ausländischen Privateigentümern sowie mit der ausländischen Militärspionage in Verbindung stand und sich, neben anderen Aufgaben, das Ziel setzte, die Verteidigung zu sabotieren und die Intervention und den Krieg gegen die Sowjetunion unmittelbar vorzubereiten.

Die Aufdeckung der konterrevolutionären Verschwörung im Donezbecken und eine Reihe anderer Beispiele von Schädlingstätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet, von Sabotage usw. zeigen, welche außerordentlichen Schwierigkeiten das Proletariat bei der Errichtung des Sozialismus zu überwinden hat. Wenn der Sowjetstaat trotzdem in der Wiederherstellung und Hebung der Wirtschaft rasch vorangekommen ist, so ist dies ein neuer Beweis für die außerordentliche Überlegenheit und die gewaltigen inneren Kräfte des Sowjet-systems, insbesondere der Sowjetindustrie, und demonstriert augenfällig die außerordentlichen Möglichkeiten des weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs der UdSSR

unter Führung der Arbeiterklasse.

Eine gewisse Rolle bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten spielte auch der Umstand, daß im Laufe der nach der Oktoberrevolution verfloßenen zehn Jahre ein großer Teil der technischen Intelligenz dazu übergegangen ist, mit der Sowjetmacht ehrlich zusammen zu arbeiten und die Industrialisierung des Landes durch seine Arbeit zu unterstützen.

Zugleich enthüllt die aufgedeckte Verschwörung empörende Mißstände und Fehler in unserer Wirtschaftsarbeit und im System der Wirtschaftsleitung selbst; sie zeigt, daß die kommunistische Wachsamkeit und der revolutionäre Instinkt unserer Funktionäre gegenüber dem Klassenfeind abgestumpft ist, daß die Arbeit zur Heranziehung der Arbeitermassen zur Leitung der Produktion nur ungenügend geleistet wird, daß die leitenden Organe der Massenorganisationen, der Gewerkschaften und Parteiorganisationen sich nicht um die täglichen Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter kümmern und daß die Anleitung des wirtschaftlichen Aufbaus durch die Partei offensichtlich schwach ist.

Besonders kraß zeichneten sich am Beispiel des Donezbeckens folgende Unzulänglichkeiten ab:

a) Die Arbeitsmethoden der leitenden Wirtschaftler hinsichtlich der Spezialisten

Am Beispiel des Donezbeckens ist ersichtlich, daß in zahlreichen Betrieben die Leiter immer noch in vielen Fällen vornehmlich die Rolle eines schlechten Kommissars in der Industrie spielen, d.h. anstatt den Betrieb wirklich zu verwalten, beschränkt man sich auf eine sogenannte "allgemeine Leitung". Anstatt die Arbeit der Spezialisten zu überprüfen und in der gemeinsamen Arbeit mit ihnen systematisch zu lernen, arbeiten solche kommunistischen Wirtschaftsfunktionäre nicht an der Hebung ihrer eigenen produktionstechnischen Qualifikation, sondern verlassen sich häufig blindlings auf die Arbeiten der Spezialisten. Anstatt wachsam zu kontrollieren und die Spezialisten für

die von ihnen geleistete Arbeit unbedingt verantwortlich zu machen, beschränkt man sich auf das Abstempeln der fertigen Pläne und Vorschläge, ohne sie zu kontrollieren. In der Regel werden die bestätigten Pläne weder nachgeprüft noch durchgeführt. Anstatt die qualifiziertesten und in der Arbeit erprobten Spezialisten sorgfältig auszuwählen und praktisch zu unterstützen und zugleich einen entschlossenen und systematischen Kampf gegen gewissenlose Elemente und Saboteure zu führen, schenkt man dieser so überaus wichtigen Aufgabe keine ernsthafte Beachtung. Anstatt für solche Spezialisten, denen es wirklich um die Produktion geht, günstige gesellschaftliche Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit zu schaffen, tritt man auf Grund freundschaftlichen privaten Verkehrs (gemeinsame Trinkgelage, spießbürgerliches Verhalten bei der Einschätzung ihrer Arbeit usw.) in nähere Beziehungen zu einzelnen Gruppen von ihnen. Die Unzulässigkeit einer solchen Lage wird besonders deutlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da der Umfang des wirtschaftlichen Aufbaus und insbesondere der Umfang des Baus neuer Werke ungeheure Ausmaße erreicht. Unter diesen Bedingungen ist es besonders unzulässig, wenn Wirtschaftler die produktionstechnische Seite des Betriebs nicht kennen, häufig von einer Arbeit zur anderen hinüberwechseln, mit Angelegenheiten überlastet sind, die nichts mit der Produktion zu tun haben (Rechnenschaftslegungen, Berichte, Fahrten in die Hauptstadt) usw., alles Umstände, welche die Wirtschaftsfunktionäre in Kommissare verwandeln, und zwar in Kommissare schlechten Typs, d.h. in Funktionäre, die für die ihnen übertragene Sache nicht die volle, die wahre Verantwortung tragen. Dabei ist der Zustrom "roter" Spezialisten zur Arbeit in den Betrieben gleichfalls ganz unzulänglich. Die in den Betrieben kommenden jungen "roten" Spezialisten werden von den älteren Spezialisten nicht selten offen feindselig aufgenommen. Andererseits werden ausländische Spezialisten und ausländische technische Kräfte ohne die erforderliche

Anleitung und Kontrolle eingesetzt.

Die Gewerkschaftsorganisationen der Ingenieure und Techniker sind von Kastengeist und einer eng ressortmäßigen Einstellung durchdrungen. Häufig haben dem Proletariat fremde Elemente sie in ihre Hand genommen, häufig stellen sie sich gegen den proletarischen Staat und die Gewerkschaften und arbeiten faktisch ohne Anleitung von Seiten der letzteren. Infolgedessen erhalten die einzelnen Saboteure aus den Reihen der bürgerlichen Spezialisten von dem überwiegenden Teil der Ingenieure und Techniker, die gewissenhaft ihre Pflicht tun, nicht eine solche Abfuhr, wie sie verdienen.

Ogleich die Arbeiterkader, die in der Produktion auf einen höheren Posten befördert wurden (vom Vorarbeiter oder Meister bis zum Abteilungsleiter), immer zahlreicher werden, wird ihrer speziellen Ausbildung für die ihnen übertragene Tätigkeit nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Ihre Funktionen beschränken sich häufig auf Kleinigkeiten und die Regelung von administrativen Angelegenheiten mit den Arbeitern, deren Erledigung den Spezialisten "unangenehm" ist. Nicht selten kommt es vor, daß einseitig ausschließlich Kommunisten befördert werden. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die Parteimitglieder von den Arbeitern isoliert werden und daß sich in den Parteiorganisationen der Karrierismus einnistet.

b) Die Gewerkschaften und die Heranziehung der Massen zur Leitung der Produktion

Die Heranziehung der Massen zur Leitung der Produktion ist völlig unbefriedigend.

Die Informierung der Arbeiter über den Plan und den Gang der Produktion trägt häufig formalen Charakter; Fragen der Produktion, deren Rationalisierung, Investitionsarbeiten werden auf den Produktionsberatungen nicht durchgesprochen, und in einigen Fällen wurden Arbeiter verfolgt, weil sie Mängel in der Verwaltungsarbeit kritisierten. Die Gewerkschaften arbeiten nicht systematisch daran, die Bedeu-

tung der Produktionsberatungen zu heben: die Produktionsberatungen sind schlecht organisiert, werden selten einberufen, die Arbeit der Produktionsberatungen wird vom technischen Personal und zuweilen sogar von den kommunistischen Mitarbeitern der Verwaltung ignoriert, es fehlt eine entsprechende Kontrolle über die Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Die Praxis der zeitweiligen Kontrollkommissionen in den Betrieben wird völlig unzureichend angewandt. Der Prämienfonds für wertvolle Vorschläge und Erfindungen wird überhaupt nicht ausgenutzt und in einzelnen Betrieben ist er nicht einmal eingerichtet. Ganz unbefriedigend ist die Wirtschaftsarbeit in den Gewerkschaftsorganen, den Rayonkomitees, den Gouvernementsabteilungen, den ZK und den Verbindungsorganisationen der Gewerkschaften, besonders bezüglich der Mitwirkung am Neuaufbau von Produktionsanlagen, an der Rationalisierung der Produktion sowie an der Durchführung von Maßnahmen zur Senkung der Selbstkosten und zur Anleitung der Arbeit der Produktionsberatungen.

Andererseits wahren die Gewerkschaftsorganisationen nicht ihr "Gesicht", d.h. sie erfüllen nicht ihre besondere Aufgabe, sich um die Sorgen des täglichen Lebens der Arbeiter zu kümmern. Die Gewerkschaftsfunktionäre besitzen wenig Autorität, ihre tägliche Verbindung mit den Arbeitern in den Werkabteilungen, Gruben, Gemeinschaftsunterkünften usw. ist schwach. Völlig ungenügend werden Verstöße gegen das Arbeitsrecht und überhaupt Entstellungen der Sowjetpolitik in der Arbeiterfrage bekämpft, wie zum Beispiel: Nichtgewährung des verkürzten Arbeitstages vor Feiertagen, Arbeit an Ruhetagen, unbezahlter Arbeitsausfall durch Verschulden des Betriebs, Verstöße gegen die Bestimmungen über Urlaub, Arbeitskleidung usw. Höchst unzureichend ist der Kampf der Organe des Volkskommissariats für Arbeit und der Gewerkschaften gegen Nachlässigkeit der Betriebsleitungen in bezug auf den Arbeitsschutz und den Kampf gegen Betriebsunfälle. Häufig werden diejenigen, die durch Unterlassungen Betriebsunfälle verursacht haben,

nicht systematisch zur Verantwortung gezogen; auch die Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Staatsanwaltschaft vernachlässigen diese Fragen.

c) Die Parteiorgane und die Leitung der Wirtschaftsarbeit
Die Anleitung der Wirtschaftsorgane durch die Parteiorganisationen beschränkt sich häufig auf allgemeine deklaratorische Resolutionen. In der Regel fehlt die Kontrolle über die Durchführung der Direktiven, die bezüglich der Wirtschaftsorgane angenommen wurden. Besonders zeigt sich ein Mangel an Hellhörigkeit gegenüber den Hinweisen der Arbeiter auf wirtschaftliche Mängel und Fehler in der Arbeit der Gewerkschafts- und Parteiorgane. Die Arbeit der Gewerkschaften wird nicht genügend angeleitet, weder in bezug auf die Heranziehung von Arbeitern zur Leitung der Produktion noch in bezug darauf, daß die Gewerkschaften bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht, bei ungehöriger Behandlung der Arbeiter durch die Verwaltung usw. die Interessen der Arbeiter feinfühlig und nachdrücklich vertreten müssen. Die örtlichen Parteiorgane beschränken sich samt und sonders auf eine formale, bürokratische Kritik an den Unzulänglichkeiten der örtlichen Institutionen und der zentralen Wirtschaftsorgane, anstatt einen aktiven Kampf für die Beseitigung dieser Mißstände zu führen. Bei der Auswahl der Mitarbeiter fehlt in der Regel eine gründliche Kontrolle über deren frühere Tätigkeit; nicht selten werden wegen schlechter Arbeit eines Postens entthobene Wirtschaftler in eine neue und sogar noch wichtigere Arbeit eingesetzt, statt daß man die Wirtschaftsorgane von diesen Elementen säubert und neue Kader von Wirtschaftsfunktionären aufrücken läßt. Bei der Übertragung einer verantwortlichen Tätigkeit macht sich häufig eine ungesunde "Vetternwirtschaft", bemerkbar, werden "gute Beziehungen" geltend gemacht u.ä. Unzureichend ist die Kontrolle, die über die Arbeit der Wirtschaftsfunktionäre in der Form der Rechenschaftslegung über ihre Tätigkeit vor den Arbeitern ausgeübt wird. Zugleich hilft man den Wirtschaftsfunktionären zuwenig durch Schaffung günstiger

Bedingungen für ihre Arbeit an der Verbesserung der Produktion und an der Erhöhung ihrer produktionstechnischen Qualifikation (Studium). In einer Reihe von Fällen besteht weiterhin eine materielle Abhängigkeit der Parteioorganisationen von den Wirtschaftsorganisationen, was von der Partei kategorisch untersagt ist.

Viele Mängel und Fehler der örtlichen Organe werden durch grobe bürokratische Verzerrungen und Fehler der zentralen Organe verschlimmert. Hierzu gehört die unzulässige Verspätung bei der Bestätigung der Wirtschaftspläne und deren häufige Abänderung. Dies untergräbt die Arbeit der Betriebe, führt zur Verschwendung von Staatsmitteln und erhöht die Verantwortungslosigkeit der Wirtschaftsfunktionäre und Spezialisten für ihre Arbeit. Am Beispiel des Donezbeckens sehen wir die üble Erscheinung des übermäßigen Zentralismus in der Wirtschaftsleitung (Donugolj), der einerseits die bürokratischen Auswüchse des Kanzleiwesens, der Rechtlosigkeit und Verantwortungslosigkeit der unteren Wirtschaftsfunktionäre verstärkte und andererseits den Einfluß der örtlichen Organisationen auf die Arbeit der Betriebe erschwerte. Schließlich ist auch der Umstand von ernstlicher negativer Bedeutung, daß das am 29. Juni 1927 erlassene Dekret über die Trusts in der Praxis fast gar nicht verwirklicht wurde, insbesondere derjenige Teil, in dem das Verhältnis zwischen den Leitern der Betriebe (Direktoren) und den technischen Leitern, den Spezialisten, festgelegt wird und der eine Änderung der früher erlassenen Bestimmungen brachte ("Standardbestimmung", niedergelegt im Erlaß des Obersten Volkswirtschaftsrats, Nr. 6/1926). Diese Praxis, die das gesamte technische Personal in unmittelbare Abhängigkeit vom technischen Leiter stellte, hinderte die Schaffung einer wirklichen Einheit der Verwaltung und verminderte die Bedeutung des Betriebsleiters (Direktors).

Diese Verzerrungen im Verwaltungssystem trugen zweifellos dazu bei, daß die konterrevolutionären Schädlinge lange Zeit hindurch ungestraft wirken und wählen konnten.

Die am Beispiel des Donezbeckens aufgedeckten außerordentlich großen Mängel und Fehler der Wirtschaftsarbeit sind für die meisten Industriegebiete charakteristisch und erfordern die schnellste Durchführung einer Reihe praktischer Maßnahmen zu ihrer Beseitigung.

I. Hinsichtlich der Spezialisten

Die im Zusammenhang mit dem Schachty-Prozeß analysierten Tatsachen machen es sehr deutlich, daß es dringend notwendig ist, den Einsatz der Spezialisten - der Wissenschaftler und Techniker - in unserer Industrie, im Verkehrswesen usw. besser zu regeln. Dazu ist es gegenwärtig besonders wichtig, ihre Arbeit stärker zu kontrollieren, sie für die ihnen übertragene Arbeit tatsächlich streng verantwortlich zu machen und außerdem ständig für günstige Arbeitsbedingungen für sie zu sorgen. Während böswillige Saboteure und Schädlinge schonungslos zu bestrafen sind, müssen zugleich die Arbeitsbedingungen für die große Masse der ehrlichen, ihrer Arbeit ergebenden Spezialisten verbessert werden. Die weitestgehende Heranziehung gewissenhaft arbeitender qualifizierter Spezialisten zur produktionstechnischen Arbeit darf keinesfalls dadurch beeinträchtigt werden, daß es in ihren Kreisen noch Einstellungen und Vorurteile gibt, die noch ein unvermeidliches Erbe der Vergangenheit und Überreste der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sind. Der Kampf gegen die Spezialisten"fresserei" muß, obgleich diese Erscheinung durch die Arbeit der Partei erheblich vermindert wurde, auch in Zukunft mit aller Konsequenz und Festigkeit geführt werden. Dabei ist anzustreben, daß die große Masse der Ingenieure und Techniker sich zu wirklich aktiven und bewußten Helfern im sozialistischen Aufbau entwickeln. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Ausbildung neuer Kader "roter" Spezialisten und die erhebliche Erweiterung ihres Einsatzes in der Produktion zu konzentrieren.

Davon ausgehend, beschließt das vereinigte Plenum des ZK

und der ZKK der KPdSU(B):

1. Es sind Maßnahmen durchzuführen, um die Voraussetzungen für eine möglichst fruchtbringende Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Denkens zu schaffen, besonders durch die ausführliche Behandlung wissenschaftlich-technischer Probleme in der entsprechenden Presse (Fachpresse) usw., durch ihre offene Erörterung sowohl in den Berufsorganisationen der Wissenschaftler und Techniker als auch auf Kongressen, Beratungen, weite Kreise erfassenden öffentlichen Versammlungen, durch Organisierung besonderer Dispute usw.
2. Die Fraktionen des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion werden beauftragt, die Gewerkschaftsarbeit unter der Masse der Spezialisten (Ingenieure und Techniker) auf breiter Grundlage zu entfalten. Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, daß günstige Bedingungen dafür geschaffen werden, die technische Qualifikation der Spezialisten zu steigern, sie zur Arbeit der Produktionsberatungen heranzuziehen, die bis jetzt noch bestehenden kastenmäßige Isoliertheit und eng ressortmäßige Einstellung unter den Spezialisten zu überwinden und die Arbeits- und Gewerkschaftsdisziplin in ihren Kreisen zu festigen. Dabei müssen die Gewerkschaften gleichzeitig für die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Spezialisten Sorge tragen.
3. Die systematische Heranziehung ausländischer Spezialisten zur Arbeit in unseren Betrieben ist zu organisieren sowie die Inanspruchnahme ausländischer technischer Hilfe für einzelne Aufgaben. Dabei sind ihre richtige Anleitung und entsprechende Formen der Kontrolle sicherzustellen.
4. Die systematische Entsendung unserer Spezialisten auf Studienreisen ins Ausland zur Aneignung der Errungenschaften der modernsten Technik ist zu erweitern und zu verbessern. Besonders müssen mehr junge Spezialisten und Studenten Technischer Hochschulen entsandt werden, die sich

durch hervorragende Leistungen ausgezeichnet haben.

5. Es ist dafür zu sorgen, daß der Oberste Volkswirtschaftsrat und die Gewerkschaften (unter Führung der Partei) bei der Auswahl und Aufnahme der Studenten in die Technischen Hochschulen und Ingenieurschulen den entscheidenden Einfluß ausüben und daß die Gestaltung des Unterrichts in ihnen durch den Obersten Volkswirtschaftsrat kontrolliert wird. Es muß gewährleistet sein, daß bei der Aufnahme und besonders bei der Absolvierung der Kurse die Arbeiter überwiegen.
6. Die Industriekademie beim Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR ist zu festigen und zu erweitern, weiterhin sind die Kurse für "rote" Direktoren zu erweitern.
7. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird beauftragt, das Netz kurzfristiger Kurse zur Ausbildung und Umschulung von Kadern der unteren und mittleren Glieder der Wirtschaftsverwaltung (Vorarbeiter, Meister, Techniker usw.) aus Arbeiterkreisen zu erweitern und zu verbessern.
8. Bei der gesamten Arbeit zur Heranbildung neuer Kader "roter" Spezialisten, zur Höherqualifizierung der auf einen höheren Posten beförderten Arbeiter usw. ist die weitestgehende und aktivste Beteiligung der Gewerkschaftsorganisationen zu gewährleisten.

II. Hinsichtlich der kommunistischen Wirtschaftsfunktionäre

Entsprechend dem Wachstum und der Kompliziertheit des wirtschaftlichen Aufbaus müssen es sich die Wirtschaftsfunktionäre zur Aufgabe machen, durch Aneignung von Fachkenntnissen und das Studium der Produktionstechnik die produktionstechnische Seite der Arbeit meistern zu lernen. Aus den aus der Praxis hervorgegangenen Wirtschaftsfunktionären und den "roten" Spezialisten, die die Technischen Hochschulen absolviert haben, muß die Partei, jetzt mehr als je zuvor, "rote" proletarische Spezialisten entwickeln

als Ersatz für die dem sozialistischen Aufbau fremden Elemente aus den Kreisen der bürgerlichen Spezialisten. Darin besteht eine der grundlegenden Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus, ohne deren erfolgreiche Lösung die sozialistische Industrialisierung nicht durchgeführt werden kann. Die Verwirklichung dieses Kurses macht die schnellstmögliche Durchführung einer Reihe praktischer Maßnahmen erforderlich.

Im Zusammenhang hiermit beschließt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK:

1. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird beauftragt, innerhalb kürzester Frist in allen Industriebetrieben die Verfügung des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 29. Juni 1927 ("Bestimmung über die staatlichen Industrietrusts") sowie den Befehl des Obersten Volkswirtschaftsrats der UdSSR vom 4. Oktober 1927 ("Standardbestimmung") durchzuführen, um zu gewährleisten, daß die Direktion eines Betriebs wirklich die Leitung der Verwaltung desselben hat und um die im Befehl Nr. 6 des Obersten Volkswirtschaftsrates festgesetzte "Standardbestimmung" aufzuheben.

2. Wirtschaftsfunktionären, die große praktische Erfahrungen besitzen und die Befähigung für Verwaltungsarbeit bewiesen haben, ist durch Entsendung zum Studium, zu Studienreisen ins Ausland (mit präzisen Aufgaben und unter strenger Kontrolle des Obersten Volkswirtschaftsrats) und durch Versorgung mit technischer und ökonomischer Literatur usw. die Aneignung einer produktionstechnischen Qualifikation zu erleichtern.

3. Die Arbeiter- und Bauerninspektion wird beauftragt, innerhalb eines Monats eine größtmögliche Einschränkung der Betriebsrevisionen durch die zentralen und örtlichen Organe zu erreichen und dafür zu sorgen, daß die Revisionen besser durchgeführt, ihre Ergebnisse gründlich studiert und die bei den Revisionen festgestellten Mängel beseitigt werden.

4. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird aufgefordert, eine grundlegende Reorganisation des "Donugolj" durchzuführen, die übermäßige Zentralisation zu beseitigen und die Selbständigkeit seiner unteren Organe (Grubenverwaltungen, Gruben) zu erweitern.

III. Hinsichtlich der beförderten Arbeiter

1. Die Einsetzung von Arbeitern in technische und Verwaltungsfunktionen ist mit Maßnahmen zu verbinden, die es ihnen ermöglichen, in besonderen Kursen, Fachschulen usw. ihr Fachgebiet zu studieren. Die Entsendung einzelner Gruppen qualifizierter Arbeiter ins Ausland zwecks Erlangung einer Spezialausbildung ist zu verstärken und besser zu regeln.

2. Die Gewerkschafts- und Parteiorganisationen sollen bei der Einsetzung von Arbeitern in technische und Verwaltungsfunktionen mehr Initiative entfalten. Zugleich aber muß der Verwaltung der ihr gebührende Einfluß und die Möglichkeit gesichert werden, für die Arbeit der aufgerückten Arbeiter die volle Verantwortung zu tragen.

3. Die Beförderung von Arbeitern mit oder ohne Parteibuch zu wirtschaftlicher Arbeit ist in strenger Übereinstimmung mit ihrer tatsächlichen Eignung für die neue Tätigkeit vorzunehmen.

IV. Über die Heranziehung der Massen zur Leitung der Produktion

1. Die Arbeiter sind systematisch und rechtzeitig sowohl über die Produktionspläne als auch über deren Erfüllung zu informieren. Zugleich muß man nach wie vor alles tun, um die Arbeitsdisziplin unter den Arbeitern und Angestellten zu verbessern und zu stärken und die Produktivität ihrer Arbeit zu steigern. Ebenso müssen die Wirtschaftsorgane und Gewerkschaften darauf hinarbeiten, daß das technische und Verwaltungspersonal in seiner Arbeit stär-

kere Plan- und Finanzdisziplin entwickelt, daß es exakter, systematischer und verantwortungsbewußter arbeitet.

2. Es ist eine systematische Arbeit der Produktionsberatungen in den Werksabteilungen und Betrieben zu erreichen, besonders in bezug auf die praktische Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und Neubauten in den Betrieben.

3. In Großbetrieben, besonders dort, wo ernstliche Unzulänglichkeiten beim Einbau und der Ausnutzung der Maschinenausrüstung anzutreffen sind, sowie dort, wo Großbauten ausgeführt werden, sind aus den Reihen der Arbeiter unverzüglich zeitweilige Kontrollkommissionen zu schaffen, in denen auch das technische Personal vertreten ist.

Die Erfahrung hat voll und ganz bestätigt, daß zeitweilige Kontrollkommissionen als Organ der Produktionsberatungen im gesamten System der betrieblichen Arbeiterorganisationen zweckmäßig sind und daß es notwendig ist, sie in größerem Umfang anzuwenden und ihrer Arbeit seitens der Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorgane mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

4. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Wirtschaftsarbeit in allen Gewerkschaften verstärkt wird, besonders im Hinblick auf die Mitarbeit der Gewerkschaftsorganisationen an Neubauten von Industrieanlagen, bei der Lösung von Fragen der Rationalisierung der Produktion, der Durchführung von Maßnahmen zur Senkung der Selbstkosten und bei der Anleitung der Arbeit der Produktionsberatungen. Die Partei- und Wirtschaftsorgane sind verpflichtet, die Gewerkschaften bei dieser Arbeit so zu unterstützen, daß diese Direktive tatsächlich praktisch verwirklicht wird.

V. Über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Lebensweise der Arbeiter im Donezbecken

1. Die Verstöße gegen das Arbeitsrecht, die vorgekommen sind hinsichtlich der Durchführung des verkürzten Arbeits-

tags vor Feiertagen, hinsichtlich des Arbeitsverbots an den festgesetzten Ruhetagen, hinsichtlich der Nichtzulassung von Frauen für Arbeiten unter Tage und der Praxis der Nichtbezahlung der durch den Betrieb verschuldeten Arbeitsausfälle sind unverzüglich zu beseitigen. Die Verantwortung für die Durchführung dieser Anordnung wird der Leitung des "Donugolj" und dem ZK der Bergarbeiter übertragen.

2. Die Vertreter der Verwaltung sind für Nachlässigkeit in Fragen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung gerichtlich streng zur Verantwortung zu ziehen.

3. Der Oberste Volkswirtschaftsrat der UdSSR und der Rat für Arbeit und Verteidigung werden aufgefordert, bereits im laufenden Jahr das Problem der Verbesserung der Wasserversorgung und überhaupt der Einrichtungen der Arbeitersiedlungen im Donezbecken zu bearbeiten und den Finanzplan für die mit der Wasserversorgung verbundenen Arbeiten zu bestätigen.

4. Um die Arbeit der Gewerkschaftsorgane in bezug auf die Befriedigung der dringenden Bedürfnisse der Arbeitermassen und die weitgehende Heranziehung der Arbeiter zur Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen zu verbessern, ist das Netz der Grundorganisationen der Bergarbeitergewerkschaft im Donezbecken und in anderen Rayons so zu reorganisieren, daß den jetzigen Grubenbüros die Rechte von Betriebskomitees eingeräumt werden. Das Zentralkomitee der Bergarbeitergewerkschaft muß bei der Durchführung dieser Maßnahme erreichen, daß seine Autorität wächst und die Verbindung seiner Organe mit den Massen enger wird.

5. Das ZK der KP(B) der Ukraine wird beauftragt, innerhalb von zwei Monaten einen Vorschlag über die Arbeit der Sowjets der Arbeitersiedlungen in den Rayons des Donezbeckens einzureichen, der darauf gerichtet ist, den Sowjets die Sorge für die Alltagsbedürfnisse der Arbeiter zu übertragen.

6. Als die nächste und unbedingte Pflicht sowohl der Wirtschaftsorgane als auch der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen ist die umfassende Sorge für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bergarbeiter anzusehen (Badehäuser, Gemeinschaftsunterkünfte, Kantinen usw.). Für die richtige Verwendung der für diesen Zweck bewilligten Geldmittel ist eine besonders strenge Verantwortlichkeit einzuführen.

VI. Über die Verbesserung der Führung durch die Partei

1. Der Beschluß des Landeskomitees des Nordkavkasus vom 22. März über die Auflösung des Büros des Bezirkskomitees in Schachty wird gebilligt.

2. Das ZK und die ZKK der KP(B) der Ukraine werden beauftragt, die Arbeit derjenigen Parteiorganisationen des Donezbeckens zu überprüfen, in denen es erforderlich ist, Fehler ungerechtfertigter Ausschlüsse aus der Partei (wegen "unzulässiger" Kritik usw.) sowie Überreste der "Veteranwirtschaft" bei der Auswahl der Mitarbeiter u.a. zu liquidieren.

3. Die Parteiorganisationen werden verpflichtet, in der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane bezüglich ihrer Kontrolle über die Arbeit der Spezialisten sowie in der Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen bezüglich der Heranziehung der Arbeitermassen zur Teilnahme an der Leitung der Produktion einen entschiedenen Umschwung herbeizuführen.

4. Die Parteiorganisationen werden dafür verantwortlich gemacht, daß normale Arbeitsbedingungen für die Wirtschaftsfunktionäre geschaffen werden. Insbesondere sind die Wirtschaftsfunktionäre von der häufigen Abgabe formaler Rechenschaftsberichte sowie von der Teilnahme an Sitzungen zu befreien und zu einer wirklichen Rechenschaftslegung den Arbeitermassen gegenüber zu verpflichten.

5. Die Parteiorganisationen werden verpflichtet, die Arbeit der Wirtschaftsorgane auf dem Gebiet der Neubauten

von Produktionsanlagen richtig anzuleiten und dabei die Gewähr zu schaffen, daß die Durchführung der bestätigten Arbeitspläne wirklich kontrolliert wird und die für diesen Zweck bewilligten Geldmittel richtig verwendet werden.

6. Den Parteiorganisationen ist die Verantwortung dafür zu übertragen, daß Mitglieder wählbarer Organe (Gewerkschaft, Partei), die bei den Wahlen durch neue Genossen abgelöst werden, nicht allein darum, weil sie vorher gewählt waren, in eine andere verantwortliche Arbeit eingesetzt werden, sondern daß sie in einer untergeordneten Tätigkeit oder in der Produktion eingesetzt werden. Außerdem wird das Politbüro beauftragt, einen Entwurf für ein Kampfprogramm auszuarbeiten zur Säuberung der Sowjet-, Wirtschafts- und anderer Apparate von untauglichen und bürokratischen Elementen sowie für die verstärkte Entwicklung neuer, fähigerer und enger mit den Massen verbundener Kader.

Die Hauptvoraussetzung für die erfolgreiche Durchführung aller angeführten Maßnahmen muß die tatsächliche Verwirklichung der Losung des XV. Parteitags über die Selbstkritik sein sowie eine erheblich verbesserte Arbeit der Parteiorganisationen bei der Realisierung der innerparteilichen Demokratie und schließlich der verstärkte tagtägliche Kampf gegen die Mängel in der Arbeit der Gewerkschafts-, Sowjet- und Wirtschaftsorgane.

"Prawda" Nr. 87, 12. April 1928

Plenum des ZK der KPdSU(B)

4. - 12. Juli 1928

Informatorische Mitteilung

Vom 4. bis 12. Juli fand ein Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) statt.

Das Plenum behandelte folgende Fragen: 1. Fragen des Kongresses der Komintern; 2. Das Programm der Komintern; 3. Die Politik der Getreidebeschaffung im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage; 4. Die Organisation neuer (Getreide-)Sowjetwirtschaften; 5. Die Verbesserung der Ausbildung neuer Spezialisten (Technische Hochschulen).

Das Plenum nahm das informatorische Referat über Fragen des Kongresses der Komintern zur Kenntnis und billigte im wesentlichen den Programmwurf der Komintern. Das Plenum beschloß, zu den eingebrachten Vorschlägen über Abänderungen im Text des Programms keine Beschlüsse zu fassen; es forderte alle Genossen, die auf dem Plenum Abänderungsvorschläge vorgebracht hatten, auf, dieselben schriftlich der Delegation der KPdSU(B) auf dem Kongreß zu übergeben, und beauftragte die Delegation, dafür zu sorgen, daß die Abänderungsanträge von der Programmkommission des Kongresses, nach Möglichkeit unter Beteiligung der Verfasser dieser Anträge, geprüft werden. Die Resolutionen zu den übrigen Fragen werden nachstehend wiedergegeben.

Resolutionen des Plenums

Zur Politik der Getreidebeschaffung im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage

(Resolution zum Referat des Genossen Mikojan, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 10. Juli 1928)

Der ausschlaggebende Faktor des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR ist das schnelle Wachstum der sozialistischen Großindustrie auf der Basis der neuen Technik (Rekonstruktion), das Wachstum des Aufbaus schlechthin, darunter auch des Aufbaus des Elektrizitätswesens, das Wachstum der Städte und Industriezentren, das quantitative und qualitative Wachstum der Arbeiterklasse.

Aber der sozialistische Aufbau kann sich nicht nur auf die Industrie beschränken. Um vollständig und allseitig zu sein, muß er auch die Landwirtschaft erfassen, diese mit der Industrie verbinden und ihr Entwicklungsniveau heben. Tatsächlich aber steht die Landwirtschaft immer noch auf einem überaus niedrigen Entwicklungsstande, und ihr Entwicklungstempo bleibt weit hinter dem der Industrie zurück.

Während die Industrie an und für sich für die Landwirtschaft ein gewaltiger Motor ist, der sie auf dem Weg ihrer Umgestaltung auf der Grundlage der sozialistischen Industrialisierung vorantreibt, stellt die Landwirtschaft für die Industrie die Basis für deren Entwicklung dar, und zwar als Markt, der die Industrieerzeugnisse aufsaugt, und auch als Lieferant von Rohstoffen und Lebensmitteln. Darüber hinaus hängt vom Umfang des Exports landwirtschaftlicher Produkte, und zwar vor allem von Getreideprodukten, in hohem Grade das Ausmaß der Einfuhr von Produktionsmitteln für die Industrie ab, was ihrem Entwicklungstempo eine gewisse Schranke setzt. Schließlich ist vom Umfang des Exports landwirtschaftlicher Produkte in starkem Maße die Möglichkeit der Akkumulation von Devisenreserven abhängig, die für das wirtschaftliche Manövrieren völlig unerlässlich sind.

Bei dem unvermeidlich schnellen Entwicklungstempo der sozialistischen Industrie, das durch die ganze innere und äußere Lage diktiert wird, birgt daher der äußerst niedrige Stand der Landwirtschaft, besonders des Getreideanbaus, die Gefahr in sich, daß zwischen der sozialisti-

schen Stadt und dem Kleinbäuerlichen Dorf eine Kluft entsteht und daß somit die Hauptbedingung für die sozialistische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft verletzt wird.

Diese Gefahr wird besonders fühlbar im Zusammenhang mit dem Zurückbleiben der Getreideproduktion, deren Wachstum hinter dem des Bedarfs an Getreideprodukten sowohl für die Befriedigung der Nachfrage auf dem Binnenmarkt als auch für die Entwicklung des Exports zurückbleibt. Von allen Zweigen der Landwirtschaft ist die Getreidewirtschaft die rückständigste sowohl im Sinne ihrer Produktivität (Ernteertrag) als auch im Sinne der Produktion von Warengetreide. Am charakteristischsten in dieser Beziehung ist der Umstand, daß, obgleich die Anbaufläche 95 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht hat, die Produktion von Marktgetreide 50 Prozent des Vorkriegsstandes kaum übersteigt. Daher rührt der fast vollständige Ausfall des Exports von Brotgetreide, der vor dem Kriege 600 - 700 Millionen Pud jährlich betrug.

Dieser Zurückgebliebenheit der Getreidewirtschaft und dem schroffen Rückgang des Anteils an Marktgetreide (im Vergleich zur Vorkriegszeit) liegen die Zersplitterung, die Zerbröckelung und das allgemeine niedrige Niveau der landwirtschaftlichen Produktion, der kleinbäuerliche Typ der Getreideproduktion und der damit verbundene halbnaturalwirtschaftliche Charakter dieser Produktion zugrunde.

Von nicht geringer Bedeutung in dieser Beziehung sind noch weitere Umstände, wie einerseits die unzureichende Ausnutzung aller Wege und Möglichkeiten, mit deren Hilfe die Produktivität der kleinen und mittleren Bauernwirtschaften gesteigert werden könnte, besonders hinsichtlich der Ertragssteigerung der Getreidekulturen (Sorten-Saatgut, Maschinen, Düngemittel, rationelle Bewirtschaftung der Anbauflächen, agrotechnische Propaganda), und andererseits die ungünstige Lage der Getreide-

wirtschaft hinsichtlich der Preise für ihre Erzeugnisse gegenüber den Preisen für die Produkte anderer Zweige der Landwirtschaft.

Aus diesem Grunde ist das Getreideproblem eines der ernstesten Probleme der Wirtschaftspolitik. Um das Getreideproblem zu lösen, um die Gefahr einer Kluft zwischen Stadt und Land zu beseitigen, um die Grundlage für alle an der Getreidefront möglichen Schwierigkeiten zu zerstören und auf diese Weise ein rasches Tempo der Industrialisierung des Landes zu sichern, ist erforderlich:

1. Dafür zu sorgen, daß die weitere Steigerung der Produktivität der individuellen kleinen und mittleren Bauernwirtschaften gefördert wird, denn sie werden noch lange Zeit hindurch die Basis der Getreidewirtschaft im Lande bilden (Preise, Maschinen, Mineraldünger, Sorten-Saatgut, Kontraktabschluß bei der Aussaat, Maßnahmen zur rationalen Bewirtschaftung der Anbauflächen usw.). Dabei müssen sie durch das Netz der Genossenschaftsorganisationen immer mehr erfaßt werden; die Vereinigung der Produktionsprozesse der Bauernwirtschaften ist zu fördern. Ausgehend von den offensichtlich mangelhaften Resultaten bei der Einbeziehung der Bauernwirtschaften in den Warenumschlag der Genossenschaften, besonders was die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften anbelangt, lenkt das Plenum die Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf die entscheidende Bedeutung, die die praktische Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplans für die Steigerung der Ernteerträge und der Warenproduktion der individuellen bäuerlichen Wirtschaften und für ihre allmähliche Einbeziehung in den sozialistischen Aufbau hat.

2. Die vom XV. Parteitag gestellte Aufgabe der "Vereinigung und Umgestaltung der kleinen individuellen Bauernwirtschaften in große Kollektive" ist unbeirrbar in die Tat umzusetzen, und zwar als freiwillige Vereinigungen, die auf dem Fundament der neuen Technik aufgebaut sind

und eine höhere Form der Getreidewirtschaft darstellen sowohl im Sinne der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft als auch im Sinne der radikalen Steigerung ihrer Produktivität und der Produktion von Warengetreide.

3. Die bestehenden Sowjetwirtschaften sind weiterzuentwickeln und neue Getreide-Sowjetwirtschaften zu errichten als "sozialistische Großwirtschaften" (Parteiprogramm), welche eine maximale Produktion von Warengetreide gewährleisten und neben den Kollektivwirtschaften als Stützpunkte für die Förderung und Beschleunigung der Rekonstruktion der Landwirtschaft fungieren.

II.

Die Zersplitterung und Rückständigkeit der Getreidewirtschaft bilden die Grundlage für mögliche Schwierigkeiten an der Getreidefront, und diese Möglichkeit wurde gerade in diesem Jahr zur Realität, so daß infolge einer Reihe spezifischer Ursachen eine Krise bei der Getreidebeschaffung ausbrach. Zu diesen spezifischen Ursachen sind zu rechnen:

a) die Störung des Gleichgewichts auf dem Markt und die Verschärfung dieser Störung, die sich dadurch ergab, daß die zahlungsfähige Nachfrage der Bauernschaft schneller stieg als das Angebot an Industriewaren, eine Erscheinung, die durch die erhöhten Einkünfte des Dorfs, besonders seiner wohlhabenden und kulakischen Schichten, hervorgerufen wurde.

b) das ungünstige Verhältnis der Getreidepreise zu den Preisen für andere landwirtschaftliche Produkte, was den Anreiz zur Realisierung der Getreideüberschüsse abschwächte. Die Partei konnte dies in der zweiten Hälfte des Beschaffungsjahres jedoch nicht ändern, ohne mit den wirtschaftlich schwachen Schichten des Dorfes in Konflikt zu geraten.

c) Die Fehler in der Leitung der Planung, hauptsächlich hinsichtlich der rechtzeitigen Warenanlieferung und der

Besteuerung (niedrige Steuern für die besitzenden Schichten des Dorfs).

d) Mängel in den Beschaffungs-, Partei- und Sowjetorganisationen (das Fehlen einer Einheitsfront, mangelnde Aktivität, Sichverlassen auf den Selbstlauf).

e) die Ausnutzung all dieser Mängel durch die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land (Kulaken, Spekulanten) zur Untergrabung der Getreidebeschaffung.

Infolge dieser Mängel hatte der Staat im Januar 1928 ein Defizit von 128 Millionen Pud Getreide gegenüber dem Vorjahr; damit war die Gefahr einer Krise für die gesamte Volkswirtschaft heraufbeschworen.

Dank rechtzeitig ergriffener Maßnahmen, von denen ein gewisser Teil außergewöhnlichen Charakter trug, gelang es der Partei und der Sowjetmacht, diese Gefahr abzuwenden, bis Januar - März das in der ersten Hälfte des Beschaffungsjahres Versäumte aufzuholen und bis zum 1. April die Getreidebeschaffung auf den Stand des Vorjahrs zu bringen, was bei weiterer Erfüllung des Getreidebeschaffungsplanes die Deckung des Bedarfs des Binnenmarktes bis zur nächsten Ernte sichergestellt hätte.

Jedoch durch die Vernichtung der Wintersaat im Süden der Ukraine und in Teilen des Nordkavkasus, die die hauptsächlichsten Getreidelieferanten sind, fielen die Ukraine gänzlich und der Nordkavkasus teilweise als Versorgungsgebiete aus, was nicht nur die Beschaffungsmöglichkeiten des Staats bis zur neuen Ernte um 25 Millionen verminderte, sondern auch noch eine Saatguthilfe für die neue Bestellung erforderlich machte und den Staat vor die Notwendigkeit stellte, die Sommer-Saatguthilfe für die gesamte UdSSR auf 30 Millionen Pud zu erhöhen. Dieser Umstand und der überplanmäßige Mehrverbrauch an Getreide zur Befriedigung des erweiterten Verbraucherkreises nötigte die Beschaffungsorganisationen, die Getreidebeschaffung in anderen Getreidegebieten zu verstärken und die Notreserven der Bauernschaft anzugreifen.

Alles dies schuf die Grundlage für wiederholte Anwendung außergewöhnlicher Maßnahmen und für administrative Willkür in den Beschaffungsgebieten, für die Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit, für die teilweise Anwendung von Methoden der Ablieferungspflicht (Hofbegehungen, Schließung von Märkten, ungesetzliche Haussuchungen usw.) und führte in den Verbrauchergebieten in Verbindung mit einer einschneidenden Kürzung des Versorgungsplans in einer Reihe von Orten zur Bildung von "Schlangen" und der teilweisen Einführung von Brotkarten.

Diese Umstände riefen in einigen Schichten der Bauernschaft Unzufriedenheit hervor, welche sich in einer Reihe Rayons in Protestkundgebungen gegen administrative Willkür äußerte, und sie erleichterten es den kapitalistischen Elementen auf dem Lande, diese Unzufriedenheit gegen die Sowjetmacht auszunutzen, sie ließen die Tätigkeit konterrevolutionärer Elemente zum Teil wieder aufleben und gaben Anlaß zu Gerüchten über die Aufhebung der NÖP. Das Zentralkomitee der Partei unterstrich bei der Anwendung der außerordentlichen Maßnahmen mit aller Entschiedenheit ihren zeitweiligen Charakter, und wenn diese Maßnahmen trotzdem hier und da so ausgelegt wurden, als ergäben sie sich organisch aus den Beschlüssen des XV. Parteitages über die verstärkte Offensive gegen die kapitalistischen Elemente auf dem Lande, so zeugt eine derartige Auslegung nur davon, daß einige Schichten in der Partei noch bis jetzt durch eine der Partei fremde Ideologie beeinflusst werden. Die Partei muß bei ihrer Politik von dem entschiedenen Kampf sowohl gegen jene Elemente ausgehen, die Ausdruck bürgerlicher Tendenzen in unserem Lande sind und den Beschluß des XV. Parteitages, "die Offensive gegen das Kulakentum weiterzuentwickeln", zu umgehen suchen, als auch gegen jene Elemente, die bestrebt sind, den zeitweiligen und außerordentlichen Maßnahmen den Charakter eines ständigen oder auf lange Zeit berechneten Kurses zuzuschreiben, und die dadurch das Bündnis der Arbeiter mit der Hauptmasse der Bauernschaft bedrohen.

Das Plenum des ZK verwirft entschieden das konterrevolutionäre Geschwätz über eine Aufhebung der NÖP sowie die Forderung nach der Aufhebung der Beschränkung der Rechte für das Kulakentum; es lehnt die ganze Linie des Abrückens von den Beschlüssen des XV. Parteitages ab. Es fordert auf, die Offensive gegen das Kulakentum fortzusetzen (keineswegs mit den Methoden der sogenannten "Entkulakisierung") und erklärt, daß die NÖP eine Politik des proletarischen Staates ist, die "uns ökonomisch und politisch voll und ganz die Möglichkeit bietet, das Fundament der sozialistischen Ökonomik zu errichten" (Lenin).¹⁾ Das Plenum des ZK erklärt, daß die Entwicklung sozialistischer Wirtschaftsformen auf der Grundlage der NÖP nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer Verstärkung des Widerstands seitens der kapitalistischen Elemente führt bei gleichzeitiger noch größerer Stärkung der Sowjetmacht und ihrer Massenbasis, was gewisse Schwankungen einiger Bevölkerungsschichten im Falle einer Verschärfung der gesamten Lage nicht ausschließt. Die Grundlage des Klassenkurses der Partei auf dem Lande muß die Politik des Sich-Stützens "auf die Dorf- und Kleinfarm, des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern und der Offensive gegen das Kulakentum" bilden (XV. Parteitag). Wenn die Entwicklung sozialistischer Formen zu einem verstärkten Widerstand der kapitalistischen Elemente führt, so wird der Grad dieses Widerstandes durch Fehler in der Planung und durch Mängel unserer Politik erhöht, und es wird diesen Elementen dadurch ermöglicht, die schwankenden Schichten des Kleinbürgertums in Stadt und Land auf ihre Seite zu ziehen. Darum muß die Aufmerksamkeit der Partei in der bevorstehenden Getreidebeschaffungskampagne darauf konzentriert sein, Maßnahmen durchzuführen, die diese Mängel und Fehler liquidieren und die Notwendigkeit ausschließen, irgendwelche außerordentlichen Maßnahmen anzuwenden.

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Ausgabe, Bd.33, Seite 223 - 224, russ.

Zu diesen Maßnahmen gehören:

1. Die unverzügliche Abschaffung der Praxis der Hofbegehungen, der ungesetzlichen Haussuchungen und jeglicher Verletzungen der revolutionären Gesetzlichkeit.
2. Die sofortige Beseitigung aller und jeder Überbleibsel der Ablieferungspflicht und die Liquidierung jeglicher Versuche, Märkte zu schließen bei gleichzeitiger Anwendung maximal elastischer Formen zur Regulierung des Handels durch die staatlichen Organe.
3. Eine gewisse Erhöhung der Getreidepreise, mit unterschiedlicher Gestaltung nach Rayons und Getreidekulturen.
4. Es darf nicht zugelassen werden, daß sich die Fehler bei der Verteilung von Industriewaren wiederholen. Es ist dafür zu sorgen, daß die Industriewaren rechtzeitig in die Getreidebeschaffungsrayons geliefert werden.
5. Die Politik der Rückerstattung der Kredite und der Erhebung der einheitlichen Landwirtschaftssteuer ist mit den Interessen der Getreidebeschaffung in Einklang zu bringen und ihr rechtzeitiger Eingang zu gewährleisten.
6. Es ist ein unablässiger Kampf gegen das Schwarzbrennen von Schnaps zu führen.
7. Die richtige Organisation der Getreideversorgung. Es darf nicht zugelassen werden, daß mehr verausgabt wird, als im Plan vorgesehen ist; die Verantwortung für die Versorgung derjenigen Verbraucher, die nicht in dem allgemeinen staatlichen Plan erfaßt sind, ist der örtlichen Warenverteilung und den örtlichen Beschaffungsstellen zu übertragen.
8. Die obligatorische Schaffung einer staatlichen Getreidereserve (Brotgetreide und Saatgetreide).

Die beträchtliche Saatguthilfe, welche die Sowjetmacht der Dorfarmut und den Mittelbauern erwiesen hat, sicherte eine bedeutende Erweiterung der Anbaufläche mit Sommergetreide. Dieser Umstand fiel mit den günstigen Aussich-

ten für die Ernte zusammen, die von der Statistischen Zentralverwaltung nach Angaben vom 15. Juni als überdurchschnittlich taxiert wird. All dies muß es uns zusammen mit dem Wachstum der Industrieproduktion und der Reorganisation des Beschaffungsapparats und im Verein mit den obenangeführten Maßnahmen erleichtern, trotz des Mangels an Getreidevorräten zum Manövrieren schon bis zum Herbst ein normales Tempo bei der Getreidebeschaffung zu erreichen.

Die Verwirklichung der Beschlüsse des XV. Parteitages über die weitere Offensive gegen die kapitalistischen Elemente auf dem Lande verpflichtet die Partei und alle Kommunisten, beharrlich und systematisch daran zu arbeiten, daß die politische Aktivität und Organisiertheit der Dorfarmut zunimmt und der Aufschwung ihrer Wirtschaft sich verstärkt.

Das Plenum zweifelt nicht daran, daß die Partei in Ehren aus diesen Schwierigkeiten hervorgehen wird.

Das Plenum ruft alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten dazu auf, alle Kräfte einzusetzen für die erfolgreiche Durchführung der Politik der Partei hinsichtlich der Getreidebeschaffung.

Über die Organisation neuer (Getreide-) Sowjetwirtschaften

(Resolution zum Bericht des Genossen Kalinin, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 11. Juli 1928)

Das Plenum des ZK billigt die Maßnahmen des Politbüros, die getroffen wurden in Erfüllung der Beschlüsse des XV. Parteitages über die Verstärkung des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft durch Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik, durch umfassende Einführung vervollkommener Maschinen und Geräte, durch die Einbeziehung freier Brachflächen in die landwirtschaftliche Nutzung und durch die erhöhte Produktion von Marktgetreide, und

es bestätigt die vom Politbüro gegebene konkrete Direktive "Über die Organisierung neuer großer Sowjetwirtschaften für Getreideproduktion in der RSFSR und der Ukraine während der nächsten 4 - 5 Jahre in Gebieten, in denen die bäuerlichen Bodenparzellen durch die neuen Sowjetgüter nicht angegriffen werden können, mit dem Ziel einer Jahresproduktion dieser Sowjetwirtschaften an Marktgetreide bis zum Ende dieser Frist in Höhe von 100 Millionen Pud".

Das Plenum des ZK schlägt vor, sich in der weiteren Arbeit zur Organisierung neuer Getreide-Sowjetwirtschaften von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen.

1. Es ist notwendig, die für die Organisierung neuer Getreide-Sowjetwirtschaften bestimmten Ländereien sehr sorgfältig auszuwählen und sie in den Rayons mit den günstigsten klimatischen Boden- und Wirtschaftsbedingungen zu planen, um bei einem möglichst geringen Risiko eine maximale Rentabilität dieser Betriebe zu gewährleisten.

2. Die neuen Sowjetwirtschaften sind nach einem solchen Plan und mit der Berechnung aufzubauen, daß sie künftig zu industriellen Zentren werden können, welche die landwirtschaftlichen Produkte der bäuerlichen Bevölkerung aus der Umgebung verarbeiten, sowie zu mächtigen Hebeln für die Vergesellschaftung der bäuerlichen Landwirtschaft (nach dem Beispiel der ukrainischen Sowjetwirtschaft "Schewtschenko").

3. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Geldmittel verfügbar zu machen, die zur Deckung der Ausgaben für die Organisierung der neuen Getreide-Sowjetwirtschaften notwendig sind mit dem Ziel, bis zum Ende der Bauperiode 100 Millionen Pud Warengetreide zu erhalten.

4. Die Gebietskomitees, Gouvernementskomitees und Gewerkschaftsorgane müssen der sorgfältigen Auswahl der leitenden Kader für den Aufbau und die Führung der neuen Getreide-Sowjetwirtschaften allergrößte Aufmerksamkeit widmen, damit diese Arbeit den besten Fachleuten mit großen prak-

tischen Erfahrungen und den energischsten, konsequentesten und sich durch organisatorische Fähigkeiten auszeichnenden führenden politischen Funktionären übertragen wird.

5. Es sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um die neuen Getreide-Sowjetwirtschaften mit einer ausreichenden Menge an totem Inventar und in erster Linie an Traktoren auszurüsten, um die Arbeiten auf dem Wirtschaftshof vollständig und die Feldarbeiten in größtmöglichem Umfang zu mechanisieren.

6. Beim Aufbau der neuen Sowjetwirtschaften ist es notwendig, die im Ausland und in unseren alten Sowjetwirtschaften gesammelten Erfahrungen beim Aufbau der Großlandwirtschaft weitgehend zu berücksichtigen und zu studieren, um die größtmögliche Sparsamkeit in der Verwendung der Mittel zu gewährleisten und die unproduktiven Ausgaben auf ein Minimum herabzusetzen. Die teilweise Heranziehung ausländischer Baufachleute, denen einzelne Bauten auf der Grundlage von Verträgen in Konzession gegeben werden, wird als wünschenswert anerkannt.

7. Die Auflage für das Jahr 1928, die eine für die Lieferung von 5 - 7 Millionen Pud Marktgetreide im Jahre 1929 ausreichende Anbaufläche vorsieht, wird bestätigt.

Über die Verbesserung der Ausbildung neuer Spezialisten

(Resolution zum Bericht des Genossen Molotow, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 12. Juli 1928)

Die von der Partei gestellte Aufgabe, "in historisch verhältnismäßig kurzer Zeit das Niveau der industriellen Entwicklung der führenden kapitalistischen Länder einzuholen und dann zu überholen" (XV. Parteikonferenz) macht es erforderlich, die höchsten Errungenschaften nicht nur unserer, sondern auch der ausländischen Wissenschaft und Technik in möglichst großem Umfang in unsere Produktion einzuführen. Zur Lösung dieser Aufgabe, die unlösbar mit der Umgestaltung der Industrie auf der Grundlage der höchst-

entwickelten Technik und ihrer sozialistischen Rationalisierung zusammenhängt, ist die engste Verbindung von Wissenschaft, Technik und Produktion erforderlich, ist es notwendig, die wissenschaftliche Arbeit entschlossen zur Lösung der vor der Industrie, dem Verkehrswesen und der Landwirtschaft stehenden Aufgaben einzusetzen und diese Wirtschaftszweige ausreichend mit entsprechend ausgebildeten technischen Kräften zu versorgen.

Indessen ist die gegenwärtige Lage unserer Industrie durch folgende Momente gekennzeichnet: durch einen außerordentlich niedrigen Prozentsatz an Ingenieuren und einen noch niedrigeren Prozentsatz an Technikern; durch einen anormal hohen Prozentsatz an "Praktikern" in den technischen Funktionen (39 Prozent); durch einen geringen Zustrom neuer Kader junger Spezialisten sowie durch ihre ungenügende wissenschaftlich-technische Ausbildung; ferner durch einen außerordentlich großen Mangel an Produktionsingenieuren neuen Typs, die imstande sind, die Durchführung der sozialistischen Rationalisierung entsprechend den Besonderheiten der Ökonomik der UdSSR zu gewährleisten. Der Schachty-Prozeß hat besonders deutlich gezeigt, daß zwar die überwiegende Mehrheit der Spezialisten gewissenhaft arbeitet, daß es aber besonders unter den ehemals privilegierten Elementen dieser Kreise bis auf den heutigen Tag direkte Schädlinge und Saboteure der sozialistischen Industrialisierung gibt. Somit hat diese Angelegenheit das Problem der Ausbildung neuer Kader "roter" Spezialisten für die Industrie und das Verkehrswesen für uns noch verschärft.

Trotz einer Reihe von Fortschritten, die in der Arbeit der Technischen Hochschulen zu verzeichnen sind (die grundlegend veränderte soziale Zusammensetzung der Studentenschaft, in der die proletarischen Elemente jetzt die entscheidende Mehrheit bilden, die Vergrößerung ihrer Anzahl und gewisse Verbesserungen in der Regelung des Unterrichts usw.), muß die Ausbildung von Spezialisten im

ganzen gegenwärtig noch als unbefriedigend betrachtet werden. Das System der Ausbildung von Spezialisten ist nicht organisch mit der Industrie verbunden und nicht den Erfordernissen und dem Tempo ihrer Entwicklung angepaßt. Dieses System sichert den jungen Spezialisten nicht die Aneignung der neuesten Errungenschaften unserer und der ausländischen Wissenschaft und Technik. Völlig unzureichend sind die vorhandenen Kader an Lehrern und Professoren, die häufig selbst nicht auf dem Niveau dieser Errungenschaften stehen. Die technische Ausbildung ist gegenwärtig von der Produktion losgelöst. Mit der Produktionspraxis steht es unbefriedigend. Ein schwerwiegender Mangel ist die übermäßig lange Dauer (6 - 8 Jahre) des Studiums an den Technischen Hochschulen und die geringe Zahl der Absolventen. In der Ökonomik der betreffenden Industriezweige werden die Studenten der Technischen Hochschulen in der Regel überhaupt nicht unterrichtet. Auch die gesellschaftlich-politische Erziehung der neuen Spezialistenkader an den Technischen Hochschulen ist unbefriedigend, obgleich die Studentenorganisationen in diesen eine umfangreiche Arbeit leisten. Bei der Ausbildung des mittleren technischen Personals treten die meisten der hier angeführten Mängel noch schärfer in Erscheinung. Überdies wirkt sich hier in weit größerem Maße die ungenügende Zahl der Lehranstalten (der technischen Fachschulen) aus.

Alle diese Mängel hängen mit der allgemeinen technisch-wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes zusammen, ferner damit, daß wir während des Krieges und der Revolution von den großen Errungenschaften der ausländischen Wissenschaft und Technik isoliert waren. Die schweren materiellen Arbeitsbedingungen der Technischen Hochschulen, besonders in den ersten Jahren der Revolution, waren dabei von besonderer Bedeutung. Zugleich widerspiegeln die außerordentlich großen Mängel in der Ausbildung neuer Fachleute die Überbleibsel der alten, nicht mit der Produktion verbundenen höheren technischen Lehranstalt, einen gewissen Konservatismus im Aufbau dieser Ausbildung und

die Tatsache, daß der Entwicklung neuer Methoden in der Ausbildung von Spezialisten nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die mangelhafte Sorge der Wirtschaftsorgane für die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte, insbesondere für die Ausbildung neuer Kader von Ingenieuren und Technikern, führte, um so mehr als ein Perspektivplan für die Entwicklung der Industrie fehlte, dazu, daß die Anzahl der fertig ausgebildeten jungen Ingenieure und Techniker, besonders in bestimmten Produktionszweigen (der Textilindustrie, der Bauindustrie usw.), in offensichtlichen Widerspruch zu den Bedürfnissen der Industrie steht und es erforderlich macht, schnellstens Maßnahmen zur Beseitigung dieses entstandenen Mißverhältnisses zu ergreifen.

Es besteht also eine krasse Disproportion zwischen dem Bedarf an qualifizierten Fachleuten für die in der technischen Umgestaltung begriffene Industrie und für die sich immer mehr entfaltende Großbautätigkeit einerseits und dem Zustand der Ausbildung neuer Spezialistenkader in den bestehenden Technischen Hochschulen und technischen Fachschulen andererseits. Die Beseitigung dieses Widerspruchs erfordert einen entschlossenen Umschwung im Tempo und in den Methoden der gesamten Ausbildung neuer Spezialisten und dementsprechend die Herstellung einer organischen Verbindung der Technischen Hochschulen und technischen Fachschulen mit der Produktion, bei gleichzeitiger wesentlicher Verstärkung ihrer materiellen Basis.

Die grundlegende Verbesserung der Ausbildung neuer Kader von Fachleuten ist nicht nur eine ganz unaufschiebbare Aufgabe des Volkskommissariats für Volksbildung, der Wirtschaftsorgane usw. Die Gewerkschaften müssen ihre Einstellung zu diesem Problem ebenfalls grundlegend ändern und sich aktiv an der Ausbildung "roter" Spezialisten beteiligen. Die Ausbildung neuer Fachleute wird somit zu einer äußerst wichtigen Aufgabe der gesamten Partei.

I. Die Planung der Ausbildung neuer Fachleute

1. Entsprechend dem Perspektivplan für die Entwicklung der Industrie ist der Anteil des ingenieur-technischen Personals in der Großindustrie bis zum Ende des Planjahrfünfts zu verdoppeln. Dabei ist die künftige Befriedigung der noch größeren Bedürfnisse der Industrie im folgenden Planjahrfünft zu gewährleisten.
2. Im Jahre 1928 ist mit der Organisierung einiger Technischer Hochschulen neuen Typs zu beginnen, besonders für Mangelberufe (z.B. für das Baufach usw.), wobei die Ausbildungszeit an ihnen auf drei bis vier Jahre zu reduzieren ist.
3. Das Kontingent und die Zahl der technischen Fachschulen ist zu vergrößern, so daß bis zum Ende des Planjahrfünfts in der Anzahl der Ingenieure und der der Techniker ein Verhältnis von mindestens 2 : 3 erreicht ist.
4. Es ist systematisch Kurs darauf zu nehmen, daß der Prozentsatz wissenschaftlich ausgebildeter technischer Kräfte unter den als Ingenieure eingesetzten Fachleuten wesentlich erhöht wird. Ferner muß für eine erweiterte Umschulung der Praktiker, besonders aus den Reihen der Arbeiter, gesorgt werden.
5. Im Lehrjahr 1928/29 ist mit der Vereinheitlichung des Systems der technischen Ausbildung in der UdSSR zu beginnen.

II. Die Unterrichtsarbeit und ihre Verbindung mit der Produktion

1. Zwecks Verstärkung der organischen und ständigen Verbindung der Unterrichtsarbeit der Technischen Hochschulen und technischen Fachschulen mit der Produktion sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) den Hauptverwaltungen, Direktoraten, Vereinigungen und größten Betrieben sind entsprechende Technische Hochschulen (oder deren Fakultäten und Abteilungen) und technische

Fachschulen zuzuteilen, damit die Wirtschaftsorgane gemeinsam mit den Gewerkschaftsorganen entscheidenden Einfluß auf den Unterricht nehmen.

b) Es ist ein Produktionspraktikum von mindestens 10 Monaten festzusetzen, wobei die ununterbrochene Arbeit der Praktikanten im Betrieb das ganze Jahr über gewährleistet und die Verantwortung für ihre Anleitung den entsprechenden Wirtschaftsorganen in Übereinstimmung mit den Technischen Hochschulen übertragen werden muß (Volkskommissariat für Volksbildung);

c) das System der Einstellung auf Probezeit ist durch die für die Wirtschaftsorgane obligatorische Einsetzung von Absolventen der Technischen Hochschulen und technischen Fachschulen zu ständiger Arbeit zu ersetzen. Einsparungen in den Betrieben durch Verringerung des ingenieurtechnischen Personals sind nicht zulässig. Für das ingenieurtechnische Personal in den Betrieben, besonders in den entfernt gelegenen Rayons, sind günstigere Bedingungen zu schaffen;

d) die wissenschaftlichen Forschungsinstitute und die Laboratorien der Wirtschaftsorgane sind für die Unterrichtsarbeit der Technischen Hochschulen und technischen Fachschulen auszunutzen und die letzteren für die Bearbeitung technischer Aufgaben der Wirtschaftsorgane;

e) die Zahl der Studienreisen junger Spezialisten ins Ausland ist zu erhöhen (in diesem Jahr auf mindestens 250 Personen).

2. Zwecks Ausbildung von Fachleuten, die wirklich auf dem Niveau der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik stehen und die aktive Teilnahme an der Durchführung der sozialistischen Rationalisierung gewährleisten; sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) Die Lehrpläne und -programme sind unter Beteiligung der entsprechenden Wirtschaftsorgane und Gewerkschaften ständig zu überprüfen.

b) Die Zahl der Lehrer und Professoren, die ausschließlich wissenschaftlich arbeiten und unterrichten und dabei systematisch ihre wissenschaftliche Qualifikation erhöhen, ist bedeutend zu erweitern. Zugleich ist für die Drucklegung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten, für Studienreisen ins Ausland usw. zu sorgen.

c) Die Zahl der jungen Wissenschaftler (Aspiranten) ist in kürzester Frist zu erhöhen. Ihre Auswahl und ihre Anleitung bei der wissenschaftlichen Arbeit sowie ihre materielle Lage sind von Grund auf zu verbessern.

d) Für die in den Betrieben tätigen Ingenieure und Techniker müssen größere Möglichkeiten zur Erhöhung ihrer fachlichen Qualifikation und zum Studium der neuesten Errungenschaften unserer und der ausländischen Produktion geschaffen werden.

e) Es sind bekannte ausländische Spezialisten zum Lesen von Lektionen heranzuziehen und systematisch Übersetzungen der grundlegenden ausländischen Lehrbücher auf dem Gebiet der Technik herauszugeben.

f) Die Ausrüstung ist zu erneuern und zu ergänzen, die Lehrbücher sind zu verbilligen, weiterhin ist die systematische Versorgung der Bibliotheken mit der neuesten technischen Literatur, insbesondere durch verstärkte Einführung von Ausrüstungen und Literatur aus dem Ausland, zu gewährleisten.

g) Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zeitschriften und die Herausgabe wissenschaftlicher Arbeiten der wissenschaftlichen Forschungsinstitute ist zu gewährleisten.

h) Die Studenten der Technischen Hochschulen müssen verpflichtet werden, mindestens eine Fremdsprache zu erlernen.

3. Der Besuch der Technischen Hochschulen ist auf 5 - 6 Jahre, bei einer Ausbildungszeit von 4 - 5 Jahren, zu beschränken.

4. Als Leiter von Technischen Hochschulen sollen bedeutende kommunistische Wirtschaftler sowie Spezialisten eingesetzt werden, die aktiv am sozialistischen Aufbau mitarbeiten. Sie müssen für die Arbeit an der Technischen Hochschule unbedingt von jeder anderen Tätigkeit freigestellt werden.

5. Um möglichst schnell neue Fachleute auszubilden und Erfahrungen zu sammeln, wie die technische Ausbildung der Industrie angepaßt werden muß, sind 6 Technische Hochschulen und 5 technische Fachschulen der Leitung des Obersten Volkswirtschaftsrats der UdSSR und 2 Technische Hochschulen der Leitung des Volkskommissariats für das Verkehrswesen zu unterstellen. Es ist zu gewährleisten, daß die Gewerkschaften aktiv an der Leitung dieser Hochschulen teilnehmen und das Volkskommissariat für Volksbildung die lehrplanmäßige und methodische Leitung ausübt. Die materielle Lage der Technischen Hochschulen, sowohl derer, die beim Volkskommissariat für Volksbildung verbleiben, als auch derer, die an den Obersten Volkswirtschaftsrat und das Volkskommissariat für das Verkehrswesen übergeben werden, muß gleich bleiben. Die Professoren der Technischen Hochschulen, welche an den Obersten Volkswirtschaftsrat übergeben werden, sind in Übereinstimmung mit dem Volkskommissariat für Volksbildung zu ernennen.

6. Die Entwicklung solcher neuen Typen von Technischen Hochschulen und Fachschulen, die in verkürzter Frist Ingenieure und Techniker mit gutem Wissen auf einem enger begrenzten Spezialgebiet und mit bedeutender Produktionspraxis ausbilden können, ist zu unterstützen.

7. Das Produktionspraktikum in der Gesamtausbildung von Spezialisten ist mit allen Mitteln zu verbessern, zugleich aber ist für eine weitere Hebung des Niveaus ihrer wissenschaftlich-technischen Ausbildung zu sorgen. Es ist Pflicht des Volkskommissariats für Volksbildung, systematisch auf das richtige Verhältnis zwischen Produktionsausbildung und theoretischem Unterricht zu achten sowie

dafür zu sorgen, daß sie so miteinander verbunden werden, daß das Produktionspraktikum die erworbenen theoretischen Kenntnisse festigt und es ermöglicht, sie sofort in der lebendigen Praxis anzuwenden.

III. Über die gesellschaftlich-politische Erziehung der Studenten

1. Die Studentenorganisationen müssen ihre Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlich-politische Erziehung der Studentmassen und auf die Schaffung der Voraussetzungen für die Hebung der fachlichen Qualifikation der Studenten konzentrieren. Dabei sollen sie die breiten Massen der parteilosen Studenten (besonders ihren proletarischen Teil) zu ihrer gesamten Arbeit heranziehen. Die Anleitung der Studentenorganisationen durch die Gewerkschaften ist zu verstärken; außerdem sind Maßnahmen zur Vereinfachung ihrer organisatorischen Struktur zu ergreifen.

2. Die administrativen Funktionen (Verteilung der Stipendien, Anleitung des Produktionspraktikums usw.) müssen wirklich auf die Leitungen der Technischen Hochschulen übergehen, welche von den Studentenorganisationen in jeder Weise in ihrer Arbeit unterstützt werden müssen.

3. Die Arbeit der wissenschaftlich-technischen Zirkel ist in jeder Weise zu beleben, indem sie mit den praktischen Aufgaben der sozialistischen Rationalisierung verbunden und vertraut gemacht werden. Studenten, die aktiv in den Zirkeln mitarbeiten, darunter auch die Kommunisten, sind von gesellschaftlicher Arbeit zu befreien.

4. Zwecks erfolgreicher und schnellerer Absolvierung des Studiums sind die Studenten des ersten und des letzten Studienjahres von jeder gesellschaftlichen Arbeit, außer dem Besuch der allgemeinen Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, zu befreien.

5. Die Heranziehung der Studenten zu Arbeiten außerhalb der Technischen Hochschulen, nach Möglichkeit in Betrie-

ben, die ihrem Fachgebiet entsprechen, zur Arbeit in Produktionsberatungen usw. ist zu erweitern. Weiter sollen die Studenten stärker zur Arbeit in den Organen der Arbeiter- und Bauerninspektionen herangezogen werden. Diese gesamte Arbeit darf die Teilnahme am Unterricht nicht stören.

6. Der Unterricht in Politökonomie ist auf das erforderliche Niveau zu bringen. Die Zahl der allgemeinen Kurse in Gesellschaftswissenschaften muß eingeschränkt und der Unterricht in der konkreten Ökonomik des betreffenden Industriezweiges eingeführt werden. Es ist eine Gruppe von wissenschaftlich qualifizierten Marxisten zu mobilisieren, welche Lehrmaterialien für die Kurse über die konkrete Ökonomik der einzelnen Industriezweige abfaßt und zusammenstellt.

IV. Die Komplettierung der Technischen Hochschulen und technischen Fachschulen

1. Es ist für weitere Vergrößerung des Arbeiterkerns in den Technischen Hochschulen und Fachschulen zu sorgen, so daß im Jahre 1928 mindestens 65 Prozent aller an den Technischen Hochschulen eingeschriebenen Studenten Arbeiter sind. Um Arbeiter und ihre Kinder auf den Eintritt in die Technischen Hochschulen vorzubereiten, sind bei den Technischen Hochschulen entsprechende Kurse zu organisieren.

2. Im Laufe der nächsten zwei Jahre sind über das bestehende Kontingent hinaus mindestens 3000 Arbeiter in die Arbeiterfakultäten (Tagesfakultäten) aufzunehmen. Die Zahl der Arbeiter-Abend-Fakultäten ist bedeutend zu vergrößern und dabei zu gewährleisten, daß sie sich zu einem möglichst hohen Prozentsatz aus Produktionsarbeitern zusammensetzen.

3. Es muß erreicht werden, daß die Absolventen der Schulen der zweiten Stufe die Reife für den Eintritt in die Hochschulen besitzen. In den Arbeiterrayons muß man darauf achten,

die Zahl der sieben- und neunklassigen Schulen (in der Ukrainischen SSR der Berufsschulen) zu vergrößern. Dabei sind bessere materielle Bedingungen für sie zu schaffen und dafür zu sorgen, daß vornehmlich Kinder von Arbeitern in sie aufgenommen werden.

4. In diesem Jahr sind mindestens 1000 Kommunisten, die eine gründliche Schule der Partei-, Sowjet- oder Gewerkschaftsarbeit hinter sich haben, in die Technischen Hochschulen zu entsenden. Die entsprechenden materiellen Bedingungen für sie sind sicherzustellen. Diese Maßnahme ist in jedem der nächsten Jahre durchzuführen.

V. Die Aufteilung der Absolventen

1. Die Aufteilung der Absolventen der Technischen Hochschulen und Fachschulen muß über die entsprechenden Volkskommissariate für Wirtschaft unter Mitarbeit der Gewerkschaften, des Volkskommissariats für Arbeit und des Volkskommissariats für Volksbildung vorgenommen werden, und zwar auf der Grundlage eines allgemeinen Verteilungsplanes, der vom Volkskommissariat für Arbeit ausgearbeitet wird.

2. Für jeden Absolventen einer Technischen Hochschule oder einer Fachschule ist eine obligatorische dreijährige Arbeit in der Produktion nach Weisung des Wirtschaftsorgans festzusetzen.

3. In den Wirtschaftsorganen (Oberster Volkswirtschaftsrat, Volkskommissariat für Verkehrswesen, Volkskommissariat für das Post- und Fernmeldewesen, Hauptverwaltungen, Direktoraten und großen Trusts) muß die Auswahl der Spezialisten, die Kontrolle über ihre Ausbildung, ihre Beförderung und ihren Einsatz zur wichtigsten Arbeit eines Mitgliedes der Leitung (des Kollegiums) des Wirtschaftsorgans unter Leitung der Partei werden.

VI. Die Finanzierung der technischen Ausbildung und die materielle Lage der Studenten

Die Beschlüsse des Politbüros, die eine wesentliche Er-

Plenum des ZK der KPdSU(B)

16. - 24. November 1928

- 151 -

höhung der Finanzierung der technischen Ausbildung und eine Verbesserung der materiellen Lage der Studenten (Stipendien, Wohnbedingungen und ärztliche Hilfe) gewährleisten, werden gebilligt.

Das Plenum erkennt an, daß die Finanzierung von Neubauten für die Technischen Hochschulen und mittleren technischen Fachschulen (Bau neuer Technischer Hochschulen und Erweiterung der gegenwärtig bestehenden, Bau von Laboratorien usw.) der Finanzierung von Großbauten auf dem Gebiet der Volkswirtschaft angeglichen werden muß, wobei ein bedeutender Teil der hierfür erforderlichen Aufwendungen auf den die ganze Union betreffenden Teil des Unions-Haushaltplans zu übertragen ist.

+ +
+

Die hier gefaßten Beschlüsse ergeben sich daraus, daß die Ausbildung neuer Spezialistenkader für die Industrie im gegenwärtigen Moment als besonders wichtig erkannt wird. Dabei betont das ZK, daß die Verbesserung der Ausbildung "roter" Spezialisten für alle Zweige des staatlichen Aufbaus in der Richtung des vorliegenden Beschlusses zu unseren erstrangigen Aufgaben gehört.

"Prawda", Nr. 161, 13. Juli 1928

Informatorische Mitteilung

Vom 16. - 24. November dieses Jahres tagte das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) unter Beteiligung der Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission und der Zentralen Revisionskommission.

Das Plenum erörterte folgende Fragen: 1. Die Kontrollziffern der Volkswirtschaft für 1928/29; 2. Die ersten Ergebnisse und die weitere Durchführung des Sieben-Studentages; 3. Die Werbung von Arbeitern und die Regulierung des Wachstums der Partei; 4. Das Referat des Landeskomitees des nordkavkasus über die Arbeit auf dem Lande und Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft.

Im folgenden werden die vom Plenum angenommenen Resolutionen wiedergegeben.

Resolutionen des Plenums

Über die Kontrollziffern der Volkswirtschaft für das Jahr 1928/29

(Resolutionen, einstimmig angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 24. November 1928)

1. Die Schlußbilanz des abgelaufenen Wirtschaftsjahres zeugt von großen Errungenschaften der Arbeiterklasse, der Sowjetmacht und der Partei. Die Produktion der staatlichen Großindustrie erhöhte sich um 22,5 Prozent (gegenüber 18,2 Prozent im Vorjahr und 15,8 Prozent der Kontrollziffern des Plans). Der prozentuale Anteil der vergesellschafteten Grundmittel erhöhte sich auf 52,4 Prozent (gegenüber 51,4 Prozent im Vorjahr), die Investitionen im vergesellschafteten Sektor betragen 54,6 Prozent (gegenüber 45,7 Prozent im vergangenen Wirtschaftsjahr). Dem-

entsprechend vergrößerte sich die zahlenmäßige Stärke des Proletariats, erhöhte sich sein Anteil am Nationaleinkommen und wurde die materielle Basis geschaffen für die weitere Festigung seiner Klassenpositionen. Die ersten bedeutenden Fortschritte in Richtung auf die Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion trugen dazu bei, die Positionen des Sozialismus zu festigen: Die Anbauflächen der Kollektivwirtschaften vergrößerten sich von 0,87 Millionen ha auf 1,70 Millionen ha, die Anbauflächen der Sowjetwirtschaften von 1,26 Millionen ha auf 1,30 Millionen ha. Die Bruttoproduktion der Kollektivwirtschaften stieg entsprechend von 103 Millionen Rubel (Tscherwonez-Rubel) auf 189, die der Sowjetwirtschaften von 195 auf 206 Millionen Rubel. Gleichzeitig wurde, gemäß den Beschlüssen des vorigen Plenums, die Organisation neuer großer Getreide-Sowjetwirtschaften in Angriff genommen.

2. Die grundlegende Aufgabe der Partei, ihre Generallinie, ist der Kurs auf die weitere Industrialisierung des Landes, auf ein nach Möglichkeit noch schnelleres Wachstum des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft, auf die Vergesellschaftung der Bauernschaft, auf das Wachstum der kollektiven Formen der landwirtschaftlichen Produktion (Kollektivwirtschaften, Sowjetwirtschaften) usw. Die Entwicklung des Eisenhüttenwesens, des Maschinenbaus, des Aufbaus von Kraftwerken, der chemischen Industrie, die größtmögliche Industrialisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, die systematische Erhöhung des prozentualen Anteils der Produktion von Produktionsmitteln, all dies ist die unbedingte Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Landes, darunter auch der Landwirtschaft, und machen es besonders notwendig, den gesamten Produktionsprozeß immer mehr zu rationalisieren, in steigendem Maße die Wissenschaft anzuwenden und die Erfahrungen und das akkumulierte Wissen Westeuropas und Amerikas möglichst umfassend auszuwerten. Auf der Basis der Heranziehung der

breiten Massen zum sozialistischen Aufbau, der Hebung ihres materiellen Wohlstands, der systematischen Durchführung des Sieben-Studentags, auf der Basis der sich verbessernden Arbeit der technischen Kader und der innigeren Verflechtung und Verknüpfung von Wissenschaft, Technik, Wirtschaftsverwaltung und der Praxis der Wirtschaft überhaupt muß die Partei fest und entschlossen den Kurs auf die Industrialisierung des Landes weiterverfolgen.

Die internationale Lage, die außerordentlich großen technischen Erfolge der kapitalistischen Staaten, die Kriegsgefahr usw. machen die Lösung dieser Aufgaben unaufschiebbar. In Anbetracht der Notwendigkeit, die kapitalistischen Länder in technisch-ökonomischer Beziehung einzuholen und zu überholen, weist das Plenum des ZK darauf hin, daß die Lösung dieser Aufgaben nur bei einem hohen Entwicklungstempo der Industrie und der Industrialisierung des Landes überhaupt sowie bei stärkster Mobilisierung der Partei und der Arbeiter- und Bauernmassen möglich ist.

3. Die gewaltigen Errungenschaften des Sozialismus im verflossenen Wirtschaftsjahr waren jedoch von außerordentlich großen Schwierigkeiten und Krisenerscheinungen begleitet, die durch die Kräfte der Partei und der Arbeiterklasse um jeden Preis überwunden werden müssen. Diese Gefahren wurzeln letzten Endes in der überaus großen Rückständigkeit und dem langsamen Entwicklungstempo der Landwirtschaft überhaupt und insbesondere ihres Getreidesektors. Indessen birgt, wie schon das Juliplenum des ZK feststellte, das äußerst niedrige Niveau der Landwirtschaft, insbesondere der Getreide produzierenden Zweige die Gefahr in sich, "...daß zwischen der sozialistischen Stadt und dem kleinbäuerlichen Dorf eine Kluft entsteht und daß somit die Hauptbedingung für die sozialistische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft verletzt wird..."¹⁾ Das

1) Siehe vorliegenden Band, S.130/131

Getreideproblem, der große Mangel an Eisenmetallen und Baumaterial, der Warenhunger überhaupt, das Problem der Reserven, das starke Zurückbleiben des Exports, hauptsächlich infolge des ausfallenden Getreideexports, und folglich das Zurückbleiben des Imports und schließlich das Problem der Währungsstabilisierung sind die Hauptabschnitte der Wirtschaftsfront, die besondere Aufmerksamkeit erfordern.

4. Unter diesen Wirtschaftsfragen ist die Frage der Landwirtschaft die zentrale Frage. Die Getreidewirtschaft zeigt ein bedeutendes Zurückbleiben hinter den Planzielen. Der Bruttoertrag aller Getreidekulturen im Jahre 1926/27 betrug 4747 Millionen Pud, 1927/28 4464 Millionen Pud und 1928/29 4535 Millionen Pud, der Bruttoertrag der Brotgetreidekulturen (Roggen und Weizen) betrug jedoch 1928/29 infolge des Ausfalls der Wintersaat in der Ukraine und im Nordkaukasus 200 Millionen Pud weniger als im Vorjahr. Die Dynamik der zentralisierten Getreidebeschaffung zeigt gleichfalls einen Rückgang: 1926/27 662 Millionen Pud (davon Export 152 Millionen Pud) und 1927/28 627 Millionen Pud (bei fast völligem Ausfall des Brotgetreideexports).

Alle diese Prozesse in der Getreidewirtschaft vollziehen sich unter folgenden Bedingungen: Die Anbaufläche der Getreidekulturen beträgt im Jahre 1928 immer noch 90,1 Prozent des Vorkriegsstandes, die Bruttogetreideproduktion etwa 80 Prozent, davon Marktgetreide 56 Prozent (für die UdSSR), bei einer jährlichen Bevölkerungszunahme in der Sowjetunion von 2,3 Prozent, in den Städten von 4 Prozent und bei einer Erhöhung der Verbrauchsnormen pro Kopf der Bevölkerung, besonders auf dem Lande.

In einem anderen sehr wichtigen Zweig der Landwirtschaft, in der Viehzucht, ist eine Verlangsamung des Wachstumstempos zu beobachten: Die Gesamtzahl des Viehs der Bauernwirtschaften zeigt, umgerechnet auf Rinder, in Prozenten im Vergleich zum Vorjahr folgende Bewegung: 1926/27

106,5 Prozent, 1927/28 104,9 Prozent, 1928/29 102,3 Prozent. In einer Reihe von Rayons, die Vieh für den Markt liefern (Ural, Wjatka, Nordöstlicher Rayon) ist ein Stillstand im Wachstum der bäuerlichen Herden zu verzeichnen. Insbesondere muß der mit der außerordentlichen Zersplitterung der Milchwirtschaft zusammenhängende starke Rückgang der Warenproduktion der Butter erzeugenden Wirtschaften hervorgehoben werden. Aus alledem ergibt sich die Aufgabe, die Vergenossenschaftung der Bauernwirtschaften auf dem Gebiet der Produktion zu intensivieren und die Sowjetwirtschaften zur Entwicklung der Großviehwirtschaft auszunutzen.

Auf dem Gebiet der gewerblichen Nutzpflanzen ist zweifellos ein bedeutendes Wachstum zu beobachten: Die Bruttoproduktion an gewerblichen Nutzpflanzen stieg von 874 Rubel im Jahre 1925/26 (in Preisen des Jahres 1926/27) und 756 Millionen Rubel im Jahre 1926/27 auf 901 Millionen Rubel 1927/28. Die mit gewerblichen Nutzpflanzen bestellten Anbauflächen übersteigen gegenwärtig um 58,5 Prozent den Vorkriegsstand. Trotz dieses Wachstums spielen die gewerblichen Nutzpflanzen in der gesamten Landwirtschaft eine viel zu geringe Rolle, und hinsichtlich des Bedarfs der Industrie herrscht noch ein empfindlicher Mangel, woraus sich die Aufgabe ergibt, den Anbau von gewerblichen Nutzpflanzen verstärkt zu entwickeln.

Man muß dabei jedoch im Auge behalten, daß die Getreidewirtschaft der Hauptbestandteil der gesamten Landwirtschaft ist. Darum sind die Kennziffern der Getreidewirtschaft entscheidend für die gesamte Landwirtschaft, und das außerordentliche Zurückbleiben ihrer Entwicklung, besonders das Zurückbleiben der Getreidewirtschaft, droht die sozialistische Industrialisierung des Landes zum Scheitern zu bringen.

Abgesehen davon machten sich im Verlauf der letzten Jahre in der Landwirtschaft eine Reihe positiver Momente der Rekonstruktion bemerkbar. Es steigt die Prozentzahl der

Feldbestellung auf Winterfurche, die 1926 29,1 Prozent und 1927 32,1 Prozent betrug.

Ebenso vergrößerte sich die Anbaufläche, auf der Vielfelderwirtschaft betrieben wird, sie betrug 1925 3 664 000 ha und vergrößerte sich 1927 auf 9 429 000 ha. Eine bedeutende Erweiterung erfährt die Anbaufläche und folglich auch das wirtschaftliche Gewicht der Wirtschaften der Kleinbauern und der wirtschaftlich schwächeren Mittelbauern. Eine merkliche Rolle in der Warenproduktion der Landwirtschaft beginnt auch ihr vergesellschafteter Sektor zu spielen. Die Versorgung der Landwirtschaft mit Zugvieh und landwirtschaftlichen Maschinen verbessert sich. Auf 100 ha entfielen im Jahre 1926/27 25,6 Stück Zugvieh und 1928/29 27,4 Stück. Auf 100 ha entfielen im Jahre 1926/27 landwirtschaftliche Maschinen im Wert von 990 Rubel und 1928/29 von 1.194 Rubel. Die Herstellung von Landmaschinen erhöhte sich von 93 Millionen Rubel im Jahre 1926/27 auf 190 Millionen Rubel 1928/29 in Vorkriegspreisen und beträgt mehr als 280 Prozent der Vorkriegsproduktion des Landmaschinenbaus.

Aus diesem Grunde erachtet das Plenum die Behauptung (Frumkins), daß die Landwirtschaft und besonders die Getreidewirtschaft bei uns einen Prozeß des Niedergangs durchmache, als völlig unbegründet.

Jedoch trotz aller dieser positiven Prozesse sind die ungünstigen Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft derart stark, daß wir den Plan zur Getreidebeschaffung und Getreideversorgung für 1928/29 nur mit äußerster Anstrengung verwirklichen werden können. Dieser Rückgang des Ertrags ist dadurch hervorgerufen, daß bei einem allgemein verlangsamten Wachstum der Getreideanbauflächen während der beiden letzten Jahre die Wintersaat 1928/29 auf einer Fläche von 5 Millionen ha ausfiel, von denen jedoch dank der rechtzeitigen und höchst energischen Hilfe des Staates mehr als 3 Millionen ha wieder neu bestellt wurden. Außerdem wurden die südlichen Rayons der Ukraine

und des Nordkavkasus, wo die Wintersaat vernichtet worden war, im Juli auch noch von einer Dürre heimgesucht.

5. Der befriedigende Verlauf der Getreidebeschaffung im ersten Quartal berechtigt zu der Annahme, daß der festgelegte Jahresplan der zentralisierten Getreidebeschaffung voll erfüllt wird. Das ZK verpflichtet alle örtlichen Organisationen, die Aufmerksamkeit für die Getreidebeschaffung nicht nur nicht zu vermindern, sondern zu verstärken, um die Getreideversorgung des Landes zu verbessern und nach Möglichkeit die Bildung von Saatgutfonds zu gewährleisten, welche notwendig sind, um die Dorfarmut und die wirtschaftlich schwächeren Mittelbauern im Frühjahr zu unterstützen.

Das Plenum des ZK betont, daß die Lebensmittelbilanz des Landes aufs höchste gespannt ist, und ruft die Partei auf, den Ablauf der Getreidebeschaffungen mit größter Wachsamkeit zu verfolgen, mit äußerster Beharrlichkeit für Sparsamkeit in der Ausgabe von Getreide und gegen jede Vergeudung unserer Getreidevorräte zu kämpfen; zugleich weist das Plenum auf die ungeheure prinzipielle politische Bedeutung der Tatsache hin, daß es der Partei und der Sowjetmacht gelungen ist, die außerordentlichen Maßnahmen bei der Getreidebeschaffung ziemlich rasch durch normale Methoden zu ersetzen.

Das Plenum des ZK konstatiert, daß die vom Juliplenium beschlossenen Maßnahmen, insbesondere die Erhöhung der Getreidepreise, sich durchaus bewährt und die Voraussetzungen geschaffen haben nicht nur für eine befriedigende Entwicklung der jetzigen Getreidebeschaffungskampagne, sondern auch für den schnelleren Aufschwung der Bauernwirtschaft. Das Plenum weist alle Parteiorganisationen darauf hin, daß der weitere erfolgreiche Ablauf der Getreidebeschaffung nur möglich ist, wenn die gesamte Partei und besonders die unteren Parteiorganisationen auf dem Lande dieser Angelegenheit große Aufmerksamkeit widmen, wenn unter der Hauptmasse der Bauernschaft in Zusammenhang mit

der Getreidebeschaffung eine umfangreiche politische Arbeit entfaltet und die aktive Unterstützung der Getreidebeschaffung durch die Dorfarmut und die Sowjet- und Genossenschaftsaktivs organisiert wird und wenn auf diese Weise alle Versuche der kulakischen Oberschicht durchkreuzt werden, für eine Zurückhaltung des Getreides zu agitieren.

Die angespannte Lebensmittel- und Rohstoffbilanz des Landes macht es zu einer der wichtigsten und dringlichsten Aufgaben des Wirtschaftsplans, im Jahre 1929 die Erweiterung der Anbauflächen um 7 Prozent und eine Steigerung der Ernteerträge um 3 Prozent zu erreichen.

Das Plenum des ZK lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder auf diese besonders wichtige Direktive und auf die Notwendigkeit, alle Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung aufs energischste durchzuführen.

Zu diesen Maßnahmen gehören die bedeutend stärkere Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, eine erheblich gesteigerte Finanzierung agronomischer Maßnahmen verschiedener Art, die Forcierung der Arbeiten zur rationellen Bewirtschaftung der Anbauflächen, die für das Jahr 1928/29 vorgesehen sind. Neben allen diesen Maßnahmen aber ist von besonderer und wesentlicher Bedeutung die neue Methode der engeren Verbindung mit der Ökonomik des Dorfes und der Einwirkung auf diese vermittels des Kontraktsystems, für das in diesem Jahr Aufwendungen bis zu 300 Millionen Rubel veranschlagt sind.

Das Plenum des ZK unterstreicht besonders die Notwendigkeit, im Steppengürtel (Ukraine, Nordkaukasus), der beträchtliche Frost- und Dürreschäden erlitt, die Getreidewirtschaft weiterzuführen und nach Möglichkeit zu entwickeln, und erteilt dem Politbüro den Auftrag, die erforderlichen Maßnahmen in den Plänen für 1928/29 festzulegen.

6. Die Landwirtschaft ist die Basis der Industrie, und ihr Wachstum bedeutet zugleich Erweiterung der Lebensmittel-

und Rohstoffbasis für die Industrialisierung. Ein langanhaltendes Wachstum der Industrie ist aber ohne ein entsprechendes Wachstum der Landwirtschaft objektiv unmöglich.

Die Planziele werden von der Industrie übererfüllt, in der Landwirtschaft dagegen werden sie nicht erreicht, die Getreidewirtschaft bleibt besonders weit hinter dem Plan zurück. Arbeitsausfälle in der Textilindustrie (wegen Mangel an Flachs und Baumwolle, die wegen des ausgefallenen Getreideexports nicht eingeführt werden konnten), Erscheinungen einer gewissen Desorganisation in einer Reihe anderer Zweige (Anstehen nach Lebensmitteln, schlechte Brotversorgung usw.), die Nichteinhaltung der Exportpläne, die für die Industrialisierung von ungeheurer Bedeutung sind - alle diese negativen Symptome sind ein konkreter Ausdruck jener Schwierigkeiten, die wir infolge der Rückständigkeit der Landwirtschaft bei der Industrialisierung zu überwinden haben. Die Gefahr einer weiteren Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Industrie und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Basis ist die Hauptgefahr des gegenwärtigen Zeitpunkts. Das außerordentliche Zurückbleiben des Wachstums der Landwirtschaft ist verursacht durch ihre jahrhundertalte Rückständigkeit, durch ihre Zersplitterung, durch das überaus niedrige technische Niveau sowie durch eine Reihe vornehmlich konjunkturbedingter Momente. Bereits durch den Beschluß des Juliplenums wurden die konjunkturbedingten Momente, die ein hinreichend schnelles Wachstum der Landwirtschaft behinderten, in erheblichem Maße beseitigt (Erhöhung der Getreidepreise, Aufhebung der außerordentlichen Maßnahmen, die verstärkte Warenversorgung der Dörfer, Saatguthilfe für die Bauernschaft usw.).

Zugleich wird 1928/29 der erste Fortschritt bei der Beseitigung der strukturellen Grundursachen für das Zurückbleiben der Landwirtschaft erzielt, und zwar durch die Vergenossenschaftung großer Massen individueller Bauernwirtschaften, durch die Steigerung der Erträge, durch den allmählichen Zusammenschluß der zersplitterten Bauernwirt-

schaften zu vereinigten Großwirtschaften auf einer höheren technischen Grundlage, durch die Festigung der bestehenden und durch die Entwicklung neuer Sowjetwirtschaften usw.

Die Gefahr, daß sich die Kluft zwischen der Entwicklung der Industrie und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Basis erweitert, erfordert darum doppelte Aufmerksamkeit, weil dies vom Standpunkt der Klassenbeziehungen aus betrachtet das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Hauptmasse der Bauernschaft gefährdet.

Die auftretenden Schwierigkeiten hängen mit der Verschärfung des Klassenkampfes in der Stadt und besonders auf dem Lande zusammen, mit dem wachsenden Widerstand der kapitalistischen Elemente im Lande, insbesondere des unter den Bedingungen der NÖP gewachsenen Kulakentums, gegen die sozialistische Offensive. Eine unbedingte Voraussetzung für die Erfolge der Partei auf dem Lande ist die strenge Einhaltung der Klassenlinie auf allen Arbeitsgebieten. Verwirklichung, gestützt auf die Dorfarmut, des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern und die weitere Verstärkung der Offensive gegen die Kulaken sind die unabänderliche Grundlage der Politik der Partei. Insbesondere ist es erforderlich, die Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung der Dorfarmut zu gewährleisten, wie sie von Partei und Regierung festgelegt wurden.

Somit rückt also die Frage der Beziehungen des Proletariats zum Mittelbauern und der Kleinbauernschaft unter den neuen Bedingungen auch von einer anderen Seite her für die Partei in den Vordergrund. Gegenwärtig sind für die Arbeiterklasse die Möglichkeiten gewaltig gewachsen, revolutionierend sowohl auf die Technik der landwirtschaftlichen Produktion als auch auf die Rekonstruktion der ökonomischen Verhältnisse im Dorf einzuwirken mit dem Ziel, diese zu vergesellschaften.

Diese revolutionierende Einwirkung auf die Landwirtschaft ist dem Proletariat nur möglich bei einem schnellen Ent-

wicklungstempo der Industrie und der weiteren Verstärkung der führenden und umgestaltenden Rolle der sozialistischen Industrie. In dieser Beziehung sind die Schwerindustrie und die Produktion von Produktionsmitteln der wichtigste Faktor für die sozialistische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft, die Landwirtschaft eingeschlossen. Gerade die Produktion von Produktionsmitteln und die Entwicklung der Schwerindustrie sind der Ausgangspunkt für die Industrialisierung des Landes.

7. Der Kurs auf die Industrialisierung des Landes ist konsequent beizubehalten und die durch Regierungsbeschlüsse festgelegte Erhöhung der Investitionen in diesem Jahr ist zu gewährleisten, aber zugleich ist es erforderlich, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Landwirtschaft überhaupt und insbesondere die Getreidewirtschaft, speziell die Produktion von Brotgetreide, anzukurbeln und die Produktivkräfte des Dorfes, bei zunehmender Einschränkung seiner ausbeuterischen, kapitalistischen Elemente, maximal zu entwickeln. Dazu sind Sowjetwirtschaften zu errichten, die kollektiven Formen der Landwirtschaft zu fördern und mit allen Mitteln zu unterstützen (Kollektivwirtschaften, Kommunen, Artels usw.); die wirtschaftlichen Anreize für die Massen der armen und Mittelbauern sind in jeder Weise zu verstärken.

Das Plenum des ZK unterstreicht, daß hinsichtlich der Stimulierung des Wachstums der individuellen Bauernwirtschaften durch die Partei- und Sowjetorgane bei weitem nicht alle Maßnahmen ergriffen wurden, die einen wesentlichen Aufschwung der Hauptmasse der Bauernwirtschaften gewährleisten können.

Zugleich stellt das Plenum des ZK fest, daß trotz der ersten Erfolge bei der Errichtung von Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften die Erfolge auf diesem Gebiet noch offenkundig ungenügend sind. Neben der verstärkten Errichtung neuer und der Verbesserung der vorhandenen Sowjetwirtschaften ist es erforderlich, ein weiteres sowohl quanti-

tatives als auch qualitatives Wachstum der Kollektivwirtschaften zu erreichen. Das Plenum des ZK billigt die in den Kontrollziffern vorgesehenen Maßnahmen zur verstärkten Unterstützung des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft.

Die Anforderungen, die das kolossale Wachstum der Industrie und der Städte an die Landwirtschaft stellt, können nur dann befriedigt werden, wenn die Landwirtschaft sich entwickelt, wenn ihre Produktion wächst, wenn sich die Warenzirkulation zwischen Stadt und Land erweitert und beschleunigt und der Export von landwirtschaftlichen Produkten wieder aufgenommen und gesteigert wird.

Partei und Sowjetmacht müssen, indem sie den Aufschwung der individuellen Wirtschaften der Klein- und Mittelbauern unterstützen und der Entwicklung ihrer Produktivkräfte freie Bahn geben, dabei in zunehmendem Maße durch das Produktionsbündnis mit dem Dorf auf die bäuerliche Wirtschaft einwirken (Verstärkung der Schwerindustrie, des Landmaschinenbaus, der chemischen Industrie usw.). Sie sollen dadurch die technische Basis des Dorfes umwandeln, sollen durch Vergenossenschaftung der Bauernschaft auf dem Gebiet der Produktion die Schaffung großer Wirtschaften fördern; sie müssen ferner dafür sorgen, daß die kulturelle und agronomische Einwirkung der Sowjetwirtschaften auf die individuellen Wirtschaften immer stärker wird, müssen neue Hebel der Einwirkung finden wie z.B. die Methoden des Kontraktsystems usw.

8. Bei aller Anerkennung der gewaltigen Bedeutung, die allen Arten der Agrotechnik und der Zootechnik zukommt, muß doch gleichzeitig betont werden, daß die entsprechenden technischen Maßnahmen nur dann und nur unter der Bedingung einen realen Effekt zeitigen, wenn sie durch die wirtschaftlichen Interessen der Bauernschaft selbst ausgelöst sind.

Aus diesem Grunde besteht eine unserer zentralen Aufgaben gegenwärtig darin, den wirtschaftlichen Interessen der

Hauptmasse der Bauernschaft in jeder Weise einen Ansporn zu bieten. Hierzu gehören zum jetzigen Zeitpunkt folgende Fragen: 1. die Versorgung des Dorfes mit Waren; 2. die Stabilisierung des Währungssystems; 3. die Frage der Landwirtschaftssteuer; 4. die revolutionäre Gesetzlichkeit und die Verbesserung der Formen zur Einwirkung auf die bäuerliche Wirtschaft.

9. Die richtige Politik der Industrialisierung des Landes macht es notwendig, die Versorgung des Dorfes mit Produktionsmitteln und Bedarfsgütern von Jahr zu Jahr zu verbessern. Allein die Produktion einer immer größer werdenden Warenmenge, die auf den ländlichen Markt geworfen werden kann, vermag das entsprechende Angebot an Getreide und Rohstoffen zu gewährleisten. Die relative Unterproduktion von Fertigwaren, die trotz der jährlichen Zunahme der Industrieproduktion die rasch wachsende zahlungsfähige Nachfrage nicht deckt und die weitgehend durch die großen Kapitalinvestitionen bedingt ist (die im Bau befindlichen Industriebetriebe und Wohnstätten, die bedeutende Mittel und Arbeitskräfte erfordern und noch keine Warenproduktion auf den Markt bringen), kann und darf bestimmte Grenzen nicht überschreiten, denn auch von dieser Seite her kann die Industrialisierung gefährdet werden. Daraus ergibt sich der Kurs auf die Linderung und letzten Endes auf die Überwindung des Warenhungers.

10. Aus dieser Direktive resultiert für die nächsten Jahre folgendes:
a) Es ist erforderlich, das eingeschlagene Entwicklungstempo in der Gruppe "A" (Schwerindustrie, Maschinenbau, Chemie usw.) absolut zu gewährleisten; dabei müssen die Mittel nach Möglichkeit so konzentriert werden, daß sich die aufgewendeten Summen auf eine engere Front verteilen, damit eine Beschleunigung des Raus und eine Verkürzung der Fristen erreicht wird, in denen es möglich sein wird, die neuen und neu ausgebauten Fabriken in Betrieb zu nehmen. Insbesondere ist der Bau des Stalingrader Traktorenwerks,

des Werks für Landmaschinenbau in Rostow u.a. beschleunigt zu Ende zu führen;

b) bezüglich der Leichtindustrie und ihren Verhältnissen zur Schwerindustrie ist von den Beschlüssen des XV. Parteitags auszugehen:

"Entsprechend der Politik der Industrialisierung des Landes muß in erster Linie die Produktion von Produktionsmitteln gesteigert werden, damit die Entwicklung der Schwer- und der Leichtindustrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft gesichert, d.h. die von ihrer Seite kommende Nachfrage nach Industrieprodukten im wesentlichen durch die einheimische Industrieproduktion der UdSSR befriedigt werden kann."

"Wenn wir es auch für richtig erachten, das Schwergewicht auf die Produktion von Produktionsmitteln zu legen, so darf man dabei doch die Gefahr nicht übersehen, daß allzu umfangreiche staatliche Mittel in den Großbauten festgelegt werden, die sich erst nach einigen Jahren auf dem Markt realisieren; andererseits muß man in Betracht ziehen, daß der schnellere Umschlag in der Leichtindustrie (Produktion von Gütern des dringlichen Bedarfs) es ermöglicht, die hierfür investierten Mittel auch für den Aufbau in der Schwerindustrie zu verwenden, vorausgesetzt, daß sich die Leichtindustrie entwickelt"¹⁾.

c) Es ist erforderlich, die Investitionen, die nicht direkt für die Industrie vorgesehen sind, sorgfältig zu überprüfen und die entsprechenden Mittel aus dem Staatshaushalt zu kürzen.

d) In diesem Wirtschaftsjahr muß ein entschiedener Fortschritt in Richtung auf die maximale Verbesserung der qualitativen Kennziffern erreicht werden (Senkung der Selbstkosten, Effektivität des Aufbaus, Hebung der Arbeitsproduktivität usw.).

1) Siehe vorliegenden Band, Seite 38 und 42/43 - D.Red.

e) Es ist dafür zu sorgen, daß die Entwicklung der Heimindustrie, des Handwerks usw. unterstützt wird; jeglicher administrative Druck auf sie ist zu vermeiden.

Alles dies bildet im Verein mit der ständigen Sorge für die Erhaltung der Kaufkraft des Tscherwonez, mit gut durchdachten Emissions- und Kreditplänen und mit der maximalen Entwicklung des Exports die Voraussetzung sowohl für einen normalen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung als auch für die Linderung des Warenhungers.

11. Mit der Frage, wie man einen noch stärkeren Ansporn zur rentablen Wirtschaftsführung geben und auf noch bessere Art auf die bäuerliche Wirtschaft einwirken kann, hängt die Frage der revolutionären Gesetzmäßigkeit aufs engste zusammen. Ohne revolutionäre Gesetzmäßigkeit, ohne richtige Festsetzung und strenge Einhaltung von Normen, die der Bevölkerung im voraus bekannt sind, kann es keine Sicherheit in der Wirtschaftsführung, keine wirtschaftliche Rechnungsführung, keinen individuellen Plan geben, d.h. kann es kein Wachstum der Produktivkräfte der Landwirtschaft geben. Die Frage der revolutionären Gesetzmäßigkeit wurde durchaus nicht zufällig vom Leben auf die Tagesordnung gesetzt, denn die revolutionäre Gesetzmäßigkeit ist durch wirtschaftliche Notwendigkeit bedingt. Von diesem Standpunkt aus sind die größere Durchdachtheit und größere Stabilität der wirtschaftlichen Direktiven, die dem individuellen Produzenten die Möglichkeit einer gewissen wirtschaftlichen Rechnungsführung sichern, von ebensolcher Bedeutung.

12. Auch die Frage der Landwirtschaftssteuer hängt hiermit zusammen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß dieser wichtige Hebel zur Einwirkung auf die bäuerliche Wirtschaft unter Beibehaltung ihrer jetzigen Grundsätze so umgestaltet werden muß, daß er auf keinen Fall zur Zersplitterung der Wirtschaften beiträgt und folglich eine gewisse Tendenz zum Absinken der Produktivkräfte des Dorfs hervorruft. Dazu ist es notwendig, daß die Landwirtschaftssteuer ihren Charakter als progressive Einkom-

kemsteuer behält, aber auf folgender Grundlage abgeändert wird:

- 1) Eine erweiterte Anwendung des Gesetzes über die individuelle Besteuerung ist streng untersagt. Die individuelle Besteuerung darf nur auf präziser gesetzlicher Grundlage ausschließlich gegen die reichsten Kulakenwirtschaften angewendet werden, insbesondere gegen diejenigen, deren Einkünfte von der allgemeinen Besteuerung nur ungenügend erfaßt werden, und dabei höchstens gegen 3 Prozent sämtlicher Wirtschaften.
- 2) Es ist unbedingt nicht nur die Gesamtsumme der Einkünfte der Wirtschaften, sondern auch die Zahl der Esser zu berücksichtigen.
- 3) Die Steuernormen müssen unbedingt stabil sein; bei der Steuererhebung begangene Überspitzungen sind auf das strengste zu bestrafen.
- 4) Die Methoden bei der Erhebung der Landwirtschaftssteuer sind zu verbessern sowie in höherem Maße auf die Besonderheiten der einzelnen Rayons abzustimmen.

Das Plenum billigt die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen hinsichtlich einer gewissen Erleichterung der einheitlichen Landwirtschaftssteuer für die Gruppen der Mittelbauern.

13. Das Plenum geht, im Rahmen der oben angeführten zentralen Aufgaben der Wirtschaftspolitik, zu den besonderen Aufgaben der Industrie über und hebt hervor, daß auf dem Gebiet der quantitativen Kennziffern der Leistungen der Industrie bedeutende Erfolge erzielt wurden (Ansteigen der Brutto- und der Warenproduktion) und daß auch bezüglich der qualitativen Kennziffern einige Erfolge zu verzeichnen sind (es wurde erstmalig erreicht, daß die Arbeitsproduktivität stärker wuchs als der Arbeitslohn, Senkung der Selbstkosten, Erhöhung der Investitionen, beschleunigte Zirkulation des Kapitals, Einrichtung neuer Produktionszweige usw.). Das Plenum weist jedoch mit Nachdruck darauf hin, daß die qualitativen Erfolge in der Arbeit der Industrie ganz ungenügend sind.

Die bis jetzt in der Industrie erzielte Senkung der Selbst-

kosten entspricht nicht den kolossalen Kapitalinvestitionen in der Industrie. Die technische Rekonstruktion der Produktion und deren Rationalisierung bleiben immer noch hinter dem quantitativen Wachstum der Industrie zurück. Das langsame Tempo, in dem wir uns die Errungenschaften der ausländischen Technik zu eigen machen, spiegelt sich unter anderem in der langsamen und unrationellen Art, in der unsere Industriebetriebe die importierten Maschinenausrüstungen nutzbar machen. Das Sparsamkeitsregime wird in unseren Betrieben immer noch ohne die erforderliche Hartnäckigkeit realisiert und weist nicht jenen Effekt auf, den es ergeben kann und muß.

Das Jahr 1927/28 brachte weitere bedeutende Erfolge auf dem Gebiet des Hüttenwesens und des Maschinenbaus. Die Produktion von Verbrennungsmotoren betrug 1927/28 403 Prozent, die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen 201 Prozent der Vorkriegsproduktion. Zugleich machte sich ein erhebliches und für die gesamte Wirtschaft des Landes gefährliches Zurückbleiben der Roheisenproduktion bemerkbar: 1927/28 betrug die Produktion von Roheisen nur 79 Prozent der Vorkriegsproduktion, die Produktion von Martinstahl 93,5 Prozent und die Produktion von Walzgut 91 Prozent.

Die Verminderung dieser Disproportion im Jahre 1928/29 und ihre gänzliche Beseitigung im Laufe der nächsten Jahre mittels forcierter Entwicklung des Hüttenwesens ist eine höchst wesentliche Aufgabe unseres Wirtschaftsplans. Zugleich muß bei der Verwendung von Metall strengste Sparsamkeit beobachtet werden, insbesondere durch Ersatz von Metall durch andere Materialien (Ziegel, Schiefer usw.) im Bauwesen.

Als gewaltige Errungenschaften in der Leichtindustrie sind die Einführung von zusätzlichen Schichten, die außerordentliche Produktionssteigerung von Jahr zu Jahr, die Durchführung des Siebenstundentags, die Rationalisierung der Produktion usw. zu werten. Ein Hindernis für die Ent-

wicklung der Leichtindustrie in dieser Richtung bildet jedoch der Mangel an Rohstoffen landwirtschaftlichen Ursprungs. Von diesem Standpunkt aus ist die Entwicklung solcher neuen Produktionszweige, wie die Herstellung von Kunstseide, künstlicher Wolle und Kunstleder, von besonderer Bedeutung.

Im Jahre 1927/28 wurde die Baumaterialkrise nicht irgendwie merklich gemildert. Die größtmögliche Entwicklung der Produktion von Baumaterial, die Verbesserung und die Verbilligung des gesamten Bauwesens sind daher eine der wesentlichsten Aufgaben des Wirtschaftsplans für das Jahr 1928/29. Es ist dafür zu sorgen, daß die Bauarbeiten in diesem Jahr um 15 Prozent gesenkt werden. Das schnelle Entwicklungstempo der Industrialisierung in den letzten Jahren ist auch im Wirtschaftsplan für 1928/29 in vollem Umfang beizubehalten.

Die Investitionen in der Industrie belaufen sich 1927/28 auf 1 650 Millionen Rubel gegenüber 1 330 Millionen Rubel im Vorjahr. Die Bruttoproduktion der Großindustrie wird im Jahre 1928/29 16 180 Millionen Rubel erreichen (in Preisen von 1926/27) gegenüber 13 833 Millionen Rubel 1927/28 und 11 379 Millionen Rubel 1926/27. Davon erhöhte sich die vom Obersten Volkswirtschaftsrat geplante Produktion der staatlichen Industrie in der gleichen Zeit von 8 721,3 Millionen Rubel auf 13 103,9 Millionen Rubel (in Preisen von 1926/27).

Die Betriebslänge des Eisenbahnnetzes vergrößerte sich von 74 600 km im Jahre 1925/26 auf 77 200 km im Jahre 1927/28 und wird sich 1928/29 auf 77 700 km ausdehnen. Die im Verkehrswesen geleistete Arbeit, die 1925/26 94 Milliarden Tonnenkilometer betrug, stieg 1926/27 auf 105,2 Milliarden Tonnenkilometer und 1927/28 auf 112,1 Milliarden Tonnenkilometer.

Neben dem bereits erwähnten schnellen Tempo bei der Entfaltung des Maschinenbaus verdient das Tempo der Elektrifizierung unseres Landes besonders hervorgehoben zu werden.

Die Erzeugung von Elektroenergie, die 1913 1 945 Millionen Kilowattstunden betrug, belief sich 1927/28 auf 5 140 Millionen Kilowattstunden und wird sich 1928/29 auf 6 600 Millionen Kilowattstunden erhöhen. Der ungeheure Fortschritt, den wir bei der Industrialisierung unseres Landes erzielt haben, ist schon aus der Gegenüberstellung folgender Ziffern ersichtlich: 1925/26 betrug die Bruttoproduktion der Landwirtschaft 17 370 Millionen Rubel, die der Industrie dagegen 12 448 Millionen Rubel. Im Jahre 1928/29 wird sich die Bruttoproduktion der Landwirtschaft auf 18 624 Millionen Rubel belaufen, die der gesamten Industrie aber auf 19 040 Millionen Rubel. Es ist ganz offensichtlich und unbestreitbar, daß der prozentuale Anteil der Industrieproduktion an der Wirtschaft des Landes gewaltig gestiegen ist, jedoch gerade dieser wachsende prozentuale Anteil der Industrie, gerade dieses Tempo der Industrialisierung machen eine schnellere Erweiterung der Lebensmittel- und Rohstoffbasis der Industrie, d.h. mit anderen Worten ein schnelleres Wachstum der Landwirtschaft als bisher erforderlich.

Das Wachstum der sozialistischen Industrie ist - wie es auch gar nicht anders sein kann - von einem Wachstum der Arbeiterklasse und einer Hebung ihres materiellen und kulturellen Niveaus begleitet. Die Zahl der Industriearbeiter stieg 1927/28 um 5,7 Prozent, und die Summe der Geldbezüge der Arbeiter und Angestellten erhöhte sich 1927/28 um 11,2 Prozent, die Löhne allein der Industriearbeiter um 11 Prozent. Für das Jahr 1928/29 gilt als Richtlinie für Lohnfragen weiterhin die Direktive über die Angleichung der zurückgebliebenen Schichten der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiter der Schwerindustrie.

Das Plenum des ZK konstatiert, daß 1927/28 ein Jahr des Umschwungs war in dem Sinne, als es zum ersten Male seit 1924 eine merkliche Senkung der Selbstkosten brachte (5 Prozent). Das Jahr 1928/29 muß unbedingt eine weitere und noch bedeutendere Senkung der Selbstkosten bringen.

Eine siebenprozentige Senkung der Selbstkosten im Jahre 1928/29 ist die grundlegende Voraussetzung nicht nur für die Erfüllung des Investitionsplans, sondern auch für die Erfüllung des gesamten Volkswirtschaftsplans dieses Jahres. Deshalb sind alle Kräfte im höchsten Grade darauf zu konzentrieren, die vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Ferner ist es nötig, einen energischen Kampf für die Erhöhung der Arbeitsdisziplin sowie für die Rationalisierung des Produktionsprozesses in seiner Gesamtheit zu führen. Diese Aufgabe kann nur bei vereinten Anstrengungen aller Wirtschafts-, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gelöst werden.

Dabei unterstreicht das Plenum des ZK besonders die Notwendigkeit, daß alle diese Organisationen aktiver an der Rationalisierung der Produktion arbeiten und entschieden gegen Arbeitsbummelei, Nachlässigkeit und Undiszipliniertheit in den Betrieben kämpfen.

Die Lösung der gewaltigen Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion unserer Industrie erfordern die maximale Ausnutzung der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik. Von diesem Standpunkt aus ist sowohl die Heranbildung neuer Kader von Spezialisten und Wirtschaftsfunktionären überaus wichtig, die politisch auf das engste mit der Arbeiterklasse verbunden und zugleich imstande sind, die Errungenschaften der fortgeschrittenen Technik anzuwenden, als auch ein behutsames Verhalten zu den alten Spezialisten, die der Sowjetmacht treu dienen und loyal in deren Betrieben und Organen arbeiten. Die Partei betont, daß gegen alle Überreste von "Spezialistenfresserei" ein energischer Kampf geführt werden muß.

14. Am ungünstigsten wirkten sich die Bedingungen des Jahres 1927/28 auf das Export-Problem aus. Die Außenhandelsbilanz wies 1927/28 ein Passivsaldo auf. Der Zustand des Binnenmarktes erlaubte es in den letzten Jahren nicht, den Export auf Kosten der Landwirtschaft zu forcieren, was es notwendig machte, andere Artikel, insbesondere Industrie-

waren, verstärkt zu exportieren.

15. Der in den Kontrollziffern festgelegte Wirtschaftsplan für 1928/29 ist erfüllbar, jedoch nur bei höchster Anspannung aller Kräfte. Dementsprechend ist auch der Finanzplan äußerst angespannt.

Der Staatshaushalt ist auf 7 694,8 Millionen Rubel veranschlagt. Das bedeutet eine Zunahme um fast 20 Prozent bei einer Zunahme des Nationaleinkommens um 10 Prozent. Die Erfüllung des Finanzplans erfordert die strengste Haushalts- und Plandisziplin, die größte Beschleunigung und Verbesserung unserer gesamten Rationalisierungsarbeit und die strengste und straffste Durchführung des Sparsamkeitsregimes.

Insbesondere unterstreicht das ZK wiederum die gewaltige Bedeutung, die die Mobilisierung der Ersparnisse der Bevölkerung besitzt. Das Plenum des ZK hebt den ungeheuren Erfolg hervor, den die Staatsanleihen besonders bei den Arbeitern hatten, und weist auf die Notwendigkeit ihrer weiteren Verbreitung hin, speziell auf dem Lande, wo noch große unausgenützte Möglichkeiten vorhanden sind.

Weiter stellt das Plenum fest, daß man die Mittel der bäuerlichen Bevölkerung speziell für Zwecke der Industrialisierung der Landwirtschaft nicht nur durch Anleihen mobilisieren kann und muß, sondern auch durch die Erfassung der Anteile der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften, durch die Sparkassen usw.

Jedoch darf die Anspannung aller Kräfte, die die Erfüllung des Wirtschaftsplans 1928/29 unvermeidlich mit sich bringen wird, nicht dazu führen, daß die Aufmerksamkeit der Partei, des Staats- und Wirtschaftsapparats für die weitere Intensivierung der Arbeit zur Vorbereitung des Landes auf die Verteidigung auch nur im geringsten nachläßt.

Eine Voraussetzung für die Erfüllung des gesamten Wirtschaftsplans ist die Verbesserung des kulturellen Niveaus der Arbeiter- und Bauernmassen einerseits und andererseits

die Qualifizierung der am sozialistischen Aufbau mitarbeitenden Kader. Das Plenum des ZK konstatiert, daß trotz des angespannten Budgets für 1928/29 ein entschiedener Fortschritt bei der Finanzierung des sozialen und kulturellen Sektors erzielt wird. Die Finanzierung der Volksbildung aus verschiedenen Quellen ist für das Jahr 1928/29 mit 335 Millionen Rubel festgesetzt gegenüber 270 Millionen Rubel im Vorjahr. Die Investitionen für Neubauten auf dem Gebiet des Bildungswesens müssen dem Plan zufolge 184 Millionen Rubel gegenüber 96 Millionen Rubel im Vorjahr betragen. Die Aufwendungen für das Gesundheitswesen erhöhen sich für die UdSSR in der gleichen Zeit, unvollständigen Angaben zufolge, von 513 Millionen Rubel auf 610 Millionen Rubel. Ein besonders bedeutender Fortschritt wurde durch die Beschlüsse des Juliplenums auf dem Gebiet der beruflichen und technischen Ausbildung erzielt. Obwohl diese Summen noch längst nicht hinreichend sind, gewährleisten sie dennoch einen bedeutenden Aufschwung im kulturellen Aufbau unseres Landes.

16. Das ZK ruft alle Parteimitglieder dazu auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus zu konzentrieren. Nur wenn die Aufgaben der Wirtschaftsplanung und der Wirtschaftsführung überhaupt sehr ernst genommen und die Probleme der Wirtschaftspolitik gründlich und objektiv studiert und durchdacht werden, nur wenn die Wirtschaftspolitik immer mehr wissenschaftlichen Charakter annimmt, wird es möglich sein, Fehler und Fehlkalkulationen zu vermeiden, welche die objektiven Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus in einem kleinbürgerlichen Land, das von imperialistischen Feinden umgeben ist, aufs höchste komplizieren und verstärken. Die qualitative Verbesserung der Arbeit in allen Gliedern des Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsapparats und die qualitative Verbesserung der Planung setzen sowohl eine rechtzeitige objektive Informierung der Partei über die Wirtschaftslage als auch eine gründliche Erörterung wirtschaftlicher Probleme in der Partei voraus. Die überaus komplizierten Probleme der

Rekonstruktionsperiode, eine Reihe von Schwierigkeiten bei der Industrialisierung des Landes, die Anspannung aller Kräfte, die die Industrialisierung von der Arbeiterklasse und der Bauernschaft verlangt und deren realer Effekt sich erst nach einer gewissen Zeitspanne zeigt, der Widerstand der kapitalistischen Elemente und die Schwankungen der kleinbürgerlichen Massen in der jetzigen Etappe des verschärften Klassenkampfes, der Druck der kleinbürgerlichen Elemente auf einige Glieder des Sowjetapparates und unserer Partei usw. auf der einen Seite und die Vergrößerung des Staatsapparats und folglich alle möglichen bürokratischen Auswüchse an der breiten Front des staatlichen Aufbaus auf der anderen Seite, all dies zusammen genommen gibt den Nährboden ab für verschiedenartige Abweichungen innerhalb der Partei. So taucht eine rechte (offen opportunistische) Abweichung auf, die ihren Ausdruck in dem Bestreben findet, das Tempo zu verringern und den weiteren Aufbau der Großindustrie zu verlangsamen, weiter in einer gleichgültigen oder negativen Einstellung zu den Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften, in der Unterschätzung und Verkleisterung des Klassenkampfes, insbesondere des Kampfes gegen den Kulaken, in bürokratischer Mißachtung der Bedürfnisse der Werktätigen, in der Unterschätzung des Kampfes gegen den Bürokratismus, in der Unterschätzung der Kriegsgefahr usw.

Zugleich leben sozialdemokratische, den Mittelbauern feindliche Überindustrialisierungstendenzen auf (Trotzkismus), die ihren halb Menschewistischen rechten Inhalt hinter linken Phrasen verbergen und in der Praxis ebensolche verhängnisvollen Resultate zeitigen wie die unverhüllte rechte Abweichung.

Hieraus ergibt sich die Aufgabe des Kampfes an zwei Fronten, sowohl gegen die rechte, offen opportunistische Abweichung als auch gegen die sozialdemokratische, trotzkistische, "linke", d.h. dem Wesen nach ebenfalls rechte, sich aber hinter linken Phrasen tarnende Abweichung von

der Leninschen Linie.

Es versteht sich von selbst, daß die Überwindung dieser Abweichungen einen systematischen Kampf gegen spießbürgerlich prinzipienlose Duldsamkeit ihnen gegenüber (Versöhnlerertum) voraussetzt.

Das Plenum stellt fest, daß die Hauptgefahr in der kommunistischen Partei gegenwärtig die Gefahr der rechten, unverhüllt opportunistischen Abweichung ist, was sich sowohl aus der derzeitigen sozialökonomischen Situation ergibt als auch aus der Tatsache, daß die Partei im Kampf gegen die trotzkistische Ideologie bereits eine Reihe entscheidender Erfolge errungen hat.

Das Plenum des ZK stellt mit Befriedigung fest, daß die rechte Abweichung und das Versöhnlerertum auf den einmütigen bolschewistischen Widerstand der gesamten Partei stießen, die ihre Bereitschaft bekundete, für die Leninsche Parteilinie zu kämpfen.

Das Plenum des ZK billigt voll und ganz den Oktober-Aufruf des ZK an die Moskauer Organisation.

Die erfolgreiche Überwindung dieser Abweichung setzt die breite Entfaltung der Selbstkritik, die stärkste Heranziehung der Massen zum Wirtschafts- und Parteaufbau voraus, verlangt konsequente Entfaltung der innerparteilichen Demokratie und die Erörterung der Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus durch die Massen. Zugleich ist es, um eine möglichst breite Entfaltung der Kritik und der freien Diskussion zu sichern, erforderlich, in erster Linie "die Freiheit der innerparteilichen Kritik zu garantieren, was Methoden ausschließt, die selbständiges Denken und jede kritische Bemerkung im voraus als 'Abweichung' und 'querulantentum' usw. verwerfen." (Aufruf des ZK)

Das Plenum des ZK führt einen entschiedenen Kampf gegen alle diese Abweichungen, und es hebt besonders hervor, daß es notwendig ist, zum gegenwärtigen Zeitpunkt den ideologischen Kampf hauptsächlich gegen die rechte Gefahr zu

entfalten, was aber nicht dazu führen darf, den allseitigen Kampf gegen den Trotzkismus auch nur im geringsten abzuschwächen. Zugleich lenkt das Plenum des ZK die Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf die Notwendigkeit, die Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus nicht auf marktschreierische Art, sondern ernsthaft und ihrem Wesen entsprechend zu diskutieren. Dies erfordert eine nüchterne bolschewistische Analyse der gesamten Lage, die sowohl eine Vertuschung von Schwierigkeiten und bürokratische Beschönigung der Wirklichkeit als auch panische Übertreibung der Gefahren ausschließt; eine Analyse, die gleichermaßen prinzipienlosen, der Entwicklung nachhinkenden, die Generallinie der Partei außer acht lassenden Praktizismus als auch utopische angebliche "Prinzipientreue" vorwirft, welche die spezifischen Aufgaben des Augenblicks vergißt und damit gegen die Grundregel der Leninschen Taktik verstößt, nämlich gegen die Verbindung der prinzipiellen Linie mit der strengen Berücksichtigung der jeweiligen konkreten Bedingungen des Augenblicks.

Die Leninsche Partei hat die vor ihr stehenden Schwierigkeiten stets dadurch überwunden, daß sie die selbständige Tätigkeit der breiten Massen zu größter Entfaltung brachte, die Arbeit der Massenorganisationen aufs stärkste intensivisierte und die Massen des Proletariats um sich vereinigte und sie zusammenschloß. Angesichts der neuen, außerordentlich komplizierten Aufgaben, die sich aus der sozialistischen Rekonstruktion unseres Landes ergeben, ruft das Zentralkomitee alle Parteimitglieder auf, alle ihre Kräfte auf die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Mobilisierung aller schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse zu konzentrieren, damit das von uns eingeschlagene Tempo der Industrialisierung und der Vergesellschaftung unter allen Umständen beibehalten und der aufgestellte Wirtschaftsplan erfüllt wird.

Über die Werbung von Arbeitern für die Partei und die
Regulierung des Wachstums der Partei

(Resolution, vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 24. November 1928 zum Referat des Genossen Molotow einstimmig angenommen)

Die politischen Voraussetzungen für das Problem des
Wachstums der Partei

Der Übergang von der Wiederherstellungsperiode zur Periode der sozialistischen Rekonstruktion, zur Umgestaltung der gesamten Wirtschaft auf der Grundlage einer höheren Technik und des entscheidenden Einflusses der Industrie in der Wirtschaft, wobei besonders die Schwerindustrie eine immer größere Rolle spielt und sich auf dem Lande eine wirkliche Massenbewegung der Vergenossenschaftung und Kollektivierung entfaltet, hat vor der Arbeiterklasse unseres Landes die grundlegenden Aufgaben des unmittelbaren sozialistischen Aufbaus in ihrer ganzen Schärfe aufgeworfen. Wie immer marschiert in der ersten Reihe der Arbeiterklasse, in der Avantgarde des sozialistischen Aufbaus, unsere Partei. Die Periode der sozialistischen Rekonstruktion ist bei der kulturellen Zurückgebliebenheit der Arbeiterklasse und bei dem Vorherrschen der bäuerlichen Klein- und Kleinstproduktion in unserem Lande mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, um so mehr, als der internationale Imperialismus immer neue und immer entschlosseneren Versuche unternimmt, einen Druck von außen auszuüben, bestrebt, über die UdSSR eine direkte wirtschaftliche Blockade seitens der kapitalistischen Mächte zu verhängen, und Vorbereitungen für einen militärischen Überfall auf die UdSSR trifft. Unter diesen Bedingungen ist die Rolle der Partei als kommunistischer Vortrupp des Proletariats und Führerin des gesamten sozialistischen Aufbaus außerordentlich schwierig und verantwortungsvoll.

Die Macht der Sowjets hat trotz der gewaltigen Schwierig-

keiten des revolutionären Kampfes und des sozialistischen Aufbaus die ersten großen Erfolge des Sozialismus gesichert. Diese Erfolge wurden errungen, indem wir immer stärker die inneren Hilfsquellen des Landes ausnutzten, und sie wurden nur dadurch möglich, daß die Arbeiterklasse, die sich auf das immer fester werdende Bündnis mit den Millionenmassen der Bauernschaft stützt, außergewöhnlichen Heroismus und Treue zum Sozialismus bewies. Die sowjetische Gesellschaftsordnung machte es möglich, die breiten Massen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern aller Nationalitäten der UdSSR in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen. Sie hob die früher unterdrückten und zurückgebliebenen Nationalitäten auf eine neue, höhere Entwicklungsstufe, zog sie zur aktiven Mitwirkung am gesamten Sowjetaufbau heran. Als wahre Führerin der Arbeiter und aller Werktätigen schritt die Partei unbeirrbar an der Spitze der Sowjets, die das Fundament der neuen sozialistischen Gesellschaft errichten.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die Wirtschaft des Landes auf sozialistischen Prinzipien umgestaltet wird, ist dafür Sorge zu tragen, daß die Sowjets eine bedeutend größere Rolle spielen. Dazu ist es erforderlich, die Arbeit der Sowjets in Stadt und Land in vieler Beziehung zu verändern, sie grundlegend zu verbessern und vor allem gegen den Bürokratismus im Staatsapparat mit praktischen Maßnahmen entschlossen vorzugehen. Der jetzige Sowjetapparat ist noch stark mit Elementen des alten Beamtentums und mit Überresten der früher herrschenden Klassen durchsetzt, in denen noch der Haß gegen die Sowjetordnung lebendig ist. Bürokratische Auswüchse, Gleichgültigkeit gegen die Bedürfnisse der Werktätigen, empörender Konservatismus und verbrecherisches Amtsschimmelunwesen untergraben nicht selten die Arbeit der Staatsorgane. Einzelne Glieder des Staats- und Genossenschaftsapparats sind direkt in Zerfall und Zersetzung begriffen, haben sich ganz und gar mit den bürgerlich-kapitalistischen Elementen durchsetzt. Das macht eine gründliche Reinigung dieser Organe notwendig. Dabei

muß man dessen eingedenk sein, daß der Staatsapparat in Gestalt seiner alten Beamtenschicht auch einem gewissen Teil der im Staatsapparat beschäftigten kommunistischen Mitarbeiter sein Gepräge gibt. Die Partei hat unter der Losung der Entfaltung einer scharfen Selbstkritik die Arbeiter und alle Werktätigen aufgerufen, einen schonungslosen Kampf gegen alle Fälle von Zersetzung und gegen den Bürokratismus in allen unseren Organen zu führen. Die Kühne und konsequente Durchführung der proletarischen Selbstkritik muß untrennbar verbunden sein mit der Einsetzung neuer, Zehn- und Hunderttausender Arbeiter zur Arbeit in den Staatsorganen, mit der praktischen Heranziehung von Millionen Werktätigen zur Arbeit der Sowjets. Dies aber erfordert zugleich die maximale Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiter- und Bauernmassen. Nur wenn so neue und zahlreiche Kader der Arbeiterklasse zur Ausübung von Staatsfunktionen herangezogen werden, wird sich der Staatsapparat in seiner Arbeit entschlossen von allen bürokratischen Elementen befreien. Gerade darin besteht jetzt eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei als der wahren Führerin der proletarischen Diktatur.

Dabei, wie in ihrer gesamten Arbeit, stützt sich die Partei auf die Hilfe der Massenorganisationen des Proletariats, vor allem der Gewerkschaften. Diese haben während der verflossenen Periode außerordentlich große Erfolge in ihrer Arbeit zu verzeichnen und sind in der Tat der wichtigste Transmissionsriemen von der Partei zu den Arbeitermassen. Um so größer ist ihre Verantwortung für die Lösung der jetzt vor dem Proletariat erstehenden überaus schwierigen Aufgaben in der Periode der sozialistischen Rekonstruktion der Wirtschaft, welche einerseits die Arbeit einer immer breiteren Schicht hochqualifizierter Spezialisten verschiedener Art und andererseits eine gegenüber der vorangegangenen Periode gewaltig gesteigerte aktive Beteiligung der Millionenmassen der Werktätigen am sozialistischen Aufbau erfordert.

Indessen sind unsere Massenorganisationen (Gewerkschaften

u.a.) häufig nicht hellhörig und feinfühlig genug gegenüber den Bedürfnissen und Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen, sie bleiben in vielen Fällen hinter der gewachsenen Aktivität der Massen zurück und nutzen daher die ungeheuren Möglichkeiten, die sie zur Mobilisierung der Kräfte der Arbeiterklasse haben, nur in völlig unzureichendem Maße dazu aus, die vor der Arbeiterklasse stehenden grundlegenden Aufgaben zu lösen und die damit verbundenen Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus zu überwinden. Am meisten bleiben die Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Arbeit mit den neuen Arbeiterkadern zurück, die in den letzten Jahren in die Industriebetriebe geströmt sind, und insbesondere in ihrer Arbeit mit der ungeheuren und immer noch wachsenden Zahl der Saisonarbeiter sowie der landwirtschaftlichen Arbeiter, die in ihrer Masse nicht die Reihen der wirklichen Erbauer des Sozialismus auffüllen können, solange sie nicht in den Gewerkschaften durch die Schule der sozialistischen Erziehung gegangen sind. Der schonungslose Kampf gegen die beamtenhafte Loslösung und Isoliertheit von den Arbeitern, der Kampf sowohl gegen bürokratische Herzlosigkeit hinsichtlich ihrer sozialen Interessen als auch gegen die kritiklose und gedankenlose Zustimmung zu den Meinungen und Stimmungen der zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter und überhaupt der Kampf gegen die noch immer zahlreichen bürokratischen Elemente in der Massenarbeit ist unter den jetzigen Bedingungen die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften und der anderen Massenorganisationen.

In der Selbstkritik in der Praxis und in der wirklichen Entfaltung der gewerkschaftlichen Demokratie muß ein entscheidender Umschwung erst noch erreicht werden. Das vorhandene breite Parteilosaktiv in den proletarischen Massenorganisationen und besonders in den Gewerkschaften ist ein außerordentlich wichtiges und großes Reservoir neuer aktiver Kräfte, neuer Leiter der verschiedenen Zweige des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus im proletarischen Staat. Indem sich die Partei in ihrer Arbeit

auf dieses proletarische Aktiv stützt, indem sie sein weiteres Wachstum, seine kulturelle und politische Entwicklung auf jede Weise fördert und für die Organisationen neue Verstärkung daraus schöpft, leistet sie eine außerordentlich wichtige Arbeit hinsichtlich der immer aktiveren Beteiligung der Arbeiter an der Entwicklung der Industrie und am gesamten sozialistischen Aufbau, für die Intensivierung der Arbeit der Massenorganisationen, für die Entfaltung einer echten proletarischen Demokratie und endlich unmittelbar für die allseitige Festigung ihrer Verbindung mit den Massen der Arbeiterklasse.

Die Rekonstruktionsperiode bedeutet nicht nur maximale Entwicklung der gesamten Industrie, der Leicht- und besonders der Schwerindustrie, bei grundlegender Umgestaltung der Industrie auf einer höheren technischen Basis, sondern auch, bei größtmöglicher Förderung des Aufschwungs der individuellen bäuerlichen Wirtschaften, die Umgestaltung unserer Landwirtschaft auf der Grundlage einer höheren Technik und des kollektiven Wirtschaftens. Diese Periode des sozialistischen Aufbaus ist jene Epoche der proletarischen Revolution, in der die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit den Bauernmassen an der ganzen Front, einschließlich der noch zurückgebliebenen Bauernmassen, darangeht, unter gebührender Berücksichtigung der Schwierigkeit und der Langwierigkeit der Aufgabe, die Wurzeln des Kapitalismus auszurotten, die ihren Nährboden in der kleinen Warenwirtschaft haben. Dies ist verbunden mit einer verstärkten Verdrängung der kapitalistischen Elemente durch sozialistische Elemente, was unbedingt eine Verschärfung des Klassenkampfes im Lande bedeutet.

Bei dem unaufhörlichen äußeren Druck des Imperialismus auf die UdSSR trägt der verschärfte Widerstand gegen den sozialistischen Aufbau von Seiten der bürgerlich-kapitalistischen Schichten (Kulakentum, NÖP-Leute, bürgerliche Intelligenz, konterrevolutionäre Schädlinge) zu gewissen Zeitpunkten auch in die Reihen unserer Verbündeten aus den

kleinbürgerlichen Massen Schwankungen verschiedener Art hinein. Diese Schwankungen führen ihrerseits wiederum zu kleinbürgerlichen Stimmungen bei den weniger standhaften Elementen der Arbeiterklasse und zu opportunistischen Schwankungen in einzelnen Schichten der Partei. Neben den Versuchen, die trotzkistische Ideologie wieder aufleben zu lassen (getarnt mit "linken" Phrasen der Ideologie menschwistischen Typus), hat sich gegenwärtig in der Partei die rechte, offen opportunistische Gefahr (die auf die Aufgabe der Parteipositionen unter dem Druck der kleinbürgerlichen Elemente hinausläuft) erheblich verstärkt. Daraus ergibt sich, daß die Partei in der gegenwärtigen Periode mit besonderer Hartnäckigkeit an zwei Fronten kämpfen muß, gegen zwei verschiedenartige Abweichungen von der bolschewistischen Generallinie und auch gegen jedes Versöhnertum gegenüber diesen Abweichungen, das dem Leninismus absolut wesensfremd ist. Da die Partei bei der Überwindung des Trotzkismus entscheidende Erfolge errungen hat, erlangt neben dem weiteren beharrlichen Kampf gegen die trotzkistische Ideologie gegenwärtig der Kampf gegen die rechte Abweichung besondere Bedeutung. Die unversöhnliche Bekämpfung dieser Abweichung in der Partei ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß dem Klassenfeind der proletarischen Diktatur eine gebührende Abfuhr erteilt wird und daß wir erfolgreich auf dem Wege der sozialistischen Rekonstruktion in Stadt und Land voranschreiten. Dies ist am besten und nachhaltigsten zu verwirklichen durch Hebung des ideologisch-politischen Niveaus der Massen der Parteimitglieder, dadurch, daß die leitenden Kader ihr theoretisches marxistisches Wissen erweitern, daß die innerparteiliche Demokratie konsequent entwickelt wird und die Parteiorganisationen durch einen neuen Zustrom der fortschrittlichsten, aktivsten und dem Sozialismus am meisten ergebenden Kader des Proletariats in jeder Weise gefestigt werden.

Unsere Partei steht fest in den Reihen der Avantgarde der Kommunistischen Internationale, in den Reihen der Vorhut der internationalen proletarischen Revolution, und es gilt

jetzt für sie, mit besonderer Aufmerksamkeit ihre Arbeit zu überprüfen und die in ihren Organen vorhandenen Mängel, Verzerrungen und Elemente der Zersetzung entschlossen zu beseitigen. Nur bei einer solchen Einstellung sich selbst gegenüber, nur bei einer verstärkten und strengen Kontrolle ihrer schwachen Stellen wird die Partei, indem sie ihre Reihen fest zusammenschließt und reinigt, in noch größerem Maße die Fähigkeit erlangen, die Millionen der Arbeiter und der Werktätigen auf dem Lande, der aktiven Erbauer des Sozialismus, zu führen. Ohne dies ist die sozialistische Rekonstruktion der Wirtschaft des Landes nicht möglich.

Dazu ist es notwendig, einen wirklich entschlossenen Kampf zu führen gegen beamtenhafte Methoden und Erscheinungen bürokratischer Verzerrung der Parteiarbeit, auf der Grundlage der innerparteilichen Demokratie, der richtigen und konsequenten Verwirklichung des Wählbarkeitsprinzips und folglich auch der Ablösung jedes beliebigen Sekretärs und jedes beliebigen leitenden Parteiorgans (Büro, Komitee), wenn dies dem wirklichen Willen der Organisation entspricht. Dazu ist notwendig, daß die leitenden Parteikader ihre Verbindung mit den Massen bedeutend verstärken, indem sie an Arbeiterversammlungen teilnehmen, über ihre Arbeit (Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Sowjetarbeit) vor den Bauern und Arbeitern Rechenschaft ablegen, indem sie in die einzelnen Orte fahren, um die unteren Organe an Ort und Stelle praktisch anzuleiten, indem sie von leitenden Posten zu längerer Arbeit in der Produktion oder in unteren Organen übergehen und indem neue Kader von Arbeitern aus der Produktion verstärkt zu leitender Arbeit in allen Organen eingesetzt werden usw. Dazu ist es weiter erforderlich, energisch vorzugehen gegen solche Erscheinungen und offenen "Eiterbeulen" in kommunistischen Kreisen, wie Fälle von Fäulniserscheinungen in der Lebensweise, Ausschweifungen und Trunksucht, Liebedienerei und Speichelleckerei vor "Höheren", Vertuschen empörender Mißstände und Fälle von Verbrüderung mit kulakisch-kapitalistischen Bevölkerungsschichten, wie sie bei einzelnen Elementen

aus unseren Organen vorkommen. All dies erfordert kühne und unablässige Selbstkritik auch in den Parteiorganisationen. Die letzteren müssen in dieser Beziehung beispielgebend sein. Daher wird die Partei jeder Furcht vor der Entfaltung der Selbstkritik und der schöpferischen Kritik der Massen von unten als einer der ausgeprägtesten Erscheinungsformen des Bürokratismus ganz entschieden entgegen-treten.

Aufgaben der Regulierung der Zusammensetzung der Partei

Die Frage der Zusammensetzung der Partei, der Regulierung ihres Wachstums und der Werbung von Arbeitern und Arbeiterinnen für die Partei muß in Zusammenhang mit diesen Aufgaben der gegenwärtigen Periode und von diesem Standpunkt aus betrachtet werden.

In den letzten Jahren, besonders seit dem Lenin-Aufgebot, ist die Partei schnell gewachsen. Hunderte und Hunderttausende fortschrittlicher Proletarier, die jetzt einen bedeutenden Teil der leitenden kommunistischen Kader bilden, kamen in die Partei. Diese neuen Kader kommunistischer Arbeiter haben ihre bolschewistische Standhaftigkeit in Perioden besonders heftigen Kampfes der Partei gegen die Opposition bereits mehr als einmal bewiesen, und sie waren zugleich eine höchst wichtige Verstärkung der Reihen der aktiven Erbauer der sozialistischen Gesellschaft.

Auch jetzt wächst die Partei hauptsächlich durch Zunahme ihres proletarischen Mitgliederbestands. Daneben aber stieg der Zustrom von Angestellten und besonders von Bauern in die Partei an. Das natürliche Aufrücken und in Verbindung damit der ständige Übergang eines gewissen Teils der Arbeiter von der Produktion zur Arbeit in Organen des proletarischen Staats und zum Studium spiegelt sich gleichfalls im Mitgliederbestand der Partei wider. Infolgedessen ist, bei einem bedeutenden Überwiegen der proletarischen Mitglieder in der Partei (61 Prozent), der Prozentsatz der unmittelbar in der Produktion beschäftigten Arbeiter weit-

aus geringer (42 Prozent).

Indessen besitzt die Partei in der Arbeiterklasse gewaltige Wachstumsreserven. Diese Reserven sind die zahlreichen und ständig wachsenden Kader des parteilosen proletarischen Aktivs in den Gewerkschaften, in den Produktionsberatungen, in den Sowjets, in den Genossenschaften, in Komsomol, in den Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen, in den freiwilligen Gemeinschaften, in den Klubs usw. Einzelne Schichten der Industriearbeiter, insbesondere der qualifizierten Arbeiter, sind ganz unzureichend in der Partei vertreten. Ein besonders entscheidender Umschwung muß bei der Werbung von Arbeiterinnen für die Partei erreicht werden, da auf diesem Gebiet bis in die letzte Zeit ein sehr starkes Zurückbleiben zu verzeichnen war, das unter den gegenwärtigen Bedingungen völlig unzulässig ist. Große Bedeutung muß jetzt der verstärkten Werbung der Arbeiterjugend für die Partei beigemessen werden, die durch die ernste Schule des Komsomol in den Industriebetrieben gegangen ist. Ein sehr zurückgebliebener Arbeitsabschnitt bleibt auch die Werbung von Landarbeitern und Knechten für die Partei; die Partei muß sofort ihre Aufmerksamkeit in diese Richtung lenken. Während verstärkt Arbeiter und Arbeiterinnen für die Partei zu werben sind, sind zugleich streng die Bedingungen einzuhalten, die für die Aufnahme von Angestellten und sonstigen Personen in die Partei festgelegt sind, und ist eine richtige Auswahl der wirklich der Partei ergebene Bauern zu treffen, unter ihnen vor allem der Kleinbauern und besonders der aktiven Funktionäre der Kollektivwirtschaftsbewegung.

Entsprechend den Zielen der verstärkten Werbung von Arbeitern für die Partei und folglich entsprechend den grundlegenden Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktionsperiode ist es notwendig, wirklich fortschrittliche Elemente der Arbeiterklasse für die Partei zu gewinnen, die fähig sind, bei der praktischen Überwindung der Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus, bei der Abwehr der kleinbürger-

lichen ideologischen Schwankungen, bei der allseitigen Hebung des Vertrauens der gesamten Masse der Arbeiter und der Werktätigen auf dem Lande zur Partei in der vordersten Front der Arbeitermassen zu kämpfen. Unsere Aufgabe besteht darin, beharrlich und konsequent solche Arbeiter und Arbeiterinnen für die Partei zu gewinnen, die in schwierigen Perioden die größte politische Standhaftigkeit an den Tag legen, die wirkliche proletarische Internationalisten sind, die durch ihr persönliches Beispiel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Hebung der Disziplin beitragen, die leidenschaftlich und beharrlich gegen den Bürokratismus kämpfen, aktiv an ihrer kulturellen Entwicklung arbeiten und dadurch fähig sind, die Reihen der Leninschen proletarischen Avantgarde zu festigen. Die Partei muß dem Rechnung tragen, daß sich das Proletariat während der Jahre des Krieges und der Revolution durch neue Schichten ergänzte, besonders durch solche, die vom Lande kamen, aber auch in geringerem Umfang direkt durch Menschen aus einem der Arbeiterklasse fremden sozialen Milieu. Mit um so größerer Berechtigung wird die Partei in ihre Organisationen alle revolutionären klassenbewußten und dem Sozialismus ergebenen Elemente des Proletariats aufnehmen, besonders aber Arbeiter und Arbeiterinnen mit langer Arbeitserfahrung aus der Großindustrie. Die praktische Aufgabe für uns besteht darin zu erreichen, daß spätestens Ende 1930 mindestens die Hälfte des Mitgliederbestandes der Partei aus Produktionsarbeitern besteht.

Die Werbung von Arbeitern auf breiter Grundlage muß verbunden werden mit einer strengen Überprüfung des gegenwärtigen Mitgliederbestandes der Partei und einer ganz entschiedenen Reinigung von sozial fremden Elementen, solchen, die sich eingeschlichen haben, sowie von verbürokratisierten und demoralisierten Mitgliedern. Einerseits müssen verschiedene, besonders ideologische Kampfmaßnahmen dagegen ergriffen werden, daß zurückgebliebene aber der Revolution ergebene Arbeiter aus der Partei austreten. Andererseits sind

verstärkte und gegenüber den letzten Jahren weitaus härtere Maßnahmen zur Reinigung der Parteiorganisationen erforderlich; aus ihnen sind alle Elemente zu entfernen, die ihre Zugehörigkeit zur herrschenden Partei für ihre eigennützigen, karrieristischen Ziele ausnutzen, kleinbürgerlich und bürgerlich entartete Elemente, die sich mit dem Kulakentum vereinigt haben usw.

In den Dorfgenerationen ist der Anteil der proletarischen Elemente noch ganz unbedeutend und sind die Kader der Kollektivbauern geradezu verschwindend gering. Zugleich gibt es unter ihren Mitgliedern in einigen Fällen einen beträchtlichen Prozentsatz wohlhabender Bauern und zuweilen mit Kulaken verbündeter, demoralisierter und der Arbeiterklasse völlig fremder Elemente. Dies macht eine entschiedene Verbesserung, eine gründliche Reinigung und weitgehende Erneuerung dieser Organisationen zu einer unaufschiebbaren Aufgabe. In den nationalen Republiken und Gebieten, wo die proletarischen Kader noch zahlenmäßig schwach sind, ist die verstärkte Aufnahme von Knechten und Landarbeitern, besonders aus den örtlichen Nationalitäten, sowie die entsprechende Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Organisationen eine der entscheidenden Voraussetzungen für den sozialistischen Aufbau.

Sowohl zu der verstärkten Werbung von Arbeitern als auch zu der entschlossenen Reinigung der Partei von ideologisch und sozial fremden Elementen müssen die breiten Massen der parteilosen Arbeiter herangezogen werden. Diese Beteiligung der parteilosen Arbeiter und auf dem Lande der parteilosen Bauern, besonders aber der Knechte und der Dorfarmut, muß wirklich aktiv und wirklich eine Beteiligung der Massen sein. Für die Partei ist diese Hilfe durch die parteilosen Massen der Werktätigen von außerordentlich großer Bedeutung, da sie eine überaus wichtige Unterstützung des gesamten sozialistischen Aufbaus ist, den die Kommunistische Partei leitet.

Praktische Schlußfolgerungen

1. Es muß erreicht werden, daß spätestens Ende 1930 mindestens die Hälfte der Parteimitglieder Produktionsarbeiter sind; zu diesem Zweck ist zu gewährleisten, daß, nachdem eine entsprechende organisatorisch-praktische und ideologisch-erzieherische Arbeit unter den Arbeitermassen geleistet worden ist, im Verlauf der nächsten zwei Jahre nicht weniger als 80 Prozent (insgesamt) der Neuaufnahmen in die Partei Produktionsarbeiter sind, besonders Arbeiter, die schon lange in der Produktion tätig sind.
2. In den nächsten zwei Jahren ist die Aufnahme von nicht aus Arbeiterkreisen stammenden Elementen maximal einzuschränken. Angestellte müssen unter ihren Bürgen mindestens einige Produktionsarbeiter aufzuweisen haben (auf dem Lande Knechte und Landarbeiter).
3. Es muß erreicht werden, daß ein entschiedener und sehr schneller Umschwung erzielt wird hinsichtlich der Aufnahme von Landarbeitern und Knechten sowie der besten Aktivisten der Dorfarmut und der Kollektivbauern in die Partei. Dabei ist eine grundlegende, sehr schnelle Erneuerung des Mitgliederbestands der ländlichen Organisationen erforderlich.
4. Die Aufnahme und die Regulierung des Wachstums der Parteiorganisationen dürfen keinesfalls mit mechanischen Methoden vorgenommen werden (z.B. durch Stellung von Terminaufgaben von oben); sie dürfen auch nicht auf Massenkampagnen hinauslaufen, sondern müssen mit einer Intensivierung der gesamten Arbeit der Partei- und Massenorganisationen verbunden sein.
5. Die Überprüfung und Reinigung der Organisationen von fremden, demoralisierten, verbürokratisierten usw. Elementen ist weitaus energischer und systematischer zu betreiben unter allseitig verbesserter Anleitung durch die ZKK und die örtlichen Kontrollkommissionen.
6. Die Aufnahme neuer Mitglieder und die Reinigung der Organisationen müssen unter weitgehender und aktiver Be-

Gemeinsames Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)

16. - 23. April 1929

- 189 -

teiligung der parteilosen Arbeiter und werktätigen Bauern vorgenommen werden (in offenen Parteiversammlungen mit vorhergehender Veröffentlichung der Kandidatenlisten sowie der Listen der Ausgeschlossenen usw.).

7. Die Bedingungen für die Aufnahme von Arbeitern und Arbeiterinnen und für ihre Überführung aus dem Kandidaten in den Mitgliederstand sind zu vereinfachen, indem die Zahl der an der Aufnahme beteiligten Instanzen möglichst eingeschränkt wird. Die Kreis- und Rayonkomitees haben die Prüfung der entsprechenden Fragen innerhalb von höchstens zwei Wochen zu erledigen.

8. Die Maßnahmen ideologisch-politischen Charakters zum Kampf gegen die Erscheinung, daß zurückgebliebene Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Knechte und Angehörige der Dorfarmut aus der Partei austreten, sind entschieden zu verstärken.

9. Neue Parteikader von Arbeitern muß man in alle Zweige der Staatsarbeit aufrücken lassen; dabei muß die weitere Hebung des ideologisch-politischen Niveaus dieser Kader und die volle Entfaltung der kulturellen Massenarbeit unter den Arbeitern gewährleistet werden.

10. Die Parteiorgane bis zum ZK einschließlich müssen die diesbezügliche Arbeit der Ortsorganisationen systematisch kontrollieren, an der örtlichen praktischen Arbeit die erforderlichen Korrekturen vornehmen und die Resultate der gesamten Arbeit vor den Parteiorganisationen und in der Presse erörtern.

11. Die Werbung neuer Kader fortschrittlicher Arbeiter für die Partei muß unlöslich verbunden werden mit der entschlossenen und konsequenten Entwicklung der proletarischen Demokratie in den Sowjets, den Gewerkschaften und der Partei und folglich mit maximaler Intensivierung des praktischen Kampfes gegen den Bürokratismus in allen Organen, auf der Grundlage des vorliegenden Beschlusses und des Juni-Aufrufs des ZK über die Selbstkritik.

"Prawda" Nr. 274, 25. November 1928

Das Plenum behandelte folgende Fragen:

1. Über innerparteiliche Angelegenheiten; 2. Fragen der XVI. Unions-Parteikonferenz; 3. Über die Parteireinigung.

Das Plenum billigte die Resolution der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK über die innerparteilichen Angelegenheiten vom 9. Februar 1929 und verurteilte in einer eigens verfaßten EntschlieÙung die rechtsopportunistische fraktionelle Tätigkeit Bucharins, Rykows und Tomskis.

Das Plenum bestätigte die vom Politbüro vorgelegten Thesen über den Fünfjahrplan der Volkswirtschaft, über Wege zur Hebung der Landwirtschaft und über die Steuererleichterung für den Mittelbauern, über die Ergebnisse und die nächsten Aufgaben des Kampfes gegen den Bürokratismus und beschloÙ, sie der XVI. Unions-Parteikonferenz zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Die Thesen über die Reinigung der Reihen der Mitglieder und Kandidaten der KPdSU(B) wurden vom Plenum im Prinzip gebilligt, und es beschloÙ, sie der XVI. Unions-Parteikonferenz zur Prüfung vorzulegen.

Resolutionen des Plenums

Über innerparteiliche Angelegenheiten

(Angenommen am 23. April 1929)

Das gemeinsame Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) billigt die Resolution der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK über innerparteiliche Angelegenheiten vom 9. Februar 1929.

In Anbetracht dessen, daß die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK nicht die Möglichkeit hatte, die Erklärung Bucharins, Tomskis und Rykows

vom 9. Februar 1929, welche eine fraktionelle Plattform darstellte, richtig einzuschätzen, daß Bucharin, Rykow und Tomski in ihren Reden auf dem gemeinsamen Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) ihre der Linie der Partei widersprechenden Auffassungen weiterhin entwickelten und verfochten, daß Bucharin und Tomski es ablehnten, sich den Beschlüssen der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK über den Verzicht auf Demission zu fügen, hält es das gemeinsame Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) für notwendig, folgenden Beschluß zu fassen:

1. Die Tatsache, daß sich in der KPdSU eine rechte Abweichung entwickelt und feste Form angenommen hat, hängt aufs engste zusammen mit den Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe in der Entwicklung der internationalen proletarischen Revolution. Bereits der XV. Parteitag der KPdSU und der VI. Kongreß der Komintern konstatierten Anzeichen eines wesentlichen Umschwungs in der Lage des Weltkapitalismus und in der internationalen revolutionären Bewegung.

Charakteristische Züge dieses Umschwungs sind: Verschärfung der inneren Widersprüche im Lager des Kapitalismus, die dessen zeitweilige und labile Stabilisierung immer mehr erschüttern und untergraben und das Anwachsen von Elementen eines neuen revolutionären Aufschwungs (die Streikwelle in einer Reihe europäischer Länder, die Linksentwicklung der Arbeiterklasse und die Erfolge der Kommunisten bei Parlamentswahlen, bedeutsame Siege bei den Betriebsrätewahlen in Deutschland, die Entfaltung der revolutionären Krise in Indien und die fortdauernde revolutionäre Gärung in anderen Kolonien, die sich verschärfenden Widersprüche und die zunehmende Kriegsgefahr sowohl im Lager der Imperialisten als auch zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR).

Unter diesen Bedingungen sind die wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien: die weitere Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, ihre Reinigung von den sozialdemokratischen Traditionen, Sicherung der führenden Rolle der Partei in der wachsenden revolutionären Bewegung und Vorbe-

reitung der breiten Massen auf die herannahenden entscheidenden Klassenkämpfe.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, den Kampf der kommunistischen Parteien gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen ihren "linken" Flügel, und gegen die reformistisch-bürokratische Führung der Gewerkschaften an der ganzen Front zu intensivieren und die organisierten und insbesondere die nichtorganisierten Arbeiter in noch größerem Umfang und noch energischer auf der Basis der Losungen der Komintern zu mobilisieren.

Die teilweise kapitalistische Stabilisierung, das Vorhandensein einer starken Sozialdemokratie, die gewisse Elemente der kommunistischen Parteien beeinflusst, schließlich die Überreste sozialdemokratischer Traditionen in den kommunistischen Parteien selbst nähren und verstärken in den Reihen der Sektionen der Komintern die rechtsopportunistische Strömung, welche gegenwärtig die Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung darstellt.

In Fragen der internationalen Politik gleitet die rechte Abweichung auf die sozialdemokratische Einschätzung der Stabilisierung des Kapitalismus ab (Theorie von der "Gesundung" des Kapitalismus), was darin zum Ausdruck kommt, daß man die sich immer mehr verschärfende Krise des Kapitalismus bemäntelt, die Unbeständigkeit der kapitalistischen Stabilisierung leugnet und die revolutionären Züge der "dritten Periode" vertuscht. Damit gelangen die Rechten und die in ihrem Fahrwasser segelnden Versöhnler zu einer Revision der Leninschen Einschätzung der gegenwärtigen Epoche als der Periode der Krise des Kapitalismus, als der Epoche der Kriege und der proletarischen Weltrevolution. Sie unterschätzen die Elemente des heranwachsenden neuen revolutionären Aufschwungs und negieren im Zusammenhang damit die Aufgabe, die Arbeitermassen (insbesondere die nichtorganisierten) zum selbständigen Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zu mobilisieren.

Der Zusammenhang der rechten Abweichung in der KPdSU mit

mit dieser opportunistischen Strömung in den Reihen der Komintern ist ganz offensichtlich. Bucharin hat sich in dieser Frage mit der opportunistischen Position der Versöhnler Humbert-Droz, Ewert, Gerhardt u.a. solidarisiert. Bucharin, Rykow und Tomski hemmen den Kampf der Komintern gegen die rechte Abweichung und das Versöhnertum in der Komintern. Die Erklärung dieser drei Genossen, daß die Politik unserer Partei die Kommunistische Internationale "zersetze", schwächt deren Reihen und führt zu Spaltungen und Abspaltungen in den ausländischen kommunistischen Parteien, sie bedeutet nicht nur ein spießbürgerlich-opportunistisches Unverständnis für die Aufgaben, die kommunistischen Parteien von Elementen des Sozialdemokratismus zu säubern, sondern bedeutet auch faktisch eine Unterstützung der rechten Renegaten. Damit werden Bucharin, Rykow und Tomski objektiv immer mehr zum Anziehungszentrum für alle opportunistischen und versöhnlerischen Gruppen in den Sektionen der Komintern.

2. Die politische Position der rechten Abweichung in der KPdSU bedeutet Kapitulation vor den Schwierigkeiten, die mit der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft und der Verschärfung des Klassenkampfes in der UdSSR zusammenhängen. Die Rekonstruktionsperiode ist ein wichtiger Wendepunkt in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der UdSSR. Die Notwendigkeit, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in einer historisch kurzen Frist in technisch-ökonomischer Hinsicht einzuholen und zu überholen, zwingt die Partei, eine Politik zu betreiben, die auf die schnelle Entwicklung der Industrie gerichtet ist. Bei der Durchführung der sozialistischen Industrialisierung hat das Proletariat gegenwärtig die höchst schwierige Arbeit in Angriff genommen, die Wurzeln des Kapitalismus in der Volkswirtschaft des Landes auszurotten und die Landwirtschaft auf sozialistischer Grundlage umzugestalten; diese letztere Arbeit ist in der bevorstehenden Periode unsere zentrale Aufgabe auf dem Lande. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Hauptmassen der Bauernschaft ist in ein

neues Stadium getreten und entwickelt neue Formen, indem es immer stärker Produktionscharakter annimmt (Sowjetwirtschaften, Kollektivwirtschaften, Maschinenversorgung, Kontraktssystem usw.). Die Aufgabe, die technisch-ökonomische Rückständigkeit unseres Landes unter den Bedingungen der feindlichen kapitalistischen Umkreisung und des Vorherrschaftens der auf dem Kleineigentum beruhenden Bauernwirtschaft schnellstens zu liquidieren, und die unmittelbare Inangriffnahme der Arbeit zur grundlegenden sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft sind unvermeidlich mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Partei verhehlt den werktätigen Massen nicht, daß es dringend notwendig ist, diese unvermeidlichen Schwierigkeiten zu überwinden, im Gegensatz und als Gegengewicht zur Politik der Kapitulation vor ihnen. Der sozialistische und der kapitalistische Entwicklungsweg der Landwirtschaft stehen sich jetzt schärfer gegenüber denn je. Das Wachstum der sozialistischen Wirtschaftsformen, die Verdrängung der kapitalistischen Elemente und der damit verbundene wachsende Widerstand der uns feindlichen Klassenkräfte rufen unausbleiblich eine Verschärfung des Klassenkampfes in dieser neuen, entscheidenden Etappe des sozialistischen Aufbaus hervor. Die proletarische Diktatur bedeutet in der jetzigen Etappe Fortsetzung und Verstärkung (und nicht Erlöschen) des Klassenkampfes.

Die in den Jahren der NÖP herangewachsene kapitalistische Oberschicht im Dorfe verfügt gegenwärtig über größere Möglichkeiten zum ökonomischen Manövrieren als in den ersten Jahren der NÖP (Getreidereserven, Produktionsmittel). Das Kulakentum nutzt diese Möglichkeiten zum Manövrieren aus zu einem erbitterten Kampf gegen die sozialistische Offensive, zu Versuchen, die staatliche Regulierung des Marktes und die Preispolitik des Sowjetstaates zum Scheitern zu bringen. Diese Versuche, die Politik der Sowjetmacht zu nichte zu machen, sind eine der schärfsten Formen des Kampfes für die Hauptforderungen der kapitalistischen Elemente des Landes, in erster Linie für die freie kapitalistische

Entwicklung der Landwirtschaft.

Das gemeinsame Plenum des ZK und der ZKK stellt fest, daß die Gruppe Bucharins in der letzten Zeit vom Hinundherpendeln zwischen der Linie der Partei und der Linie der rechten Abweichung in den Hauptfragen unserer Politik faktisch dazu übergegangen ist, die Positionen der rechten Abweichung zu vertreten. Sowohl Bucharins "Aufzeichnungen eines Ökonomen", als auch und insbesondere die auf der gemeinsamen Sitzung des Politbüros und des Präsidiums der ZKK am 9. Februar verkündete Plattform der Drei, wie schließlich auch die Reden dieser Genossen auf dem Plenum des ZK und der ZKK sind eindeutig auf eine Verlangsamung des Tempos der Industrialisierung gerichtet. Die liberale Auslegung der NÖP, die in der Praxis zum Verzicht auf die Regulierung der Marktverhältnisse durch den proletarischen Staat führt, die Unterschätzung der neuen Formen, die das Bündnis der sozialistischen Industrie mit der Landwirtschaft annimmt, die Unterschätzung der Rolle der Sowjetwirtschaften und der Kollektivwirtschaften bei eindeutiger Überschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der kleinen individuellen bäuerlichen Wirtschaft, - all das ist objektiv eine Linie, die auf die Einschränkung der sozialistischen Offensive und die Schwächung der Positionen des Proletariats im Kampf gegen die kapitalistischen Wirtschaftsformen hinzielt. Entgegen der Linie der Partei setzt die Gruppe Bucharin, dem Beispiel Frumkins folgend, ihre Hoffnungen faktisch auf größere Entwicklungsmöglichkeiten für die Kulakenwirtschaft. Auf dieser Linie liegen die Vorschläge hinsichtlich Aufhebung der individuellen Besteuerung der Kulaken, auf eine weitere Erhöhung der Getreidepreise und auf Einstellung des Druckes auf die Kulaken bei der Getreidebeschaffung. Während die Partei die Schichten der Klein- und Mittelbauern zum Kampfe gegen die böswillige Zurückhaltung des Getreides und die Spekulation mit Getreide durch das Kulakentum mobilisiert, unterstützen die Rechten, indem sie sich gegen die Maßnahmen der Partei wenden, objektiv die Versuche der Kulaken, die Getreidebeschaffung und die Versorgung der

Arbeiterklasse und der armen Bevölkerung mit Brot zu hintertreiben.

Dieser politischen Linie der Rechten liegt die Theorie der ständigen Konzessionen an die Bauernschaft zugrunde, die davon zeugt, daß die Rechten die führende Rolle des Proletariats im Bündnis mit der Bauernschaft vergessen haben, und die eine offene Revision der Leninschen Lehre vom Bündnis mit dem Mittelbauern bedeutet. Den gleichen politischen Sinn hat, daß Bucharin, Rykow und Tomski die Unvermeidlichkeit der Verschärfung des Klassenkampfes unter den gegenwärtigen Bedingungen der Rekonstruktionsperiode leugnen und daß sie versuchen, die Tatsache der Verschärfung des Klassenkampfes nicht mit den sozial-ökonomischen Bedingungen, sondern mit sogenannten Planfehlern und Mängeln des örtlichen Apparates usw. zu erklären.

3. Die Lösung der höchst komplizierten Aufgaben der Rekonstruktionsperiode, die Überwindung der mit ihr verbundenen Schwierigkeiten, die Verschärfung des Klassenkampfes im Lande erfordern eine Umstellung in den Reihen und in den Arbeitsmethoden aller Organe der proletarischen Diktatur und aller Organisationen der Arbeiterklasse in Richtung der umfassenden Mobilisierung der Aktivität der proletarischen und halbproletarischen Massen, in Richtung der Verbesserung und Verstärkung der Führung der Bauernschaft durch das Proletariat, in Richtung auf den Zusammenschluß und Erhebung aller klein- und mittelbäuerlichen Schichten des Dorfes gegen das Kulakentum und der konsequenten Abwehr des Drucks der kleinbürgerlichen Elemente. Die Grundlage für diese Umstellung ist die weitere Entfaltung der proletarischen, von den Massen geübten Selbstkritik, die auf den Widerstand der bürokratischen Elemente unserer Apparate stößt. Die generelle Säuberung der Partei von entarteten Elementen, die Entfaltung der Selbstkritik und der innerparteilichen Demokratie müssen den Vortrupp der Arbeiterklasse in seinem Kampf für den Sozialismus stählen. Die Säuberung der Sowjet-Institutionen von klassenfeindlichen Elementen und bürokratischen Auswüchsen, die Belebung und

Intensivierung der Tätigkeit der Sowjets, die entschlossene Verbesserung der Massenkontrolle von unten über die Arbeit aller Organisationen der Arbeiterklasse, die Anpassung des Verwaltungssystems an die Aufgaben der Rekonstruktionsperiode müssen zur Reorganisation des Staatsapparats, zu seiner weiteren Verbesserung beitragen. Die Gewerkschaften, die berufen sind, eine entscheidende Rolle beim Aufbau der sozialistischen Industrie, bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Arbeitsdisziplin, bei der Organisierung der Initiative der Arbeiterklasse in der Produktionsarbeit und des sozialistischen Wettbewerbes wie auch bei der Klassenerziehung der neuen Schichten des Proletariats zu spielen, müssen entschlossen alle Überreste sowohl der kastenmäßigen Isoliertheit und des Trade-Unionismus überwinden als auch der bürokratischen Gleichgültigkeit gegenüber den Massen und der nachlässigen Behandlung der Aufgaben, die alltäglichen Bedürfnisse und Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Die Belebung der Tätigkeit der Genossenschaften, die völlige Loslösung ihrer einzelnen Organisationen vom Einfluß der wohlhabenden kulakischen Oberschicht des Dorfes, die Stärkung der proletarischen Führung der Genossenschaften, dies alles muß die sozialistische Entwicklung dieser außerordentlich wichtigen Massenorganisation der Bauernschaft sicherstellen.

Die Lösung dieser Aufgaben ist unmöglich ohne entschlossene Überwindung der rechten Abweichung. Die verleumderische Erklärung der Gruppe Bucharins, die Partei kultiviere den Bürokratismus, bedeutet eine Diskreditierung der gewaltigen Arbeit, welche die Partei im Kampf gegen den Bürokratismus geleistet hat. Die spießhafte Verleumdung der Selbstkritik von seiten dieser Gruppe kann keinen anderen Sinn haben als den des direkten Kampfes gegen die Losung der Selbstkritik. In der Gewerkschaftsfrage gehen Bucharin, Rykow und Tomski den sehr gefährlichen Weg, die Gewerkschaften der Partei gegenüberzustellen, und nehmen faktisch Kurs auf die Schwächung der Führung der Gewerkschaftsbewegung

durch die Partei; sie verkleistern die Mängel in der Gewerkschaftsarbeit und bemänteln die trade-unionistischen Tendenzen und die Erscheinungen bürokratischer Verknöcherung in einem Teil des Gewerkschaftsapparates, während sie den Kampf der Partei gegen diese Mängel als trotzkistische "Durchrüttelung" der Gewerkschaften hinstellen. In bezug auf die Rolle des Parteiapparates und das innerparteiliche Regime bläst die Gruppe Bucharins die boshaftesten Beschuldigungen nach, die jemals von der trotzkistischen Opposition gegen unsere Partei gerichtet wurden. Die Partei kämpft für die weitere Entfaltung der innerparteilichen Demokratie und der proletarischen Selbstkritik in ihren Reihen "ohne Ansehen der Person" und wird auch weiterhin dafür kämpfen. Zugleich aber lehnt die Partei entschieden eine solche "Freiheit" der Kritik ab, wie sie die rechten Elemente zur Verteidigung ihrer antileninistischen politischen Linie anstreben. Eine solche "Demokratie", welche Abweichungen und fraktionelle Gruppierungen innerhalb der Partei legalisiert, wird von der Leninschen Partei mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Die innerparteiliche Demokratie dient der Festigung der Leninschen Einheit der Partei, ihrer Geschlossenheit auf der Grundlage der vom XV. Parteitag der KPdSU festgelegten Generallinie.

4. Die rechte Abweichung hat ihre Wurzeln in den die Arbeiterklasse umgebenden kleinbürgerlichen Elementen. Die Basis für die rechte Abweichung innerhalb der Partei bilden die am wenigsten standhaften, kleinbürgerlichen Einflüssen und der Gefahr der Entartung am stärksten ausgesetzten Elemente im nichtproletarischen Sektor der Partei und die rückständigsten Schichten der Arbeiter, die noch nicht lange durch die Arbeit in der Fabrik erzogen und noch mit dem Dorfe und dem städtischen Kleinbürgertum verbunden sind. Die Plattform der Gruppe Bucharins vom 9. Februar und die von den Mitgliedern dieser Gruppe auf dem Plenum des ZK und der ZKK vertretenen Anschauungen sind ein Appell an diese wenig standhaften Elemente und tragen objektiv zur Herausbildung einer rechten Abweichung in der Partei bei.

Da die Partei in der Entlarvung des Trotzkismus sowohl in ihren Reihen als auch unter den breiten Massen der Arbeiterklasse einen entscheidenden Erfolg errungen hat, muß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Hauptaufgabe der Politik innerhalb der Partei in der völligen Überwindung der rechten Abweichung und des versöhnlerischen Verhaltens ihr gegenüber bestehen. Diese Aufgabe muß gelöst werden durch die systematische Entlarvung der antileninistischen Theorie und Politik der rechten Abweichung und durch einen schonungslosen Kampf gegen alle Erscheinungen der rechten Abweichung in der täglichen praktischen Arbeit der Partei-, Gewerkschafts-, Sowjet-, Wirtschafts-, Genossenschafts- und anderer Organisationen. In den Reihen der Leninschen Partei, deren Kader im langjährigen Kampfe gegen den Opportunismus gestählt sind, kann die offen rechtsopportunistische Abweichung keine irgendwie breitere und offene Unterstützung finden. Um so gefährlicher ist die versteckte Form der rechten Abweichung, die darin besteht, daß die opportunistischen Elemente, getarnt hinter der offiziellen Zustimmung zu den Beschlüssen der Partei, die Klassenlinie der Partei in der Praxis verzerren. Deshalb muß die Entlarvung der rechten Abweichung in der praktischen Arbeit ein unbedingter Bestandteil des Kampfes gegen den Opportunismus in der Partei sein.

5. Das gemeinsame Plenum des ZK und der ZKK stellt fest, daß die Gruppe Bucharins den Fraktionskampf gegen die Parteileitung bereits eröffnet hat. Sie verletzt die Parteidisziplin auf unzulässigste Weise (Weigerung Bucharins und Tomskis, wiederholte Beschlüsse des Politbüros über ihre Arbeit auszuführen). Sie versucht mit der Methode der Demission der Partei ihre Linie aufzuzwingen. Sie inspierte die Fraktionsarbeit in der Moskauer Organisation gegen das ZK, sie suchte die Fraktion des VIII. Gewerkschaftskongresses dem Zentralkomitee entgegenzustellen, sie suchte einen gegen das Zentralkomitee gerichteten prinzipienlosen Block von Spitzenfunktionären zu schaffen (Vorschlag Bucharins an Kamenew, einen Block gegen das ZK zu bilden)

usw. Die unerhörte Verleumdung der Partei, sie gleite auf trotzkistische Positionen ab, der verleumderische Ausfall gegen die Partei, sie betreibe eine Politik der "militaristisch-feudalistischen Ausbeutung" der Bauernschaft, der dem Arsenal der Miljukow-Partei entnommen ist, die gegen die Partei erhobene Beschuldigung, sie züchte den Bürokratismus und zersetze die Kommunistische Internationale, - all das zeugt zweifellos vom fraktionellen Charakter der Gruppe Bucharins und davon, daß sie sich von der Generallinie der Partei entfernt hat. Damit verletzt die Gruppe Bucharins aufs gröblichste die Leninsche Einheit der Partei, zerstört sie die bolschewistische Disziplin und untergräbt sie die kollektive Führung im ZK.

6. Gestützt auf den Willen aller Parteiorganisationen, die einmütig die Linie des ZK unterstützt und das Verhalten und die Anschauungen Bucharins, Rykows und Tomskis als im wesentlichen eine rechte Abweichung widerspiegelnd entschieden verurteilt haben, und in Anbetracht dessen, daß Bucharin, Rykow und Tomski ihre Fehler nicht zugegeben haben; schließlich ausgehend von den Interessen der Einheit der Partei, die unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders notwendig ist, beschließt das Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B):

a) die Anschauungen der Gruppe Bucharins, die in der Erklärung Bucharins vom 30. Januar und der Erklärung Bucharins, Rykows und Tomskis vom 9. Februar und in den Reden dieser Genossen auf dem Plenum des ZK und der ZKK dargelegt wurden, als mit der Generallinie der Partei unvereinbar und im wesentlichen mit der Position der rechten Abweichung identisch zu verurteilen und diese Genossen zu verpflichten, die Beschlüsse der Partei und ihrer Organe widerspruchslos durchzuführen;

b) die geheimen Verhandlungen Bucharins mit Kamenew als deutlichsten Ausdruck des Fraktionscharakters der Gruppe Bucharin zu verurteilen;

c) die Demissionspolitik Bucharins und Tomskis als grobe Verletzung der Parteidisziplin zu verurteilen;

- d) Bucharin und Tomski ihrer Posten zu entheben ("Prawda", Komintern, Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion) und sie zu verwarnen, daß sie im Falle des geringsten Versuchs, den Beschlüssen des ZK und seiner Organe zuwiderzuhandeln, wegen Zerstörung der Parteidisziplin unverzüglich aus dem Politbüro entfernt werden;
- e) das Politbüro muß Maßnahmen ergreifen, um in Erklärungen einzelner Mitglieder und Kandidaten des Politbüros keinerlei Abweichungen von der Linie der Partei und den Beschlüssen der führenden Organe der Partei zuzulassen;
- f) es sind alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu erreichen, daß in den Presseorganen, sowohl in denen der Partei als auch der Sowjets, sowohl in den Zeitungen als auch in den Zeitschriften, die Linie der Partei und der Beschlüsse des ZK fest eingehalten wird;
- g) es sind besondere Maßnahmen festzulegen - bis zum Ausschluß aus dem ZK und der Partei - die die Geheimhaltung der Beschlüsse des ZK und des Politbüros des ZK zu garantieren vermögen und die Möglichkeit ausschließen, daß die Trotzlisten über Angelegenheiten des ZK und des Politbüros informiert werden;
- h) vorstehende Entschliebung ist allen örtlichen Organisationen der Partei und den Teilnehmern der XVI. Parteikonferenz zuzustellen, ohne sie in der Presse zu veröffentlichen.¹⁾

Entschliebung der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK über innerparteiliche Angelegenheiten vom 9. Februar 1929

(Gebilligt vom gemeinsamen Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) vom 23. April 1929)

Nach Einsicht in die Dokumente und unter Berücksichtigung des Meinungsaustausches auf der gemeinsamen Sitzung des

1) Die Resolution wurde mit Genehmigung des ZK der KPdSU(B) in der vierten Auflage "Die KPdSU(B) in Beschlüssen..." veröffentlicht. - D.Red.

Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK vom 30. Januar 1929 gelangt die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK zu folgenden Schlußfolgerungen:

I. Die geheimen Versuche Bucharins zur Organisation eines fraktionellen Blocks gegen das ZK

Die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK stellt fest:

- 1) Bucharin führte in Begleitung von Sokolnikow während des Juliplenums des ZK (1928) ohne Wissen und gegen den Willen des ZK und der ZKK geheime fraktionelle Verhandlungen mit Kamenew über Fragen einer Änderung der Politik des ZK und der Zusammensetzung des Politbüros des ZK;
- 2) Bucharin führte diese Verhandlungen mit Wissen, wenn nicht mit Zustimmung Rykows und Tomskis, und diese Genossen, die um diese Verhandlungen wußten und deren Unzulässigkeit verstanden, verheimlichten diese Tatsache vor dem ZK und der ZKK;
- 3) die Verhandlungen Bucharins verfolgten das Ziel, die Politik des ZK in Wirtschaftsfragen Kamenew gegenüber als falsch hinzustellen, sich über eine Änderung dieser Politik und eine entsprechende Veränderung in der Zusammensetzung des Politbüros zu einigen und somit die Notwendigkeit der Organisation eines fraktionellen Blocks Bucharins u.a. mit der Gruppe Kamenews zu begründen;
- 4) diese fraktionellen Verhandlungen fanden zu einem Zeitpunkt statt, zu dem bereits die einstimmig angenommene Entschliebung des Politbüros über die wirtschaftliche Lage und die Getreidebeschaffungspolitik (2. Juli) und die des Plenums des ZK (10. Juli) vorlag;
- 5) diese fraktionellen Verhandlungen Bucharins fanden in dem Moment statt, als das Politbüro auf Initiative Bucharins, Rykows und des Gen. Stalin die Deklaration des ZK für den VI. Kongreß der Komintern über das Nichtvorhandensein von Meinungsverschiedenheiten im Politbüro ausarbeitete, in welcher folgende kategorische Erklärung aller Mitglieder des Politbüros enthalten ist: "Die nachstehend unterzeich-

neten Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU(B) erklären dem Ältestenrat des Kongresses, daß sie auf das entschiedenste gegen die Verbreitung jedweder Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des Politbüros des ZK und KPdSU protestieren."

Auf Grund des oben Dargelegten beschließt die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK:

- a) das Verhalten Bucharins und Sokolnikows (die Unterredung mit Kamenev) als fraktionellen Akt zu verurteilen, der von der völligen Prinzipienlosigkeit Bucharins und Sokolnikows zeugt und außerdem den elementarsten Forderungen der Gewissenhaftigkeit und einfachen Anständigkeit widerspricht;
b) das Verhalten Rykows und Tomskis, die dem ZK und der ZKK die Tatsache der ihnen bekannten geheimen Verhandlungen Bucharins mit Kamenev verheimlichten, als ganz und gar unzulässig zu erklären.

II. Wohin die Fraktionstätigkeit Bucharins führt

Die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK stellt fest, daß sich die Fraktionstätigkeit Bucharins nicht in dessen Geheimverhandlungen mit der Gruppe Kamenevs erschöpft, sondern daß sie im Gegenteil nach dem Juli-Plenum des ZK nicht eingestellt wurde und sich leider in verschiedenen Formen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt fortsetzt. Solche Tatsachen, wie die Weigerung Bucharins, in der Komintern zu arbeiten; seine Weigerung, in der Redaktion der "Prawda" zu arbeiten; das Erscheinen von Bucharins "Aufzeichnungen eines Ökonomen" in der Presse ohne Wissen des ZK, welche ein für einen Marxisten unzulässiges eklektisches Durcheinander darstellen und die Gefahr einer Diskussion in der Partei heraufbeschwören, die Demissionserklärung Bucharins, Rykows und Tomskis vor dem Novemberplenium des ZK; die Erklärung Bucharins vom 30. Januar 1929, die im wesentlichen den Inhalt seiner Unterredung mit Kamenev vom Juli 1928 bestätigte; die Rücktrittserklärung Tomskis im Dezember 1928; die Weigerung Bucharins und

Tomskis, sich den wiederholt gefaßten Beschlüssen des Politbüros über die Zurücknahme der Demissionserklärungen zu unterwerfen, - alle diese und ähnliche Tatsachen zeugen davon, daß Bucharin weiterhin seine Klinge zum Kampf gegen das ZK scharf hält.

Zur Rechtfertigung seiner Fraktionstätigkeit greift Bucharin zu unzulässigsten Verleumdungen gegen das ZK, gegen dessen innere und äußere Politik und gegen dessen organisatorische Leitung, die das Ziel verfolgen, die Partei und ihr ZK zu diskreditieren.

Indem Bucharin so die Politik der Partei in Verruf zu bringen sucht, gleitet er ab auf die Position einer diplomatischen Verteidigung der rechten Elemente in der KPdSU (Frumkin und Co.), die verlangen, den kapitalistischen Elementen der Stadt und des Dorfes freie Hand zu lassen, und der versöhnlerischen Elemente in der Komintern (Humbert - Droz und Co.), die den labilen Charakter der kapitalistischen Stabilisierung leugnen, die Beschlüsse des VI. Kongresses der Komintern über den Kampf gegen die Rechten und das Versöhnertum revidieren und gegen die Beschlüsse des Präsidiums des EKKI über den Ausschluß der Rechten aus der Kommunistischen Partei Deutschlands auftreten.

Im Zusammenhang damit stellt die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK folgende Tatsachen fest:

- 1) Die Erklärung Bucharins, daß die Politik der Partei nach dem Juli-Plenum bestimmt worden sei von der angeblich von Gen. Stalin in dessen Rede auf dem Plenum verkündeten "Tribut"-Lösung, d.h. der "militaristisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft" ist innerlich verlogen und durch und durch unehrlich. Die Partei als Ganzes, wie auch Gen. Stalin, haben stets gegen die trotzkistische Theorie der "militaristisch-feudalistischen Ausbeutung der Bauernschaft" gekämpft und werden weiter gegen sie kämpfen. Das ist Bucharin ebensogut bekannt wie der gesamten Partei. Die Partei als Ganzes, wie auch Gen. Stalin, gehen davon aus, daß die Bauernschaft noch immer für Industriewaren überhöhte

Preise bezahlt und in den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu wenig erhält, daß diese Zusatzsteuer (Tribut) nicht sogleich beseitigt werden kann, wenn wir nicht auf die Industrialisierung verzichten wollen, daß sie Schritt für Schritt verringert werden muß, um sie nach einigen Jahren gänzlich zu beseitigen. Wenn dies wirklich der Punkt ist, in dem die Meinung Bucharins und die der Partei auseinandergehen, warum hat Bucharin dies dann nicht im Politbüro oder im Plenum des ZK erklärt? Es ist bekannt, daß alle Mitglieder des Politbüros, einschließlich Bucharin, unmittelbar nach dem Juli-Plenum die bekannte Erklärung der Mitglieder des Politbüros vom 30. Juli 1928 an den VI. Kongreß der Komintern unterschrieben haben, daß die "nachstehend unterzeichneten Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU(B) dem Ältestenrat des Kongresses erklären, daß sie auf das entschiedenste gegen die Verbreitung jedweder Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) protestieren". Wie konnte Bucharin diese Erklärung unterschreiben, wenn er in Wirklichkeit glaubte, daß zwischen ihm und dem Gen. Stalin oder dem Politbüro grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in Fragen der "militaristisch-feudalistischen Ausbeutung der Bauernschaft" vorhanden seien? Hat er die Partei damals betrogen?

Es ist bekannt, daß alle Mitglieder des Politbüros, darunter auch Bucharin, im November 1928, während des Novemberplenums, einstimmig den Beschluß gefaßt haben, sowohl auf dem Plenum als auch in den Referaten zu erklären, daß im Politbüro Einmütigkeit herrsche und keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien. Wie konnte Bucharin für einen solchen Beschluß stimmen, wenn er in Wirklichkeit glaubt, daß es zwischen ihm und dem Gen. Stalin oder dem Politbüro grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Bauernpolitik gebe? Hat er damals die Partei betrogen? Ist es nicht klar, daß Bucharin selbst nicht an das Geschwätz über den "Tribut" glaubt? Und wenn er jetzt zu dieser Verleumdung Zuflucht nimmt, so nur zu dem Zweck, um seine

Fraktionstätigkeit zu rechtfertigen, sei es auch durch erfundene Behauptungen und Verleumdungen gegen die Partei.

Übrigens greift Bucharin nicht zum ersten Male zur Verleumdung der Partei. Die Geschichte unserer Partei kennt aus der Zeit des Erster Friedens Tatsachen, daß Bucharin, der damals selbst im kleinbürgerlichen opportunistischen Sumpf saß, Lenin und die Partei Lenins des Opportunismus und der kleinbürgerlichen Einstellung beschuldigte, als er in den auf dem VII. Parteitag eingebrachten Thesen der "linken" Kommunisten schrieb, daß "die Politik der leitenden Organe der Partei eine Politik der Schwankungen und Kompromisse" sei, daß die "soziale Grundlage dieser Politik der Prozeß der Entartung unserer Partei aus einer rein proletarischen in eine allgemeine Volkspartei" sei, daß "die Partei, statt die Bauernmassen auf das Niveau der Partei zu heben, sich selbst auf deren Niveau hinab begab, daß sie sich aus dem Vortrupp der Revolution in einen Mittelbauern verwandelt hat" (s. "Thesen über Krieg und Frieden, dem Parteitag von einer Gruppe von Gegnern des Friedensschlusses vorgelegt". Stenografischer Bericht des VII. Parteitages, S.202).

2) Unrichtig und unaufrichtig ist die Erklärung Bucharins, daß eine steuerliche "Überbelastung" der Bauernschaft ein Bestandteil der Politik der Partei sei, daß die Partei und das ZK angeblich die Beschlüsse der Plenartagungen des ZK über die Stimulierung der individuellen Bauernwirtschaft und über die Steigerung ihrer Erträge nicht durchführen. Die gesamte Partei hat im vergangenen Jahre anerkannt, daß die Besteuerung unzureichend, daß die Landwirtschaftssteuer zu niedrig ist und daß sie erhöht werden muß. Auf Grund dessen hat das ZK im vergangenen Jahre einstimmig den Beschluß über die Erhöhung der Steuer auf 400 Millionen Rubel gefaßt. Die Erfahrung dieses Jahres hat jedoch gezeigt, daß eine solche Steuererhöhung, wenn 35 Prozent der Wirtschaften von der Steuer befreit sind und sich die ganze Last auf die übrigen 65 Prozent der Wirtschaften verteilt, die

Interessen einiger Schichten der Mittelbauern übermäßig verletzt. Aus diesem Grunde hat das Politbüro auf Vorschlag der Genossen Kalinin und Stalin schon im Dezember vergangenen Jahres eine Kommission gebildet, die Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung des Mittelbauern ausarbeiten soll. Auf derselben Grundlage hat das Politbüro auf Initiative des Gen. Stalin die Frage der Steuererleichterung für den Mittelbauern in die Tagesordnung der bevorstehenden Konferenz aufgenommen. Aus dem gleichen Grund hat das Politbüro nach dem Bericht des Gen. Kalinin den Beschluß über die Herabsetzung der Steuer auf 375 Millionen Rubel und über die Gewährung von Steuerermäßigungen für klein- und mittelbäuerliche Wirtschaften, die ihre Anbauflächen vergrößern, gefaßt.

Diese Tatsachen können Bucharin nicht unbekannt sein.

Was die Arbeit der Partei zur Hebung der Ertragsfähigkeit der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften betrifft, so genügt es, solche Tatsachen anzuführen wie die breitangelegte Kampagne der gesamten Partei zur Steigerung der Ernteerträge, die sich besonders seit der letzten Sitzung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR verstärkt hat, oder die in allen Getreiderayons einberufenen Orts- und Gebietskonferenzen über Fragen des Getreideproblems oder die Tatsache der breitesten Anwendung des Kontraktsystems, um zu begreifen, welche große Aufmerksamkeit die Partei dem Getreideproblem, der Steigerung der Ernteerträge und der Förderung der individuellen bäuerlichen Wirtschaft widmet.

Diese Tatsachen müssen Bucharin ebenfalls bekannt sein.

Dasselbe ist über die Versorgung des Dorfes mit Waren und den Stand der Getreidebeschaffung in diesem Jahre zu sagen. Es wäre völlig falsch zu leugnen, daß es uns gelungen ist, die Versorgung des Dorfes mit Konsumgütern und mit für die Produktion notwendigen Waren gegenüber dem Vorjahr sowohl qualitativ als quantitativ zu verbessern. Ebenso falsch wäre es zu leugnen, daß es der Partei gelungen ist, in diesem Jahre ohne Anwendung außerordentlicher Maßnahmen auszukommen, daß es ihr gelungen ist, ein im allgemeinen für

die UdSSR nicht schlechtes Tempo der Getreidebeschaffung beizubehalten, wenn man solche ungünstigen Erscheinungen berücksichtigt wie die sehr ernst zu nehmende Mißernte in der Ukraine, die teilweise Mißernte im Nördlichen Kaukasus und im Zentralen Schwarzerdegebiet und den beträchtlichen Ernteausfall im Nordwestlichen Rayon. Es ist kaum zu bezweifeln, daß wir ohne diese Erscheinungen von Mißernten, besonders bei Weizen und Roggen, ein höheres Tempo der Getreidebeschaffung hätten und nicht zu der allen bekanntesten Herabsetzung der Brotversorgungsanormen gezwungen wären.

Auch diese Tatsachen müssen Bucharin bekannt sein.

Wenn, trotz aller dieser Tatsachen, Bucharin es weiterhin für nötig hält, die Tätigkeit des ZK mit Schmutz zu bewerfen und die Politik des ZK in der Bauernfrage zu bekämpfen, indem er die unwahre Behauptung aufstellt, es werde bei uns etwas ganz anderes durchgeführt als das, was das ZK beschliesse, so heißt dies, daß Bucharin die Linie der Partei nicht anerkennt, daß er eine andere, von der Linie der Partei verschiedene Linie vertritt.

Aber in der Partei kann es nicht zwei Linien geben, Entweder ist die Linie der Partei falsch, - und dann hat Bucharin recht, wenn er sich vom ZK distanziert. Oder die Linie der Partei ist richtig, - und dann kann die "neue" Linie Bucharins in der Bauernfrage nichts anderes sein als eine Annäherung an die Linie Frumkins, die darauf abzielt, den kapitalistischen Elementen freie Hand zu lassen. Man kann nicht endlos zwischen der Losung "Bereichert euch" und der Losung "Offensive gegen den Kulaken" hin und her schwanken. Dem Wesen der Sache nach gleitet Bucharin auf die Position Frumkins ab.

3) Völlig falsch ist Bucharins Erklärung über die angebliche Hoffnungslosigkeit unserer Lage bezüglich der Devisen. Seine Behauptung, er habe dies alles "vorausgesagt", man habe nicht auf ihn gehört usw. Diese Erklärung Bucharins ist nichts als Großsprecherei. In Wirklichkeit war es Rudsutak, der am meisten und als erster von unseren Devisenschwierig-

keiten gesprochen hat. Bucharin begreift offenbar nicht, daß auf diesem Gebiet nicht alles von uns abhängt, daß hier sehr viel abhängt von der getarnten Finanzblockade, die von England und Frankreich mit gewisser Unterstützung von seiten Deutschlands betrieben wird, und die sich erst in der letzten Zeit zu lockern beginnt. Bucharin begreift nicht, daß Gerede und Beschwörungen hier nicht nützen, sondern daß zur Akkumulation von Devisenreserven äußerst strenge Maßnahmen notwendig sind zur Einschränkung der Einfuhr von zweit-rangigen Importartikeln, zur Verstärkung des Exports von Holz, Erdöl usw., zur Einschränkung der Devisenausgaben usw.; Maßnahmen, die von der Partei bereits durchgeführt werden, und zwar nebenbei, ohne jede Unterstützung von seiten Bucharins. Es kann Bucharin nicht unbekannt sein, daß diese Maßnahmen bereits Resultate gezeitigt haben und daß wir jetzt über gewisse Devisenreserven verfügen. Wenn Bucharin dennoch fortfährt, über die Hoffnungslosigkeit unserer Lage bezüglich der Devisen zu jammern, so kann dies nichts anderes bedeuten, als daß er in Panik verfallen ist und im Grunde genommen eine Einschränkung der Einfuhr von Betriebs-ausrüstungen verlangt, d.h. eine Verlangsamung des Entwick-lungstempos unserer Industrie.

4) Völlig unrichtig und durch und durch unehrlich ist die Erklärung Bucharins, es gebe bei uns keine innerparteiliche Demokratie, die Partei "verbürokratisiere", wir "züchteten Bürokratismus", es gebe in der Partei keine gewählten Sekre-täre, wir hätten angeblich ein System politischer Kommissare in der "Prawda", in der Komintern, im Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion geschaffen, das jetzige Regime in der Partei sei unerträglich geworden usw. Man kann nicht umhin zu bemerken, daß Bucharin hier bei der Position Trotzki's angelangt ist, die in dessen berüchtigtem Brief vom 8. Oktober 1923 dargelegt war.

Man braucht nur die Worte Trotzki's in diesem Briefe vom "innerparteilichen Regime", vom "Sekretärbürokratismus", davon, daß die "Verbürokratisierung des Parteiapparates durch die Anwendung der Methode der Sekretär-Auswahl eine

unerhörte Entwicklung erfahren habe", nur mit der Erklärung Bucharins zu vergleichen, um die ganze Tiefe des Ab-sinkens Bucharins zu begreifen. Nur Menschen, die mit der eisernen innerparteilichen Disziplin unzufrieden sind, die unzufrieden damit sind, daß die Mehrheit der Partei mit ihren panischen "Plattformen" und "Thesen" nicht einver-standen ist, nur Menschen, die mit der gegenwärtigen Zusam-mensetzung der leitenden Organe unserer Partei unzufrieden sind, - nur solche Menschen können unsere Partei, die die Methode der Selbstkritik anwendet, des Bürokratismus und der Bürokratisierung beschuldigen. Recht hatte Lenin, als er solche Genossen als vom "Herrenanarchismus" besessene Menschen bezeichnete. Recht hatte Lenin, als er an die Adresse solcher Leute die Worte richtete: "Es ist wohl klar, daß das Geschrei über den vielgenannten Bürokratismus bloß ein Deckmantel für die Unzufriedenheit mit der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen ist, ein Feigenblatt..." ("Ein Schritt vorwärts")¹⁾

Bucharin glaubt, wenn ihn die Partei auf den Posten des verantwortlichen Redakteurs der "Prawda" und Sekretärs des EKKI und Tomski auf den Posten des Vorsitzenden des Zentral-rates der Gewerkschaften der Sowjetunion gestellt hat, so bedeute dies, daß die Partei ihnen die "Prawda", das EKKI und den Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion als eine Art Mandatsgebiet übergeben und auf das Recht jeder Kontrolle ihrer täglichen Arbeit durch die Organe des ZK verzichtet habe. Das ist völlig falsch. Wäre dies richtig, dann gäbe es bei uns keine einheitliche zentralisierte Par-tei, sondern ein formloses Konglomerat, bestehend aus feuda-len Fürstentümern, unter denen sich dann das Fürstentum "Prawda", das Fürstentum Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, das Fürstentum Sekretariat des EKKI, das Für- stentum Volkskommissariat für Volksbildung, das Fürstentum Oberster Volkswirtschaftsrat usw. usw. befänden. Das würde den Zerfall der einheitlichen Partei und den Triumph des

1) W.I.Lenin, Werke, Bd.7, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 366, D.dt.Red.

"Parteifeudalismus" bedeuten. Darum entlarvt das Gezeter Bucharins über Politikommissare lediglich die innere Haltlosigkeit seiner Position in organisatorischen Fragen.

Dem Wesen der Sache nach gleitet Bucharin mit seinen Ausfällen gegen das "innerparteiliche Regime" auf die gleiche Position der "Freiheit ideologischer Gruppierungen" ab, die die trotzkistische Opposition im Anfangsstadium ihrer Entwicklung einnahm.

5) Gänzlich falsch ist die Behauptung Bucharins, die Politik des EKKI, für die er die Verantwortung trägt, habe sich dahin verirrt, Überzeugung durch Anschreien zu ersetzen, sie habe zur Zersetzung der Sektionen der Komintern, zu Abspaltungen, Spaltungen usw. geführt. Damit will er sagen, daß er gegen den Ausschluß der Opportunisten Thalheimer und Brandler aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ist. Aber dies offen zu sagen, kann er sich nicht entschließen, weil er weiß, daß Thalheimer und Brandler gegen die Kommunistische Partei Deutschlands und das EKKI zu verteidigen bedeutete, den eigenen Opportunismus zu unterschreiben. Damit will er sagen, daß er gegen die Abberufung der Versöhner Ewert und Gerhardt aus Deutschland ist. Aber dies offen zu sagen, kann er sich nicht entschließen, weil er weiß, daß Ewert und Gerhardt gegen die Kommunistische Partei Deutschlands und das EKKI zu verteidigen, die eigenen Schwankungen zu unterschreiben hieße. In Wirklichkeit haben wir in der Komintern den fruchtbringenden Prozeß der Säuberung solcher Parteien wie der deutschen und tschechoslowakischen von sozial-demokratischem Unrat, von opportunistischen Elementen. Bucharin begreift offensichtlich nicht, daß sich die Sektionen der Komintern nicht festigen und bolschewisieren können, ohne sich von den sozialdemokratischen Elementen frei zu machen. Bucharin begreift nicht, daß der jetzige Zeitpunkt des verschärften Klassenkampfes in Europa und der heranreifenden Bedingungen eines neuen revolutionären Aufschwunges es erforderlich macht, daß die Komintern als Führer der kommunistischen Parteien die

standhaftesten und konsequentesten revolutionären Marxisten auswählt, die frei sind von opportunistischen Schwankungen und unwürdiger Panik, daß nur solche Führer fähig sind, die Arbeiterklasse für die herannahenden Schlachten gegen das internationale Kapital zu erziehen und sie in den Kampf für die Diktatur des Proletariats zu führen.

Dem Wesen der Sache nach gleitet Bucharin auf die Position einer diplomatischen Verteidigung der Träger der rechten Abweichung und des Versöhnertums in der Komintern ab.

Die Erklärung Bucharins, daß er die Beschlüsse des VI. Kongresses über den Kampf gegen die Rechten und Versöhner anerkenne, ist lediglich ein zur Irreführung notwendiges Feigenblatt, denn er erkennt diese Beschlüsse nur insoweit an, als sie den Brandler und Thalheimer, den Ewert und Gerhardt, Humbert-Droz und Seurat weh tun. Aber ihnen nicht weh zu tun ist unmöglich, denn sie, und vor allem sie, hindern das EKKI, die Rechten zu isolieren und die Versöhner in den Sektionen der Komintern zu schlagen.

6) Ganz unbegründet sind die Erklärungen Bucharins und Tomskis, daß man sie in der Partei "durchknete", daß man eine "organisatorische Einkesselung" betreibe und sie in Anbetracht dessen gezwungen seien, auf ihrer Demission zu bestehen, daß die Aufnahme des Gen. Kaganowitsch in das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion ein "Doppelzentrum" schaffe, daß bei einer solchen Lage Tomski gezwungen sei, sich den Beschlüssen des Politbüros über die Ablehnung seiner Demission nicht zu unterwerfen, daß der Rücktritt Tomskis und Bucharins zugleich der letzte Ausweg aus der Lage sei.

Erstens kann man die Partei nicht der "Durchknetung" und der "organisatorischen Einkesselung" beschuldigen, wenn Bucharin den völlig unrichtigen Artikel "Aufzeichnungen eines Ökonomen" veröffentlicht und die Mitglieder der Partei, die diesen Artikel als getarnten Angriff auf das ZK betrachten, ihn kritisieren; wenn Bucharin verlangt, daß die individuelle Besteuerung der reichsten Teile der Kulakenschaft

aufgehoben werde, und wenn er die These über die Verschärfung des Klassenkampfes und die Versteifung des Widerstandes der kapitalistischen Elemente nicht anerkennt und die Mitglieder der Partei diese Auffassungen Bucharins kritisieren, weil sie finden, daß sie der unmarxistischen Theorie Bucharins über das "Hineinwachsen" der Kulaken in den Sozialismus entspringen; wenn sich Bucharin hartnäckig weigert, in der "Prawda" und Komintern zu arbeiten, und die Mitglieder der Partei finden, daß ein solches Verhalten Bucharins keinesfalls gebilligt werden kann; wenn Tomski sich hartnäckig weigert, sich den Beschlüssen des ZK über seine Arbeit als Vorsitzender des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion zu fügen und die Mitglieder der Partei finden, daß ein solches Verhalten Tomskis gleichbedeutend ist mit Desorganisationstätigkeit ... Es wäre doch sonderbar, von den Mitgliedern der Partei zu verlangen, daß sie in Versammlungen den Referenten keine schriftlichen Anfragen übergeben, und von den Referenten, daß sie auf sich ständig wiederholende Anfragen keine Antwort geben. Worin bestünde dann die innerparteiliche Demokratie? Man kann doch eine Anderthalbmillionenpartei nicht zwingen, den Mund zu halten und um Bucharins und Tomskis Ruhe willen keine Fragen über innerparteiliche Angelegenheiten zu stellen. Und wenn die Aktivität der Parteimassen und ihr Wunsch, die Wahrheit über Bucharin und Tomski zu erfahren, zu einer gerechten Kritik an der Handlungsweise dieser Genossen führt, so sind daran Bucharin und Tomski selbst schuld, die falsch handeln und damit die Partei nervös machen und in Aufregung versetzen.

Zweitens ist Tomski im Unrecht, wenn er behauptet, die Aufnahme des Gen. Kaganowitsch in das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion schaffe die Gefahr eines "Doppelzentrums" und zwingt ihn zum Rücktritt. Das erstmal erklärte Tomski seine Demission gemeinsam mit Bucharin und Rykow Anfang November, vor dem November-Plenum, als weder der Gewerkschaftskongreß stattgefunden hatte (Ende Dezember), noch Gen. Kaganowitsch für das Präsidium

des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion kandidierte. Folglich handelt es sich nicht um den Gen. Kaganowitsch, sondern um etwas anderes. Folglich kann man nicht die Aufnahme des Gen. Kaganowitsch ins Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion Ende Dezember 1928 als Motiv für den schon Anfang November 1928 erklärten Rücktritt Tomskis anführen. Weiter, kann es eine Gefahr eines "Doppelzentrums" geben, wenn die Linie Tomskis, wie er behauptet, die Linie des ZK ist und Gen. Kaganowitsch bekanntlich die gleiche Linie des ZK vertritt? Hat es Sinn, seinen Rücktritt zu erklären, wenn man dieselbe Linie vertritt wie das ZK?

Drittens verletzen Bucharin und Tomski, wenn sie auf ihrem Rücktritt bestehen, hartnäckig und beharrlich die elementaren Regeln der Parteidisziplin, indem sie der Meinung sind, daß sie das Recht hätten, sich den Beschlüssen des ZK nicht zu fügen. Aber was soll aus der Partei, aus dem ZK werden, wenn jedes Mitglied des ZK sich für berechtigt hält, die Beschlüsse des ZK nicht durchzuführen? Hieße das nicht, den Mitgliedern unserer Partei ein dummes und direkt verderbliches Beispiel geben? Hieße das nicht, die Disziplin in der Partei, die Kraft ihrer Beschlüsse, die Kraft der Beschlüsse des ZK untergraben?

Endlich ist die Tatsache, daß die "Notiz" Kamenews durch die Trotzlisten veröffentlicht wurde, jetzt der ganzen Welt bekannt. Wahrscheinlich wird diese "Notiz" in Kürze in der ausländischen bürgerlichen Presse veröffentlicht werden. Ohne Zweifel haben die Trotzlisten mit der Veröffentlichung dieser "Notiz" wie Weißgardisten gehandelt, die wünschen, im Politbüro einen Riß zu schaffen. Es steht außer Frage, daß die Feinde den Rücktritt Tomskis und Bucharins in einer solchen Lage als einen Sieg betrachten werden, denn sie werden dann Grund haben zu schreien: "Wir haben unser Ziel erreicht". Lohnt es, unseren Feinden diese Genugtuung zu bereiten? Wird es nicht besser sein, auf den Rücktritt zu verzichten, eine Wendung zum ZK zu machen und unseren Feinden unsere Einheit vor Augen zu führen?

Und wenn Tomski und Bucharin trotz aller dieser Tatsachen und Überlegungen dennoch auf ihrem Rücktritt bestehen, so bedeutet dies, daß sie entweder einfach vor den Schwierigkeiten davonlaufen wollen oder daß sie die Methode der Demission zu einem Instrument des Fraktionskampfes gegen das ZK machen, zu einem Mittel, um gegen die Linie des ZK zu demonstrieren, zu einer Aufforderung an alle unzufriedenen Elemente in der Partei, ihrem Beispiel zu folgen und sich im Kampfe gegen das ZK und den "jetzigen Kurs" der Komintern um sie zu scharen, was eine ernste Gefahr für die Einheit der Partei und der Komintern schaffen muß.

Auf Grund des Dargelegten gelangt die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK zur Auffassung,

1.) daß die völlig unrichtige Kritik Bucharins an der Tätigkeit des ZK, die ihren Ausdruck in solchen Dokumenten wie der "Notiz" Kamenews, in dem Artikel "Bemerkungen eines Ökonomen" und der Erklärung Bucharins vom 30. Januar 1929 gefunden hat, das Ziel verfolgt, die Linie des ZK sowohl auf dem Gebiet der Innenpolitik als auch auf dem der Politik der Komintern zu diskreditieren;

2.) daß Bucharin, indem er die Linie des ZK diskreditiert und dazu alle möglichen Klatschereien gegen das ZK ausnutzt, offensichtlich dazu neigt, eine "neue", von der Linie der Partei abweichende Linie auszuarbeiten, die nichts anderes sein kann als eine Annäherung an die Linie Frumkins (auf dem Gebiete der Innenpolitik), berechnet auf die Entfesselung der kapitalistischen Elemente, und eine Wiederholung der Linie Humbert-Droz (auf dem Gebiete der Politik der Komintern), berechnet auf die diplomatische Verteidigung der rechten Elemente in der Komintern;

3.) daß die Schwankungen Bucharins in Richtung einer "neuen" Linie sich in Anbetracht der vor der Partei stehenden Schwierigkeiten und der Labilität in der Politik, die Bucharin im Verlaufe der Geschichte unserer Partei nicht zum erstenmal an den Tag gelegt hat, in der nächsten

Zukunft noch mehr verstärken können, wenn die Partei nicht alle von ihr abhängigen Maßnahmen zur Erhaltung Bucharins ergreift. Lenin hatte recht, als er 1916 in seinem an Schljapnikow gerichteten Brief über Bucharin schrieb: "Nikolai Iwanowitsch ist ein kluger und interessanter Ökonom, und darin haben wir ihn immer unterstützt, aber er ist (1) vertrauensselig gegenüber Klatschereien und (2) verteufelt unbeständig in der Politik".¹⁾

4.) Die Schwankungen Bucharins könnten einen neuen Impuls erhalten, wenn die Partei seinen und Tomskis Rücktritt sanktioniert. Hiervon ausgehend und im Hinblick auf die bedingungslose Wahrung der Einheit der Partei beschließt die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK:

a) die Kritik Bucharins an der Tätigkeit des ZK wird für völlig haltlos erklärt;

b) Bucharin wird vorgeschlagen, sich entschlossen von der Linie Frumkins auf dem Gebiete der Innenpolitik und von der Linie Humbert-Droz' auf dem Gebiete der Politik der Komintern zu distanzieren;

c) die Demission Bucharins und Tomskis wird abgelehnt;

d) Bucharin und Tomski wird empfohlen, alle Beschlüsse des EKKI, der Partei und ihres ZK loyal durchzuführen.

III. Adresse an das Plenum des ZK und der ZKK

Die Meinungsverschiedenheiten mit Bucharin traten erstmalig vor dem Juli-Plenum des ZK im Jahre 1928 zutage. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen drei Fragen: die Frage der Loslösung von der Bauernschaft (Bucharin behauptete, daß bereits eine Loslösung zu verzeichnen ist), die Frage der Grenzen der Freiheit für den Handel (Bucharin sprach sich für einen völlig freien, von den staatlichen Organen nicht regulierten Handel aus) und die Frage der Kollektivwirtschaftsbewegung (Bucharin unterschätzte die Bedeutung der

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Ausg., Bd.35, S.168 (russ.), D.Red.

Kollektivwirtschaftsbewegung). Über die Aufhebung der außerordentlichen Maßnahmen bestanden keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Aber diese Meinungsverschiedenheiten waren im Ergebnis der Diskussion beigelegt und schienen mit der Annahme einer einheitlichen EntschlieÙung über die Getreidebeschaffung als überwunden. Die Annahme der einheitlichen EntschlieÙung schuf damals die Möglichkeit, dem Ältestenrat des VI. Kongresses die Erklärung abzugeben, daß es im Politbüro keine Meinungsverschiedenheiten gebe. Daraus ist zu erklären, daß das Politbüro des ZK und das Präsidium der ZKK es nicht für erforderlich hielten, dem Plenum des ZK über schon beigelegte Meinungsverschiedenheiten zu berichten. Es ist verständlich, daß das Politbüro des ZK und das Präsidium der ZKK von den geheimen Verhandlungen Bucharins mit Kamenew während des Juli-Plenums des ZK nichts wissen konnten.

Zum zweiten Male tauchten Meinungsverschiedenheiten mit Bucharin vor dem November-Plenum auf, als Bucharin, Tomski und Rykow dem Politbüro ihren Rücktritt erklärten. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen damals hauptsächlich drei Fragen: die Einschätzung des Zustandes der Landwirtschaft (befindet sich die Landwirtschaft im Zustand der Degradation oder der Entwicklung), die Frage, ob die individuelle Besteuerung der reichsten Teile der Kulaken beibehalten werden sollte und die Frage der Verschärfung des Klassenkampfes in unserem Lande. Aber die Meinungsverschiedenheiten wurden beigelegt durch die Annahme der einheitlichen EntschlieÙung über die Kontrollziffern der Volkswirtschaft für das Jahr 1928/29 und durch die Zurücknahme der Rücktrittserklärung der drei. Dieser Umstand ermöglichte es, alle Mitglieder des Politbüros zu verpflichten, in ihren Reden auf dem Plenum und außerhalb desselben zu erklären, daß keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Politbüros beständen, was auch von Rykow und Gen. Stalin eingehalten wurde.

Daraus ist zu erklären, daß das Politbüro des ZK und das Präsidium der ZKK es nicht für erforderlich hielten, dem

Plenum des ZK über bereits beigelegte Meinungsverschiedenheiten zu berichten.

Es ist begreiflich, daß das Politbüro des ZK und das Präsidium der ZKK nicht wissen konnten, daß Bucharin, Rykow und Tomski bei ihrer Meinung geblieben waren und daß zwei von ihnen sich erneut anschiekten, ihren Rücktritt zu erklären.

Dadurch, daß die Trotzkiisten Kamenews "Notiz" über die geheime Arbeit Bucharins und Sokolnikows zur Organisation eines Fraktionsblocks mit Kamenew veröffentlicht haben, hat sich die Lage grundlegend geändert. Jetzt ist allen klar, daß Bucharin und seine Anhänger sich von ihren Meinungsverschiedenheiten mit dem ZK der Partei, die noch vor dem Juli-Plenum des Jahres 1928 zutage traten, nicht losgesagt haben. Jetzt ist allen klar, daß diese Meinungsverschiedenheiten auch jetzt noch bestehen. Dies wird jetzt nicht nur durch die Erklärung Bucharins vom 30. Januar 1929 bestätigt, sondern auch durch die Demissionspolitik, ebenso wie durch die Reden und Erklärungen Bucharins, Tomskis und Rykows auf der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK vom 30. Januar 1929.

Angesichts dessen hält es die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und das Präsidium der ZKK für ihre Pflicht, dem gemeinsamen Plenum des ZK und der ZKK alles in dieser Sache vorhandene Material, darunter die Stenogramme der Reden in der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK vom 30. Januar 1929, zur Verfügung zu stellen.

Die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK wendet sich an das gemeinsame Plenum des ZK und der ZKK mit der Bitte, vorliegende EntschlieÙung zu bestätigen.

Die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK verleiht ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß das Plenum die eherne Einheit der Parteilichen zu sichern weiß, die für uns gerade jetzt, angesichts der zu überwindenden Schwierigkeiten, besonders notwendig ist.

Archiv des Marx-Engels-Lenin-Instituts

XVI. Parteikonferenz der KPdSU(B)

Moskau, 23. - 29. April 1929

An der Konferenz nahmen 254 Delegierte mit beschließender und 679 mit beratender Stimme teil.

Tagesordnung der Konferenz: 1. Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft. 2. Wege zur Hebung der Landwirtschaft und Steuererleichterung für den Mittelbauern. 3. Die bisherigen Ergebnisse und die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Bürokratismus. 4. Über die Reinigung der KPdSU(B) und die Überprüfung ihrer Mitglieder und Kandidaten.

Die Hauptfrage auf der XVI. Parteikonferenz war die Erörterung des ersten Fünfjahrplans, der durch den ganzen Verlauf der Industrialisierung und Kollektivierung vorbereitet war. Die Konferenz nahm den berühmten ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR an, der der große Plan des Aufbaus des Sozialismus, der Ausrüstung der Industrie und Landwirtschaft der UdSSR mit der neuzeitlichen Technik war.

Die Konferenz lehnte die von den rechten Kapitulantent - Bucharin, Rykow, Tomski u.a. - vertretene "minimale" Variante des Fünfjahrplans ab und nahm die "optimale" Variante des Fünfjahrplans als unter allen Umständen verbindlich an. Die Konferenz brandmarkte die rechte Abweichung als den Ausdruck der völligen Abkehr von der Leninischen Politik der Partei, als direkten Übergang auf den Standpunkt des Kulakentums und forderte die Partei auf, der rechten Abweichung als der Hauptgefahr in dieser Periode eine vernichtende Abfuhr zu erteilen.

Die Konferenz nahm auf Verlangen der Delegierten ein informatorisches Referat W.M.Molotows entgegen über das gemeinsame Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) vom April und über die Rede, die J.W.Stalin auf diesem Plenum zur Frage der rechten Abweichung in der KPdSU(B) gehalten hatte.

W.M.Molotow gab in seinem Referat eine ausführliche Begründung der Resolution "Über innerparteiliche Angelegenheiten", die das gemeinsame Plenum am 23. April angenommen hatte.

Zu dem Referat W.M.Molotows nahm die Konferenz einstimmig die Resolution "Über innerparteiliche Angelegenheiten" an.

Zu dem Referat M.I.Kalinins über die Wege zur Hebung der Landwirtschaft legte die Konferenz die praktischen Maßnahmen fest, die zur Festigung der neuen Produktionsformen des Bündnisses mit den Mittelbauern ergriffen werden sollten auf der Grundlage der Entwicklung der kollektiven Großlandwirtschaft und der Steuererleichterung für den Mittelbauern.

Die Konferenz nahm eine Resolution über Maßnahmen zum Kampf gegen den Bürokratismus an, die von der ZKK-Arbeiter- und Bauerninspektion vorgeschlagen wurde und billigte die Thesen J.M.Jaroslawskis über die Reinigung der KPdSU(B) und die Überprüfung ihrer Mitglieder und Kandidaten.

Die XVI. Parteikonferenz erließ einen speziellen Aufruf an alle Arbeiter und werktätigen Bauern der Sowjetunion über die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs.

Die Resolutionen der XVI. Parteikonferenz wurden am 29. April 1929 vom Plenum des ZK der KPdSU(B) bestätigt.

I. Die Resolutionen der Konferenz

Über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft
(Einstimmig angenommen)

I.

1. Nach Entgegennahme des Referats über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stellt die XVI. Parteikonferenz der Sowjetunion erstens fest, daß der Fünfjahrplan in bezug auf das allgemeine Wachstum der Volkswirtschaft folgende Errungenschaften vorsieht:

- 221 -

a) Während die Gesamtsumme der Kapitalinvestitionen in dem Jahrfünft 1923/24 - 1927/28 26,5 Md. Rubel betrug, ist der Umfang der Kapitalinvestitionen in der gesamten Volkswirtschaft für das Jahrfünft 1928/29 - 1932/33 auf 64,6 Md. Rubel festgelegt. Während die Kapitalinvestitionen in der Industrie in den vergangenen fünf Jahren 4,4 Md. Rubel betragen, sind sie für das Planjahrfünft auf 16,4 Md. Rubel festgesetzt; die entsprechenden Zahlen für die Landwirtschaft sind 15 und 23,2 Md. Rubel; für das Verkehrswesen 2,7 und 10 Md. Rubel und für die Elektrifizierung 0,9 und 3,1 Md. Rubel.

b) Im Ergebnis dieser Investitionen wird sich die Gesamtsumme der Grundfonds des Landes von 70 Md. Rubel im Jahre 1927/28 auf 128 Md. Rubel im Jahre 1932/33 erhöhen, d.h. um 82 Prozent, darunter die Grundfonds der gesamten Industrie von 9,2 auf 23,1 Md. Rubel, der Elektrifizierung von 1 auf 5 Md. Rubel, d.h. auf das Fünffache, der Eisenbahn von 10 auf 17 Md. Rubel, d.h. um 70 Prozent, und der Landwirtschaft von 28,7 auf 38,9 Md. Rubel, d.h. um 35 Prozent.

c) Der gewaltige Umfang der Kapitalinvestitionen ist von einer entsprechenden Steigerung der Produktion in der ganzen Industrie begleitet, und zwar von 18,3 Md. Rubel 1927/28 auf 43,2 Md. Rubel 1932/33.

Damit wird der Vorkriegsumfang der Industrieproduktion mehr als verdreifacht. In der Landwirtschaft steigt die Produktion von 16,6 auf 25,8 Md. Rubel, d.h. auf mehr als das Anderthalbfache der landwirtschaftlichen Produktion der Vorkriegszeit. Die Leistung der Eisenbahn steigt von 88 auf 163 Md. Tonnenkilometer. Die reine Produktion der gesamten Volkswirtschaft (nach ihrem physischen Umfang) wächst von 24,4 auf 49,7 Md. Rubel.

d) Ausgehend von der allgemeinen Idee der Industrialisierung des Landes, der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der Union und der Beseitigung der Abhängigkeit von den kapitalistischen Ländern werden die Kapitalinvestitionen

in der Industrie in erster Linie in der Produktionsmittel produzierenden Industrie konzentriert (78 Prozent aller Kapitalinvestitionen in der Industrie); dementsprechend wächst auch die Produktion dieser Industriezweige bedeutend rascher: während die gesamte Bruttoproduktion der geplanten Industrie auf das 2,8fache steigt, vergrößert sich die Bruttoproduktion der Produktionsmittel produzierenden Industrie auf das 3,3fache.

Auf dem Gebiet des Aufbaus der Elektrizitätswirtschaft sieht der Plan den Bau von 42 Rayon-Kraftwerken vor (das Dnepr-Wasserkraftwerk, das Wasserkraftwerk am Swir, das Torfkraftwerk bei M. Wischera, das mit Kohle aus dem Moskauer Gebiet arbeitende Werk in Bobriki, das Werk bei Sujewo im Donezbecken usw. usw.).

Diese gewaltigen neuen Werke müssen die Menge der erzeugten Elektroenergie von 5 Md. Kilowattstunden auf 22 Md. Kilowattstunden am Ende des Jahrfünfts erhöhen.

Im Eisenhüttenwesen ist der Bau neuer großer Eisenhüttenwerke vorgesehen (Magnitogorsk, Telbesak, Dnjeprowsk, Kriwoi-Rog usw.). Der Bau neuer Werke und die Rekonstruktion der bereits vorhandenen muß die Produktion von Roheisen von 3 1/2 auf 10 Millionen Tonnen im Jahre 1932/33 erhöhen.

Für die Steinkohlenförderung ist die Anlage großer Gruben sowohl im Donezbecken als auch im Ural, im Kusnezbecken und im Moskauer Kohlengebiet vorgesehen. Die Steinkohlenförderung soll dadurch von 35 Mill. t im Jahre 1927/28 auf 75 Mill. t im Jahre 1932/33 gesteigert werden.

Die Rekonstruktion der bestehenden und der Bau neuer Werke auf dem Gebiet des Maschinenbaus (Autowerk, Traktorenwerke in Stalingrad und im Ural, das Swerdlowsker Werk für Schwermaschinenbau, das Werk in Rostow für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen, Werke für Instrumentenbau usw. usf.) schaffen die Möglichkeit, eine Zunahme der Bruttoproduktion im Maschinenbau auf das 3 1/2fache und des Landmaschinenbaus auf das 4fache festzulegen.

Für die chemische Industrie ist der Bau von chemischen Kombi-
naten vorgesehen (in Berjosnikowo, in Moskau auf der
Grundlage der Jegorewsker Phosphate, im Donezbecken usw.).
Die Produktion chemischer Düngemittel soll 1932/33 über 8
Mill. t erreichen gegenüber 175.000 t im Jahre 1927/28.

e) Das geplante Entwicklungstempo der Wirtschaft der Sowjet-
union, das wesentlich schneller ist als das aller kapitali-
stischen Länder, muß schon gegen Ende des Jahrfünfts den
Anteil der UdSSR an der Weltproduktion wesentlich ändern:
in der Produktion von Roheisen rückt die UdSSR von der sech-
sten auf die dritte Stelle vor (hinter Deutschland und den
Vereinigten Staaten), in der Steinkohlenförderung von der
fünften auf die vierte (nach den Vereinigten Staaten, Eng-
land und Deutschland).

2. Die Konferenz stellt fest, daß hinsichtlich des
allgemeinen Wachstums der Volkswirtschaft im Fünfjahrplan
ein besonderes und entschiedenes Wachstum des sozialisti-
schen Sektors in Stadt und Land vorgesehen ist auf Kosten
der kapitalistischen Elemente der Volkswirtschaft.

Das geht aus folgenden Angaben hervor:

a) Die Struktur der Grundfonds verändert sich (in Prozenten
gegenüber dem Stand am Jahresende) wie folgt:

Sektoren	1927/28	1932/33
Staatlicher sozialistischer	51,0	63,6
Genossenschaftlicher	1,7	5,3
Privater	47,3	31,1

Dementsprechend verändert sich der Anteil des sozialisti-
schen Sektors an der Bruttproduktion (in Prozenten) wie
folgt:

	1927/28	1932/33
Industrie	80	92
Landwirtschaft	2	15
Einzelhandel	75	91

Ein besonders bedeutsamer Fortschritt wird durch das Auf-

bauprogramm im vergesellschafteten Sektor (Sowjet- und
Kollektivwirtschaften) in der Landwirtschaft erzielt. Die
Anbaufläche des vergesellschafteten Sektors der Landwirt-
schaft wird 1933 26 Mill. ha erreichen, 17,5 Prozent der
gesamten Anbaufläche betragen und im Jahre 1933 (von der
Ernte des vorhergehenden Jahres 1932, in dem der vergesell-
schaftete Sektor 13 Prozent der gesamten Anbaufläche umfas-
sen wird) 15,5 Prozent der Bruttproduktion und 43 Prozent
der Warenproduktion an Getreide ausmachen. Der individuelle
Sektor der Landwirtschaft wird in seinem zahlenmäßigen
Wachstum infolge der geplanten verstärkten Einbeziehung der
Bevölkerung in den vergesellschafteten Sektor auf 20 Mill.
Personen beschränkt sein.

Die staatlichen Sowjetwirtschaften (alte und neue) werden
von der Ernte des Jahres 1932 eine Produktion von mindestens
34 Mill. dz Warengetreide liefern, die Kollektivwirtschaften
mindestens 50 Mill. dz, insgesamt also 84 Mill. dz,
d.h. über 500 Mill. Pud Warengetreide.

b) Die wichtigsten Angaben über die Zunahme der Vergenos-
senschaftung sind in folgender Aufstellung enthalten:

	1927/28	1932/33
Anteil der Kollektivwirtschaften an der Bruttproduktion	1,0 %	11,4 %
Anteil der Produktion der vergenos- senschafteten industriellen Kleinpro- duktion an der gesamten Produktion der Kleinindustrie	19,4 %	53,8 %
Vergenossenschaftung des Einzelhandels	60,2 %	78,9 %
Zahl der in landwirtschaftlichen Genossenschaften vereinigten Wirtschaften	9,5 Mill. (37,5 % aller Wirtschaften)	23,58 Mill. (85 % aller Wirtschaften)
Zahl (in Mill. Mitgliedern) der in Konsumgenossenschaften orga- nisierten Bevölkerung:		
in der Stadt	8,7 Mill. Mitglieder	16,5 Mill. Mitglieder
auf dem Lande	13,9 Mill. Mitglieder	31,8 Mill. Mitglieder

Diese bedeutende Verstärkung der sozialistischen Elemente in der gesamten Volkswirtschaft, in der Produktion und im Handel, bei gleichzeitiger Vergrößerung des Netzes von Maschinen-Traktoren-Stationen und breiter Anwendung des Vertragssystems, welches gegen Ende des Jahrfünfts 85 Prozent des Getreides erfassen soll, bedeutet eine Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und schafft eine neue Form des Bündnisses zwischen Stadt und Land, die zur Umgestaltung der Landwirtschaft im großen Maßstab auf der Grundlage einer höheren Technik und der Kollektivierung führt.

3. Die Konferenz stellt fest:

a) das Volkseinkommen steigt, in gleichbleibenden Preisen berechnet, von 24,4 Md. Rubel im Jahre 1927/28 auf 49,7 Md. Rubel, d.h. um 103 Prozent. Das bedeutet eine jährliche Zunahme des Volkseinkommens um mehr als 12 Prozent, d.h. es steigt viermal so schnell als das Volkseinkommen in Rußland vor der Revolution und wesentlich schneller als in allen kapitalistischen Ländern.

b) Die soziale Struktur des Volkseinkommens ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß der Reallohn der Industriearbeiter bis zum Ende des Jahrfünfts um 71 Prozent steigt und daß der Anteil des Einkommens der gesamten Arbeiterklasse am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft sich von 32,1 Prozent auf 37 Prozent erhöht. Die Einkünfte der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung steigen bis zum Ende des Jahrfünfts um 67 Prozent, während sich der Anteil dieser Einkünfte an der gesamten Volkswirtschaft im Zusammenhang mit dem verstärkten Wachstum der Industrie von 49,8 auf 42,5 Prozent verringert.

c) Das Wachstum des gesamten Staatshaushalts (netto) ist dadurch gekennzeichnet, daß die Gesamtsumme des Staatshaushaltes für das bevorstehende Jahrfünft 51 Md. Rubel betragen wird gegenüber 19 Md. im vergangenen Jahrfünft (eine Zunahme um 166,7 Prozent). Dabei beträgt der Staatshaushalt im Jahre 1932/33 30,9 Prozent des Volkseinkommens gegen-

über 25,9 Prozent im Jahre 1928/29. Dieses Wachstum des Staatshaushalts verbessert nicht nur die Verteidigungsfähigkeit des Landes, sondern schafft zugleich die Möglichkeit, die Finanzierung der Volkswirtschaft für das bevorstehende Jahrfünft gegenüber dem abgelaufenen nahezu zu vervierfachen (393 Prozent) und die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke nahezu zu verdreifachen (276 Prozent).

d) Der Fünfjahrplan sieht eine beträchtliche Vergrößerung sowohl der Waren- als auch der Devisenreserven vor.

II.

Ausgehend von den oben aufgeführten Angaben über den Fünfjahrplan und in Anbetracht dessen, daß durch diesen Plan völlig gesichert wird:

a) die maximale Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln als der Grundlage für die Industrialisierung des Landes;

b) eine entschiedene Stärkung des sozialistischen Sektors in Stadt und Land auf Kosten der kapitalistischen Elemente in der Volkswirtschaft, die Einschaltung von Millionen Bauern in den sozialistischen Aufbau auf der Grundlage der Genossenschaften und der kollektiven Arbeit und die allseitige Unterstützung der individuellen klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften in ihrem Kampf gegen die Ausbeutung durch die Kulaken;

c) die Überwindung des übermäßigen Zurückbleibens der Landwirtschaft hinter der Industrie und im wesentlichen die Lösung des Getreideproblems;

d) eine bedeutende Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen des Dorfes;

e) die Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Entwicklung neuer Formen des Bündnisses mit den Hauptmassen der Bauernschaft;

- f) die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Positionen der proletarischen Diktatur in ihrem Kampf gegen die Klassenfeinde sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes;
- g) der wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung der nationalen Republiken und rückständigen Rayons und Gebiete;
- h) eine bedeutende Stärkung der Verteidigungsbereitschaft des Landes;
- i) ein großer Schritt vorwärts zur Verwirklichung der Losung der Partei, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technisch-ökonomischer Hinsicht einzuholen und zu überholen; -

berchließt die Konferenz, den Fünfjahrplan der Staatlichen Plankommission in seiner optimalen Variante, wie er vom Rat der Volkskommissare der UdSSR bereits bestätigt wurde, zu billigen als einen Plan, der den Direktiven des XV. Parteitages absolut entspricht.

III.

Die Verwirklichung des Fünfjahrplans, der ein Programm der entfalteten sozialistischen Offensive darstellt, ist mit der Überwindung gewaltiger innerer und äußerer Schwierigkeiten verbunden. Diese Schwierigkeiten ergeben sich aus den hochgespannten Forderungen des Planes selbst, die durch die technisch-wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes bedingt sind, ergeben sich aus der Kompliziertheit der Aufgabe, die Rekonstruktion der vielen Millionen zersplitterter Bauernwirtschaften auf der Basis der kollektiven Arbeit durchzuführen, und endlich aus der kapitalistischen Umkreisung unseres Landes. Diese Schwierigkeiten werden vertieft durch die Verschärfung des Klassenkampfes und den Widerstand der kapitalistischen Elemente, die durch die sich verstärkende Offensive des sozialistischen Proletariats unvermeidlich verdrängt werden.

Die Überwindung dieser Schwierigkeiten ist nur dann möglich,

wenn die Qualität der Arbeit und die Arbeitsdisziplin in allen Zweigen der Volkswirtschaft entschieden verbessert werden. Selbstkostensenkung der Industrieproduktion um 35 Prozent innerhalb von fünf Jahren, Senkung der Selbstkosten im Bauwesen um 50 Prozent, Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie um 110 Prozent, Steigerung der Ernteerträge um 35 Prozent, Erweiterung der Anbauflächen um 22 Prozent, unbedingte Erfüllung des Planes für den Aufbau der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, energischer Kampf gegen Bummelantentum und Schlamperie in der Produktion, Festigung der Arbeitsdisziplin, sozialistische Rationalisierung der Produktion, Versorgung der Industrie und Landwirtschaft mit den erforderlichen führenden Kadern und Heranbildung neuer Kader von "roten" Spezialisten aus Menschen der Arbeiterklasse und schließlich Stärkung des Planungs- und Regulierungsprinzips im System der Volkswirtschaft - das sind die elementaren Vorbedingungen allgemein wirtschaftlicher Art, die zur Überwindung der Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Fünfjahrplans gegeben sein müssen.

Die Konferenz hält es für notwendig hervorzuheben, daß die Überwindung dieser Schwierigkeiten und die Verwirklichung des Fünfjahrplanes nur möglich sind auf der Grundlage, daß die Aktivität und die Organisiertheit der werktätigen Massen im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen wesentlich zunehmen, daß die Millionenmassen der Arbeiterklasse in jeder Weise in den sozialistischen Aufbau und in die Leitung der Wirtschaft einbezogen werden, daß der sozialistische Wettbewerb maximal entfaltet und die von den Millionenmassen geübte Kritik von unten an den bürokratischen Auswüchsen des Staatsapparates weitgehendst entwickelt wird.

Die mit der Periode der sozialistischen Rekonstruktion verbundenen Schwierigkeiten rufen, besonders unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes, unvermeidlich Schwankungen in den kleinbürgerlichen Schichten der Bevöl-

kerung hervor, was sich auch auf einige Zwischenschichten der Arbeiterklasse und sogar in den Reihen der Partei auswirkt. Diese Schwankungen, die den Einfluß der kleinbürgerlichen Elemente widerspiegeln, finden ihren Ausdruck in einem Abweichen von der Generallinie der Partei in grundlegenden Fragen und vor allem in bezug auf das Tempo der sozialistischen Industrialisierung, auf die Entfaltung der sozialistischen Offensive gegen das Kulakentum und gegen die kapitalistischen Elemente überhaupt und in bezug auf die größtmögliche Festigung der sozialistischen Wirtschaftsformen auf dem Lande. Im Zusammenhang damit ist gegenwärtig die größte Gefahr innerhalb der Partei die rechte Abweichung, da sie eine direkte Ablehnung der Leninschen Politik der Partei ist, der Ausdruck der offen opportunistischen Aufgabe der Leninschen Positionen unter dem Druck des Klassenfeindes. Die Lösung der durch den Fünfjahrplan gestellten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus kann nur dann gewährleistet werden, wenn ein schonungsloser Kampf geführt wird gegen alle Schwankungen hinsichtlich der Durchführung der bolschewistischen Generallinie, deren Verwirklichung die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft bedeutet bei weiterer Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse.

Die Konferenz gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß die Partei nicht nur der rechten Abweichung, sondern auch jeder versöhnlerischen Haltung gegenüber Abweichungen von der Leninschen Linie eine vernichtende Abfuhr erteilen wird.

An der Spitze der Arbeiterklasse schreitet die Partei zuversichtlich vorwärts, sie löst die Aufgabe der Rekonstruktion der gesamten Wirtschaft und mobilisiert unter Führung der Arbeiterklasse die breiten Massen der Werktätigen zur Überwindung der Schwierigkeiten und zur Erfüllung des Fünfjahrplans des wirtschaftlichen Aufbaus.

Über die Wege zur Hebung der Landwirtschaft und über

Steuererleichterungen für den Mittelbauern

(Resolution zum Referat des Genossen M.I.Kalinin einstimmig angenommen)

I. Wege zur Hebung der Landwirtschaft

1. In der Wiederherstellungsperiode haben die Klein- und Mittelbauern nicht nur ihr Anteilland in Bewirtschaftung genommen, sondern auch den größten Teil des Bodens der ehemaligen Gutsbesitzer, die ihnen übergebenen staatlichen Ländereien und den Teil des Kulakenbodens, der den Kulaken abgenommen wurde. Der Mittelbauer hat sich trotz der sich entwickelnden Differenzierung des Dorfes als die zentrale Gestalt der Landwirtschaft gefestigt. Zugleich hat sich die Ausrüstung der Klein- und Mittelbauernwirtschaften mit Produktionsmitteln verbessert und das Niveau der Bodenbearbeitung gehoben. Die Versorgung mit Arbeitsvieh wird von Jahr zu Jahr besser. Auf die bäuerlichen Anbauflächen kommen mehr Landmaschinen als vor dem Krieg. Die mehrere Dörfer umfassenden Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbauflächen haben etwa ein Drittel des gesamten Bodens erfaßt, die nur die Flur eines Dorfes betreffenden Maßnahmen etwa ein Fünftel. Die in Vielfeldersaatfolge bestellten Flächen sind auf 10 Mill. ha gewachsen. Mit Sommer-saatgut wird 1929 etwa ein Zehntel der gesamten Getreideanbaufläche bestellt. Eine Reihe gewerblicher Nutzpflanzen, deren Anbau bis zur Revolution ein Privileg der Gutsbesitzer war, hat sich auf den Bauernfeldern fest eingebürgert (z.B. die Zuckerrübe); der Anbau gewerblicher Nutzpflanzen ist um 60 Prozent größer als vor dem Kriege. Die Industrialisierung der Landwirtschaft beginnt einen Zweig der Landwirtschaft nach dem anderen zu erfassen (Verarbeitung von Öl, Lein, Kartoffeln, Gemüse, Obst, tierischen Rohstoffen usw.). Die Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen hat 1928/29 das 2,25fache des Vorkriegsstandes erreicht. Zum erstenmal wird auf Bauernfeldern Mineral-

dünger für gewerbliche Nutzpflanzen angewandt. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften erfassen mehr als ein Drittel aller Bauernhöfe. Traktoren, die vor der Revolution in der Bauernwirtschaft überhaupt nicht verwendet wurden, finden mit jedem Jahr immer weitere Verbreitung (1928/29 erreicht die Zahl der Traktoren 36.000). Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Kollektivwirtschaften an (im letzten Jahr hat sich ihre Zahl verdoppelt und am 1. Oktober 1928 37.000 erreicht) und verbessert sich deren Arbeit. Die alten Sowjetwirtschaften sind im Aufschwung begriffen und neue werden organisiert (die Anbauflächen der Sowjetwirtschaften erreichen in diesem Jahr 1,5 Mill.ha).

2. Während sich jedoch die Landwirtschaft im allgemeinen vorwärtsentwickelt, verlangsamt sich das Wachstumstempo einiger Zweige der Landwirtschaft, besonders das der Getreidewirtschaft, beträchtlich. Der Grund für dieses verlangsamte Entwicklungstempo der Landwirtschaft und ihre überaus niedrige Warenproduktion liegt in der Zersplitterung und geringen Größe der Bauernwirtschaften (ihre Zahl hat sich nach der Revolution von 16 auf 25 Mill. erhöht), in ihrem halbnaturalwirtschaftlichen Charakter (die gesamte Warenproduktion der Landwirtschaft ist gegenüber dem Vorkriegsstand auf etwa die Hälfte zurückgegangen) und in dem niedrigen Stand der landwirtschaftlichen Technik und Kultur. Während in der Wiederherstellungsperiode ein schneller Aufschwung der kleinen individuellen Wirtschaften in erster Linie dadurch erreicht wurde, daß sie ehemals den Gutsbesitzern, dem Staat und den Kulaken gehörendes Land in Bewirtschaftung nahmen, ergeben sich, nachdem die Wiederherstellungsperiode im wesentlichen abgeschlossen ist, bei dem jetzigen Umfang und den jetzigen Produktionsmethoden der Kleinwirtschaften nur beschränkte Möglichkeiten für eine Entwicklung der Kleinwirtschaft und insbesondere für die Zunahme ihrer Warenproduktion. Im Zusammenhang hiermit bleibt die Landwirtschaft übermäßig stark hinter dem Entwicklungstempo der Industrie zurück, und hieraus müssen sich unvermeidlich Schwierigkeiten in der

Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen ergeben, besonders in Anbetracht des rasch wachsenden Bedarfs an Brot und Rohstoffen.

Hieraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, intensiv und systematisch an der Rekonstruktion der Landwirtschaft und an der Schaffung gesellschaftlicher Großwirtschaften zu arbeiten, die auf dem Niveau der modernen Technik stehen, während gleichzeitig die Entwicklung und der Aufschwung der individuellen Klein- und Mittelbauernwirtschaften zu unterstützen ist.

3. Die Schaffung einer landwirtschaftlichen Großproduktion, die die entscheidende Methode ist, um die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit zu überwinden, kann entweder erreicht werden durch Schaffung großer kapitalistischer Kulakenwirtschaften oder durch Schaffung großer sozialistischer Wirtschaften (Sowjetwirtschaften und Vereinigung der kleinen Wirtschaften zu Kollektivwirtschaften, Kommunen, Artels, Genossenschaften usw.). Ob die Bauernmassen dem Bündnis mit der Arbeiterklasse treu bleiben oder ob sie zulassen, daß die Bourgeoisie sie von den Arbeitern loslöst, hängt davon ab, welchen Entwicklungsweg die Landwirtschaft geht, den sozialistischen oder den kapitalistischen und dementsprechend, wer die Entwicklung der Wirtschaft lenken wird, der Kulak oder der sozialistische Staat. Der kapitalistische Entwicklungsweg des Dorfes bedeutet, wie das Beispiel der kapitalistischen Länder zeigt, daß im Dorf eine mächtige kapitalistische Klasse (von Kulaken) geschaffen wird, die, indem sie die Millionen von Klein- und Zwergwirtschaften erbarmungslos ausbeutet, ruiniert und aufsaugt, den größten Teil der Produktionsmittel und der landwirtschaftlichen Produktion in ihren Händen konzentriert.

Diesem kapitalistischen Weg der Schaffung großer privater Einzelwirtschaften stellt die Sowjetmacht die proletarische Methode der Schaffung gesellschaftlicher Großwirtschaften gegenüber, und zwar auf dem Wege der Vergenossenschaftung

auf dem Gebiet der Produktion, der Kollektivierung, die es der Klein- und Zwergwirtschaft ermöglichen, sich mit Unterstützung und unter der Leitung der Sowjetmacht auf der Grundlage der kollektiven Arbeit in Großwirtschaften zu verwandeln und ein höheres technisches und kulturelles Niveau zu erreichen. Dieser Entwicklungsweg, der einzige, auf dem sich die Millionenmassen der Bauernschaft aus Elend und Not befreien können, bedeutet nicht nur eine Einschränkung des Wachstums der kapitalistischen Elemente auf dem Lande, sondern auch ihre Verdrängung durch die gesellschaftliche Großwirtschaft (die staatliche und die kollektive). Die Kommunistische Partei läßt sich dabei von folgenden Hinweisen Lenins leiten:

"Wenn die Bauernwirtschaft sich weiter entwickeln kann, so muß man auch den weiteren Übergang auf fester Basis sichern, der weitere Übergang aber besteht unweigerlich darin, daß die am wenigsten vorteilhafte und am meisten rückständige, zersplitterte bäuerliche Kleinwirtschaft sich durch allmählichen Zusammenschluß zur gesellschaftlichen Großlandwirtschaft organisiert" (Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 189).¹⁾

4. Bei der Lösung der Aufgabe, den Aufschwung der Landwirtschaft und die Schaffung einer gesellschaftlichen landwirtschaftlichen Großproduktion zu beschleunigen, stützen sich die Sowjetmacht und die Kommunistische Partei in der jetzigen Entwicklungsstufe des Sowjetlandes

a) auf die rasche Entwicklung der Industrie und insbesondere auf die rasche Zunahme der Produktion landwirtschaftlicher Maschinen,

b) auf die Planung und Regulierung der Volkswirtschaft, die die Verbindung herstellt zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und dem schnellen Wachstum der Industrie,

1) W.I. Lenin, Werke, 4. Aufl., Bd. 32, S. 264 (russ.) D.Red. deutsch: W.I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S. 371

c) auf die Nationalisierung des Bodens, die die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion herabsetzt und es den Bauern ermöglicht, jene Mittel, die er unter dem Privateigentum an Grund und Boden für den Kauf von Land ausgeben mußte, in der Produktion anzulegen,

d) auf die systematische Beschränkung des Wachstums des Kapitalismus im Dorfe, die den Klein- und Mittelbauern aus der Knechtschaft des Kulaken befreit und ihm dadurch den wirtschaftlichen Aufschwung erleichtert,

e) auf die zunehmende Vergenossenschaftung der Produktion, die der Klein- und Zwergwirtschaft die Möglichkeit bietet, durch Vereinigung der Produktionsprozesse jene Vorteile der Großwirtschaft auszunutzen, die in der kapitalistischen Gesellschaft nur den Kulaken zugute kommen,

f) auf die stärkste Ausnutzung des nationalisierten Kredit- systems und des Staatshaushalts für die Hebung der Landwirtschaft,

g) auf die unbedingte Unterstützung der Politik der Partei auf dem Gebiet der Hebung der Landwirtschaft durch die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen des Dorfes.

Wenn somit, nachdem die Wiederherstellungsperiode im wesentlichen abgeschlossen ist, für ein weiteres schnelles Wachstum der Kleinwirtschaften nur beschränkte Möglichkeiten vorhanden sind, so haben wir doch gleichzeitig ein sowohl qualitatives als auch quantitatives Wachstum der Hilfsquellen des proletarischen Staates, die es ermöglichen, die Vorzüge des Sowjetsystems dazu auszunutzen, das Tempo des Aufschwungs der Landwirtschaft auf der Grundlage der neuen maschinellen Technik und der Vereinigung der Kleinwirtschaften zu kollektiver Arbeit zu beschleunigen.

5. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Großwirtschaft geht im Sowjetland nicht dadurch vor sich, daß die Klein- und Zwergwirtschaften aufgefressen, zerstört, vernichtet, ruiniert werden, nicht dadurch, daß man sie bekämpft, sondern indem man sie wirtschaftlich auf eine höhere Stufe

hebt und entwickelt, indem man sie auf ein höheres technisches, kulturelles und organisatorisches Niveau hebt. Die gesellschaftliche Großwirtschaft steht den individuellen Klein- und Mittelbauernwirtschaften nicht als eine ihnen feindliche Kraft gegenüber, sondern verbündet sich mit ihnen als Quelle der Hilfe für sie, als Beispiel für die Vorzüge der Großwirtschaft, als Organisator, der sie bei ihrer allmählichen Vereinigung zu Großwirtschaften unterstützt. Dementsprechend betreibt die Partei ihre praktische Arbeit auf dem Lande so, daß sie einerseits den individuellen Klein- und Mittelbauernwirtschaften ökonomische und agronomische Hilfe erweist, indem sie dieselben in zunehmendem Maße unmittelbar an der Verbesserung ihrer eigenen Wirtschaften interessiert, und daß sie andererseits zugleich die Positionen der staatlichen und kollektiven Großlandwirtschaft festigt und erweitert.

Da die Schaffung einer sozialistischen Großlandwirtschaft die entscheidende Methode ist für die unbedingt notwendige Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, müssen Partei und Sowjetmacht, entsprechend der wachsenden von der Industrie geschaffenen materiellen Grundlage, von Jahr zu Jahr unablässig zur Organisation und zum Wachstum der Kollektive beitragen, indem sie denselben in ständig wachsendem Umfang finanzielle und materielle Unterstützung zuteil werden lassen.

In Anbetracht dessen, daß auch bei größtmöglicher Entwicklung der Sowjet- und Kollektivwirtschaften die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion in den nächsten Jahren im wesentlichen auf die individuellen Klein- und Mittelbauernwirtschaften entfallen wird und daß die Kleinwirtschaft die in ihr schlummernden Möglichkeiten bei weitem noch nicht erschöpft hat und auch nicht so bald erschöpfen wird, muß die Partei in immer größerem Maßstab zur Überwindung der technischen, kulturellen und organisatorischen Rückständigkeit der individuellen Klein- und Mittelbauernwirtschaft, zur Hebung ihrer Ernteerträge und zur Erweiterung

der Anbauflächen dieser Wirtschaften beitragen.

Allein auf diese Weise, allein indem die Partei die Arbeit an der Lösung der grundlegenden und wichtigsten Aufgabe, der Organisation der sozialistischen Großlandwirtschaft, kombiniert mit der täglichen breitangelegten organisatorischen, technischen und ökonomischen Hilfe für die einfache individuelle Klein- und Mittelbauernwirtschaft und mit einer zunehmenden Beschränkung des Wachstums des Kulakentums, kann sie die vor ihr stehende Aufgabe lösen, nämlich Organisator und Führer bei der Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit zu werden.

Dementsprechend entstehen neben den alten Formen des Bündnisses mit den Hauptmassen der Bauernschaft, die in der Entwicklung und Intensivierung des Warenaustausches der Industrie mit der Landwirtschaft, in der Entwicklung der Handels-Genossenschaftsformen der Verbindung zwischen Stadt und Land bestehen, neue Formen des Bündnisses, die sich auf der Grundlage der auf der Produktion basierenden Verbindung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft entwickeln.

Wenn die Bauernschaft bis in die letzte Zeit dem Proletariat vor allem im Vertrauen zu den Ergebnissen seiner revolutionären Arbeit Gefolgschaft geleistet hat (Beseitigung der Klasse der Gutsbesitzer und Übergabe des Gutsbesitzerlandes an die Bauern), so kann dies Vertrauen in dem jetzigen Entwicklungsstadium nur dann erhalten und gefestigt werden, wenn die Sowjetmacht den Klein- und Mittelbauern bei der Hebung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft eine systematische Unterstützung auf dem Gebiet der Produktion gewährt.

Die wichtigsten Methoden zur Lösung dieser Aufgabe, die wichtigsten neuen Formen des Bündnisses, deren Bedeutung von Jahr zu Jahr wachsen wird, sind folgende:

a) Organisation neuer Sowjetwirtschaften und verbesserte Arbeit der alten als große landwirtschaftliche Fabriken und Zentren der allseitigen Hilfe für die individuellen

Klein- und Mittelbauernwirtschaften;

b) Schaffung neuer und Weiterentwicklung der bestehenden Kollektivwirtschaften als höchste Form der Vergenossenschaftung der Produktion und der Vereinigung der zersplitterten Bauernwirtschaften zu gesellschaftlichen Wirtschaften;

c) Entwicklung eines umfangreichen Netzes von staatlichen und genossenschaftlichen Maschinen-Traktorenstationen als einer der Methoden, um die wichtigsten Produktionsprozesse der großen Masse der individuellen Wirtschaften zu vergesellschaften;

d) allseitige Entwicklung der Produktionsvergenossenschaftung, wobei die Elemente der vergesellschafteten Arbeit immer mehr zu verstärken sind;

e) weitere Entwicklung des Kontraktsystems für landwirtschaftliche Erzeugnisse im großen Maßstab, nicht nur als Form, um die Entwicklung der Landwirtschaft mit der Industrie zu verknüpfen, sondern auch als Methode, um die Produktivität der Klein- und Mittelbauernwirtschaften zu steigern;

f) Entwicklung der Arbeit der staatlichen und genossenschaftlichen Organe zur Steigerung der Ernteerträge der Klein- und Zwergwirtschaften, da sie ein Mittel ist, die noch vorhandenen Wege und Möglichkeiten auszunutzen, um die Produktivität der Klein- und Mittelbauernwirtschaften zu heben (Maßnahmen zur rationellen Bewirtschaftung der Anbauflächen, Ausleihstellen, Getreidereinigungsstellen, Reparaturwerkstätten, Schädlingsbekämpfung, Umtausch des wenig keimfähigen Saatgutes der Bauern gegen hochwertiges usw. usf.)

6. Für die Möglichkeit, die neuen Formen des Bündnisses praktisch zu verwirklichen, ist die weitere Entwicklung der Industrie von entscheidender Bedeutung. Die Partei geht bei ihrer Arbeit an der Industrialisierung des Landes davon aus, daß die Industrie im Lande der proletarischen Diktatur im Verlaufe ihrer Entwicklung "die materielle Grundlage für eine gewaltige Hebung der Produktivität des

Ackerbaus und der landwirtschaftlichen Arbeit überhaupt" schaffen muß "und auf diese Weise die kleinen Landwirte durch die Macht des Beispiels veranlaßt werden, um des eigenen Vorteils willen zum kollektiven, mit Maschinen arbeitenden Großbetrieb in der Landwirtschaft überzugehen" (Lenin, Resolution des II. Kongresses der Komintern zur Agrarfrage. Stenographischer Bericht, S.616).¹⁾ Während in der kapitalistischen Gesellschaft die Industrie bereits in ihren ersten Entwicklungsstadien vornehmlich der kapitalistischen "Versorgung" der Außenhandelsmärkte, der Kolonien und auf den höheren Stufen ihrer Entwicklung imperialistischen Kriegszielen dient, dient die Industrie im Sowjetland in dem Maße, wie sie sich festigt, immer mehr dem Ziel, einen technischen und agronomischen Aufschwung für die Hauptmasse der Bauernwirtschaften zu erreichen und eine kollektive und staatliche Großwirtschaft zu schaffen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben das ganz und gar bestätigt. Die Hauptmethode zur Beschleunigung des Aufschwungs der Landwirtschaft und zur Festigung des Bündnisses in Formen, die seiner neuen Entwicklungsetappe entsprechen, ist die weitere Entwicklung der Industrie, die wichtigste Vorbedingung für den Aufschwung der Landwirtschaft, für Befreiung der Bauern aus der Not und für die Vereinigung ihrer zersplitterten Einzelwirtschaften zu einer gesellschaftlichen Wirtschaft.

Das ist die Generallinie der Partei in der Bauernfrage in der jetzigen Etappe des sozialistischen Aufbaus, die ausgeht von den Leninschen Methoden zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und sich auf die Beschlüsse des XV. Parteitagess stützt.

II. Die wesentlichen Fehler der Rechten in der Bauernfrage

Die Durchführung der Generallinie der Partei in der Bauernfrage, die auf viele Jahre hinaus die Anspannung aller

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 767.

Kräfte der Arbeiterklasse erfordert, stößt auf Schwierigkeiten, die aus den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung, der technisch-ökonomischen Rückständigkeit des Landes, dem zahlenmäßigen Vorherrschen der kleinbürgerlichen Bevölkerung und dem wachsenden Widerstand der kapitalistischen Elemente gegen die sozialistische Offensive entspringen.

Unter diesen Bedingungen ist das Wachstum des sozialistischen Aufbaus unvermeidlich begleitet von gewissen Schwankungen in den kleinbürgerlichen Schichten und auch in gewissen Zwischenschichten der Arbeiterklasse. Diese Schwankungen spiegeln sich auch in einzelnen Zwischenschichten der Partei wider, die der Einwirkung der kleinbürgerlichen Elemente unterliegen und von der Generallinie der Partei abschwenken in der Richtung auf eine Anpassung der Politik der Partei an die bürgerliche Ideologie. Daher das Schwanken und die Fehler der rechten Elemente in der Partei, die unter den heutigen Bedingungen besonders gefährlich sind.

Die wichtigsten dieser Fehler der Rechten in der Bauernfrage bestehen in folgendem:

1. Entgegen dem Beschluß des XV. Parteitages streben die Rechten danach, die Entwicklung der Sowjetwirtschaften und die Kollektivbewegung aufzuhalten und einzuschränken, währenddessen doch deren Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist nicht nur vom Standpunkt der Zukunft des Sowjetlandes, in der diese Formen der Bodenbewirtschaftung in der Landwirtschaft vorherrschen werden, sondern auch vom Standpunkt der gegenwärtigen Lage, in der der proletarische Staat die Entwicklung der Großlandwirtschaft in staatlichen und kollektiven Formen dem kapitalistischen Typ der Schaffung einer Großlandwirtschaft entgegenstellt. Den Kurs der Rechten, der darauf gerichtet ist, auf den Aufbau großer sozialistischer Werke und auf die ständig zunehmende Unterstützung der Entwicklung der Kollektive zu verzichten, darauf zu verzichten, die Landwirtschaft

systematisch und energisch auf die Basis der Großproduktion umzustellen, - diesen Kurs betrachtet die Partei als direkten Übergang auf die Position der Kulaken, als direkten Verzicht auf die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Partei lehnt diese rechte Abweichung von der Parteilinie mit der gleichen Entschiedenheit ab, mit der sie vor einigen Jahren die trotzkistische Verzerrung der Parteilinie abgelehnt hat, die zur Zerstörung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit dem Mittelbauern geführt hätte.

2. Entgegen den eindeutigen Kennziffern, die vom Wachstum der Landwirtschaft und den qualitativen Fortschritten in ihr zeugen, tarnen die Rechten ihre opportunistische Plattform in der Frage der Entwicklungswege der Landwirtschaft hinter Geschwätz über die "Degradation der Landwirtschaft". Dies Gezeter der Rechten über die "Degradation der Landwirtschaft" wie auch ihre antileninistische Theorie über "ständige Zugeständnisse" an die kleinbürgerlichen Schichten des Dorfes (Verzicht auf die regulierende Rolle der staatlichen Organe auf dem Markt, Verzicht auf die individuelle Besteuerung der Oberschichten des Kulakentums, Verzicht auf die Politik des verstärkten Druckes auf das Kulakentum und Verzicht darauf, unter gewissen Bedingungen zeitweilige außerordentliche Maßnahmen gegen das Kulakentum und seine Versuche anzuwenden, die sowjetische Preispolitik zum Scheitern zu bringen, wobei diesen Maßnahmen der Sowjetmacht die gesellschaftliche Unterstützung durch die Massen der Klein- und Mittelbauern gesichert wird) ist in Wirklichkeit die ideologische Widerspiegelung des Druckes der kapitalistischen Elemente auf den Sowjetstaat, die bestrebt sind, das Dorf wieder auf den kapitalistischen Weg zu bringen. Die Partei lehnt diesen Kapitulantensstandpunkt der Rechten entschieden ab, da er in der Praxis zum Verzicht auf die proletarische Führung der Bauernschaft führen würde.

3. Entgegen den Beschlüssen des XV. Parteitages suchen die Rechten die "auf die verschärfte Offensive gegen den Kulaken" gerichtete Parteilinie durch eine Politik des fried-

lichen Zusammenlebens mit dem Kulaken und des "Hineinwachsens des Kulaken in den Sozialismus" zu ersetzen. Das bedeutet praktisch, daß sich die rechten Elemente von der Grundlinie der Partei abwenden, die auf die Aufhebung der Klassen gerichtet ist. Damit führt die Linie der Rechten zur Verewigung der Knechtung durch die Kulaken und der Ausbeutung der Massen der Klein- und Mittelbauern durch das Kulakentum.

Daher die opportunistische Leugnung der Verschärfung des Klassenkampfes im Dorfe durch die Rechten, obgleich Lenin wiederholt darauf hingewiesen hat, daß die Diktatur des Proletariats nicht ein Erlöschen des Klassenkampfes bedeutet, sondern seine Fortführung in neuen, zuweilen in den schärfsten Formen, besonders im Zusammenhang mit der erfolgreichen Verdrängung der kapitalistischen Elemente durch die sozialistische unter der NÖP. Die Partei lehnt die antileninistische Theorie vom Hineinwachsen des Kulaken in den Sozialismus entschieden ab, da dies eine Theorie ist, die zur Entwaffnung der Arbeiterklasse vor dem Klassenfeinde führt, zur Einschläferung ihrer revolutionären Wachsamkeit, zur Schwächung ihrer Kampffähigkeit bei der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf der Grundlage der Generallinie der Partei.

4. Die Rechten suchen die Rolle und Bedeutung einer selbständigen Organisation der breiten Massen der Dorfarmut zu verkleistern. Die Versuche, diese außerordentlich wichtige Aufgabe der Partei zu vertuschen oder mit Stillschweigen zu übergehen, sind in Wirklichkeit nicht nur gegen den Kleinbauern gerichtet, sondern auch gegen den Mittelbauern, da die Organisierung der Kleinbauern den Zweck verfolgt, die Stütze der Sowjetmacht im Dorf zu festigen, den Widerstand gegen den Kulaken zu verstärken und auf der Basis dieses Widerstandes das Bündnis der Klein- und Mittelbauern zu festigen. Die Partei weist alle diese Versuche energisch zurück, sie in den opportunistischen Sumpf einer Politik zu ziehen, die darauf verzichtet, die

Stütze der Partei auf dem Lande zu festigen, einer Politik, die dem Kulaken in seinem Kampf gegen die Dorfarmut freie Hand läßt.

5. Das ZK hat den Willen und die Aktivität der Arbeiterklasse dafür mobilisiert, die Industrialisierung in einem möglichst schnellen Tempo durchzuführen, und zwar in Verbindung mit Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der breiten Massen der Bauernschaft und zur Schaffung einer gesellschaftlichen Großlandwirtschaft. Entgegen dem direkten Hinweis Lenins: "die einzige materielle Grundlage für den Sozialismus kann nur die maschinelle Großindustrie sein, die imstande ist, auch die Landwirtschaft zu reorganisieren" (Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S.316)¹⁾, suchen die Rechten das Entwicklungstempo der Industrie zu verlangsamen. Die Partei lehnt diesen Standpunkt mit aller Entschiedenheit ab. Nicht kapitulantenhafte Vorschläge, das Entwicklungstempo der Industrie herabzusetzen, sondern die Festigung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern durch Intensivierung der Industrialisierung und schnelle Entwicklung jener Industriezweige, welche die Produktionsbedürfnisse der sich reorganisierenden Landwirtschaft befriedigen - das ist der Standpunkt der Partei.

Diese Hauptfehler der rechten Elemente in der Partei sind ebenso wie die versöhnlerische Einstellung zu diesen Fehlern gegenwärtig die Hauptgefahr, und auf den Kampf gegen sie müssen die Anstrengungen der Partei konzentriert sein. Die Konferenz ist der Meinung, daß es ohne Überwindung dieser Gefahr unmöglich ist, die mit der Hebung der Landwirtschaft und ihrer Rekonstruktion verbundenen Schwierigkeiten erfolgreich zu bewältigen.

Die Partei wird auch in Zukunft konsequent die Leninsche Lösung verfolgen: gestützt auf die Dorfarmut, festes Bündnis mit dem Mittelbauern und Kampf gegen den Kulaken. Wenn

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Aufl., Bd.32, S.434 (russ.), D.Red. deutsch: W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1953, S.868

die Partei den Leninschen Weg geht und das Abgleiten der Rechten auf die Linie des Verzichts auf die führende Rolle der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Aufbau mit derselben Entschiedenheit zurückweist, mit der früher der trotzkistische Verzicht auf das Bündnis mit dem Mittelbauern von der Partei zurückgewiesen wurde, dann kann sie die vor ihr stehende Aufgabe lösen, nämlich die Entwicklung der gesamten Landwirtschaft zu beschleunigen, das Bündnis mit den Mittelbauern zu festigen und die führende Rolle der Arbeiterklasse in diesem Bündnis mit proletarischen Methoden zu verstärken, welche darin bestehen, eine gesellschaftliche Großlandwirtschaft zu schaffen und die gesamte Masse der Klein- und Mittelbauernwirtschaften auf ein höheres technisches, kulturelles und organisatorisches Niveau zu heben.

Ausgehend von allem oben Dargelegten hält es die Konferenz für notwendig, daß folgende praktische Maßnahmen durchgeführt werden:

III. Praktische Maßnahmen zur Festigung der neuen Formen des Bündnisses mit den werktätigen Bauern und zur Erleichterung der Steuerlast für den Mittelbauern

1. Die Konferenz lenkt die besondere Aufmerksamkeit der Partei darauf, daß es notwendig ist, eine intensive und auf lange Sicht berechnete Arbeit zu leisten, um das Dekret der Tagung des Zentralen Exekutivkomitees über Maßnahmen zur Steigerung der Ernteerträge durchzuführen. Besonders wichtig ist es, daß innerhalb der im Dekret vorgesehenen Fristen und in dem in ihm festgelegten Umfang folgende Maßnahmen verwirklicht werden, die die Gewähr bieten, daß die Ernteerträge in unserem Lande bis zum Ende des Jahres um mindestens 30 - 35 Prozent gesteigert werden:

a) Abkürzung der von den Regierungen der Republiken festgelegten Fristen für die Beendigung der Maßnahmen zur rationellen Bewirtschaftung der Anbauflächen und vorrangige Durchführung der einfachsten Formen dieser Maßnahmen,

welche die Hauptmängel bezüglich der Ausnutzung der Anbauflächen beseitigen wie Gemengelage, aufgesplitterte Lage der Felder, lange schmale Felder, weit entfernt liegende Felder;

b) das wenig keimfähige Saatgut der Bauern ist im Laufe der fünf Jahre für alle wichtigen Kulturpflanzen durch verbessertes und Sortensaatgut zu ersetzen;

c) die Landwirtschaft ist innerhalb von 2 - 3 Jahren mit allen zum Reinigen und Sortieren des Getreides notwendigen Maschinen zu versorgen, innerhalb des gleichen Zeitraumes ist überall die obligatorische Reinigung und Sortierung des Saatguts und ebenso die Unkrautbekämpfung zu organisieren;

d) die Produktion von Mitteln zur Schädlingsbekämpfung ist innerhalb von 2 - 3 Jahren so stark zu erweitern, daß der Bedarf der Landwirtschaft voll gedeckt wird, die Schädlingsbekämpfung ist als Massenaktion zu organisieren;

e) das Netz der Ausleihstationen und Reparaturwerkstätten ist so zu vergrößern, daß die pausenlose Arbeit der von der Landwirtschaft verwendeten Maschinen gesichert ist und daß die Massen der Klein- und Mittelbauernwirtschaften die Möglichkeit haben, komplizierte Maschinen zu verwenden.

f) Die einfachsten agronomischen Maßnahmen, die in dem Dekret der Tagung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR "Über Maßnahmen zur Steigerung der Ernteerträge" vorgesehen sind, müssen umfassend angewendet werden.

g) Die Verbreitung agronomischer Kenntnisse ist zu fördern, und die agronomische Hilfe für die Bauern ist zu verstärken.

2. Die Konferenz billigt voll und ganz die Grundprinzipien des Gesetzes über die Landwirtschaftssteuer, das die wirtschaftlich schwachen Wirtschaften (35 Prozent aller Wirtschaften) von der Steuer befreit, den Kollektiven wesentliche Vergünstigungen gewährt und den 4 - 5 Prozent reichsten Kulakenwirtschaften 30 - 45 Prozent der gesamten

Steuersumme auferlegt. Die Konferenz billigt voll und ganz die vom Zentralkomitee der Partei durchgeführten Maßnahmen zur Steuererleichterung für den Mittelbauern, wobei sie davon ausgeht, daß diese Maßnahmen neben der vorher durchgeführten Getreidepreiserhöhung dazu führen müssen, daß der Mittelbauer stärker an der Durchführung der Maßnahmen interessiert ist, die das kulturelle und technische Niveau seiner Wirtschaft heben. Insbesondere billigt die Konferenz voll und ganz die Herabsetzung der Landwirtschaftssteuer um mindestens 50 Mill. Rubel, die Steuerbefreiung für die gesamte neu hinzugekommene Anbaufläche der Klein- und Mittelbauernwirtschaften für die nächsten zwei Jahre, die Steuerbegünstigungen für Klein- und Mittelbauern, welche die in dem Dekret über die Ernteerträge vorgesehenen Maßnahmen durchführen, das kategorische Verbot, die Paragraphen über die individuelle Besteuerung auf Mittelbauernwirtschaften anzuwenden, die Festlegung von Normen für die Rentabilität des Ackerbaus, der Vieh- und der Wiesenwirtschaft und die progressive Besteuerung auf drei Jahre, die Steuerermäßigung mit vielen Essern, die Vergünstigungen für Wirtschaften, die Vielfelder-Saatfolge anwenden und daneben die vollständige Aufrechterhaltung der individuellen Besteuerung der reichsten Kulakenwirtschaften (2-3 Prozent der Wirtschaften in der gesamten Union).

Die Konferenz verlangt von allen Partei- und Sowjetfunktionären, daß bei der praktischen Anwendung der Steuer die unbedingte Wahrung der revolutionären Gesetzlichkeit gesichert wird und daß jede Abweichung von dem geltenden Gesetz in der Richtung auf eine Verschlechterung der Lage der Steuerzahler ausgeschlossen ist. Es muß sehr genau kontrolliert werden, wie alle örtlichen Partei- und Sowjetorgane die praktische Anwendung der einheitlichen Landwirtschaftssteuer leiten, denn jede Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit auf diesem Gebiet ist im Hinblick auf die Festigung des Vertrauens der Bauernschaft zur Sowjetmacht und auf die Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Hauptmassen der Bauernschaft besonders

schädlich.

3. Trotz einer Reihe von Beschlüssen der Partei, besonders der Beschlüsse des XV. Parteitag, nimmt die Vergenossenschaftung der Bauernschaft auf dem Gebiet der Produktion in der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften noch nicht den gebührenden Platz ein. Im Zusammenhang hiermit kann man die Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht als befriedigend und ausreichend betrachten, sowohl was die Unterstützung und Organisierung des Wachstums der kollektiven Großlandwirtschaft als auch was die agronomische und technische Hilfe für die individuelle Klein- und Mittelbauernwirtschaft betrifft.

Die Konferenz schlägt allen in der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung arbeitenden Kommunisten vor, die Arbeit zur Erfüllung der vom XV. Parteitag gegebenen Direktiven zu intensivieren und Maßnahmen zu ergreifen:

- a) um die Klein- und Mittelbauern in größerem Umfang durch die Genossenschaftsorganisationen zu erfassen,
- b) damit, auf der Grundlage der Handelstätigkeit, die Arbeit an der wirklichen Vergenossenschaftung der Bauernwirtschaften auf dem Gebiet der Produktion bessere Fortschritte macht,
- c) damit die unteren genossenschaftlichen Produktionsvereinigungen ständig wachsen und zu großen Kollektivwirtschaften werden,
- d) um die Entwicklung der Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse weiter zu beschleunigen, wobei die eigenen Mittel der bäuerlichen Bevölkerung in großem Umfang für den Aufbau dieser Betriebe heranzuziehen sind,
- e) um die selbständige Tätigkeit, die Initiative und die Selbstkritik der vergenossenschafteten Bevölkerung umfassend zu entwickeln.

Das Kontraktssystem muß in der Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu einer der wichtigsten Methoden der Produktionsarbeit an der Hebung der Landwirtschaft

und ihrer Rekonstruktion werden, indem in die Kontrakte das notwendige Minimum der einfachsten agronomischen Maßnahmen aufgenommen wird, die für die in das Kontraktsystem einbezogenen Wirtschaften obligatorisch sind:

wie Sicherung der notwendigen agronomischen Hilfe für die Wirtschaften, die Kontrakte abgeschlossen haben, gründliche Erörterung der Lieferungskontrakte auf den Bauernversammlungen, Verknüpfung der Arbeit zur Versorgung mit Landmaschinen, Saatgut, Düngemitteln und Kredit mit dem Kontraktsystem.

4. Die Konferenz billigt voll und ganz den Beschluß des Plenums des ZK über die Organisierung neuer Sowjetwirtschaften in einem Ausmaß, das für das Jahr 1932 die Produktion von mindestens 1.646.200 t Warengetreide gewährleistet, sowie die praktischen Maßnahmen zur Lösung dieser Aufgabe. Da die Konferenz diese Aufgabenstellung als ein Minimum betrachtet, schlägt sie dem ZK der Partei vor, dafür zu sorgen, daß weitere zusätzliche freie Bodenfonds ausfindig gemacht werden, die sich zur Organisierung von Getreide - Sowjetwirtschaften eignen, damit am Ende des Jahrfünfts der "Getreidetrust" 10 - 12 Mill. ha Land zugewiesen erhält als Reserve für die weitere Entwicklung der Sowjetwirtschaften.

Die Konferenz stellt fest, daß die zur Hebung und Verbesserung der Arbeit der alten Sowjetwirtschaften geleistete Arbeit unzureichend ist und billigt die Beschlüsse des Politbüros zu den Berichten des Staatlichen Landwirtschaftssyndikats, des Zuckertrusts und der Ukrainischen Vereinigung der Sowjetwirtschaften, die auf die Festigung der alten Sowjetwirtschaften gerichtet sind, und empfiehlt den Parteiorganisationen, dafür zu sorgen, daß diese Beschlüsse restlos durchgeführt werden.

5. Die Konferenz billigt voll und ganz die vom ZK hinsichtlich der materiellen und finanziellen Unterstützung der Kollektivwirtschaftsbewegung geschaffenen Maßnahmen und betont, daß die wesentlichste Tatsache, welche die ganze

Lebensfähigkeit der Kollektivwirtschaftsbewegung demonstriert, die ist, daß die Kollektivwirtschaften auf Grund ihrer eigenständigen Tätigkeit und von unten kommenden Initiative der Bauernmassen selbst wachsen, daß die Überlegenheit der Großwirtschaft sich in den Kollektiven bereits auswirkt (in den Kollektivwirtschaften sind die Ernten besser als in den Mittelbauernwirtschaften, die Warenproduktion übersteigt beträchtlich die der individuellen Bauernwirtschaften, die Vielfelderfruchtfolge und die verbesserte Bodenbearbeitung finden immer breitere Anwendung). Als besonders wichtiges Merkmal der Kollektivwirtschaftsbewegung in der letzten Zeit hebt die Konferenz hervor, daß nicht nur die Kleinbauernschichten des Dorfes zur kollektiven Wirtschaft tendieren, sondern auch die Mittelbauern, die sich mit ihrem Inventar und Vieh zu Kollektivwirtschaften vereinigen. Der wesentlichste Mangel der Kollektivwirtschaftsbewegung in ihrem jetzigen Entwicklungsstadium liegt darin, daß ihre organisatorische Gestaltung und die Erweiterung ihrer technischen Basis beträchtlich hinter dem Elan und den Bedürfnissen der von unten kommenden Bewegung zurückbleiben.

Dementsprechend lenkt die Konferenz die besondere Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen auf die Notwendigkeit:

- a) für eine sich ständig erweiternde Versorgung der Kollektive mit landwirtschaftlichen Maschinen und besonders mit Traktoren zu sorgen;
- b) die Arbeit an der Vergesellschaftung der Produktionsprozesse in den Gemeinschaften zur gesellschaftlichen Bodenbearbeitung zu intensivieren und dabei bestrebt zu sein, ihren Übergang zu höheren Formen der Kollektivbewegung (Artels, Kommunen) durch Maßnahmen der finanziellen, materiellen und organisatorischen Hilfe in jeder Weise zu unterstützen;
- c) die Initiative des Übergangs ganzer Ortschaften und Dörfer zu kollektiven Formen der Arbeit in jeder Weise zu unterstützen; hierfür sind das Kontraktsystem bei der Aussaat

von Sortensaatgut in geschlossenen großen Flächen sowie die Maschinen-Traktoren-Stationen und -Kolonnen, die in der jetzigen Periode zu einem sehr wichtigen Faktor werden, weitgehend auszunutzen; zugleich sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Widerstand der Kulaken zu überwinden und allmählich auf dieser Grundlage große kollektive Wirtschaften zu schaffen;

d) den sich entwickelnden Prozeß der Vergrößerung der alten Kollektivwirtschaften in jeder Weise zu fördern, indem man neue Mitglieder für sie gewinnt und Kollektivwirtschaftsvereinigungen schafft, die die landwirtschaftlichen Produktions- und Organisationszentren für die Kollektivwirtschaften der betreffenden Rayons sind;

e) besondere Förderung und vorzugsweise Hilfe den großen Kollektivwirtschaften zukommen zu lassen, die ein Maximum an Warenproduktion leisten können und vollkommen auf dem Stand der modernen Technik und agronomischen Wissenschaft stehen;

f) die operative und planende Leitung der Kollektivwirtschaftsbewegung seitens der Kollektivwirtschaftsverbände zu verstärken.

Gleichzeitig müssen die Parteiorganisationen dessen eingedenk sein, daß der Erfolg der Kollektivwirtschaftsbewegung gesichert wird durch die Bewußtheit, Bildung und Initiative der Mitglieder der Kollektivwirtschaften. Dementsprechend ist es notwendig, die allgemein-politische und kulturelle Arbeit in den Kollektiven ganz entschieden zu verbessern. Die klassenbewußtesten, dem Sozialismus am meisten ergebenen Mitglieder der Kollektivwirtschaften müssen für den Komsomol und die Kommunistische Partei gewonnen werden, damit in dem Maße, wie die Kollektivbewegung an Stärke gewinnt, der in den Kollektivwirtschaften organisierte Teil der bäuerlichen Mitglieder unserer Partei immer bedeutender wird.

Die Konferenz lenkt die besondere Aufmerksamkeit des ZK auf die Notwendigkeit, die Ausbildung von Kadern für die

Sowjet- und Kollektivwirtschaften, von fachlich gut ausgebildeten Funktionären und von Organisatoren entschieden zu verbessern und die wissenschaftliche Arbeit zur Erforschung der Probleme, die mit der Organisation und Rationalisierung der maschinell betriebenen Großlandwirtschaft zusammenhängen, zu entwickeln. Die Konferenz billigt voll und ganz die Erweiterung des Produktionsplanes des im Bau befindlichen Stalingrader Traktorenwerkes von 20.000 auf 40.000 Maschinen, die vorgenommen wurde, um die Mechanisierung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu erhöhen. Die Konferenz lenkt die besondere Aufmerksamkeit des ZK weiter darauf, daß es notwendig ist, im nächsten Jahr den Bau eines neuen Traktorenwerkes in Angriff zu nehmen und die Produktion anderer Maschinen aufzunehmen und zu verstärken, die dem Stand der modernen Technik und den Bedürfnissen der Großproduktion entsprechen (Mähdrescher und andere Anhängergeräte an die Traktoren, Reihendrillmaschinen usw.).

Entsprechend der vor der Partei stehenden Aufgabe, neue Formen des Bündnisses zu entwickeln und zu festigen, verlangt die Konferenz von den Sowjetwirtschaften und landwirtschaftlichen Kollektiven, daß sie die allseitige Hilfe für die Klein- und Mittelbauern erweitern (Produktion von Sortensaatgut, von Rassevieh, Organisation der Reparatur und Ausleihe von landwirtschaftlichen Geräten, Schädlingsbekämpfung usw.).

Es ist notwendig, unverzüglich Maßnahmen zur finanziellen Sicherung und Weiterentwicklung des bestehenden Netzes von Versuchsstationen und landwirtschaftlichen Hochschulen zu ergreifen sowie zur Einrichtung neuer wissenschaftlicher Forschungsinstitute und Versuchsstationen.

6. In Anbetracht dessen, daß die örtlichen Sowjetorgane trotz einer Reihe von Parteibeschlüssen der Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft in ihrer Arbeit zu wenig Beachtung schenken und daß der während der Bestellungskampagne auf diesem Gebiet erzielte Fortschritt noch

ungenügend ist, schlägt die Konferenz allen Parteiorganisationen vor:

- a) die Arbeit der örtlichen Sowjets auf dem Gebiet der Betreuung des Dorfes hinsichtlich der Produktion auf den Sowjetkongressen und in den Rechenschaftsversammlungen zu intensivieren. Inwieweit die Arbeit der Exekutivkomitees und der Sowjets hinsichtlich der Interessenvertretung der Klein- und Mittelbauernmassen gegen die Ausbeutung durch die Kulaken und anderen kapitalistischen Elemente des Dorfes erfolgreich ist, muß künftig danach beurteilt werden, in welchem Maße sie sich um die Hebung der Landwirtschaft bemühen, in welchem Maße sie die gesellschaftliche Großlandwirtschaft und die Produktionshilfe für die individuelle Klein- und Mittelbauernwirtschaft organisieren;
- b) die Verwendung der von der Sowjetmacht in die Landwirtschaft gelenkten Mittel unter eine ebensolche gesellschaftliche Kontrolle zu stellen, wie sie die Arbeiter in den Städten jetzt bereits über die Investbauten ausüben;
- c) die Arbeit der landwirtschaftlichen Kommissionen (der Sektionen bei den Dorfsowjets, den Rayon- und Amtsbezirks- (Volost-) Exekutivkomitees) zu beleben und zu verstärken; Mitglieder der Kollektivwirtschaften, Mitarbeiter der Sowjetwirtschaften, Vertreter der Gesellschaften für gegenseitige Bauernhilfe und Einzelbauern - Klein- und Mittelbauern, die ihre Wirtschaft gut führen, - in diese Kommissionen aufzunehmen; die Arbeit der landwirtschaftlichen Sektionen nach dem Beispiel der Arbeit der Produktionsberatungen in den Industriebetrieben aufzubauen;
- d) die sich unter den Rotarmisten entwickelnde Bewegung zur Vereinigung ihrer individuellen Wirtschaften zu Kollektiven ist in jeder Weise zu unterstützen, indem die Popularisierung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus in der Roten Armee verstärkt und in größerem Umfang die fortschrittlichsten Rotarmisten zu Organisatoren der Kollektivwirtschaftsbewegung herangebildet werden;

e) die Arbeit der Bodenorgane ist zu intensivieren und zu verbessern. Entsprechend der Bedeutung, die den neuen Formen des Bündnisses mit der Bauernschaft zukommt, müssen in der Arbeit der Bodenorgane jegliche Überreste jener Beschränktheit beseitigt werden, wie sie für die Semstvos vor der Revolution kennzeichnend waren, für welche die agronomische Arbeit in der Betreuung einzelner wohlhabender Wirtschaften bestand. Die Bodenorgane müssen zu Organisationen der sozialistischen Großlandwirtschaft und zu Führern der agronomischen Revolution in der Landwirtschaft werden, indem sie Millionen von Klein- und Mittelbauernwirtschaften für diese Revolution gewinnen und alle Agronomen und Rationalisatoren der Landwirtschaft in den Dienst dieser Revolution stellen.

7. Die Konferenz billigt voll und ganz die vom Zentralkomitee durchgeführten Maßnahmen zur verstärkten Organisation der Dorfarmut. Die Konferenz hält die auf diesem Gebiet erzielten Erfolge für durchaus ungenügend und empfiehlt den Parteiorganisationen, die Arbeit zur Organisation der Dorfarmut, zu ihrem Zusammenschluß und ihrer Verwandlung in eine wirkliche Stütze der Arbeiterklasse auf dem Lande noch mehr zu verstärken.

Die neue Periode und die neuen Formen des Bündnisses erfordern eine weitaus engere Verbindung der proletarischen Stadt mit dem Dorf, da dies die Methode zur Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Lande ist. Die von Lenin 1923 gestellte Aufgabe, die Verbindung zwischen Arbeitern und Bauern zu pflegen, die mannigfachsten Formen der Kameradschaft zwischen ihnen zu entwickeln, ist unter den heutigen Bedingungen eine der wichtigsten Pflichten und Aufgaben der Arbeiterklasse, die für die sozialistische Umgestaltung des Dorfes kämpft. Es ist dazu unbedingt notwendig, die Arbeit der Patenschaftsgemeinschaften zu verbessern und zu verstärken und zur Schaffung einer Reihe von freiwilligen Vereinigungen überzugehen (sowohl Vereinigungen der Partei als auch der Gewerkschaft und aller anderen Betriebsorganisationen), die es sich zur Aufgabe

machen, dem Dorf bei seiner genossenschaftlich-sozialistischen Entwicklung systematisch zu helfen. Die Praxis der Schaffung spezieller Arbeitervereinigungen, welche sich die Aufgabe stellen, zur Steigerung der Hektarerträge beizutragen, muß von der Partei in jeder Weise unterstützt werden. Es müssen Organisationen zur Unterstützung der Kollektivierung der Landwirtschaft geschaffen werden. Umfangreiche Unterstützung ist der Initiative der Arbeiter zu gewähren, die Arbeiterbrigaden aufs Land entsenden, welche den Klein- und Mittelbauernwirtschaften helfen, welche die Kollektivierung der Landwirtschaft unterstützen und das Bündnis der Klein- und Mittelbauern in seinem Kampf gegen das Kulakentum festigen.

Die Konferenz lenkt angesichts dessen die besondere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Arbeiterbrigadenbewegung, da sie eine der besten Formen für die Verbindung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und für die Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse auf dem Lande ist.

Die bisherigen Ergebnisse und die nächsten Aufgaben im

Kampf gegen den Bürokratismus

(Einstimmig angenommen)

1) Der Kampf gegen den Bürokratismus, für die Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungsapparates und seine Annäherung an die Massen wird unter den gegenwärtigen Bedingungen zu einer besonders wichtigen Aufgabe der Partei, denn

a) die Durchführung der Industrialisierung in beschleunigtem Tempo und die Inangriffnahme der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft stellen neue Anforderungen an die Qualität der Arbeit des gesamten Staatsapparates;

b) in Verbindung mit dem verstärkten Klassenkampf im Lande werden die bürokratischen Auswüchse des Staatsapparates in einigen Fällen zum Ausdruck des Druckes, den das Kulakentum, die städtische Bourgeoisie und die bürgerliche

Intelligenz auf die Arbeiterklasse ausüben. Der Kampf der Partei und der Sowjets gegen die bürokratischen Auswüchse des Staatsapparates, die oft die wirkliche Natur des proletarischen Staates vor den breiten Massen der Werktätigen verwischen, wird zu einer der wichtigsten Formen des Klassenkampfes.

Die grandiosen Aufgaben, die der Fünfjahrplan der Volkswirtschaft sowohl hinsichtlich der weiteren Entwicklung unserer Industrie und ihrer Umstellung auf eine neue technische Basis als auch hinsichtlich des beschleunigten Aufschwungs der Landwirtschaft und ihrer sozialistischen Umgestaltung stellt, können nicht gelöst werden, wenn nicht der Staatsapparat effektiv verbessert, vereinfacht und verbilligt wird, wenn nicht jedes Glied des Staatsapparates die bevorstehenden Aufgaben exakt löst, wenn nicht der Konservatismus, der Amtsschimmel, die bürokratische Engstirnigkeit, die Cliquenwirtschaft, bei der einer den anderen deckt, und die Nachlässigkeit gegenüber den Nöten der Werktätigen überwunden werden, wenn nicht ganz energisch die Beamten aus dem Staatsapparat vertrieben werden, die mit kapitalistischen und Kulakenelementen sich verbrüdernd oder die unfähig sind, die Versuche der Kulaken und NÖP-Leute, eine Offensive gegen das Proletariat zu eröffnen, abzuwehren und die die Klassenlinie verzerren, und schließlich wenn nicht Formen der Verwaltung beseitigt werden, die überlebt sind und den neuen Bedürfnissen des Sowjetlandes nicht entsprechen.

2) Der Kampf gegen den Bürokratismus, der sich in den letzten Jahren entwickelt hat, und die Arbeit auf dem Gebiet der Verbesserung des Staatsapparates haben zweifellos schon gewisse Erfolge gebracht.

Die Kritik und Selbstkritik wird, obgleich in ihrer Entwicklung erst die ersten Schritte getan wurden, zu einem der wichtigsten Mittel, um breite Schichten von Arbeitern und Bauern, sowohl Parteimitgliedern als auch Parteiloosen, zur Überwindung der Mängel im Staatsapparat zu mobilisieren.

Die Verbesserung der Arbeit der Produktionsberatungen, die Bildung zeitweiliger Betriebskontrollkommissionen, die Arbeit der ökonomischen Beratungen und die Arbeit der Sektionen der Sowjets in Verbindung mit der stärker gewordenen wirtschaftlichen Initiative der Betriebe und der verstärkten Kontrolle von seiten der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion über die Arbeit der Sowjetorgane haben dazu beigetragen, daß nicht nur die Arbeit zur Beseitigung der aufgedeckten Mängel intensiviert wurde, sondern auch die Zahl der Arbeiter zunahm, die bewußt an der Verbesserung dieser Mängel mitwirken.

Der Kampf für das Sparsamkeitsregime und die Entfaltung der Arbeit zur Rationalisierung des Sowjetapparates (Verminderung des Berichtswesens, Liquidierung überflüssiger Institutionen, Vereinfachung der Struktur und der Funktion einer Reihe von Institutionen, Erweiterung der Rechte und Pflichten der örtlichen und untergeordneten Organe) haben in den letzten zwei Jahren schon bedeutende praktische Ergebnisse gezeitigt: die Ausgaben für die Verwaltung wurden um wenigstens 300 Millionen Rubel verringert, und der Verwaltungsapparat wurde um mehr als 100.000 Angestellte eingeschränkt.

Eine gewisse Verbesserung im System der Planung bei gleichzeitiger Entlastung der zentralen Institutionen von einem Teil der Kleinarbeit ermöglichte es, die Termine für die Ausarbeitung und Bestätigung der Volkswirtschaftspläne näher an den Beginn des Wirtschaftsjahres zu verlegen.

Zur Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion werden Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten herangezogen.

Die immer stärker zur Anwendung kommende Praxis, Personen, die sich der Mißwirtschaft, des Bürokratismus und der Nachlässigkeit schuldig gemacht haben, durch die Arbeiter- und Bauerninspektion und durch die Arbeiter-Beisitzer dem Beschwerdebüro der Arbeiter- und Bauerninspektion (die Beschwerden werden von der Arbeiter- und Bauerninspektion bestätigt) und durch das Gericht zur Verantwortung zu

ziehen und entsprechend zu bestrafen, beseitigt die weit verbreitete Meinung, daß diejenigen, welche den Bürokratismus verschulden, nicht zur Verantwortung gezogen werden und straffrei ausgehen und zwingt zugleich die verantwortlichen Mitarbeiter wie auch die einfachen Angestellten des Sowjetapparates, Disziplin zu üben und die Arbeit zu verbessern.

Die im Zentralorgan der Partei und in fast allen Organen der Parteikomitees organisierten "Blätter der Arbeiter- und Bauerninspektion" werden zu einem der Mittel, mit deren Hilfe die konkreten Träger des bürokratischen Übels festgestellt werden und dies Übel bekämpft wird, werden zu einer der Methoden zur Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen bürokratische Auswüchse.

3) Jedoch im Verhältnis zu den vor der Partei stehenden Aufgaben auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Bürokratismus bedeuten diese Errungenschaften nur die erste und zudem noch ganz ungenügende Inangriffnahme der Verbesserung des Staatsapparates, der nicht nur weiterhin noch unglaublich umfangreich, teuer und bürokratisch ist, sondern auch sehr oft "gegen uns arbeitet" (Lenin, Bd. XVIII, Teil II, S. 90).¹⁾

Im Zusammenhang hiermit sind folgende aktuelle Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Verbesserung des Staatsapparates und des Kampfes gegen den Bürokratismus in der nächsten Zeit die wichtigsten:

a) Kontrolle über die Durchführung; b) Verbesserung der personellen Zusammensetzung des Staatsapparates; c) die Koordinierung des Verwaltungssystems mit dem System unserer Wirtschaft und mit den Anforderungen, die durch die wirtschaftliche Entwicklung an den Staatsapparat gestellt werden.

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Auflage, Bd.33, S.391 (russ.), D.Red. deutsch: W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S.974

I. Kontrolle über die Durchführung

Die Kontrolle über die tatsächliche Durchführung wird zum wichtigsten Bestandteil der gesamten Arbeit zur Verbesserung des Staatsapparates. Dementsprechend beschließt die Konferenz folgendes:

1. Der hauptsächlichste und wesentlichste Mangel des Sowjetapparates besteht darin, daß die Parteidirektiven und die Verordnungen der Sowjets bis jetzt schlecht erfüllt und nicht selten entstellt werden. Die Erfahrungen, die die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion in ihrer Arbeit gemacht hat, haben ganz und gar die Richtigkeit der Feststellung bestätigt, daß die systematische Kontrolle darüber, wie die Gesetze der Regierung, ihre Verfügungen und die Parteidirektiven durchgeführt werden, nicht nur eine der wichtigsten Mittel im Kampf gegen den Bürokratismus und den Amtsschimmel ist, sondern auch eins der wichtigsten Mittel, die die richtige Klassenlinie in der Arbeit aller Sowjetorgane gewährleisten. Die Einrichtung einer systematischen Überprüfung der Durchführung und der Einhaltung der revolutionären Gesetzmäßigkeit muß wichtigste Aufgabe aller Partei-, Wirtschafts- und Sowjetorgane aller Stufen sein. Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß, wie dies im Arbeitsplan der Arbeiter- und Bauerninspektion vorgesehen ist, in immer größerem Maße die Kontrolle über die Durchführung zum Mittelpunkt ihrer Arbeit machen, damit auf diese Weise nicht nur erreicht wird, daß die Parteidirektiven und Regierungsverordnungen schnell und exakt durchgeführt und die Ursachen beseitigt werden, die zur Nichterfüllung der Direktiven führen, sondern auch, daß die Richtigkeit der Direktiven selbst an Hand der praktischen Erfahrung überprüft wird.

Die örtlichen Partei- und Sowjetorgane sind verpflichtet, die Direktiven und Verordnungen der Partei und der Regierung konsequent durchzuführen und zugleich den zentralen Organen alle jene Abänderungen vorzuschlagen, die sich auf Grund der örtlichen Erfahrungen als notwendig erweisen.

Nur eine solche gegenseitige Kontrolle der Verordnungen des Zentrums durch die Praxis der einzelnen Orte und der Praxis der einzelnen Orte durch die Leitung des Zentrums gestattet es, nicht nur zu erreichen, daß die Vorschläge und Verordnungen der zentralen Institutionen unbedingt verwirklicht werden, sondern auch entsprechend den sich aus der örtlichen Erfahrung ergebenden Hinweisen, die notwendigen Korrekturen an ihnen vorzunehmen.

Bei all dieser Arbeit muß man von folgender Weisung Lenins ausgehen:

"Die Menschen und die tatsächliche Durchführung einer Angelegenheit zu überprüfen - darin und nur darin liegt jetzt der Kernpunkt der gesamten Arbeit, der gesamten Politik" ("Rede auf der Tagung der kommunistischen Fraktion des Allrussischen Metallarbeiterkongresses", 1922, Bd. XVIII, Teil II, S. 17)¹⁾.

Die Erfahrungen bei der Kontrolle über die Durchführung und die örtlichen Erfahrungen müssen die Grundlage abgeben für die systematische Umgestaltung und Verbesserung des gesamten Staats- und Verwaltungsapparates. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß die Arbeit des Apparates verbessert wird und daß wirklich die Möglichkeit der Kontrolle über die Durchführung gewährleistet ist, besteht darin, daß die genaue Verteilung der Arbeit unter den ausführenden Organen festgelegt und jedem Organ und jeder Person, die irgendeine Funktion im Sowjetapparat ausübt, die Verantwortung für die Durchführung bestimmter Aufgaben und praktischer Arbeiten übertragen wird.

Es muß energisch mit der bis jetzt noch außerordentlich weit verbreiteten Methode Schluß gemacht werden, daß Fragen nicht durch das entsprechende Organ im Rahmen seiner Rechte und Pflichten entschieden werden und innerhalb des Organs durch den verantwortlichen ausführenden Mitarbeiter, sondern statt dessen durch zahlreiche sowohl zwischenbe-

1) W.I. Lenin, Werke, Bd. 33, 4. Auflage, S. 200 (russ.), D.Red.

hördliche als auch innerbehördliche verantwortungslose Kommissionen; denn diese Methode, Fragen der Verwaltung zu lösen, dient nicht nur nicht dazu, breite Massen der Arbeiter zur Verwaltung heranzuziehen, sondern sie bildet auch ein Hindernis dafür, da sie durch die gegenseitige Rückversicherung der Funktionäre des Staatsapparates deren vollständige Verantwortungslosigkeit herbeiführt, den Apparat für die Kontrolle durch die breiten Massen unzugänglich macht und jegliche Möglichkeit beseitigt, die Durchführung tatsächlich zu kontrollieren. Notwendig ist ein "schonungsloser Kampf gegen die herrschende Verschwommenheit und Unklarheit in der Frage, worin die Aufgabe jedes einzelnen besteht, und gegen die daraus entspringende völlige Verantwortungslosigkeit" (Lenin, Entschließung über die Arbeit der stellvertretenden Volkskommissare. Sammelband "Über die Verbesserung des Staatsapparates", S. 78)¹⁾.

3. Die Einschaltung breiter Arbeitermassen in die Kontrolle über die Durchführung und damit die Ausbildung neuer Schichten von Arbeitern und Bauern für die staatliche Verwaltung ist Voraussetzung dafür, daß die Kontrolle über die Durchführung immer mehr zu einer wirksamen Methode wird, um den Sowjetapparat zu verbessern.

Deshalb ist notwendig:

a) nach dem Vorbild der zeitweiligen Kontrollkommissionen in den Betrieben, die sich bereits durchaus bewährt haben, zeitweilige Kontrollkommissionen in den Behörden zu organisieren und die Verwirklichung des Beschlusses des VIII. Gewerkschaftskongresses über die Bildung zeitweiliger Arbeiterkontrollkommissionen bei den Trusts zu beschleunigen. Die Kommissionen müssen unmittelbar in den Industriebetrieben und durch die Sowjets der betreffenden Städte gewählt werden. Die Hauptaufgabe der Kommissionen muß die Kontrolle über die Einhaltung der Sowjetgesetze und der Parteidirek-

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Auflage, Bd.33, S.300 (russ.),
D.Red.

tiven sein und in Verbindung damit die Aufdeckung konkreter Fälle von Bürokratismus und Nachlässigkeit in der Arbeit sowie die Ausarbeitung von Maßnahmen, die eine bessere Arbeit des Apparates gewährleisten, insbesondere auf dem Gebiet der Betreuung der breiten Massen der Werktätigen;

b) dafür zu sorgen, daß die Wählerversammlungen wirklich ihr Recht wahren, jede beliebige gewählte Person abzuberufen, wenn die Überprüfung ihrer Arbeit ergeben hat, daß sie zur Erfüllung der ihr von den Wählern aufgetragenen Arbeit untauglich ist. Wenn ein solcher Mitarbeiter nicht durch Wahl eingesetzt ist, muß man auf möglichst breiter Grundlage handeln und die Initiative der Arbeiter und werktätigen Bauern, die den übergeordneten Organen seine Abberufung, Ablehnung oder Absetzung vorschlagen, in jeder Weise unterstützen;

c) zwecks Beseitigung einer zu großen Zahl von Kontrollen bestätigt die Konferenz die Verordnung der Arbeiter- und Bauerninspektion vom 30. Mai 1928 über die Verfahrensweise der Durchführung von Kontrollen und verpflichtet die Arbeiter- und Bauerninspektion, diese Veränderung auf alle Kontrollorgane und -institutionen auszudehnen und die Einhaltung dieser Verordnung streng zu überwachen.

II. Verbesserung der personellen Zusammensetzung des Sowjetapparates

1. Zwecks Verbesserung der personellen Zusammensetzung des Sowjetapparates schlägt die Konferenz der Arbeiter- und Bauerninspektion vor, unter Heranziehung der Gewerkschaften und unter Kontrolle der breiten Massen der Arbeiter, Bauern und Angestellten eine Säuberung des Sowjetapparates von zersetzten Elementen durchzuführen, die die sowjetischen Gesetze entstellen, mit Kulaken und NÖP-Leuten gemeinsame Sache machen, den Kampf gegen den Amtsschimmel behindern und letzteren bemänteln, die die dringenden Bedürfnisse der Werktätigen von oben herab beamtenmäßig

und bürokratisch behandeln, den Sowjetapparat zu säubern von Defraudanten, bestechlichen Elementen, Saboteuren, Schädlingen und Faulenzern. Ausgehend von der Tatsache, daß die Partei und die Sowjetmacht jeden ehrlichen und gewissenhaften Mitarbeiter schätzt und fördert, muß die Grundlage für die Säuberung vor allem die Bewertung der Qualität der Arbeit bilden und nicht nur die Merkmale der klassenmäßigen Herkunft. Proletarische Herkunft und Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei dürfen auf keinen Fall zu einer Rückversicherung gegen die Säuberung werden. In erster Linie muß im Verlauf des Jahres 1929 die Säuberung der Behörden durchgeführt werden, die unmittelbar mit den werktätigen Massen in Verbindung stehen (Boden- und Gerichtsorgane, Organe der Volkskommissariate für Finanzen und des Volkskommissariats für Arbeit usw.). Personen, die sich nach Meinung der Säuberungskommissionen noch bessern können, müssen auf einen niedrigeren Posten versetzt werden. Was dagegen Personen betrifft, die durch die Säuberung ihres Postens enthoben sind und denen man das Recht abgesprochen hat, im Sowjetapparat zu arbeiten (für eine bestimmte Zeit oder in besonders schweren Fällen für immer), so muß ihre Einsetzung in eine andere Funktion und in eine andere Behörde kategorisch verboten und ihre Namen müssen zur allgemeinen Kenntnis in der Presse veröffentlicht werden.

2. Die Konferenz hebt besonders hervor, wie wichtig es ist, daß die aus dem Sowjetapparat auf Grund der Säuberung entfernten Personen durch neue Kader ersetzt werden, die in den Industriebetrieben und in der unteren Arbeit des Sowjets entwickelt worden sind.

Die Hauptursachen für die in den letzten Jahren in einigen Fällen mißlungene und ungenügende Entwicklung neuer Kader sind:

der Widerstand des Verwaltungsapparates, mangelnde Sorge für die Ausbildung der neu in Verwaltungsfunktionen eingesetzten Mitarbeiter seitens der Partei- und Sowjetorgane,

ungenügende Unterstützung der neu eingesetzten Mitarbeiter seitens der Leiter der Behörden, schwache Verbindung der neu eingesetzten Verwaltungsangestellten mit den Betrieben, von denen sie vorgeschlagen wurden, ungünstige und oft zufällige Auswahl der neuen Verwaltungsangestellten aus den Betrieben, die oft den Anforderungen, die an die Arbeit der staatlichen Verwaltung gestellt werden, nicht entsprechen, Mangel an Kadern für die Beförderung in einer Reihe zurückgebliebener Rayons. Daher beschließt die Konferenz folgendes:

- a) die kommunistischen Zellen und Ortskomitees werden verpflichtet, in den Sowjetbehörden eine systematische Beobachtung der Einstellung und weiteren Arbeit der neu eingesetzten Verwaltungsangestellten einzuführen, ihnen jegliche Hilfe zu erweisen und bürokratischen Elementen des Apparates, die der Einstellung von Werktätigen in die Verwaltung Widerstand entgegensetzen und diese Werktätigen wieder zu verdrängen suchen, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen;
- b) den Partei-, Sowjets-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganen wird vorgeschlagen, überall die (nach Möglichkeit der Einstellung vorausgehende) Ausbildung der in Verwaltungsfunktionen eingesetzten Werktätigen und ihre Schulung entsprechend der ihnen übertragenen Arbeit zu organisieren und zugleich den aufgerückten Werktätigen nach ihrer Einstellung die Möglichkeit zu gewährleisten, ihre theoretische und praktische Qualifikation weiter zu erhöhen;
- c) die Leiter der Behörden werden persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß in dem ihnen unterstehenden Apparat günstige Arbeitsbedingungen für die in Verwaltungsfunktionen aufgerückten Werktätigen geschaffen werden;
- d) den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen wird vorgeschlagen, dafür zu sorgen, daß eine ständige feste Verbindung besteht zwischen den in die Verwaltung übergegangenen Werktätigen und den Betrieben, die sie dafür namhaft gemacht haben. Diese Arbeit muß sich in den Betriebskomitees konzentrieren, bei Großbetrieben in den Werksabteilungen;

e) die Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsorgane werden verpflichtet, eine besonders sorgfältige Auswahl der in staatliche Funktionen einzusetzenden Werktätigen vorzunehmen, damit nur Arbeiter für den Sowjetapparat ausgesucht werden, die tatsächlich bereit und fähig sind, gegen den Bürokratismus zu kämpfen; die Massen der Arbeiter sind zur aktiven Mitwirkung an dieser Auswahl heranzuziehen (Festlegung der Kandidaturen für die Beförderung in Arbeiterversammlungen usw.). Die für Funktionen im Staatsapparat vorgeschlagenen Werktätigen dürfen nicht für eine Arbeit im Staatsapparat "im allgemeinen" ausgewählt werden, sondern für eine konkrete, im voraus bestimmte Arbeit, wobei die endgültige Entscheidung der Frage, ob ein bestimmter Werktätiger für die Arbeit einer bestimmten Behörde eingesetzt werden kann, dem Leiter der Behörde oder des Betriebes überlassen bleibt;

f) die Partei- und Sowjetorgane der Industriebezirke werden verpflichtet, die landwirtschaftlichen Bezirke organisatorisch und politisch stärker zu unterstützen, indem sie zur Arbeit in der Verwaltung vorgesehene Kader für sie ausbilden und Mitarbeiter zur ständigen und zeitweiligen Arbeit in die landwirtschaftlichen Bezirke entsenden. Die Grundlage für diese Hilfe muß die Mitwirkung der staatlichen und genossenschaftlichen Organe der Arbeiterzentren am Aufschwung der Landwirtschaft anderer Rayons bilden, wie z.B. die Teilnahme von Arbeitergenossenschaften an der Arbeit landwirtschaftlicher Genossenschaften sowohl in bezug auf die Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als auch in bezug auf die Entwicklung entsprechender Zweige der Landwirtschaft, die Teilnahme der Flachsindustrie an der Hebung der Flachsangebaugebiete usw.;

g) angesichts dessen, daß der richtigen und vollständigen Einsetzung der Jugendlichen, die die sowjetischen Hochschulen absolviert haben, besondere Bedeutung zukommt, muß deren Verteilung durch die Arbeitsämter ersetzt werden durch die Verteilung unter allgemeiner Aufsicht und Anleitung des Volkskommissariats für Arbeit über die entspre-

chenden Behörden, denen sämtliche Jugendliche sofort nach Verlassen der Hochschulen unterstellt werden müssen und die man verpflichten muß, sie gemäß den Erfordernissen der verschiedenen Abschnitte der wirtschaftlichen und kulturellen Front planmäßig zu verteilen.

3. Die Sowjetorgane werden verpflichtet, es zu einer ihrer Hauptaufgaben zu machen, die Zusammensetzung des Apparates systematisch zu studieren, die Statistik zu organisieren und die Mitarbeiter auf der Grundlage der entsprechenden Direktiven des ZK auszuwählen.

4. Die Erfahrung zeigt, daß Kommunisten, die das Verwaltungswesen nicht ernsthaft studieren und nicht studieren wollen, die oberflächlich arbeiten, ohne in das Wesen der ihnen übertragenen Arbeit einzudringen, in einer Reihe von Fällen zu einem Anhängsel und Deckmantel für schlaue Saboteure und Schädlinge werden. Solche Kommunisten, die sich einbilden zu leiten und zu verwalten, sind in Wirklichkeit Pseudokommunisten, die fremde Gedanken und Vorschläge unterstempeln und dem sozialistischen Aufbau den größten Schaden zufügen.

Die wichtigste nächste Aufgabe besteht darin zu überprüfen, wie sich die Kader auf dem Gebiet der Wirtschaft entwickeln, in welchem Maße die Kommunisten zu wirklichen Führern werden, zu wirklichen Meistern der ihnen übertragenen Arbeit, die es verstehen, Menschen auszuwählen und deren Arbeit zu überprüfen, die sich auf dem entsprechenden Gebiet der Produktion spezialisieren und ihre eigene produktionstechnische Qualifikation erhöhen. Und zugleich ist zu überprüfen, in welchem Maße die Beschlüsse des ZK erfüllt werden, nämlich daß für die Entwicklung kommunistischer Wirtschaftskader günstige Bedingungen zu schaffen sind und daß diese Kader bei der Erhöhung ihrer Qualifikation und in ihrer täglichen Arbeit in jeder Weise zu unterstützen sind (Umschulung, Versorgung mit technischer Literatur, Dienstreisen ins Ausland, periodische Befreiung von der laufenden Arbeit auf ein bis zwei Monate, damit sie

sich spezialisieren können, Beseitigung der Fluktuation unter den führenden Wirtschaftsfunktionären usw.).

Eine derartige Überprüfung erleichtert die Möglichkeit, wirklich kommunistische Wirtschaftsfunktionäre und Verwaltungsfachleute auszuwählen, die fähig sind, zu arbeiten und für die ihnen übertragene Aufgabe die Verantwortung zu tragen.

In bezug auf jene Kommunisten die sich bei der Überprüfung ihrer Arbeit als für die staatliche Verwaltung untauglich erwiesen haben, muß ganz energisch mit der gegenwärtig verbreiteten Methode Schluß gemacht werden, solche Mitarbeiter von einer Behörde in die andere und von einem Rayon in den anderen zu versetzen, weil dies sie nur endgültig verdirbt und zugleich die Verbesserung der Arbeit des Apparates erschwert. Es muß erreicht werden, daß sie zur Arbeit auf ihrem Fachgebiet zurückkehren.

III. Die Koordinierung des Systems der Verwaltung mit dem System unserer Wirtschaft und den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus

Die Erfüllung der vor dem Sowjetland stehenden Aufgaben, die Industrialisierung und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in beschleunigtem Tempo durchzuführen, macht es erforderlich, den gesamten Apparat der staatlichen Verwaltung in dem Sinne systematisch umzugestalten, daß er mit dem System unserer Wirtschaft und den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in Einklang gebracht wird. Unter dem Blickwinkel dieser Forderung beschließt die Konferenz:

1. Die Tatsache, daß die in der praktischen Arbeit erprobten Kader in den letzten Jahren sich zweifellos entwickelt haben, die ihrem Abschluß entgegengerichtete Einteilung des Landes in Rayons, die Erfahrungen, die in der Leitung der Volkswirtschaft gesammelt wurden, die Ausarbeitung des Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft - dies alles ermöglicht weitere Schritte zur Dezentralisierung der Verwaltungsfunktionen, zur Entlastung der Unionsorgane

und der zentralen Organe der Republiken nicht nur von der großen Masse der Kleinarbeit, sondern auch von einem gewissen Teil der operativen Funktionen und zu einer wirklichen Verbesserung der Planungsarbeit, welche die Gewähr bietet, daß reale Pläne ausgearbeitet werden, daß sie rechtzeitig ausgearbeitet werden und daß die gesellschaftliche und persönliche Initiative und selbständige Tätigkeit der Massen vereinigt wird mit einer festen Disziplin bei der Erfüllung der Pläne und Direktiven der zentralen Organe.

Die systematische Umgestaltung des Apparates muß sich auf der Linie der Dezentralisierung der operativen Funktionen bei gleichzeitiger Zentralisierung der Planung und Leitung in den grundlegenden Fragen vollziehen, in der Richtung, daß Bedingungen geschaffen werden, die sowohl die Ausarbeitung endgültiger und rechtzeitiger Pläne als auch ihre vollständige Erfüllung gewährleisten.

Auf dieser Grundlage muß besonders das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion der UdSSR den Arbeitsbereich und das System der Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Unionsvolkskommissariaten, zwischen den Volkskommissariaten der Unionsrepubliken und den Volkskommissariaten der Union, zwischen den Volkskommissariaten und den regulierenden Organen, zwischen den regionalen und zentralen Organen und zwischen den Organen der Planung und der Verwaltung überprüfen.

2. In der Arbeit an der Verbesserung des Systems der Verwaltung der Industrie und des Transportwesens muß davon ausgegangen werden, daß folgendes gewährleistet wird:

a) der Oberste Volkswirtschaftsrat und das Volkskommissariat für Lebensmittelversorgung dürfen nicht nur, wie sie es bis jetzt überwiegend sind, Organe der Planung und wirtschaftlichen Leitung sein, sondern müssen auch zu Organen der wirklichen technischen Leitung werden, die sich auf die Errungenschaften sowohl der amerikanischen und europäischen als auch der sowjetischen Wissenschaft und Technik

stützen;

b) die wirtschaftliche Initiative der Industriebetriebe und einzelnen Werkabteilungen muß gesteigert werden, wobei zugleich die Rolle der Truste verstärkt werden muß auf dem Gebiet der Leitung der technischen Rekonstruktion der Betriebe und der Überprüfung der zu Trusten zusammengesetzten Betriebe, welche die Verwirklichung des Prinzips gewährleistet, die Betriebe vor allem nach ihren Spezialgebieten zusammenzufassen;

c) die Möglichkeit der vollständigen Mobilisierung der inneren Reserven der Industrie;

d) die Parteidirektiven über die Herstellung der persönlichen Leitung in der Verwaltung der Betriebe müssen verwirklicht werden, und zugleich ist ständig die Arbeit der Produktionsberatungen und der provisorischen Kontrollkommissionen weiterzuentwickeln. Die praktischen Vorschläge derselben müssen, sofern sie von der Betriebsleitung als richtig anerkannt und angenommen wurden, von ihr konsequent ohne jegliche Verzögerung verwirklicht werden. Das System der Verwaltung der Betriebe ist auf folgende Weisung des Genossen Lenin aufzubauen:

"Je entschlossener wir jetzt für eine rücksichtslos starke Macht, für die Diktatur einzelner Personen in bestimmten Arbeitsprozessen, in bestimmten Momenten lediglich ausführender Funktionen eintreten müssen, desto mannigfaltiger müssen die Formen und Methoden der Kontrolle von unten sein, um jede Spur einer Möglichkeit der Entstellung der Sowjetmacht zu paralysieren, um das Unkraut des Bürokratismus unaufhörlich, unermüdlich auszureißen." (Lenin "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", Bd.XV, S.223-224).¹⁾

e) die rechtzeitige und vollständige technisch-ökonomische Vorbereitung des Aufbaus;

1) W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1954, S.390

f) die Stabilität des Kommandobestandes in der Industrie und im Verkehrswesen und die Liquidierung der überaus weit verbreiteten häufigen Versetzungen von Wirtschaftsfunktionären von einem Ort zum anderen, die die Möglichkeit ihrer Schulung und der Erhöhung ihrer technischen Qualifikation im höchsten Grade erschweren.

3. Bei der Arbeit an der Verbesserung und Rationalisierung des Apparates der Warenlenkung muß man von der Möglichkeit und Notwendigkeit ausgehen, die übermäßig hohen Kosten des Warenverkehrs weiter energisch einzuschränken.

4. Angesichts dessen, daß durch die Monopolstellung des Handelsapparates in bezug auf eine Reihe von Waren bei übermäßigem Zentralismus der regulierenden und Handelsorgane die Gefahr der bürokratischen Fäulnis einzelner Teile des Apparates droht, muß eine Rationalisierung des Apparates der Warenlenkung durchgeführt werden, und zwar unter dem Gesichtswinkel, die operativen Funktionen möglichst stark zu dezentralisieren. Dabei muß aber die zentralisierte Leitung auf folgenden Gebieten beibehalten und verbessert werden: Planung der Finanzen und des Handels, Verbesserung der Manövrierfähigkeit des Handelssystems, tatsächliche Einschränkung der Verbindungsglieder zwischen der Fabrik und dem Verbraucher der Industriewaren und zwischen dem Produzenten der landwirtschaftlichen Rohstoffe und ihrem Verbraucher, Erhöhung der Fähigkeit, die Nachfrage der Verbraucher sowohl durch die Industrie als auch durch den Handelsapparat statistisch zu erfassen, verbesserte Betreuung des Verbrauchers sowohl durch schnelle Erweiterung des Netzes der unteren Handelsorgane als auch durch Verbesserung der Technik ihrer Arbeit.

5. Es muß weiter gearbeitet werden an der Verbesserung des Systems der Finanzierung und Kreditierung der Volkswirtschaft, der Besteuerung, der Finanz- und Zahlungsbeziehungen zwischen den wirtschaftlichen, genossenschaftlichen und Kreditinstituten zwecks Einführung der bargeldlosen Zahlung, der energischen Einschränkung der allzuvielen Zahlungsinstanzen

zwischen den verschiedenen Zweigen der Industrie, zwischen der Industrie und den Genossenschaften usw.; die Erfahrungen bei der Organisierung der bargeldlosen Zahlung auf dem Gebiet der Massenzahlungen der Bevölkerung an die staatlichen, kommunalen und gesellschaftlichen Organisationen sind ebenfalls weiterzuverbreiten.

6. Es muß gewährleistet werden, daß sich unser Apparat möglichst schnell die Errungenschaften auf dem Gebiet der Verwaltungstechnik aneignet; die Mechanisierung des Rechnungswesens ist innerhalb der nächsten Jahre in allen großen Wirtschaftsbehörden einzuführen (die Erfahrungen mit ihrer Einführung im Verkehrswesen, im I. Wolltrust, im WTS, in den Werken der GEF usw. hat schon positive Ergebnisse gezeigt); das operative, statistische und Buchhaltungswesen ist zu vereinheitlichen; es ist ein System des Berichtswesens einzurichten, das sich auf die Daten der primären Statistik stützt und den Formen der Pläne entspricht; die Struktur der Institutionen ist dahingehend zu verbessern, daß man die Funktionen ihrer einzelnen Teile genau abgrenzt, unnötige Zwischeninstanzen liquidiert und das System der verantwortlichen ausführenden Personen einführt (insbesondere ist die Methode einzuführen, daß die ausführende Person über die von ihr geleistete Arbeit demjenigen Organ oder derjenigen Person, für die die getane Arbeit bestimmt ist, unmittelbar Bericht erstattet; außerdem muß festgelegt werden, daß die ausführende Person alle von ihr angefertigten Berichte und Schriftstücke unbedingt unterzeichnet, unabhängig davon, an wen diese Schriftstücke gerichtet sind; die Einführung des vereinfachten Systems der Geschäftsführung in allen Institutionen ist zu beschleunigen; die alten auf dem Gebiet der Verwaltungstechnik arbeitenden wissenschaftlichen Institutionen und Rationalisierungszentren sind auszubauen und neue sind zu schaffen; die bei der Schaffung spezieller Rationalisierungsbüros bei sowjetischen Behörden gesammelten Erfahrungen sind zu verbreiten; es sind Kader von Rationalisatoren auszubilden usw.

Diese gesamte Verbesserung der Technik ist durchaus nicht Selbstzweck, sondern wir müssen mit ihrer Hilfe eine Vereinfachung des Apparates erreichen, welche die aktive Teilnahme der Massen an der Verwaltung gewährleistet.

7. Ohne die weitere Einbürgerung der wissenschaftlichen Rationalisierungsmethoden in allen Zweigen der Produktion, der Planung und Verwaltung wird die Lösung der vor dem Land stehenden Aufgaben im höchsten Grade erschwert werden.

In Anbetracht der Kompliziertheit, der Schwierigkeiten und der zunehmenden Verantwortlichkeit der Planungsarbeit in der Rekonstruktionsperiode ist zu erreichen, daß unsere Planung immer stärker wissenschaftlichen Charakter gewinnt und allseitig wissenschaftlich fundamentiert ist. Dementsprechend muß sich die Staatliche Plankommission bei ihrer Arbeit an der Aufstellung der Volkswirtschaftspläne auf ein umfangreiches Studium der neuesten Errungenschaften der Weltwissenschaft und -technik stützen sowie auf das gesamte System der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und -organisationen der UdSSR, deren Arbeit in bezug auf ihren Charakter und die Termine mit den Aufgaben der Planungsarbeit koordiniert werden muß. Die Erfahrungen der wissenschaftlichen Rationalisierungsarbeit zeigten sowohl auf der Linie der Arbeiter- und Bauerninspektion als auch auf der Linie des Obersten Volkswirtschaftsrates, welche gewaltigen Möglichkeiten sich für die Steigerung der Produktion und die Senkung der Selbstkosten eröffnen, wenn die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungsarbeit praktisch angewandt und Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Sowohl die Arbeiter- und Bauerninspektion als auch alle leitenden Wirtschaftsorgane müssen in viel stärkerem Maße als bisher auf wissenschaftlicher Grundlage arbeiten. Dazu ist es insbesondere notwendig, ein ausgedehntes Netz von speziellen Rationalisatorengruppen, Rationalisierungsbüros und -instituten zu schaffen, weitere ausländische Spezialisten heranzuziehen, mehr technische Literatur herauszugeben; Kader von Spezialisten für Rationalisierung auszubilden, die technische Qualifikation der

Wirtschaftskader zu heben usw. usf. Die Konferenz hebt hervor, daß nicht nur die Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion, sondern auch jede andere Institution die unbedingte und ständige Aufgabe hat, den eigenen Apparat zu rationalisieren, und daß für die Lösung dieser Aufgabe vor allem die Leiter und Mitarbeiter der Institutionen selbst verantwortlich sind sowie auch ihre gesellschaftlichen Organisationen.

8. Der Kampf für das Sparsamkeitsregime, für die Verringerung jeglicher Spesen und unproduktiven Ausgaben ist besser zu führen sowohl durch Anpassung des Verwaltungssystems an die Erfordernisse der wachsenden sozialistischen Ökonomik als auch durch Aneignung einer tatsächlich fortschrittlichen Verwaltungstechnik. Die Konferenz geht dabei von der Tatsache aus, daß eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Erfüllung des Fünfjahrplanes des sozialistischen Aufbaus die weitere konsequente und entschiedene Verringerung der Unkosten im Handel, in der Industrie sowie der Ausgaben für die administrative Leitung ist, was eine der wesentlichsten Quellen für die Beschleunigung des Entwicklungstempos unseres Landes gegenüber dem kapitalistischen Entwicklungstempo sein muß.

Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit aller Wirtschaftsorgane und der Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion darauf, daß der Kampf für das Sparsamkeitsregime durchaus nicht allein auf die Einschränkung des Apparates beschränkt werden kann, - er erfordert gleichzeitig, daß die höchsten Anstrengungen gemacht werden, um die Produktion wirklich zu rationalisieren, die vorhandenen Ausrüstungen voll auszunutzen und zu mobilisieren, den Nutzeffekt der Kapitalausgaben zu erhöhen, die Selbstkosten zu senken und die Versorgung der Industrie und des Verkehrswesens so zu organisieren, daß sie die Anhäufung unnötiger Reserven ausschließt, welche gewaltige Materialreserven in totes Kapital verwandeln (z.B. im Transportwesen, wo die wichtigsten Indices für die Ausnutzung der Lokomotiven und

Waggons unwahrscheinlich niedrig sind, eröffnet die Hebung dieser Indices bis zu einem Stand, der wenigstens annähernd an das Niveau solcher Länder wie Amerika, Deutschland und Japan heranreicht, wo eine Personenzuglokomotive 14 Stunden am Tag eingesetzt ist gegenüber 6 1/2 - 9 Stunden bei uns, die Möglichkeit, viele hundert Millionen Rubel einzusparen).

Den Ergebnissen der Einteilung des Landes in Rayons ist ein spezielles Studium zu widmen, vor allem von dem Standpunkt aus, daß der Apparat der staatlichen Verwaltung näher an die Massen der Arbeiter und werktätigen Bauern herangebracht werden muß.

Da der Knotenpunkt, wo die Direktiven der Partei und der Sowjetmacht verwirklicht werden, der Rayon ist, muß das Schwergewicht der Arbeit an der Verbesserung des Staatsapparates in den Rayon verlegt werden.

Dementsprechend muß die Struktur des Sowjetapparates des Bezirks (Okrugs) unter dem Gesichtswinkel überprüft werden, daß den Rayonzentren eine möglichst große Anzahl erfahrener und erprobter Kommunisten, Organisatoren und Spezialisten zugeteilt wird.

Bei der Vereinfachung und Verbesserung der Struktur des Apparates muß den Organen der Sozialversicherung, des Gesundheitswesens, des Gerichtswesens, der Genossenschaften, der Arbeitsämter usw., die sich mit der unmittelbaren Betreuung der breiten Massen beschäftigen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden; es ist dafür zu sorgen, daß ihr Aufbau und ihre Arbeitsweise den Werktätigen eine möglichst schnelle und reibungslose Befriedigung ihrer Bedürfnisse gewährleistet.

10. Entsprechend den wiederholten Weisungen des Genossen Lenin ist unter besonderer Aufsicht der Arbeiter- und Bauerninspektion schon im nächsten Jahr in zwei bis drei Trusten, fünf bis zehn Bezirken und zehn bis fünfzehn Rayons eine vorbildliche Arbeit zu organisieren.

Die Konferenz schlägt dem Zentralkomitee der Partei vor,

für diese Versuchsabschnitte der Sowjetarbeit innerhalb von zwei Monaten die wirklich besten, am meisten erprobten und gewissenhaftesten Organisatoren und Leiter zur Verfügung zu stellen.

Dabei muß man davon ausgehen, daß die besten Beispiele letzten Endes zu Vorbildern gemacht werden müssen, die für alle verbindlich sind.

11. Da die Lösung der vor dem Lande stehenden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufgaben die unmittelbare, bewußte Mitarbeit der Millionen Werktätigen erfordert, müssen die verschiedenartigsten Formen der Initiative und selbständigen Tätigkeit der Arbeiter in immer größerem Maße in der Praxis angewandt, an Hand der Erfahrung geprüft und gefördert werden (die weitere Verbreitung des auf Initiative der Arbeiter entfalteten sozialistischen Wettbewerbs sowohl auf dem Gebiet der Verbesserung des Bauwesens, der Produktion und der Senkung der Selbstkosten als auch hinsichtlich der Verbesserung und Vereinfachung des Systems und der Struktur der Verwaltung - Aufrufe, Entsendung von Arbeiterbrigaden auf das Land, Wettbewerbe, Arbeitererfindungswesen usw. usw.). Dabei müssen die neuen Errungenschaften in der Presse behandelt werden. Es ist anzustreben, daß das ganze Land die Arbeit der besten Organe und der besten, dem Sozialismus am meisten ergebenen, fähigsten und gewissenhaftesten Funktionäre kennenlernt und daß alle wertvollen Vorschläge, deren Durchführung zur Senkung der Selbstkosten der Produktion, zur Vereinfachung und Verbilligung des Apparates beiträgt, großzügig prämiert werden.

IV. Die Organisierung der Massenkontrolle

Die Arbeiter- und Bauerninspektion als einer der wichtigsten Hebel der Partei und der Sowjets in dem von ihnen geführten Kampf für die wirkliche Verbesserung des gesamten Apparates kann nur dann die vor ihr stehenden Aufgaben erfüllen, wenn sie wirklich die breiten Massen der Werkstä-

tigen in ständig wachsendem Maße in den Kampf gegen den Bürokratismus einbezieht, wenn sie in immer größerem Maße zum Organisator der Arbeiter und Bauern wird, die die Arbeit des Staatsapparates kontrollieren, wenn sie sich immer stärker in eine Organisation zur Kontrolle der Arbeit der Parteimitglieder durch die Parteilosen verwandelt, wenn die parteilosen Arbeiter und Bauern mit ihrer Hilfe lernen, die ihnen in der Sowjetrepublik gewährten Rechte zu verwirklichen. Jeder andere "Kampf gegen den Bürokratismus", der sich nicht auf die Aktivität und selbständige Tätigkeit der Arbeiterklasse stützt, der versucht, die Kontrolle der Arbeiter und Bauern selbst durch die Tätigkeit nur irgendeines einzelnen, und sei es noch so gewissenhaften Apparates zu ersetzen, kann für die tatsächliche Verbesserung der grundlegenden Umgestaltung des Staatsapparates keinerlei ernsthafte Ergebnisse bringen.

Davon ausgehend schlägt die Konferenz der Zentralen Kontrollkommission der Arbeiter- und Bauerninspektion vor, 1. die Einschaltung der Arbeiter in die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion ständig zu erweitern, indem sie die in der Praxis schon erprobten Methoden zur Heranziehung der Arbeiter verbreitet und neue Methoden aufgreift, die durch die von unten kommende Initiative der Arbeiter entwickelt werden (die Sektionen der Arbeiter- und Bauerninspektion, die Mitarbeit der Gewerkschaften und insbesondere der Produktionsberatungen, der zeitweiligen Arbeiter-Kontrollkommissionen und der ökonomischen Beratungen an der Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion, die von den Arbeitern gewählten Vertreter im Beschwerdebüro und in der Arbeiter- und Bauerninspektion, die Heranziehung der Arbeiterkorrespondenten, die Erörterung der Schlußfolgerungen aus den Revisionen in den Werken und in den Behörden unter umfassender Beteiligung der Arbeiter und Angestellten, die Bildung spezieller Unterstützungsgruppen, die von den Betriebskomitees und Ortskomitees in den Betrieben und Behörden organisiert werden, Massenrevisionen, "Blitzkontrollen" der Arbeiter in Sowjetbehörden, Heranziehung

Freiwilliger, der "leichten Kavallerie" des Komsomol, Verhandlungen gegen des Bürokratismus' Beschuldigte durch die Arbeiterbeisitzer in Arbeiterversammlungen usw.).

2. Den örtlichen Parteiorganen und Sowjets schlägt die Konferenz vor, bei allen Stadtsowjets und bei allen Dorfsowjets und Sowjets der Amtsbezirke der großen Dörfer Sektionen der Arbeiter- und Bauerninspektion zu bilden. In den Dorfsowjets müssen diese Sektionen in erster Linie aus Landarbeitern und Kleinbauern bestehen.

3. Die Konferenz schlägt dem ZK vor, in Anbetracht dessen, daß die wiederholten Weisungen, zur Arbeit in der Arbeiter- und Bauerninspektion tatsächlich die besten Arbeiter auszuwählen, schlecht erfüllt werden, und in Erfüllung der Weisung des Genossen Lenin, in der Arbeiter- und Bauerninspektion "das Beste, was es in unserer sozialen Ordnung gibt" (Bd. XVIII, Teil II, S. 118)¹⁾ zu konzentrieren, in den nächsten drei Monaten unter seiner Aufsicht eine spezielle Mobilisierung von Funktionären für die Arbeit in den Gebiets- und Bezirksorganen der Arbeiter- und Bauerninspektion durchzuführen. Zugleich muß die Arbeiter- und Bauerninspektion in verstärktem Maße in ihrem Apparat Arbeiter zur ständigen Arbeit einsetzen, die erwiesen haben, daß sie tatsächlich fähig und bereit sind, gegen den Bürokratismus zu kämpfen, und sie muß aus diesen Arbeitern Kader neuer Funktionäre heranbilden, die in anderen Organen eingesetzt werden können.

V. Die Aufgaben des Kampfes gegen die Elemente des Bürokratismus innerhalb der Partei und im Parteiapparat

Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Partei und jedes einzelnen Parteimitgliedes auf die Notwendigkeit des entschiedensten, aufopferndsten und hartnäckigsten Kampfes gegen die in der Partei selbst und im Parteiapparat

1) W.I. Lenin, Werke, 4. Ausg. Bd. 33, S. 447 (russ.), D. Red. deutsch: W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 1007

vorhandenen Elemente des Bürokratismus, die hervorgerufen werden durch die Verflechtung des Partei- und des Sowjetapparates, durch die Abziehung einer großen Zahl von Parteimitgliedern zur Verwaltungsarbeit und durch die über im Staatsapparat arbeitenden Kommunisten sich vollziehende Einwirkung von Elementen der bürgerlichen Intelligenz und des Beamtentums auf die Partei. Angesichts dieser Tatsache beschließt die Konferenz im Interesse des Kampfes gegen die Elemente des Bürokratismus innerhalb der Partei selbst und im Parteiapparat, die den Kampf gegen den Bürokratismus im Sowjetapparat hemmen, folgendes:

1. Die vom Zentralkomitee begonnene Einschränkung der Zahl der hauptamtlichen Funktionäre ist künftig ständig fortzusetzen, d. h. er ist in den entsprechenden Teilen durch die unbezahlte Arbeit des Parteiaktivs und durch die umfassende Einbeziehung des Parteiaktivs in die unmittelbare Arbeit im Apparat der Parteikomitees zu ersetzen. Diese Maßnahme muß in erster Linie kühn und konsequent in den Arbeiterzentren durchgeführt werden.

2. Die Kontrollkommissionen müssen dem Kampf gegen Verletzungen der innerparteilichen Demokratie besondere Aufmerksamkeit widmen und dabei jene Parteiorgane und jene Funktionäre in amtlichen Stellungen ständig zur Verantwortung ziehen, die es verhindern, daß die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie verwirklicht werden (Einengung der freien Meinungsäußerung und Abstimmung in den Versammlungen, Anwendung von im Statut nicht vorgesehenen Begrenzungen des Wahlprinzips, versteckte und offene Verletzung der Wählerrechte der Parteimitglieder auf Absetzung jedes beliebigen Büro- oder Komitee-Sekretärs).

3. Die Anleitung sowohl der Sowjet- als auch der Komsomol-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen durch die Parteiorgane muß weitgehend verbessert werden; es ist energisch dagegen anzukämpfen, daß das proletarische gesellschaftliche Leben durch administratives Kommandieren, Kleinliche Bevormundung seitens der Parteikomitees ersetzt wird.

Da die Sowjets, die Gewerkschaften und die Genossenschaften der wichtigste Apparat für die Verbindung der Partei mit den breiten Massen der Werktätigen sind, müssen die Parteiorganisationen alle Anstrengungen machen, um die Arbeit derselben zu verbessern. Sie müssen mit größter Entschiedenheit gegen die Verletzung der Demokratie innerhalb der Gewerkschaft, der Genossenschaften und Sowjets kämpfen, insbesondere gegen Verletzungen der Wählbarkeit der leitenden Organe. Zugleich müssen sie über die entsprechenden Fraktionen bürokratische Elemente, die das politische Fingerspitzengefühl und die Verbindung mit den Massen verloren haben, durch Neuwahl der entsprechenden Organe energisch aus der Leitung dieser Organisationen entfernen.

Trotz der gewaltigen Arbeit, die die Partei zur Hebung der Aktivität der Massen und zur Belebung der Tätigkeit der Sowjets geleistet hat, entwickeln sich die Sowjets, die Gewerkschaften und die Genossenschaften noch viel zu wenig zu wirklich kollektiven Organen. Das Ersetzen dieser Organe durch eine entsprechende Schicht von Spitzenfunktionären (durch das Präsidium des Sowjets und im Dorfe sehr oft nur durch die Vorsitzenden oder die Sekretäre des Sowjets, durch die Leitung oder den Vorsitzenden der Leitung der Genossenschaft, durch das Präsidium des entsprechenden Gewerkschaftsverbandes) ist, besonders auf dem Lande, noch sehr weit verbreitet. Deshalb besteht die Hauptaufgabe der Partei gegenüber den Sowjets-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen darin, durch richtige Gestaltung ihrer Arbeit die Gewähr dafür zu schaffen, daß wirklich breite Massen von Werktätigen zur Verwaltung des Staates herangezogen werden und daß so die führende Rolle der Arbeiterklasse gefestigt wird.

4. Für alle Absolventen der Kommunistischen Universitäten ist eine mindestens zweijährige praktische Arbeit in den Rayons als verbindlich festzulegen. Diese praktische Arbeit muß die Voraussetzung für das Aufrücken in höhere Glieder des Staats- und Parteiapparates sein.

5. Die Parteizellen in den Sowjets müssen zu aktiven Kämpfern für die Verbesserung des Staatsapparates und für die Beseitigung aller Erscheinungsformen des Bürokratismus werden, indem sie die im Staatsapparat arbeitenden Parteimitglieder, auf der Grundlage der Parteiverbundenheit und des Widerstandes gegen den die Parteimitglieder zersetzenden Einfluß der Elemente des Beamtentums, um die Parteischaren. Die Konferenz schlägt dem Zentralkomitee und der ZFK - Arbeiter- und Bauerninspektion vor, eine spezielle Beratung der Parteizellen in den Sowjets einzuberufen, um einen Überblick über die Erfahrungen der auf diesem Gebiet geleisteten Arbeit zu gewinnen und praktische Maßnahmen für ihre weitere Verstärkung auszuarbeiten.

VI.

Seit dem XV. Parteitag hat die Partei bei der Lösung der von ihr gestellten Aufgabe - die Kritik von unten zu entwickeln - ganz unbestreitbare Erfolge erzielt. Die praktische Erfahrung im Kampf gegen den Bürokratismus zeigt, daß die von der Partei gegebene Lösung der Selbstkritik "ohne Ansehen der Person", der Kritik von unten nach oben und von oben nach unten, zur entscheidenden Methode des Kampfes gegen den Bürokratismus geworden ist, des Kampfes für die Verbesserung des Apparates und seine Säuberung von Elementen, die sich mit den Kulaken und sonstigen kapitalistischen Elementen des Landes verbrüder haben. Die Konferenz hebt besonders die große Bedeutung solcher Formen der Selbstkritik hervor, die durch die Initiative der Arbeitermassen selbst entwickelt werden, wie der jetzt stattfindende sozialistische Wettbewerb der Industriebetriebe, und sie lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen darauf, daß die weitere Entwicklung der Kontrolle von unten nach oben und der Selbstkritik, die immer größere Vertiefung und Konzentrierung der Kritik und Selbstkritik auf die grundlegenden Fragen des gesamten gesellschaftlichen und in erster Linie wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Landes das wichtigste Unter-

pfand für den wirklichen Erfolg des gesamten von der Partei und den Sowjets geführten Kampfes gegen den Bürokratismus ist.

Über die Reinigung der KPdSU(B) und die Überprüfung ihrer Mitglieder und Kandidaten

(Resoluition zum Referat des Gen. Jaroslowski. Einstimmig angenommen.)

1. Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hat die KPdSU(B) nur einmal eine generelle Reinigung durchgeführt, und zwar im Jahre 1921, zu Beginn der Wiederherstellungsperiode der Volkswirtschaft, nach Beendigung des Bürgerkrieges, als sich die Partei die Aufgabe der "Reinigung der Partei von nichtkommunistischen Elementen durch genaue Registrierung jedes einzelnen Mitgliedes der KPR nach seiner von ihm in seiner Dienststellung ausgeübten Arbeit sowie auch als Mitglied der Kommunistischen Partei Rußlands"¹⁾; dabei machte sich die Partei entschieden von parteifremden und zersetzten Elementen frei, festigte ihre Reihen und ergriff eine Reihe von Maßnahmen, die die Aufnahme von nichtproletarischen Elementen in die Partei einschränkten und eine sorgfältigere Auswahl derjenigen gewährleisteten, die aus den Reihen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in die Partei eintreten wollten.

2. Seit dieser Parteireinigung sind 8 Jahre vergangen, in deren Verlauf die Partei zahlenmäßig um das Dreifache gewachsen ist. Während dieser Periode wurde zwischen dem XIII. und XIV. Parteitag eine Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten in den nicht zur Produktion gehörigen Zellen durchgeführt, die vor allem in der folgenden Aufgabe bestand: "...in der Säuberung der Partei von ihr in sozialer Hinsicht fremd gegenüberstehenden und zersetzenden Elementen sowie in der Säuberung der Partei von denjenigen nichtproletarischen Elementen, die sich während ihrer Mitgliedschaft in den Reihen der Partei bei der Verbesserung der

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 172

Arbeit dieser oder jener staatlichen, wirtschaftlichen und anderen Organisationen nicht als Kommunisten gezeigt und keine unmittelbare Verbindung zu den Arbeiter- und Bauernmassen haben." (Resolution des XIII. Parteitages)¹⁾

Es wurden ungefähr 25 Prozent der gesamten Mitgliedschaft der Partei überprüft und ungefähr 6 Prozent der Überprüften ausgeschlossen. Im Jahre 1926 wurde eine Teilüberprüfung der Dorfzellen durchgeführt und im Jahre 1927 die Umschreibung (Umregistrierung) der Mitglieder und Kandidaten der Partei. So hat die KPdSU(B) eine der Bedingungen (Punkt 13) der Zugehörigkeit zur Komintern erfüllt, die fordert:

"Die Kommunistischen Parteien jener Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal betreiben, müssen periodisch Reinigungen (Umregistrierungen) der Mitgliedschaft der Parteiorganisationen vornehmen, um die Partei systematisch von kleinbürgerlichen Elementen zu säubern, die sich unvermeidlich in sie einschleichen".

Außerdem hat die Partei während der Wiederherstellungsperiode systematisch Tag für Tag ihre Reihen durch die Tätigkeit von Kontrollkommissionen überprüft, indem sie Parteimitglieder, die das Programm oder die Parteidisziplin verletzten und zersetzten, und parteifremde Elemente zur Verantwortung zog, wobei von 1922 bis zum 1. Juli 1928 260 144 Mitglieder und Kandidaten der KPdSU(B) von den Kontrollkommissionen ausgeschlossen wurden oder freiwillig aus der Partei ausschieden und nicht zur Umregistrierung erschienen.

3. Während der Rekonstruktionsperiode der sozialistischen Wirtschaft des Landes, die mit der sozialistischen Offensive gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land und mit der Verschärfung des Klassenkampfes Hand in Hand geht, muß die Partei ihre Reihen besonders sorgfältig überprüfen, um den Widerstand gegen den Einfluß der kleinbür-

1) Vorliegende Ausgabe, Band V, Seite 40

gerlichen Elemente zu versteifen und die Einheit und Kampfkraft der Partei bei der Überwindung der Schwierigkeiten in der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft zu erhöhen.

Der Beschluß des November-Plenums von 1928 über die "ganz entschiedene Reinigung von sozial fremden, solchen, die sich eingeschlichen haben, sowie von verbürokratisierten und demoralisierten Mitgliedern...", - von Elementen, "die ihre Zugehörigkeit zur herrschenden Partei für ihre eigennützigen, karrieristischen Ziele ausnutzen...", von "... bürgerlich entarteten Elementen, die sich mit dem Kulakentum vereinigt haben und ..." ¹⁾ entspricht ebenfalls der von der Komintern erhobenen Forderung, periodisch Überprüfungen (Umregistrierungen) aller Mitglieder und Kandidaten der KPdSU(B) durchzuführen, um die soziale Zusammensetzung zu verbessern und das politische und moralische Niveau der Parteiorganisationen in den einzelnen Orten und der Partei insgesamt zu heben in der höchst schwierigen und komplizierten Etappe des Kampfes um den Sozialismus, zu Beginn der Periode der grundlegenden sozialistischen Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft der UdSSR.

4. Trotz der unzweifelhaften Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der KPdSU(B) und der Festigung ihres proletarischen Kerns (44 Prozent beim Tode Lenins und 62 Prozent am 1. Juli 1928) und obgleich sich die Zahl der Arbeiter in der Partei mehr als verdreifacht hat und die Zahl und das spezifische Gewicht der Arbeiterzellen bedeutend gestiegen ist, bleibt die soziale Zusammensetzung der Partei doch noch hinter den Anforderungen zurück, die die Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung der Volkswirtschaft der UdSSR an die Partei stellen. Das Vorhandensein von bürokratischen Elementen in beinahe allen Gliedern des Staats-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und sogar des Parteiapparates und an einigen Stellen, besonders auf der unteren

1) Vorliegender Band, Plenum des ZK der KPdSU(B),
16. - 24. Nov. 1928, Seite 186/187

Ebene des Apparates auf dem Lande, auch von bürgerlich-spießbürgerlich entarteten und mit dem Kulakentum verbundenen Elementen, die die Klassenlinie der Partei verzerren, hemmt die Gewinnung der besten proletarischen Elemente in der Stadt und auf dem Lande für die Partei, schwächt den Schwung des sozialistischen Aufbaus und erweckt bei den breiten Massen der Arbeiter und Bauern manchmal Mißtrauen gegenüber den Maßnahmen der Partei und der Sowjetmacht. Neben Hunderttausenden von Proletariern, welche die feste Grundlage der Leninschen Partei darstellen, sind auch kleinbürgerliche Elemente in die Partei eingedrungen, moralisch verkommene Elemente, die durch das Beispiel ihres persönlichen und gesellschaftlichen Lebens Zersetzung in die Reihen der Partei tragen und sich über die öffentliche Meinung der Arbeiter und werktätigen Bauern hinwegsetzen, selbstsüchtige, karrieristische Elemente, von denen sich die Partei durch die systematische tagtägliche Arbeit der Kontrollkommissionen nur unzureichend reinigt.

Die vor uns stehende Parteireinigung muß die Reihen der KPdSU(B) von diesen Elementen säubern und damit ihre entschlossene Bereitschaft zur sozialistischen Offensive stärken, das Vertrauen zur Partei und ihre Autorität festigen und neue Schichten des Proletariats und der Landarbeiter in Stadt und Land auf ihre Seite ziehen.

5. Wenn man die Frage einer generellen Reinigung der Partei stellt, muß man unbedingt berücksichtigen, daß sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in den letzten Jahren bedeutend verändert hat. Lenin hielt es für notwendig, kurz nach der Reinigung vom Jahre 1921 hierauf aufmerksam zu machen, als er schrieb: "Kein Zweifel, daß bei uns ständig Personen als Arbeiter bezeichnet werden, die im Sinne der Großindustrie nicht die geringste ernsthafte Schulung durchgemacht haben. Sehr oft fallen waschechte Kleinbürger, die sich zufällig und für ganz kurze Zeit in Arbeiter verwandelt haben, unter die Kategorie der Arbeiter. Alle klugen Weißgardisten spekulieren ganz bestimmt auf den Umstand, daß unserer Partei durch ihren angeblich proletarischen

Charakter nicht im geringsten gegen ein mögliches Überhandnehmen von Kleinbesitzerelementen in ihr, und zwar in der kürzesten Frist, gefeit ist."¹⁾

Lenin hielt es auch für notwendig, darauf hinzuweisen, daß "es sehr vielen intellektuellen und halbintellektuellen Elementen unter unseren Verhältnissen nicht die geringsten Schwierigkeiten bereiten wird, Arbeiter zu werden." Er bestand auf die Notwendigkeit, "...den Begriff 'Arbeiter' so festzulegen, daß unter diesen Begriff nur jene fallen, die sich tatsächlich infolge ihrer Lebenslage die proletarische Psychologie haben aneignen müssen. Das ist aber unmöglich ohne vieljährigen Aufenthalt in der Fabrik ohne irgendwelche Nebenabsichten, sondern auf Grund der allgemeinen Bedingungen der ökonomischen und sozialen Existenzweise."²⁾

Wenn die Partei auch ihre Betriebszellen als ihren gestindesten Teil betrachtet, darf sie doch nicht nur die Zellen außerhalb der Produktion oder die Dorfgzellen überprüfen, sondern muß berücksichtigen, daß auch in die Betriebszellen, allerdings in weitaus geringerem Maße als in die übrigen Zellen, Elemente eindringen, die nicht fähig sind, die Aufgaben als kommunistische Avantgarde zu lösen, Elemente, die mit dem Kulakentum auf dem Lande verbunden sind und kleinbürgerliche Einflüsse in das Proletariat tragen, Elemente, welche die Arbeit in der Fabrik nur als Mittel zur Bereicherung ihrer eigenen individuellen Wirtschaft ansehen, eigennützige Elemente, die sich nicht aktiv an der Verbesserung der Arbeitsdisziplin beteiligen und die sich gleichgültig gegenüber konterrevolutionären Erscheinungen, wie z.B. dem Antisemitismus, verhalten. Elemente, die nicht endgültig mit religiösen Bräuchen gebrochen haben, usw.

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Ausgabe, Bd.33, S.226, russ. D.Red. deutsch: W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Bd. 9, Verlagsgenossenschaft ausl.Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, S. 344

2) ebenda, S. 229, russ. ebenda, S. 346, deutsch

Ohne die Säuberung der gesamten Partei, darunter auch ihrer Betriebszellen, kann die Partei nicht in vollem Maße die besten Elemente aus dem beträchtlich großen parteilosen proletarischen Aktiv zu sich heranziehen, um den proletarischen Grundkern zu festigen. Ohne eine solche Säuberung ihrer Reihen bei gleichzeitiger systematischer Werbung der besten proletarischen Elemente werden die Betriebszellen nicht imstande sein, die großen und komplizierten Aufgaben in der neuen Etappe zu lösen, welche größte Geschlossenheit, Einheit, Bewußtheit und proletarische, Leninsche Standhaftigkeit erfordern.

6. Besonders aufmerksam muß die Partei die Zusammensetzung der Dorfgzellen überprüfen und sie entschlossen von eingedrungenen klassenfremden und von solchen Elementen säubern, die mit Kulaken, mit Händlern und Pfaffen verwachsen sind, von Parteimitgliedern, die eine Politik betreiben, welche die Landarbeiter und die Dorfgfarmut von der Partei abstößt, von Parteimitgliedern, die sich nicht an der Verwirklichung der Maßnahmen zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft beteiligen, von Elementen vom Typ alter Beamter, welche die Parteidirektive "gestützt auf die Dorfgfarmut im Bündnis mit den Massen der Mittelbauern..." nicht erfüllen, von Parteimitgliedern, die wirtschaftlich wohlhabend geworden sind und die dabei die Aufgabe der kommunistischen Propaganda und Organisierung des Dorfes vergessen haben, von Parteimitgliedern, die böswillig die revolutionäre Gesetzlichkeit verletzen und solchen, welche die Macht für persönliche Zwecke mißbrauchen.

Nur wenn die Säuberung der Dorfgzellen so durchgeführt wird, daß einerseits das Landarbeiter-, Klein- und Mittelbauernaktiv zur Überprüfung und Reinigung mit herangezogen und die Politik der Partei den breiten Massen der Bauernschaft eingehend erläutert wird und daß andererseits behutsam verfahren wird mit den wirklich der Partei ergebenen kommunistischen Elementen des Dorfes, den Aktivisten und den gesellschaftlich tätigen Menschen aus den ehemaligen Teilnehmern des Bürgerkrieges und denjenigen, welche durch die

Schule der Roten Armee gegangen sind, die wirklich die Durchführung der sozialistischen Maßnahmen der Partei auf dem Lande aktiv unterstützen - nur dann kann die Reinigung die Dorrzellen zu Stützpunkten der Kommunistischen Partei auf dem Lande machen, das Vertrauen zur Partei festigen, die besten kommunistischen Elemente, Landarbeiter und Kleinbauern für die Partei gewinnen und die Kollektivierung der Landwirtschaft vorwärtstreiben.

7. Die Überprüfung der nicht mit der Produktionsarbeit verbundenen Zellen nach dem XIII. Parteitag zeigte im allgemeinen, daß sich ihre soziale Zusammensetzung bedeutend verbessert hat. Die Zusammensetzung dieser Zellen war folgendermaßen:

Arbeiter nach der sozialen Herkunft 39,4 Prozent, Bauern 36,7 Prozent, Angestellte und sonstige 23,9 Prozent. Obwohl sich die nicht mit der Produktionsarbeit verbundenen Zellen ständig durch neue Proletarierschichten ergänzen, die von der Partei aus der Arbeiterklasse gewonnen wurden, unterliegen diese Zellen oft am stärksten dem Einfluß nichtproletarischer Elemente und sind mit solchen "vereint". Lenin wies wiederholt darauf hin, daß "Karrieristen und Hochstapler unvermeidlich bestrebt sind, sich in die Regierungspartei einzuschleichen".

"Uns haben sich hier und dort Streber, Abenteurer an die Rocksöhne gehängt, die sich Kommunisten nennen und die uns betrügen, die sich an uns herangemacht haben, weil die Kommunisten jetzt an der Macht sind..."¹⁾ Lenin empfahl, die Partei von den "Raffern", "Abenteurern", von den "Scheinmitgliedern der Partei", "von denen, die lediglich die Vorteile von Mitgliedern der Regierungspartei genießen wollen, die die Lasten der aufopferungsvollen Arbeit zum Nutzen des Kommunismus nicht tragen wollen", zu säubern, "um nur die bewußten und dem Kommunismus aufrichtig ergebenen in der Partei zu lassen", damit nur "gewissenhaft

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 536

dem Arbeiterstaat ergebene Menschen, nur ehrliche Werktätige, nur wirkliche Vertreter der unter dem Kapitalismus unterdrückten Massen"¹⁾ in die Partei kommen. Gerade in den nicht mit der Produktionsarbeit verbundenen Zellen ist die stärkste Ausnutzung der Parteizugehörigkeit für eigennützige Zwecke - Unterschlagungen, Protektionswirtschaft, Karrierismus, bürokratische Einstellung zu den Massen - möglich; gerade hier gibt es Tatsachen der "moralischen Zersetzung", die die Massen besonders abstoßen; gerade in diesen Zellen fügen der Partei sozial fernstehende verbürokratisierte Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen haben, der Partei den größten Schaden zu; gerade in diesen Zellen befindet sich die größte Anzahl von Leuten aus anderen Parteien, die in der bolschewistischen Partei noch nicht umerzogen worden sind, die noch uns wesensfremde ideologische Anschauungen vertreten.

Dabei hängt von der Zusammensetzung dieser Zellen, von der Qualität ihrer Arbeit, vom Grad ihrer Parteitreu und Standhaftigkeit und von ihrer Verbindung zu den Massen das Vertrauen der breiten Massen der Arbeiter und Bauern innerhalb und außerhalb der Partei zum Apparat des Sowjetstaates, der Wirtschaftsorgane, der Gewerkschaften und der Partei sowie der Erfolg der kommunistischen Arbeit dieser Organe ab.

Deshalb müssen diese Zellen besonders sorgfältig von allen nichtkommunistischen, zersetzten, fremden, bürokratischen, aus unlauteren Motiven eingedrungenen und selbstsüchtigen Elementen, die zu ihren Pflichten eine bürokratische Einstellung haben, gesäubert werden.

Dabei muß man besonders behutsam mit Arbeiterinnen und Arbeitern verfahren, die eine verantwortliche Funktion übernommen haben, und dabei die Schwierigkeiten berücksichtigen, die ihnen die Meisterung der für sie neuen Arbeitsformen in der ersten Zeit bereitet; die Reinigung der nicht

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S.611/612

mit der Produktionsarbeit verbundenen Zellen muß mit einer energischeren und sorgfältig durchdachten Übertragung von Funktionen im Wirtschafts-, Partei- und Verwaltungsapparat an Arbeiter und Arbeiterinnen verbunden werden.

8. Auf diese Weise soll die vorzunehmende Überprüfung und Reinigung zu einer größeren Einheitlichkeit der Partei führen und sie von allem Nichtkommunistischen befreien. Es versteht sich von selbst, daß eine solche Überprüfung mit gewaltigen Schwierigkeiten verbunden ist und überaus sorgfältig durchgeführt werden muß. Sowohl allen Mitgliedern und Kandidaten der Partei als auch den parteilosen Arbeitern und Bauern sind die Aufgaben der Reinigung und Überprüfung gründlich zu erläutern. Die Partei stellt an jedes Mitglied und an jeden Kandidaten bestimmte Forderungen in bezug auf sein moralisches Niveau, auf seine Verbindung mit den Massen, seine aktive Beteiligung an der Parteiarbeit, am Aufbau des Sozialismus usw., warnt aber gleichzeitig davor, die Überprüfung in ein kleinliches und nörglerisches Wühlen im persönlichen Leben des Parteimitgliedes zu verwandeln, sie zu verflachen und sie von einem anderen als vom Standpunkt der Klassenaufgaben der Kommunistischen Partei durchzuführen. Bei dieser Reinigung müssen alle der Partei fremden, für ihre Erfolge schädlichen, ihrem Kampfe gegenüber gleichgültigen Elemente, die unverbesserlichen Bürokraten, jene, die sich in die Partei eingeschlichen haben, die mit dem Klassenfeind in Verbindung stehen und ihn unterstützen, die sich von der Partei losgelöst haben, weil sie verspießert sind und am Privateigentum hängen, die Antisemiten, die versteckten Anhänger des religiösen Kults unbarmherzig aus der Partei hinausgeworfen werden; zugleich sind die versteckten Trotzkisten, die Mjasnikowleute, die Dezisten und die Anhänger der anderen parteifeindlichen Gruppen zu entlarven und die Partei von ihnen zu säubern. Aber die Reinigung muß zur gleichen Zeit die Arbeit der Organisation verbessern, die Arbeit der Zellen überprüfen, ein kameradschaftlicheres Verhältnis zwischen den Parteimitgliedern schaffen, das Verantwortungsgefühl eines jeden für die Politik und das Schicksal der ganzen Partei erhöhen, einen Anstoß geben, das Niveau des politischen Wissens zu erhöhen; sie muß den Kampf gegen den Bürokratismus verstärken, die Aktivität aller Mitglieder der Organisation steigern, ihre Verbindung mit den Massen der Arbeiter und Bauern stärken, die aktive Beteiligung an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes, an der Rationalisierung der Produktion und Verwaltung, an der Erhöhung der Arbeitsdisziplin, an der Beseitigung jeglicher unnötiger Ausgaben intensivieren u.dgl.m.

Die Überprüfung darf also weder den Charakter eines engherzigen Examens noch den einer gerichtlichen Untersuchung tragen. In den Fällen, in denen ein Parteimitglied nach allen anderen Merkmalen würdig ist, Mitglied der Partei zu sein, bei dem das Niveau seiner politischen Bildung aber unbefriedigend ist, kann das keinesfalls als Begründung für seinen Ausschluß dienen, sondern es sind die Bedingungen zu schaffen, die diesem Parteimitglied helfen, diesen Mangel zu beseitigen. Die Überprüfung, die die Eignung eines jeden Mitgliedes und Kandidaten der Partei zur Erfüllung seiner Parteipflichten feststellen, die ihm helfen soll, seine Fehler und Mängel abzustellen und alle dem Kommunismus ergebene Elemente in den Reihen der Partei belassen soll, muß dabei zugleich feststellen, inwieweit die Zelle richtig geleitet wird und inwieweit die Fehler und Mängel der Parteimitglieder mit dieser Leitung zusammenhängen.

9. Die Überprüfung und Reinigung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie Hand in Hand geht mit der breitesten Entfaltung der Kritik und Selbstkritik in der örtlichen und allgemeinen Presse, an der Wandzeitung, in den Parteiversammlungen und öffentlichen Parteiversammlungen unter Beteiligung der Arbeiter und Bauern. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, damit zu der Überprüfung und Reinigung auch Parteilose herangezogen werden. Man muß sich von der Weisung Lenins leiten lassen, der schrieb: "Es gibt Orte, wo man die Partei reinigt, indem man sich hauptsächlich auf

die Erfahrungen, die Hinweise der parteilosen Arbeiter stützt, sich von ihren Hinweisen leiten läßt, mit den Vertretern der parteilosen proletarischen Masse rechnet. Das gerade ist das wertvollste, das wichtigste. Wenn es uns wirklich gelänge, die Partei auf eine solche Weise von oben bis unten, 'ohne Ansehen der Person', zu reinigen, so wäre das in der Tat eine große Errungenschaft der Revolution". (Lenin, Bd.XVIII, Teil I, Seite 360)¹⁾

"Natürlich werden wir uns nicht allen Hinweisen der Masse fügen, denn auch die Masse unterliegt zuweilen - besonders in Jahren der außerordentlichen Ermüdung, der Überanstrengung durch übermäßige Lasten und Mühsale - Stimmungen, die ganz und gar nicht fortschrittlich sind. Aber in der Einschätzung der Menschen, in dem negativen Verhalten gegenüber denen, die sich 'angebiedert', 'kommissarisiert' haben, die 'verbürokratisiert' sind, sind die Hinweise der parteilosen proletarischen Masse und in vielen Fällen auch die Hinweise der parteilosen bäuerlichen Masse im höchsten Grade wertvoll. Die werktätige Masse pflegt mit der größten Feinfühligkeit den Unterschied herauszufinden zwischen ehrlichen und ergebenden Kommunisten und solchen, die einem Menschen, der im Schweiß seines Angesichts sein Brot erwirbt, der keinerlei Privilegien besitzt, keine 'Beziehungen zu der Obrigkeit' hat, Widerwillen einflößen.

Die Partei reinigen, indem man den Hinweisen der parteilosen Werktätigen Rechnung trägt, ist eine große Sache. Sie wird uns ernste Resultate bringen. Sie wird die Partei zu einer Avantgarde der Klassen machen, die weitaus stärker sein wird als früher, sie wird sie zu einer Avantgarde machen, die mit der Klasse fester verbunden ist, die fähiger ist, die Klasse inmitten einer Unmasse von Schwierigkeiten und Gefahren zum Sieg zu führen." (Lenin, Bd.XVIII, Teil I, Seite 360)²⁾

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 880

2) ebenda, S. 880/881

Wenn jedoch die parteilosen Arbeiter und Bauern in großem Umfang zur Teilnahme an der Überprüfung der Parteireihen herangezogen werden, muß folgendes beachtet werden:

- 1) Unter keinen Umständen dürfen die öffentlichen Parteiversammlungen in einen Schauplatz demagogischer Diskreditierung der Partei durch dem Proletariat fremde Elemente verwandelt werden, und es dürfen zu solchen Versammlungen keine nichtwerttätigen und klassenfremden Elemente zugelassen werden.
- 2) Unter keinen Umständen darf man sich von den parteilosen Massen ins Schlepptau nehmen lassen, wenn es um die Feststellung geht, ob die Parteilinie dieses oder jenes Parteimitgliedes richtig ist.
- 3) Solche öffentlichen Parteiversammlungen müssen dagegen ausgenutzt werden, die Parteilinie zu erklären und die besten parteilosen Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern für die Partei zu gewinnen.

Alle Hinweise auf die Notwendigkeit, mit den wertvollen kommunistischen Elementen in der Partei vorsichtig und sorgsam umzugehen, auf die Notwendigkeit, die prinzipielle Einstellung zu der Reinigung zu wahren und eine wirklich kameradschaftliche Atmosphäre bei der Reinigung und Überprüfung zu schaffen, beziehen sich besonders auf die öffentlichen Parteiversammlungen, an denen Parteiloose teilnehmen.

10. Eine besonders wichtige Aufgabe fällt in der Periode der Parteiüberprüfung der Parteipresse zu. Es ist unbedingt dafür zu sorgen, daß von Anfang an eine völlig konsequente prinzipielle Behandlung und Darstellung der Aufgaben der Parteireinigung gewährleistet ist, damit immer ein bestimmtes Niveau bei der Diskussion über die Fragen der Reinigung gewahrt wird, damit nicht nur Beispiele für den unbarmherzigen Ausschluß aller Untauglichen aus der Partei behandelt werden, sondern auch ausführlich in der Presse alles Wertvolle und Positive in der Arbeit der überprüften Organisation hervorgehoben wird. Wenn die Presse alle untaugli-

chen Elemente anprangert, so darf sie doch keinesfalls Genossen unter Druck setzen und diskriminieren, die zufällig, auf Grund ihrer geringen Erfahrung, diese oder jene Fehler begangen haben. Die örtlichen Kontrollkommissionen müssen die Presse bei dieser Behandlung alles dessen, was die Überprüfung ergibt, anleiten und dürfen nicht zulassen, daß auf Grund der Untauglichkeit und der Fehler einzelner Mitglieder die Partei mit Schmutz beworfen wird.

11. Die Partei muß für die sorgfältigsten Vorbereitungen der Reinigung sorgen, damit der eigentliche Prozeß der Reinigung und Überprüfung möglichst schnell vor sich gehen kann. Dazu ist eine höchst sorgfältige Vorbereitungsarbeit, die Behandlung der Aufgaben der Reinigung in der Presse und die Versammlungen sowie die Erläuterung der Anforderungen nötig, die die Partei während der Reinigung an jedes Mitglied und jeden Kandidaten stellt, und nicht nur an die Massen der Mitglieder, sondern auch an die Parteilosen, die herangezogen werden sollen, um der Partei bei der Überprüfung und Reinigung ihrer Reihen zu helfen.

In Anbetracht der bei früheren Überprüfungen gemachten Fehler und auch der Tatsache, daß ungefähr 1.500.000 Mitglieder und Kandidaten der Partei überprüft werden müssen, die über ein riesiges Territorium verstreut sind und unter den verschiedenartigsten Bedingungen arbeiten, muß sich die Partei besonders sorgfältig auf diese Überprüfung vorbereiten. Die Partei schenkt der Zusammensetzung der Überprüfungskommissionen außerordentliche Beachtung. Zur Mitarbeit in ihnen müssen neben erprobten, konsequenten und völlig einwandfreien Parteimitgliedern aus der alten bolschewistischen Garde solche Parteimitglieder herangezogen werden, die 1917 und während des Bürgerkrieges in die Partei eingetreten sind. Es muß gewährleistet sein, daß sich diese Kommissionen aus prinzipienfesten proletarischen Genossen zusammensetzen, und die Zusammensetzung dieser Überprüfungskommissionen muß den Arbeitermassen vorher bekannt sein, damit die Arbeiter, die Parteimitglieder die Zusammensetzung der Überprüfungskommissionen in

den Fällen, in denen sie unbefriedigend ist, rechtzeitig verbessern können. Diese Kommissionen müssen sich sorgfältig auf die Arbeit vorbereiten und die Aufgaben der Überprüfung in jeder einzelnen Zelle je nach ihrer Zusammensetzung, ihren Arbeitsbedingungen, ihrem Entwicklungsniveau u.dgl.m. konkretisieren.

12. Bei der gegenwärtigen Überprüfung können nur dann Fehler vermieden werden, wenn sich die Partei zu jedem Mitglied und Kandidaten aufmerksam verhält, wenn verleumderische Anschuldigungen sorgfältig geprüft werden, wenn die Überprüfungskommissionen es verstehen, bei der Überprüfung die Austragung persönlicher Zänkereien und Cliquenkampf auszuschalten, Klatschereien, Intrigantentum und bewußtes Diskreditieren abzuweisen, wenn die Überprüfung auf einem bestimmten prinzipiellen Niveau durchgeführt wird unter Vermeidung von Kleinlichkeitskrämerei, von Härten in der Behandlung und von schablonenhaftem Vorgehen. Besonders hält es die Partei für notwendig, vor einer formalen Behandlung der zu Überprüfenden zu warnen. Die Überprüfungskommissionen sind verpflichtet, alle Besonderheiten in der Arbeit der Mitglieder und Kandidaten der Partei in der Produktion und in der Verwaltung zu berücksichtigen, ebenso ihre sozialen und materiellen Lebensbedingungen, die nationalen Besonderheiten, die besonderen Arbeitsbedingungen kranker Genossen, der Frauen, der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Bauern, der Jugendlichen usw. Die ZKK muß ganz präzise Richtlinien für die örtlichen Kontrollkommissionen ausarbeiten, um Fehler zu verhindern.

Die ZKK soll den Verlauf der Überprüfung ständig überwachen und noch während der Überprüfung diese oder jene Fehler in der Arbeit der örtlichen Kontrollkommissionen oder einzelner Überprüfungskommissionen korrigieren.

13. Von diesen Erwägungen ausgehend, beschließt das gemeinsame Plenum des ZK und der ZKK:

1) Es ist eine generelle Reinigung der Partei durchzuführen und zwar so, daß die Überprüfung der Partei bis zum

XVI. Parteitag der KPdSU(B) beendet ist. Die Daten für die Überprüfung der einzelnen Kategorien von Parteizellen (Dorf-, Produktions-, Hochschulzellen u.a.) müssen unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Arbeit festgelegt werden (in der Periode zwischen den wichtigsten Feldarbeiten in den Dorfzellen, in den Hochschulen nicht zur Zeit der Prüfungen usw.). Diese Daten müssen von jeder einzelnen Organisation festgesetzt werden.

2) Die ZKK wird beauftragt, ganz präzise Richtlinien für die örtlichen Kontrollkommissionen auszuarbeiten, wie die Überprüfungscommissionen zusammenzustellen sind, wie die Überprüfung und Reinigung selbst durchzuführen ist und wie die Erfahrungen der Überprüfungscommissionen in ihrer Arbeit ausgewertet werden sollen, ferner für die Anleitung der Kommissionen und für das Einspruchsverfahren gegen Entscheidungen der örtlichen Überprüfungs- und Kontrollkommissionen. Dabei ist eine sehr sorgfältige Auswahl der Überprüfungscommissionen und ihre ständige Anleitung seitens der ZKK und der leitenden örtlichen Kontrollkommissionen (der Republiken, Regionen und Gebiete) zu gewährleisten.

3) Die Reinigung der Partei muß offen vor den parteilosen Arbeitern und den Massen der Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern durchgeführt werden.

4) Es ist eine breit angelegte Vorbereitungskampagne sowohl in der Presse als auch in den Parteiversammlungen zu führen, in der alle Mitglieder und Kandidaten der Partei und auch die parteilosen Arbeiter und Bauern mit den Aufgaben der Überprüfung und Reinigung vertraut gemacht werden.

Über innerparteiliche Angelegenheiten

(Resolution einstimmig angenommen am 28. April 1929)

Die XVI. Unionskonferenz der KPdSU(B) hat den informativsten Bericht des Genossen Molotow über die Arbeit des Gemeinsamen Aprilplenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) in Zusammenhang mit dem Abgehen der Bucharin-Gruppe von

der Generallinie der Partei in Richtung einer rechten Abweichung entgegengenommen, hat sich mit den entsprechenden Beschlüssen dieses Plenums bekanntgemacht und billigt voll und ganz die Resolution des gemeinsamen Aprilplenums des ZK und der ZKK über innerparteiliche Angelegenheiten, die am 23. April 1929 angenommen wurde.

Die Konferenz ruft die Parteimitglieder auf, sich enger um ihr Leninsches ZK zu scharen, seine Beschlüsse strikt durchzuführen und den Abweichungen von der Leninschen Linie der Partei und besonders der rechten Abweichung und der versöhnlerischen Haltung dieser gegenüber eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

II. Aufruf der Konferenz

An alle Arbeiter und werktätigen Bauern der Sowjetunion!
Genossen! Gigantische Aufgaben hat die Geschichte den Werktätigen unseres Landes gestellt.

Wir müssen in verhältnismäßig kurzer historischer Frist die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technischer, ökonomischer Beziehung einholen und überholen, indem wir die sozialistische Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft durchführen.

Wir müssen ein schnelles Wachstum der Industrie und zugleich den Aufschwung der Landwirtschaft sichern, indem wir auf dem Lande immer stärker eine vergesellschaftete Großwirtschaft (Sowjetwirtschaften, Kollektivwirtschaften) auf der Grundlage einer hohen maschinellen Technik entwickeln.

Wir müssen eine breite Massenbewegung für die Kultur entfalten und alle und jede Elemente der Verschwendungssucht, der Unwirtschaftlichkeit, des Amtsschimmels und des Bürokratismus aus unserem Staatsapparat ausmerzen.

Wir müssen einen weiteren Angriff gegen die kapitalistischen Elemente führen. Wir müssen die kapitalistischen Elemente nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land

überwinden und verdrängen.

Wir müssen die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion unermüdlich erhöhen.

Die Lösung aller dieser Aufgaben muß das feste Bündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern unter Führung der Arbeiterklasse zur Grundlage haben.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat die Partei den Fünfjahrplan des wirtschaftlichen Aufbaus bestätigt, der das Programm der Partei hinsichtlich der Liquidierung der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit des Landes, beim Aufbau des Sozialismus und bei der siegreichen Entfaltung der internationalen proletarischen Revolution ist.

64 Milliarden werden in einem Jahr für den Aufbau von Industriebetrieben, Kraftwerken, Eisenbahnen, Sowjetwirtschaften, Kollektivwirtschaften und Schulen aufgewendet. Die sozialistische Industrie wird mehr als das Doppelte des Vorkriegsniveaus erreichen. In allen Industriebetrieben und Schächten wird der Siebenstundentag eingeführt.

Das schnelle Tempo der Industrialisierung des Landes und die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft bei gleichzeitiger verstärkter Offensive des Proletariats gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land rufen einen wütenden Gegendruck und den Widerstand der Klassenfeinde hervor.

Der Kulak und der NÖP-Mann werden ihre Positionen nicht kampflos aufgeben. Die Kulaken setzen der Sowjetpolitik bei der Getreideerfassung und beim Aufbau von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften Widerstand entgegen und versuchen, die Erbauer des neuen Dorfes durch Terror einzuschüchtern. Der Kulak und der NÖP-Mann werden von konterrevolutionären Schädlingen in der Industrie unterstützt. Sie finden Beistand bei den Bürokraten in unserer Verwaltung. Sie werden aufgehetzt und auf jede Weise unterstützt von ausländischen Kapitalisten.

Der Druck der uns feindlichen Klassen hat Schwankungen und

Unschlüssigkeit in einzelnen Schichten der Arbeiterklasse und Bauernschaft hervorgerufen und die opportunistische rechte Abweichung in den Reihen der Kommunistischen Partei erzeugt.

Nur wenn die Partei die Unschlüssigkeit und die Schwankungen in ihren Reihen überwindet, nur wenn sie der rechten Abweichung eine entschiedene Abfuhr erteilt, werden Partei und Proletariat den Widerstand der Klassenfeinde brechen und den Fünfjahrplan des Aufbaus des Sozialismus erfüllen können.

In den verschiedenen Etappen des Aufbaus standen vor der Arbeiterklasse unseres Landes eine Unmenge von Hindernissen und Schwierigkeiten, für deren Überwindung die Entfaltung der Masseninitiative der Arbeiterklasse von gewaltiger Bedeutung war.

Im Jahre 1919, als das Land, eingezwängt in den Ring der weißen Banditen und Interventionen, in der eisernen Umklammerung der Zerrüttung und des Hungers ächzte, als an den Fronten Hunderttausende der besten Proletarier und Bauern umkamen, begannen die vom Hunger erschöpften Arbeiter im Hinterland, inmitten des Verfalls, auf eigene Initiative Kommunistische Subbotniks zu organisieren, um die Arbeitsproduktivität zu heben und um weitere hundert Pud Kohle, Getreide und Brennstoff zu gewinnen, die notwendig waren, die Lebensflamme des proletarischen Staates zu unterhalten. Lenin nannte damals die Subbotniks "die große Initiative", das Heldentum der Arbeiter im Hinterland.

Im Jahre 1920 wurde auf dem IX. Parteitag der Beschluß über den Arbeitswettbewerb gefaßt, eine Idee, die Lenin mit dem Aufbau des Sozialismus untrennbar verband.

"Jede soziale Ordnung (Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus)" heißt es in dem Beschluß des IX. Parteitages, "hatte ihre eigenen Methoden, um die Werktätigen im Interesse einer Oberschicht der Ausbeuter zur Arbeit zu zwingen und zu erziehen.

Vor der Sowjetordnung steht in ihrer ganzen Größe die Aufgabe der Herausbildung ihrer eigenen Beeinflussungsmethoden, um die Intensität und Zweckmäßigkeit der Arbeit auf der Grundlage der vergesellschafteten Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes zu steigern.

Neben der agitatorischen, geistigen Einwirkung auf die werktätigen Massen und den Repressalien gegen die notorischen Nichtsteuer, Schmarotzer und Desorganisatoren ist der Wettbewerb eine mächtige Triebkraft zur Hebung der Arbeitsproduktivität.

In der kapitalistischen Gesellschaft trug der Wettbewerb den Charakter der Konkurrenz und führte zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel nationalisiert sind, wird der Wettbewerb der Arbeit, ohne daß der Solidarität Abbruch geschieht, die Gesamtsumme der Arbeitsprodukte erhöhen.

Der Wettbewerb zwischen Betrieben, Bezirken, Abteilungen, Werkstätten und einzelnen Arbeitern muß von den Gewerkschaften und den Wirtschaftsorganen sorgfältig organisiert und aufs ernsteste studiert werden.¹⁾

Dieser Beschluß des IX. Parteitages ist auch jetzt noch völlig zeitgemäß und aktuell.

Genossen Arbeiter und werktätige Bauern!

Zur Überwindung der Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau, zur Entfaltung des weiteren Angriffs auf die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, zur Erfüllung des Fünfjahrplanes - organisiert den Wettbewerb auf allen Gebieten des Aufbaus, organisiert den Wettbewerb der Industriebetriebe, Schächte, Eisenbahnen, Sowjetwirtschaften, Kollektivwirtschaften, Sowjetinstitutionen, Schulen und Krankenhäuser.

Organisiert den Wettbewerb für die Senkung der Selbstkosten, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, für die Festi-

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 113

gung der Arbeitsdisziplin, für die Erweiterung der Anbauflächen, für die Erhöhung der Ernteerträge, für den Anschluß der Bauernschaft an die Kollektivwirtschaften und Genossenschaften, für die Vereinfachung des Staatsapparates und die Festigung seiner Verbindung mit den Massen, für die Verbesserung der Arbeit der kulturellen und sozialen Einrichtung, die den Massen der Werktätigen dienen.

Der sozialistische Wettbewerb, der sich in diesem Jahr auf Initiative des Leninschen Komsomol und der Presse entfaltet hat, wird immer mehr zu einer mächtigen Massenbewegung. Die ersten Schritte des Wettbewerbs haben dazu geführt, daß die Bergarbeiter des Donbass (Lugansk, Schachty) im März den Produktionsplan für Kohle erhöhten; die Textilarbeiter von Iwanowo, Twer und Moskau schlossen einen wirtschaftspolitischen Vertrag über die Erfüllung des Produktions- und Finanzplanes des laufenden Wirtschaftsjahres; die Arbeiter des Ural, von Leningrad, Dnepropetrowsk, Moskau und Rostow schufen Hunderte von Stoßbrigaden und -schichten; tagtäglich treten neue Arbeiterabteilungen in den Wettbewerb; schon stehen die Kollektivwirtschaften und die Sowjetwirtschaften der Ukraine im Wettbewerb, und mit ihnen leiteten Sibirien, der Nord-Kaukasus und die Gebiete an der unteren und mittleren Wolga einen Feldzug für eine hohe Ernte und die Kollektivierung ein.

Der Arbeitsheroismus und die Selbstlosigkeit der Werktätigen finden ihren Ausdruck auch in der freiwilligen Erhöhung der Produktionsnormen, im Abarbeiten der Feiertage, in der gewaltigen Zunahme der von den Produktionsberatungen gemachten Verbesserungsvorschläge, im Boykott der Faulenzer und Bummelanten, im Kampf für die Steigerung der Arbeitsproduktivität.

"Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise, unter Überwindung harter Arbeit sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität..."¹⁾

1) W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 577

Der Wettbewerb, der die schöpferische Energie und Initiative der Massen weckt, muß zu einer ständigen Methode für die Einbeziehung der Werktätigen in den sozialistischen Aufbau werden.

Der Wettbewerb muß neben der Selbstkritik in den proletarischen Reihen zu einem Mittel der sozialistischen Erziehung der Arbeiterklasse werden, besonders der neuen Arbeiter aus dem Dorfe und aus den kleinbürgerlichen Schichten der Stadt.

Der Wettbewerb muß dazu führen, daß die Arbeitsformen und Methoden unserer gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen, in erster Linie der Gewerkschaften und Wirtschaftsorgane, umgestaltet werden, indem er dazu beiträgt, daß die Massen in großem Umfang in die Leitung der Wirtschaft und des ganzen Staates eingeschaltet werden.

Die Gewerkschaften und die Wirtschaftsorgane müssen in großem Maßstab das System des materiellen Anreizes der Teilnehmer am Wettbewerb anwenden. Die Namen der besten Arbeiter, der besten Spezialisten, der besten Wirtschaftler und Agronomen, die Namen der Werke und Schächte, der besten Sowjet- und Kollektivwirtschaften müssen im ganzen Land bekannt werden.

Es ist notwendig, daß "...die Vergleichung der praktischen Wirtschaftsergebnisse einzelner Kommunen zum Gegenstand des allgemeinen Interesses und Studiums werde, damit die hervorragenden Kommunen sofort belohnt werden (durch Verkürzung des Arbeitstages für eine bestimmte Zeit, durch Erhöhung des Lohns, durch Zuteilung einer größeren Zahl von kulturellen oder ästhetischen Gütern und Werten usw.)".¹⁾

Die Presse muß die Vergleichung der praktischen Ergebnisse der im Wettbewerb stehenden Betriebe den Massen zur Beurteilung vorlegen, muß den Verlauf des Wettbewerbs systematisch behandeln und stärkstes Interesse für ihn wachrufen.

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 378.

Die heroischen Traditionen der vergangenen Jahre werden von der Arbeiterklasse unseres Landes erhalten und vermehrt. Die Leninsche Idee der "Organisierung des Wettbewerbs auf sozialistischer Grundlage" findet immer größere praktische Verwirklichung. Die Prinzipien des kommunistischen Verhältnisses zur Arbeit dringen immer mehr in die Produktion ein.

Die Stoßbrigaden, die in den Betrieben und Institutionen geschaffen werden, setzen die besten Traditionen der kommunistischen Subbotniks fort. Ausstellungen und Darstellungen der besten Produktionsergebnisse, Appelle, Wettbewerbe usw. erlangen in Verbindung mit dem wachsenden Elan der Arbeit für den gesamten Aufbau des Sozialismus gewaltige Bedeutung. Es wächst ein neuer Typ des sozialistischen Arbeiters in den sowjetischen Industriebetrieben heran. Es wächst die Rolle und die Mitarbeit der werktätigen Massen in der Leitung des Staates.

Der sich entfaltende sozialistische Wettbewerb ist eine der besten Garantien dafür, daß der Fünfjahr-Wirtschaftsplan auf der Grundlage der Generallinie der Partei erfüllt wird und daß die Arbeiterklasse, trotz der opportunistischen Schwankungen der Kleingläubigen und Panikmacher, gegen den erbitterten Widerstand ihrer Klassenfeinde, zusammen mit den werktätigen Massen des Dorfes beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft siegreich voranschreiten wird.

Der Fünfjahrplan ist der Kampfplan der Arbeiterklasse für die Überwindung der kapitalistischen Elemente, der Plan für die sozialistische Umerziehung der Massen, der Plan zur Schaffung des Fundaments für die sozialistische Gesellschaft.

Der sozialistische Wettbewerb ist ein mächtiges Mittel zur Weckung und Organisierung der Masseninitiative zur Erfüllung des Fünfjahrplanes und ist zugleich ein mächtiges Mittel für die Entwicklung der Kritik und Selbstkritik von unten.

Der Wettbewerb und der Fünfjahrplan hängen untrennbar miteinander zusammen. Unter dem Zeichen der Erfüllung dieser

Aufgaben geht das Proletariat der UdSSR über zum weiteren Angriff gegen die Klassenfeinde der proletarischen Diktatur.

Die Partei ruft alle Proletarier, alle Werktätigen in Stadt und Land auf, mit noch größerer Energie unter dem Leninschen Banner der KPdSU(B) den Kampf für die Industrialisierung der UdSSR, für den Sozialismus, zu entfalten.

Es lebe der sozialistische Wettbewerb!

Es lebe der Kommunismus!

29. April 1929

XVI. Parteikonferenz der KPdSU(B)

Die Resolutionen wurden nach dem Text des Buches "Die XVI. Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion(B), Stenographischer Bericht", Moskau-Leningrad 1929, gedruckt.

Die Resolution "Über innerparteiliche Angelegenheiten" wurde nach dem Text des Buches "Die XVI. Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Bulletin Nr.10", Moskau-Leningrad 1929 gedruckt, der "Aufruf" nach dem Text der Zeitung "Prawda" Nr.101 vom 4. Mai 1929.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion
in Resolutionen und Beschlüssen
der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

1898 - 1954

B a n d VIII

Ins Deutsche übertragen nach der siebenten russischen
Ausgabe in III Teilen.

Die deutsche Ausgabe wird aus Anlaß des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED besorgt.

Als Manuskript gedruckt. Nur für den internen Gebrauch.

Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED - Lehrstuhl für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus, Lehrkabinett. Berlin 1957

V o r b e m e r k u n g

Der vorliegende Band enthält die Resolutionen und Beschlüsse der KPdSU vom Plenum des ZK der KPdSU (B), 10. - 17. November 1929 bis zu der XVII. Konferenz der KPdSU (B), Moskau, 30. Januar - 4. Februar 1932.

Die Redaktion lag in den Händen der Genossin Gertraud Liebscher vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Die Übersetzung der Resolutionen und Beschlüsse ist nicht autorisiert. Abschriften und Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nicht gestattet.

Wir bitten alle Benutzer, Ungenauigkeiten und Übersetzungsfehler dem Lehrkabinett des Lehrstuhls für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin W 8, Taubenstraße 19/23, mitzuteilen.

Inhaltsverzeichnis

Plenum des ZK der KPdSU (B), 10. - 17. November 1929	1 - 66	Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B)	80
Die Resolutionen des Plenums	1	Zum Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission	99
Über die Kontrollziffern der Volkswirtschaft 1929/30	1	Zum Rechenschaftsbericht der Zentralen Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion	99
Über die Kader der Volkswirtschaft	18	Zum Rechenschaftsbericht der Delegation der KPdSU (B) im EKKI	115
Über die bisherigen Ergebnisse und die weiteren Aufgaben im kollektivwirtschaftlichen Aufbau	34	Über die Erfüllung des Fünfjahrplans der Industrie	121
Über das Volkskommissariat für Landwirtschaft der UdSSR	51	Über die Kollektivwirtschaftsbewegung und den Aufschwung der Landwirtschaft .	141
Über die Landwirtschaft der Ukraine und über die Arbeit auf dem Lande	55	Über die Aufgaben der Gewerkschaften in der Rekonstruktionsperiode	159
Über die Bucharin-Gruppe	65	Vereinigtes Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B), 17. - 21. Dezember 1930	177 - 206
Beschluß des ZK der KPdSU (B) 5. Januar 1930	67 - 71	Resolutionen des Plenums	177
Über das Tempo der Kollektivierung und die Hilfsmaßnahmen des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau	67	Über den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1931	177
Beschluß des ZK der KPdSU (B) 14. März 1930	72 - 77	Zum Bericht des Volkskommissariats für Versorgung über die Fleisch- und Gemüseversorgung	188
Über die Bekämpfung der Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung	72	Zum Bericht der Zentralvereinigung der Genossenschaften über die Arbeit der Konsumgenossenschaften	194
Der XVI. Parteitag der KPdSU (B), Moskau, 26. Juni - 13. Juli 1930	78 - 176	Über die Neuwahlen zu den Sowjets	200
Resolutionen des Parteitages	80	Plenum des ZK der KPdSU (B), 11. - 15. Juni 1931	207 - 255
		Resolutionen des Plenums	207
		Die vorläufigen Ergebnisse der Aussaat und die Aufgaben der Erntekampagne	207

Das Eisenbahnverkehrswesen und seine nächsten Aufgaben	216
Über die Moskauer Kommunalwirtschaft und über die Entwicklung der städti- schen Kommunalwirtschaft der UdSSR ...	236
Plenum des ZK der KPdSU (B), 28. - 31. Oktober 1931	256 - 268
Resolutionen des Plenums	256
Über den Eisenbahnverkehr	256
Über die Entfaltung des Sowjethandels und die Verbesserung der Versorgung der Arbeiter	263
Die XVII. Konferenz der KPdSU (B), Moskau, 30. Januar - 4. Februar 1932	269 - 300
Die Resolutionen der Konferenz	270
Die Ergebnisse der Entwicklung der In- dustrie im Jahr 1931 und die Aufgaben des Jahres 1932	270
Direktiven zur Aufstellung des zweiten Fünfjahresplanes der Volkswirtschaft der UdSSR (1933 - 1937)	289

Das Plenum des ZK der KPdSU(B)

10. - 17. November 1929

Das Plenum behandelte folgende Fragen: 1. Die Direktiven über die Kontrollziffern der Volkswirtschaft für 1929/30; 2. Die Erfolge und die weiteren Aufgaben beim Aufbau der Kollektivwirtschaften; 3. Bericht des ZK der KP(B) der Ukraine über die Arbeit auf dem Lande; 4. Über das Unions-Volkskommissariat für Landwirtschaft; 5. Die Durchführung der Beschlüsse des Juli-Plenums (1928) des ZK über die Ausbildung technischer Kader.

Das Plenum erörterte außerdem die Frage der Gruppe der rechten Abweichler (der Gruppe Bucharins). Ausgehend von den Beschlüssen des X. Plenums des EKKI hinsichtlich der Fehler Bucharins und seiner Entfernung aus dem Präsidium des EKKI und in Anbetracht dessen, daß die Führer der rechten Abweichler (Bucharin, Rykow, Tomski) sich von ihren Fehlern nicht losgesagt haben, beschloß das Plenum, Bucharin, der der Ideologe der rechten Abweichung ist, aus dem Politbüro des ZK der KPdSU(B) auszuschließen. Die übrigen wurden verwarnt und ihnen mitgeteilt, daß die Partei im Falle des geringsten Versuchs, den Kampf gegen die Linie und Beschlüsse des EKKI und des ZK der KPdSU(B) fortzusetzen, nicht zögern wird, entsprechende organisatorische Maßnahmen gegen sie durchzuführen.

Die Mitglieder des ZK Kotow, Michailow, Uglanow und Kulikow erklärten dem Plenum heuchlerisch und doppelzünglerisch, sie hätten mit den Anhängern der rechten Abweichung gebrochen.

Das Plenum legte fest, den nächsten Parteitag im Mai 1930 einzuberufen.

Das Plenum bestätigte N.M. Schwernik als Kandidat für das Orgbüro des ZK der KPdSU(B).

Die Resolutionen des Plenums

Über die Kontrollziffern der Volkswirtschaft 1929/30

(Resolution, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 17. November 1929)

Die Erfolge des vergangenen Wirtschaftsjahres, das unter dem Zeichen eines stürmischen Wachstums der sozialistischen Industrie und der sozialistischen Elemente in der Volkswirtschaft verlaufen ist, zeugen von den neuen gewaltigen Errungenschaften der Arbeiterklasse, der Sowjetmacht und der Partei beim sozialistischen Aufbau.

Der Plan des ersten Jahres im Fünfjahrplan wurde im wesentlichen bei Überschreitung der Aufgaben des Fünfjahrplanes in einer ganzen Reihe der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft erfüllt. Die Produktion der sozialistischen Großindustrie stieg um 23,7 Prozent (gegenüber 21,4 Prozent gemäß dem Fünfjahrplan). Davon stieg die Produktion der Produktionsmittel produzierenden Industriezweige um 29,8 Prozent (gegenüber 25,6 Prozent lt. Fünfjahrplan). Die Kapazität der Kraftwerke wuchs um 20,3 Prozent (gegenüber 14 Prozent lt. Plan). Der Güterumschlag der Eisenbahnen erhöhte sich um 21 Prozent (gegenüber 10,1 Prozent lt. Plan).

Dieses die Aufgaben des Fünfjahrplanes übersteigende Wachstum der führenden Zweige der Volkswirtschaft bewirkte neben der weiteren Zunahme des Industrieproletariats (7,8 Prozent), der Festigung seiner Klassenpositionen und der gestiegenen politischen Aktivität auch einen grundlegenden Umschwung in der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft, der seinen Ausdruck fand in dem stürmischen Wachstum der Kollektivwirtschaften, das auf der aktiven Beteiligung der klein- und mittelbäuerlichen Massen an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes beruhte. Infolgedessen war das Tempo der Kollektivierung der Landwirtschaft bedeutend schneller, als der Fünfjahrplan es vorgesehen hatte. Die Gesamtzahl der Bauernwirtschaften, die sich zu Kollektivwirtschaften vereint haben, stieg von 445.000 im Jahre 1927/28 auf 1.040.000 im Jahre 1928/29 (gegenüber 564.000, wie im Fünfjahrplan vorgesehen). Die Anbaufläche der Kollektivwirtschaften erweiterte sich von 1,4 Mill. ha 1927/28 auf 4,3 Mill. ha 1928/29 oder um 206,7 Prozent (gegenüber 137,4 Prozent lt. Fünfjahrplan). Die Bruttoproduktion stieg um 240,5 Prozent und die Warenproduktion um 278,3 Prozent. Der Anteil der Kollektivwirtschaften

an der gesamten Warenproduktion der Landwirtschaft erhöhte sich von 1,4 Prozent im Jahre 1927/28 auf 4,9 Prozent im Jahre 1928/29, davon für Getreide von 4,5 Prozent auf 12,9 Prozent.

Dieses unerhörte Tempo der Kollektivierung, das die optimistischen Planungen übertrifft, zeugt davon, daß nach den Kleinbauernwirtschaften auch die Massen der Mittelbauernwirtschaften, die sich in der Praxis von der Überlegenheit der kollektiven Formen der Landwirtschaft überzeugen, in Bewegung gekommen sind.

Der entscheidende Umschwung in dem Verhältnis der klein- und mittelbäuerlichen Massen zu den Kollektivwirtschaften, der sich unmittelbar ergibt aus der richtigen Politik der Arbeiterklasse und der Partei auf dem Lande, aus der Verstärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in ihrem Bündnis mit der Klein- und Mittelbauernschaft, aus dem mächtigen Wachstum der sozialistischen Industrie und aus der Verstärkung der Produktionsformen des Bündnisses, bezeichnet eine neue historische Etappe im Aufbau des Sozialismus in unserem Lande.

Zugleich mit dem unerhörten Kollektivierungstempo wurden auch beim Aufbau der Sowjetwirtschaften und der Maschinen-Traktorenstationen außerordentlich große Erfolge erzielt. Die Anbaufläche der Sowjetwirtschaften hatte sich im Frühjahr 1929 um 27,5 Prozent vergrößert (anstatt um 26,3 Prozent nach dem Plan), die Bruttoproduktion an Getreide um 34,7 Prozent.

Die Bruttoproduktion des gesamten vergesellschafteten Sektors der Landwirtschaft betrug infolgedessen im Jahre 1928/29 612,8 Mill. Rubel (gegenüber 283,2 Mill. Rubel im Jahre 1927/28) und die Warenproduktion 263,9 Mill. Rubel (gegenüber 134,5 Mill. Rubel 1927/28). Der Anteil des gesamten vergesellschafteten Sektors am Bruttoertrag an Getreide stieg in diesem Jahr von 2,5 Prozent auf 5,8 Prozent (statt der im Plan vorgesehenen 4,9 Prozent) und am Warenertrag an Getreide von 12,2 Prozent auf 21 Prozent.

Die gesamte Erweiterung der produktiven Anbaufläche (5 Prozent), die allerdings etwas hinter den im Plan gestellten Aufgaben zurückblieb, wurde durch die Vergrößerung der Anbauflächen im

vergesellschafteten Sektor und in den Wirtschaften der Klein- und Mittelbauernschaft gewährleistet, die die Verringerung der Anbauflächen in den Wirtschaften der Kulaken und wohlhabenden Wirtschaften deckte.

Die Vergrößerung der Anbauflächen, die Steigerung der Brutto- und Warenproduktion der Landwirtschaft, die Zunahme der Vertragsabschlüsse und der erhöhte Anteil des vergesellschafteten Sektors an der Warenproduktion bei gleichzeitigem intensiven Einsatz aller Organe des Partei-, des Sowjet- und des Genossenschaftsapparates für die Getreidebeschaffung, die verstärkte Organisierung der Dorfarmut und der Mittelbauernschaft für den Kampf um die volle Erfüllung des Planes und für die Überwindung des Widerstandes und der Sabotage seitens des Kulakentums, die verschärften Repressalien gegen Getreidespekulationen und gegen die Verheimlichung von Getreidevorräten durch die Kulaken, die verbesserte Versorgung des Dorfes mit Industriewaren usw. haben den günstigen Verlauf der Getreidebeschaffung gesichert, deren Ergebnis weit über dem der vergangenen Jahre liegt und es bereits in diesem Jahr ermöglicht, Reserven bis zu 100 Mill. Pud Getreide zu schaffen.

Der Anteil des vergesellschafteten Sektors der gesamten Volkswirtschaft erhöhte sich insgesamt: in bezug auf Investitionen von 55,2 Prozent auf 65,2 Prozent, in bezug auf die Grundfonds von 51,7 Prozent auf 54,1 Prozent und in der Bruttoproduktion von 41,9 Prozent auf 43,5 Prozent.

Im direkten Gegensatz zu der Lage in den kapitalistischen Ländern war das vergangene Jahr gekennzeichnet durch eine weitere Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, durch die Erhöhung des Reallohnes (obgleich er etwas hinter dem Plan zurückbleibt), durch die Einführung des Siebenstundentages für etwa 500.000 Arbeiter und durch die weitere Verbesserung der materiellen und kulturellen Betreuung der Arbeiterklasse (Wohnungsbau, Sozialversicherung usw.).

Das Wachstum der Volkswirtschaft und ihres sozialistischen Sektors war begleitet und in hohem Grade bedingt durch die Zunahme der schöpferischen Aktivität breiter Massen der Arbeiterklasse, die ihren Ausdruck fand im sozialistischen Wettbewerb, in der Entfaltung der Selbstkritik, in der Durchführung

des Tages der Industrialisierung und in der äußerst starken Beteiligung an der Zeichnung der Industrialisierungsanleihe, die die Gesamtsumme der Ausschreibung bedeutend überstieg usw. Durch die weitere Verstärkung der Verbindungen mit den breiten Massen der Werktätigen wurde die Arbeit aller Organisationen der Arbeiterklasse (Parteiorganisationen, Gewerkschaften, Sowjets) intensiviert. Sie gestalteten ihre Arbeitsweise und Arbeitsmethoden um und richteten ihr Augenmerk immer stärker auf die Produktion und auf die unmittelbaren wirtschaftlichen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus.

Gleichzeitig wuchs und verschärfte sich der Widerstand der kapitalistischen Elemente, des Kulaken im Dorf, des NÖP-Mannes in der Stadt und des Schädlings in der Produktion.

Diese Erfolge des vergangenen Wirtschaftsjahres haben die Richtigkeit der gesamten Politik der Partei völlig bestätigt und endgültig von völligen Bankrott der rechten Abweichler (der Gruppe Bucharins) erwiesen, die nichts anderes ist als ein Ausdruck des Druckes der kleinbürgerlichen Elemente, als Panik vor dem sich verschärfenden Klassenkampf, als die Kapitulation vor den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus.

Die Rechten behaupteten, wir hätten ein "Absinken" der Landwirtschaft zu verzeichnen. In Wirklichkeit hatten wir eine weitere Zunahme der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften, eine allgemeine Erweiterung der Anbauflächen, verbesserte Maschinenversorgung und eine Hebung des materiellen, technischen und agronomischen Entwicklungsniveaus der Landwirtschaft.

Die Rechten behaupteten, die klein- und mittelbäuerlichen Massen "lösten" sich von der Arbeiterklasse los. In Wirklichkeit hatten wir eine weitere Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und eine Verstärkung der führenden Rolle des Proletariats in diesem Bündnis, was in dem stürmischen Wachstum der Kollektivierung und des Aufbaus der Sowjetwirtschaften seinen Ausdruck fand.

Die Rechten prophezeiten die Unvermeidlichkeit von Hunger und von Getreideeinfuhr. In Wirklichkeit nahm die Getreidebeschaffung so zu, daß dadurch die Versorgung des Landes mit Getreide eigener Erzeugung gesichert und die Schaffung eines Reservefonds

an Getreide von einigen 10 Mill. Pud gewährleistet ist bei gleichzeitiger aktiver Handelsbilanz und Schaffung einer Devisenreserve.

Die Rechten behaupteten, das eingeschlagene Tempo der Industrialisierung des Landes gehe über unsre Kraft. In Wirklichkeit haben wir die Planaufgaben nicht nur erfüllt, sondern auch in bedeutendem Maße übererfüllt.

Die Rechten erklärten, daß das eingeschlagene Tempo der Kollektivierung und des Aufbaus von Sowjetwirtschaften unreal sei, daß die notwendigen materiellen und technischen Voraussetzungen fehlten und die Klein- und Mittelbauernschaft nicht zu den kollektiven Formen der Landwirtschaft übergehen wolle. In Wirklichkeit haben wir ein so stürmisches Wachstum der Kollektivierung, ein so ungestümes Drängen der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften zu sozialistischen Wirtschaftsformen, daß die Kollektivwirtschaftsbewegung bereits in der Praxis anfang, in eine durchgehende Kollektivierung ganzer Rayons hinüberzuwachsen. Dies bedeutet eine neue Etappe, eine neue Periode in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Rechten, die nicht an die schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse glauben, forderten eine Ausrichtung auf die "Engpässe", eine passive Anpassung an die Schwierigkeiten. In Wirklichkeit hat die Arbeiterklasse unter Führung der Partei diese Schwierigkeiten aktiv überwunden und ein weiteres über den Plan hinausgehendes Wachstum der Produktivkräfte in der Richtung zum Sozialismus gesichert.

Die Rechten behaupteten die Unvermeidlichkeit einer allgemeinen Wirtschaftskrise, d.h. die Störung der normalen Produktion und Reproduktion. In Wirklichkeit haben wir ein Wachstum der Produktion und eine Beschleunigung des Tempos, wie wir sie uns früher nicht träumen ließen und die es uns ermöglichen, die optimale Variante des Fünfjahrplanes praktisch zur minimalen Variante zu machen.

Die Arbeiterklasse und die Partei konnten den neuen bedeutenden Schritt vorwärts im sozialistischen Aufbau nur dadurch erreichen, daß sie die Versuche der rechten Opportunisten,

- welche objektiv das Sprachrohr der wirtschaftlichen und politischen Interessen der kleinbürgerlichen Elemente und der Kulaken und Kapitalisten sind, - die Partei von der Generallinie unserer Entwicklung abzubringen, entschlossen zunichte machen.

Die erzielten Erfolge auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus sind unvermeidlich von bedeutenden Schwierigkeiten und dem verschärften Widerstand der kapitalistischen Elemente begleitet. Nach wie vor besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik der Partei darin, das übermäßige Zurückbleiben des Entwicklungstempos der Landwirtschaft zu überwinden, und zwar im besonderen ihres Getreide- und ihres Viehzuchtsektors. Die radikale Lösung dieser Aufgaben besteht in der weiteren Forcierung der Kollektivierung und des Aufbaus von Sowjetwirtschaften, in der weiteren Verbesserung der Festigung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften und schließlich in der forcierten Entwicklung der Industrie, die der Schlüssel zur sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft ist.

Besondere Aufmerksamkeit ist im laufenden Wirtschaftsjahr auf die erfolgreiche Durchführung der Frühjahrskampagne in der Landwirtschaft zu richten.

Angesichts der Tatsache, daß die breitesten Massen der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften immer stärker zu kollektiven Formen der Landwirtschaft drängen, besteht die Hauptschwierigkeit bei der Lösung dieser gewaltigen historischen Aufgabe in dem Zurückbleiben der die Landwirtschaft für ihre Produktion versorgenden Industriezweige (landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren, Düngemittel) hinter dem realen Tempo der Kollektivierung und des Aufbaus der Sowjetwirtschaften.

Nach wie vor ist die chemische Industrie, deren Entwicklungstempo beträchtlich hinter den Erfordernissen der Volkswirtschaft zurückbleibt, sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie ein Engpaß.

Eine deutliche Disproportion besteht noch immer zwischen den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und dem Produktionsumfang der Maschinenbauindustrie, obgleich sich die letztere schnell entwickelt.

Außerordentliche Schwierigkeiten bleiben auch auf dem Gebiet der Versorgung des Landes mit Brennstoff, Eisen- und Buntmetallen bestehen, und der Mangel an diesen Rohstoffen erschwert die Einhaltung des vorgesehenen Entwicklungstempos im Maschinenbau, in der Elektrifizierung und der materiellen und technischen Rekonstruktion der Landwirtschaft.

Nach wie vor steht, ungeachtet der großen Erfolge im Export von Industriewaren und "zweitrangigen Artikeln" des Exports, in aller Schärfe die Aufgabe, die Exportzweige der Volkswirtschaft (vor allem den Holzexport), forciert zu entwickeln, da ihr unzureichendes Entwicklungstempo die Einfuhr der dem Lande notwendigen Maschinen, Halbfabrikate und Rohstoffe für die Industrie hemmt und erschwert.

Schließlich tritt immer mehr als einer der größten "Engpässe" der Volkswirtschaft das Eisenbahnverkehrsproblem in den Vordergrund.

II.

Unter Berücksichtigung der bedeutenden, während des vergangenen Jahres im sozialistischen Aufbau, beim Ausfindigmachen neuer Reserven der Arbeiterklasse in Gestalt des sozialistischen Wettbewerbs und bei der Einführung der "ununterbrochenen Arbeitswoche" erzielten Erfolge sowie in Anbetracht der sichtbar werdenden Wendung, die die Hauptmassen der Bauernschaft zur kollektivwirtschaftlichen Bewegung hin vollziehen, sieht das Plenum des ZK folgenden konkreten Plan der volkswirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1929/30 vor.

a) Die Investitionen in der Volkswirtschaft müssen ca. 13 Md. Rubel betragen (gegenüber 8,5 Md. im Jahre 1928/29 und 10,2 Md. lt. Fünfjahrplan), davon in der geplanten Industrie und Elektrifizierung 4 Md. Rubel (gegenüber 2,8 Md. Rubel lt. Fünfjahrplan), im Verkehrswesen 1,9 Md. Rubel (gegenüber 1,5 Md. Rubel lt. Fünfjahrplan) und in der Landwirtschaft - 4,3 Md. Rubel (gegenüber 3,5 Md. Rubel lt. Fünfjahrplan.). Im einzelnen müssen die Investitionen im vergesellschafteten Sektor der Landwirtschaft 1,6 Md. Rubel betragen (gegenüber 0,6 Md. Rubel lt. Fünfjahrplan). Die Investitionen für Bil-

dungswesen und Gesundheitsschutz sollen 646 Mill. Rubel gegenüber 336 Mill. Rubel im vergangenen Jahr betragen.

b) Die Grundfonds der Volkswirtschaft müssen von 74,5 Md. Rubel im Jahre 1928/29 auf 85,2 Md. Rubel im Jahre 1929/30 oder um 14,4 Prozent zunehmen (gegenüber 7,2 Prozent Zunahme der Grundfonds im Jahr 1928/29). Die Grundfonds der Industrie und der Elektrifizierung müssen sich von 12,8 Md. Rubel 1928/29 auf 17,5 Md. Rubel 1929/30 oder um 37,1 Prozent erhöhen und ihr Anteil an den Grundfonds der Volkswirtschaft - von 17,1 Prozent im Jahre 1928/29 auf 20,5 Prozent. Die Grundfonds des Verkehrswesens sollen von 12,7 Md. Rubel auf 14,5 Md. Rubel oder um 14 Prozent zunehmen und die der Landwirtschaft - von 30 Md. Rubel auf 31,8 Md. Rubel oder um 6 Prozent.

c) Die Erhöhung der Investitionen und Grundfonds der Volkswirtschaft muß ein bedeutendes Wachstum der Produktion sichern.

Die Bruttonproduktion der gesamten Industrie soll sich von 22,3 Md. Rubel im Jahre 1928/29 auf 28 Md. Rubel im Jahre 1929/30 (+ 25,8 Prozent) erhöhen.

Die Bruttonproduktion der geplanten Industrie soll von 13,7 Md. Rubel im Jahre 1928/29 auf 18,1 Md. Rubel im Jahre 1929/30 oder um 32,1 Prozent zunehmen (gegenüber 21,5 Prozent nach dem Fünfjahrplan), davon in den Produktionsmittel herstellenden Zweigen um 45,1 Prozent, was völlig der Idee der Industrialisierung des Landes, der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und wachsender Unabhängigkeit von der kapitalistischen Welt entspricht. Deshalb müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Produktion gegenüber dem vorgesehenen Plan, insbesondere bei Erz, Kohle und Koks, Eisen- und Buntmetallen, nach Möglichkeit zu erhöhen und ein entschlossener Kampf gegen die unwirtschaftliche Verwendung dieser Defizitmaterialien geführt werden.

Die Bruttonproduktion der Landwirtschaft soll 1930 gegenüber dem Jahre 1929 um 13 Prozent anwachsen. Die Bestellungskampagne soll 1930 eine Erweiterung der Anbaufläche um 10,5 Prozent, davon für Getreide um 10 Prozent, sowie eine Er-

höhung der Getreideernte um 8 Prozent sichern, was eine Erhöhung des Gesamtgetreideertrages um 16,6 Prozent ergeben soll.

Die entsprechenden gewaltigen Fortschritte in den Anbauflächen und bei den Ernteerträgen der gewerblichen Nutzpflanzen, die sich aus einer Erweiterung des Bewässerungssystems, einer Veränderung der Technik der Bodenbearbeitung und aus einer erhöhten Produktion von Mineraldünger ergeben, sollen die Erweiterung der Erträge von Baumwolle um 48,7 Prozent, von Flachs um 12,5 Prozent und von Zuckerrüben um 77 Prozent garantieren. Der Rinderbestand soll sich um 4,5 Prozent, der Pferdebestand um 3,5 Prozent und der Schweinebestand um 10 Prozent erhöhen.

Der Güterumschlag der Eisenbahnen soll von 106,7 Md. to/km im Jahre 1928/29 auf 127 Md. to/km im Jahre 1929/30 oder um 19 Prozent steigen (gegenüber 12,1 Prozent gemäß dem Fünfjahrplan).

Das Volkseinkommen soll bei gleichbleibenden Preisen von 28.534 Mill. Rubel im Jahre 1928/29 auf 34.363 Mill. Rubel im Jahre 1929/30 oder um 20,4 Prozent wachsen.

d) Das allgemeine Wachstum der gesamten Volkswirtschaft muß von einer entschiedenen Verstärkung des sozialistischen Sektors begleitet sein. Nach den grundlegenden Kennziffern muß der sozialistische Sektor und die Erhöhung seines Anteiles an der Volkswirtschaft folgendermaßen wachsen:

	1928/29	1929/30
Grundfonds (am Jahresende).....	54,1	59,0
Bruttonproduktion.....	43,5	51,2
Warenproduktion.....	69,9	75,4
Zwischenhandel.....	93,4	96,7

Das Jahr 1929/30 muß zu einem Jahr werden, in dem ein weiterer und sehr bedeutender Schritt vorwärts zur Vergesellschaftung der Landwirtschaft getan wird. Die Aussaatflächen der Sowjetwirtschaften müssen auf 3,3 Mill. ha gegenüber 1,8 Mill. ha im Jahre 1928/29 anwachsen, und die der Kollektivwirtschaften bis auf 15 Mill. ha gegenüber 4,3 Mill. ha.

Im Jahre 1929/30 müssen 40 000 Traktoren (auf 10 PS-Traktoren umgerechnet) in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Mit diesen Traktoren sollen 102 Maschinen-Traktoren-Stationen eingerichtet werden, die es gestatten, 1 1/2 - 2 Mill. ha Ackerland in die Einflußsphäre des sozialistischen Sektors einzubeziehen. Außerdem muß der Bestand an Traktoren als Grundlage für die Kollektivierung und die Sowjetwirtschaften bedeutend verstärkt werden.

Die Erfüllung dieses Planes zur Vergesellschaftung der Landwirtschaft muß es möglich machen, von der Ernte des vergesellschafteten Sektors im Jahre 1930 mehr als 50 Prozent Handelsgetreide für den Bedarf der Städte und Industriezentren zu erhalten (gegenüber 43 Prozent Handelsgetreide, die der Fünfjahrplan für die Ernte von 1933 vorsah), was bei einer weiteren Ausdehnung des Vertragssystems die Beseitigung der Schwierigkeiten in der Getreideversorgung und im wesentlichen die Lösung des Getreideproblems bedeutet.

e) Die Anzahl der Lohnarbeiter soll von 12,2 Mill. im Jahre 1928/29 auf 13,3 Mill. im Jahre 1929/30 wachsen, oder um 9,4 Prozent, darunter die Anzahl der Industrie- und Transportarbeiter von 5,9 Mill. auf 6,5 Mill. oder um 10,2 Prozent und die Anzahl der landwirtschaftlichen Arbeiter von 2,1 Mill. auf 2,3 Mill. Diese Zahlen sind bedeutend höher als die Planziffern des Fünfjahrplanes und sind zu erklären durch die Erhöhung der Planziffern des Fünfjahrplanes für die materielle Produktion und den kulturellen Aufbau und insbesondere durch die Einführung der kontinuierlichen Produktionswoche, durch den schnellen Übergang zum siebenstündigen Arbeitstag, durch den Übergang zur Arbeit in mehreren Schichten usw. Durch die Einbeziehung neuer Arbeitskräfte in die Produktion und den kulturellen Aufbau wird nicht nur das Anwachsen der Arbeitslosigkeit aufgehalten, sondern ihr Ausmaß auch absolut verringert.

f) In Anbetracht des Zurückbleibens der Industrie und des Verkehrswesens in bezug auf die qualitativen Kennziffern (die Selbstkosten der Industrieproduktion wurden um 4,5 Prozent anstatt, wie im Plan vorgesehen, um 7 Prozent gesenkt), die den gewaltigen Kapitalinvestitionen nicht entsprechen, und

der Qualitätsverschlechterung der Produktion, muß im Jahre 1929/30 als Minimalaufgabe folgendes erreicht werden: Senkung der Selbstkosten der Industrieproduktion um 11 Prozent, Senkung der Kosten für die Industriebauten um 14 Prozent und für die Bauten des Verkehrswesens um 8 Prozent bei gleichzeitiger obligatorischer Heraufsetzung der technisch begründeten Arbeitsnormen für das Transportwesen und Verbesserung der Qualität der Industrieproduktion.

Die wichtigste Aufgabe des laufenden Wirtschaftsjahres und die entscheidende Bedingung für die Erfüllung des Planes für die Entwicklung der Industrie ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 25 Prozent bei gleichzeitigem Steigen des Nominallohnes um 9 Prozent und des Reallohnes um mindestens 12 Prozent.

g) Der reine Warenlauf der ganzen Genossenschaft soll 21 375 Mill. Rubel und die Gesamtsumme der Investitionen für die Genossenschaften (ohne Kollektivwirtschaften) 1 360 Mill. Rubel betragen.

h) Der Staatshaushalt für das Jahr 1929/30 ist auf 11,3 Milliarden Rubel festzusetzen (gegenüber 9,2 Md. Rubel laut Fünfjahrplan). Bei der allgemeinen Angespanntheit des Volkswirtschaftsplanes erfordert die Erfüllung des Finanzplanes die größte Haushalts- und Plandisziplin, die Mobilisierung aller Ressourcen und der Spareinlagen der Bevölkerung sowie die strenge Beachtung des Sparsamkeitsprinzips. Die Kompliziertheit und Schwierigkeit der Aufgaben, die bei der Verwirklichung dieses gewaltigen Planes für den wirtschaftlichen Aufbau vor uns stehen, erfordert von der gesamten Arbeiterklasse, allen ihren Organisationen und der gesamten Partei die größte Aufmerksamkeit und Aktivität, Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit bei der praktischen Verwirklichung der Pläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft. Die Wendung der Gewerkschaften "mit dem Gesicht zur Produktion", die im vergangenen Jahr erfolgte, muß im laufenden Wirtschaftsjahr gefestigt und verstärkt werden, und es ist die bedingungslose Durchführung der Direktive des ZK über die Einführung der individuellen Leitung in allen Betrieben zu gewährleisten.

Die Arbeit zur maximalen Ausnutzung der Errungenschaften der internationalen Wissenschaft und Technik, zur Heranziehung von ausländischer technischer Hilfe und ausländischen Spezialisten, die Arbeit zur technischen Rekonstruktion und stärksten Rationalisierung aller Seiten des Wirtschaftslebens muß noch breiter entfaltet werden. Besondere Bedeutung erlangen umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und die Einführung der neuesten technischen Verfahren und Arbeitsmethoden auf dem Gebiet des industriellen Aufbaus, auf dem der Anteil des Neubaus von Industrieanlagen im Jahre 1929/30 auf 46,7 Prozent steigt. Die Kosten und die Fertigstellungstermine dieser Neubauten sind vom Standpunkt der Lösung der grundlegenden Aufgaben des sozialistischen Aufbaus von größter Bedeutung.

Die Einführung der kontinuierlichen Produktionswoche in den Betrieben muß in einem solchen Tempo erfolgen, daß Ende 1929/30 mindestens $\frac{2}{3}$ der gesamten staatlichen Industrie zur kontinuierlichen Produktion übergegangen sind.

Im Zusammenhang mit den Aufgaben der technischen Rekonstruktion der Industrie und dem ungestümen Wachstum des sozialistischen Sektors auf dem Lande erhebt sich vor der Partei mit noch nie dagewesener Schärfe das Kaderproblem, das Problem der technischen Bildung und das Problem der kulturellen Betreuung der breiten Massen der Arbeiter und Bauern. Das Jahr 1929/30 muß ein Jahr der entschiedenen Ausrichtung der gesamten Front der sozialen und kulturellen Arbeit auf die neuen quantitativen und qualitativen Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus sein.

Außerst große Aufmerksamkeit muß auf die qualitativen Kennziffern der Volkswirtschaft und insbesondere darauf gerichtet werden, daß die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten erreicht wird. Das Plenum des ZK unterstreicht die unbedingte Notwendigkeit, die Selbstkosten der Industrieproduktion um 11 Prozent zu senken und betrachtet diese Aufgabe als eine der wichtigsten und grundlegenden Direktiven des gesamten Planes der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1929/30, wobei diese Senkung der Selbstkosten unbedingt von einer Qualitätsverbesserung

der Produktion begleitet sein muß.

Alle örtlichen Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsorganisationen werden verpflichtet, schon im ersten Quartal ein solches Arbeitstempo zur Verwirklichung dieser Direktive zu entwickeln, daß ihre Erfüllung völlig gewährleistet ist.

Das Plenum des ZK unterstreicht besonders die Wichtigkeit der Aufgaben, im Jahre 1929/30 eine Erhöhung des Reallohnes um mindestens 12 Prozent zu gewährleisten. Um das zu erreichen, ist es erforderlich, daß der Kurs auf die Senkung der Preise für Industriewaren fortgesetzt wird und daß alle Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Parteiorganisationen angestrengt daran arbeiten, die Versorgung der Industriegebiete besser zu organisieren, die Lebensmittelvorräte rationell auszunutzen und zu verteilen, die Lagerung und Verarbeitung der Nahrungsmittel zu verbessern, die Versorgung mit Fleisch und Molkereierzeugnissen richtiger zu organisieren usw. Die gespannte Nahrungsmittellage macht die Erfüllung dieser Aufgabe besonders notwendig und unaufschiebbar, und sie kann nur durch die stärkste Mobilisierung der Kräfte der Arbeiterklasse und aller ihrer Organisationen erreicht werden.

Das ZK erklärt für notwendig, den gesamten Plan der Getreideerfassung zu den festgesetzten Terminen zu erfüllen, d.h. spätestens bis Januar, und erachtet es für richtig, den Getreideablieferungsplan bis an jedes Dorf und jeden Kulakenhof heranzuführen und die entschiedensten Maßnahmen gegen die Sabotage und den Widerstand gegen die Erfüllung des Getreideablieferungsplanes von seiten der Kulaken zu ergreifen.

Das Plenum des ZK unterstreicht, daß der gesamte Volkswirtschaftsplan als Ganzes nur bei größter Aktivität der breiten Massen der Werktätigen, in erster Linie der Arbeiterklasse, und bei weitestgehender Verbesserung der Arbeit des gesamten Wirtschafts-, Sowjets-, Gewerkschafts- und Parteiapparates erfüllt werden kann. Es verpflichtet alle Parteiorganisationen, den Sowjetapparat unablässig von bürokratischen und der Arbeiterklasse fremden Elementen zu säubern und hält eine weitere Verstärkung des Kampfes gegen den Bürokratismus sowohl in den Sowjet- als auch in den Parteiorganisationen

für unbedingt notwendig. Zum Kampf gegen den Bürokratismus müssen die breiten Massen der Arbeiter herangezogen werden. Die Grundlage hierfür muß die weitere Entfaltung der bolschewistischen Selbstkritik und verstärkte Einsetzung von Werktätigen in den Verwaltungsapparat bilden. Das Plenum ist der Meinung, daß man gleichzeitig den Kampf verstärken muß sowohl gegen bürokratische Versuche, die Selbstkritik einzuschränken, als auch gegen die unzulässige Methode, im Rahmen der Selbstkritik alle der Reihe nach zu verprügeln, da dies klassenfeindlichen Elementen die Möglichkeit gibt, die Selbstkritik gegen die Partei und die Diktatur des Proletariats auszunutzen.

Besondere Aufmerksamkeit muß bei der Erfüllung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus dem sozialistischen Wettbewerb gewidmet werden. Der sozialistische Wettbewerb muß zu einer der wichtigsten Bedingungen und zu Voraussetzungen für die Erfüllung des gesamten Planes werden. Das ZK hebt hervor, daß auf dem Gebiet des sozialistischen Wettbewerbs Erfolge erreicht wurden, konstatiert jedoch gleichzeitig, daß die Anleitung dieser Arbeit noch bei weitem nicht der ungeheuren Bedeutung dieses neuen Faktors beim sozialistischen Aufbau entspricht. Der Arbeitsenthusiasmus und die schöpferische Initiative der breiten Massen der Werktätigen haben bisher nicht die Anleitung erhalten, die dazu beiträgt, den sozialistischen Wettbewerb weiter zu entfalten und immer neue Hunderttausende von Arbeitern heranzuziehen, um dadurch die Erfolge und Errungenschaften des sozialistischen Wettbewerbs zu vergrößern. Das Plenum ist der Meinung, daß die Gewerkschaften diesem Umstand stärkste Beachtung schenken und durch die Tat beweisen müssen, daß sie mächtige Hebel des sozialistischen Aufbaus sind.

III.

Die gewaltigen Erfolge der letzten Jahre, das gigantische Ausmaß und das nie dagewesene Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung sind Beweise dafür, daß die Aufgabe der Sowjetmacht - die in technisch-ökonomischer Beziehung fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen -

in kürzester historischer Frist erfüllt werden kann. Die unzweifelhaften Vorzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem finden mehr und mehr ihre Bestätigung in dem außergewöhnlich schnellen Entwicklungstempo der Volkswirtschaft sowie im Tempo der materiell-technischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft und der Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Arbeiterklasse und der Massen der werktätigen Bauernschaft.

Das stürmische Wachstum der sozialistischen Wirtschaftsformen, die Erhöhung ihres Anteils an der Volkswirtschaft, die Verstärkung ihres Einflusses auf die individuelle Bauernwirtschaft, die in dem spontanen Drängen der klein- und mittelbäuerlichen Massen zu kollektiven Formen der Landwirtschaft zum Ausdruck kommt - alles das zeugt davon, daß die Gewähr dafür gegeben ist, daß der entscheidende Erfolg der Politik der Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente gesichert ist und daß der Aufbau des Sozialismus im Lande der proletarischen Diktatur in historisch äußerst kurzer Frist durchgeführt werden kann.

Die Schwierigkeiten, die durch das schnelle Tempo des sozialistischen Aufbaus entstehen, stählen den Willen und die Hartnäckigkeit der Arbeiterklasse, wecken neue Kräfte und gewinnen neue Reserven der proletarischen Revolution, die dazu notwendig sind, um diese Schwierigkeiten zu überwinden und zu liquidieren.

Gleichzeitig verstärken die Verschärfung des Klassenkampfes und der hartnäckige Widerstand der kapitalistischen Elemente gegen den angreifenden Sozialismus unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung unseres Landes den Druck der kleinbürgerlichen Elementargewalt auf die am wenigsten standhaften Elemente der Partei und erzeugen damit eine Ideologie des Kapitulierens vor den Schwierigkeiten, die Desertion und Versuche, zu einer Übereinkunft mit den Elementen des Kulakentums und des Kapitalismus in der Stadt und auf dem Lande zu kommen.

"Es gehört zu den Eigenschaften der kleinbürgerlichen Demokratie, daß sie den Klassenkampf verabscheuen, daß sie davon träumen, wie man ohne ihn auskommen könnte, daß sie bestrebt

sind, auszugleichen und zu versöhnen, die scharfen Kanten abzuschleifen! Darum wollen solche Demokraten entweder von keinerlei Anerkennung einer ganzen historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus etwas wissen, oder sie halten es für ihre Aufgabe, Pläne der Versöhnung der beiden kämpfenden Klassen auszuhecken, anstatt den Kampf einer dieser Kräfte zu leiten." (Lenin, Bd. XIV, S. 347-348)¹⁾

Dieses Abwenden vom Klassenkampf, "das Bestreben, auszugleichen und zu versöhnen, die scharfen Kanten abzuschleifen", das Träumen davon, daß man ohne Klassenkampf auskommen könne, dies alles ist für die gesamte Position der rechten Opportunisten (Bucharin-Gruppe) charakteristisch. Gerade dort liegen die Wurzeln für das völlige Unverständnis der Bucharin-Gruppe für die vor sich gehende Verschärfung des Klassenkampfes, die Wurzeln für die Unterschätzung der Widerstandskraft der Kulaken- und NÖP-Elemente, für die antileninistische Theorie über das "Hineinwachsen" des Kulaken in den Sozialismus und ihren Widerstand gegen die Politik der Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes. Dort liegen auch die Wurzeln für das völlige Unverständnis der rechten Abweichler für den Genossenschaftsplan des Genossen Lenin, für die entscheidende Bedeutung der kollektiven Wirtschaftsformen in der Landwirtschaft und für die Unterschätzung des Aufbaus von Sowjetwirtschaften sowie für die Forderung, das Tempo der Industrialisierung zu verlangsamen und die Produktionsformen des Bündnisses von Stadt und Land zu schwächen.

Die Bucharin-Gruppe weigert sich, ihre Fehler in den Fragen der Wirtschaftspolitik, der Industrialisierung des Landes, der Kollektivierung der Landwirtschaft und des Aufbaus von Sowjetwirtschaften einzugestehen. Sie weigert sich, ihre Fehler in der Einschätzung des Klassenkampfes und ihr Unverständnis für diese Erscheinung zuzugeben. Sie versucht schließlich, zu Methoden des Fraktionskampfes gegen die Partei überzugehen und entlarvt damit endgültig ihren anti-

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 61

leninistischen und antibolschewistischen Charakter. Daher erklärt das Plenum die Propagierung von Ansichten des rechten Opportunismus und des Versöhnertums ihm gegenüber für unvereinbar mit dem Verbleiben in den Reihen der KPdSU(B).

Gleichzeitig mit der Verstärkung der rechten Gefahr entwickeln sich als Folge des Druckes derselben kleinbürgerlichen Elementargewalt feindliche Stimmungen gegen die Mittelbauern, trotzkistische und halbtrotzkistische Attacken gegen die Generallinie der Partei. Das ZK bestätigt noch einmal, daß die Hauptgefahr die rechte Abweichung und das Versöhnertum ihr gegenüber bleibt, verpflichtet aber gleichzeitig die Parteiorganisationen, auf keinen Fall im Kampf gegen "links"-opportunistische Stimmungen und gegen die versöhnlerische Haltung ihnen gegenüber nachzulassen.

Die Erfolge des vergangenen Jahres wurden von der Arbeiterklasse und der Partei im entschiedenen Kampf gegen die rechte Abweichung und die "links"-opportunistischen Stimmungen und durch die unversöhnliche Entlarvung der Überreste der Konterrevolutionären trotzkistischen Ideologie errungen. Die künftigen Siege des Sozialismus werden auf dem gleichen Wege der entschiedenen, systematischen Entlarvung des antileninistischen kleinbürgerlichen Wesens der rechten und "linken" Opportunisten und des Versöhnertums ihnen gegenüber errungen werden sowie im schonungslosen Kampf gegen Äußerungen dieser Abweichungen in der Praxis.

Über die Kader der Volkswirtschaft

Über die Erfüllung der Beschlüsse des Juli-Plenums des ZK über die Ausbildung von technischen Kadern

(Resolution zum Referat des Gen. L.Kaganowitsch, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 16.November 1929)

I.

Der gigantische Elan des sozialistischen Aufbaus, die Verwirklichung des Fünfjahrplans, welcher der praktische Ausdruck der Losung der Partei ist, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder "einzuholen und zu überholen" und schließlich

die Verschärfung des Klassenkampfes im Lande bringen es mit sich, daß sich vor der Partei das Problem der Kader in der Rekonstruktionsperiode in seiner ganzen Größe und Schärfe erhebt. Der Mangel an qualifizierten technischen und leitenden Kadern, der schon seit mehreren Jahren spürbar ist, hat sich in der gegenwärtigen Periode der sich stürmisch entfaltenden Industrie und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft besonders verschärft. Das vergangene Jahr (die faktische Überschreitung des im Fünfjahrplan vorgesehenen Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung, die Aufdeckung einer Reihe neuer Sabotageakte) stellt mit noch größerer Schärfe die Frage der größtmöglichen Beschleunigung und Verbesserung der Ausbildung von neuen proletarischen Spezialisten.

In der gegenwärtigen Periode ist im Zusammenhang mit den neuen Anforderungen nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Fachleute eine brennende Frage. Die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft auf der Grundlage der letzten Errungenschaften der internationalen Wissenschaft und Technik, die grundlegende Umgestaltung des gesamten Produktionsapparates, die Kompliziertheit der sich unter den Bedingungen des Kampfes zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Elementen vollziehenden sozial-ökonomischen Prozesse erfordern einen neuen Typ von technischen Leitern und Organisatoren für die aufzubauende sozialistische Wirtschaft (für die Industrie, das Verkehrswesen, die Landwirtschaft, das Finanzwesen, das Genossenschaftswesen, den Handel usw.). Diese Kader müssen genügend tiefe technische Spezialkenntnisse und ökonomisches Wissen, einen weiten gesellschafts-politischen Horizont und Qualitäten besitzen, die für Menschen notwendig sind, die die Aktivität der breiten Massen der Werktätigen in der Produktion organisieren.

Tatsächlich aber geht die Ausbildung neuer Kader in einem Tempo vor sich, das keinen Vergleich mit dem Tempo der Industrialisierung und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft aushält. Wir stehen vor der Tatsache, daß die "Schere" zwischen dem Bedarf an Fachleuten und dem gegenwärtigen Tempo ihrer Zunahme gewaltig auseinanderklafft. Das kann zu einem Hemmschuh für die weitere erfolgreiche Ent-

wicklung der sozialistischen Wirtschaft werden. Um so mehr, als nicht nur die Zahl der Fachleute nicht ausreicht, sondern auch ihre Qualifikation unbefriedigend ist. Es sind Mängel in ihrer technischen Qualifikation vorhanden, ungenügende Qualifikation vom Standpunkt der ökonomischen Bildung und schließlich ungenügende sozial-politische Standhaftigkeit, Neutralität und sogar Feindschaft eines gewissen Teils der vorhandenen Kader an Spezialisten. Das letztere fand seinen schärfsten Ausdruck in der Tätigkeit einzelner Schädlingsgruppen, welche die sozialistische Wirtschaft bewußt im Interesse des Kapitalismus störten.

Während wir entschieden gegen die Schädlinge kämpfen, nach wie vor die ehrlich und gewissenhaft arbeitenden Spezialisten verwenden und ihre Arbeitsverhältnisse systematisch verbessern, müssen wir gleichzeitig alles tun, um in verstärktem Maße neue proletarische Spezialisten auszubilden, auf die sich die Sowjetmacht in ihrer gewaltigen Arbeit am Aufbau des Sozialismus voll und ganz stützen kann, die den wachsenden Anforderungen entsprechen und die uns feindlichen Elemente unter den Fachleuten ersetzen und den gesamten Kaderbestand der Industrie und Wirtschaft der UdSSR grundlegend verbessern können.

Die rechten Elemente in der Partei und die Versöhnler verstehen nicht, wie dringend das Problem der Ausbildung neuer Kader in der gegenwärtigen Periode ist. Sie vertuschen faktisch die Aufgabe, die Ausbildung neuer Kader von proletarischen Fachleuten zu forcieren. Das stimmt völlig mit ihrem grundlegenden Kurs überein, der darauf gerichtet ist, das Tempo der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft zu verlangsamen und kapitalistischen Verhältnissen freie Entwicklungsmöglichkeiten im Lande zu schaffen. Da die Rechten die Verschärfung des Klassenkampfes im Lande nicht sehen und nicht sehen wollen, vertuschen sie die Tatsache der politischen Differenzierung unter den Spezialisten und jenen Kampf, den der Klassenfeind durch einzelne Schädlingsgruppen gegen den Sozialismus führt.

Die Rechten verstehen nicht, daß nicht nur die wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch der unter den Bedingungen

des verschärften Klassenkampfes im Lande vor sich gehende politische Differenzierungsprozeß unter den Fachleuten dem Sowjetstaat mit größter Schärfe die Aufgabe stellt, neue Kader von proletarischen Fachleuten heranzubilden. Diese ganze Auffassung der Rechten hat nichts mit der Parteilinie gemein. Die Partei muß alle ihre Anstrengungen auf die Lösung des Kaderproblems als des für den sozialistischen Aufbau wichtigsten Problems konzentrieren.

II. Der Fünfjahrplan und die Sicherung der Kader für ihn

1. Das vergangene Jahr hat die Richtigkeit der vom Juli-Plenum des ZK 1928 festgelegten Linie und praktischen Maßnahmen über die verbesserte Ausbildung neuer Fachleute voll und ganz bestätigt und die Lösung dieses Problems bedeutend vorangetrieben. Jedoch, wenn das ZK auch gewisse Erfolge in der Arbeit zur Verbesserung der Ausbildung neuer Fachleute hervorhebt (stärkere Verbindung mit der Produktion, Verbesserung der sozialen Zusammensetzung, Verbesserung der materiellen Lage der Studentenschaft usw.), so stellt es doch fest, daß der Beschluß des Juli-Plenums unbefriedigend verwirklicht worden ist, und zwar sowohl von den Organen des Volkskommissariats für Bildungswesen und des Obersten Volkswirtschaftsrates als auch von den Gewerkschafts- und Parteiorganisationen. Die Ausbildung neuer Spezialisten ist noch nicht zur "wichtigsten Aufgabe der ganzen Partei" geworden. So wie die Ausbildung der Fachleute auf dem Juli-Plenum charakterisiert wurde, ist sie im wesentlichen auch in der gegenwärtigen Periode.

2. Die Arbeit zur Sicherung der Kader für den Fünfjahrplan ist völlig unbefriedigend organisiert und wird durchgeführt ohne auch nur irgendwie begründete Pläne und ohne daß man die realen Erfordernisse und die Möglichkeiten ihrer Befriedigung berücksichtigt. Das ZK lenkt die Aufmerksamkeit besonders auf solche Berufe, in denen vom Standpunkt der Industrie und der wissenschaftlichen Forschungsarbeit Kadermangel herrscht (insbesondere Metallurgen, Maschinenbauer und Chemiker) und auf die Notwendigkeit gut durchdachter Pläne für die Schaffung neuer Kader von Spezialisten, in

denen die Erfahrungen der ausländischen Betriebe berücksichtigt werden müssen. Das ZK ist der Meinung, daß der während des Jahrfünfts vorgesehene Bau von 47 neuen Technischen Hochschulen und 172 Techniken nicht genügt, um die Bedürfnisse des Fünfjahrplans, besonders an Technikern, völlig zu befriedigen. Deshalb verpflichtet das ZK die Staatliche Plankommission, den Obersten Volkswirtschaftsrat, das Volkskommissariat für Landwirtschaft und die Volkskommissariate für Volksbildung, innerhalb von drei Monaten einen Fünfjahrplan für die Ausbildung von Spezialisten mit höherer und mittlerer Qualifikation und für den Bau neuer Technischer Hochschulen und Techniken auszuarbeiten, der den konkreten Bedürfnissen der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft und ihren einzelnen Rayons entspricht. Gleichzeitig ist es notwendig, die vorhandenen Technischen Hochschulen zu überprüfen, jede auf eine bestimmte Fachrichtung festzulegen und den Parallelismus zu beseitigen.

3. Der Oberste Volkswirtschaftsrat, die Volkskommissariate für Volksbildung und das Volkskommissariat für Verkehrswesen haben dafür zu sorgen, daß aus den bestehenden Technischen Hochschulen und Techniken zu den festgelegten Fristen Spezialisten hervorgehen (die zweijährige Ausbildung ist abzuschaffen). Die Anzahl der das Studium Abschließenden ist in diesem Jahr für die Technischen Hochschulen mit vierjähriger Studiendauer auf 20 Prozent des Gesamtkontingents an Studenten zu bringen und für die Technischen Hochschulen mit dreijähriger Ausbildungsdauer auf 25 Prozent. Um eine größere Zahl von Studenten an den Technischen Hochschulen ausbilden zu können, sind das ununterbrochene Studienjahr und die ununterbrochene Studienwoche einzuführen.

4. Während der nächsten Jahre muß die Ausbildung von Kadern praktischer Produktionsleiter aus den Kreisen der fortgeschrittensten Arbeiter mit allen Mitteln verstärkt werden, indem man sie planmäßig von unteren auf höhere Kommandostellen befördert, wobei ihnen gleichzeitig alle Möglichkeiten geboten werden müssen, ihre praktischen Kenntnisse systematisch zu erweitern und sich die notwendige theoretische Bildung anzueignen. In den nächsten drei Jahren ist die gesamte

vorhandene Hauptmasse von Arbeiter-Praktikern zu qualifizieren, die Stellungen von Technikern in der Industrie und im Verkehrswesen einnehmen.

5. Für die Praktiker in der Landwirtschaft aus den Reihen der Bauern und Arbeiter - die Funktionäre der Kollektivwirtschaften, Sowjetwirtschaften und der Bodenorgane - ist eine systematische Ausbildung durch Schulung einzurichten. Das Unionsvolkskommissariat für Landwirtschaft hat gemeinsam mit den Volkskommissariaten für Volksbildung bis spätestens Januar 1930 in allen vorwiegend landwirtschaftlichen Rayons bei den landwirtschaftlichen Hochschulen und Techniken ein Netz von Schnellkursen zur Ausbildung von Funktionären mit agronomischen Kenntnissen, in erster Linie für die Kollektivwirtschaften, zu organisieren.

6. Das ZK billigt die vom Politbüro angenommenen Beschlüsse über die Finanzierung der Technischen Hochschulen in diesem Jahr (die bedeutende Erhöhung der Summen für Investitionsbauten, Laboratorien, Gehaltserhöhung für das pädagogische Personal, Erhöhung der Stipendien, erweiterte Anwendung des Vertragssystems, in das größere Ordnung und mehr System hineingebracht werden muß, usw.). Das ZK empfiehlt, neben der Ausarbeitung eines Fünfjahrplanes zur Ausbildung neuer Kader von Spezialisten auch gleichzeitig die Frage der vollen materiellen Sicherung dieses Planes zu bearbeiten (darunter auch die Wohnungsfrage) und zugleich mit dem Fünfjahrplan auch die Summen zu bestätigen, die für die Arbeit der Technischen Hochschulen notwendig sind. Das ZK beschließt, daß bei der Ausarbeitung der Kontrollziffern und des Staatshaushaltes von der Notwendigkeit auszugehen ist, den Anteil der Aufwendungen für technische Ausbildung und wissenschaftliche Forschungsarbeiten systematisch zu erhöhen.

III. Die Umgestaltung des Unterrichts in den Technischen Hochschulen

1. Obwohl bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Juli-Plenums über die Einführung eines ununterbrochenen Produktionspraktikums für das Studium gewisse Fortschritte erzielt worden sind, befindet sich diese Angelegenheit noch im An-

fangsstadium. Deshalb sind weiterhin notwendig: eine unterschiedene Erweiterung und qualitative Verbesserung des Produktionspraktikums, Verlängerung des Produktionspraktikums, wobei die Zeit 40 - 50 Prozent der Studienzeit betragen soll. Die Reihenfolge von theoretischem Studium und darauffolgendem Produktionspraktikum im Betrieb muß so festgesetzt werden, daß die Zeiten für das Produktionspraktikum in bestimmten Produktionszweigen verlängert werden (z.B. 1 Monat - 1 Monat, 3 Monate - 3 Monate usw.).

Der Oberste Volkswirtschaftsrat der UdSSR wird beauftragt, in diesem Jahr gemeinsam mit dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion und den Volkskommissariaten für Volksbildung der Republiken versuchsweise ein bis zwei Schulbetriebe zu organisieren, in denen die Schulung von Kadern (unteren, mittleren und höheren) mit ständiger Arbeit in der Produktion verbunden ist.

2. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um entschieden die Elemente des Formalismus und der Unorganisiertheit bei der Durchführung des ununterbrochenen Produktionspraktikums zu beseitigen und seine erfolgreiche Durchführung als System und Form des Studiums der Produktion zu gewährleisten. Die organische Verbindung der Industrieorgane (der Betriebe, Truste und anderer Vereinigungen) mit den Technischen Hochschulen, Techniken und wissenschaftlich-technischen Instituten bei der Ausbildung neuer Spezialisten ist zu verbessern.

3. Das Netz der Technischen Hochschulen neuen Typus mit scharf ausgeprägter Spezialisierung nach bestimmten Industriezweigen unter Verkürzung der Ausbildungsdauer (3 Jahre) ist zu erweitern. Für die übrigen Technischen Hochschulen ist das Studium auf höchstens 4 Jahre festzulegen. Dementsprechend müssen auch die Studienpläne und -programme überprüft werden. Dabei ist eine formal-mechanische Behandlung dieser Arbeit entschieden zu unterbinden. Sie muß möglichst gründlich und systematisch erfolgen, damit das Studienjahr 1930/31 nach den neuen Programmen begonnen werden kann. Insbesondere muß in den Programmen der Technischen Hochschulen eine konkrete Ökonomik und eine marxistische Geschichte der Technik

enthalten sein. Entsprechend den neuen Programmen und den Studienplänen sind die Lehrbücher neu herauszugeben.

4. Das ZK hält es für notwendig, die Ausbildung der Wirtschaftler sowohl für die Industrie als auch für die Handels-, Finanz-, Planungs- und statistischen Organe grundlegend zu verbessern. Das System und die Fachrichtung der Wirtschaftshochschulen sind zu regeln. Den entsprechenden Hochschulen, Fakultäten und Abteilungen ist im Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft eine bestimmte Zielrichtung zu geben. Die Programme und Lehrpläne sind gemäß der Zielrichtung dieser oder jener Hochschulen, Fakultät oder Abteilung zu überprüfen.

Eine spezielle Bearbeitung ist der Frage zu widmen, daß die Wirtschaftshochschulen sowohl in bezug auf ihre Ausrüstung als auch auf die materielle Lage der Studenten und Dozenten sichergestellt werden.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat, das Volkskommissariat für Handel, das Volkskommissariat für Finanzen, die Staatliche Plankommission, der Zentralverband der Konsumentenorganisationen und die Statistische Zentralverwaltung müssen enger mit den Volkskommissariaten für Volksbildung und den Hochschulen zusammen arbeiten, um eine erfolgreichere Ausbildung der Wirtschaftler und die Erfüllung der vom Plenum des ZK angenommenen Beschlüsse zu gewährleisten.

5. Die Ausbildung von Kadern für die wissenschaftliche Forschungsarbeit und die Lehrtätigkeit ist qualitativ zu verbessern und quantitativ zu erweitern, insbesondere sind die pädagogischen Kader zu ergänzen durch Spezialisten aus der Produktion, die die notwendige theoretische Ausbildung besitzen. Neben der rationellen Verwendung der alten Kader sind mit mehr Energie junge wissenschaftliche Kräfte auszubilden und zu fördern, insbesondere solcher aus den Reihen der Arbeiter und Parteimitglieder. Die Methoden der Auswahl dieser Arbeitskräfte sind zu ändern und dabei sind die Erfahrungen der wissenschaftlichen Zirkel, Preisausschreiben, der öffentlichen Verteidigung wissenschaftlicher Arbeiten und anderer Formen eines entsprechenden Wettbewerbs zu berücksichtigen. Schon in diesem Jahr sind von den Arbeitern

und Kommunisten, die ihr Studium an den Technischen Hochschulen beenden, mindestens 300 für die wissenschaftliche Forschungsarbeit und die Lehrtätigkeit auszuwählen, und sie sind vorher speziell für dieses Berufsziel auszubilden.

6. Das ZK betont, daß der Beschluß des Juli-Plenums über die Ausnutzung ausländischer Erfahrungen in äußerst geringem Maße erfüllt worden ist und empfiehlt zusätzlich zu dem Beschluß des Juli-Plenums, in diesem Jahre die Entsendung von Wissenschaftlern ins Ausland zu verstärken (mindestens 500). Gleichzeitig ist es notwendig, entschlossener hervorragende ausländische Spezialisten zur technisch-wirtschaftlichen Tätigkeit und wissenschaftlichen Forschungsarbeit heranzuziehen und ihre bessere Verwendung zu organisieren. Es muß dafür gesorgt werden, daß wirklich systematisch ausländische technische Literatur abonniert wird, daß sowohl ausländische Spezialisten Lektionen halten als auch sowjetische Fachleute über die ausländischen Erfahrungen und daß die Studenten und jungen Spezialisten Fremdsprachen lernen. Gleichzeitig ist es notwendig, alle Laboratorien der Hochschulen und Technischen Hochschulen systematisch mit der entsprechenden ausländischen Ausrüstung zu versorgen.

IV. Fragen der Organisation und Leitung der Technischen Hochschulen

1. Da festzustellen ist, daß die Unterstellung der Technischen Hochschulen unter den Obersten Volkswirtschaftsrat sich völlig bewährt hat, wird es für notwendig erachtet, alle neu zu erbauenden Technischen Industrie-Hochschulen und Techniken unter der Verwaltung des Obersten Volkswirtschaftsrates zu konzentrieren und ihm auch zusätzlich bereits 1929/30 einige Technische Hochschulen zu übergeben, die für die Schwerindustrie am wichtigsten sind. Die Arbeit der Hauptabteilung für Technische Hochschulen ist entschieden zu verbessern, sie muß durch neue Mitarbeiter verstärkt werden, und man muß ihr die Verantwortung für den gesamten administrativ-wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-pädagogischen Zustand der ihr unterstellten Technischen Hochschulen übertragen. Gleichzeitig sind dem Volkskommissariat für Landwirtschaft

einige landwirtschaftliche Hochschulen zu unterstellen. Die Arbeit des Volkskommissariats für Volksbildung hinsichtlich der allgemeinen Leitung der Hochschulausbildung ist zu verbessern und seine Anleitung in Fragen der Lehrprogramme und der Methodik muß verstärkt werden, und zwar auch in bezug auf die Technischen Hochschulen, die dem Obersten Volkswirtschaftsrat, dem Volkskommissariat für Verkehrswesen und dem Volkskommissariat für Landwirtschaft unterstellt sind.

2. Es sind entschiedene Maßnahmen zur Beseitigung der bis jetzt noch vorhandenen Mängel in der inneren Organisation der Technischen Hochschulen zu treffen; alle administrativen und pädagogischen Funktionen müssen in der Leitung der Technischen Hochschulen konzentriert werden, während die Organisationen der Studenten davon zu befreien sind. Die Parteiorganisationen sollen den Einfluß der Partei geltend machen und das gesellschaftlich-politische Leben der Technischen Hochschulen leiten, sich aber nicht in Einzelheiten der Leitung und in unmittelbare Anordnungen der Verwaltung einmischen. Die Wählbarkeit der Leitungen (Rektoren, Dekane usw.) ist durch die Ernennung entsprechender leitender Organe zu ersetzen. Gleichzeitig sind bei den Technischen Hochschulen arbeitsfähige Sowjets aus Vertretern der Gewerkschaften, Wirtschaftsorgane sowie der Professoren- und der Studentenschaft zu schaffen.

3. Das ZK empfiehlt den Parteiorganisationen, die Parteiarbeit und die kommunistische Erziehung der in der Ausbildung stehenden neuen Kader zu verstärken und sie im Kampf gegen klassenfeindliche Elemente zu stählen. Die Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen ist entschieden zu verbessern. Es müssen eine entschiedene Verbesserung der Arbeitsdisziplin und gute Studienergebnisse erreicht werden. Das ist für den Kommunisten an der Technischen Hochschule ein genauso wichtiger Gradmesser wie die Produktionsdisziplin im Betrieb. Gleichzeitig ist es notwendig, die Überlastung der Studenten entschieden zu beseitigen, die Zahl der Versammlungen und Sitzungen in den Technischen Hochschulen zu verringern und die Studenten von überflüssigen gesell-

schaftlichen Verpflichtungen zu entlasten.

V. Die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Technischen Hochschulen

1. Obwohl festgestellt werden kann, daß sich bei der Aufnahme 1928 und 1929 der Kern der Arbeiterstudenten an den Technischen Hochschulen vergrößert hat, ist in den nächsten Jahren bei der allgemeinen Neuaufnahme der Prozentsatz an Arbeiter auf mindestens 70 Prozent zu erhöhen. In den landwirtschaftlichen Technischen Hochschulen soll der Prozentsatz der Arbeiter, Landarbeiter, Kleinbauern und Kollektivbauern mindestens 75 Prozent betragen. Gleichzeitig ist es notwendig, die Zusammensetzung der Studentenschaft zu verbessern und die Technischen Hochschulen von feindlichen Elementen zu säubern, und zwar nicht in Form einer Kampagne, sondern indem man die Zusammensetzung der Studentenschaft systematisch untersucht und verbessert.

2. Die Arbeiter- und Bauernfakultäten sind nach dem Prinzip der Spezialisierung und jeweiligen Zielrichtung zu reorganisieren, und die einzelnen Arbeiter- und Bauernfakultäten sind den entsprechenden Technischen Hochschulen anzugliedern. Es wird festgelegt, daß in die industriell-technischen Arbeiter- und Bauernfakultäten 90 Prozent Arbeiter und Arbeiterinnen aufzunehmen sind, in die landwirtschaftlichen mindestens 75 Prozent Arbeiter, Landarbeiter, Angehörige der Dorfarmut und Kollektivbauern. Das Netz der Arbeiter- und Bauernfakultäten ist zu erweitern und die Gesamtzahl der an ihnen Studierenden entsprechend dem Fünfjahrplan für die Kompletierung der Technischen Hochschulen zu vergrößern.

3. Das ZK stellt fest, daß die Beschlüsse des Juli-Plenums des ZK, die besagen, daß die Absolventen der Schulen der II. Stufe besser auf das Studium vorbereitet werden sollen, nur schwach verwirklicht wurden, und es empfiehlt, in dieser Angelegenheit einen entscheidenden Umschwung herbeizuführen und die Auffüllung der Technischen Hochschulen durch Absolventen der Schulen der II. Stufe vor allem durch Kinder von Arbeitern, Landarbeitern, Kleinbauern und der Kollektiv-

bauern zu gewährleisten. Dementsprechend müssen die Lehrpläne der Schulen der II. Stufe überprüft, das System der Ausbildung, die soziale Zusammensetzung der Schüler und ihre materielle Lage verbessert werden (besonders in den Schulen der Arbeiterrays).

Die Schulen der Bauernjugend, die hauptsächlich Kader für die praktische Arbeit in der Landwirtschaft ausbilden, müssen gleichzeitig ein Reservoir sein, aus dem die landwirtschaftlichen Techniken und Hochschulen mit Studenten aus der Landarbeiter-, Kleinbauern- und Mittelbauernjugend aufgefüllt werden.

4. Da anerkannt werden muß, daß sich der Versuch mit der Entsendung der "1 000" zum Studium bewährt hat, sind deshalb im Jahre 1930/31 mindestens 2 000 und im folgenden Jahr mindestens 3 000 für die Technischen Hochschulen zu werben. Auf die landwirtschaftlichen Technischen Hochschulen sind im Jahre 1930 1 000 und 1931 2 000 zu schicken. Die Fraktion des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion soll eine systematische allgemeinbildende Ausbildung von kommunistischen und parteilosen Arbeitern (auf Kosten der Gewerkschaften) organisieren, die auf technischem Gebiet besondere Initiative gezeigt haben. In den nächsten zwei Jahren sind auf diese Weise folgende Kader für die Technischen Hochschulen auszubilden: 1929/30 : 3 000, 1930/31 : 5 000 qualifizierte Arbeiter; für das Studium an den landwirtschaftlichen Hochschulen 2 000 Land- und Forstarbeiter, wobei diese in die Technischen Hochschulen und Hochschulen eintretenden Kader aus den Mitteln der entsprechenden Wirtschaftsorgane Zuschüsse über die gewöhnlichen Stipendien hinaus erhalten müssen, ähnlich wie die "1 000".

Das Netz der Kurse zur Vorbereitung von Arbeitern und Landarbeitern auf die Technischen Hochschulen und landwirtschaftlichen Hochschulen ist zu erweitern.

Das ZK des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion wird verpflichtet, jährlich bis zu 5 000 Jugendliche für die Technischen Hochschulen und Techniken heranzubilden.

Die Politische Verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee hat jährlich mindestens 3 000 demobilisierte Arbeiter und Bauern für die Technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen sowie für die Techniken heranzubilden. Gleichzeitig ist es notwendig, ein System für das Fernstudium zur Erlangung der mittleren und höheren technischen Ausbildung, ein System für das Studium der Arbeiter, Landarbeiter u.a. auszuarbeiten.

VI. Die politische und gewerkschaftliche Arbeit unter den Spezialisten

1. Das ZK stellt fest, daß der Beschluß des April-Plenums (1928) in bezug auf die Verstärkung der Arbeit unter den Spezialisten, ihre systematische Überprüfung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die gewissenhaft arbeitenden unter ihnen äußerst mangelhaft durchgeführt worden ist und noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit der Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen gefunden hat. Die wichtigste Rolle in dieser Beziehung müssen die Gewerkschaftsorganisationen und ihre ingenieur-technischen Sektionen spielen.

Das ZK empfiehlt der Fraktion des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeit der ingenieur-technischen Sektionen und der entsprechenden Zentralkomitees der Gewerkschaften zu verbessern, sowohl was die Verbesserung der materiellen Lage der Spezialisten betrifft als auch in bezug auf die Verstärkung der politischen und erzieherischen Arbeit unter ihnen und ihre Unterstützung bei der Hebung ihrer technischen Qualifikation und Weiterbildung (organisieren von Lektionen, Referaten, Bibliotheken u.dgl.m. gemeinsam mit den entsprechenden Wirtschaftsorganen). Besondere Aufmerksamkeit muß darauf gerichtet werden, daß das ingenieur-technische Personal wirklich und möglichst stark zur aktiven Arbeit an der Verbesserung der Produktion und Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs herangezogen wird.

2. Die Parteiorganisationen müssen, während sie einerseits im entschlossenen Kampf gegen die offen feindlichen Gruppen

von Spezialisten eine feste proletarische Linie verfolgen, für die Hauptmasse der Spezialisten, die ehrlich und gewissenhaft ihre Arbeit verrichten, die allergünstigsten Bedingungen schaffen. Die Parteiorganisationen müssen zwei Extreme vermeiden: einerseits das blinde Vertrauen zu offen feindlichen Spezialisten, andererseits ein allgemeines Mißtrauen gegenüber loyalen Spezialisten, das in einzelnen Fällen den Charakter der Spezialistenfresserei annimmt.

3. Die Wirtschaftsorganisationen müssen den Spezialisten bei der Anleitung ihrer täglichen Arbeit die Möglichkeit geben, kühne Initiative in der Produktion zu entwickeln und gleichzeitig gegen die bei einzelnen Gruppen von Spezialisten, sowohl alten als auch neuen, vorhandene Erscheinung kämpfen, daß sie ihre Arbeit nur formal-bürokratisch, innerlich unbeteteiligt erledigen und bestrebt sind, sich vor der Verantwortung zu drücken.

4. Der Einsatz der Spezialisten ist zu verbessern, die fähigsten und hervorragendsten sowohl aus den Reihen der neuen als auch der alten Fachleute müssen befördert werden, wobei man aber nicht zulassen darf, daß die neuen, jungen proletarischen Spezialisten verdrängt werden. Es ist notwendig, die außerordentliche Fluktuation und den häufigen Übergang der Fachleute von einem Betrieb in den anderen entschieden zu unterbinden. Es sind planmäßig technische Kräfte aus den Trusten in die Betriebe zu versetzen, und zwar sind entsprechend den örtlichen Bedürfnissen und Anforderungen insbesondere junge Spezialisten nach Beendigung der Technischen Hochschulen in die unteren produktions-technischen Stellungen zu schicken. Studenten, die vom Staat und den Wirtschaftsorganisationen eine systematische materielle Hilfe erhalten (Stipendien u.dgl.), sind verpflichtet, nach Beendigung der Hochschule auf Weisung der Staats- und Wirtschaftsorgane entsprechend den Bedürfnissen der verschiedenen Rayons und Zweige der Volkswirtschaft während einer bestimmten Frist in bestimmten Rayons zu arbeiten.

VII. Die leitenden Wirtschaftskader

1. Obwohl das ZK in bezug auf die Festigung der leitenden

Kader der Industrie bedeutende Erfolge feststellt, hält es dennoch diese Erfolge für völlig ungenügend im Verhältnis zu den Anforderungen, die die gegenwärtige Periode der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft an die Kader stellt, und es empfiehlt, entschlossener aus den Reihen der Absolventen der Technischen Hochschulen und Techniken neue Kader von Organisatoren auf Kommandoposten zu befördern, besonders auch Arbeiter, die sich in den Produktionsberatungen hervorgetan haben, und aktive Gewerkschaftler. Insbesondere wird die Fraktion des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion beauftragt, 1 500 - 2 000 Gewerkschaftler in wirtschaftliche Funktionen aufrücken zu lassen.

Das Plenum des ZK billigt die Maßnahmen zur Hebung des kulturellen Niveaus und der technisch-ökonomischen Ausbildung der leitenden Kader von Organisatoren der Industrie, die vom Zentralkomitee und den Industrieorganen durchgeführt werden (Industrieakademie, Kurse zur Weiterbildung u.dgl.) und schlägt vor, dieses System zu erweitern, es auf das Verkehrswesen, die Landwirtschaft, den Handel, das Finanzwesen usw. auszudehnen und insbesondere örtliche Filialen der Industrieakademie mit größerer Spezialisierung in den wichtigsten Industriezweigen (Erdöl, Kohle u.dgl.m.) einzurichten. Es ist ein umfangreiches Netz ständig laufender kurzfristiger Kurse von 6 Monaten bis zu einem Jahr Studiedauer speziell für die Qualifizierung leitender Wirtschaftskader zu organisieren, denen man nicht die Möglichkeit zu einem längeren Studium bieten kann. Daneben ist die Möglichkeit des Fernstudiums zu schaffen.

2. Das ZK unterstreicht, daß neben der Überwindung der Vetternwirtschaft und dem Kampf gegen das bewußte Verheimlichen von Mängeln und Fehlern Verhältnisse geschaffen werden müssen, die den leitenden Kadern eine fruchtbare und vertiefte Arbeit in der Produktion erlauben und sie entschieden von allen Arbeiten entlasten, die nicht mit dem wirtschaftlichen oder politischen Leben der Betriebe und Institutionen verbunden sind. Die häufige Versetzung von Mitarbeitern ist zu unterbinden und ihnen eine ununterbrochene

ne Arbeit von 3 - 4 Jahren an einem Ort zu gewährleisten.

3. Das ZK hebt besonders die äußerst ungünstige Lage in bezug auf die leitenden Kader in der Landwirtschaft hervor, von denen ein bedeutender Teil nicht die Gewähr für die Verwirklichung der gewaltigen Aufgaben bietet, die von der Partei hinsichtlich des Aufschwungs und der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft gestellt sind, und zwar nicht nur im Hinblick auf ihre fachlichen Qualitäten, sondern auch im Sinne der Durchführung der Parteilinie. Das ZK beauftragt das Politbüro, eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung und Festigung der leitenden Kader der Landwirtschaft festzulegen. Insbesondere sind mindestens 1 000 verantwortliche Funktionäre aus der Partei, - Gewerkschafts- und Wirtschaftsarbeit speziell für die leitende Arbeit in der Landwirtschaft auszuwählen.

4. Gleichzeitig beauftragt das ZK das Orgbüro, eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung und Verstärkung der leitenden Funktionäre im System der Finanz- und Handelsorganisationen auszuarbeiten. Insbesondere ist eine spezielle Ausbildung und Höherqualifizierung der Funktionäre für die Arbeit im Ausland einzurichten.

5. Das ZK empfiehlt, die Auswahl und Verteilung der vorhandenen Kader, die Entwicklung neuer Kader und die Verwendung der Absolventen der technischen Hochschulen entschieden zu verbessern. Es ist notwendig, die Arbeit der bestehenden behördlichen Stellen für den Kadereinsatz (des Obersten Volkswirtschaftsrats, des Volkskommissariats für Verkehrswesen u.a.) grundlegend zu verbessern und sie zu wirklich autoritativen und arbeitsfähigen Organen zu machen, welche die äußerst wichtige Aufgabe erfüllen, die vorhandenen Kader statistisch zu erfassen und rationell zu verwenden.

Es ist notwendig, die formale und mechanische Behandlung der Auswahl und Verteilung der Kader entschieden zu unterbinden und diese Auswahl und Verteilung nur auf der Grundlage eines sorgfältigen Studiums der Funktionäre und der Einschätzung ihrer Arbeit vorzunehmen. Die Organisations-

und Einsatzstelle des ZK darf ihrerseits in der Anleitung dieser Arbeit nicht nur nicht nachlassen, sondern muß die Arbeit an der richtigen Auswahl, Ausbildung und Verteilung der Kader verstärken.

Die Parteiorganisationen müssen die heranwachsenden neuen Kader aus den Reihen der Arbeiter, Landarbeiter, Kleinbauern, Frauen und Jugendlichen in leitende Wirtschafts- und Staatsfunktionen einsetzen und das Bildungsniveau dieser Kader systematisch heben.

Die gewaltigen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus erfordern einen grundlegenden Umschwung in der gesamten Arbeit zur Versorgung der schnell wachsenden Industrie und der sich entfaltenden Großlandwirtschaft nicht nur mit leitenden und technischen Kadern (höheren und mittleren), sondern auch mit unterem Leitungspersonal (Meister usw.) und mit qualifizierten Arbeitskräften. Es muß energisch Schluß gemacht werden mit der Handwerkerlei und Unorganisiertheit auf diesem Gebiet. Der Schwung in der Ausbildung von Kadern, vom Ingenieur bis zum qualifizierten Arbeiter, muß dem allgemeinen Schwung des sozialistischen Aufbaus entsprechen. Dem entsprechend muß erreicht werden, daß die Industriebetriebe und Sowjetwirtschaften, und zwar besonders diejenigen, welche technisch gut ausgerüstet sind, zu einer Art Schule zur Massenausbildung und -weiterbildung von qualifizierten Kadern von Arbeitern, Meistern, Technikern und Ingenieuren werden.

Das ZK empfiehlt allen Partei-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen, die Erfüllung dieser äußerst wichtigen Aufgabe in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen und die Aktivität der breiten Proletariermassen hierfür zu wecken.

Über die bisherigen Ergebnisse und die weiteren Aufgaben im kollektivwirtschaftlichen Aufbau

(Resolution, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 17. November 1929)

I.

1. Der XV. Parteitag bezeichnete als grundlegende Aufgabe

der Partei auf dem Lande "den allmählichen Übergang der zersplitterten bäuerlichen Wirtschaften zur Großproduktion". Während der letzten zwei Jahre erreichte die Partei in der Verwirklichung dieser Direktive des XV. Parteitages gewaltige Erfolge.

Die UdSSR ist in die Periode der voll entfalteteten sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und des Aufbaus der sozialistischen Großlandwirtschaft eingetreten.

Auf der Grundlage der Entfaltung des Produktionsbündnisses und der Anwendung des Vertragssystems in größtem Maßstab wächst die Vergenossenschaftung der Bauernwirtschaften auf dem Gebiet der Produktion. Diese Vergenossenschaftung geht immer mehr auf eine höhere Stufe über und wächst in die Kollektivwirtschaftsbewegung hinüber. Nach den Kleinbauern ist auch die Masse der Mittelbauern in die Kollektivwirtschaften eingetreten. Mit der Einbeziehung der Millionenmassen des Dorfes gewinnt die Kollektivwirtschaftsbewegung entscheidende Bedeutung für die Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplanes.

Wenn man die Bilanz des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus zieht, muß folgendes hervorgehoben werden: die schnell wachsende Zahl der von den Kollektivwirtschaften erfaßten Bauernwirtschaften; die Verwirklichung neuer Organisationsformen und -methoden der Kollektivierung, besonders auf der Grundlage der Erfahrungen der Maschinen-Traktoren-Stationen; der Aufbau von Großkollektivwirtschaften und die Verstärkung ihrer Rolle; die Erfassung ganzer Dörfer durch die Kollektivwirtschaften; der Übergang zur durchgängigen Kollektivierung von Rayons und Bezirken. Die Kollektivwirtschaftsbewegung stellt die Aufgabe der durchgängigen Kollektivierung schon für einige Gebiete. Diese so bedeutenden Erfolge der Kollektivwirtschaftsbewegung sind das unmittelbare Ergebnis der konsequenten Durchführung der Generallinie der Partei, die die Gewähr geschaffen hat für ein mächtiges Wachstum der Industrie, für die Verwirklichung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Hauptmassen der Bauernschaft, für die Entwicklung eines genossenschaftlichen öffentlichen Lebens,

für eine verstärkte politische Aktivität der Massen und das Wachstum der materiellen und kulturellen Hilfsquellen des proletarischen Staates.

Zugleich stellt das stürmische Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung die Partei vor eine Reihe neuer komplizierter Aufgaben und bringt neue Schwierigkeiten und Mängel des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus an den Tag, von denen gegenwärtig die wichtigsten folgende sind: das niedrige Niveau der technischen Basis der Kollektivwirtschaften, die ungenügende Organisiertheit und die niedrige Arbeitsproduktivität in den Kollektivwirtschaften, der starke Mangel an Kadern von Kollektivwirtschaftlern und das fast völlige Fehlen der notwendigen Spezialisten, die schlechte soziale Zusammensetzung in einem Teil der Kollektivwirtschaften, die ungenügende Anpassung der Formen der Leitung an das Ausmaß der Kollektivwirtschaftsbewegung sowie das Zurückbleiben der leitenden Organe der Kollektivwirtschaftsbewegung hinter dem Tempo und dem Schwung dieser Bewegung und oft ihre direkte Unzulänglichkeit.

2. Die breite Entfaltung der Kollektivwirtschaftsbewegung verläuft unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes auf dem Lande und der Veränderung seiner Formen und Methoden. Neben dem verstärkten direkten und offenen Kampf des Kulakentums gegen die Kollektivierung, der bis zum offenen Terror geht (Mord, Brandstiftung, Schädlingsarbeit), gehen die Kulaken immer häufiger zu getarnten und versteckten Formen des Kampfes und der Ausbeutung über, indem sie in die Kollektivwirtschaften und sogar in die Leitungsorgane der Kollektivwirtschaften eindringen, um sie von innen heraus zu zersetzen und zu sprengen.

Unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes erlangt die konsequente Durchführung der Maßnahmen zum Kampf gegen die Scheinkollektivwirtschaften, die ein Mittel zur Tarnung und eine Waffe der Kulakenelemente des Dorfes darstellen, besondere Bedeutung.

Die Partei muß einerseits den Kampf gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes fortsetzen und verstärken, eine

entschiedene Offensive gegen die Kulaken einleiten, auf jede Weise die Versuche der Kulaken verhindern und unterbinden, in die Kollektivwirtschaften einzudringen, und sie muß gleichzeitig hartnäckig und systematisch daran arbeiten, einen festen Kern aus Landarbeitern und Kleinbauern in den Kollektivwirtschaften zusammenzuschweißen. Das ist um so notwendiger, als in den Kollektivwirtschaften selbst, besonders in den Kollektivwirtschaften des einfachsten Typs, noch stark die Gefahr des Einflusses von Kulaken besteht, weil in ihnen noch längst nicht alle Produktionsmittel vergesellschaftet und überhaupt die Kleineigentümerinteressen noch stark sind. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, die vergesellschafteten Fonds der Kollektivwirtschaften als Grundlage für das Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung mit allen Mitteln zu festigen und die feste Verbindung der Kollektivwirtschaften mit dem gesamten System der Sowjetwirtschaft zu verwirklichen.

Die wichtigste Aufgabe der Parteiorganisationen besteht darin, die Beteiligung und den führenden Einfluß der proletarischen Elemente der Stadt, der proletarischen und halbproletarischen Schichten des Dorfes an der Kollektivwirtschaftsbewegung in jeder Weise zu verstärken. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, Gruppen von Landarbeitern und Kleinbauern in den einfachsten produktionsgenossenschaftlichen Vereinigungen und in den Grundformen der Kollektivwirtschaften (Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung) zu organisieren.

3. Das erreichte Ausmaß des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus hat alle Voraussagen der Pläne übertroffen und zeigt immer eindrucksvoller das unerhört beschleunigte Entwicklungstempo des sozialistischen Aufbaus, das Lenin voraussah.

Die Partei löst mit immer größerem Erfolg die Aufgaben, die mit dem Aufbau einer vergesellschafteten Großlandwirtschaft verbunden sind und entlarvt damit das kapitulantenhafte Wesen der Ansichten der rechten Opportunisten, die gegen die Politik der Partei auf dem Gebiet der Kollektivierung der Landwirtschaft gerichtet sind.

Die Partei und die Arbeiterklasse haben in unablässigem Kampf gegen die opportunistischen Elemente und das Versöhnertum ihnen gegenüber in den eigenen Reihen und durch die Entfaltung einer energischen Offensive gegen die der proletarischen Diktatur feindlichen Klassenkräfte die Massen der Klein- und Mittelbauern auf dem Wege der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft entschlossen vorwärtageführt.

Entgegen den verlogenen "Theorien" der Führer der rechten Opposition über die "Degradation" der Landwirtschaft haben wir in Wirklichkeit ein beschleunigtes Wachstum der Produktivkräfte in der Landwirtschaft, für das die schnelle Entwicklung des vergesellschafteten Sektors und der große Massen erfassende Aufschwung der individuellen Klein- und Mittelbauernwirtschaften die Grundlage bildet.

Entgegen den kapitulantenhaften "Theorien" über das "Hineinwachsen" des Kulaken in den Sozialismus, entgegen den panischen Forderungen der rechten Opportunisten, für die kapitalistischen Elemente dem "freien Umsatz" freie Hand zu lassen und das Tempo der Industrialisierung und Vergesellschaftung der Landwirtschaft zu verlangsamen, hält die Partei Kurs auf den entschiedenen Kampf gegen die Kulaken, auf die Ausmerzungen der Wurzeln des Kapitalismus in der Landwirtschaft, auf die äußerst schnelle Vereinigung der individuellen Wirtschaften der Klein- und Mittelbauernwirtschaft zu Großkollektivwirtschaften und auf die Schaffung der Bedingungen für die Entwicklung eines planmäßigen Produktionsaustausches zwischen Stadt und Land, und sie wird diesen Kurs auch weiter verfolgen.

Die Ergebnisse des entfalteten kollektivwirtschaftlichen Aufbaus zeigen die gigantischen unter den Bedingungen der Sowjetordnung begründeten Möglichkeiten für den Aufschwung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft. Es beginnt eine neue historische Etappe der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft durch die Festigung des Produktionsbündnisses des proletarischen Staates mit den Hauptmassen der Klein- und Mittelbauern.

4. Die Hauptschwierigkeit des kollektivwirtschaftlichen

Aufbaus besteht in der gegenwärtigen Periode in der Rückständigkeit der technischen Basis. Eine hochproduktive und wirklich sozialistische Großproduktion in der Landwirtschaft kann nur auf der Grundlage einer modernen maschinellen Technik und der Elektrifizierung geschaffen werden. Deshalb ist die Schaffung der materiellen technischen Basis für die sozialistische Umgestaltung des Dorfes von erstrangiger Bedeutung.

Das Plenum des ZK billigt den Beschluß des Politbüros über die Erweiterung des Planes für den Traktoren- und Maschinenbau, über die unverzügliche Inangriffnahme des Baus zweier neuer Traktorenwerke mit einer Produktionskapazität von je 50 000 Traktoren (Raupentraktoren), des Baues zweier Kombi-
werke, der Erweiterung der Fabriken für komplizierte landwirtschaftliche Maschinen, der chemischen Industrie usw. Außerdem ist es notwendig, den Bau von Kraftwerken und Elektromaschinen für die Landwirtschaft und für die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu entfalten. Die größtmögliche Entfaltung dieser Bautätigkeit wird die notwendige technische Basis für die sozialistische Großlandwirtschaft schaffen sowie die notwendigen Voraussetzungen für die Verwirklichung einer grundlegenden technischen Revolution in der Landwirtschaft und für ihre Vergesellschaftung. Das Plenum des ZK hält es für notwendig, für die Finanzierung dieser Bauten Mittel der bäuerlichen Bevölkerung heranzuziehen, insbesondere dadurch, daß die Traktorenwerke und die Werke für komplizierte landwirtschaftliche Maschinen unmittelbar von den einzelnen Kollektivwirtschaften und ihren Vereinigungen Vorbestellungen und Anzahlungen auf Traktoren, Kombines und komplizierte landwirtschaftliche Maschinen annehmen. In den Kollektivwirtschaften muß eine breite Kampagne für die Bildung eines besonderen Exportfonds zwecks Ankauf von importierten Traktoren entfaltet werden.

Unter den heutigen Bedingungen, während sich der kollektivwirtschaftliche Aufbau als Massenbewegung entfaltet, muß immer größere Aufmerksamkeit auf die Schaffung maschinisierter Großkollektivwirtschaften gerichtet werden, die bei ihrer technischen Organisation die Erfahrungen der Sowjetwirtschaft-

ten ausnutzen müssen und sich allmählich in wirklich sozialistische Betriebe verwandeln, die auf der Grundlage der modernen maschinellen Technik und der neuesten wissenschaftlichen Errungenschaften aufgebaut sind.

Besonders große Bedeutung für den Aufbau von Großkollektivwirtschaften haben die Maschinen-Traktoren-Stationen für mehrere Dörfer. Da die Maschinen-Traktoren-Stationen umfangreiche Möglichkeiten schaffen, die Vorzüge der modernen Technik in den Bauernwirtschaften auszunutzen, müssen sie zum Zentrum der durchgängigen Kollektivierung ganzer Rayons werden.

Das Plenum des ZK billigt die Schaffung eines Unionszentrums für die Maschinen-Traktoren-Stationen (Traktorenzentrum) und seine Einbeziehung in das allgemeine System des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus (Unionszentrum der Kollektivwirtschaften) als eines besonderen autonomen Zentrums.

Da ein großer Prozentsatz der Bauernwirtschaften kein Inventar besitzt und es sehr an Traktoren und komplizierten Maschinen fehlt, besteht die wichtigste Aufgabe des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus in der gegenwärtigen Periode darin, nicht nur die höheren Formen der Kollektivierung auf der Grundlage der modernen Technik zu entwickeln, sondern daneben auch den Millionen Bauernwirtschaften dabei zu helfen, auch die einfacheren Produktionsmittel im Rahmen der einfachsten Kollektivwirtschaften und produktionsgenossenschaftlichen Vereinigungen mit höherem Nutzeffekt anzuwenden. Eine wichtige Rolle obliegt den Verbandsorganisationen der Kollektivwirtschaften, die auf Initiative der Kollektivwirtschaften selbst geschaffen wurden und die sich in der Praxis des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus völlig bewährt haben. Die Verbandsorganisationen organisieren die gemeinsame Nutzung der komplizierten Maschinen und der Traktoren in den kleinen Kollektivwirtschaften, vereinigen die kleinen Kollektivwirtschaften zum gemeinsamen Aufbau von Betrieben, Traktorenkolonnen und großen Maschinenstationen mit Pferde- oder gemischter Zugkraft (insbesondere durch Reorganisation der vorhandenen Ausleihstationen). Sie müssen zu Produktionszentren werden, welche die notwendigen materiellen und

technischen Voraussetzungen für die Festigung der kleinen Kollektivwirtschaften und für den Anschluß von Massen der umliegenden Bauernwirtschaften gewährleisten.

Auf diese Weise muß sich der Aufbau der Großkollektivwirtschaften auf verschiedenartigen Wegen vollziehen, in verschiedenen Formen, unter ständiger Verstärkung des organisierenden Einflusses der sozialistischen Industrie und der großen Sowjetwirtschaften und unter Leitung des proletarischen Staates.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, unter Berücksichtigung dessen, wie kompliziert und mannigfaltig die Wege des Übergangs von Dutzenden Millionen Bauernwirtschaften zur sozialistischen Großlandwirtschaft sind, in stärkstem Maße die Initiative und selbständige Tätigkeit der Massen beim kollektivwirtschaftlichen Aufbau zur Entfaltung zu bringen, dabei die Leitung der Kollektivwirtschaftsbewegung durch die Partei zu verstärken und neue Formen zu entwickeln, in denen die Arbeiterklasse die Verbindung mit den Hauptmassen des Dorfes pflegt und ihr bei der Umgestaltung der Landwirtschaft hilft. Hierbei muß auch die Rolle der staatlichen Organe, in erster Linie der Bodenorgane, bei der Leitung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus bedeutend verstärkt werden.

5. Ein Hauptmangel der Kollektivwirtschaftsbewegung ist die verhältnismäßig niedrige Arbeitsproduktivität, die ungenügende Arbeitsdisziplin und die Tatsache, daß es die leitenden Organe der Kollektivwirtschaftsbewegung an der nötigen Aufmerksamkeit für die Arbeitsorganisation in den Kollektivwirtschaften fehlen lassen. Deshalb ist in jeder Kollektivwirtschaft ein hartnäckiger und systematischer Kampf für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, für die Steigerung der Ernteerträge und die Vergrößerung der Warenproduktion notwendig.

Zu diesem Zweck muß vor allem ein entschiedener Umschwung erzielt werden hinsichtlich der Hebung der Arbeitsdisziplin in den Kollektivwirtschaften, und die Grundlage hierfür muß ein wirklich bewußtes Verhältnis der Mitglieder der Kollektivwirtschaften zu ihren Verpflichtungen sein. Dabei muß das Prinzip der Verantwortung für die Durchführung der übertrage-

nen Arbeit beachtet und dafür gesorgt werden, daß jeder Kollektivbauer persönlich an der Hebung der Arbeitsproduktivität materiell interessiert ist (Stücklohn, Arbeitsleistungsnormen, Prämiensystem u.dgl.). Zwecks Hebung der Arbeitsproduktivität muß man im stärksten Maße die Methoden des sozialistischen Wettbewerbs anwenden, die Arbeit der Produktionsberatungen entwickeln und die Selbstkritik breit entfalten. Eine wesentliche Frage bei der Festigung der Kollektivwirtschaften besteht darin, die Wirtschaft so zu organisieren, daß je nach den Bedingungen des Rayons die Arbeitskraft der Kollektivbauern voll eingesetzt wird (Viehzucht, arbeitsintensive Kulturen, Nebenbetriebe, Heimarbeit usw.). Die leitenden Organe der Kollektivwirtschaften müssen das bei der Ausarbeitung der Organisationspläne unbedingt beachten.

6. Die besondere Aufmerksamkeit der Partei, der Sowjets und des Kollektivwirtschaftssystems muß auf das Kaderproblem gerichtet sein. Die Kollektivwirtschaftsbewegung hat solche Ausmaße angenommen, daß das gesamte System, die Pläne und Methoden der Ausbildung von Organistoren, Agronomen, Ingenieuren, Bodenrationalisatoren, Technikern, Buchhaltern und Rechnungsführern usw. für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau entschlossen und revolutionär umgestaltet werden muß. Man muß die Gewähr schaffen, daß sich der Anteil der Kollektivbauern, besonders der Landarbeiter und Kleinbauern, bei der Neuaufnahme in die Hochschulen und Techniken entschieden erhöht.

Das Plenum des ZK hält es für notwendig, beim Kollektivwirtschaftszentrum eine Zentralschule zur Ausbildung von Organistoren für Großkollektivwirtschaften einzurichten.

Daneben muß in großem Maßstab die Ausbildung von Kollektivwirtschaftskadern in den Sowjet- und Großkollektivwirtschaften organisiert werden, die als Massenschule für die Praktiker und Erbauer der Großwirtschaft dienen sollen, welche am Beispiel der Arbeit in den Sowjet- und Kollektivwirtschaften die Anwendung der vollkommensten Maschinen, neuer Organisationsformen der landwirtschaftlichen Produktion und Arbeit, verbesserter agrotechnischer Verfahren, die Ausnutzung der

Chemie usw. studieren.

Ein mächtiges Reservoir, aus dem leitende Kader von Erbauern der sozialistischen Landwirtschaft gewonnen werden müssen, stellen die Industriearbeiter dar. Das ZK hält es für notwendig, neben der systematischen Festigung der Kollektivwirtschaftsbewegung durch leitende Parteifunktionäre während der nächsten Monate mindestens 25 000 Arbeiter mit ausreichender organisatorischer und politischer Erfahrung aufs Land zur Arbeit in die Kollektivwirtschaften, Maschinen-Traktoren-Stationen, Verbandsorganisationen der Kollektivwirtschaften usw. zu schicken. An der Auswahl dieser Arbeiter müssen sich die Gewerkschaften äußerst aktiv beteiligen und die fortgeschrittensten Arbeiter dafür bestimmen.

Der kollektivwirtschaftliche Aufbau ist undenkbar ohne die verstärkte Hebung des kulturellen Niveaus der in Kollektivwirtschaften zusammengeschlossenen Bevölkerung. Die Sowjetorgane, das Kollektivwirtschaftssystem selbst, die landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften und die gesamte sowjetische Öffentlichkeit müssen eine breit angelegte Arbeit zur kulturellen Betreuung der in Kollektivwirtschaften zusammengeschlossenen Bevölkerung entfalten, in erster Linie in den Großkollektivwirtschaften und in den Rayons mit durchgehender Kollektivierung. Die verstärkte Tätigkeit von Gesellschaften für die Liquidierung des Analphabetentums, für das Bibliothekswesen, für Kollektivwirtschaftskurse und für das Fernstudium verschiedener Art, eine möglichst weitgehende Erfassung der Kinder durch die Schulen, die Verstärkung der kulturellen und politischen Arbeit unter den Frauen, die breite Entfaltung des Schulwesens für die bäuerliche Jugend, die Verbreitung von landwirtschaftlichen Kenntnissen für die Massen, die Verbesserung der sozialen und materiellen Betreuung der Kollektivwirtschaftsbauern, insbesondere der Frauen (Einrichtung von Krippen, Gemeinschaftsküchen u.dgl.), sind notwendige Bedingungen für die erfolgreiche Entwicklung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus. Besonders wichtig ist auch die Schaffung von Kulturzentren der MTS, die sich auf mehrere Dörfer erstreckt. Die Konsumgenossenschaften müssen

sich an dieser Arbeit äußerst aktiv beteiligen. Besondere Aufmerksamkeit muß dem Radio und dem Kino geschenkt werden sowie auch der Organisierung des Nachrichtenwesens (Telefon, Post) und der Entwicklung des Straßenbaus in den Kollektivwirtschaften. Die Versorgung der Kollektivwirtschaften mit allgemeinen und Fachzeitungen und -zeitschriften muß bedeutend verstärkt werden.

7. Die Entfaltung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus als Massenbewegung und sein dauerhafter Erfolg sind nicht möglich, ohne daß die vergesellschafteten Fonds der Kollektivwirtschaftsbewegung systematisch gefestigt werden und sehr stark wachsen. Das Wachstum und die Festigung der vergesellschafteten Fonds und im Zusammenhang damit auch der unteilbaren Fonds der Kollektivwirtschaften ist die Grundlage für die Schaffung der in den Kollektivwirtschaften notwendigen Produktionsmittel. Die weitestgehende Vergrößerung dieser Produktionsbasis der Kollektivwirtschaften und der Kampf gegen die Verschleuderung des Inventars (des lebenden und des toten) durch die neu in die Kollektivwirtschaften eintretenden Mitglieder sind notwendige Bedingungen für die Entfaltung der Kollektivwirtschaftsbewegung. Man muß es zur Regel machen, daß den Kollektivwirtschaften nur dann staatliche Hilfe erwiesen wird, wenn die Einlagen wachsen, welche die Kollektivbauernschaft selbst in die Kollektivwirtschaften einbringt und besonders, wenn die Kollektivwirtschaften die in den Statuten und Verträgen aufgestellten Forderungen in bezug auf die Akkumulation der innerkollektivwirtschaftlichen Fonds erfüllen. Man muß diese Regel streng und entschieden einhalten. Diesem Ziel müssen folgende Maßnahmen dienen: die Festlegung obligatorischer Abzüge zugunsten der unteilbaren Fonds der Kollektivwirtschaften, die Einbringung der Anteile und die Organisierung spezieller Fonds für besondere Zwecke (Sammlung von Anzahlungen für den Ankauf von Traktoren, für die Einrichtung von Industriebetrieben, die Bildung eines speziellen Exportfonds für die Vergrößerung des Imports an Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen usw.).

8. Eine der Formen, mit denen der proletarische Staat die Produktion und Wirtschaft der Kollektivwirtschaften reguliert,

muß der Abschluß von Kontrahierungsverträgen mit den Kollektivwirtschaften sein, welche die Aufgabe haben, die Warenproduktion der Kollektivwirtschaften zu erhöhen und zu gewährleisten, daß diese ihre Warenüberschüsse planmäßig an den Staat abliefern, und zwar auf der Grundlage, daß die Produktion in den Kollektivwirtschaften verbessert wird und die Elemente der Vergesellschaftung in ihnen weiterentwickelt werden.

Die Kreditgewährung und die Versorgung der Kollektivwirtschaften mit Produktionsmitteln, ihre agro- und zootechnische Betreuung müssen zu Bedingungen erfolgen, die vorsehen, daß die Kollektivwirtschaften verpflichtet sind, ihre Warenproduktion zu bestimmten Terminen und in dem durch die Verträge festgelegten Ausmaß zu liefern, und zwar sowohl an Getreide als auch an Erträgen aus der Viehzucht, der Geflügelzucht, der Rohstoff- und Spezialkulturen usw., je nach der Art ihrer Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang muß ein entschiedener Kampf gegen die Kollektivwirtschaften geführt werden, die ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat nicht erfüllen, sondern vorziehen, die Überschüsse ihrer Produktion an Private zu verkaufen.

9. Man muß der Kollektivwirtschaftsbewegung, die sich hauptsächlich in der Richtung entwickelt, daß die verschiedenen Arten der Getreidewirtschaft kollektiviert werden, die Aufgabe stellen, die Vergesellschaftung der übrigen Zweige der Landwirtschaft in jeder Weise zu beschleunigen. Die Grundlage für diese Vergesellschaftung muß die Spezialisierung der Kollektivwirtschaften entsprechend der landwirtschaftlichen Rayoneinteilung bilden.

Das Plenum des ZK betont, daß die Arbeit des Kollektivwirtschaftssystems auf diesem Gebiet ungenügend ist, daß die speziellen Zentren der landwirtschaftlichen Genossenschaften dieser außerordentlich wichtigen Aufgabe zuwenig Aufmerksamkeit widmen und hält es für notwendig, die Entfaltung des Aufbaus spezieller Viehzucht-, Milch-, Getreide- und Gemüsekollektivwirtschaften, solcher für gewerbliche Nutzpflanzen zu forcieren, welche die wichtigste Basis für die Deckung des wachsenden Bedarfs des Landes an Lebensmitteln, Rohstoffen

und Exportgütern werden müssen.

Der kollektivwirtschaftliche Aufbau, der ein untrennbarer Bestandteil des einheitlichen Genossenschaftsplans Lenins und die höchste Form der Vergesellschaftung ist, kann sich nur erfolgreich entwickeln, wenn er sich auf das ganze System der landwirtschaftlichen Genossenschaften stützt, das von der Absatz- und Verbrauchergenossenschaft und den einfachsten Formen der Produktionsgemeinschaften mehr und mehr in die Kollektivwirtschaftsbewegung hinüberwächst. Eine sehr wichtige organisatorische Aufgabe ist deshalb die Festlegung richtiger Wechselbeziehungen zwischen dem Kollektivwirtschaftssystem und den speziellen Systemen der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Das Plenum des ZK hält es für notwendig, daß nicht nur die materielle und technische Basis der Spezialsysteme der landwirtschaftlichen Genossenschaften organisatorisch gefestigt und verstärkt wird, sondern daß man daneben auch bei den wichtigsten Spezialzentren und speziellen Vereinigungen der örtlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften, entsprechend der im Einverständnis mit dem Kollektivwirtschaftszentrum getroffenen Regelung, autonome Sektionen der Kollektivwirtschaften organisiert, die sich unmittelbar auf die Kollektivwirtschaften und ihre Vereinigungen (Verbände) stützen und ihre organisatorische und operative Betreuung übernehmen. Die Spezialzentren der landwirtschaftlichen Genossenschaften müssen den Aufbau der Kollektivwirtschaften in den von ihnen betreuten Zweigen der Landwirtschaft verwirklichen unter unmittelbarer Leitung der Kollektivwirtschaftszentren und -verbände und in enger Koordinierung mit den entsprechenden Industriezweigen. Unter Berücksichtigung dessen, daß der kollektivwirtschaftliche Aufbau schnell wächst, daß die Anleitung dieses Aufbaus verstärkt und daß ihm technische Hilfe gewährt werden muß (insbesondere durch den Bau von Betrieben für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte), hält das Plenum des ZK es für zweckmäßig, beim Kollektivwirtschaftszentrum und einigen besonders großen gebietsweisen Kollektivwirtschaftsvereinigungen spezielle Organisationen für die Befriedigung des Bedarfs der Kollektivwirtschaften an Neubauten zu organisieren ("Kolchosstroi").

Besondere Bedeutung erlangt gegenwärtig die Arbeit des Bundes der Vereinigungen landwirtschaftlicher Genossenschaften als Zentrum, welches das ganze landwirtschaftliche Genossenschaftswesen einschließlich des Kollektivwirtschaftssystems vereinigt.

10. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß auch in den nationalen Rayons, wo im Dorfe (Aul) feudale Überreste und die der Gentilordnung noch stark sind, wo der Übergangsprozeß von der Nomaden- und Halbnomadenwirtschaft zum Selbstwerden und zur landwirtschaftlichen Erschließung des Bodens vor sich geht, die Kollektivierung mit der Einführung einer fortschrittlichen maschinellen Technik in der Landwirtschaft entscheidend dazu beiträgt, das materielle und kulturelle Niveau der Massen zu heben und sie zum sozialistischen Aufbau heranzuziehen.

Das Plenum empfiehlt dem Kollektivwirtschaftszentrum und den Organisationen für die Versorgung der Maschinen, der Kollektivierung in den nationalen Rayons des Ostens die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und sie mit allen Mitteln zu fördern.

11. Die Sowjetwirtschaften, die landwirtschaftliche Betriebe von konsequent sozialistischem Typ sind, müssen in ihrer praktischen Arbeit in noch größerem Maße als bisher als Beispiel dafür dienen, wie die Großproduktion organisiert und die hochentwickelte Technik in der Landwirtschaft angewandt werden muß. Zugleich müssen diese staatlichen Betriebe (Sowjetwirtschaften), da sie über einen großen materiellen und technischen Apparat verfügen, mit aller Kraft daran arbeiten, daß sie in stärkerem Maße ihre Aufgabe erfüllen und den Übergang der individuellen Bauernwirtschaften zur Kollektivierung fördern.

Man muß die Initiative fördern, eine unmittelbare wirtschaftliche Verbindung zwischen den staatlichen Industriebetrieben (Zuckerraffinerien, Flachsverarbeitungs-, Baumwollreinigungsbetrieben usw.) und den Sowjetwirtschaften einerseits und den umliegenden Kollektivwirtschaften andererseits herzustellen, indem man in allen Fällen, in denen es möglich ist, unter der allgemeinen Leitung dieser Industriebetriebe und Sowjet-

wirtschaften gemischte Vereinigungen von Sowjet- und Kollektivwirtschaften schafft, die einen aufeinander abgestimmten Wirtschaftsplan, eine gemeinsame Basis (Traktorenkolonnen, Reparaturwerkstätten u.dgl.) und gemeinsame Betriebe zur Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Fettverarbeitungsbetriebe, Käsereien, Flachsverarbeitungsbetriebe, Mühlen u.dgl.) besitzen.

II.

12. Im Zusammenhang mit der sich stürmisch entfaltenden Kollektivwirtschaftsbewegung und der vor der Arbeiterklasse und den Bauernmassen stehenden Aufgabe, diese Bewegung auf ein höheres Niveau zu heben, warnt das Plenum des ZK davor, die Schwierigkeiten des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus zu unterschätzen und besonders, diesen Aufbau und die Einschätzung seiner Resultate formal und bürokratisch zu behandeln.

Das Plenum des ZK hält es für die wichtigste Aufgabe der Sowjets, besonders auf dem Lande, die Sorge für die Kollektivierung mit allen Mitteln zu verstärken. Die Aufmerksamkeit der Sowjets muß auf die möglichst vollständige und vorrangige Betreuung der Bevölkerung in den Kollektivwirtschaften gerichtet sein, auf die Verwandlung der Kollektivwirtschaften in Basen für den Aufschwung und die sozialistische Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion und in Basen für die landwirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Maßnahmen der Sowjets. Man muß die führende Rolle der Sowjets in bezug auf die Kollektive verstärken, die Verantwortlichkeit der Sowjets für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau erhöhen, die Rechenschaftslegung der Kollektivwirtschaften vor den Sowjets in ein System bringen, ohne jedoch kleinliche Bevormundung und administrative Einmischung in die Leitung der Kollektive zuzulassen.

In der Arbeit der Gewerkschaften muß die Kollektivierung des Dorfes einen wichtigen Platz einnehmen. Die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Kollektivwirtschaftsbewegung muß dadurch gefestigt werden, daß man entschlossen Arbeiter als Organisatoren und Leiter der Kollektivwirtschaften und des Kollektivwirtschaftssystems in allen seinen Gliedern einsetzt.

Dadurch wird es möglich, die Kollektivwirtschaftsbewegung auf ein höheres Niveau zu heben und ein schneller Übergang zu einer wirklich sozialistischen Landwirtschaft gestattet.

Das Plenum des ZK konstatiert, daß sich bei den Industriearbeitern immer stärker der Wunsch entwickelt, sich aktiv an der Kollektivierung des Dorfes zu beteiligen. Dies kommt zum Ausdruck in der Aufstellung zahlreicher Arbeitsbrigaden und im Einsatz von Initiatoren und Organisatoren des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, in der Teilnahme der Arbeiter an den Produktionsberatungen der Kollektivwirtschaften und in der Durchführung des "Tages der Ernte und Kollektivierung" usw. Diese Masseninitiative der Arbeiter in den Fabriken und Werken muß mit allen Mitteln unterstützt und entwickelt werden, und zwar besonders auf der Grundlage der gegenseitigen Interessiertheit an der Produktion. Die Patengesellschaften müssen ihre Mitarbeit an der Kollektivierung des Dorfes verstärken, neue Gesellschaften zur Förderung der Kollektivierung der Landwirtschaft sind beschleunigt zu organisieren, die Arbeiter müssen sich verstärkt an der Durchführung der Kontrahierung in den Kollektivwirtschaften zwecks Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und der Arbeitszentren mit Lebensmitteln beteiligen, die Praxis, Berichte der Kollektivwirtschaften in den Betrieben entgegenzunehmen und Arbeiterbrigaden in die Kollektivwirtschaften zu entsenden, muß erweitert werden usw.

Das Plenum lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Arbeit zur Heranziehung der Massen der Landarbeiterschaft in die Kollektivwirtschaften in jeder Weise zu verstärken und auf die besondere Rolle, welche die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter in dieser Hinsicht spielen muß. Im Zusammenhang mit den neuen Aufgaben, mit dem gewaltig gewachsenen Elan der Kollektivwirtschaftsbewegung und mit der Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Lande ist es notwendig, die Führung der Kollektivwirtschaftsbewegung durch die Partei in jeder Weise zu festigen. Dazu ist die aktivste Teilnahme aller Parteizellen auf dem Lande am kollektivwirtschaftlichen Aufbau erforderlich sowie die größtmögliche Verstärkung der Hilfe für die Kollektivwirtschaftsbewegung seitens sämtlicher

Parteiorganisationen.

Es muß festgestellt werden, daß die Mitarbeit der Komsomolorganisationen an der Kollektivierung ungenügend ist. Die wichtigste Verpflichtung des Komsomol auf dem Lande besteht darin, in den ersten Reihen der Kollektivwirtschaftsbewegung zu marschieren und aus seiner Mitte systematisch Tausende und aber Tausende von Organisatoren für die Kollektivwirtschaften zu stellen.

Bei der verstärkten Arbeit an der Durchführung der Direktive der XVI. Parteikonferenz, daß die bewußtesten und der Sache des Sozialismus ergebensten Kollektivwirtschaftsmitglieder in den Komsomol und die Kommunistische Partei aufgenommen werden sollen, muß der Organisation und Festigung der Parteizellen in den Großkollektivwirtschaften besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Parteiorganisationen müssen sich tatsächlich an die Spitze der Kollektivwirtschaftsbewegung stellen und durch ihre Leitung gewährleisten, daß sich die Kollektivwirtschaftsbewegung festigt als der wichtigste Weg für die Einbeziehung der breiten Massen der Bauernschaft in den Aufbau des Sozialismus.

+ +
+

Der Umschwung, der in den breitesten Massen der Bauernschaft in bezug auf die Kollektivierung der Landwirtschaft vor sich gegangen ist, muß in der bevorstehenden Kampagne der Frühjahrsbestellung zum Ausgangspunkt einer neuen Vorwärtsbewegung zur Hebung der Klein- und Mittelbauernwirtschaft und in der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes werden. Die Parteiorganisationen müssen an der ganzen Front die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente entfalten, das Produktionsbündnis der sozialistischen Industrie mit der Landwirtschaft stärkstens festigen und rechtzeitig Kräfte für die Durchführung der bevorstehenden Aussaatkampagne mobilisieren. Dabei müssen sie die Aufgabe in den Vordergrund stellen, die Massenvergenossenschaftung auf dem Gebiet der Produktion, die Kollektivierung der Bauernwirtschaften weiterzuentwickeln und den Aufbau der Sowjetwirtschaften

zu entfalten. Der erfolgreiche Verlauf der Getreideerfassung und ihre Beendigung zu Beginn des neuen Jahres macht Kräfte der Partei, der Sowjets und der Genossenschaften frei und schafft günstige Bedingungen für die Durchführung der Bestellungskampagne. Wenn die Partei die Kräfte der Arbeiterklasse mobilisiert und die größte Organisiertheit und Aktivität der Arbeiteröffentlichkeit bei der Vorbereitungsarbeit erreicht, wird sie in der bevorstehenden Aussaatkampagne die entscheidenden Massen der Bauernschaft zusammenschließen und dafür gewinnen, die Aufgaben des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Übergangs zu kollektiven Formen der Landwirtschaft lösen. Nur auf diese Weise, nur dadurch, daß die Arbeiterklasse die Massen der Klein- und Mittelbauernschaft um die Partei und Sowjets vereint, kann sie die Gewähr schaffen, daß die landwirtschaftliche Basis der sozialistischen Industrialisierung des Landes entscheidend gefestigt und damit der gesamte Aufbau des Sozialismus gesichert wird.

Über das Volkskommissariat für Landwirtschaft der UdSSR
(Resolution zum Referat des Gen. Molotow, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 15. November 1929)

1. Das stürmische Wachstum des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft macht es erforderlich, die Methoden der Leitung der landwirtschaftlichen Produktion zu ändern.

Die Wiederherstellungsperiode, die hauptsächlich die Aufgabe der Hebung der individuellen Bauernwirtschaft gelöst hat, wurde durchgeführt und im wesentlichen erfolgreich vollendet von Kräften und im Maßstab der einzelnen Republiken. Dabei haben sich die zentralen Organe der Sowjets gemäß den Direktiven der Kommunistischen Partei darauf beschränkt, die allgemeinen Richtlinien für die rationelle Ausnutzung der Anbauflächen und die Bodenbewirtschaftung festzulegen, einen Plan für die ganze Union anzunehmen und Maßnahmen finanzieller Art zu treffen, besonders in bezug auf die wichtigsten Rohstoffrayons, und außerdem die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen systematisch zu entfalten.

Die vor der Diktatur des Proletariats stehenden Aufgaben, den Aufschwung der Landwirtschaft entschieden zu beschleunigen, sind mit einer an der ganzen Front entfalteten Offensive gegen die kapitalistischen Elemente verbunden und nicht zu verwirklichen ohne die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft und können deshalb nicht mehr mit den früheren Methoden der Leitung gelöst werden. Die unaufschiebbare Notwendigkeit, diese Methoden zu ändern, wird von folgenden Umständen diktiert:

a) Die Kollektivwirtschaftsbewegung hat sich in eine äußerst breite Bewegung der Klein- und Mittelbauernmassen verwandelt und hat den Weg der schnellen Entwicklung von Großkollektivwirtschaften und der durchgängigen Kollektivierung ganzer Rayons und Bezirke beschritten. Dadurch werden mit außerordentlicher Kraft die in der Sowjetordnung liegenden Möglichkeiten des sozialistischen Aufbaus gezeigt. Gleichzeitig hat der Sowjetstaat die Organisation von großen Sowjetwirtschaften breit entfaltet, - und dies alles macht es erforderlich, die Leitung der landwirtschaftlichen Produktion unter Ausnutzung der bei der Leitung der sowjetischen Industrie gesammelten Erfahrungen zu vereinheitlichen.

b) Die Großlandwirtschaft (Sowjetwirtschaften, Kollektivwirtschaften) begann über den Rahmen der nationalen staatlichen Vereinigungen hinauszuwachsen, und dies hat dazu geführt, daß neben der schon früher geschaffenen Zentralen Landwirtschaftsbank und der Vereinigung der Genossenschaftsverbände bereits solche Produktions-Organisationen im Unionsmaßstab geschaffen wurden wie: der Getreidetrust, das Kollektivwirtschaftszentrum, das Traktorenzentrum, Wsekomwod, die Organisationen "Versorgung der Landwirtschaft", "Viehzucht, "Schafzucht" und andere. Hieraus aber ergibt sich die Notwendigkeit, sie einheitlich für die ganze Union zu leiten.

c) Der weitere Aufschwung der Landwirtschaft, der individuellen bäuerlichen und der sozialistischen Großlandwirtschaft (Sowjetwirtschaften, Kollektivwirtschaften) führt unvermeidlich, besonders in Verbindung mit der Entfaltung der Industrie, die landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeitet,

zur Spezialisierung der Produktion in den einzelnen landwirtschaftlichen Gebieten. Diese Spezialisierung läßt sich nicht auf den Rahmen der nationalen staatlichen Vereinigungen begrenzen, sondern führt ihrerseits zu einem engeren Zusammenwirken der einzelnen Teile der Sowjetunion. Das erfordert ebenfalls eine einheitliche Leitung der landwirtschaftlichen Produktion sowohl innerhalb der einzelnen Unionsrepubliken als auch im Unionsmaßstab.

d) Die Festigung des Produktionsbündnisses der Industrie mit der Landwirtschaft und die Entwicklung der unmittelbaren Verbindung zwischen der Industrie und den entsprechenden Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere was die Verbindung der Industrie mit ihrer landwirtschaftlichen Rohstoffbasis anbelangt, bringen die Aufgabe mit sich, neben der vorhandenen, die ganze Union umfassenden Vereinigung der Industrie, auch eine die ganze Union umfassende Vereinigung der Landwirtschaft zu schaffen.

e) Die beschleunigte Schaffung von Kadern für die sozialistische Großlandwirtschaft kann nur dadurch gelöst werden, daß man die Organisierung dieser Aufgabe zentralisiert und einzelne rückständigere nationale Rayons durch Kräfte aus den proletarischen Zentren der Union festigt.

f) Schließlich wird auch die Entfaltung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft dann den größten Schwung erhalten, wenn eine die ganze Union umfassende Leitung eingerichtet wird.

Somit muß in bezug auf die Notwendigkeit, die Methoden der Leitung der landwirtschaftlichen Produktion zu ändern, eine der wichtigsten Schlußfolgerungen darin bestehen, daß man nicht nur einen einheitlichen Unionsplan für die Landwirtschaft und für die damit verbundenen finanziellen Maßnahmen als notwendig anerkennt, sondern auch die einheitliche Leitung des gesamten Aufbaus einer vergesellschafteten Großlandwirtschaft im Unionsmaßstab.

2. Man muß die starken Eigenarten und die besonders komplizierten Bedingungen berücksichtigen, unter denen die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft in einigen

nationalen Gebieten und Republiken vor sich geht. Eine Reihe von nationalen Rayons haben die Wiederherstellungsperiode noch nicht völlig abgeschlossen, bewahren sogar bis heute Elemente der Feudal- und Gentil-Formation und sind dennoch bereits dazu übergegangen, Elemente der sozialistischen Großlandwirtschaft zu schaffen. Hier ist die Entfaltung der Kollektivierung und des Aufbaus der Sowjetwirtschaften mit der Liquidierung der Reste der Feudal- und Gentil-Formation verbunden. Dies muß unvermeidlich den wütenden Widerstand der Kulaken- und halbfeudalen Elemente hervorrufen, die in einigen Fällen noch bedeutenden Einfluß im Dorfe haben und unter der Maske der Verteidigung angeblich "nationaler Interessen" u.dgl. einen hartnäckigen Kampf gegen den sozialistischen Aufbau führen. Deshalb hängt hier, wo die Massen wirtschaftlich und kulturell außerordentlich rückständig sind, die Verwirklichung der sozialistischen Rekonstruktion besonders davon ab, daß der proletarische Staat, die Union, immer stärker seine planende und regulierende Funktion in der Landwirtschaft ausübt und daß die proletarischen Zentren die organisatorisch-technische Hilfe für diese Rayons in jeder Weise verstärken. Dabei eröffnet die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft neue Möglichkeiten für die Lösung der vom XII. Parteitag gestellten Aufgaben hinsichtlich der Schaffung von Industriezentren in den nationalen Rayons (darunter Betriebe zur Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen, Kraftwerke, mit Maschinen ausgerüstete Großsowjetwirtschaften usw.).

3. Aus alledem ergibt sich, daß die Bedingungen völlig dafür herangereift sind, die Leitung der landwirtschaftlichen Produktion in einem einheitlichen Unionszentrum zu konzentrieren. Deshalb hält das Plenum des ZK in Übereinstimmung mit den Beschlüssen einer Reihe leitender Zentren der nationalen Kommunistischen Parteien die Schaffung eines vereinigten Volkskommissariats für Landwirtschaft der UdSSR für notwendig. Die Organisierung eines Unionsvolkskommissariats für Landwirtschaft muß dazu führen, die Entfaltung der großen Sowjetwirtschaften, der Kollektivwirtschaften und Maschinen-Traktoren-Stationen zu verwirklichen, die

Versorgung mit Maschinen, die Elektrifizierung, das landwirtschaftliche Kreditwesen und die Ausbildung von Kadern stärker zu leiten sowie die Arbeit an der Einrichtung von Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verstärken. Gleichzeitig muß bei der Schaffung eines Unionsvolkskommissariats in stärkstem Maße die Gewähr geschaffen werden, daß die nationalen Gebiete und Republiken bei der Entfaltung der Produktivkräfte und bei der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft eigene Initiative entwickeln und selbständig daran arbeiten.

Über die Landwirtschaft der Ukraine und über die Arbeit auf dem Lande

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) hat den Bericht des ZK der KP(B) der Ukraine über die Entwicklung der Landwirtschaft in der Ukraine und über die Arbeit auf dem Lande entgegengenommen und hebt hervor, daß ungeachtet der äußerst schwierigen Bedingungen, unter denen die Arbeit zur Wiederherstellung der Landwirtschaft der Ukraine vor sich gegangen ist (lange Dauer des Bürgerkrieges, das Banditenunwesen, die Hungersnot im Jahre 1921 und die Mißernten von 1924 und 1928), die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht der Ukraine dank ihrer richtigen und konsequenten politischen Linie sowohl auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus als auch in bezug auf die politische und organisatorische Arbeit auf dem Lande es verstanden haben, nicht nur den früheren Stand der Landwirtschaft bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu erreichen, sondern ihn auch in gewisser Beziehung überschritten haben (Anbauflächen: 109,3 Prozent, Getreideanbauflächen: 97 Prozent, gewerbliche Nutzpflanzen: 287,5 Prozent, Bruttoproduktion an Getreide: 92,2 Prozent des Vorkriegsstandes, Viehzucht: 107 Prozent). Die Wiederherstellung der Landwirtschaft war auch von großen qualitativen Fortschritten in der Bauernwirtschaft begleitet (verstärkter Anbau von Wintergetreide, Übergang zu intensiven Wirtschaftsformen, Vergrößerung der mit Sortensaatgut bestellten Anbauflächen, Zunahme des Vielfelderfruchtwechsels u.dgl.).

Die Analyse des Zustandes und der Entwicklung der Landwirtschaft in der Ukraine bestätigt ein übriges Mal und mit besonderer Anschaulichkeit, wie grundlos und unsinnig die Behauptungen der rechten Opportunisten über die Degradation, den Niedergang der Landwirtschaft sind. Die auf dem Gebiet der Landwirtschaft in der Ukraine erzielten Erfolge, die Entwicklung der Kollektivierung während der letzten Jahre zeugen vom ständigen Wachstum der Landwirtschaft, von dem hartnäckigen und erfolgreichen Bestreben der gesamten Masse der Klein- und Mittelbauern, ihre Wirtschaften trotz der Naturkatastrophen zu heben, zu entwickeln und zu verbessern. Das in den letzten Jahren verlangsamte Entwicklungstempo der Landwirtschaft in der Ukraine, das sich aus den beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der individuellen Bauernwirtschaft und den schweren Mißernten ergibt, die die Ukraine mehrere Jahre hintereinander hatte, wird nur durch die Entwicklung von kollektiven und staatlichen Großwirtschaften unter weitgehender Verwendung von Traktoren, komplizierten landwirtschaftlichen Maschinen und Kunstdünger wieder überwunden werden.

Die Linie der Partei, die darauf gerichtet ist, die Landwirtschaft auf einer neuen gesellschaftlichen und technischen Grundlage zu kollektivieren und zu rekonstruieren bei gleichzeitiger entschiedener Offensive gegen die Kulaken, findet in den breitesten Klein- und Mittelbauernmassen des Dorfes immer stärkeren Widerhall und Unterstützung. In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß die Zahl der Kollektive verschiedener Art in den letzten zwei Jahren stark zugenommen hat (von 6.000 auf 18.000), daß sie sich gefestigt haben, daß große Verbandsvereinigungen geschaffen und neue Arbeitsformen bei der massenweisen Kollektivierung (Traktoren-Stationen, Übergang zur gemeinsamen Bodenbearbeitung durch ganze Dörfer) entwickelt werden. Dabei hat die Kollektivierung in der letzten Zeit begonnen, auch schon in großem Umfang die Mittelbauernschichten des Dorfes zu erfassen.

Ausgehend von der Tatsache, daß auch für die Ukraine die Entwicklung der Getreidewirtschaft die grundlegende, wichtigste Aufgabe ist, hält das Plenum des ZK der KPdSU(B) folgendes für notwendig:

1. In Anbetracht dessen, daß es unmöglich ist, die Anbaufläche für Brotgetreide wesentlich zu erhöhen, muß das ZK der KP(B) der Ukraine die Hauptaufmerksamkeit auf die Erhöhung der Ernteerträge an Brotgetreide auf den vorhandenen Flächen konzentrieren, und zwar sowohl in den individuellen Wirtschaften als auch in den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. Die Erfahrungen des vergangenen Wirtschaftsjahres haben gezeigt, daß die Aufgabe, die Ernteerträge um 35 Prozent zu erhöhen, bedeutend übererfüllt werden kann und muß. Das Plenum empfiehlt dem ZK der KP(B) der Ukraine, die Arbeit an der Durchführung des Beschlusses des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR über die Steigerung der Ernteerträge zu verstärken und praktische Maßnahmen auszuarbeiten, um dieses Gesetz entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Rayons der Ukraine durchzuführen.

2. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit muß die Aufgabe stehen, die Wirtschaft des wichtigsten und hauptsächlichsten Getreidegebiets der Ukraine, des Steppengebiets, insbesondere der südlichen der Dürre ausgesetzten Rayons zu entwickeln. Die Unionsorgane müssen in ihren Plänen ebenfalls die Frage des ukrainischen Steppengebiets als ein spezielles Problem behandeln. Dazu ist folgendes notwendig:

a) In den nächsten 2-3 Jahren müssen in den Steppenrayons so viele staatliche und genossenschaftliche Maschinen-Traktoren-Stationen organisiert werden, daß in 2-3 Jahren mindestens die Hälfte der gesamten Anbaufläche des Steppengebiets mit Traktoren bearbeitet wird, während gleichzeitig die gesamte werktätige Landbevölkerung dieser Rayons von der Kollektivierung erfaßt wird.

b) Der Rat für Arbeit und Verteidigung und der Rat der Volkskommissare der Ukrainischen SSR werden beauftragt, zusätzliche Mittel und Kredite für den Kampf gegen die Dürre in der Steppe zur Verfügung zu stellen. Diese speziellen Mittel sind hauptsächlich dazu zu verwenden, um die durchgängige Kollektivierung ganzer Rayons und Bezirke zu entwickeln.

ö) Den landwirtschaftlichen Versuchsanstalten der Ukraine wird als vorrangige Aufgabe die Entwicklung von frostbestän-

digen Winterweizensorten und besonders einer dürrerbeständigen Sommergetreidesorte (Weizen, Gerste) gestellt.

3. Die leitenden Organe der Ukraine haben während der nächsten zwei Jahre einen staatlichen und genossenschaftlichen Saatgutfonds von 20 Millionen Rubel anzulegen. Die Partei, die Sowjets und Genossenschaften haben der Entwicklung von Saatgutvermehrungsgenossenschaften verstärkte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

4. Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird beauftragt, innerhalb von vier Monaten den Bewässerungsplan für das Gebiet um den Dnjeprostroi zu prüfen und zu bestätigen, damit der erste Abschnitt der Bewässerungsarbeiten bis zur Inbetriebnahme des Dnjeprostroi beendet wird.

5. Neben dem Problem der Steppe muß man sich mit dem Problem des viel zu stark besiedelten und landarmen rechten Ufergebiets und insbesondere des Grenzgürtels beschäftigen. Die Hauptrichtung der Landwirtschaft auf dem rechten Ufer muß die verstärkte Entwicklung der arbeitsintensiven technischen Kulturen (in erster Linie des Zuckerrübenanbaus) und einer produktiven Viehzucht sein. Die Sowjetwirtschaften und die Werke des "Zuckertrust" müssen unter der bäuerlichen Bevölkerung der Umgegend eine breitangelegte Arbeit für den erweiterten Anbau von Zuckerrüben, für die Erhöhung der Ernteerträge und für die Schaffung von Großkollektivwirtschaften für den Rübenanbau entfalten. Zu diesem Zweck muß man bei den Sowjetwirtschaften des "Zuckertrust" eine Reihe von Maschinen-Traktoren-Stationen organisieren und dafür sorgen, daß dies Gebiet möglichst stark und gegenüber anderen Rayons vorrangig mit Düngemittel beliefert wird.

6. Obwohl die Viehzucht in der Ukraine das Vorkriegsniveau überschritten hat, hält es das ZK für notwendig, den unbefriedigenden Zustand dieses äußerst wichtigen Zweiges der Landwirtschaft hervorzuheben. Der kolossal gewachsene Bedarf der Industriezentren in der Ukraine an Fleisch, Fetten und Milchprodukten sowie die gewaltigen, noch nicht ausgenutzten Möglichkeiten zur Entwicklung der Viehzucht in der Ukraine machen es erforderlich, daß das ZK der KP(B) der

Ukraine sich sehr ernsthaft mit der Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges beschäftigt. Insbesondere müssen Maßnahmen getroffen werden, damit die Sowjetwirtschaften und die Großkollektivwirtschaften der Ukraine unverzüglich mit der Organisation der Viehzucht beginnen. Ebenso sind eine Reihe von Maßnahmen festzulegen, welche auch den individuellen Wirtschaften der Klein- und Mittelbauern einen Anreiz bieten, die Viehwirtschaft zu entwickeln (Steuervergünstigungen, Versorgung mit Futtergrassamen u.dgl.).

7. Um den Export und die Produktion von Rohstoffen für die Industrie (Tabak, Sonnenblumenkernen, Hanf, Butter, Schinken, Eiern, Geflügel) zu verstärken, muß man dafür sorgen, daß in der Ukraine die erforderliche Anzahl von Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse errichtet wird, wobei die speziellen Bedürfnisse des Grenzstreifens besonders zu berücksichtigen sind.

8. Die ganze Arbeit des landwirtschaftlichen Genossenschafts-systems in allen ihren Spezialzweigen muß der Hauptaufgabe untergeordnet sein, die individuellen Klein- und Mittelbauernwirtschaften in gesellschaftliche Wirtschaftsformen zu überführen. Dazu muß das Vertragssystem, das mit der Versorgung mit Maschinen, Düngemitteln und Waren verbunden werden muß, bedeutend erweitert und besser ausgenutzt werden. Als eine äußerst wichtige Aufgabe des ganzen landwirtschaftlichen Genossenschafts-systems ist die Mobilisierung von Mitteln der bäuerlichen Bevölkerung zu behandeln, insbesondere für den Bau von Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Auch die organisatorische Arbeit der Genossenschaften ist zu verstärken. Sie muß während der nächsten 2-3 Jahre mit allen ihren speziellen Arten bis zu 90 Prozent aller individuellen Wirtschaften von Klein- und Mittelbauern genossenschaftlich erfassen.

9. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben bestätigt, daß ein hohes Entwicklungstempo der Landwirtschaft und die Lösung des Getreideproblems nur erreicht werden können, wenn man in verstärktem Maße die gesellschaftliche Großwirtschaft, die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, entwickelt, die auf der Grundlage der neuesten Technik aufgebaut sind.

Die Ukraine hat unter ihren besonderen Bedingungen (ein verhältnismäßig hohes Niveau der Landwirtschaft, darunter der Warenproduktion, das Vorhandensein umfangreicher Kader von landwirtschaftlichen Arbeitern und Tagelöhnern) sowohl im Steppen- als auch im rechten Ufergebiet alle Voraussetzungen, um die Überführung der individuellen Bauernwirtschaften in Kollektivwirtschaften in schnellerem Tempo durchzuführen als die anderen Republiken. Die Ukraine muß in kürzester Frist Musterbeispiele für die Organisation einer gesellschaftlichen Großwirtschaft geben, und zwar nicht nur in einzelnen Rayons, sondern sogar in zusammenhängenden Gebieten, die ganze Bezirke umfassen und sich dabei zum Ziel setzen, in den nächsten Jahren die durchgängige Kollektivierung des gesamten Steppengebiets der Ukraine zu erreichen. In dieser Hinsicht müssen die MTS, die in der Ukraine eine besonders starke Entwicklung erfahren haben, eine äußerst wichtige organisatorische Rolle spielen.

Auf dem Gebiet der Kollektivierung muß das ZK der Ukraine die Aufmerksamkeit auf die Durchführung folgender grundlegender Maßnahmen konzentrieren:

a) Es ist ein konkreter Arbeitsplan der Partei und der Sowjetorgane in den Rayons festzulegen, in denen die sich von unten entwickelnde Kollektivwirtschaftsbewegung schon ganze Rayons und Bezirke zu erfassen beginnt. Im Zusammenhang damit muß eine ernsthafte Massenarbeit in den Rayons mit MTS geleistet und müssen diese Rayons durch qualifizierte Funktionäre verstärkt werden.

b) Es sind eine weitere Vergrößerung der Kollektivwirtschaften, die Vergesellschaftung der grundlegenden Produktionsmittel und der lebenden Zugkraft in den Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung und Artels, die Einführung einer festen Arbeitsdisziplin und -organisation anzustreben sowie die Festlegung eines Lohnsystems, das vom Standpunkt der Interessen der Dorfarmut und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität möglichst zweckentsprechend ist.

c) Man muß strengere Regeln für die Kreditgewährung an die Kollektivwirtschaften einführen und gegen die übermäßige

Verschuldung ankämpfen. Dabei sind die Kollektivwirtschaften gleichzeitig in jeder Weise anzuregen, daß sie eigene unteilbare Kapitalien anlegen und ansammeln, eine weitere Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführen und die Arbeitsorganisation und die Arbeitsproduktivität verbessern. Es ist eine strenge Kontrolle darüber einzuführen, daß die Kredite eine richtige den Bestimmungen entsprechende Verwendung finden.

d) Die Kollektivwirtschaften, darunter auch die in den MTS-Rayons, sind von eingedrungenen Kulakenelementen zu säubern. Ebenso ist ein entschiedener und unbarmherziger Kampf gegen die Scheinkollektivwirtschaft zu führen. Gleichzeitig muß man in den Kollektivwirtschaften, die unter dem Einfluß oder der Führung von Kulaken stehen, den Kampf des gesamten Klein- und Mittelbauern-Aktiva solcher Kollektivwirtschaften gegen die Kulaken organisieren.

e) Die Maßnahmen zur rationellen Nutzung der Anbauflächen sind überall in den bestehenden Kollektivwirtschaften innerhalb eines Jahres abzuschließen und in den neu einzurichtenden Kollektivwirtschaften zu organisieren, denn in vielen Fällen führt die unrationelle Nutzung des Bodens zum Zerfall der Kollektivwirtschaften.

f) Es ist dafür zu sorgen, daß die Kollektivwirtschaftsbewegung und die einzelnen Kollektivwirtschaften sowie die politische Arbeit und die Aufklärungsarbeit in ihnen eine ernsthafte praktische Anleitung erhalten, und zwar nicht nur von den Bezirkskomitees, sondern vor allem von den unteren ländlichen Parteizellen und den Rayonkomitees.

10. Da das in der Ukraine weitverbreitete System der Vorwerke und des Sonderlandes bei der Bodenbewirtschaftung in einer ganzen Reihe von Rayons ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung der kollektiven Wirtschaftsformen darstellt, wird die Linie des ZK der KP(B) der Ukraine gutgeheißen, welche die Liquidierung dieser Form der Bodenbenutzung und somit die Schaffung von Bedingungen für den schnelleren Übergang zur kollektiven Bewirtschaftung und zur Entwicklung kultureller Einrichtungen im Dorfe (Schule, Dorfhaus, Kino u.dgl.) vorsieht.

11. Da in der Ukraine nur eine unbedeutende Menge an Boden für die Bildung neuer Sowjetwirtschaften zur Verfügung steht, ist es ganz besonders notwendig, daß das ZK der KP(B) der Ukraine der Entwicklung und Verbesserung der Arbeit in den bestehenden Sowjetwirtschaften die größte Aufmerksamkeit schenkt. Als ihre Hauptaufgabe müssen es die Sowjetwirtschaften der Ukraine betrachten, die Ernteerträge so zu erhöhen, daß sie mindestens das Zwei- bis Dreifache der Erträge der bäuerlichen Wirtschaften erreichen, die Selbstkosten des Getreides beträchtlich zu senken, die Viehzucht maximal zu entwickeln, die Hilfeleistung für die Bevölkerung der Umgebung zu entfalten und ein Netz von Kollektiven um die Sowjetwirtschaften zu schaffen.

12. Zur Ausbildung von Kadern leitender Funktionäre für die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften muß das ZK der KP(B) der Ukraine im laufenden Jahr die bestehenden Lehrgänge erweitern und ein Aktiv von Industriearbeitern sowie von Funktionären der Kollektivwirtschaften und von landwirtschaftlichen Arbeitern zu diesen Lehrgängen heranziehen. Die Beförderung und Ausbildung von Organisatoren und Funktionären für die Kollektive und Sowjetwirtschaften, von Leitern für die Traktorenabteilungen, von Leitern für Maschinenausleihstationen und von Traktoristen aus dem landwirtschaftlichen Proletariat müssen ebenfalls verstärkt werden.

In bezug auf die Ausbildung des agrotechnischen Personals muß das ZK der KP(B) der Ukraine die Arbeit der landwirtschaftlichen Hochschulen und Techniken der Ukraine so umstellen, daß in ihnen Fachleute ausgebildet werden, die fähig sind, eine gesellschaftliche landwirtschaftliche Großproduktion aufzubauen.

13. Alle diese Aufgaben kann die KP(B) der Ukraine nur unter der Bedingung lösen, daß sie in allen ihren Organen die außerordentlich komplizierten Verhältnisse im ukrainischen Dorf, die bedeutende Verschärfung des Klassenkampfes und die besondere Aktivität des Kulakentums richtig berücksichtigt. Der Kulak ist der schlimmste Feind unserer Maßnahmen auf dem Gebiet der Kollektivierung, der Getreideerfassung usw. Man kann diese Maßnahmen nur gegen den Kulaken, nur

im Kampf gegen ihn durchführen.

Deshalb muß die Parteiorganisation der Ukraine noch stärker daran arbeiten, das kulturelle Niveau der proletarischen Massen auf dem Lande (landwirtschaftlicher Arbeiter, Tagelöhner) zu heben, die Aktivität der gesamten Masse der Dorfarmut zusammenzufassen und zu verstärken und ihr Bündnis mit den Mittelbauern zur entschiedenen Offensive gegen die Kulaken wirklich zu festigen. Die Sowjets, die Genossenschaften und die Kollektive müssen zu Hauptstützpunkten dieser Offensive werden.

14. Die Hauptorganisationen der Dorfarmut in der Ukraine sind die Komitees der armen Dorfbewohner. Ungeachtet der großen Rolle, die diese Komitees sowohl bei der Hebung der Landwirtschaft als auch bei allen von der Partei durchgeführten Kampagnen im Dorfe spielen, haben sie ihre Arbeit noch längst nicht voll entfaltet und erstrecken ihren Einfluß nicht auf die ganze Dorfarmut. Durchschnittlich ist in der Ukraine nur ungefähr die Hälfte der gesamten Dorfarmut in den Komitees der armen Dorfbewohner organisiert. In den leitenden Organen der Komitees der armen Dorfbewohner kommen Fälle vor, die davon zeugen, daß wohlhabende Elemente und Kulaken in die Komitees der armen Dorfbewohner eingedrungen sind.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) stellt dem ZK der KP(B) der Ukraine die Aufgabe, die Arbeit der Komitees der armen Dorfbewohner zu heben und zu beleben, sie zu wirklichen kämpferischen Massenorganisationen der Dorfarmut zu machen, welche die gesamte Masse der Dorfarmut in ihren Reihen vereinigen. In der Regel sollen in die leitenden Organe der Komitees der armen Dorfbewohner nur Vertreter der Dorfarmut gewählt werden, die wirklich fähig sind, die Interessen der Dorfarmut in den Sowjets, Genossenschaften und Bodengesellschaften zu verteidigen und zu vertreten und die Kollektivierung weiter zu entwickeln. Die Zusammensetzung der Komitees der armen Dorfbewohner muß unter unmittelbarer Beteiligung der gesamten Dorfarmut und der Nichtmitglieder der Komitees der armen Dorfbewohner systematisch kontrolliert werden, und alle diejenigen, die diese Komitees desorganisieren und

ihre Autorität in den Augen der Masse der Dorfarmut untergraben, müssen aus ihnen entfernt werden.

15. Trotz der vorwiegend proletarischen Zusammensetzung der KP(B) der Ukraine sind die Dorfororganisationen der Ukraine unbedingt zu schwach (auf 25 Millionen Bauernbevölkerung kommen 3 000 Zellen mit rund 25 000 Kommunisten, die unmittelbar in der Landwirtschaft tätig sind). Sehr schwach sind auch die Parteiorganisationen in den Sowjet- und Kollektivwirtschaften (auf 1 250 Sowjetwirtschaften entfallen 222 Zellen mit 2 634 Kommunisten und auf 4 037 Artels und Kommunen 174 Zellen mit 1 800 Kommunisten). Unbefriedigend ist auch der Prozentsatz der Tagelöhner und Landarbeiter (10,1 Prozent).

Trotz der gewaltigen positiven Arbeit, die in der letzten Zeit von den Dorfororganisationen der Ukraine geleistet wurde (Getreidebeschaffung, Kollektivierung), gibt es eine Reihe von ernststen Tatsachen, die davon zeugen, daß parteifremde Elemente, die das Klassengefühl verloren und sich mit dem Kulakentum zusammengeschlossen haben, in die unteren Partei- und Komsomoldorfzellen eingedrungen sind, gibt es zahlreiche Beispiele dafür, daß die rechte Abweichung auftritt, besonders in den Dorfororganisationen. Alles das muß die ernsteste Aufmerksamkeit aller leitenden Parteiorgane der Ukraine auf sich lenken.

Das ZK der KP(B) der Ukraine muß die Kader der Dorfororganisationen festigen und innerhalb eines Jahres mindestens 500 Organisatoren und Propagandisten aus den proletarischen Organisationen in der Industrie gründlich ausbilden und auf das Land schicken. Daneben muß die Werbung für die Partei unter den Tagelöhnern, Landarbeitern (besonders in den Sowjetwirtschaften), der Dorfarmut sowie den aktivsten, dem sozialistischen Aufbau ergebenden Mitgliedern der Kollektivwirtschaften verstärkt werden.

Die KP(B) der Ukraine muß, wenn sie daran arbeitet, das politische Niveau und die ideologische Geschlossenheit der Dorfororganisationen zu heben und zu stärken, von jedem Kommunisten, der eine eigene Wirtschaft besitzt, verlangen, daß

er tatsächlich ein Vorkämpfer für die Organisierung der Kollektivwirtschaften ist und den Übergang der individuellen Bauernwirtschaften auf sozialistische Bahnen auf jede Weise fördert.

Um alle Aufgaben zu erfüllen, die durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der Ukraine gestellt werden, muß die KP(B) der Ukraine alle Kräfte der Partei und des gesamten Proletariats mobilisieren.

Über die Bucharin-Gruppe

(Bestätigt vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 17. November 1929)

Nachdem das Plenum des ZK der KPdSU(B) die Erklärung Bucharins, Rykow und Tomskis vom 12. November 1929 entgegengenommen hat, stellt es folgende Tatsachen fest:

1) Die Verfasser der Erklärung, die dem April-Plenum des ZK und der ZKK den Vorwurf machen, daß es sie angeblich in eine "nicht gleichberechtigte Lage" gebracht habe, suchen damit von der Partei das "Recht" zu erlangen, sich dem Politbüro als gleichberechtigte Seite gegenüberzustellen und "frei" mit der Partei zu verhandeln, d.h. sie streben die Legalisierung der fraktionellen Gruppierung der rechten Abweichler an, deren Führer sie sind.

2) Bucharin, Rykow und Tomski, die jetzt nach dem schmachvollen Fiasko aller ihrer Prophezeiungen gezwungen sind, die unbestreitbaren Erfolge der Partei anzuerkennen und die in ihrer Erklärung heuchlerisch die "Aufhebung der Meinungsverschiedenheiten" verkünden, weigern sich gleichzeitig, die Falschheit ihrer in ihren Plattformen vom 30. Januar und 9. Februar 1929 dargelegten Ansichten anzuerkennen, die vom April-Plenum des ZK und der ZKK "als unvereinbar mit der Generallinie der Partei" verurteilt wurden.

3) Die Führer der rechten Abweichler (Bucharin, Rykow, Tomski) schleudern der Partei demagogische Anschuldigungen über Nichterfüllung des Plans auf dem Gebiet der Löhne und der Landwirtschaft ins Gesicht, behaupten, daß "die außerordentlichen Maßnahmen" die Mittelbauernschaft auf die Seite

der Kulaken getrieben hätten und bereiten damit einen neuen Angriff auf die Partei und ihr ZK vor.

4) Die Erklärung Bucharins, Rykows und Tomskis weicht grundlegend von dem Beschluß des X. Plenums des EKKI ab, das die Ansichten Bucharins als opportunistisch verurteilt und ihn aus dem Präsidium des EKKI entfernt hat.

Ausgehend von diesen Tatsachen ist das Plenum des ZK genötigt, das neue Dokument Bucharins, Rykows und Tomskis vom 12. November 1929 als ein Fraktionsdokument, als ein Fraktionsmanöver des politischen Bankrotts anzusehen, ähnlich den "Rückzugsmanövern" der Trotzkisten, die schon des öfteren ihre angeblich versöhnlerischen Erklärungen als Methode benutzt haben, um neue Angriffe gegen die Partei vorzubereiten.

Das Plenum des ZK lehnt deshalb die Erklärung Bucharins, Rykows und Tomskis als ein der Partei feindliches Dokument ab und beschließt, ausgehend von dem Beschluß des X. Plenums des EKKI, über Bucharin folgendes:

1) Bucharin wird als Anstifter und Führer der rechten Abweichler aus dem Politbüro entfernt.

2) Rykow, Tomski sowie Ugarow, der sich nicht von den rechten Abweichlern und dem Versöhnlerium ihnen gegenüber distanziert hat, werden verwarnt, daß die Partei im Falle des geringsten Versuches von ihrer Seite, den Kampf gegen die Linie und die Beschlüsse des EKKI und des ZK der KPdSU(B) fortzusetzen, unverzüglich die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen gegen sie anwenden wird.

Die Resolutionen des Plenums sind nach dem Text der "Prawda" Nr. 268, 269, 271 und 279 vom 18., 19., 21. und 29. November 1929 wiedergegeben. Die Resolution über die Bucharin-Gruppe wird hier nach den Unterlagen des Archivs des Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts veröffentlicht.

Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU(B)

5. Januar 1930

Über das Tempo der Kollektivierung und die Hilfsmaßnahmen
des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau

Ende 1929 machte die Sowjetmacht im Zusammenhang mit dem Wachstum der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften eine schroffe Wendung von der Politik der Einschränkung des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung.

In dem historischen Beschluß des ZK der KPdSU(B) vom 5. Januar 1930 "Über das Tempo der Kollektivierung und die Hilfsmaßnahmen des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau" wurde die neue Politik der Partei im Dorfe verankert, die auf den Sieg der kollektivwirtschaftlichen Ordnung, auf die Liquidierung des Kulakentums als Klasse gerichtet war.

Das ZK der KPdSU(B) legte ein unterschiedliches Tempo der Kollektivierung für die verschiedenen Gebiete fest, indem es die letzteren in drei Gruppen einteilte, und hob hervor, daß das landwirtschaftliche Artel die Hauptform der kollektivwirtschaftlichen Bewegung in der gegebenen Etappe sei und die Freiwilligkeit das Grundprinzip des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus. Dieser Beschluß des ZK brachte Klarheit darüber, wie die neue Politik der Partei im Dorfe in die Tat umzusetzen war. Der Beschluß wurde vom XVI. Parteitag gebilligt und war für die Kollektivierung der Landwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung.

Über das Tempo der Kollektivierung und die Hilfsmaßnahmen
des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau
(Beschluß des ZK der KPdSU(B) vom 5. Januar 1930)

1. Die kollektivwirtschaftliche Bewegung hat in den letzten Monaten einen neuen Schritt vorwärts getan, indem sie nicht nur einzelne Gruppen individueller Wirtschaften erfaßte, sondern auch ganze Rayons, Bezirke und sogar Gebiete

und Regionen. Der Bewegung liegt die Kollektivierung der Produktionsmittel der Klein- und Mittelbauernwirtschaften zugrunde.

Alle in den Plänen vorgesehenen Tempi der Entwicklung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung wurden übertroffen. Die Anbaufläche, die auf der Grundlage der Vergesellschaftung bearbeitet wird, wird schon im Frühjahr 1930 weit über 30 Millionen Hektar betragen, d.h. der Fünfjahrplan der Kollektivierung, nach dem am Ende des Jahres 22-24 Millionen Hektar durch die Kollektive erfaßt werden sollten, wird schon in diesem Jahr beträchtlich übererfüllt werden.

Somit haben wir die materielle Basis, um die Großproduktion der Kulaken durch die Großproduktion der Kollektivwirtschaften zu ersetzen, um auf dem Wege zur Schaffung einer sozialistischen Landwirtschaft einen gewaltigen Schritt vorwärts zu gehen; von den Sowjetwirtschaften, deren Wachstum alle Planvoranschläge bedeutend übertrifft, schon gar nicht zu sprechen.

Dieser Umstand, der für die gesamte Volkswirtschaft der UdSSR von entscheidender Bedeutung ist, gab der Partei die Grundlage dafür, in ihrer praktischen Tätigkeit von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse überzugehen.

2. Auf der Grundlage alles dessen kann man mit Bestimmtheit feststellen, daß wir innerhalb des Jahres 1930 anstelle der vom Fünfjahrplan vorgesehenen Kollektivierung von 20 Prozent der Anbaufläche die Aufgabe lösen können, die große Mehrheit der Bauernwirtschaften zu kollektivieren, und zwar kann die Kollektivierung solcher überaus wichtigen Getreidegebiete, wie des Unteren und Mittleren Wolgagebiets und des Nordkaukasus, im Herbst 1930 oder spätestens im Frühjahr 1931 im wesentlichen abgeschlossen sein; die Kollektivierung der anderen Getreidegebiete kann im wesentlichen im Herbst 1931 oder auf jeden Fall im Frühjahr 1932 abgeschlossen sein.

3. In Übereinstimmung mit dem wachsenden Tempo der Kollektivierung muß der Bau von Fabriken, die Traktoren, Kombines

und sonstiges Traktorenzubehör und Anhängegeräte produzieren, noch weiter verstärkt werden, so daß die vom Obersten Volkswirtschaftsrat für die Beendigung des Baues der neuen Betriebe festgesetzten Termine auf keinen Fall überschritten werden. Gleichzeitig schlägt das ZK dem Obersten Volkswirtschaftsrat vor, spätestens am 15. März d.J. dem ZK über Maßnahmen zu berichten, die die Gewähr bieten, daß schon im nächsten Jahr sowohl die gesamte Produktion komplizierter landwirtschaftlicher Maschinen in den alten Fabriken weiter zunimmt als auch besonders die Produktion von Traktoren- und komplizierten mit Pferdezugkraft verwendeten Geräten anstelle der einfachen wächst.

4. Da die Aufgabe, die mit Pferdezugkraft verwendeten Geräte restlos durch solche für Maschinenzugkraft zu ersetzen, nicht innerhalb eines kurzen Zeitraumes durchgeführt werden kann, sondern eine Reihe von Jahren erfordert, verlangt das ZK der KPdSU(B), daß die Tendenzen zur Unterschätzung der Rolle der Pferdezugkraft im gegebenen Stadium der Kollektivwirtschaftsbewegung, Tendenzen, die zum Verschleudern und zum Ausverkauf der Pferde führen, entschieden bekämpft werden. Das ZK der KPdSU(B) hebt hervor, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen überaus wichtig ist, als Übergangsmaßnahme in den Kollektivwirtschaften Pferde- und Maschinenstationen und einen gemischten Typ von Traktoren- und Pferdestationen zu schaffen, die die Traktorenzugkraft mit der Pferdezugkraft verbinden.

5. Im Zusammenhang mit dem wachsenden Tempo der Kollektivwirtschaftsbewegung schlägt das ZK dem Volkskommissariat für Landwirtschaft der Union vor, die Kräfte und Mittel für die rationelle Ausnutzung der Anbaufläche so umzugruppieren, daß der diesbezügliche Bedarf der Rayons, in denen die durchgängige Kollektivierung durchgeführt wurde, voll gedeckt wird, während die individuellen Maßnahmen zur rationellen Bodenutzung aufgeschoben werden, außer in einigen nationalen Rayons und einzelnen Lebensmittelzuschuß-Rayons, wo die Kollektivwirtschaftsbewegung sich noch nicht stark entwickelt hat.

6. Entsprechend dem oben Dargelegten hält es das ZK für unbedingt notwendig, die Gesamtsumme des Kredits für

das Jahr 1929/1930 für den kollektivwirtschaftlichen Sektor von 270 Millionen Rubel auf 500 Millionen Rubel heraufzusetzen und die Kreditgewährung für die anderen Sektoren entsprechend zu kürzen.

7. Entsprechend den veränderten Bedingungen in den Rayons mit durchgängiger Kollektivierung müssen die Maschinen- und Traktorenstationen, die im Traktorencentrum der Sowjetunion zusammengeschlossen sind, ihre Arbeit auf folgender Grundlage umgestalten:

- a) Abschluß von Verträgen vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, mit Kollektiven;
- b) Verpflichtung der Bauern, die Kosten der Stationen innerhalb von 3 Jahren zu decken.

Gleichzeitig muß in den Rayons, in denen die Sowjetwirtschaften sehr verbreitet sind (z.B. im Gebiet der Mittleren Wolga und in einzelnen Rayons des Nordkaukasus), der Typ der kombinierten Wirtschaft in der Praxis erprobt werden, deren Grundlage eine Sowjetwirtschaft bildet, die auf vertraglicher Grundlage und gegen Bezahlung arbeitet und solchen Kollektivwirtschaften, mit denen sie Verträge abgeschlossen hat, vor allen Dingen durch Pflügen mit Traktoren und Ernteeinbringung mit Maschinen hilft.

8. Angesichts der besonderen Bedeutung der Kader schlägt das ZK dem Volkskommissariat für Landwirtschaft der Union, dem "Kollektivwirtschaftszentrum" und den Gebietskomitees der Partei vor, die Schaffung von Kadern für die Kollektivwirtschaften und die Versorgung der Kollektivwirtschaften mit Kadern zu beschleunigen, indem sie zu diesem Zweck eine große Zahl von Schnellkursen einrichten. Zu den Schnellkursen müssen in erster Linie bewährte Praktiker der Kollektivwirtschaftsbewegung aus den Reihen der Bauern herangezogen werden und Mitglieder der Arbeiterbrigaden, die sich zu Organisatoren der Kollektivwirtschaftsbewegung entwickelt haben.

9. Die Erfahrungen der durchgängigen Kollektivierung in dem jetzigen Stadium der kollektivwirtschaftlichen Entwicklung haben gezeigt, daß statt der Genossenschaft zur gesellschaftlichen Bodenbearbeitung, in der zwar die Arbeit vergesellschaftet ist, aber das Privateigentum an den Produk-

14. März 1930

tionsmitteln noch bestehen bleibt, das landwirtschaftliche Artel zur verbreitetsten Form der Kollektivwirtschaften wird, in dem die hauptsächlich Produktionsmittel (lebendes und totes Inventar, Wirtschaftsgebäude und nicht dem eigenen Bedarf dienendes Vieh) kollektiviert sind. Angesichts dieser Tatsache beauftragt das Zentralkomitee der KPdSU(B) das Volkskommissariat für Landwirtschaft der Union, unter breiter Heranziehung der Kollektivwirtschaftsorganisationen innerhalb kürzester Frist ein Musterstatut des landwirtschaftlichen kollektivwirtschaftlichen Artels als Übergangsform zur Kommune auszuarbeiten, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Aufnahme von Kulaken in die Kollektivwirtschaften unzulässig ist.

10. Die Partielorganisationen müssen die spontan von unten wachsende Kollektivwirtschaftsbewegung leiten und in feste Formen bringen, damit die Organisierung einer wirklich kollektiven Produktion in den Kollektivwirtschaften gewährleistet ist und damit auf dieser Grundlage nicht nur der Plan zur Erweiterung der Anbaufläche und zur Erhöhung der Ernteerträge vollständig erfüllt wird, sondern damit auch gemäß dem Beschluß des November-Plenums des ZK die gegenwärtige Aussaatkampagne zum Ausgangspunkt für einen neuen Aufschwung der Kollektivwirtschaftsbewegung gemacht wird.

11. Das ZK der KPdSU(B) hebt hervor, daß alle Versuche, die Entwicklung der Kollektivbewegung wegen Mangel an Traktoren und komplizierten Maschinen aufzuhalten, entschieden bekämpft werden müssen. Gleichzeitig warnt das ZK die Partielorganisationen mit allem Nachdruck vor jeder von oben erfolgenden "Dekretierung" der Kollektivwirtschaftsbewegung, wodurch die Gefahr heraufbeschworen werden kann, daß der wirklich sozialistische Wettbewerb in der Organisierung von Kollektivwirtschaften durch ein Spiel mit der Kollektivierung ersetzt wird.

"Prawda" Nr. 6, vom 6. Januar 1930

Über die Bekämpfung der Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung

Auf der Grundlage der Politik der durchgängigen Kollektivierung und der Liquidierung des Kulakentums als Klasse hat sich die machtvolle Kollektivwirtschaftsbewegung entfaltet. Aber neben den gewaltigen Erfolgen der Kollektivierung begannen sich in der zweiten Februarhälfte des Jahres 1930 auch Entstellungen der Politik der Partei im kollektivwirtschaftlichen Aufbau zu zeigen: falsche Einstellung zum Mittelbauern, Verletzung des Leninschen Prinzips der Freiwilligkeit beim Aufbau der Kollektivwirtschaften und Nichtberücksichtigung der Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Rayons der UdSSR, Überspringen der Artels zur Kommune hin. Diese Überspitzungen wurden von den Kulaken und ihren Helfershelfern zu provokatorischen Zwecken ausgenutzt.

Das Zentralkomitee der Partei ergriff sofort Maßnahmen.

Am 2. März 1930 wurde auf Beschluß des ZK der Artikel J.W. Stalins "Vor Erfolgen von Schwindel befallen" (Siehe J.W. Stalin, Werke, Band 12, S. 191-199) veröffentlicht.¹⁾

Um die Berichtigung der Überspitzungen und Fehler zu Ende zu führen, beschloß das ZK der KPdSU(B), gegen diese Fehler noch einen Schlag zu führen und veröffentlichte am 15. März 1930 den Beschluß "Über die Bekämpfung der Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung".

Durch diese Maßnahmen erreichte die Partei, daß die Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung liquidiert wurden. Auf dieser Grundlage wurden die Erfolge der Kollektivierung gefestigt und der Boden für ein neues machtvolles Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung bereitet.

1) deutsch: J.W. Stalin, Werke, Bd. 12, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 168 - 175

Über die Bekämpfung der Verzerrungen der Parteilinie
in der Kollektivwirtschaftsbewegung

(An alle Zentralkomitees der nationalen Republiken, an alle Regions-, Gebiets-, Bezirks- und Rayonkomitees der Partei)

Die beim Zentralkomitee der Partei eingegangenen Nachrichten über den Verlauf der Kollektivwirtschaftsbewegung zeigen, daß neben wirklichen und sehr bedeutenden Erfolgen in der Kollektivierung Fälle der Verzerrung der Parteilinie in verschiedenen Rayons der UdSSR zu beobachten sind.

Vor allem wird das Prinzip der Freiwilligkeit beim Kollektivwirtschaftsaufbau verletzt. In einer Reihe von Rayons wird die Freiwilligkeit durch Zwang zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften ersetzt, unter der Androhung, gegen die Widerstrebenden die "Kulakenteignung" in Anwendung zu bringen, ihnen das Wahlrecht zu entziehen usw. Infolgedessen fällt manchmal unter die "Entkulakisierten" ein Teil der Mittelbauern und sogar der Kleinbauern. In einigen Rayons werden bis zu 15 Prozent "entkulakisiert", und die Zahl derjenigen, denen das Wahlrecht entzogen wurde, erreicht 15-20 Prozent. Es gibt Fälle, in denen einige untere Funktionäre, die manchmal das Opfer einer Provokation seitens eingeschlichener konterrevolutionärer Elemente sind, die Bevölkerung unerhört grob, ungehörig und verbrecherisch behandeln. (Plünderung, Aufteilung von Besitz, Verhaftung von Mittelbauern und sogar Kleinbauern usw.). Dabei wird in einer Reihe von Rayons die Vorbereitungsarbeit zur Kollektivierung und die geduldige Aufklärung über die Grundlagen der Politik der Partei sowohl unter der Dorfarmut als auch unter den Mittelbauern dadurch ersetzt, daß auf bürokratische, beamtenmäßige Weise von oben aufgebauschte Zahlenangaben dekretiert werden und der Prozentsatz der Kollektivierung künstlich heraufgeschraubt wird (in einigen Rayons "wächst" die Kollektivierung innerhalb weniger Tage von 10 auf 90 Prozent).

Damit wird die bekannte Weisung Lenins verletzt, daß die Kollektivwirtschaften nur dann lebensfähig und stabil sein können, wenn sie auf der Grundlage der Freiwilligkeit entstehen. Es wird der Beschluß der XVI. Konferenz unserer

Partei über die Unzulässigkeit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen bei der Bildung von Kollektivwirtschaften verletzt. Es wird das vom Rat der Volkskommissare und vom Zentraler Exekutivkomitee der UdSSR bestätigte Statut des landwirtschaftlichen Artels verletzt, in dem es direkt heißt, daß Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern des Dorfes "... sich freiwillig zu einem landwirtschaftlichen Artel zusammenschließen".

Neben diesen Entstellungen sind in einigen Orten unzulässige und für die Sache schädliche Fälle der zwangsweisen Vergesellschaftung von Wohnhäusern, Kleinvieh, Geflügel, dem eigenen Bedarf dienenden Milchvieh und im Zusammenhang hiermit Versuche des törichtigen Hinüberspringens von der Artelform der Kollektivwirtschaft, die das Hauptglied der Kollektivwirtschaftsbewegung ist, zur Kommune zu beobachten. Man vergißt, daß das Hauptproblem der Landwirtschaft bei uns nicht das "Geflügel-" oder "Gurken"problem ist, sondern das Getreideproblem. Man vergißt, daß das Hauptglied der Kollektivwirtschaftsbewegung im gegenwärtigen Moment nicht die Kommune, sondern das landwirtschaftliche Artel ist. Man vergißt, daß es die Partei gerade deshalb für notwendig erachtet hat, nicht der landwirtschaftlichen Kommune, sondern dem landwirtschaftlichen Artel ein Musterstatut zu geben. Als Folge dieser törichtigen Verzerrungen haben wir in einigen Rayons eine Diskreditierung der Kollektivwirtschaftsbewegung und eine Abwanderung der Bauernschaft aus einer Reihe Hals über Kopf zusammengebrachter und deshalb vollkommen unbeständiger Kommunen und Artels.

Damit wird die Richtlinie der Partei verletzt, daß das wichtigste Kettenglied der Kollektivwirtschaftsbewegung gegenwärtig nicht die Kommune, sondern das Artel ist. Es wird der bekannte Beschluß des ZK der Partei vom 6. Januar 1930 ("Prawda") verletzt, daß die Artelform der Kollektivwirtschaftsbewegung ihre Hauptform ist, und daß folglich das leichtsinnige Hinüberspringen von der Artelform zur Kommune nicht zugelassen werden darf.

Schließlich hält es das ZK für notwendig, die vollkommen unzulässige Verzerrung der Parteilinie auf dem Gebiet des Kampfes gegen religiöse Vorurteile sowie auf dem Gebiet

des Warenaustausches zwischen Stadt und Land hervorzuheben. Wir denken dabei an die administrative Schließung von Kirchen ohne Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Dorfes, was gewöhnlich zur Verstärkung der religiösen Vorurteile führt, und an die Abschaffung der Märkte und Basare in einigen Orten, die eine verschlechterte Versorgung der Stadt zur Folge hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche Praxis, die unter der Flagge "linker" Phrasen ausgeübt wird, in Wirklichkeit Wasser auf die Mühle der Konterrevolutionäre ist und mit der Politik unserer Partei nichts gemein hat.

Das ZK ist der Meinung, daß all diese Verzerrungen das Ergebnis einer direkten Verletzung der Politik der Partei, einer direkten Verletzung der Beschlüsse der leitenden Organe unserer Partei sind, die nur den Boden für die Verstärkung der rechten Elemente in der Partei bereiten können.

Das ZK ist der Meinung, daß all diese Abweichungen jetzt das hauptsächliche Hemmnis für das weitere Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung und eine direkte Hilfe für unseren Klassenfeind sind.

Das ZK ist der Meinung, daß ein weiteres schnelles Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung und die Liquidierung des Kulakentums als Klasse ohne sofortige Liquidierung dieser Verzerrungen unmöglich sind.

Das ZK verpflichtet die Parteiorganisationen:

1. Die in einigen Orten festzustellende Praxis der Zwangsmethode bei der Kollektivierung ist einzustellen, und gleichzeitig muß eine weitere beharrliche Arbeit geleistet werden, damit die Bauernschaft auf der Grundlage der Freiwilligkeit in die Kollektivwirtschaft eintritt und die vorhandenen Kollektivwirtschaften gefestigt werden.

2. Die Aufmerksamkeit der Funktionäre ist auf die wirtschaftliche Verbesserung der Kollektivwirtschaften und die Organisation der Feldarbeiten zu konzentrieren. Dabei muß man durch entsprechende wirtschaftliche und parteipolitische Maßnahmen dafür sorgen, daß die erzielten Erfolge der Kollektivierung gefestigt werden und daß das landwirtschaftliche Artel organisatorisch und wirtschaftlich feste Formen annimmt.

3. Die Überführung der landwirtschaftlichen Artels auf das Statut der landwirtschaftlichen Kommunen darf ohne Bestätigung der Bezirkskollektivwirtschaftsverbände oder der Bezirksexekutivkomitees nicht zugelassen werden, und die zwangweise Vergesellschaftung von Wohnhäusern, Kleinvieh, Geflügel und dem eigenen Bedarf dienenden Milchvieh ist einzustellen.

4. Die Listen derjenigen, die entkulakisiert wurden oder denen man das Wahlrecht entzogen hatte, sind zu überprüfen und die auf diesem Gebiet begangenen Fehler gegenüber Mittelbauern, ehemaligen Roten Partisanen und Familienmitgliedern der Dorfschullehrer und Dorfschullehrerinnen, Rotarmisten und Roten Matrosen (Mannschaften und Offiziere) sind sofort zu korrigieren.

5. Unter strenger Einhaltung der Regel, daß Kulaken und andere Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, nicht in die Kollektivwirtschaften aufgenommen werden, müssen Ausnahmen von dieser Regel für Mitglieder solcher Familien zugelassen werden, in denen es der Sowjetmacht treu ergebene Rote Partisanen, Rotarmisten und Rote Matrosen (Mannschaften und Offiziere), Dorfschullehrer und -lehrerinnen gibt, wenn diese die Bürgschaft für ihre Familienmitglieder übernehmen.

6. Die Schließung der Märkte wird verboten. Die Märkte müssen wieder geöffnet werden und die Bauern, darunter auch Kollektivbauern, dürfen nicht daran gehindert werden, ihre Erzeugnisse auf dem Markt zu verkaufen.

7. Der Schließung von Kirchen auf administrativem Wege, die durch den angeblichen allgemeinen freiwilligen Wunsch der Bevölkerung bemäntelt wird, muß entschieden Einhalt geboten werden. Die Schließung von Kirchen ist nur dann zuzulassen, wenn dies der tatsächliche Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bauern ist, und nur, wenn die Beschlüsse der Gemeindeversammlungen durch die Gebietsexekutivkomitees bestätigt sind. Die Verspottung der religiösen Gefühle der Bauern und Bäuerinnen muß strengstens bestraft werden.

8. Funktionäre, die keinen energischen Kampf gegen die Entstellungen der Parteilinie führen können oder wollen, sind

Der XVI. Parteitag der KPdSU(B)

Moskau, 26. Juni - 13. Juli 1930

ihrer Posten zu entheben und durch andere zu ersetzen.

Zentralkomitee der KPdSU(B)
"Prawda", Nr. 73, 15. März 1930

An dem Parteitag nahmen 1 268 Delegierte mit beschließender und 891 mit beratender Stimme teil, die 1 260 874 Parteimitglieder und 711 609 Kandidaten vertraten.

Tagesordnung des Parteitages: 1. Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees; 2. Organisatorischer Bericht des Zentralkomitees; 3. Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission; 4. Rechenschaftsbericht der Zentralen Kontrollkommission; 5. Rechenschaftsbericht der Delegation der KPdSU(B) im EKKI; 6. Die Erfüllung des Fünfjahresplanes der Industrie; 7. Die Kollektivwirtschaftsbewegung und der Aufschwung der Landwirtschaft; 8. Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Rekonstruktionsperiode; 9. Die Wahlen der zentralen Parteiorgane.

Die Periode zwischen dem XV. und XVI. Parteitag war sowohl für die kapitalistischen Länder als auch für die UdSSR eine Periode des Aufschwungs. Zwischen den Veränderungen in der Lage der kapitalistischen Länder und der UdSSR bestand jedoch ein grundlegender Unterschied. Während sich die Volkswirtschaft der Sowjetunion ständig aufwärts entwickelte, befand sich die Wirtschaft der kapitalistischen Länder im Zustand einer tiefen ökonomischen Krise.

Ende 1929 ging die Sowjetmacht von der Politik der Einschränkung des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung über.

Auf dem Gebiet der sozialistischen Industrialisierung war erreicht worden, daß der Anteil der Industrie an der Bruttoproduktion der gesamten Volkswirtschaft den Anteil der Landwirtschaft bereits überstieg. Aber trotz des beispiellosen Entwicklungstempos der sozialistischen Industrie war unser Land hinsichtlich des Standes der Industrieproduktion noch weit hinter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zurückgeblieben. Es war notwendig, das Ent-

wicklungstempo unserer Industrie noch mehr zu beschleunigen und den entschiedensten Kampf gegen die Opportunisten zu führen, die bestrebt waren, dieses Entwicklungstempo zu verlangsamen.

Der XVI. Parteitag billigt in seiner Resolution zum Referat J.W. Stalins die politische Linie und die Arbeit des ZK der KPdSU(B) und beauftragt das ZK, "auch in Zukunft ein kämpferisches bolschewistisches Tempo des sozialistischen Aufbaus zu sichern, die tatsächliche Erfüllung des Fünfjahrplans in 4 Jahren zu erreichen". Der Parteitag gab die Anweisung, die Schwerindustrie mit allen Mitteln zu entwickeln und eine neue Kohlen- und Metallurgiebasis im Osten der UdSSR zu schaffen.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wies der XVI. Parteitag auf die Notwendigkeit der weiteren Entfaltung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus hin. Der Parteitag billigte den Beschluß des Zentralkomitees vom 5. Januar 1930 "Über das Tempo der Kollektivierung und die Hilfsmaßnahmen des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau".

Die sozialistische Offensive gegen die kapitalistischen Elemente scharte das sowjetische Volk noch enger um die kommunistische Partei und festigte das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Die Kollektivbauernschaft wurde, wie der XVI. Parteitag betonte, zur "wirklichen und festen Stütze der Sowjetmacht". Die Partei zerschlug den Widerstand der Kulaken und die Versuche der rechten Kapitulanten, die sozialistische Offensive aufzuhalten, indem sie den Kulakencharakter der rechten Abweichung entlarvte. Der XVI. Parteitag erklärte die Anschauungen der Rechten für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPdSU(B) und rief die Partei auf, den rücksichtslosesten Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen zu führen.

Der XVI. Parteitag ging als der Parteitag der vollentfalteten Offensive des Sozialismus an der ganzen Front in die Geschichte unserer Partei ein.

Der Parteitag wählte die zentralen Parteiorgane: das Zentralkomitee, bestehend aus 71 Mitgliedern und 67 Kandida-

ten, die Zentrale Revisionskommission, bestehend aus 13 Mitgliedern, und die Zentrale Kontrollkommission, bestehend aus 187 Mitgliedern.

In das Zentralkomitee wurden gewählt: J.W. Stalin, W.M. Molotow, M.I. Kalinin, K.J. Woroschilow, L.M. Kaganowitsch, W.W. Kuibyschew, S.M. Kirow, W.R. Mensthinski, A.A. Andrejew, A.I. Mikojan, A.A. Shdanow, N.M. Schwernik, A.J. Badajew, N.K. Krupskaka u.a.

Am 13. Juli 1930 fand eine Plenartagung des auf dem XVI. Parteitag gewählten Zentralkomitees der KPdSU(B) statt. Das Plenum wählte die ausführenden Organe des ZK: das Politbüro, das Orgbüro und das Sekretariat.

Resolutionen des Parteitages

Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU(B)

(Einstimmig angenommen)

Der XVI. Parteitag der KPdSU(B) billigt voll und ganz die politische Linie sowie die Arbeit des ZK der KPdSU(B).

Die Rechenschaftsperiode war sowohl für die kapitalistischen Länder als auch für die UdSSR eine Periode des Umschwungs. Für die UdSSR bedeutete sie den Übergang von der Wiederherstellungsperiode zur Rekonstruktionsperiode sowie die gigantische Entfaltung des sozialistischen Aufbaus; in den kapitalistischen Ländern vollzog sich der Umschwung in der Richtung des wirtschaftlichen Niedergangs.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß die richtige Leninsche Politik des ZK der KPdSU(B) zur weiteren Festigung der internationalen Macht der UdSSR, zu gigantischen Erfolgen in der sozialistischen Industrialisierung des Landes, zur Festigung der brüderlichen Zusammenarbeit der Völker der Union auf der Grundlage der Leninschen Nationalitätenpolitik, zur Erfüllung und Übererfüllung des Programms der ersten zwei Jahre des Fünfjahrplans, zur entschiedenen Wendung der Massen der Mittelbauernschaft zum Sozialismus geführt hat, die es der Partei gestatteteten,

von der Losung der Einschränkung und Verdrängung des Kulakentums zur Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung überzugehen.

I.

Der Parteitag stellt fest, daß die Fakten der Rechenschaftsperiode voll und ganz die vom ZK gegebene Einschätzung der internationalen Lage bestätigt haben, die gekennzeichnet ist durch die weitere und verstärkte Erschütterung der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus, durch die Verschärfung aller Widersprüche des imperialistischen Systems, durch das Anwachsen der Gefahr neuer imperialistischer Kriege, durch die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in der gesamten kapitalistischen Welt, durch die Faschisierung des bürgerlich-demokratischen Staates und durch die Verwandlung der Sozialdemokratie in ein direktes Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Der prägnanteste Ausdruck des überaus tiefen Krisenzustandes des Kapitalismus war die amerikanische Wirtschaftskrise, die zur Weltwirtschaftskrise wurde. Diese Krise, die eine Periode des neuen erbitterten Kampfes für die Neuaufteilung der Welt eröffnete, die kapitalistische Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterklasse beschleunigt und die Ausbeutung der kolonialen Länder durch die imperialistischen Kolonialherren verstärkt, diese Krise zerschlägt restlos die sozialdemokratische Theorie vom "organisierten Kapitalismus", welche von den rechten Opportunisten aufgegriffen wurde, und kündigt das nahe Ende der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus an. Diese Krise verstärkt den revolutionären Aufschwung in den kapitalistischen und kolonialen Ländern und wird unbedingt in einer ganzen Reihe von Ländern in eine politische Krise hinüberwachsen.

Der sich entwickelnde revolutionäre Aufschwung findet seinen Ausdruck in dem Anwachsen und in der Verschärfung des wirtschaftlichen Streikkampfes, der in einen politischen Kampf hinüberwächst, in der erfolgreichen Anwendung der Taktik der selbständigen Führung der Streiks durch die

kommunistischen Parteien und die revolutionären Gewerkschaften, in der breiten Bewegung der Arbeitslosen in fast allen kapitalistischen Ländern, in einer Reihe revolutionärer Aktionen in den Kolonien, in dem revolutionären Kampf der chinesischen Bauernschaft und der Organisierung der Roten Armee gegen die bürgerliche Konterrevolution der Kuomintang, in dem Anwachsen des nationalen revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus in Indien und Indo-China, in Indonesien, Afrika sowie in der Festigung der kommunistischen Parteien Europas, Amerikas und Chinas und deren Säuberung von den faulen opportunistischen Elementen.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, welche gewaltige Rolle die KPdSU(B) und ihr ZK bei der Bolschewisierung der Sektionen der Komintern und bei deren Säuberung von opportunistischen Elementen spielt.

Die Verschärfung aller Widersprüche des imperialistischen Systems vollzieht sich neben der Verschärfung der Widersprüche zwischen der UdSSR und der sie umgebenden kapitalistischen Welt. Der Haß der internationalen Bourgeoisie gegen den einzigen in der Welt bestehenden Staat der proletarischen Diktatur und gegen seinen revolutionierenden Einfluß äußert sich in den Versuchen, eine Wirtschaftsblockade zu organisieren, in dem Kampf gegen den sowjetischen Export, in der Kampagne der Kirchenherren, in der wütenden Verleumdungskampagne der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse sowie in der verstärkten Vorbereitung eines Krieges gegen die UdSSR.

Eine besondere Rolle in der Antisowjetkampagne spielte die sich faschisierende Sozialdemokratie, die gewöhnlich neben den reaktionärsten bürgerlichen Gruppen als der Anführer dieser Kampagne auftritt, wobei die rechten und "linken" Renegaten des Kommunismus immer offensichtlicher zu Nachbetern der Sozialdemokratie werden. Jedoch die wachsende wirtschaftliche Macht der UdSSR, die für die Bourgeoisie die Gefährlichkeit und das Risiko einer Intervention gegen die UdSSR vergrößert, insbesondere unter den Bedingungen der jetzigen Krise sowie des sich entwickelnden revolutionären

nären Aufschwungs, zwingt einige Gruppen der Bourgeoisie, auf die Entwicklung und Festigung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR einzugehen.

Die Festigung der internationalen Stärke der UdSSR war das Ergebnis der richtigen Außenpolitik des ZK der KPdSU(B). Nur durch diese Politik gelang es der Sowjetregierung, den Frieden zu erhalten, der die wichtigste Vorbedingung für den siegreichen sozialistischen Aufbau und für die bedeutende Festigung der internationalen Autorität der UdSSR ist. Die konsequente und stetige Politik der Sowjetregierung führte zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit England und zur Liquidierung des Konfliktes hinsichtlich der Ostchinesischen Eisenbahn, der uns von dem internationalen Imperialismus aufgezwungen wurde.

Der Parteitag beauftragte das ZK, auch künftig eine feste und entschlossene Politik des Friedens und der Festigung der brüderlichen Beziehungen und der Solidarität der Arbeiter und der werktätigen Massen der UdSSR mit den Arbeitern und Werktätigen der kapitalistischen Länder und Kolonien zu führen.

Der Parteitag hält es für notwendig, die wirtschaftlichen Beziehungen der UdSSR mit der kapitalistischen Welt auf der Grundlage der unbedingten Beibehaltung des Außenhandelsmonopols weiterzuentwickeln sowie die Technik der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder für die Beschleunigung der Industrialisierung der UdSSR anzuwenden. Gleichzeitig betont der Parteitag, welche große Bedeutung das bolschewistische Tempo der sozialistischen Industrialisierung des Landes für die Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der UdSSR, für die Festigung der Verteidigungsfähigkeit des proletarischen Staates und für die Abwehr jeglicher Interventionsversuche von seiten des internationalen Imperialismus hat.

Der Parteitag hebt mit Befriedigung hervor, daß unsere Rote Armee von neuem ihre Stärke und Kampffähigkeit erwiesen hat und weist mit aller Entschiedenheit auf die Notwendigkeit hin, daß die Partei ihre Aufmerksamkeit darauf

konzentriert und daß man alle Kräfte der Arbeiterklasse und der Klein- und Mittelbauern stärker dafür mobilisiert, um die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR, die Stärke und Kampffähigkeit der Roten Armee, der Luft- und Seestreitkräfte zu festigen.

II.

Die UdSSR ging während der Rechenschaftsperiode zur gigantischen Entfaltung des sozialistischen Aufbaus über. Die richtige Leninsche Politik des ZK sicherte den mächtigen Aufschwung der sozialistischen Industrie und rief eine gewaltige Steigerung des Arbeitsenthusiasmus unter den Massen der Arbeiter hervor, der es der Partei ermöglichte, sich die Aufgabe - Erfüllung des Fünfjahrplan in vier Jahren - zu stellen. Das von der Partei erreichte Tempo des sozialistischen Aufbaus gibt der Sowjetunion die Möglichkeit, in kürzester historischer Frist die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technisch-ökonomischer Beziehung einzuholen und zu überholen.

Das rasche Tempo der Industrialisierung schuf die Grundlage für die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft. Bereits in diesem Jahre sollen die Getreide-Sowjetwirtschaften mehr als 100 Millionen Pud Warengetreide liefern. Der Fünfjahrplan der Kollektivwirtschaften wurde im laufenden Wirtschaftsjahr übererfüllt. Bereits in diesem Jahre sollen die Kollektivwirtschaften mehr als eine halbe Milliarde Pud Warengetreide liefern. Entgegen den panischen Behauptungen der rechten Opportunisten, es liege eine Degradierung der Landwirtschaft vor, hat die Partei auf der Grundlage der führenden Rolle der sozialistischen Industrie, des Zusammenschlusses der kleinen zurückgebliebenen und verstreuten Bauernwirtschaften zu Kollektivwirtschaften und schließlich auf der Grundlage der Hilfe für die individuelle Wirtschaft der Klein- und Mittelbauern, das Getreideproblem erfolgreich gelöst. Die Anbaufläche für Getreidekulturen übertraf in diesem Jahre zum erstenmal den Vorkriegsstand. Es wurde eine bedeutende Vergrößerung der Fläche mit technischen landwirtschaftlichen Nutzpflanzen erreicht. Die

Partei ging bereits zur Lösung des Viehzuchtproblems über.

Das gigantische Tempo der sozialistischen Industrialisierung des Landes war von einem bedeutenden quantitativen Wachstum der Arbeiterklasse begleitet, von der Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse, von der Erhöhung des Reallohnes, von dem Übergang zum Siebenstundentag, von der Einführung der ununterbrochenen Fünftagewoche und von der rapiden Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Die Beendigung der ökonomischen Aufteilung des Landes in Rayons beschleunigt beträchtlich die Industrialisierung früher rückständiger Rayons, Grenzgebiete und nationaler Republiken. Sie schafft dort neue Industrie- und proletarische Zentren und erleichtert die richtigere und zweckmäßigere Verteilung der Industrie und der Landwirtschaft auf dem ganzen Territorium der UdSSR.

Diese Erfolge wurden von der Partei im Kampf und unter Überwindung von Schwierigkeiten errungen, die dem sozialistischen Aufbau im Wege standen. Diese Schwierigkeiten waren, im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, Wachstumsschwierigkeiten, nicht Schwierigkeiten des Niedergangs. Sie ergeben sich daraus, daß wir die Industrie und die Landwirtschaft grundlegend umgestalten müssen, indem wir ihre technische Grundlage ändern und sie mit der modernen Technik ausrüsten. Diese Aufgabe ist besonders kompliziert in bezug auf die Landwirtschaft, wo die Umgestaltung der technischen Basis gleichzeitig von der Umgestaltung der sozial-ökonomischen Struktur der Landwirtschaft, von der Vereinigung der zersplitterten Klein- und Kleinwirtschaften zu Kollektivwirtschaften und der Ausrottung der Wurzeln des Kapitalismus begleitet sein muß. Die Kompliziertheit der Arbeit an der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie und der Landwirtschaft wird noch mehr vergrößert durch den erbitterten Widerstand des Kulakentums, der bürgerlichen Intelligenz und der bürokratischen Elemente des Staatsapparates (Schädlingearbeit, Sabotage u.a.m.).

Die Grundbedingungen für die erfolgreiche und sehr

schnelle Überwindung dieser Schwierigkeiten sind das beschleunigte Tempo des sozialistischen Aufbaus und die entfaltete Offensive gegen die kapitalistischen Elemente an der ganzen Front. Jegliche Verlangsamung dieses Tempos zugunsten der kapitalistisch-kulakischen Elemente und die Abschwächung der Offensive gegen letztere würde in Wirklichkeit die Schwierigkeiten nicht verringern, sondern sie vertiefen und die Positionen der Klassenfeinde der proletarischen Diktatur stärken.

Die kapitulantenhafte Einstellung der rechten Opportunisten auf die Verlangsamung des Tempos der Industrialisierung, die im Grunde genommen von den Interessen der kulakisch-kapitalistischen Gruppen diktiert wird, führt zur Restauration des Kapitalismus.

Die Partei und die Arbeiterklasse haben dem opportunistischen Kapitulantentum der Rechten, das in Wirklichkeit Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse bedeutet, die erbarungsloseste Abfuhr erteilt und werden dies auch künftig tun.

Der Parteitag beauftragt das ZK, in der weiteren Arbeit an der sozialistischen Industrialisierung der UdSSR die Bestrebungen der Partei auf die Verwirklichung folgender Hauptaufgaben zu konzentrieren:

1. Allseitige Entfaltung der Schwerindustrie als der wichtigsten Grundlage des sozialistischen Aufbaus (Eisen- und Nicht-eisenmetallurgie, die Erzeugung von elektrischer Energie, die Brennstoffindustrie, Maschinenbau, Chemie), die Schaffung einer neuen mächtigen Kohle- und Metallurgiebasis in der Art des Ural-Kusbas-Kombinats in allernächster Zeit.
2. Die Entwicklung und Rekonstruktion des Verkehrswesens, insbesondere der Eisenbahn und der Schifffahrt, welches zu einer der schwächsten Stellen in der sozialistischen Wirtschaft wurde.
3. Die verstärkte Entwicklung der Industriezweige, die Massenbedarfsartikel produzieren (Leichtindustrie), ebenso die Entwicklung der Rohstoffbasis.

4. Forcierung des Exports durch verstärkte Entfaltung einer Reihe von Zweigen der Industrie und Landwirtschaft, die für den Export arbeiten.
5. Unbedingte Erfüllung der Industrie-Finanz-Pläne, genaueste Erfüllung der Planaufgaben zur Senkung der Selbstkosten und zur Hebung der Qualität der Erzeugnisse, entschlossenere und planmäßigere Durchführung der Rationalisierung, Kampf gegen Ausschuß und Verluste in der Produktion, Hebung der Arbeitsproduktivität und Liquidierung von Rückständen, die in einer Reihe von Industriezweigen anzutreffen sind.
6. Allseitige Entwicklung der Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen und Traktoren, Erfüllung des Fünfjahrplans für die Sowjetwirtschaften in 3 Jahren, Schaffung einer festen Maschinen- und Traktorenbasis für die durchgängige Kollektivierung der Bauernwirtschaften in der gesamten UdSSR.
7. Beschleunigte Durchführung von Maßnahmen zur Wiederherstellung und Entwicklung der Viehzucht sowie zur Entfaltung der Lebensmittel produzierenden Industrie auf der Grundlage entsprechender Zweige der Landwirtschaft.
8. Verwirklichung der vorgesehenen Erhöhung des Reallohnes, verbesserte Arbeit des Versorgungsnetzes, insbesondere der Konsumgenossenschaften.

Von entscheidender Bedeutung ist das vom Zentralkomitee in seinem ganzen Umfang gestellte Problem der führenden wirtschaftlichen und technischen Kader, das zu einem zentralen Problem unseres sozialistischen Aufbaus wird. Nur wenn wir weiterhin die Kräfte der gesamten Partei und der Arbeiterklasse für die Ausbildung von Kadern aus den Reihen der Arbeiterklasse mobilisieren und nur durch einen entscheidenden Umschwung auf diesem Gebiet kann die weitere Durchführung der sozialistischen Industrialisierung des Landes in bolschewistischen Tempo gesichert werden.

III.

Das schnelle Tempo der sozialistischen Industrialisierung des Landes, das vom ZK auf der Grundlage der Direktiven des

XV. Parteitag verwirklicht wurde, führte zu tiefgreifenden Veränderungen in den Wechselbeziehungen der Klassen innerhalb des Landes. Diese Veränderungen werden durch das schnelle zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse, die Verstärkung ihrer führenden Rolle gegenüber der Klein- und Mittelbauernschaft charakterisiert. Das ökonomische Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Hauptmassen der Bauernschaft nahm in erster Linie Produktionscharakter an. Die Politik der Partei und ihres ZK sicherte den erfolgreichen Übergang der zurückgebliebenen und zersplitterten Kleinbauernwirtschaften zur sozialistischen Großlandwirtschaft, die Entfaltung der durchgängigen Kollektivierung und den Übergang zur praktischen Verwirklichung der Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse. Während der Rechnungsperiode hat sich die Rolle des Privatkapitals rapid verringert, und es wird weiter verdrängt. Die planende und regulierende Rolle des Sowjetstaates verstärkt sich wesentlich in der gesamten Volkswirtschaft des Landes, denn sie erfaßt mehr und mehr nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft. Die von Lenin gestellte Aufgabe, das "Rußland der NÖP" in ein "sozialistisches Rußland" zu verwandeln, ist verwirklicht.¹⁾

Der wachsende sozialistische Aufbau, die verschärfte Offensive gegen die kapitalistischen Elemente - riefen unvermeidlich eine Verschärfung des Klassenkampfes im Lande von seiten der kulakisch-kapitalistischen Elemente hervor sowie Versuche eines verzweifelten Widerstandes ihrerseits. Gestützt auf die wachsende Aktivität der Massen der Landarbeiter und armen Bauern und das Bündnis mit den Mittelbauern weiter festigend, machte die Partei der konterrevolutionären Sabotage und dem Widerstand der Kulaken ein Ende, führte sie die Getreidebeschaffung erfolgreich durch und schuf sie einen bedeutenden Reservefonds an Getreide. Die entscheidende Wendung der Massen der Mittelbauern zum

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Aufl., Bd.33, S. 405 (russ.) D.Red.
deutsch: W.I.Lenin, Ausgew. Werke in 12 Bänden, Bd.9,
Verlagsgenossenschaft ausl. Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, S.412

Sozialismus als Ergebnis der richtigen Politik der Partei fand seinen stärksten Ausdruck in der mächtigen kollektivwirtschaftlichen Bewegung, die am Ende des Jahres 1929 Millionen von Bauernwirtschaften erfaßte und ein neues Wechselverhältnis der Klassenkräfte im Lande schuf, indem sie den Mittelbauern, der in die Kollektivwirtschaft eintrat, in eine Stütze der Sowjetmacht verwandelte. Sie schuf ferner die Voraussetzungen für die Ersetzung der Getreideproduktion der Kulaken durch die Produktion der Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften und gestattete es der Partei, von der Losung der Einschränkung und Verdrängung des Kulakentums zur Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung überzugehen.

Der Parteitag betont die gewaltige historische Bedeutung dieser Losung, die den Sturmangriff der Arbeiterklasse auf das letzte Bollwerk der kapitalistischen Ausbeutung im Lande bedeutet.

Der Parteitag hält die Direktiven des ZK vom 5. Januar über das Tempo der Kollektivierung und die mit ihr zusammenhängenden Maßnahmen zur Liquidierung des Kulakentums als Klasse für die verschiedenen Rayons und Gebiete der UdSSR auf der Grundlage des festen Bündnisses mit den Mittelbauern für vollkommen richtig.

Der Parteitag stellt jedoch fest, daß eine ganze Reihe von Gebiets- und Ortsorganisationen grob gegen die Direktiven des ZK (Beschlüsse der XVI. Konferenz und des Novemberplenums, Beschlüsse vom 5. Januar und Artikel J.W. Stalins "Das Jahr des großen Umschwungs") verstoßen haben, indem sie Kurs nahmen auf die Kollektivierung ihrer Gebiete während der Frühjahrskampagne 1930 (während in den Beschlüssen des ZK von zwei, drei Jahren und mehr die Rede war). Diese Zielsetzung war besonders für die Zuschußgebiete und die zurückgebliebenen nationalen Republiken unzulässig und schädlich.

Eine solche falsche und schädliche Zielsetzung mußte unvermeidlich dazu führen, daß man begann, die Leninsche

Politik in bezug auf den Mittelbauern durch eine dem Leninismus feindliche Politik des administrativen Zwanges zu ersetzen.

Die rechtzeitigen festen und entschlossenen Weisungen des ZK in einer ganzen Reihe von Beschlüssen und in Artikeln des Genossen Stalin geboten der Welle von Überschreitungen Einhalt und zwangen diejenigen, die sich zu Überschreitungen hatten hinreißen lassen, zu den Positionen des Leninismus zurückzukehren.

Der Parteitag weist die verleumderischen Erklärungen der rechten Abweichler und der Vertreter der "linken" Überschreitungen energisch zurück, die behaupten, daß das Korrigieren der Überschreitungen in bezug auf die Mittelbauern eine Abweichung der Partei von ihrer Generallinie bedeute.

Der Parteitag billigt voll und ganz den Beschluß des ZK über die Sonderrechte für die Kollektivwirtschaften, die wesentlich einer Festigung der Kollektivwirtschaften und zur erfolgreichen Durchführung der Aussaatkampagne, bei der der kollektivwirtschaftliche Sektor eine entscheidende Rolle spielte, beigetragen haben.

Die Partei muß den unerbittlichen Kampf gegen die "linken" den Mittelbauern feindlichen Überschreitungen fortführen, die heute mehr denn je den Kulaken und dem rechten Opportunismus in die Hände spielen.

Die rechten Opportunisten, die entschieden gegen die Kollektivierung auftraten, bemühten sich, die Schwierigkeiten der Kollektivwirtschaftsbewegung sowie die Überschreitungen in bezug auf die Mittelbauern für einen neuen Angriff auf das Zentralkomitee und seine Politik auszunutzen. In der letzten Zeit konnte man eine Reihe neuer Anschläge der bankrotten rechten Opportunisten beobachten. Sie versuchten, die gesamte Arbeit der Partei bei der Kollektivierung und die mit ihr zusammenhängenden Maßnahmen zur Liquidierung des Kulakentums zu diskreditieren, propagierten die Theorie des Selbstlaufes in der Kollektivwirtschaftsbewegung und eine liquidatorische Einstellung zu den Grundlosungen der Partei in der gegenwärtigen Etappe des sozialistischen Aufbaus:

zu den Losungen der durchgängigen Kollektivierung und der Liquidierung des Kulakentums als Klasse.

Die Partei zerschlug die rechten Opportunisten und erlangte gewaltige Erfolge in der Kollektivwirtschaftsbewegung. Die Partei wird auch künftig gegen alle Versuche der rechten Opportunisten, die Kollektivierung zu hintertreiben und die Schwierigkeiten des Kollektivwirtschaftsaufbaus dafür auszunutzen, vernichtende Schläge führen.

Entscheidende Bedeutung für die Arbeit der Partei erlangt im gegenwärtigen Moment die Aufgabe der weiteren Einbeziehung von Klein- und Mittelbauernwirtschaften in die Kollektivwirtschaften auf freiwilliger Grundlage, das Problem der Organisierung der Arbeit in den Kollektivwirtschaften, die Verteilung der Ernte innerhalb der Kollektivwirtschaften, das Problem der Ausbildung von Kadern für die Kollektivwirtschaften, die Hebung des kulturellen Niveaus der Kollektivwirtschaftsbauern, die Überwindung kleinbürgerlicher Schwankungen innerhalb der Kollektivwirtschaften sowie die allseitige Festigung der Kollektivwirtschaften als Stützpunkte des sozialistischen Aufbaus auf dem Lande.

Die Partei, die sich in ihrer gesamten praktischen Tätigkeit auf dem Lande entsprechend ihrer Losung auf die Kollektivwirtschaftsbauern stützt, muß gleichzeitig entschieden alle Tendenzen bekämpfen, die die Einzelwirtschaften der Klein- und Mittelbauern ignorieren oder unterschätzen, muß diesen Wirtschaften helfen, muß die selbständige Organisierung der Dorfarmut in den Sowjets, den Genossenschaften und unteren Gliedern der Kolchosbewegung festigen, eine breit angelegte Arbeit unter den Einzelbauern entfalten und sie für die Kollektivwirtschaften gewinnen.

IV.

Die gigantischen Erfolge der Partei beim Aufbau des Sozialismus in Industrie und Landwirtschaft waren nur auf der Grundlage der überaus großen Aktivität der Arbeiterklasse und der ihr folgenden werktätigen Massen möglich. Diese Aktivität kam zum Ausdruck in der breiten Entwicklung

des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung unter den Arbeitern, in der begonnenen Umgestaltung der Arbeit sämtlicher Organe der proletarischen Diktatur, der Partei-, Gewerkschafts-, Sowjet- und Genossenschaftsorganisationen unter der Losung der Mobilisierung der Massen für ein bolschewistisches Tempo der sozialistischen Rekonstruktion des Landes, für die Überwindung der Schwierigkeiten, für die Hinwendung der Gewerkschaften zur Produktion und die Hinwendung der Sowjets zum kollektivwirtschaftlichen Aufbau.

Als die Partei die Arbeit der Gewerkschaften umgestaltete, stieß sie auf den Widerstand der früheren Leitung des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, die innerhalb des Gewerkschaftsapparates die opportunistische tradeunionistische Einstellung auf unpolitischen Charakter der Gewerkschaften, auf Loslösen von der Partei und vom Aufbau der sozialistischen Wirtschaft kultivierte und bestrebt war, in der Gewerkschaftsbewegung einen Stützpunkt für die rechtssozialistischen Elemente in ihrem Kampf gegen die Generallinie der Partei und ihr Leninsches ZK zu errichten.

Der Parteitag billigte vollkommen die Maßnahmen, die vom ZK zur Festigung der Leninschen bolschewistischen Führung der Gewerkschaftsbewegung ergriffen wurden. Vor der Partei und der neuen Leitung des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion steht die Aufgabe, die Wendung der Gewerkschaften in Richtung auf die Produktion, in Richtung auf die aktive Teilnahme am Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, auf die Überwindung der kleinbürgerlichen Schwankungen innerhalb der zurückgebliebenen Schichten der Arbeiterklasse fortzusetzen und zu vollenden und dabei diese gesamte Arbeit aufs engste mit der verstärkten Arbeit für die bessere Versorgung der Arbeiter, für den Arbeiterschutz, für den Kampf gegen den Bürokratismus im Wirtschafts-, Staats- und Gewerkschaftsapparat zu verknüpfen.

Die wichtigste Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften besteht darin, die Bewegung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiter auf ein höheres Niveau zu

heben. Diese Bewegung muß in eine wirkliche Schule der Klassenerziehung der Arbeitermassen verwandelt werden. Die Führung dieser Bewegung muß man verbessern und in kürzester Frist ausnahmslos alle in den Betrieben arbeitenden Kommunisten und Komsomolzen für die Beteiligung am sozialistischen Wettbewerb und an der Stoßarbeiterbewegung gewinnen, die berufliche Qualifikation der Kommunisten heben und das Schwergewicht der Partei- und Gewerkschaftsarbeit wirklich auf die Werkabteilungen und Brigaden verlegen.

Der XV. Parteitag hat ganz richtig eines der wichtigsten Probleme der Rekonstruktionsperiode aufgeworfen, das Problem der Kulturrevolution. Das Tempo der Entfaltung des kulturellen Aufbaus im Lande ist jedoch noch vollkommen unzureichend. Der Parteitag weist auf die Notwendigkeit hin, dieses Tempo zu beschleunigen. Die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht und die Liquidierung des Analphabetentums muß zu einer Kampfaufgabe der Partei in der nächsten Periode werden. Die Partei muß die bedeutenden Erfolge, die bei der Befreiung der Massen von dem reaktionären Einfluß der Religion erreicht wurden, festigen und weiterentwickeln. Der Parteitag hebt die bedeutende Zunahme und die qualitative Verbesserung der Presse als Mittel zur Mobilisierung der Massen für den sozialistischen Aufbau hervor und beauftragt das ZK, Maßnahmen zu ergreifen, um die Presse weiter zu verbessern und dafür zu sorgen, daß sie für die Entfaltung der sozialistischen Offensive eine noch größere Rolle spielt.

Die Verschärfung des Klassenkampfes im Lande mußte unvermeidlich zu einer Aktivierung der antisowjetischen Elemente im Staatsapparat führen.

Der Parteitag billigte alle Maßnahmen des ZK und der ZKK zur Säuberung und Verbesserung des Staatsapparates und hält es für notwendig, den Kampf gegen alle Formen des Bürokratismus zu verstärken, indem man die Selbstkritik weiterentwickelt, mehr Arbeiter in staatliche Funktionen einsetzt, umfangreicher Kader für sämtliche Organe der proletarischen Diktatur ausbildet und neue Formen bei der Heranziehung von

Arbeitermassen zur Mitarbeit in der staatlichen Verwaltung entwickelt (weitere Verbesserung der Arbeit der Sowjets usw.).

Der Parteitag stellte mit Befriedigung das weitere quantitative und qualitative Wachstum der Partei fest sowie die bedeutende Verbesserung ihrer sozialen Zusammensetzung, den verstärkten Zustrom von Arbeitern aus der Produktion in die Partei (die Eintrittsbewegung ganzer Werkabteilungen und Werke in die Partei), die Hebung des ideologischen Niveaus der Parteikader und der breiten Parteimassen und die höhere Qualität der Parteiarbeit, die sich in der weiteren Festigung der innerparteilichen Demokratie, der erfolgreichen Entfaltung der proletarischen Selbstkritik in allen Teilen der Partei, der erfolgreichen Durchführung der Säuberung der Partei von parteifremden, zersetzenden Elementen, die sich in die Partei eingeschlichen haben, ausdrückt.

Das ideologische und politische Niveau eines bedeutenden Teiles der Parteikader ist jedoch noch zu niedrig. Hier von zeugten die zahlreichen feindlichen Überspitzungen in bezug auf die Mittelbauern. Die Aufgabe, die Parteikader, insbesondere für das Dorf, zu festigen und zu schulen, ist äußerst dringend. Das Wachstum der Partei aus den Reihen der Arbeiter, die Mitglieder von Organisationen sind und in Betrieben arbeiten, ist noch ungenügend. Die Agitation zur Gewinnung von Arbeitern für die Partei muß besonders in den Großbetrieben verstärkt werden.

Ungeachtet dessen, daß die Frauen und Jugendlichen in der Produktion eine immer größere Rolle spielen, wird der Arbeit unter ihnen bis jetzt noch nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet. Die Arbeit mit den Frauen auf dem Lande ist noch ungenügend entwickelt, was sich besonders deutlich bei der Kollektivierung zeigte. Der Parteitag verpflichtet alle Partei-, Gewerkschafts-, Sowjet- und andere Organisationen, ihre Arbeit zur Mobilisierung der breiten Massen der werktätigen Frauen, insbesondere auf dem Lande, für die Entfaltung des sozialistischen Aufbaus zu verstärken. Der Parteitag stellt die Errungenschaften fest, die der Komsomol

in seiner Arbeit zur Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung erzielt hat, und ist der Ansicht, daß die wachsende Bedeutung der Jugend-, der Komso-mol- und Pionierorganisationen es erforderlich macht, daß die Parteiorganisationen ihnen größere Hilfe zuteil werden lassen. Die Selbstkritik ist als tägliche organische Methode in der Parteiarbeit noch nicht in allen Organisationen genügend entwickelt. Es gibt noch Fälle der Unterdrückung und Entstellung der Selbstkritik. Gegen derartige Tatsachen muß ein entscheidender Kampf geführt werden, in-dem man die bolschewistische Selbstkritik breit entfaltet, um dadurch das ideologische Niveau und die bolschewistische Erziehung der Parteikader und der Mitglieder-massen zu verbessern, Entstellungen der Parteilinie und den Opportunismus in der Praxis aufzudecken und die innerparteiliche Demokratie weiterzuentwickeln. Der Prozeß der sozialistischen Rekonstruktion des Dorfes, der sich breit entfaltet hat, wirft mit besonderer Schärfe die Aufgabe auf, die dörflichen Partei-organisationen zu festigen. Die quantitative und qualitative Festigung dieser Organisation, die Schaffung starker Parteizellen in den Sowjet- und Kollektivwirtschaften, die Umwandlung der Sowjet- und Kollektivwirtschaften in Stützpunkte der Parteiarbeit auf dem Lande, die Gewinne von Landarbeitern, Tagelöhnern und der besten Kolchosbauern für die Partei, die erforderliche Verbesserung der Arbeit unter der Dorfarmut, den Frauen und Jugendlichen in den Kollektivwirtschaften - all dieses wird zu einer notwendigen Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der Partei auf dem Gebiet der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft.

Der Parteitag billigt voll und ganz den Beschluß des ZK über die Aufhebung der Bezirke und die Festigung der Rayons als Hauptglied des sozialistischen Aufbaus auf dem Lande. Dies muß zu einer entschiedenen Annäherung des Partei-Sowjetapparates an das Dorf, die Kollektivwirtschaften und die Massen führen. Diese Maßnahme ist für die Festigung der Parteiorganisation im Dorfe ebenso wie für die Verbesserung und Festigung der Verbindung des ZK und der

Gebiete mit den einzelnen Ortschaften von außerordentlich großer Bedeutung.

Der Parteitag beauftragt das ZK, alle praktischen Maßnahmen durchzuführen, die mit der Liquidierung der Bezirke und der Festigung der Rayons und der Gebiete zusammenhängen.

V.

Die Partei hat die gewaltigen Erfolge auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus dank der festen Durchführung der Generallinie der Partei, dank des unerbittlichen und entschlossenen Kampfes an zwei Fronten - gegen den Trotzkiismus und das Versöhnertum ihm gegenüber und gegen die rechte Abweichung als die Hauptgefahr in der gegenwärtigen Etappe und gegen das Versöhnertum gegenüber dieser rechten Abweichung, errungen.

Nur der Kampf an zwei Fronten führte zur völligen Entlarvung des Trotzkiismus, der vollkommen auf die konterrevolutionären menschenwistischen Positionen herabgeglitten ist. In der Partei bestehen jedoch noch immer versöhnlerische Einstellungen zum Trotzkiismus, was vor allem in der Unterschätzung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Mittelbauernschaft zum Ausdruck kommt. Die Partei wird auch künftig den entschlossensten Kampf gegen diese Einstellung führen.

Nachdem die Partei den Trotzkiismus endgültig zerschlagen hatte, stieß sie auf neue Erscheinungsformen des Opportunismus in Gestalt der rechten Abweichung (die Gruppe Bucharins). Die rechte Abweichung stellte der Generallinie der Partei ihre offene opportunistische Linie gegenüber. Die Linie der rechten Abweichler führte zur Kapitulation vor den kulakisch-kapitalistischen Elementen des Landes. Die Verwirklichung der Linie der rechten Abweichler, die objektiv eine Agentur des Kulakentums sind, würde den Abbruch des Aufbaus des Sozialismus und die Wiedererrichtung des Kapitalismus in unserem Lande bedeuten. In der Periode der an der ganzen Front entfalteten Offensive gegen die kapitalistischen Elemente war und bleibt die rechte Abwei-

chung die Hauptgefahr der Partei.

Der Parteitag billigt voll und ganz die Maßnahmen des ZK der Partei zum Kampf gegen den Trotzismus und die rechte Abweichung, der die wirkliche Erhaltung der Einheit der Partei, die Durchführung der Generallinie und den Zusammenschluß der Partei auf der Grundlage des Leninismus sichert.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Partei darauf, daß die Opportunisten aller Schattierungen, besonders die rechten, ein neues Manöver anwenden, das sich in dem formalen Eingestehen ihrer Fehler und der formalen Zustimmung zur Generallinie der Partei ausdrückt, ohne dies Eingeständnis durch ihre Arbeit und den Kampf für die Generallinie zu bestätigen, was in Wirklichkeit lediglich den Übergang vom offenen Kampf gegen die Partei zum versteckten Kampf bedeutet oder das Abwarten eines günstigen Momentes für die Wiederaufnahme des Angriffs gegen die Partei.

Die Partei muß einer derartigen Doppelzüngigkeit und dem Verrat den erbittertsten Kampf ansagen und muß von allen, die ihre Fehler eingestehen, verlangen, daß sie die Ehrlichkeit ihres Eingeständnisses durch aktive Verteidigung der Generallinie der Partei beweisen. Die Nichtausführung dieser Forderung muß die entscheidendsten organisatorischen Maßnahmen zur Folge haben.

Der Parteitag erklärt die Ansichten der rechten Opposition für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPdSU(B).

Der Parteitag betont, daß sich im Zusammenhang mit der Verschärfung des Klassenkampfes im Lande die nationalen Abweichungen in den Reihen der Partei sowohl in der Richtung des örtlichen als auch des Großmachtchauvinismus aktivieren.

Die Hauptgefahr in der gegenwärtigen Etappe ist die Abweichung des Großmachtchauvinismus, die versucht, die Grundlagen der Leninschen Nationalitätenpolitik zu revidieren, und die unter dem Deckmantel des Internationalismus die Bestrebungen der überlebten Klassen der früher herrschenden großrussischen Nation verbirgt, die verlorengegan-

genen Privilegien wiederzuerlangen.

Daneben aktiviert sich die Abweichung zum Lokalnationalismus, der die Einheit der Völker der UdSSR schwächt und der Intervention in die Hände spielt.

Die Partei muß den Kampf gegen beide Abweichungen in der nationalen Frage und gegen das Versöhnertum gegenüber diesen verstärken, und sie muß gleichzeitig der praktischen Durchführung der Leninschen Nationalitätenpolitik, der Überwindung der Elemente nationaler Ungleichheit und breiten Entfaltung der nationalen Kulturen der Völker der Sowjetunion mehr Aufmerksamkeit widmen.

Der XVI. Parteitag ist der Ansicht, daß das ZK unserer Partei die Reihen der Leninisten für neue historische Schlachten noch enger zusammenschließen und auch künftig allen Versuchen, die stählerne Parteidisziplin und die Einheit der Leninschen Partei zu erschüttern und zu untergraben, eine unerbittliche Abfuhr erteilen muß.

Der XVI. Parteitag beauftragt das ZK der Partei, das kämpferische bolschewistische Tempo des sozialistischen Aufbaus auch weiterhin zu sichern, die wirkliche Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren zu erreichen und die Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung in der ganzen Sowjetunion unbeirrbar durchzuführen.

Der Parteitag gibt seiner unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck, daß die KPdSU(B), indem sie die Millionen Arbeiter und Kollektivbauern um das Banner des Leninismus schart und den Widerstand der Klassenfeinde bricht, die Massen zu einer entfalteten sozialistischen Offensive führen und den vollen Sieg des Sozialismus in der UdSSR sichern wird.

Der Parteitag gibt seiner unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck, daß die KPdSU(B), indem sie die Macht der UdSSR ständig stärkt und die brüderlichen Bande mit den Arbeitern und den Werktätigen kapitalistischer und kolonialer Länder noch enger knüpft, die Festigung der UdSSR als das unbesiegbare Bollwerk der internationalen proletarischen

Revolution sichert.

Es lebe der Sieg des Sozialismus in der UdSSR!

Es lebe der Sieg der proletarischen Weltrevolution.

Zum Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission

Der Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission wird bestätigt!

Zum Rechenschaftsbericht der Zentralen Kontrollkommission

und der Arbeiter- und Bauerninspektion

(Einstimmig angenommen)

I.

Der XVI. Parteitag der KPdSU(B) billigt voll und ganz die politische Linie und die praktische Arbeit der Zentralen Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion.

Unter den Bedingungen der sich auf breiter Front entfaltenden sozialistischen Offensive und bei verstärktem Widerstand des Klassenfeindes hat die Zentrale Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion mit aller Wachsamkeit die Leninsche Einheit der Reihen der Partei gewahrt, einen entschlossenen Kampf für die Durchführung der Generallinie der Partei geführt, indem sie diese Linie gegen alle Versuche, sie zu entstellen, sowohl von seiten der "linken" Abweichler als auch von seiten der rechten Opportunisten und Versöhner verteidigte und jeden, auch den kleinsten Versuch von Fraktionsarbeit vereitelte.

Der Parteitag billigt vollkommen die von der ZKK durchgeführte Arbeit zur Säuberung der Parteireihen von sozial und ideologisch fremden Elementen die sich in die Partei eingeschlichen haben, sich zersetzten oder zu Bürokraten geworden sind und der Entfaltung der sozialistischen Offensive hinderlich sind. Der Parteitag stellt fest, daß die Säuberung der Partei, die unter den Bedingungen der entfal-

teten Selbstkritik, unteraktiver Beteiligung der Massen der Arbeiter, der Landarbeiter und der Schichten der Klein- und Mittelbauern des Dorfes durchgeführt wurde, zur Festigung der Reihen der Partei geführt, sie kampffähiger gemacht und zur Gewinnung neuer Hunderttausender von Arbeitern aus der Produktion für die Partei beigetragen hat.

Der Parteitag hob besonders hervor, daß die Zentrale Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion in der vergangenen Periode eine umfangreiche Arbeit geleistet hat, um die Vorzüge des Plansystems und die Initiative der Millionenmassen von Werktätigen für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes nutzbar zu machen. Im Kampf für die Beschleunigung des Industrialisierungstempos konzentrierte die Zentrale Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion ihre Aufmerksamkeit ganz richtig auf die maximale Ausnutzung der inneren Reserven in der Volkswirtschaft der UdSSR. Die Zentrale Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion stellte die Aufgabe, die inneren Reserven in einer Reihe von Volkswirtschaftszweigen zu mobilisieren (Metallurgie, Erz-, Brennstoff-, Holz- und Textilindustrie, Schiffsbau, Verkehrswesen, Baumwollanbau usw.) und half, diese Aufgabe zu verwirklichen. Sie kämpfte auch dafür, daß die Durchführung der Investbauten richtig geregelt wurde und um die Schaffung einer Bauindustrie.

Ganz besonders wichtig und rechtzeitig ist die Initiative der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion bei der Forcierung des sowjetischen Maschinenbaues und der Produktion schwerer Ausrüstungen. Diese Initiative ist darauf gerichtet, die Direktiven des XIV. Parteitages in kürzester Frist zu verwirklichen, "daß die UdSSR aus einem Lande, das Maschinen und Fabrik-ausrüstungen einführt, verwandelt wird in ein Maschinen- und Fabrik-ausrüstungen produzierendes Land, damit sich unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung die UdSSR auf keinen Fall in ein wirtschaftliches Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft verwandeln kann, sondern eine selbständige Wirtschaftseinheit bildet, die sozialistisch aufgebaut und dank ihrem ökonomischen Wachstum fähig ist, ein mächtiges Mittel zur Revolutionierung der Arbeiter aller Länder und der kolonialen und halbkolonialen unterdrückten Völker zu sein".¹⁾

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band VI, S.6

Gestützt auf die Aktivität der Arbeitermassen, führte die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion eine gewaltige Arbeit in einer Reihe der wichtigsten Wirtschaftszweige durch, wodurch sie zur erfolgreichen Verwirklichung der von der Partei aufgestellten Losung "Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren" beitrug.

Der Parteitag billigt die Arbeit der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion zur Vereinfachung und Verbilligung des Sowjetapparates. Die Vereinfachung des Verwaltungssystems der Industrie, des Kredits, der Steuern, der Handels-, Genossenschafts-, Beschaffungs- und Außenhandelsorganisationen half, den Sowjetapparat den Bedürfnissen der Rekonstruktionsperiode und der entfalteten sozialistischen Offensive besser anzupassen.

Der Parteitag hebt hervor, daß die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion bei der Verwirklichung der Losung der Partei: - breite Entfaltung der Selbstkritik - eine gewaltige Rolle gespielt hat und billigt die Maßnahmen der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, die darauf gerichtet sind, den Kampf gegen die bürokratischen Einstellungen im Sowjetapparat zu entfalten, eine ständige Kontrolle über den Sowjetapparat einzuführen und die Massen der Arbeiter unmittelbar zur Verwaltung des Staates heranzuziehen.

Der Parteitag stellt fest, daß die Partei im Kampf gegen den Bürokratismus in den letzten Jahren große Erfolge erzielt hat und hebt mit Befriedigung hervor, daß die von der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion unter aktiver Unterstützung der Arbeitermassen durchgeführte Säuberung des Sowjetapparates dem Bürokratismus einen sehr ernsthaften Schlag versetzt und Zehntausende ungeeigneter, klassenfeindlicher und zersetzter Elemente aus dem Apparat vertrieben hat.

Die gesamte Arbeit der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, darunter auch der Kampf gegen den Bürokratismus im Staatsapparat, war darauf gerichtet, die von Lenin gestellte grundlegende Aufgabe zu lösen, den Staatsapparat so einzurichten, daß die bestmögliche Versorgung der Massen und die

Erhaltung und Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft auf der Grundlage der Industrialisierung des Landes und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft erreicht wird. Diese Arbeit wurde von der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion erfolgreich durchgeführt im Kampf gegen die rechte Abweichung sowohl auf dem Gebiet der Ideologie als auch in der praktischen Arbeit der Staats- und Wirtschaftsorganisationen, indem sie streng den von Lenin gewiesenen Weg ging, Mängel aufdeckte und die Schuldigen "ohne Ansehen der Person" bestrafte.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die den sozialistischen Aufbau begleiten, finden ihren Ausdruck in dem Einfluß der Klassenfeinde auf die schwächsten Glieder des Apparates der proletarischen Diktatur. Dieser Einfluß zeigt sich in der Entstellung der Arbeit einzelner vom Bürokratismus durchsetzter Teile des Staats- und Wirtschaftsapparates. Die weitere erfolgreiche Entfaltung des sozialistischen Aufbaus stellt der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion jetzt mit besonderer Schärfe die Aufgabe, einen entschlossenen Kampf für die Säuberung und Gesundung des Staats- und Wirtschaftsapparates zu führen und für die Schaffung von Bedingungen in diesen Apparaten, die die Möglichkeit der Schädlingsarbeit und anderer Erscheinungen des Einflusses von seiten der Kulaken und der NÖP-Leute ausschließen.

II.

Im Zusammenhang mit den gigantischen Aufgaben der entfalteten sozialistischen Offensive und der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft ist der Parteitag der Ansicht, daß einer der wichtigsten Aufgaben der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion die Aufdeckung und Mobilisierung aller Reserven des Landes für eine weitere Beschleunigung des Tempos der Industrialisierung sein muß, die allseitige Vergrößerung der Produktionsmöglichkeiten der Industrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Vereinfachung des Verwaltungsapparates und Ausmerzungen von Elementen des Bürokratismus in ihm.

1. Milliarden Reserven, die in der Industrie und im Verkehrswesen infolge der Unbeweglichkeit und des Bürokratismus unseres Apparates nicht ausgenutzt wurden, verpflichten die Arbeiter- und Bauerninspektion, die Arbeit zur Aufdeckung und Ausnutzung dieser zusätzlichen Hilfsquellen, die unser Entwicklungstempo ständig steigern sollen, beständig zu kontrollieren. Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß die Arbeit zur Rationalisierung und Spezialisierung der Betriebe, zur Entwicklung des Erfahrungsaustausches zwischen den Betrieben und zur Ausnutzung der Erfindungsgeschäften der in- und ausländischen Technik systematisch überprüfen. Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß darüber wachen, daß durch die Anstrengungen der Wirtschaftler, der Gewerkschaften und der Arbeitermassen unter Führung der Partei alle Betriebe und ihre Ausrüstung bis zu den äußersten Grenzen der Möglichkeit ausgenutzt werden.

2. Der Parteitag stellt der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion die Aufgabe, die Überprüfung des Arbeitsablaufes auf dem Gebiet der Investitionsbauten weiter fortzusetzen, besonders auf seine größten Objekte zu achten und energisch darauf hinzuwirken, daß die Bauarbeit beschleunigt, verbilligt und ihre Qualität verbessert wird und daß die Industrie die Erfahrungen der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ausnutzt. Gleichzeitig ist es nötig, alle überflüssigen Ausgaben beim Investitionsbau zu bekämpfen.

Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß darauf achten, daß die neue, im In- und Ausland erworbene technische Ausrüstung auf moderne Art und Weise angewendet wird und den größtmöglichen Produktionseffekt bringt.

3. Entsprechend dem Beschluß über die Errichtung einer zweiten Kohle- und Metallurgiebasis - des Ural-Kusbaskombinats - beauftragt der Parteitag die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, darüber zu wachen, daß dieser Beschluß von den Wirtschafts- und anderen Organisationen wirklich fristgemäß durchgeführt wird.

4. Um die Rekonstruktion aller Zweige der Volkswirtschaft zu sichern, beauftragt der Parteitag die ZKK - Arbeiter-

und Bauerninspektion, die Maßnahmen zu studieren und zu überprüfen, die auf die beschleunigte Entfaltung des sowjetischen Maschinenbaus und des Baus von schweren Ausrüstungen (Bloomings, Walzstraßen, elektrotechnische Einrichtungen, chemische Einrichtungen usw.) gerichtet sind, insbesondere in jenen Teilen, die den Import dieser Einrichtungen aus dem Ausland ersetzen können. Der Parteitag weist alle Wirtschaftler und Gewerkschaftsorganisationen auf die besondere Wichtigkeit dieser Aufgaben hin und ist der Ansicht, daß alle örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen mit ihrer ganzen Kraft die Verwirklichung dieser überaus wichtigen Aufgabe fördern müssen. Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, besonders darauf zu achten, daß der Plan zur Entwicklung des Eisenhüttenwesens erfüllt und die Produktion im Jahre 1932/33 auf 17 Mill. t erhöht wird.

5. Der Parteitag ist der Meinung, daß der schwächste Teil in der Arbeit der Industrie die Erfüllung ihrer Aufgaben hinsichtlich der Qualitätsmerkmale ist (Senkung der Selbstkosten, Umfang der Produktion pro Arbeiter und Qualität der Produkte), und schlägt deshalb der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion vor, die Organisierung des Kampfes für die Senkung der Selbstkosten und für die Qualität der Produkte unter ihre Kontrolle zu nehmen. Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion soll nicht nur überprüfen, wie die technische Kontrolle in den Betrieben organisiert ist, sondern soll außerdem eine breite gesellschaftliche Kontrolle über die Qualität der Erzeugnisse organisieren, damit auf diesem Gebiet in allernächster Zeit eine entscheidende Wendung erzielt werden kann. Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß gegen alle, die diese überaus wichtige Aufgabe ignorieren, einen unerbittlichen Kampf führen.

6. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft muß die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion einen unerbittlichen Kampf gegen alle Entstellungen der Parteilinie beim kollektivwirtschaftlichen Aufbau führen, wie z.B.: Verletzung der Freiwilligkeit, Ersetzung der gesellschaftlichen Initiative durch Befehle, das Fehlen des notwendigen Kampfes gegen die

Kulakenelemente sowohl bei der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung als auch bei der Durchführung der Einschränkung kapitalistischer Elemente in den übrigen Rayons. Sie muß dabei auch den Kampf gegen die Abweichungen von der Parteilinie in bezug auf die Einzelbauernwirtschaften, die Klein- und Mittelbauern führen.

Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß streng darauf achten, daß in der Praxis des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus die Linie der Partei in bezug auf den Mittelbauern genau durchgeführt und dadurch sowohl die Beschleunigung der weiteren Entwicklung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung als auch die Festigung der bereits bestehenden Kollektivwirtschaften gesichert wird.

Der Parteitag schlägt der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion vor, ihre Aufmerksamkeit auf die Überprüfung der Erfüllung der Parteidirektiven zur Entwicklung des Aufbaus der Sowjetwirtschaften zu konzentrieren, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Getreidekulturen als auch besonders auf dem Gebiet der Viehzucht und der gewerblichen Nutzpflanzen.

Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß überprüfen, wie in den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften der Kampf für die Hebung der Ertragsfähigkeit und der Qualität der Arbeit organisiert ist und geführt wird mit dem Ziel, eine Senkung der Selbstkosten, die vollständige Ausnutzung der Einrichtung, die richtige Organisation der Arbeit und die Hebung der Arbeitsproduktivität sowie die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs zu erlangen.

7. Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß fortfahren, die Arbeit zur Rekonstruktion des Verkehrswesens und zu seiner weiteren Rationalisierung und der Mobilisierung seiner inneren Reserven zu überprüfen, insbesondere auf dem Gebiet der Ausnutzung des rollenden Materials und der Einsparung von Brennstoff und Metall. Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß ihre Aufmerksamkeit ganz besonders auf die Entwicklung und Ausnutzung der Fluß- und Seeschiff-

fahrt richten.

8. Der Parteitag weist auf die ungenügende Beweglichkeit des staatlichen und genossenschaftlichen Handelssystems und auf die überaus großen Unkosten in seiner Arbeit hin und beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, die Arbeit zur Rationalisierung des Handelsapparates fortzusetzen, um die vollständige Beseitigung überflüssiger Abteilungen zu erreichen. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Organisation der Massenkontrolle über die Arbeit der Genossenschaften auf dem Gebiet der Vergrößerung der Nahrungsmittelreserven des Landes (Milchfarmen, Gemüsewirtschaft usw.) und der Verteilung der vorhandenen Fonds zu richten. Auf dem Gebiet des Außenhandels muß die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion die Tätigkeit der Außenhandelsorganisationen und die Auswahl erprobter und qualifizierter Kader für sie verstärkt kontrollieren und daneben den Kampf für die Ersetzung von Importwaren durch Erzeugnisse der sowjetischen Industrie und für die Ermittlung neuer Exportquellen mit allem Nachdruck fortsetzen.

9. Der Parteitag billigt die von der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion durchgeführten Maßnahmen zur Einführung bargeldloser Zahlungen hinsichtlich der Massenzahlungen der Bevölkerung und schlägt der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion vor, eine breitere Entwicklung dieser Zahlungen zu erreichen.

10. Die gesamte Arbeit der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion zur Aufdeckung von Mängeln soll zu einer besseren Auswahl der Kader führen und zur Erziehung und Verbesserung der Arbeit der vorhandenen Kader unter Berücksichtigung dieser Mängel. Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, die Erfüllung der Parteibeschlüsse über die Ausbildung neuer qualifizierter Kader ebenso wie deren Verwendung in der praktischen Arbeit systematischer zu kontrollieren.

III.

Der Parteitag hält es für notwendig, die entschiedene Umgestaltung und Vereinfachung des Staatsapparates, der die

Vorzüge des sozialistischen Systems für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau ungenügend ausnutzt, weiter fortzusetzen.

Ausgehend von den erfolgreichen Versuchen der durchgeführten Reorganisierung der Apparate des Außenhandels, der Industrieverwaltung, des Kredit-, Zoll- und Steuersystems usw. beauftragt der Parteitag die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, sowohl solche Institutionen und Verwaltungsformen entschlossen zu liquidieren, die man unkritisch vom Kapitalismus übernommen hat, als auch solche, die zwar in den ersten Jahren der Sowjetmacht noch von Bedeutung waren, die jedoch unter den Bedingungen, daß die sozialistischen Elemente in der Ökonomik des Landes überwiegen, ihren Sinn verloren haben (Vielzahl von Steuern und Tarifen, Aktiengesellschaften usw.). Ein ebenso unerbittlicher Kampf muß geführt werden gegen die Anhäufung einer Vielzahl von parallelen und unnötigen Institutionen sowie für die Beseitigung paralleler und in der neuen Etappe nutzlos gewordener Glieder des Apparates. Ebenso muß auch die Vielzahl der Quellen zur Finanzierung ein und derselben Organisationen beseitigt werden.

1. Der Parteitag ist der Ansicht, daß die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion sich bei ihrer weiteren Arbeit an der Verbilligung und Vereinfachung des gesamten Verwaltungsapparates der Industrie in der Hauptsache auf die Verbesserung der Tätigkeit der untersten Glieder in der Industrie (Betriebe und Werkabteilungen) konzentrieren muß.

Der Parteitag schlägt der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion vor, durchzusetzen, daß die Direktiven des ZK über die Durchführung der Einzelleitung, über die Entwicklung der Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und über die Verbesserung der Produktionsplanung voll und ganz verwirklicht werden.

Gleichzeitig muß die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion alle Erscheinungen von Bürokratismus und kommunistischem Hochmut ausmerzen, welche die Entfaltung der Arbeiterinitiative hemmen und die Entwicklung des sozialistischen Wettbe-

werbs stören, muß in jeder Weise helfen, die Rolle der Parteizellen in der Produktion zu festigen. Ohne sich in Einzelheiten einzumischen und die Verwaltung zu ersetzen, müssen die Zellen ihre Aufmerksamkeit auf die Festigung der Arbeitsdisziplin, die Hebung der Arbeitsproduktivität und die Aufdeckung verborgener innerer Reserven und Produktionsmöglichkeiten konzentrieren.

Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß es sich auch zur Aufgabe machen, die Organisation der Rechnungsführung und der Rechenschaftslegung in den Betrieben zu verbessern, damit sie nicht nur den Zielen der allgemeinen Verwaltung und der technischen Leitung dienen, sondern auch so durchgeführt werden, daß sie den breiten Schichten der Arbeiter verständlich sind, daß sie die Organisation und Führung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung ebenso wie den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Betrieben fördern.

2. Der Parteitag, der die von der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion geleistete Arbeit zur Einschränkung und Verbilligung des Staatsapparates billigt, ist gleichzeitig der Ansicht, daß die auf diesem Gebiet errungenen Ergebnisse, besonders auf dem Gebiet der Wirtschafts-, der Handels- und Genossenschaftsorganisationen, noch ungenügend sind.

Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion zu erreichen, daß die Stellenzahl sämtlicher Apparate wesentlich eingeschränkt und ihre Kosten beträchtlich herabgesetzt werden. Die Möglichkeit einer solchen Einschränkung ist durch den Versuch der grundlegenden Umgestaltung einer Reihe von Organen im Zusammenhang mit der Säuberung des Sowjetapparates bewiesen. (Der Personalbestand des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften wurde um 50 Prozent eingeschränkt, der der Moskauer Finanzabteilung um 64 Prozent, der von "Unionspapier" um 51 Prozent, des Uraler-obsly um 56,7 Prozent, der Textilvereinigung um 50 Prozent, des Metallimport um 40 Prozent usw.)

Der Parteitag schlägt der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion vor, es sich zu einer der wichtigsten Aufgaben

ihrer praktischen Arbeit zu machen, systematisch über die Senkung der Verwaltungskosten zu wachen.

Der Parteitag verpflichtet alle Leiter von Behörden, Institutionen, Wirtschafts-, Handels- und Genossenschafts-Organisationen sowie von Betrieben, unablässig auf die Anwendung strenger Normen bei der Berechnung der Verwaltungskosten zu achten.

3. Der Parteitag weist auf die unzulässige Aufblähung des Apparates des kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Systems sowohl im Zentrum als auch in den einzelnen Ortschaften hin, auf seine zu hohen Kosten, die schwer auf den kollektivierten Bauernwirtschaften lasten und das Wachstum der kollektivwirtschaftlichen Bewegung hemmen, und der Parteitag beauftragt deshalb die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, die vorgesehene Reorganisation dieses Systems zu verwirklichen, eine bedeutende Vereinfachung dieses Apparates, eine Senkung seiner Kosten um mindestens 50 Prozent zu erreichen und ebenso überflüssige Rechenschaftslegungen und unnütze Korrespondenz zu beseitigen.

Im Zusammenhang damit, daß infolge der zunehmenden Kollektivierung die Frage, welche Rolle die Rayons- und Dorfgorgane der Sowjetmacht als unmittelbare Leiter der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande spielen sollen, vollkommen anders steht, ist der Parteitag der Meinung, daß es notwendig ist, die Dorfsowjets in jeder Weise zu stärken und den Inhalt und die Methoden ihrer Arbeit dahingehend entscheidend zu verändern, daß diese in immer stärkerem Maße die Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltung des Dorfes erfaßt.

Gleichzeitig muß der Rayon wirklich zum Knotenpunkt zur praktischen Verwirklichung der Politik der Partei im Dorfe verwandelt werden.

Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, die Verwirklichung des Beschlusses über die Aufhebung der Bezirke besonders zu beobachten, wobei die Übergabe der operativen Funktionen, der Rechte und materiellen

Mittel des Bezirks an den Rayon und den Stadtsowjet gesichert werden muß, ebenso wie die Versetzung der Funktionäre der Bezirksorgane in die Rayons.

Bei der Liquidierung der Bezirke und der Neuverteilung der Funktionen muß dafür gesorgt werden, daß den nationalen staatlichen Gebilden (den autonomen Gebieten, den nationalen Rayons und Sowjets) die ihnen gewährten Rechte in vollem Umfange erhalten bleiben.

5. Ausgehend von den Ergebnissen der Säuberung des Sowjetapparates im ersten Jahre, beauftragt der Parteitag die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, die Säuberung auf der Grundlage der Selbstkritik und unter der Teilnahme der breiten Massen der Arbeiter, der Dorfarmut und der Kollektivbauern fortzusetzen und sie auf den gesamten Verwaltungsapparat, auf den Sowjet-, den Wirtschafts- und den genossenschaftlichen Verwaltungsapparat auszudehnen.

Der Parteitag betont, daß die Säuberung des Sowjetapparates nicht nur Sache der Arbeiter- und Bauerninspektion ist, sondern Sache der gesamten Partei, der gesamten Arbeiterklasse, und er verpflichtet alle Parteiorganisationen und jeden Kommunisten, die Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion bei dieser Arbeit in jeder Weise zu unterstützen.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Partei darauf, daß die Parteizellen und die Parteimitglieder - wie die Erfahrung der Säuberung und die Fälle von Schädlingsarbeit gezeigt haben -, oft nicht im Kampf gegen die Abweichungen von der Klassenlinie an der Spitze stehen, daß sie hinterhertraben und die Partei nicht auf diese Erscheinungen aufmerksam machen.

Die Schädlingsarbeit, die eine Erscheinung des Klassenkampfes ist, wird nicht nur durch die Mängel unserer Sowjetkader möglich und bedeutend erleichtert, sondern auch dadurch, daß viele Parteimitglieder und insbesondere einzelne Kommunisten - Leiter von Institutionen und Betrieben - nicht die nötige Wachsamkeit an den Tag legen, sondern manchmal in ihrer praktischen Arbeit unter dem Einfluß und den Ein-

wirkungen der Schädlinge stehen.

Der Parteitag hält es für notwendig, die Verantwortlichkeit der Parteizellen, der Parteimitglieder und insbesondere der führenden Kommunisten für Fälle von Bürokratismus und Schädlingsarbeit zu verstärken.

Der Parteitag betont, daß jeder Kommunist verpflichtet ist, Stoßarbeiter im Kampf gegen den Bürokratismus zu sein, anderen ein Beispiel zu geben und die übrige Masse zu führen eingedenk dessen, daß der Kampf gegen den Bürokratismus der wichtigste Abschnitt an der Front des Klassenkampfes ist.

6. Eine der größten Errungenschaften auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Bürokratismus ist die neue Massenform der Arbeiterkontrolle von unten - die Patenschaft der Fabriken über den Sowjetapparat. Die Patenschaft der Fabriken und die Übertragung einzelner Funktionen des Staatsapparates an Arbeiter bedeutet einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Verwirklichung der Leninschen Idee, daß "Unser Ziel ist, daß jeder Werktätige nach Erfüllung der achtstündigen 'Aufgabe' der produktiven Arbeit unentgeltlich seine Staatspflichten ausübe".¹⁾ Der Sieben-Stundentag eröffnet neue Möglichkeiten für die Verwirklichung dieser Weisungen Lenins.

Die Hauptaufgabe der Patenschaft muß darin bestehen, daß die Fabriken, die die Patenschaft ausüben, die Ausführung der wichtigsten Direktiven von Partei und Regierung in dem unter ihrer Patenschaft stehenden Apparat täglich kontrollieren. Gerade die tägliche Einführung der Arbeiter in die praktische Arbeit der Behörden wird eine mächtige Reserve neuer proletarischer Kader für die ständige Arbeit im Sowjetapparat schaffen.

Die Patenschaft als eine proletarische Massenbewegung, die auf die Verbesserung der Arbeit des Sowjetapparates gerichtet ist, muß von Seiten aller Organisationen größere Unterstützung und Hilfe erhalten.

1) W.I.Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 389

7. Die Parteiorganisationen, insbesondere die der Betriebe, müssen die Patenschaft als einen äußerst wichtigen Teil ihrer Massenarbeit betrachten. Die Leiter der Organisationen und die Parteizellen der Behörden, über die Fabriken die Patenschaft übernommen haben, sind verpflichtet, günstige Bedingungen für die Arbeit des Paten zu schaffen und tragen die Verantwortung für Hindernisse von Seiten des Apparates, die der Entwicklung der Patenschaft im Wege stehen.

Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, aufmerksam die Erfahrungen, die bisher mit der Heranziehung von Arbeitermassen, die in der Produktion bleiben, zur Verwaltung des Staates sowie mit der Übertragung einzelner Funktionen des Staatsapparates an Arbeiter gemacht werden, zu studieren und zu verbreiten.

8. Der Parteitag hält es für notwendig, weiterhin entschlossenen Arbeiter aus der Produktion, Bauern, besonders aus den Reihen der aktiven Kollektivbauern, Arbeiterinnen und Kollektivbäuerinnen in führende Stellen im Sowjetapparat einzusetzen. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Heranziehung Parteilosser und auf die Organisation einer entsprechenden Ausbildung für die auf verantwortliche Posten aufrückenden Werktätigen zu richten.

Der Parteitag macht die Leiter der Behörden, die Parteizellen und Gewerkschaftsorganisationen für die Schaffung günstiger Bedingungen für die Arbeit der neu eingestellten Arbeiter verantwortlich. Neben der weiteren Verstärkung des Arbeiterelementes im Apparat, durch Beförderung von Arbeitern aus den Betrieben, ist es notwendig, die allergrößte Aufmerksamkeit auf die schulische Erziehung der Arbeiterkinder zu richten, um eine grundsätzliche Erneuerung des Mitarbeiterstabes des Sowjetapparates zu erreichen.

IV.

Die grandiosen Erfolge des sozialistischen Aufbaus, das kulturelle und politische Wachstum des Proletariats und die positiven Erfahrungen, die mit der Heranziehung der breiten Massen zur Säuberung des Apparates gemacht wurden, ermög-

lichen und erfordern den Übergang zur entfalteten Offensive gegen den Bürokratismus, der das Tempo unserer Entwicklung hemmt. Diese Offensive muß auf der Grundlage einer grundlegenden Umgestaltung des Sowjetapparates und der strengen täglichen Kontrolle über die Ausführung der Direktiven von Partei und Regierung durchgeführt werden.

Die Partei und die Arbeiterklasse haben jetzt neue Möglichkeiten, neue bedeutende Siege im Kampf gegen den Bürokratismus zu erringen. Hierfür ist es nötig, mit noch größerer Energie und Entschlossenheit den Bürokratismus in allen Teilen des sozialistischen Aufbaus hartnäckig und ununterbrochen zu verfolgen und auszumerzen.

Der Kampf gegen den Bürokratismus kann sich im gegenwärtigen Stadium nicht nur auf die Einschränkung der Angestelltenzahl, dem Kampf gegen den Amtsschimmel, gegen schlechtes Verhalten gegenüber Besuchern usw. beschränken. "Die Menschen kontrollieren und die faktische Durchführung der Sache kontrollieren, - darin, noch einmal darin, nur darin liegt jetzt der Angelpunkt der ganzen Arbeit, der ganzen Politik".¹⁾ Dieser Hinweis Wladimir Iljitschs gewinnt jetzt in der neuen Etappe besondere Bedeutung und wird zur zentralen Aufgabe des gesamten Kampfes gegen den Bürokratismus. Die Verantwortungslosigkeit, die beamtenhafte Selbstzufriedenheit, das Fehlen einer ehrlichen und genauen Erfüllung der Direktiven von Partei und Regierung - sind die gefährlichste und böseste Form des Bürokratismus. Der unerbitliche Kampf gegen dieses unerträgliche Übel, die unbedingte restlose Durchführung der Überprüfung über die Erfüllung müssen zur generellen Zielsetzung im Kampf gegen den Bürokratismus werden.

Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, diejenigen Funktionäre, die die Direktiven der Partei und Regierung nicht mit aller Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit ausführen, unabhängig von ihrer Herkunft, dienstlichen Stellung und früheren Verdiensten, entschlossen ihrer Posten zu entheben. Die ZKK - Arbeiter- und Bauern-

1) W.I.Lenin, Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 295

inspektion muß sich bei der schonungslosen Bestrafung aller Personen, die sich des Bürokratismus schuldig machen, von dem Hinweis Lenins leiten lassen, daß "die Aufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion nicht nur und nicht einmal so sehr darin besteht, Leute zu 'fangen' und zu 'entlarven' (das ist die Aufgabe des Gerichts, mit welchem sich die Arbeiter- und Bauerninspektion aufs engste berührt, jedoch keinesfalls identisch ist) als vielmehr darin, daß sie es versteht, zu verbessern.

Die geschickte Verbesserung zur rechten Zeit - das ist die Hauptaufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion."¹⁾

V.

Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, auch weiterhin mit der gleichen Festigkeit und Entschlossenheit die Leninsche Einheit der Parteilinien zu wahren, den Kampf gegen alle Arten von Opportunismus und Versöhnertum ihm gegenüber und insbesondere gegen die rechten Abweichungen zu verstärken und alle Versuche schonungslos zu vereiteln, die auf eine Erschütterung der stählernen Parteidisziplin gerichtet sind.

Der Parteitag betont, daß die Grundbedingung für die erfolgreiche Erfüllung der gewaltigen und äußerst komplizierten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus und eines fruchtbaren Kampfes sowohl gegen die bürokratischen Einstellungen im Sowjetapparat als auch gegen die Elemente des Bürokratismus im Parteiapparat - die weitere kühne Entfaltung der bolschewistischen Selbstkritik ist. Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, aufmerksam auf Fälle von Unterdrückung der Selbstkritik zu achten und die Schuldigen aufs strengste zu bestrafen.

Der Parteitag beauftragt die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, mit noch größerer Energie die Massen zum Kampf dafür zu mobilisieren, daß die Beschlüsse der Partei über die Sicherung eines kämpferischen bolschewistischen Tempos beim

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Aufl., Band 33, S.210 (russ.) d.Red.

sozialistischen Aufbau und über die Sicherung der Erfüllung des Fünfjahrplanes in vier Jahren von allen Staats-, Wirtschafts- und Genossenschaftsorganisationen exakt und strikt durchgeführt werden.

Die Erfüllung der vor der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion stehenden gewaltigen Aufgaben muß sich auf eine noch größere Heranziehung der Massen stützen. Die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion muß dadurch, daß sie neue Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern und Bauern zu den verschiedenen Formen der Kontrolle und der Verwaltung des Staates heranzieht, mit noch größerer Energie und Konsequenz die Rolle eines Organisators der breitesten Massen spielen, indem sie die Leninsche Direktive verwirklicht: "die gesamte werktätige Masse, sowohl Männer als auch insbesondere Frauen, sollen zur Teilnahme an der Arbeiter- und Bauerninspektion herangezogen werden".¹⁾

Der Parteitag bringt seine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion ihre Arbeit noch enger und in noch größerem Umfang mit dem Leben der Millionen Arbeiter und Bauern verbinden und damit die Festigung der ökonomischen Macht der UdSSR und die Entfaltung der sozialistischen Offensive an der gesamten Front für den vollen Sieg des Sozialismus in der UdSSR festigen wird.

Zum Rechenschaftsbericht der Delegation der KPdSU(B) im EKKI
(Einstimmig angenommen)

Der XVI. Parteitag der KPdSU(B) billigt nach Entgegennahme und Erörterung des Rechenschaftsberichtes des Genossen Molotow über die Arbeit der Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale voll und ganz die politische Linie und die Tätigkeit der Delegation.

Die Weltwirtschaftskrise, die sich auf der Grundlage der allgemeinen Krise des Kapitalismus entwickelt hat, die

1) W.I.Lenin, Ausg. Werke in 12 Bänden, Bd.9, Verlagsgenossenschaft ausl. Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, S. 496

alle Hauptwidersprüche des kapitalistischen Systems bis zum äußersten verschärft und den Beginn des Endes der relativen kapitalistischen Stabilisierung bedeutet, hat die Analyse des XV. Parteitages der KPdSU(B) und des VI. Weltkongresses der Komintern über den sich zunehmenden Prozeß des Zerfalls der kapitalistischen Stabilisierung voll und ganz bestätigt. Sie hat die Ansichten der rechten Opportunisten völlig zerschlagen, die der Sozialdemokratie die Theorien vom "organisierten Kapitalismus" (Bucharin), von der Milderung der inneren Widersprüche des Kapitalismus in der Epoche der Monopole und Truste, von der amerikanischen Exklusivität usw. nachplapperten und faktisch neben der Sozialdemokratie die Rolle offener Apologeten der kapitalistischen Stabilisierung spielten. Die Entwicklung der heutigen Krise zeigt augenfällig, daß aus der Stabilisierung selbst gerade die "... tiefste und schärfste Krise des Weltkapitalismus erwächst, die mit neuen Kriegen schwanger geht und das Bestehen jeder wie immer gearteten Stabilisierung bedroht" (Stalin, Politischer Rechenschaftsbericht auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B))¹⁾

Die Wirtschaftskrise, die sich neben den grandiosen Erfolgen der sozialistischen Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR entfaltet, enthüllt vor den breiten Massen der Welt die ganze Tiefe des Hauptwiderspruches - des Widerspruches zwischen dem Lande, das den Sozialismus aufbaut und dem durch die Krise immer mehr erschütterten kapitalistischen System. Die Krise in den kapitalistischen Ländern und der mächtige Aufschwung des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR verstärken die militärische Aggressivität der imperialistischen Cliquen gegen die UdSSR. Gleichzeitig beschleunigen sie jedoch die Prozesse der Revolutionierung der Massen und festigen folglich die Organisation der proletarischen Kräfte, die auf der Wacht stehen für das Land der proletarischen Diktatur. Unter den Bedingungen des sich unter dem Einfluß der Krise verschärfenden Kampfes um Absatzmärkte wird das Finanzkapital

1) J.W.Stalin, Werke, Band 10, Dietz Verlag, Berlin 1953, Seite 238

einerseits in einen wütenden Zollkrieg verstrickt, der den Ausbruch offener bewaffneter Zusammenstöße für eine Neuaufteilung der Welt und die Räuberei in den Kolonien außerordentlich beschleunigt. Andererseits verstärkt es in neuen noch erbitterteren Formen den Angriff auf den Lebensstandard des Proletariats (ungeheuerliche Arbeitslosigkeit, bedeutende Senkung des Arbeitslohnes, Verlängerung des Arbeitstages, Abschaffung der Sozialversicherung, Anwachsen der Steuerlast usw.). Die zugleich damit vor sich gehende Faschisierung des Staatsapparates der Bourgeoisie bei Verschmelzung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit diesem ist mit einer wachsenden Verschärfung des Klassenkampfes verbunden. Das Proletariat antwortet auf diese Offensive des Kapitals mit der Entwicklung der Streikbewegung, mit Aktionen der Arbeitslosen, mit politischen Demonstrationen bei Vorhandensein von Elementen des Hinüberwachsens der wirtschaftlichen Kämpfe in politische. Die Krise, die unter den Bedingungen des bereits begonnenen revolutionären Aufschwungs der internationalen Arbeiterbewegung und der werktätigen Massen in den Kolonien verläuft, hebt die Gegenoffensive des Proletariats auf eine höhere Stufe, indem sie in einigen Ländern dazu führt, daß die Wirtschaftskrise in eine politische Krise hinüberwächst und die Entfesselung von Bürgerkriegen in den Kolonien beschleunigt.

Der Parteitag konstatiert die Richtigkeit der vom XV. Parteitag und dem VI. Weltkongreß gegebenen Analyse der weiteren Entwicklung und Vertiefung der Revolution in China auf neuer Grundlage als einer Revolution der Arbeiter, Bauern und der städtischen armen Bevölkerung unter dem Banner der Sowjets und der Hegemonie der Arbeiterklasse, er konstatiert die Richtigkeit der Analyse des unausbleiblichen Aufschwungs einer neuen Welle der nationalrevolutionären Bewegung in Indien, - einer Analyse, die durch den Verlauf der Entwicklung des revolutionären Aufschwungs in China und Indien vollkommen bestätigt worden ist. Die Fakten des revolutionären Kampfes der werktätigen Massen in den Kolonien (in Indochina, in Kongo, in Haiti, auf den Philippinen,

in Palästina usw.) weisen auf das Anwachsen der nationalrevolutionären Bewegung hin, die die Herrschaft des Imperialismus immer mehr untergräbt.

Der Parteitag stellt fest, daß die Komintern unter aktiver Beteiligung der Delegation der KPdSU(B) die vor sich gehende, mit der Verschärfung der Klassenwidersprüche und der wachsenden Aktivität der proletarischen Massen zusammenhängende Umgruppierung der Kräfte rechtzeitig berücksichtigt und daher die Taktik Klasse gegen Klasse festgelegt und konsequent durchgeführt hat, d.h. die Taktik der selbständigen Führung der Klassenkämpfe und des unversöhnlichen Kampfes gegen die sich faschisierende Sozialdemokratie und gegen ihre Agentur in den Reihen der kommunistischen Bewegung, die rechte opportunistische Abweichung.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß während der Rechenschaftsperiode, die gekennzeichnet war durch den Übergang von den in der Praxis der Sektionen der Komintern vorherrschenden agitatorisch-propagandistischen Arbeitsmethoden zu Methoden der Organisation und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats, von der Komintern bedeutende Erfolge errungen wurden, daß der Einfluß der Sektionen der Komintern auf die breiten Massen der Arbeiter und auf die Werktätigen in den Kolonien gewachsen ist. Dies kam zum Ausdruck in der Einbeziehung neuer Schichten der Arbeiterklasse in den aktiven Kampf, in der Bildung neuer Sektionen in einer Reihe von Ländern, in der Verstärkung der internationalen proletarischen Kampfsolidarität in den Sektionen der Komintern, in der organisierten Durchführung internationaler Aktionen gegen Krieg und gegen Arbeitslosigkeit.

Im Ergebnis dieser richtigen Leninschen Politik gelang es den Sektionen der Komintern, neue Erfolge bei der Führung der Bewegung der immer revolutionärer werdenden Massen und bei der Durchführung einer Reihe wirtschaftlicher und politischer Streiks sowie bei der Organisation der Bewegung der ungeheuren Massen der Arbeitslosen zu erringen. Es gelang den Sektionen der Komintern, die Arbeit einiger Sektionen der Gewerkschaftsinternationale zu aktivieren, die

Elemente der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den reformistischen Gewerkschaften in bedeutend stärkerem Maße organisatorisch zu vereinigen, sich von einer Reihe sozialdemokratischer Überreste in ihrer Arbeit frei zu machen, eine bedeutende Säuberung ihrer Reihen von opportunistischen Elementen durchzuführen, ihre Kampffähigkeit zu heben und einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Bolschewisierung zu tun. Die Sektionen der Komintern zerschlugen im schonungslosen Kampf gegen die Abweichungen von der politischen Generallinie der Komintern den konterrevolutionären Trotzismus und die rechte opportunistische Abweichung in ihren Reihen und erreichten, daß ein Teil der versöhnlerischen Elemente kapitulierte und daß ein anderer Teil entlarvt wurde, der offen in das Lager der rechten Renegaten übergegangen war. Der Parteitag billigt vollkommen die von der Komintern bezüglich der rechten und "linken" Opportunisten ergriffenen organisatorischen Maßnahmen, insbesondere die Maßnahmen zur Säuberung der Kommunistischen Parteien von den offen opportunistischen Elementen, da diese Maßnahmen die Kampffähigkeit der Sektionen der Komintern steigern. Dadurch, daß die Sektionen der Komintern den Kampf an zwei Fronten führen - sowohl gegen den offenen rechten Opportunismus, der die Hauptgefahr darstellt, als auch gegen die "linken" Abweichungen, die diesen Opportunismus stärken -, dadurch, daß sie ihre Kader auf der Grundlage der richtigen Leninschen Linie erziehen und stählen, vermochten sie, eine Festigung der Einheit und eine bolschewistische Konsolidierung ihrer Reihen zu erreichen, nachdem sie in einer Reihe von Ländern die Parteileitung durch hervorragende revolutionäre Proletarier, die sich in Massenkämpfen erprobt haben, erneuert hatten.

Der XVI. Parteitag der KPdSU(B) hebt mit Befriedigung alle diese Errungenschaften hervor und beauftragt die Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Komintern, ihre Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, daß die Sektionen der Komintern den Kampf gegen den Sozialfaschismus, insbesondere gegen seinen "linken" Flügel sowie gegen den Einfluß des Nationalfaschismus auf einzelne Schichten der Arbei-

terklasse zu konzentrieren. Der Parteitag betont besonders, daß das organisatorische Zurückbleiben der Sektionen der Komintern hinter ihrem wachsenden ideologisch-politischen Einfluß überwunden werden muß, indem man den Schwerpunkt der Parteilarbeit in die Betriebe verlegt, die Arbeit in den Massenorganisationen, insbesondere in den Gewerkschaften, sowie die Anleitung der Fraktionen in ihnen von Seiten der Partei verstärkt und indem man systematisch die Streikbewegung der Arbeiter selbständig organisiert und leitet. Dabei müssen die Tendenzen der Nachtrabpolitik in den Parteiorganisationen und unter den Gewerkschaftsfunktionären als Erscheinungsformen von sehr schädlichem Opportunismus in der Praxis überwunden werden, und man muß systematisch dafür kämpfen, nicht nur die parteilosen, sondern auch die sozialdemokratischen Arbeiter auf der Grundlage der bolschewistischen Durchführung der Taktik der Einheitsfront von unten auf unsere Seite zu ziehen. Der Parteitag der KPdSU(B) hält es für notwendig, auch weiterhin den unerbittlichsten Kampf zu führen gegen den Opportunismus in der Praxis, der meist in der Nichtdurchführung der revolutionären Taktik Klasse gegen Klasse, im Versöhnertum gegenüber der Sozialdemokratie und in der Unterordnung der eigenen Politik unter den gewerkschaftlichen reformistischen Legalismus sowie in der Ablehnung der beharrlichen Kleinarbeit und des täglichen Kampfes um die Massen, die sich mit "linken" Phrasen tarnen, zum Ausdruck kommt. Nur wenn die tatsächliche, praktische Durchführung dieser Maßnahmen gesichert ist, werden die Sektionen der Kommunistischen Internationale die organisatorische Festigung ihres Einflusses unter den Massen erreichen, der im Zusammenhang mit dem Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung ständig wächst. Nur die ideologische und organisatorische Festigung der Sektionen der Kommunistischen Internationale bei gleichzeitigem Wachsen der unbestreitbaren Autorität der Leninschen Führung der KPdSU(B) sichert noch stärker die Verbundenheit der einzelnen Sektionen der Komintern zu einer einheitlichen weltumspannenden Kommunistischen Partei auf der Grundlage des einheitlichen Programms der Kommunistischen Internationale, das eine mächtige

Waffe im Kampf für die proletarische Weltrevolution 1/8t.

Der Parteitag beauftragt das ZK der KPdSU(B), das Parteiprogramm auf der Grundlage des vom VI. Weltkongreß angenommenen Programms der Kommunistischen Internationale und der Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR zu überarbeiten.

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Über die Erfüllung des Fünfjahrplans der Industrie

(Einstimmig angenommen)

I. Die Erfolge bei der Erfüllung des Fünfjahrplans der Industrie

Die Schaffung einer sozialistischen Großindustrie, - der Grundlage der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft, die in der Lage ist, die Landwirtschaft zu reorganisieren, die Verteidigungsfähigkeit des Landes der proletarischen Diktatur zu erhöhen und die Volkswirtschaft der UdSSR aus der Abhängigkeit von den kapitalistischen Ländern zu befreien, - ist die wichtigste Aufgabe beim erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft:

"Die wirkliche und einzige Basis zur Sicherung der Hilfsquellen, zur Schaffung der sozialistischen Gesellschaft ist einzig und allein die Großindustrie" (Lenin, Band XVIII, Teil I, Seite 260).¹⁾

Ausgehend von diesen Voraussetzungen wurden vom XV. Parteitag die "Direktiven zur Aufstellung eines Fünfjahrplans der Volkswirtschaft" angenommen, und auf der Grundlage dieser Direktiven billigte die XVI. Parteikonferenz den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft.

In diesen Beschlüssen der Partei wurde ein schnelles Tempo für die Entwicklung der gesamten Industrie und besonders

1) W.I. Lenin, Ausgew. Werke in 12 Bänden, Bd.9, Verlagsgesellschaft ausl. Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, S.226

für die Produktionsmittel herstellenden Zweige festgelegt. Dank der immer stärker werdenden Mobilisierung der Arbeitermassen zum Kampf um die Verwirklichung der gestellten Aufgaben und der wahrhaft bolschewistischen Anleitung von seiten des ZK bei der praktischen Erfüllung des Industriepplans wurde das von der Partei vorgesehene schnelle Tempo der Industrialisierung in den letzten zwei Jahren nicht nur eingehalten, sondern sogar überschritten.

Schon im Jahre 1927/28 wurde die Planaufgabe für die Industrie (Kontrollziffern für das Jahr 1927/28) faktisch sowohl von der Industrie insgesamt als auch besonders von den Produktionsmittel produzierenden Zweigen überschritten. In der gesamten von der Planung erfaßten Industrie betrug die tatsächliche Zunahme der Produktion im Vergleich zum Vorjahre 26 Prozent gegenüber 24,5 Prozent, wie in den Kontrollziffern vorgesehen, und in der Schwerindustrie betrug die tatsächliche Zunahme 28,7 Prozent gegenüber 21,3 Prozent nach den Kontrollziffern.

Die Ergebnisse des Jahres 1927/28 - des ersten Jahres im Fünfjahrplan - haben gezeigt, daß in bezug auf die Bruttoproduktion die von der Planung erfaßte Industrie die Planaufgaben des Fünfjahrplans übererfüllt hat (eine 24 prozentige Zunahme der Produktion gegenüber einer 21,4 prozentigen laut Fünfjahrplan).

Dieser Erfolg des ersten Jahres des Fünfjahrplanes ermöglichte es, die Planaufgabe für die Industrieproduktion für das Jahr 1929/30 wesentlich zu erhöhen und die Zunahme der Produktion mit 31,3 Prozent gegenüber 21,5 Prozent laut Fünfjahrplan festzulegen.

Die ersten Monate des Jahres 1929/30 haben gezeigt, daß, obwohl das Anwachsen der Industrieproduktion die Aufgaben des Fünfjahrplans bedeutend überstiegen hat, die von der Partei gefaßten Beschlüsse über die Kontrollziffern des laufenden Jahres nicht völlig erfüllt worden sind, was geradezu die Erfüllung des gesamten Jahresindustriepplans zum Scheitern zu bringen drohte. Im Kampf um die Erfüllung des Industriepplans und um die Liquidierung der hier zutage ge-

tretenen Rückstände hat die Partei unter Leitung des ZK die Kräfte der Arbeiterklasse im weiten Maße mobilisiert und die Mängel in der Arbeit der Wirtschaftsorgane sowie der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen schonungslos aufgedeckt und gebrandmarkt. Im Ergebnis einer ganzen Reihe vom ZK getroffener Maßnahmen (Aufruf des ZK vom 25. Januar 1930 über die Erfüllung der Kontrollziffern der Industrie, Berichte von der Industriefront in der Presse, Kontrolle der Arbeit einzelner Truste und Industrievereinigungen, Entsendung von Mitgliedern des ZK in die Industrierayons usw.) ist es gelungen, einen gewissen Fortschritt bei der Erfüllung des Industrieplans zu erzielen. Trotzdem ist auch gegenwärtig das für dieses Jahr festgelegte Tempo für die Entfaltung der Industrie noch nicht erreicht. Die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1929/30 zeigen, daß das Wachstum der Bruttoproduktion der Industrie im Vergleich zum Vorjahr 29,4 Prozent betrug, während ein Wachstum von 31,4 Prozent erreicht werden sollte. Eine weitere wirklich bolschewistische Mobilisierung der Kräfte der Partei und der gesamten Arbeiterklasse zum entscheidenden Kampf für die Verwirklichung des diesjährigen Industrieplans, für seine Erfüllung und Übererfüllung, ist notwendig.

Der Parteitag stellt fest, daß die Erfüllung des diesjährigen Planes erstens eine Zunahme der Bruttoproduktion der vom Plan erfaßten staatlichen Industrie in den ersten zwei Jahren des Fünfjahrplans um 65 Prozent anstelle der im Fünfjahrplan geplanten 47,5 Prozent und zweitens eine bedeutende Erhöhung des Entwicklungstempos der Industrie vom Jahre 1928/29 zum Jahre 1929/30 sichern wird.

Was die gesamte Großindustrie der UdSSR betrifft (die vom Plan erfaßt und nicht erfaßt), so wird die Bruttoproduktion in diesen zwei Jahren um ungefähr 59 Prozent anstatt um 43 Prozent laut Fünfjahrplan anwachsen. Dadurch wird schon in diesem Jahr das Vorkriegsausmaß der Produktion der Großindustrie um das Doppelte überschritten.

Entsprechend der streng verfolgten Linie, die Produktionsmittel produzierenden Industriezweige bevorzugt zu entwickeln, wird die Bruttoproduktion der Zweige der Schwerin-

dustrie in diesen zwei Jahren (in der vom Plan erfaßten Industrie) um 88 Prozent anstatt um 58,4 Prozent, wie im Fünfjahrplan vorgesehen war, ansteigen. Das führt dazu, daß der Anteil der Schwerindustrie an der Produktion der gesamten geplanten Industrie von 42 Prozent im Jahre 1927/28, auf 48 Prozent im Jahre 1929/30 steigt.

In den einzelnen wichtigsten Zweigen der Schwerindustrie sieht das Wachstum der Produktion folgendermaßen aus:

Die Produktion des Maschinenbaus der UdSSR wird in zwei Jahren um etwas mehr als das Zweifache anwachsen und das allgemeine Entwicklungstempo der gesamten Industrie als auch der anderen Zweige der Schwerindustrie übersteigen.

Die Produktion der elektrotechnischen Industrie wird 1929/30 im Vergleich zum Jahre 1927/28 um das 2,7-fache statt, wie im Fünfjahrplan vorgesehen, um das 1,8-fache anwachsen.

Die Produktion des Landmaschinenbaues wächst in den ersten zwei Jahren des Fünfjahrplans um 250 Prozent gegenüber 171 Prozent laut Fünfjahrplan, so daß die Produktion von Landmaschinen im Jahre 1929/30 mehr als sechsmal so groß sein wird wie vor dem Kriege.

Die Produktion von Roheisen nimmt um 68,7 Prozent zu gegenüber 51,5 Prozent laut Fünfjahrplan, so daß der Vorkriegsstand der Produktion um 31 Prozent überschritten wird.

Die Produktion der Steinkohlenindustrie wächst in den ersten beiden Jahren des Fünfjahrplans um 45,8 Prozent gegenüber 31,6 Prozent laut Fünfjahrplan, so daß der Vorkriegsstand der Produktion um 78 Prozent überschritten wird.

Die Erdölförderung steigt um 37,8 Prozent gegenüber 26,5 Prozent laut Fünfjahrplan und wird um 74 Prozent über den Vorkriegsstand liegen.

Die Produktion von Zement steigt um 84,9 Prozent statt um 63,9 Prozent laut Plan und wird den Vorkriegsstand um 78,8 Prozent übersteigen usw.

Die Kapitalinvestitionen in der Industrie beliefen sich im Jahre 1928/29 auf 1,8 Milliarden Rubel und sollen (laut Plan) im Jahre 1929/30 4 Milliarden Rubel betragen (d.h. in zwei Jahren 5,8 Milliarden Rubel statt wie im Fünfjahr-

plan vorgesehen, 3,9 Milliarden Rubel).

Das Grundkapital der Industrie soll durch die Investitionen der beiden ersten Jahre um 52 Prozent anwachsen, darunter das Grundkapital der Schwerindustrie um 75 Prozent. Gleichzeitig wurde die Ausnutzung der vorhandenen Industriefonds durch sozialistische Rationalisierung, Einführung der ununterbrochenen Produktion und eine größere wenn auch bei weitem noch nicht ausreichende Erweiterung des Schichtsystems verstärkt. Die Betriebe, die ununterbrochen arbeiten, umfassen zwei Drittel aller Industriearbeiter. Wenn im Jahre 1927/28 das Schichtsystem in der gesamten Industrie mit dem Koeffizienten 1,49 festgelegt wurde, so erhöht es sich im I. Quartal 1929/30 auf den Koeffizienten 1,6.

Das schnelle Tempo der Entfaltung der Industrieproduktion ist von einem bedeutenden zahlenmäßigen Wachstum der Arbeiterklasse begleitet (mehr als 520 000 Personen seit dem XV. Parteitag) und hatte ein nicht nur relatives, sondern auch ein absolutes Absinken der Arbeitslosenziffer zur Folge. Dieser Prozeß der Einbeziehung neuer Hunderttausender von Arbeitern in die Industrieproduktion ist begleitet von einer bedeutenden Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiterklasse, von der Erhöhung ihres Anteils am Volkseinkommen und einer Verbesserung der Lebenslage der breiten Arbeitermassen durch Erhöhung der Löhne, durch Einführung des Siebenstundentages in einer großen Zahl von Betrieben, durch Verminderung der Arbeitslosigkeit, durch Erhöhung des Sozialversicherungsbudgets (das in diesem Jahr 1,4 Milliarden überstiegen hat) und riesigen Investitionen im Bau von Arbeiterwohnungen.

Das Wachstum der sozialistischen Industrie, das ihren Anteil an der Volkswirtschaft, ihre Rolle in ihr und ihren Einfluß auf sie erhöht hat, bedeutete gleichzeitig, daß der Einfluß der konsequent sozialistischen Formen der Produktionsverhältnisse wuchs und stärker wurde. Es führte zu einer unermeßlichen Stärkung der Positionen des Sozialismus in unserem Lande, indem es die technisch-ökonomische Basis für die unterschiedene Wendung der Massen der Klein- und Mittelbauern zur sozialistischen Organisation der Landwirtschaft schuf.

II. Mängel in der Qualität und Kampf um die Qualitätsverbesserung

Die Übererfüllung der Planaufgaben in bezug auf die quantitativen Kennziffern der Arbeit unserer Industrie war jedoch von einem ständigen Zurückbleiben auf dem Gebiet der qualitativen Kennziffern ihrer Arbeit begleitet. Die Aufgaben bezüglich der Arbeitsproduktivität, der Senkung der Selbstkosten für die Industrieerzeugnisse sowie der Senkung der Kosten im Bauwesen werden ständig nicht erfüllt, wodurch die allgemeinen Resultate der Arbeit der Industrie vermindert werden.

Besonders unzulässig ist die Lage hinsichtlich der Qualität der Industrieerzeugnisse, welche auf einem sehr niedrigen Niveau steht und in einzelnen Fällen sogar die Tendenz zu einer weiteren Verschlechterung aufweist. Der Parteitag ist der Meinung, daß die Wirtschaftsorgane für die Qualität der Erzeugnisse nicht weniger verantwortlich zu machen sind als für die Nichterfüllung der Aufgaben bezüglich der Quantität, und daß bei der Aufstellung der Industrie- und Finanzpläne für die Hauptzweige, die Massenprodukte herstellen, auch die qualitativen Kennziffern der entsprechenden Produktion vorausgeplant werden müssen. Der Parteitag stellt den Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganen, den Parteiorganisationen, dem Komsomol, der Presse und der gesamten Arbeiteröffentlichkeit die Aufgabe, die breiten Massen der Werktätigen zu der Arbeit an der entschiedenen Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse heranzuziehen und zu diesem Zwecke in großem Maßstab solche Formen der Arbeitsorganisation, wie den sozialistischen Wettbewerb und die Stoßarbeiterbewegung, auszunutzen.

Der Parteitag weist auf die Nichterfüllung der Aufgaben zur Senkung der Selbstkosten im Jahre 1928/29 (4,4 Prozent gegenüber 7 Prozent laut Plan) und auf eine gewisse Gefährdung der vollständigen Erfüllung der Planaufgaben im laufenden Jahre (6 Prozent im ersten Halbjahr anstelle von 11 Prozent laut Plan) hin, und in Anbetracht dessen, daß die Senkung der Selbstkosten der Industrieerzeugnisse und der Kosten des

Bauwesens für die Beschleunigung des Tempos des sozialistischen Aufbaus von außerordentlich großer Bedeutung ist, schlägt der Parteitag vor, in der praktischen Arbeit der Industrie den Fragen der sozialistischen Rationalisierung auf der Grundlage des Kampfes um eine bessere Organisation der Produktion, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der rationellsten Ausrüstung und auf der Grundlage des Kampfes gegen Verluste in der Produktion und bei der Zirkulation besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wodurch die Erfüllung der Planaufgaben hinsichtlich der Selbstkosten bei gleichzeitiger unbedingter Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse gewährleistet werden muß.

Der Parteitag stellt fest, daß ungeachtet einer gewissen Verbesserung, die in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Investitionsbauten erreicht worden ist, in der Praxis der Ausführung von Industrieneubauten bis jetzt eine Reihe von schweren Mängeln vorhanden ist. Hierzu gehören: das Zurückbleiben und der unbefriedigende Zustand der Projektierungsarbeiten, die ungenügende Ausnutzung der Bausaison, die ausgedehnte Front und das langsame Tempo der Bauarbeiten, die hohen Kosten und die niedrige Qualität der Bauarbeiten, die Nichterfüllung der Aufgaben in bezug auf die Senkung des Bauindex, die schlecht organisierte Versorgung der Bauten mit den wichtigsten Baustoffen, fehlende Koordinierung der Baetermine und der Termine für die Lieferung der Ausrüstungen, die mangelhafte Organisation der geologischen Untersuchungsarbeiten, der unbefriedigende Zustand der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten usw. Der Kampf gegen diese Mängel bei der Ausführung der Industriebauten muß im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller Organisationen der Arbeiterklasse stehen.

III. Die wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung der Industrie

Beim Verlauf der Arbeiten zur Verwirklichung des Fünfjahresplans der Industrie hat sich eine Reihe von Schwierigkeiten und Engpässen gezeigt, auf deren Überwindung die Aufmerksamkeit der Partei konzentriert werden muß:

a) Eine außerordentlich wichtige Bedingung für die forcierte Entwicklung der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft ist die Festigung und Erweiterung der Energiebasis der Union in einem Ausmaß, das die störungsfreie Entfaltung der Industrie und der Volkswirtschaft in allen Rayons des Landes gewährleistet.

Der Parteitag hält es für erforderlich, daß das Defizit an Brennstoffen im Lande bereits in allernächster Zeit völlig liquidiert wird. Der Parteitag beauftragt das ZK, Maßnahmen zu ergreifen, um die Gewinnung von Brennstoffen aller Art wesentlich zu verstärken.

In Anbetracht dessen, daß die Schaffung neuer Bergwerke außerordentlich stark hinter den Forderungen zurückbleibt, die an die Steinkohlenindustrie gestellt werden, hält der Parteitag es für nötig, den Bau neuer großer Bergwerke zu forcieren, wobei besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten ist, das Tempo des Streckenvortriebs so zu beschleunigen, daß es das der fortgeschrittensten Industrieländer erreicht.

Die Verringerung und danach die völlige Liquidierung des Brennstoffdefizits erfordert eine maximale Erhöhung der Förderung und Ausnutzung der örtlichen Brennstoffe (Torf, Schiefer, örtliche Kohle, Erdgase), durch die die von weit her zu transportierenden Brennstoffe in weitestem Maße zu ersetzen sind. Gleichzeitig schlägt der Parteitag vor, Maßnahmen zu ergreifen, damit hochwertige Kohle, die spezielle Bedeutung für die Verkokung und für die Chemie hat, nicht zu Heizzwecken verbraucht wird.

Der Parteitag schlägt dem ZK vor, strenge Maßnahmen durchzuführen, um die Brennstoffe für die genannten Zwecke zu erhalten. Der Parteitag ist der Meinung, daß die rationelle Ausnutzung der Brennstoffvorräte und der Elektroenergie von gewaltiger Bedeutung für die Verbesserung der Brennstoffbilanz ist und schlägt aus diesem Grunde dem ZK vor, die schärfsten Maßnahmen zu treffen, um den Verbrauch an Brennstoff in den Betrieben, bei der Eisenbahn usw. zu verringern.

Der Parteitag weist auf die Disproportionen zwischen industrieller Entwicklung und Energieversorgung in einer Reihe der wichtigsten Rayons (Donbass, Kusbass, Leningrad, Moskau,

Nishnij Nowgorod, Ural) hin und hält es für erforderlich, das Netz der zu bauenden Elektrizitätswerke zu erweitern und einen entscheidenden Umschwung in der Versorgung der Betriebe mit Elektrizität zu erzielen.

b) Das schnelle Tempo der Kollektivierung stellt der Industrie, die den Produktionsbedürfnissen der vergesellschafteten bäuerlichen Wirtschaften dient, die Aufgabe, für den Traktoren-, Landmaschinen- und Kraftfahrzeugbau und die chemische Industrie ein Entwicklungstempo zu sichern, das den Bedürfnissen der in der Rekonstruktion befindlichen Landwirtschaft entspricht. Aus diesem Grunde sind die rechtzeitige Inbetriebnahme des Stalingrader Traktorenwerkes, die Erweiterung der Produktion von Traktoren im Werk "Krasnij putilowec" (Roter Putilowarbeiter) auf 25 000 Stück im Jahre 1930/31, die Fertigstellung des Charkower Traktorenwerkes im Jahre 1930/31, der forcierte Aufbau des Tscheljabinsker Traktorenwerkes, der Mähdrescher-Werke in Saporoshje, Sibirien und Saratow, der Ankermobilwerke in Moskau und Nishnij, der chemischen Kombinate, der Werke, die Mineraldünger und Kali erzeugen, die Reorganisierung der Landmaschinenfabriken in Richtung auf die maximale Erweiterung der Produktion von Traktorenzubehör und die schnellste vollständige Beseitigung der Notwendigkeit, sie zu importieren, Aufgaben von gewaltiger politischer Bedeutung. Der Parteitag schlägt dem ZK und den zuständigen Sowjetorganen vor, unermüdlich über den Verlauf der angeführten Bauten zu wachen und für ihre Fertigstellung zu den festgesetzten Fristen zu sorgen.

c) Der Parteitag hält es für erforderlich, unermüdlich und konsequent die Chemisierung auf allen Gebieten der Volkswirtschaft durchzuführen, und zwar in der Richtung, daß man die Produktion von Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln für die Landwirtschaft entwickelt und das Tempo dieser Entwicklung beschleunigt, - daß man die Produktion von Kunstfasern, die Holzchemie, die Verarbeitung von Schiefer, Torf und chemisch wertvoller Kohle (synthetische Fette, Treibstoffe u.a.), die Erzeugung von Farben, Baustoffen u.a. verstärkt.

d) Die allgemeine Zunahme des Frachtumlaufes im Lande, der bedeutend über die Aufgaben des Fünfjahrplans hinausgeht, fordert von der Industrie eine Produktionsentwicklung, die den Bedürfnissen aller Zweige des Verkehrswesens entspricht, besonders des Transports auf dem Wasserwege, der äußerst zurückgeblieben ist. Diese Produktionsentwicklung der Industrie muß durch die Entwicklung des Verkehrswesens begleitet werden, entsprechend dem Wachstumstempo der Volkswirtschaft.

e) Das sich von Jahr zu Jahr vergrößernde Ausmaß der Investitionen in der Industrie und die Volkswirtschaft fordern von der staatlichen und genossenschaftlichen Baustoffindustrie (Holz, Zement, Ziegel usw.) ein Entwicklungstempo, das den Bedürfnissen der sich industrialisierenden Volkswirtschaft gerecht wird. Der zunehmende Umfang und das beschleunigte Tempo der Ausführung von Investitionsbauten erfordern eine entschiedene Forcierung des Überganges zu industriellen Baumethoden durch Standardisierung, Typisierung und rechtzeitige Projektierung sowie durch maximale Mechanisierung der Bauarbeiten und den Übergang zum Bauen während des ganzen Jahres sowie die Schaffung ständiger Kader von Bauleuten. Insbesondere muß größere Aufmerksamkeit auf die Herstellung neuer Arten von Baumaterial gerichtet werden.

f) In Anbetracht der ständig wachsenden Bedeutung der Gewinnung von nichtmetallischen Bodenschätzen (mineralischen Rohstoffen) für die Volkswirtschaft und insbesondere für den Export macht der Parteitag die Partei darauf aufmerksam, daß es notwendig ist, diesen Industriezweig mit allen Mitteln zu entwickeln.

g) Eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung ist die forcierte Entwicklung derjenigen Industriezweige, die die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion stärken.

h) Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Entwicklung der Exportzweige der Industrie, die unsere Devisenressourcen vergrößern und dadurch neue zusätzliche Möglichkeiten eröffnen, das Tempo der Industrialisierung des Landes zu beschleunigen.

i) Die wachsenden Bedürfnisse der breiten Arbeiter- und Bauernmassen und die Aufgabe, ihr materielles und kulturelles Lebensniveau systematisch zu heben und andererseits die Unzulänglichkeit der landwirtschaftlichen Rohstoffbasis, die die Möglichkeit zur Entwicklung der Zweige der Leichtindustrie einschränkt, machen es erforderlich, daß die Industrie zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe in den verbleibenden drei Jahren im wesentlichen aus der Abhängigkeit vom ausländischen Markt befreit wird und die Rohstoffbasis der Industrie der UdSSR auf ein Niveau gebracht wird, das es ermöglicht, den Fünfjahrplan vollständig zu erfüllen und die bestehenden Einrichtungen der entsprechenden Zweige der Leichtindustrie maximal auszunutzen.

Der XVI. Parteitag beauftragt das ZK der KPdSU(B), auf der Grundlage dieser allgemeinen Direktiven in kürzester Frist einen konkreten Plan zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Rohstoffbasis sowie einen Maßnahmenplan zu seiner Verwirklichung auszuarbeiten.

j) Für die Entwicklung der Industrie, die Lebensmittel für die breiten Massen erzeugt, ist ein ausreichend schnelles Tempo zu gewährleisten.

k) Besondere Aufmerksamkeit ist der Entfaltung derjenigen Industriezweige zu widmen, die die produktionstechnische Basis für den kulturellen Aufbau bilden (Papier- und Druckereiwesen, Ausrüstungen für Zwecke der Wissenschaft und Lehre, Film- und Rundfunkapparaturen usw.) und speziell der Entwicklung der entsprechenden Zweige des Maschinenbaus.

l) Die Lösung aller oben gestellten Aufgaben ist ebenso wie die der technischen Rekonstruktion der übrigen Zweige der Volkswirtschaft und der Industrie nur unter der Bedingung und auf der Grundlage einer forcierten Entwicklung des Maschinenbaus möglich, insbesondere des Schwermaschinenbaus (besonders für die Metallurgie, den Bergbau und die Bauindustrie), des Werkzeugmaschinen- und Instrumentenbaus, des Baus von elektrotechnischen Maschinen, Kesseln, Turbinen, Dieselmotoren, Bohrausrüstungen usw. Tatsächlich aber ist die Produktion der Maschinenbauindustrie trotz ihres schnell-

len Entwicklungstempos der größte Engpaß in der Volkswirtschaft, und sie engt damit die Möglichkeiten zur Entwicklung sowohl der Industrie selbst als auch der gesamten Volkswirtschaft ein,

Der XVI. Parteitag hält es für notwendig, den Plan des Maschinenbaus unter dem Gesichtspunkt zu überprüfen, daß die Industrie und die Volkswirtschaft von ausländischer Abhängigkeit befreit werden und daß die Produktion des Maschinenbaus den Bedarf der Volkswirtschaft im wesentlichen decken muß.

m) Die Basis für die Entwicklung der Maschinenbauindustrie, der elektrotechnischen Industrie, der Automobil- und Traktorenindustrie und des Landmaschinenbaus ist die Eisen- und Buntmetallindustrie. Darüber hinaus bestimmt die Entwicklung der Eisen- und Buntmetallindustrie auch das Tempo des Baus von Industriebetrieben und das Entwicklungstempo aller übrigen Zweige der Volkswirtschaft (Verkehrswesen, Kommunalwirtschaft, Verteidigung usw.). Der Parteitag billigt den Beschluß des ZK der KPdSU(B), die Erzeugung von Roheisen im Jahre 1932/33 auf mindestens 17 Mill. t zu steigern und stellt allen Partei-, Gewerkschafts- und gesellschaftlichen Organisationen dieses als wichtigste volkswirtschaftliche Aufgabe. Die Erfüllung des Planes zur Rekonstruktion der bestehenden Werke der Eisen- und Buntmetallindustrie, der forcierte Aufbau der Werke von Magnitogorsk, Kusnezsk und Saporoshje, der rechtzeitige Beginn des Baues der Werke von Nishnetagil und Bakal im Ural, der Bau von Werken der Buntmetallindustrie im Ural, in Kasachstan und in Sibirien sind Aufgaben von erst-rangiger Wichtigkeit, auf die sich die gesamte Aufmerksamkeit der verantwortlichen Partei-, Sowjet-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen konzentrieren muß.

Der Parteitag beauftragt das ZK und die zuständigen Wirtschaftsorgane, diese Bauten aufmerksam zu überwachen, damit die festgesetzten Termine auf jeden Fall eingehalten werden.

Der XVI. Parteitag billigt den Beschluß des ZK vom 15. Mai 1930 über den Ural und bestätigt, daß

"die Industrialisierung des Landes sich in Zukunft nicht nur auf die eine Kohlen- und Metallbasis im Süden stützen kann.

Eine lebensnotwendige Vorbedingung für die schnelle Industrialisierung des Landes ist die Schaffung eines zweiten grundlegenden Kohlen- und metallurgischen Zentrums der UdSSR durch Ausnutzung der außerordentlich reichen Kohlen- und Erzvorkommen im Ural und in Sibirien." (Beschluß des ZK vom 15. Mai 1930).

Zugleich erkennt es der Parteitag als notwendig an, auch andere Industriezweige (Buntmetallindustrie, Textilindustrie u.a.), die sich auf örtliche Reserven stützen, in den östlichen Rayons (Ural, Sibirien, Mittelasien) zu entwickeln.

n) Um die Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern, ist es erforderlich, daß die geologischen Forschungsarbeiten in schnellerem Tempo durchgeführt werden, als die Industrie sich entwickelt, damit die mineralischen Rohstoffe rechtzeitig bereitgestellt werden. Um dies zu erreichen, muß in der geologischen Forschungsarbeit ein entscheidender Umschwung erzielt und die Arbeit materiell vollkommen gesichert werden, indem man den Fünfjahrplan der geologischen Forschungsarbeiten in dieser Richtung überprüft.

IV. Die Bedingungen für die Erfüllung des Fünfjahrplans der Industrie

1. Die Durchführung der Politik der Partei bei der Verwirklichung des Fünfjahrplans stützte sich auf den gewaltigen Arbeitsaufschwung und den schöpferischen Enthusiasmus der breitesten Massen der Arbeiterklasse, die ihren Ausdruck im massenweisen Übergang zu neuen sozialistischen Formen der Arbeitsorganisation - zum sozialistischen Wettbewerb und der Stoßarbeiterbewegung - fanden und eine neue Epoche im sozialistischen Aufbau eröffnen.

Hierin muß die Partei auch weiterhin die wichtigste Kraft sehen, um Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Fünfjahrplans zu überwinden und den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen.

2. Eine notwendige Voraussetzung für die Erfüllung des Fünfjahrplans ist die Lösung des Kaderproblems, die eine entschiedene und starke Erweiterung und qualitative Verbesserung

der praktischen Arbeit auf dem Gebiete der Ausbildung und Erhöhung der Qualifizierung der Industriekader erfordert.

a) In Anbetracht des stark wachsenden Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften und im Zusammenhang damit, daß das Entwicklungstempo schneller ist als im Fünfjahrplan vorgesehen, müssen das bestehende Netz und die Kontingente der Betriebslehrlingsschulen und der Schulen für Massenberufe in der Industrie bedeutend erweitert werden.

Neben der Erweiterung der Betriebslehrlingsschulen als der Hauptform der Ausbildung von qualifizierten jungen Arbeitern müssen in den nächsten Jahren kurzfristige Formen der Ausbildung und Umschulung von Arbeitskräften auf breiter Grundlage entwickelt werden (Kurse und Unterrichtsbasen des Zentralinstituts für Arbeit, Lehrbrigaden, Kurse zur Höherqualifizierung und Umschulung von Arbeitslosen usw.), die jedoch unbedingt zur Hebung des produktionstechnischen und kulturell-politischen Niveaus der in diesen Institutionen ausgebildeten Arbeiter führen müssen.

Von besonderer Bedeutung ist unter den Bedingungen der Rekonstruktion der Produktion die Ausbildung neuer Kader von hochqualifizierten Arbeitern (Anlagenbauern, Monteuren, Brigadiern, Werkzeugmachern, Vorarbeitern usw.) sowie von niedrigerem und mittlerem technischen Personal (Meistern, Brigadiern, Kontrolleuren).

Um die technischen Kenntnisse der breiten Massen, des Verwaltungs- und technischen Personals und besonders derjenigen Werkstätigen, die auf einen verantwortlichen Posten gestellt sind, möglichst stark zu erweitern, muß in den Jahresplänen für das Verlagswesen ein beträchtlicher Prozentsatz von technischen Veröffentlichungen (Büchern, Broschüren, Zeitschriften) vorgesehen werden. Gleichzeitig muß man die Verbesserung ihrer Qualität erreichen und die rechtzeitige Übersetzung der besten technischen Bücher und Artikel, die in Europa und Amerika erscheinen, forcieren.

b) Der Parteitag billigt voll und ganz die Beschlüsse der Plenartagung des ZK vom Juli 1928 und vom November 1929 und die darauf folgenden Beschlüsse des ZK über die Reorganisation des Hochschulwesens und schlägt vor, eine besondere

Beobachtung und Kontrolle über die Erfüllung dieser Beschlüsse einzuführen, um in kürzester Frist einen grundlegenden Umschwung in dieser entscheidenden Frage zu erreichen. Gegen konterrevolutionäres Schädlingwesen in den Wirtschaftsorganen muß ein schonungsloser Kampf geführt werden. Jedoch ist auch in Zukunft eine aufmerksame und sorgfältige Behandlung aller derjenigen Spezialisten notwendig, die an der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft mitarbeiten.

c) Der Parteitag hält die Erfolge, die in bezug auf die Stärkung der leitenden Funktionäre in der Industrie erzielt wurden, für unzureichend im Vergleich mit den Anforderungen, die in der gegenwärtigen Periode der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft an die Kader gestellt werden und betont, daß die Aneignung technischer Kenntnisse auf dem Gebiet der entsprechenden Produktionszweige für die leitenden Funktionäre der Industrie die wichtigste Aufgabe ist.

Der Parteitag schlägt vor, in verstärktem Maße Kader von Organisatoren aus den Reihen der der Sache ergebenden Spezialisten, aus den Reihen der jungen Ingenieure und Techniker und besonders aus den Reihen der Arbeiter, die sich in der Arbeit der Produktionsberatungen der Kontrollkommissionen und der Stoßbrigaden ausgezeichnet haben, auf leitende Posten zu setzen.

3. Die wichtigste Reserve für die weitere Vorwärtsentwicklung und Beschleunigung der sozialistischen Entwicklung ist die maximale Ausnutzung der in Betrieb befindlichen Industrieausrüstungen, die gegenwärtig noch völlig unzureichend genutzt werden, sowie die Einführung der neuen Technik.

a) In Anbetracht der Tatsache, daß die Einführung der ununterbrochenen Arbeitswoche und die Vergrößerung der Anzahl von Arbeitsschichten die Möglichkeiten zur Ausnutzung der Fabrik- und Werkeinrichtungen bedeutend erweitern, die Auslastung der Betriebe erhöhen, zur Beschleunigung der Umschlagszeiten des Kapitals, zur Erweiterung der Bruttoproduktion und zur Selbstkostensenkung beitragen, und in Anbetracht der Tatsache, daß die Ergebnisse der ununterbrochenen Arbeitswoche in der vergangenen Periode gezeigt haben, daß

die letztere ein wesentlicher Faktor bei der Erfüllung des Industriefinanzplans im Jahre 1929/30 war, schlägt der Parteitag vor, im kommenden Jahr die ununterbrochene Arbeitswoche in allen wesentlichen Zweigen der Industrie einzuführen und gleichzeitig die Arbeit an der größtmöglichen Erweiterung des Schichtsystems in den Betrieben zu verstärken.

b) Der Parteitag hält es für notwendig, daß die Entsendung von Arbeitern und Spezialisten ins Ausland und die Einladung ausländischer Ingenieure, Meister und qualifizierter Arbeiter in die UdSSR erweitert werden, wobei zu gewährleisten ist, daß ihre Erfahrungen und Kenntnisse in den Betrieben der Sowjetunion vollständig ausgewertet werden.

Durch Ausnutzung schon bestehender Abkommen über technische Hilfe und durch Heranziehung ausländischer Hilfe zur Rekonstruktion der Industrie und zur Organisation neuer Produktionszweige muß auf diesem Gebiet ein Tempo erreicht werden, das unserer Industrie ermöglicht, sich in kürzester Frist die besten Erfahrungen und die wichtigsten Errungenschaften der fortgeschrittenen Technik anzueignen.

c) Gleichzeitig soll unter den staatlichen Betrieben der Union der Erfahrungsaustausch über die Errungenschaften auf dem Gebiete der Rationalisierung auf breiter Basis entfaltet werden. Gegen eine Konservativität, bürokratische Einstellung des Apparats zu dieser Angelegenheit und gegen Geheimnistuerei sind die breiten Massen der Arbeiter zum Kampf heranzuziehen. Man muß die Rechenschaftslegung der besten Betriebe über ihre technischen Errungenschaften und die Anwendung dieser Errungenschaften in anderen Betrieben organisieren. Das System der Patenschaften führender Betriebe über zurückgebliebene ist stark zu verbreiten.

d) Der Parteitag ist der Meinung, daß die sozialistische Rationalisierung, die das beste Mittel zur Mobilisierung verborgener großer Reserven und zur Senkung der Selbstkosten ist, für das gesamte technische und Verwaltungspersonal der Industrie zu einem untrennbaren Bestandteil seiner Arbeit werden und im Mittelpunkt der technischen Produktionsarbeit des Betriebes stehen muß. Zu diesem Zwecke müssen im gesamten

System der Industrie, von oben bis unten, die Rationalisierungsorgane gefestigt werden.

Die Rationalisierungsarbeit soll aufs engste mit dem sozialistischen Wettbewerb und der Stoßbrigadenbewegung verbunden werden, wobei in weitem Umfange Verbesserungsvorschläge und Erfindungen der Arbeiter auszunutzen sind.

Die Arbeit an der Standardisierung sowohl des von der Industrie benötigten Materials und der Rohstoffe als auch der Produkte selbst sowie der in ihnen enthaltenen Teile muß breit entwickelt werden.

Als Hauptrichtung für die Rationalisierung betrachtet der Parteitag die Spezialisierung der Betriebe bei gleichzeitiger Einschränkung der Sortimente der Produktion sowie die Organisation der Massenproduktion und die Zusammenarbeit der spezialisierten Werke.

c) Es müssen energische Maßnahmen ergriffen werden, um die technische Propaganda zu erweitern, die breiten Arbeitermassen durch spezielle gesellschaftliche Organisationen zur Einführung der neuen Technik heranzuziehen und die schöpferische Initiative der Massen für die technische Rekonstruktion der Industrie nutzbar zu machen.

f) Unter dem Gesichtspunkt der verstärkten Ausnutzung aller vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen auch Verbindungen zwischen der staatlichen Großindustrie und der Kleinindustrie, der örtlichen und der Heimindustrie, geschaffen werden. Die örtliche Kleinindustrie und die Heimindustrie, besonders die genossenschaftliche, die die Produktion von Markterzeugnissen entwickeln, sollen außerdem zur Ergänzung der Großindustrie dienen, indem sie in deren Auftrag eine Reihe von Details und Halbfabrikaten produzieren und dadurch die Produktionseinrichtungen der Großindustrie von solchen Produktionsgängen befreien, die in kleinen Heim- und Handwerksbetrieben ausgeführt werden können.

4. Die Lösung der vor der Industrie stehenden Aufgaben erfordert, daß man schnellstens die Reorganisation des Verwaltungssystems der Industrie abschließt, die nach folgenden Grundprinzipien durchzuführen ist:

- a) Gewährleistung des Systems der Einzeileitung in allen Zweigen der Industrie;
- b) Gewährleistung maximaler Selbständigkeit und Initiative bei der Erfüllung der Planaufgaben für alle Industriebetriebe;
- c) Verstärkung der technischen Leitung der Arbeit in den Betrieben;
- d) Beseitigung des schädlichen Parallelismus in der Arbeit der Wirtschaftsorgane und Vereinfachung des gesamten Systems der Planung und Leitung der Industrie.

Der Parteitag billigt die Beschlüsse des ZK über die Regelung der Produktionsleitung, über die Einführung der Einzeileitung und die Reorganisation der Industrieverwaltung und fordert ihre strikte Durchführung. Gleichzeitig konstatiert der Parteitag, daß die Arbeit an der Reorganisation der Verwaltung der Industrie nicht schnell und energisch genug durchgeführt wird und daß bei der Durchführung dieser Arbeit eine Reihe von Fehlern begangen wurde. Bis heute ist das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung in einer Reihe von Fällen nicht durchgeführt, ist nicht in allen Betrieben die Einzeileitung eingeführt worden, in einigen Fällen wurden die Verbindungen zwischen den einzelnen Organen der Industrie nicht vereinfacht, sondern noch komplizierter, wurde der administrative und Wirtschaftsapparat nicht eingeschränkt, sondern vergrößert. Der Parteitag beauftragt das ZK, Maßnahmen zur allerschnellsten Beseitigung der angeführten Mängel, zur schnellsten Beendigung der Arbeiten an der Reorganisation der Industrie, Einschränkung des Verwaltungsapparates und zur straffen Verwirklichung der Einzeileitung in der Produktion zu ergreifen.

Die Erfolge des sozialistischen Aufbaus, die Erfolge des Fünfjahrplans sind so augenscheinlich, daß sie die kapitalistische Welt gegen ihren Willen anerkennen muß. Die Hoffnung der Weltbourgeoisie auf den finanziellen Zusammenbruch des Fünfjahrplans ist zunichte geworden. Zunichte ist auch geworden die Hoffnung, die sie auf unsere kulturelle Rückständigkeit und den Mangel an Kadern setzte. Zerschlagen

sind die Hoffnungen darauf, daß die knöchernen Hand des Hungers die Erfüllung des Plans verhindert. Zerschlagen wurde die Hoffnung, daß das Bündnis des Proletariats mit dem Mittelbauern zerbrechen würde.

Die UdSSR verwandelt sich mit unerhörter Schnelligkeit aus einem rückständigen Agrarland in ein fortgeschrittenes Land, in ein Land der Großindustrie. Der Platz der UdSSR in der Weltwirtschaft ändert sich und hat sich schon geändert. Der Fünfjahrplan sollte dazu führen; daß die UdSSR in der Weltproduktion von Kohle im Jahre 1932/33 vom fünften auf den vierten Platz vorrückt. Tatsächlich aber wird dieser Platz schon im nächsten Jahr errungen sein. In der Roheisenproduktion sollte die Sowjetunion im Jahre 1932 den vierten Platz einnehmen. In Wirklichkeit wird sie diesen Platz infolge des beschleunigten Entwicklungstempos des Eisenhüttenwesens im Jahre 1931/32 erreichen. In einer Reihe der wichtigsten Industriezweige - im Steinkohlenbergbau, in der Erdölindustrie, dem Landmaschinenbau und dem allgemeinen Maschinenbau sowie in der Brennstoffindustrie - werden die Aufgaben des vom Kongreß der Sowjets angenommenen Fünfjahrplans bereits in den ersten drei Jahren erfüllt sein.

Der erfolgreiche Verlauf, den die Erfüllung des Fünfjahrplans zur Entwicklung der Industrie nimmt, die entschiedene Hinwendung der Klein- und Mittelbauernmassen zum Sozialismus, die verstärkte Offensive gegen die kapitalistischen Elemente und der Übergang zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Basis der durchgängigen Kollektivierung haben eine Verschärfung des Klassenkampfes im Innern des Landes und eine neue Welle wütender Hetze gegen die UdSSR seitens des Weltimperialismus und seiner sozial-faschistischen Trabanten hervorgerufen.

Unter diesen Bedingungen erfordert die Lösung der vor der Partei und der Arbeiterklasse stehenden gewaltigen Aufgaben auf dem Gebiet der Industrialisierung des Landes, die von historischer Bedeutung sind, die Durchführung einer besonders festen und ausgeprägten bolschewistischen Linie in den Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus und des entschiedenen Kampfes gegen opportunistische Entstellungen aller Art und gegen

jegliche Form von Abweichungen von der Generallinie der Partei.

Die seit dem XV. Parteitag vergangene Periode war erfüllt von dem Kampf der sich auf die Millionenmassen der Proletarier und Bauern stützenden bolschewistischen Partei, für das von ihr eingeschlagene schnelle Tempo der Industrialisierung und vor allem für die Entwicklung der Schwerindustrie, die die Grundlage für die sozialistische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft bildet, sowie für die Überwindung von Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich auf dem Wege zum siegreichen Aufbau des Sozialismus ergeben.

Die Partei erreichte nicht nur die Erfüllung, sondern sogar die Übererfüllung des Fünfjahrplans, indem sie den Angriff gegen die kapitalistischen Elemente in der Stadt und auf dem Lande an der ganzen Front entfaltete, ungeachtet der unter dem Einfluß der kleinbürgerlichen Elementargewalt sich verstärkenden offen opportunistischen Schwankungen einiger Schichten der Partei, die ihren Ausdruck fanden in den Versuchen der rechten Abweichler, einen direkten Angriff auf die Parteilinie durchzuführen.

Die rechten Abweichler griffen die Parteilinie in der grundlegenden und entscheidenden Frage an - in der Frage des schnellen Tempos der Industrialisierung. Die Linie der rechten Abweichung führte zur Abschwächung des von der Partei durchgeführten Tempos der Industrialisierung und folglich zur Stärkung der kapitalistischen Elemente im Lande. In der Praxis bedeutete die Politik der rechten Abweichung die Kapitulation vor den kapitalistischen Elementen.

Die rechten Abweichler griffen die Linie der Partei in der Frage der verstärkten Entwicklung der Schwerindustrie an, die die Grundlage für die sozialistische Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft ist. Die Linie der rechten Abweichung führte in dieser Frage zur Untergrabung der führenden Rolle des Proletariats, das an der Spitze der sozialistischen Umgestaltung des Landes schreitet. So bedeutet die Linie der rechten Abweichung die Abkehr vom Kampf um den sozialistischen Weg der Entwicklung.

Die rechten Abweichler griffen die Linie der Partei in bezug auf die Entwicklung der sozialistischen Industrie unter dem Vorwand an, daß eine Ausrichtung "auf die Engpässe" notwendig sei. Diese Linie führte zur Demobilisierung der Massen statt zur Verstärkung der Aktivität der Massen bei der Überwindung der Schwierigkeiten. Dadurch wurde das kapitulantenhafte Wesen der rechten Abweichung restlos entlarvt.

Nur im unversöhnlichen Kampf gegen die rechten Opportunisten konnte die Partei die gewaltigen Erfolge bei der Erfüllung des Fünfjahrplans erzielen und erzielte sie auf diese Weise. Weitere Erfolge des sozialistischen Aufbaus sind nur möglich, wenn dieser Kampf gegen die rechte Abweichung und das Versöhnertum ihr gegenüber als gegen die Hauptgefahr in der Partei fortgesetzt wird.

Gleichzeitig muß mit aller Entschiedenheit der Kampf sowohl gegen die Überreste des Trotzkismus als auch gegen Überspitzungen jeder Art und "linke" Übertreibungen von überindustrialem Typ geführt werden. Die Entlarvung und Überwindung "links"-opportunistischer Übertreibungen sind eine unbedingte Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen die rechtsopportunistischen Abweichungen - die Hauptgefahr in unserer Partei.

Durch die Überwindung der opportunistischen Schwankungen und Abweichungen schart die Partei auf der Grundlage der konsequenten Durchführung der Leninschen Politik des Aufbaus des Sozialismus immer breitere Massen der Arbeiterklasse und der Werktätigen auf dem Lande um ihr Banner und festigt die Positionen des internationalen Proletariats im Kampf für den Kommunismus.

Über die Kollektivwirtschaftsbewegung und den Aufschwung

der Landwirtschaft

(Einstimmig angenommen)

I. Die Ergebnisse der Kollektivwirtschaftsbewegung

Die seit dem XV. Parteitag vergangenen 2 1/2 Jahre waren eine Periode des größten Umschwungs in der Entwicklung der

Landwirtschaft der UdSSR.

Dieser Umschwung wird dadurch charakterisiert, daß die Kollektivierung in den Hauptgetreiderayons der Produktionsgebiete bis zum 1. Mai 1930 40-50 Prozent der Bauernwirtschaften erfaßte gegenüber 2-3 Prozent der Wirtschaften im Frühjahr 1928, und daß sich die Aussaatfläche der Kollektivwirtschaften in der UdSSR von 1,5 Millionen ha im Frühjahr 1928 im Frühjahr 1930, wie das im Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU(B) vom 5. Januar auch vorgesehen war, auf ungefähr 30-35 Millionen ha vergrößert hat, wobei der Winteracker nicht eingerechnet ist. Infolgedessen werden die Kollektivwirtschaften gemeinsam mit den Sowjetwirtschaften schon 1930, also in diesem Jahr, den Hauptanteil an Warengetreide liefern, im Gegensatz zu der Periode des XV. Parteitages und der XVI. Parteikonferenz, als der überwiegende Teil des Warengetreides von der individuellen Bauern-, darunter auch Kulakenwirtschaft erzeugt wurde. So löst die Partei in der Praxis das grundlegende und schwierigste Problem der Landwirtschaft - das Getreideproblem.

Die welthistorische Bedeutung des erfolgten Umschwungs in der Entwicklung der UdSSR besteht in folgendem:

1. Ein bedeutender Teil der Mittelbauernmassen in den wichtigsten Getreiderayons ist dem Beispiel der Kleinbauern gefolgt, hat die Vorzüge der gesellschaftlichen Großwirtschaft erkannt, sich freiwillig zu Kollektivwirtschaften zusammengeschlossen, führt die Aussaat auf kollektiven Feldern durch und hat den sozialistischen Weg beschritten. Damit ist nicht nur theoretisch bewiesen, sondern auch durch die Erfahrungen von Millionen Menschen bestätigt, daß unter der Diktatur des Proletariats der unmittelbare Übergang von der rückständigen, wenig produktiven individuellen Klein- und Kleinstbauernschaft zur hochproduktiven kollektiven Großwirtschaft möglich ist.
2. Auf der Grundlage der Entfaltung der durchgängigen Kollektivierung in einer Reihe von Rayons der UdSSR ist die Partei von der früheren Politik der Einschränkung und Verdrängung der kapitalistischen Elemente im Dorfe zu einer neuen Politik übergegangen, zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse, wobei sie diese Politik als untrennbaren Bestandteil

teil der durchgängigen Kollektivierung verwirklicht, die von den Massen der Klein- und Mittelbauern selbst durchgeführt wird.

3. Infolge der massenweisen Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften und der begonnenen Liquidierung des Kulakentums verändert sich das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen ökonomischen Formationen in der Wirtschaft der UdSSR insofern, als sich zusätzlich zu der sozialistischen Formation, die die Industrie darstellt, in der Landwirtschaft der UdSSR eine sozialistische Formation herausbildet, die die kapitalistische Formation verdrängt.

4. Die sozialistischen Verhältnisse in der UdSSR, die sich bis jetzt beinahe ausschließlich auf die sozialistische Industrie stützen, beginnen sich jetzt auch auf den schnell anwachsenden sozialistischen Sektor (die Großproduktion in der Form von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften) in der Landwirtschaft zu stützen. Damit wurde die Überwindung der gewaltigen Schwierigkeit der proletarischen Revolution möglich, die darin besteht, daß die proletarische Macht keine "fertigen" sozialistischen "Verhältnisse... vorfindet, abgesehen von den entwickeltsten Formen des Kapitalismus, die im Grunde genommen nur unbedeutende Spitzen der Industrie erfaßt und die Landwirtschaft erst ganz wenig berührt haben". (Lenin, Werke, Bd. XXII, VII. Parteitag, Referat über Krieg und Frieden, S. 316)¹⁾

5. Dementsprechend wird jetzt die Frage der Stütze der Sowjetmacht im Dorfe auf neue Art gestellt. Von jetzt ab ist das Dorf in den wichtigsten Getreiderayons der UdSSR in zwei Hauptteile geteilt: in die Kollektivbauern, die die wirkliche und feste Stütze der Sowjetmacht darstellen, und in die Nichtkollektivbauern aus der Dorfarmut und den Mittelbauern, die bis jetzt noch nicht in die Kollektivwirtschaften eintreten wollen, die aber zweifellos von der Massenerfahrung der Kollektivwirtschaften in verhältnismäßig äußerst kurzer Frist von der Notwendigkeit überzeugt werden, den Weg der Kollektivierung zu beschreiten.

1) W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 333

Der Parteitag hält es für notwendig hervorzuheben, daß es der Partei gelungen ist, diesen Umschwung in der Entwicklung der Landwirtschaft der UdSSR nur durch folgendes zu erreichen:

- a) durch das schnelle Entwicklungstempo der Industrie, die der Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft auf kollektivwirtschaftlicher Grundlage ist;
- b) durch die Entfaltung der Vergenossenschaftung als Massenbewegung, durch die Organisierung von Maschinen-Traktoren-Stationen und die Entwicklung von Sowjetwirtschaften;
- c) durch die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes (das Kulakentum) auf der Grundlage des Bündnisses mit den Mittelbauern, welches gegenwärtig die Grundlage des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus darstellt;
- d) durch die Entfaltung der Arbeit zur Organisierung der Dorfarmut und der Landarbeiterschaft;
- e) durch die Zerschlagung des konterrevolutionären Trotzkismus und der rechten Abweichung.

II. Die Festigung der Grundlagen der Kollektivwirtschaftsbewegung und der Kampf gegen die Fehler

Die Festigung der auf dem Gebiet der Kollektivierung erreichten Erfolge und die auf dieser Grundlage basierende weitere Entwicklung der Kollektivierung sind nur möglich, wenn folgende grundlegende marxistisch-leninistische Prinzipien der Kollektivwirtschaftsbewegung konsequent in der Praxis angewandt werden, von denen abzuweichen das schwerste Verbrechen gegen die Diktatur des Proletariats darstellt.

1. Die Kollektivwirtschaften können nur auf der Grundlage der Freiwilligkeit errichtet werden. Jeder Versuch zur Anwendung von Zwang oder administrativem Druck gegenüber den Massen der Klein- und Mittelbauern, um sie zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften zu bewegen, ist eine grobe Verletzung der Parteilinie und ein Mißbrauch der Macht.

2. Die Hauptform der Kollektivwirtschaft im gegenwärtigen Stadium ist das landwirtschaftliche Artel. Zu fordern, daß die Bauern, wenn sie in das Artel eintreten, sofort alle

individualistischen Gewohnheiten und Interessen aufgeben, daß sie auf die Möglichkeit verzichten, neben der gesellschaftlichen eine zusätzliche persönliche Wirtschaft (eine Kuh, Schafe, Geflügel, Gemüsegarten bei ihrem Hof) zu führen, Nebeneinkünfte für sich zu verwenden u.dgl.m. - heißt das Abc des Marxismus-Leninismus vergessen.

3. Die Form der Kollektivwirtschaft muß den wirtschaftlichen Besonderheiten des Rayons und des Wirtschaftszweiges entsprechen. Neben dem Artel kann in einigen Rayons ohne vorherrschenden Getreideanbau sowie in den nationalen Rayons des Ostens in der ersten Zeit die Genossenschaft zur gemeinsamen Bodenbearbeitung als Übergangsform zum Artel massenweise Verbreitung finden.

4. Die Kollektivwirtschaftsbewegung kann entsprechend der Verbesserung der technischen Basis, dem Wachstum der Kollektivwirtschaftskader und des kulturellen Niveaus der Kollektivbauern auf eine höhere Form - die Kommune - gehoben werden unter der Bedingung, daß die entsprechenden Veränderungen im Statut unbedingt von den Kollektivbauern selbst anerkannt und von unten her verwirklicht werden.

5. Die für die Erreichung einer höheren Arbeitsproduktivität notwendige Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Disziplin in den Kollektivwirtschaften kann nur auf der Grundlage einer echten Selbsttätigkeit und aktiven Teilnahme der Kollektivbauern und -bäuerinnen an der Leitung der Wirtschaft und des Kollektivs erreicht werden.

6. Der Übergang zur kollektiven Landwirtschaft kann, darauf hat Lenin mehrmals hingewiesen, nur dann verwirklicht werden, wenn den Kollektivwirtschaften große organisatorische, materielle und finanzielle Hilfe durch den Sowjetstaat gewährt wird: "Jede Gesellschaftsordnung entsteht nur, wenn sie durch eine bestimmte Klasse finanziell unterstützt wird" (Lenin, Bd.XVIII, Teil 2, Über das Genossenschaftswesen, S. 141).¹⁾

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S.990

7. Jeder Versuch, das organisatorische System der Leitung der Sowjetwirtschaften auf die Kollektivwirtschaften zu übertragen, ist antileninistisch. Denn im Unterschied zur Sowjetwirtschaft, die ein staatlicher Betrieb ist, der durch staatliche Mittel geschaffen wurde, ist die Kollektivwirtschaft eine freiwillige gesellschaftliche Vereinigung von Bauern, die aus den Mitteln der Bauern selbst geschaffen wurde mit allen sich daraus ergebenden Folgen.

8. Der Übergang von der Einzelbauernwirtschaft zur Kollektivwirtschaft kann nur auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Dorfarmut mit den Mittelbauern erfolgen, und hieraus ergibt sich die Verpflichtung zur systematischen Heranziehung der Mittelbauern zur Leitung der Kollektivwirtschaft.

Davon ausgehend, hält es der Parteitag für besonders wichtig, daß jedes einzelne Parteimitglied den Charakter der Fehler und Entstellungen der Parteilinie erklärt, die im Frühjahr dieses Jahres bei der Durchführung der Kollektivierung vorgekommen sind.

Diese Fehler und Entstellungen kamen zum Ausdruck in der Anwendung von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen gegenüber den Klein- und Mittelbauern beim Aufbau der Kollektivwirtschaften, in der Vergesellschaftung des Kleinviehs und der für den eigenen Bedarf bestimmten Kühe der Artelmitglieder, in der Übertragung des Kollektivierungstempos, das sich in der Praxis bewährt hat und in den Beschlüssen des ZK nur in bezug auf die Getreiderayons vorgesehen war, auf die Rayons ohne vorwiegenden Getreideanbau, in der übereilten Schaffung von Kommunen ohne entsprechende materielle und organisatorische Vorbereitung, in der Schaffung von nichtlebensfähigen bürokratischen Organisationen, die angeblich Kollektivwirtschafts-"Giganten" sein sollten und auf der Grundlage des Kommandierens aufgebaut waren, in der Zurückbehaltung der von der Regierung für die Kollektivwirtschaften bestimmten Kredite und dem Entzug der den Kollektivbauern von der Regierung gewährten Sonderrechte, in grobem Administrieren gegenüber den Kollektivwirtschaften und Kollektivbauern und in der

Ersetzung der Wählbarkeit durch Ernennung und durch Kommandieren von oben, in der Zurücksetzung des Mittelbauern und der Nichtausnutzung seiner wirtschaftlichen Erfahrungen, in der Anwendung von gegen die Kulaken gerichteten Kampfmaßnahmen auch gegen die Mittelbauern ("Entkulakisierung", Entzug des Wahlrechts u.dgl.m.).

Das Wesen dieser Fehler und der hauptsächlichlichen Entstellungen der Parteilinie, die besonders in einer Reihe von Rayons des Nahrungsmittelzuschußgebiets und in den nationalen Republiken und Gebieten des Ostens der UdSSR Verbreitung gefunden haben, hat das Zentralkomitee in seinem Aufruf vom 2. April folgendermaßen gekennzeichnet:

"Die Politik der Festigung des Bündnisses mit den Mittelbauern bei gleichzeitigem sich Stützen auf die Dorfarmut und erbarmungslosem Kampf gegen das Kulakentum wurde durch die dem Leninismus durch und durch feindliche Politik des Kommandierens gegenüber den Mittelbauern ersetzt." (Aufruf des ZK vom 2. April 1930).

Diese Fehler riefen in einer Reihe von Rayons nicht nur Aktionen gegen die Kollektivwirtschaften hervor, sondern in einzelnen Fällen verwandelten sich diese unter dem Einfluß des Kulakentums sogar in antisowjetische Angriffe, wobei die Tatsache am beunruhigendsten war, daß "seitens der Parteiorganisationen nicht selten Versuche vorkamen, die entstandene Lage zu bemänteln und sie, anstatt ihre Fehler und Mängel in der Arbeit anzuerkennen und zu korrigieren, alles auf die Schwankungen der Mittelbauern abwälzten" (ebendort).

Wenn diese Fehler nicht rechtzeitig vom Zentralkomitee der Partei korrigiert worden wären (Beschlüsse des ZK vom 20. Februar, 10. März, 15. März, 2. April und die Artikel des Genossen Stalin "Vor Erfolgen vom Schwindel befallen" und "Antwort an die Genossen Kollektivbauern"), hätte die Kollektivierung der Landwirtschaft zu scheitern gedroht, wäre die Grundlage des Sowjetstaates, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft untergraben worden.

Alle Maßnahmen, die vom Zentralkomitee zur Korrektur der

in der Praxis der Kollektivierung begangenen Fehler ergriffen wurden, führten im Endergebnis zur Wiederherstellung des richtigen Leninistischen Verhältnisses zum Mittelbauern, das in einer Reihe von Rayons verletzt worden war, zur Festigung der Errungenschaften der Kollektivwirtschaftsbewegung und zur Verwirklichung der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung und im Bündnis mit den Mittelbauern.

Die Korrektur der Fehler der Partei- und Sowjetorgane hat dazu geführt, daß in den entscheidenden Getreiderayons der Hauptteil der Aussaaten von den Kollektivwirtschaften durchgeführt wird, während in den Rayons mit geringem Getreideanbau die Einzelbauern die Aussaat energisch durchführen, wobei gleichzeitig eine gewisse Anzahl der widerstandsfähigsten Kollektivwirtschaften erhalten geblieben sind, die für die Hauptmasse der Bauern dieser Rayons zum Kern der zukünftigen Kollektivwirtschaftsbewegung werden können.

III. Über das Tempo der Kollektivierung und die Aufgaben der Umgestaltung der Landwirtschaft

Der Verlauf der Frühjahrsaussaat von 1930 zeigt, daß es der Partei auf der Grundlage der Kollektivierung und der Schaffung der Sowjetwirtschaften gelingt, die Lösung des sehr schwierigen Getreideproblems zu erreichen. Die Lösung des Getreideproblems wiederum erleichtert nicht nur für die Zukunft die Entwicklung der technischen Kulturen und der Viehzucht, sondern löst auch die Frage der Möglichkeit, durch die Entwicklung der kollektiven und staatlichen Wirtschaft den übrigen Zweigen der Landwirtschaft aus den Schwierigkeiten zu helfen, die für die wenig produktiven Klein- und Kleinwirtschaften unüberwindbar sind.

Das mögliche Tempo der weiteren Entwicklung der Getreidewirtschaft und der Überwindung der Krise in der Viehwirtschaft werden durch die gewaltigen Entwicklungsmöglichkeiten der Produktivkräfte bestimmt, die die Kollektivwirtschaften in sich bergen.

Schon in diesem Frühjahr konnten nicht nur die Maschinen-Traktoren-Stationen für mehrere Dörfer und die alten Kollektivwirtschaften, sondern auch die neuen Kollektivwirtschaften, die auf der Grundlage der einfachen Zusammenlegung des bäuerlichen Inventars errichtet wurden und keine genügende organisatorische und wirtschaftliche Erfahrung besitzen, ihre Anbauflächen bedeutend erweitern und brachliegendes Land sowie Neuland unter den Pflug nehmen. Daneben werden die Möglichkeiten, die durch die Entwicklung der Sowjetwirtschaften eröffnet wurden, durch die Tatsache gekennzeichnet, daß allein die Sowjetwirtschaften (alte und neue) schon in diesem Jahr rund 100 Millionen Pud Warengetreide und im nächsten Jahr mindestens 250 Millionen Pud Warengetreide liefern werden. Das zeigt, daß die Partei beginnen kann, auf der Grundlage der Kollektivierung, der Entwicklung der Maschinen-Traktoren-Stationen und der Organisation von Sowjetwirtschaften die Lösung, die kapitalistischen Länder der Welt "einzuholen und zu überholen" nicht nur in bezug auf die Industrie zu verwirklichen, wo die Vorzüge der Großwirtschaft schon längst mit großer Kraft zutage getreten sind, sondern auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft, deren Entwicklungstempo bis jetzt durch das gewaltige Überwiegen der äußerst wenig produktiven Klein- und Kleinstwirtschaften bestimmt wurde, während es jetzt von der beschleunigten Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften bestimmt werden wird, die einen neuen Wirtschaftstyp darstellen, der in der Geschichte der Menschheit noch nicht dagewesen ist und durch die Erfahrungen des wirtschaftlichen Aufbaus in der UdSSR zum ersten Mal entdeckt wurde.

Dementsprechend hält der Parteitag folgendes für notwendig:

1. Der Fünfjahresplan für die Entwicklung der Landwirtschaft ist grundlegend zu überprüfen, und zwar ausgehend von dem Tempo der Kollektivierung, das im Beschluß des Zentralkomitees vom 5. Januar vorgesehen und vollkommen von der Praxis bestätigt worden ist, um auf dieser Grundlage neben der beschleunigten Entwicklung der Getreidekulturen und gewerblichen Nutzpflanzen die Hebung und verstärkte Entwicklung der

Viehzucht zu gewährleisten. Dies soll vor allem geschehen durch die Organisierung besonderer Viehzucht-Sowjetwirtschaften analog den Getreide-Sowjetwirtschaften, durch die Schaffung einer großen Zahl von Kollektivwirtschaftsfarmen mit hoher Warenproduktion und durch die schnelle Erweiterung der Futterbasis.

2. Neben der unbedingten Einhaltung der in den Beschlüssen der Partei vorgesehenen Sonderrechte für die Kollektivwirtschaften und Kollektivbauern sind die Kredite an die Kollektivwirtschaften im Jahre 1930/31 auf das Doppelte gegenüber dem laufenden Jahr, d.h. auf eine Milliarde Rubel zu erhöhen.

3. Es muß gewährleistet werden, daß die Aussaat auf der Linie Getreidetrust im nächsten Jahr mindestens 4 1/2 Millionen ha beträgt und 9 Millionen ha für die Aussaat im Jahre 1932 vorbereitet werden.

4. Die Aufbringung von Schweinen durch den Schweinezucht-trust soll im Jahre 1930/31 mindestens 400 000, im Jahre 1931/32 mindestens 3 Millionen und 1932/33 mindestens 7 Millionen Stück betragen.

5. Der Herdenbestand der Organisation "Viehzucht" ist im Jahre 1930/31 auf 2,3 Millionen Stück zu erhöhen, 1931/32 auf 5,5 Millionen Stück und 1932/33 auf 9-10 Millionen Stück.

6. Die verschiedenen Zweige der Viehzucht sind in den Kollektivwirtschaften zu entwickeln und ein bedeutender Teil der landwirtschaftlichen Kredite ist dafür zur Verfügung zu stellen.

7. Da neben dem Traktor das Pferd bei den Feldarbeiten noch eine Reihe von Jahren verwandt werden wird, muß die sorgfältige Pflege der Pferde und die Schaffung von besonderen Sowjetwirtschaften und Genossenschaften für Pferdezucht in den entsprechenden Rayons erreicht werden.

8. Die Landwirtschaftliche Lenin-Akademie wird beauftragt, die Frage zu bearbeiten, wie die Landwirtschaft nach Wirtschaftszweigen und Kulturen rationell auf das Gebiet der UdSSR zu verteilen ist, außerdem die Frage der Ersetzung weniger ertragbringender Kulturen durch ertragreichere, die

Frage, wie man der UdSSR die Möglichkeit sichern kann, sich mit den wichtigsten Nahrungsmitteln - und technischen Kulturren selbst zu versorgen, und ferner die Frage der Möglichkeit der maximalen Ausnutzung der örtlichen Energiequellen für die Landwirtschaft.

Entsprechend diesen Aufgaben, die der Landwirtschaftlichen Lenin-Akademie übertragen werden, ist für ihre Arbeit die notwendige technische Basis zu schaffen, die auf der Höhe der letzten Errungenschaften der Wissenschaft stehen muß, und es muß dafür gesorgt werden, daß sie durch kommunistische Kader gestärkt wird.

9. Die Arbeit des Kollektivwirtschaftsinstituts ist so zu entfalten, daß seine Arbeit die rechtzeitige wissenschaftliche und operative Ausarbeitung der Formen und Methoden des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus sowie die theoretische Verallgemeinerung der örtlichen Erfahrungen gewährleistet.

10. Die vollständige Erfüllung des Programms für den Bau von Traktoren und Mähreschern, die Produktion von Ersatzteilen und Anhängegeräten für die Traktoren ist in dem durch die Beschlüsse des ZK festgelegten Ausmaß zu sichern, ebenso die Steigerung der Produktion von Mineraldünger und insbesondere auch von Schädlingsbekämpfungsmitteln. Dabei muß besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, die Qualität des Traktoreninventars zu verbessern.

IV. Über die Vorbereitung der kollektivwirtschaftlichen Massenbewegung in den Rayons ohne vorwiegenden Getreideanbau

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen der Rayons ohne vorwiegenden Getreideanbau sowie der örtlichen Republiken und Gebiete der UdSSR auf die Notwendigkeit, in diesen Rayons eine große Vorbereitungsarbeit für eine kollektivwirtschaftliche Massenbewegung zu entfalten.

Diese Vorbereitungsarbeit muß vor allem in folgendem bestehen:

1) in der Entwicklung von Genossenschaftsorganisationen der Klein- und Mittelbauernschaft, angefangen von Dorfgenossenschaften und besonderen genossenschaftlichen Produktions- und

Absatzvereinigungen;

2) weiteste Verbreitung von Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung als Ursprungsform der Kollektivwirtschaft und Übergangsform zum Artel;

3) Festigung der bestehenden Kollektivwirtschaften und Entfaltung des Netzes von Maschinen-Traktoren-Stationen;

4) Schaffung neuer Sowjetwirtschaften, insbesondere von Baumwoll-, Milch- und Gemüse-, Flachs-, Schweinezucht- und Schafzuchtwirtschaften;

5) verstärkte Offensive gegen die Kulaken im Sinne einer weiteren Einschränkung ihrer Abenteuer Tendenzen und ihres Anwachsens bei gleichzeitiger größtmöglicher Entwicklung der Organisation der Dorfarmut und der Landarbeiterschaft;

6) verstärkte Arbeit an der Herausbildung des Typs der Großwirtschaft in den Wirtschaftszweigen, die für die betreffenden Rayons charakteristisch sind, und Organisation der Produktion von Maschinen, die die Einführung einer solchen Großwirtschaft fördern (Maschinen für die Aussaat, Bearbeitung und Ernte von Flachs, Hanf und Baumwolle, für das Pflanzen und die Bearbeitung der Kartoffeln, maschinelles Inventar für Gemüse, Maschinen für große Milchfarmen u.dgl.m.).

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen in den sogenannten "Zuschußgebieten" besonders darauf, daß die Partei auf der Grundlage der Entwicklung der Sowjet- und Kollektivwirtschaften in den nächsten Jahren die Landwirtschaft der Zuschußgebiete entfalten und sie in wichtige Milch-, Gemüse-, Schweinezucht- und Flachsrayons verwandeln muß. Besonders macht der Parteitag darauf aufmerksam, daß es absolut unzulässig ist, die in diesen Rayons existierenden Kollektivwirtschaften nur deswegen zu unterstützen, weil es im Frühjahr dieses Jahres nur 7-8 Prozent davon gab statt der vorher auf dem Papier stehenden Dutzende von Prozenten. Der Parteitag hält die Ignorierung dieser Kollektivwirtschaften für unzulässig und hat dabei die Erfahrungen bei der Entwicklung der Kollektivierung in den Getreiderayons im Auge, wo die Anzahl der Kollektivwirtschaften im vergangenen Jahr nicht größer war als die heute vorhandene Anzahl

von Kollektivwirtschaften in den Zuschußgebieten und wo diese geringe Anzahl von Kollektivwirtschaften eine äußerst wichtige Rolle bei der weiteren Entfaltung der gesamten Kollektivwirtschaftsbewegung gespielt hat, weil in diesen Kollektivwirtschaften Muster und Beispiele für die ganze übrige Bauernmasse geschaffen und in ihnen die Kader geschmie-det wurden, die bei der weiteren Entfaltung der Kollektiv-wirtschaftsbewegung zu Organisatoren der Massenkollektivie-rung wurden.

V. Die Beziehungen zwischen den Kollektivwirtschaften und den Einzelbauern

In Anbetracht der großen Kompliziertheit des in den nächsten Jahren bevorstehenden völligen Übergangs von der individuel-len Kleinwirtschaft zur kollektiven Großwirtschaft, beson-ders weil auf dem riesigen Territorium des Ostens der UdSSR noch die vorkapitalistische Formation existiert und es in allen Rayons ohne vorwiegenden Getreideanbau noch an massen-haften Beispielen der Großwirtschaft fehlt, warnet der Partei-tag die Parteiorganisationen vor jeglicher Art von Ignorierung der Einzelbauernwirtschaft, die in einer Reihe von Rayons des Landes verhältnismäßig lange existieren wird.

Die Herstellung eines richtigen Verhältnisses zur Einzelbauernwirtschaft, das in Zukunft die Kollektivierung erleich-tert, wird in bedeutendem Maße zu einer Frage der Beziehun-gen zwischen den Kollektiv- und Einzelbauern. Im Frühjahr dieses Jahres haben in einer Reihe von Orten durch den Aus-tritt aus den Kollektivwirtschaften und durch den Kampf der aktivsten und der Sache der Kollektivierung ergebenden Kollektivbauern für die Erhaltung der Kollektivwirtschaften dazu geführt, daß sich die Beziehungen zwischen den Kollektivbauern und den Einzelbauern zuspitzen, was ein Hemmnis für die weitere Kollektivierung darstellt. Deshalb macht es der Parteitag allen Parteiorganisationen zur Pflicht, durchzu-setzen, daß in den gegenseitigen Beziehungen der Kollektivbauern und der Einzelbauern die Regel Anerkennung findet, daß die Einzelbauern nicht diskreditiert werden dürfen, son-dern daß man ihnen Hilfe gewährt und sie auf jede Weise für

die Kollektivwirtschaft zu gewinnen sucht.

Der Parteitag verurteilt kategorisch die noch oft vorhandene Ignorierung der genossenschaftlichen Organisationsform der einzeln wirtschaftenden Klein- und Mittelbauern, da die Entwicklung dieser Form eine der wichtigsten Bedingungen für den allmählichen Übergang zu den Kollektivwirtschaften ist. Der Parteitag hält die in einer Reihe von Rayons mit einer schwachen Kollektivwirtschaftsbewegung faktisch vorhandene Liquidierung der niedrigen Formen der einfachsten genossen-schaftlichen Organisation für völlig falsch (Dorfgenossen-schaften und spezielle Produktions- und Absatzgenossenschaf-ten) und schlägt allen Parteiorganisationen vor, die Wiederherstellung und das weitere Wachstum der Genossenschaftsorga-nisation sofort sicherzustellen und ihr die entsprechende organisatorische und finanzielle Unterstützung zu gewähren.

VI. Organisatorische Fragen der Kollektivwirtschaftsbewegung

1. Die Schaffung von Kollektivwirtschaftskadern ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Festigung der Kollektivierung. Der Schaffung von Kollektivwirtschaftskadern muß die Gewin-nung neuer Kader aus der Masse der Kollektivbauern selbst zugrunde gelegt werden. Das ist die wichtigste Aufgabe der 25 000 Arbeiter, die zur Arbeit in den Kollektivwirtschaften entsandt wurden, von denen sich viele schon als ausge-zeichnete Organisatoren der kollektivwirtschaftlichen Wirt-schaft erwiesen und unter den Kollektivbauern Autorität er-rungen haben, und zwar insbesondere in den Fällen, in denen sie es sich zur Hauptaufgabe gemacht haben, neue Kader aus der Kollektivbauernschaft selbst zu entwickeln. Die Partei geht davon aus, daß sich in den nächsten ein, zwei Jahren unter der Einwirkung fortschrittlicher Arbeiter zweifellos Zehntausende wirkliche Organisationstalente aus der Masse der Kollektivbauern herauskristallisieren werden, die zu wirklichen Erbauern des Sozialismus in der Landwirtschaft werden.

Die Hauptaufgaben auf diesem Gebiet sind folgende:

a) Es ist ein System für die Beförderung von Kadern aus der Kollektivbauernschaft auf leitende Stellungen zu organisieren.

b) Es ist eine kurzfristige Massenausbildung von Kollektivwirtschaftskadern in den Sowjetwirtschaften, Schulen der Bauernjugend, Hochschulen, landwirtschaftlichen Techniken, Schulen der zweiten Stufe und Maschinen-Traktoren-Stationen einzurichten.

c) Die Kollektivwirtschaftsjugend ist im größeren Umfang in die landwirtschaftlichen Hochschulen und Techniken aufzunehmen.

d) Die politische Aufklärungsarbeit unter den Massen in den Kollektivwirtschaften ist breit zu entfalten.

e) Der sozialistische Wettbewerb ist in der ganzen Arbeit der Kollektivwirtschaften breit zu entfalten, ebenso die Organisation der Arbeit der Produktionsberatungen und der Delegiertenversammlungen in den Kollektivwirtschaften.

f) In den Kollektivwirtschaften sind Delegiertenversammlungen der Kollektivbäuerinnen zu organisieren. Ihre Arbeit ist so einzurichten, daß die Entwicklung von Kollektivwirtschaftskadern aus den Reihen der Frauen und ihre Beförderung in entsprechende Stellungen gewährleistet ist.

2. Der heutige Zustand der Genossenschaftsorganisation und des Genossenschaftsapparates, die die Betreuung der Masse der Einzelbauern aufgegeben und sich gleichzeitig in keiner Weise auf die Aufgabe eingestellt haben, die Organisation und Produktion der Kollektivwirtschaften zu leiten, ist unzulässig. Dementsprechend hält der Parteitag eine grundlegende Überprüfung der gesamten organisatorischen Struktur des Kollektivwirtschafts- und Genossenschaftssystems für unauflösbar, wozu folgendes notwendig ist:

a) Die Leitung der Organisation und Produktion der Kollektivwirtschaften (Kader, Arbeitsorganisation, technische Basis) im Rayon ist für alle Kollektivwirtschaften des Rayons in einem Rayonkollektivwirtschaftsverband zu konzentrieren. Die Betreuung und Leitung der Produktion der Einzelbauernwirtschaften und der einfachsten Vereinigungen sowie die Erfassungsfunktionen für alle Wirtschaftsarten sind in einem landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband des Rayons zu konzentrieren. Mit der Verwirklichung dieser Maßnahmen ist in den Regionen, Gebieten und Rayons mit einem hohen Prozent-

satz der Kollektivierung zu beginnen.

b) Zwischenglieder des Kollektivwirtschafts- und Genossenschaftssystems im Bezirksmaßstab sind zu liquidieren und dafür sind die unteren Glieder des Kollektivwirtschafts- und Genossenschaftssystems entschieden zu verstärken.

c) Die Anzahl der speziellen Zentren ist unter Beibehaltung der spezialisierten Zentren nur in den wichtigsten Zweigen der Landwirtschaft zu überprüfen.

d) Es ist eine entschiedene Einschränkung des Verwaltungsapparates der Genossenschaften durchzuführen und die Aufblähung des Apparates in den Kollektivwirtschaften durch die energischsten Maßnahmen zu unterbinden. Die Erfüllung von Verwaltungsfunktionen in den Kollektivwirtschaften ist in der Regel gewählten Personen aus der Kollektivwirtschaft zu übertragen.

3. Die Arbeit der Gruppen der Dorfarmut in den Anfangsformen der Kollektivwirtschaften muß verbessert und verstärkt werden, denn der Übergang von den einfachsten Vereinigungen zu einer höheren Stufe der Kollektivierung ist nur möglich, wenn man sich auf die Dorfarmut stützt. Die Parteiorganisationen in den Kollektivwirtschaften müssen dafür sorgen, daß die Gruppen der Dorfarmut so arbeiten, daß sie nicht nur die unmittelbaren Interessen der Dorfarmut vertreten, sondern auch zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Dorfarmut mit dem Mittelbauern beitragen.

4. Am Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels sind entsprechend den Hinweisen aus der Praxis und der Arbeitserfahrungen des Artels die notwendigen Abänderungen vorzunehmen.

5. Es ist ein Musterstatut für die Genossenschaft für gemeinsame Bodenbearbeitung und für die Kommune auszuarbeiten. Dem Musterstatut der Genossenschaft für gemeinsame Bodenbearbeitung ist die gemeinsame Arbeit der Mitglieder dieser Genossenschaft während der Aussaat und Ernte zugrunde zu legen sowie die aus den Einkünften der Genossenschaft vorzunehmende Anschaffung von komplizierten Maschinen und anderen Produktionsmitteln für gemeinsamen Besitz und gemeinsame Nutzung.

Dem Musterstatut der Kommune ist die vollständige Vergesellschaftung ausnahmslos aller Produktionsmittel sowie die allmähliche Schaffung von Institutionen und Betrieben für die Befriedigung der Bedürfnisse der Kollektivbauern (Kantine; gesellschaftliche Wohnbauten u.dgl.m.) zugrunde zu legen, wobei diese Aufgaben unter keinen Umständen mit der unnötigen und schädlichen kleinlichen Vergesellschaftung der Gegensätze des persönlichen Bedarfs verwechselt werden dürfen.

+ +
+

Es ist der Partei gelungen, in der zwischen dem XV. und XVI. Parteitag liegenden Periode einen entscheidenden Umschwung in der Kollektivierung der Landwirtschaft herbeizuführen. Wenn die Enteignung des Bodens der Gutsbesitzer der erste Schritt der Oktoberrevolution auf dem Lande war, so ist der Übergang zu den Kollektivwirtschaften der zweite und entscheidende Schritt, der eine äußerst wichtige Etappe beim Aufbau des Fundaments der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR darstellt.

Es ist klar, daß eine solche gewaltige Umwälzung im Leben von Dutzenden Millionen Menschen, wie es der Übergang von der individuellen bäuerlichen Kleinwirtschaft zur gesellschaftlichen Großwirtschaft ist, unvermeidlich mit einer Reihe von riesigen Schwierigkeiten verbunden ist, die durch den verschärften Widerstand der Klassenfeinde innerhalb des Landes und durch die vorhandene kapitalistische Umkreisung von außen hervorgerufen werden. Deshalb können nur Bürokraten und Beamte, aber nicht Revolutionäre glauben, daß ein Umschwung von solcher Bedeutung, der die Grundlagen der Wirtschaftsordnung und das Leben gewaltiger Massen berührt, ohne Schwierigkeiten und ohne eine Verschärfung des Klassenkampfes und der damit verbundenen Schwankungen des Mittelbauern verwirklicht werden kann.

Der Kulak ist noch nicht völlig geschlagen und wird dem siegreichen Vorwärtsschreiten der Kollektivierung erbitterten Widerstand leisten. Die Liquidierung des Kulakentums als Klasse erfordert einen langwierigen, hartnäckigen Kampf

und eine systematische Arbeit an der Durchführung der Kollektivierung und muß in voller Übereinstimmung mit der Verwirklichung der durchgängigen Kollektivierung und als ihr untrennbarer Bestandteil entfaltet werden.

Im Artel wird die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Disziplin und die Unterweisung der Bauern im sozialistischen Aufbau nicht vollendet, sondern nur begonnen. In den Kollektivwirtschaften werden die Bauern die Kleineigentümerpsychologie und den Hang nach privatwirtschaftlicher Akkumulation, der von Generationen kleiner Privateigentümer vererbt ist, endgültig überwinden erst nach jahrelanger hartnäckiger Arbeit an der Schaffung einer Basis der mechanisierten Großwirtschaft für die Kollektivwirtschaften, nach hartnäckiger Arbeit an der Schaffung von Kadern aus den Räten der Kollektivbauernschaft und an der kulturellen Hebung der gesamten Masse der Kollektivbauern.

Die Partei erreichte den entscheidenden Umschwung in der Kollektivierung, weil sowohl der konterrevolutionäre Trotzkismus, dessen Politik unvermeidlich zum Bruch des Bündnisses mit den Hauptmassen der Bauernschaft geführt hätte, als auch die rechten Abweichler mit ihrer Politik des Verzichtes auf die von der Partei durchgeführte Industrialisierung des Landes, des Verzichtes auf die Einführung der Sowjetwirtschaften und die Entwicklung der Kollektivwirtschaften, mit ihrer Politik der Kapitulation vor dem Kulakentum zerschlagen wurden.

Die Partei erreichte den entscheidenden Umschwung in der Kollektivierung, indem sie unbeirrt die Politik der Industrialisierung des Landes verwirklichte, schuf damit die Bedingungen, um die Produktionsformen des Bündnisses mit der Bauernschaft zu entwickeln und festigte das Bündnis der Arbeiterklasse und der Dorfarnut mit den Mittelbauern.

Nur auf diesem Wege konnte die Partei die für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau notwendigen Bedingungen schaffen. Nur auf diesem Wege wird die Partei nicht nur die Festigung der erreichten Erfolge erzielen, sondern auch die Kollektivierung beenden und damit das Fundament für die sozialistische Gesellschaft legen.

Über die Aufgaben der Gewerkschaften in der Rekonstruktionsperiode

(Einstimmig angenommen)

I. Die Gewerkschaften in der neuen Etappe

Die Leninsche Bestimmung der Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften im proletarischen Staat wurde in den Beschlüssen des X., XI. und XIV. Parteitages verankert, die die auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben der Gewerkschaften entsprechend den Erfordernissen der proletarischen Diktatur in der jeweiligen Periode festlegten.

Die gegenwärtige Rekonstruktionsperiode des sozialistischen Aufbaus, die mit der an der ganzen Front entfalteten Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente verbunden ist, unterscheidet sich dadurch von den vorhergehenden Perioden, daß sie die Aufgabe stellt, die Arbeit aller Massenorganisationen des Proletariats, insbesondere der Gewerkschaften als der größten, die ganze Arbeiterklasse umfassenden Massenorganisation, entschieden umzugestalten.

Die Rekonstruktionsperiode hat die ökonomische Basis des Sozialismus gewaltig erweitert, indem sie sie auch auf das Dorf, in welchem die kollektiven Formen der Führung der Landwirtschaft herrschen, ausdehnte. Das hat die Bedingungen dafür geschaffen, daß die Partei von der Politik der Einschränkung zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung übergehen konnte. Das hat die regulierende Rolle des proletarischen Staates im gesamten volkswirtschaftlichen Leben des Landes verstärkt. Das hat die Bedeutung der planenden Leitung gehoben und sie auf die ganze Volkswirtschaft ausgedehnt.

Die sozialistische Offensive, die mit der Ausrottung der Wurzeln des Kapitalismus verbunden ist, ruft unvermeidlich eine Verschärfung des Klassenkampfes hervor (Widerstand des Kulakentums, Schädlingarbeit). Gleichzeitig wächst die Aktivität und das Klassenbewußtsein der breiten Massen der Proletarier. Die Masseneintritte in die Partei zeugen von dem wachsenden Vertrauen der breitesten Arbeitermassen zu ihrer Avantgarde - der Kommunistischen Partei. Die machtvolle

Bewegung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeit, die Millionen von Arbeitern in den Werken und Sowjetwirtschaften erfaßt hat, ist schon zu einem äußerst wichtigen Hebel der im Aufbau befindlichen sozialistischen Wirtschaft geworden. Es wachsen die Keime der kommunistischen Arbeit, die Stoßbrigaden u.dgl.m. Es wächst die Bewegung der Arbeitermassen für die Aneignung von Kultur und technischen Kenntnissen. Der immer stärkere Anteil der Arbeiter an der Produktion an der Ausübung der verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen nach Beendigung ihrer Produktionsarbeit (Patenschaft über staatliche Institutionen, Brigaden, freiwillige Einsätze) wird zu einem ernsthaften Faktor im Kampf gegen die bürokratischen Entstellungen des Staats- und Wirtschaftsapparates.

Die sich entfaltende sozialistische Offensive macht es erforderlich, daß Zehntausende, ja Hunderttausende fortschrittlicher Proletarier sich noch aktiver an der Leitung des wirtschaftlichen Aufbaus beteiligen und daß die Millionenmassen der Arbeiterklasse und der klein- und mittelbäuerlichen Massen der Kollektivbauernschaft zur praktischen Arbeit des sozialistischen Aufbaus herangezogen werden. Ebenso wie die vordersten Glieder der Gewerkschaften in der ersten Periode der Oktoberrevolution und in der Periode des Bürgerkrieges im Kampfe um die Errungenschaften der Oktoberrevolution die ganze Masse der Gewerkschaftsmitglieder unter dem Banner der Leninschen Partei in die vordersten Stellungen der revolutionären Front führten, so sind auch jetzt die Stoßbrigaden und die Stoßarbeiter, diese Helden der Arbeit, jene vordersten Glieder, auf die sich die Partei und die Gewerkschaften stützen, um die ganze Masse der Arbeiter zum Kampf für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft, für die Rekonstruktion der Industrie und für die völlige Ausrottung der Wurzeln des Kapitalismus heranzuziehen.

Die Gewerkschaften als die breitesten proletarischen Massenorganisationen haben in erster Linie die Aufgabe, die Massen für die Aufgaben des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, die nur durch die Anstrengungen der Millionen von Werktätigen geschaffen und gefestigt werden kann, zu mobilisieren und zu

organisieren.

"Die Gewerkschaften müssen die schnellsten und unbedingten Mitarbeiter der Staatsmacht sein, die in ihrer gesamten politischen und wirtschaftlichen Arbeit von der bewußten Vorhut der Arbeiterklasse - der Kommunistischen Partei - geleitet wird. Die Gewerkschaften, die eine Schule des Kommunismus im allgemeinen sind, müssen im besonderen für die gesamte Masse der Arbeiter und dann auch für alle Werktätigen eine Schule der Verwaltung der sozialistischen Industrie (und dann allmählich auch der Landwirtschaft) sein."¹⁾

Dieser Hinweis Lenins, der in der Resolution des XI. Parteitages formuliert wurde, muß gerade jetzt mit aller Entschiedenheit unterstrichen werden, im Zusammenhang mit dem Erfolg der sozialistischen Offensive, mit dem Wachsen der sozialistischen Formen der Volkswirtschaft und mit der sich verstärkenden Aktivität und dem Bewußtsein der Arbeitermassen.

Alles das verändert die Aufgaben der Gewerkschaften, erfordert eine aktivere und unmittelbarere Teilnahme am wirtschaftlichen Aufbau und die Hinwendung zur Produktion.

Die Rekonstruktion der Volkswirtschaft geht im proletarischen Staat Hand in Hand mit der Verbesserung der materiellen Lage und der gesamten Lebensbedingungen der Arbeiter. Deshalb verringert sich die Arbeit der Gewerkschaften zur Hebung des materiellen Lebensstandards der Arbeiter nicht nur nicht, sondern sie nimmt zu und muß in immer stärkerem Maße durch Beteiligung der Gewerkschaften an den Verwaltungs- und Planungsorganen, durch den Kampf gegen bürokratische Entstellungen in diesen Organen und gegen die Mißachtung der unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter verwirklicht werden.

Indem die Gewerkschaften die bürokratischen Entstellungen des Staats- und Wirtschaftsapparats bekämpfen und immer neue Tausende und Zehntausende von fortschrittlichen Proletariern als Organisatoren der sozialistischen Wirtschaft einsetzen und anleiten, müssen sie ihre Arbeit zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter engstens mit den

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S.905/906

Produktionsaufgaben verbinden und den breitesten Arbeitermassen erklären, daß das schnelle Tempo der Industrialisierung des Landes und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der einzig richtige Weg zur grundlegenden Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse und aller werktätigen Massen sind. Auf der Grundlage der Beschlüsse des XI. und XIV. Parteitages haben die Gewerkschaften in der Wiederherstellungsperiode bedeutende Erfolge in ihrer Arbeit errungen: den Übergang zur individuellen freiwilligen Mitgliedschaft, ernsthafte Schritte zur Entfaltung der proletarischen Demokratie, die Teilnahme der Gewerkschaften am Prozeß der Wiederherstellung der Wirtschaft, die Heranziehung der Massen zum sozialistischen Aufbau usw.

Gleichzeitig beginnen die trade-unionistischen opportunistischen Elemente sich ein Nest in den Gewerkschaften zu bauen. Gerade deshalb erwiesen sich die Gewerkschaftsorganisationen in der Rekonstruktionsperiode nicht auf der Höhe jener neuen Aufgaben, die ihnen die Partei stellte.

Die opportunistische leitende Gruppe der alten Mitglieder des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion hat sich nicht nur als unfähig erwiesen, die Aufgaben der proletarischen Diktatur in der Rekonstruktionsperiode und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung zu verstehen, sondern hat der Partei bei der Umgestaltung der Arbeit der Gewerkschaften und der Beseitigung ihrer größten Mängel, die sich im Monat der Entfaltung der sozialistischen Offensive deutlich offenbarten, Widerstand entgegengesetzt. Die opportunistische Führung des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion entstellte die Parteilinie in den Gewerkschaften und nahm in allen grundlegenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung in der neuen Etappe eine antileninistische Position ein, die eine rechte Abweichung war. Die opportunistische Führung des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion äußerte trade-unionistische Tendenzen, nahm faktisch Kurs auf die Schwächung der Leitung der Gewerkschaftsbewegung durch die Partei und vertrat die äußerst gefährliche antileninistische Linie, die Gewerkschaften der Partei gegenüberzustellen.

Diese Position wurde völlig richtig auf Leninsche Art vom

ZK der Partei und von der überwiegenden Mehrheit der Kommunisten - der Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung - verurteilt, die sich noch enger um ihr bolschewistisches ZK zusammenschlossen (die Fraktion des VIII. Gewerkschaftskongresses, des Plenums des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, der Plenartagungen der ZK der Gewerkschaften, der örtlichen Gewerkschaftsorgane usw.).

Die Gewerkschaften setzten unter Leitung der Partei die bankrotten Führer ab und entfalteten einen entschiedenen Kampf gegen die Elemente des Trade-Unionismus und des Opportunismus in der Gewerkschaftsbewegung.

Der XVI. Parteitag hält es für notwendig, den energischen Kampf gegen die Elemente des Trade-Unionismus und des Opportunismus in der Gewerkschaftsbewegung fortzusetzen, wobei gleichzeitig der anarchistisch-syndikalistischen und halbtrotzkistischen Abweichung eine Abfuhr erteilt werden muß.

Dieser Kampf kann nicht als beendet angesehen werden, da "gerade in den Gewerkschaften eine relative Widerstandsfähigkeit aller politischen Einflüsse, die Überbau über den Überresten des Kapitalismus und über der Kleinproduktion sind," (aus der Resolution des XI. Parteitages) unvermeidlich ist.¹⁾

II. Hinwendung zur Produktion

1. Der XVI. Parteitag unterstreicht mit aller Entschiedenheit, daß das entscheidende Hauptkettenglied für die Belebung und Verbesserung der gesamten Arbeit der Gewerkschaften und für die Heranziehung der breiten Arbeitermassen zur Leitung der Produktion der sozialistische Wettbewerb und seine Schöpfung, die Stoßarbeiterbewegung als größte Bewegung des Proletariats ist. Erst jetzt beginnt sich die große Idee Lenins vom sozialistischen Wettbewerb zu verwirklichen: "Der Sozialismus erstickt keineswegs den Wettbewerb, im Gegenteil, er schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf breiter Grundlage, wirklich im Massenumfange anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsgebiet führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten,

1) s. vorliegende Ausgabe, Band IV, Seite 19

jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat.

Jetzt, wo eine sozialistische Regierung an der Macht ist, besteht unsere Aufgabe darin, den Wettbewerb zu organisieren".¹⁾

Deshalb müssen der sozialistische Wettbewerb und die Stoßbrigaden zur Grundlage der gesamten Produktionstätigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben und Abteilungen werden.

Allerdings stößt der sozialistische Wettbewerb noch in vielen Fällen auf den Konservatismus, den Bürokratismus und die Trägheit sowohl der Gewerkschaftsorgane als auch der Wirtschaftsorgane, welche die gewaltige historische Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung für den sozialistischen Aufbau unterschätzten.

Aufgabe der Gewerkschaften ist die Organisation, die weitere Entwicklung und Festigung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung sowie die Mobilisierung der Massen gegen jegliche Bürokraten, die versuchen, den sozialistischen Wettbewerb zu verflachen und abzuwürgen, gegen jene, die den sozialistischen Wettbewerb untergraben und schließlich die Mobilisierung gegen kleinbürgerliche Stimmungen

"jener kleinen Handvoll, jener Gruppen und Schichten von Arbeitern, die hartnäckig an den Traditionen (Gewohnheiten) des Kapitalismus festhalten und weiter wie früher auf den Sowjetstaat schauen: 'ihm' möglichst wenig und möglichst schlechte Arbeit zu geben - möglichst viel Geld aus 'ihm' herauszuholen".²⁾

Während die Gewerkschaften einerseits erreichen müssen, daß die führenden Arbeiter in ihrer Produktionstätigkeit in jeder Weise gefördert und ausgezeichnet werden, müssen sie gleichzeitig aus den Reihen der besten Stoßarbeiter Kameradschaftsgerichte einrichten, um auf die Personen einzuwirken, die

1) W.I.Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 289

2) W.I.Lenin, Werke, Sämtl. Werke, Bd.XXIII, S.267, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940

die Arbeitsdisziplin verletzen und den sozialistischen Wettbewerb untergraben. Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften besteht darin, in den breitesten Arbeitermassen das Bewußtsein zu entwickeln, "...daß die Arbeiter nicht für den Kapitalisten, sondern für ihren eigenen Staat, für ihre eigene Klasse arbeiten - dieses Bewußtsein ist eine gewaltige Triebkraft für die Entwicklung und Vervollkommnung unserer Industrie".¹⁾

2. Die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung erfordern eine grundlegende Umgestaltung der Produktionsberatungen. Die Urzelle für die Heranziehung der Arbeiter zur Leitung der Produktion muß die Stoßbrigade sein. Die Stoßarbeiter müssen zum Kern der Produktionsberatungen werden. Der Parteitag ist der Meinung, daß sich die Produktionsberatungen in den Abteilungen und in den einzelnen Produktionsbereichen in erster Linie auf die Stoßbrigaden stützen müssen. Das schließt die Heranziehung der Arbeiter, die noch nicht in die Stoßbrigaden eingetreten sind, zu den Produktionsberatungen nicht nur nicht aus, sondern setzt sie voraus.

Die Gewerkschaften müssen gleichzeitig jegliche schöpferische Initiative der Arbeiter fördern und der Erfindertätigkeit der Arbeiter Hilfe und Unterstützung gewähren. Der Parteitag hält es für notwendig, weiterhin die Vorsitzenden der Produktionsberatungen des ganzen Werks in großen Betrieben zu Gehilfen der Direktoren zu ernennen. Die Arbeit der zeitweiligen Kontrollkommissionen muß enger mit der organischen Arbeit der Produktionsberatungen, mit dem sozialistischen Wettbewerb und der Stoßarbeiterbewegung verbunden werden. Die zeitweiligen Kontrollkommissionen müssen in erster Linie aus Stoßarbeitern gebildet werden.

3. Die ständig wachsende Bedeutung der planenden Leitung in der Volkswirtschaft, die für eine lange Periode das Wechselverhältnis zwischen den verschiedenen Elementen der Volkswirtschaft sowie das Tempo des Aufbaus und die materielle Lage der Werktätigen bestimmt, erfordert von den Gewerkschaften eine aktive und tatkräftige Teilnahme an der Aufstellung der Wirtschaftspläne. Dabei ist es notwendig, energisch

1) J.W.Stalin, Werke, Bd. 10, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 104

Schluß zu machen mit der formal-bürokratischen Einstellung zur Beteiligung der Gewerkschaften an der Aufstellung des Wirtschaftsplanes sowohl seitens der Gewerkschaften selbst als auch seitens der Wirtschafts- und Staatsorgane.

Die Gewerkschaften müssen bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans konkrete Vorschläge machen, für welche die Berücksichtigung aller Bemerkungen und Hinweise der Arbeitermassen und der Gewerkschaftsorganisationen sowohl in bezug auf die Pläne der einzelnen Industriezweige als auch in bezug auf den gesamten Plan die Grundlage bilden muß.

4. In der Produktionsarbeit der Gewerkschaften muß man von der Aufgabe ausgehen, "entsprechend dem Programm der KPdSU die Rolle und die Teilnahme der Gewerkschaften bei der Leitung der Industrie zu verstärken" (Beschluß des ZK der KPdSU (B) über die Aufgaben der Kohlenindustrie des Donbass). Die Gewerkschaften dürfen keine Einmischung der Gewerkschaftsorgane in die operative Arbeit der Verwaltung der Betriebe zulassen, müssen aber gleichzeitig die falsche bürokratische Anwendung der Einzelleitung und ihre Entstehung durch die Wirtschaftler bekämpfen, da sie die Produktionsinitiative und Selbsttätigkeit der Arbeitermassen in der Produktion ausschließen.

Die größte Sorge aller Gewerkschaftsorganisationen muß darauf gerichtet sein, daß Arbeiter und Angehörige des technischen Personals, die sich ausgezeichnet haben, insbesondere Stoßarbeiter in die Funktion von Werksdirektoren, Abteilungsleitern und deren Gehilfen sowie von Meistern und Vorarbeitern eingesetzt werden.

Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften der Aufgabe der Massenausbildung von Arbeitskräften durch die Entfaltung von Betriebslehrlingschulen, als wichtigstes Mittel für die Ausbildung von qualifizierten Arbeitern aus Jugendlichen, durch die Organisation von Schulen für Massenberufe und durch Ausnutzung kurzfristiger Ausbildungsformen außerordentliche Aufmerksamkeit widmen (Zentralarbeitsinstitute, kurzfristige Kurse, Ausbildung in der Brigade u.dgl.m.). Dabei muß man besonders bemüht sein, Frauen für die Produktionsarbeit zu gewinnen und sie in Schulen und Kursen verschiedener Art zu bilden und umzuschulen.

die Verstärkung des Einflusses und der Verbindung des Proletariats mit den Kollektivbauernmassen auf dem Lande in jeder Weise fördern (Patenschaft, Arbeitsbrigaden).

IV. Die Verbesserung der materiellen Lage und der Lebensbedingungen der Arbeiter

1. Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß im Zusammenhang mit dem schnellen Tempo der Industrialisierung und der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse der Sowjetunion schnell zunimmt (allein in der Industrie, die im Obersten Volkswirtschaftsrat vereinigt ist, hat sich die Anzahl der Arbeiter in 6 Monaten um 250 000 Personen erhöht) und die Arbeitslosigkeit stark zurückgeht (die Anzahl der Arbeitslosen ist in einem halben Jahr um 40 Prozent zurückgegangen). Der Parteitag hebt hervor, daß der materielle Wohlstand und das kulturelle Niveau der Arbeiterklasse in der UdSSR sich ständig hebt. In den letzten fünf Jahren ist der Lohn der Arbeiter um mehr als 79 Prozent gestiegen und hat 139 Prozent der Vorkriegshöhe des Reallohns erreicht. Unter Berücksichtigung der Sozialversicherung und der Abgaben vom Gewinn für den Fonds zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter ist er auf 167 Prozent des Vorkriegsstandes gestiegen.

a) Der Parteitag konstatiert die gewaltige Bedeutung der Arbeit der Sozialversicherung, deren Budget im Jahre 1929/30 1.400 Millionen Rubel erreicht hat, die dem Arbeiter bei zeitweiligem Verlust der Arbeitsfähigkeit den vollen Lohn ersetzt und ihm bei Arbeitslosigkeit, Alter, Invalidität usw. Unterstützung gewährt. Der Parteitag ist der Meinung, daß die Gewerkschaften zur entscheidenden Instanz für die rationelle Ausnutzung der gewaltigen Summen werden müssen, die von der Sozialversicherung aufgewandt werden, und daß sie die systematische Verbesserung der Arbeit der Versicherungskassen, die Erweiterung und Verbesserung des Netzes an Krankenhäusern, Sanatorien, Erholungsheimen, Gesundheitsfürsorgestellen u.dgl.m. erreichen müssen.

b) Der Arbeiterwohnungsbau, der sich in den letzten Jahren besonders breit entfaltet hat (in den letzten zwei Jahren

Neben der aktiven Teilnahme an der Ausbildung neuer Fachleute haben die Gewerkschaften die Aufgabe, die proletarische klassenmäßige Erziehung der vorhandenen Kader an Fachleuten, und zwar sowohl der alten als auch insbesondere der herangewachsenen jungen ingenieur-technischen Kräfte proletarischer Herkunft zu übernehmen, wobei für die Arbeit der ingenieur-technischen Kader die notwendige kameradschaftliche Atmosphäre geschaffen werden muß.

III. Die Gewerkschaften und die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft

Die Rekonstruktionsperiode erfordert die verstärkte Teilnahme der Gewerkschaften an der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Der Trade-Unionismus in der Arbeit der Gewerkschaften zeigte sich u.a. in der Unterschätzung der führenden Rolle des Proletariats bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft.

Diese falsche Einstellung war mit der ganzen Position der rechten Abweichler verbunden.

Der XVI. Parteitag stellt den Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit die Aufgabe, die Arbeitermassen und vor allem die Arbeiter, die mit dem Dorfe verbunden sind, für die praktische Hilfe bei der Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft zu mobilisieren.

Der Parteitag billigt die Entsendung von 25.000 Proletariern zum kollektivwirtschaftlichen Aufbau und ist der Meinung, daß die Gewerkschaften weitere Tausende von Proletariern sorgfältig zu Organisatoren und Leitern des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus ausbilden und auswählen müssen.

Der Parteitag hebt die ständig wachsende Rolle der Gewerkschaft der Landerbeiter und insbesondere der Arbeiter der Sowjetwirtschaften bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft hervor und empfiehlt allen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, diese Gewerkschaft systematisch zu festigen und die Erfahrungen der führenden Industriebetriebe bei der Organisation der sozialistischen Wirtschaft (sozialistischer Wettbewerb, Stoßbrigaden) auf die Sowjet- und Kollektivwirtschaften zu übertragen.

Die Gewerkschaften müssen die Organisation der Landerbeiter,

wurden für den Arbeiterwohnungsbau 1.330 Millionen Rubel bewilligt), erfordert von den Gewerkschaften viel größere Aufmerksamkeit als bisher. Die Gewerkschaften müssen für die richtige Verausgabung der für den Wohnungsbau bewilligten Mittel und für den größten Nutzeffekt ihrer Anwendung sorgen (Verbilligung des Wohnungsbaus, Standard u.dgl.m.).

c) Der Parteitag ist der Meinung, daß im Fünfjahrplan und in allen Plänen für Neubauten unbedingt der Bau von Wohnungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen (Kantinen, Klubs, Krippen, Wäschereien, Badeanstalten u.dgl.m.) vorgesehen wird, und zwar in erster Linie in den wichtigsten Industrierajons, wobei dafür über die im Plan bewilligten Summen hinaus der Fonds zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter verwandt werden muß, der im Jahre 1929/30 220 Millionen Rubel erreicht hat (gegenüber 110 Millionen Rubel im Jahre 1928/29).

2. Die weitere Hebung der materiellen Lage und des kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse ist untrennbar mit der Verwirklichung des vorgesehenen Tempos der Industrialisierung des Landes und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft verbunden.

Es ist notwendig, die Arbeit der Gewerkschaften zur sozialistischen Erziehung der Arbeitermassen mit allen Mitteln zu verstärken und die Überzeugung zu propagieren, daß die sowjetischen Fabriken und Werke, Schächte und Bergwerke, Eisenbahnen und die übrigen Verkehrsmittel-Betriebe sozialistischen Typs, daß sie Volkseigentum sind, daß vom Wachstum und Aufblühen dieser Betriebe das Wachsen des Wohlstandes der Arbeitermassen, die Verstärkung der politischen Macht der Arbeiterklasse, der erfolgreiche Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und der endgültige Sieg der Arbeiterklasse abhängen, die die herrschende Klasse in der UdSSR ist.

3. Die Gewerkschaften müssen beim Abschluß der Kollektivverträge die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter, in erster Linie des Industrie-Proletariats, sichern, dabei den Zustand der Industrie der Trusts, Wirtschaftsvereinigungen und der Betriebe äußerst aufmerksam studieren und den Zustand der betreffenden Wirtschaftsvereini-

gungen und die Interessen der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft berücksichtigen, die die Wirtschaft eines Arbeiterstaates ist.

Beim Abschluß der Kollektivverträge müssen die Gewerkschaften alle Elemente des Bürokratismus seitens der Wirtschaftsorgane und die eng auf das Werk begrenzten trade-unionistischen Tendenzen seitens der Wirtschaftsorgane energisch beseitigen.

Der Kollektivvertrag, der eine zweiseitige Verpflichtung der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane ist, muß in allen seinen Teilen nicht nur von den Wirtschaftsorganisationen, sondern auch von den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitern tatsächlich erfüllt werden.

4. Der Parteitag ist der Meinung, daß die Gewerkschaften bis in die letzte Zeit hinein den Fragen der Arbeiterversorgung sowie dem Kampf um die Senkung der Preise und der Verbesserung der Arbeit der Genossenschaften völlig ungenügende Aufmerksamkeit gewidmet haben.

Um das stetige Steigen des Reallohns zu sichern, müssen die Gewerkschaften die breiten Arbeitermassen zur aktiven Mitarbeit heranziehen an der von den Wirtschaftsorganen und Genossenschaften durchgeführten Entfaltung von Gemüsewirtschaften, Milchfarmen und Viehzuchtsowjetwirtschaften um die Industriegebiete herum und zur Kontraktierung für landwirtschaftliche Produkte durch die Genossenschaften. Die Genossenschaften müssen sich energisch bemühen, die Arbeit der Genossenschaften umzugestalten und die empörenden Mängel in den Genossenschaftsorganen auszumerzen, die sich stark auf die materielle Lage der Arbeiter auswirken. Sie müssen den Apparat der Genossenschaften verbessern und den Bürokratismus aus ihm vertreiben, indem sie ferner Arbeiter und ihre Familienmitglieder in alle Glieder des Genossenschaftsapparats entsenden und um die Arbeit der Genossenschaften eine breite gesellschaftliche Tätigkeit der Arbeiter organisieren. Die Gewerkschaften müssen durchsetzen, daß das Netz von Kantinen und Fabrikküchen schneller ausgebaut und das Gemeinschaftsessens schneller in seiner Qualität verbessert und gleichzeitig verbilligt wird.

5. Der Parteitag hält es für notwendig, die Arbeit des Volkswirtschafts- und Gewerkschaftsorgane für den Arbeitsschutz und die Schaffung gesunder Arbeitsbedingungen in den Betrieben (besonders in der Schwerindustrie) zu verbessern. Die Gewerkschaften müssen erreichen, daß bei Neubauten sowie bei der Rationalisierung der Produktion die Forderungen des Arbeitsschutzes, der Schaffung gesunder Arbeitsbedingungen und der technischen Sicherheit beachtet werden.

6. Der Parteitag hebt die Einführung des siebenstündigen Arbeitstages und der ununterbrochenen Arbeitswoche als gewaltige politische Errungenschaft der Arbeiterklasse hervor und hält es für notwendig, den Übergang aller Industrie- und Transportarbeiter zum siebenstündigen Arbeitstag im Jahre 1931/32 und zur ununterbrochenen Arbeitswoche im Jahre 1930/31 zu beenden. Der Parteitag empfiehlt den Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Parteiorganisationen, energisch die Mängel zu beseitigen, die sich aus schlechter Vorbereitung des Übergangs zum siebenstündigen Arbeitstag und zur ununterbrochenen Arbeitswoche ergeben haben. Ferner sollen sie im Zusammenhang mit diesen äußerst wichtigen Maßnahmen die kulturelle und soziale Betreuung der Arbeitermassen verbessern und Maßnahmen ergreifen, um die Erholung der Arbeiter an den freien Tagen richtig zu organisieren.

7. Der Kampf gegen den Bürokratismus und den Amtsschimmel im Staats- und Wirtschaftsapparat muß eine der ersten Aufgaben in der Arbeit der Gewerkschaften sein. Die Gewerkschaften müssen sich noch aktiver an der Reinigung des Staatsapparats von klassenfremden, verbürokratisierten Elementen beteiligen und Zehntausende von Arbeitern, in erster Linie die besten Stoßarbeiter, im Staatsapparat einsetzen. Die Gewerkschaften, die die Organisation der herrschenden Klasse sind, müssen wirklich zu einem mächtigen Reservoir für die Gewinnung von Tausenden und Abertausenden von proletarischen Kadern, für die Staats- und Genossenschaftsorgane, für die unmittelbare Teilnahme an der Leitung der Wirtschaft und des Staates werden.

Diese ganze Arbeit der Gewerkschaften, die eine aktive Hilfe

für die Zentrale Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion - ist, muß in engster Verbindung mit ihr durchgeführt werden.

8. Ungeachtet der unbedeutenden Anzahl der Arbeiter, die in Privat- und Konzessionsbetrieben arbeiten, dürfen die Gewerkschaften in ihren Bemühungen nicht nachlassen, wirklich die Interessen dieser Arbeiter zu vertreten, und müssen den Klassenkampf der Arbeiter in den Privatbetrieben aktiv leiten.

V. Die Kulturarbeit und die politische Erziehung der Massen

1. Die grundlegende sozialistische Umgestaltung des Landes erfordert den allgemeinen Aufschwung des kulturpolitischen Niveaus der Arbeitermassen. Eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Kulturrevolution ist die Liquidierung des Analphabetentums, die Einführung des allgemeinen obligatorischen Elementarunterrichts sowie eine Schulreform und die Verwirklichung der polytechnischen Ausbildung. Gemeinsam mit den Organen der Volksbildung müssen die Gewerkschaften unter Heranziehung der Gesellschaft "fort mit dem Analphabetentum" und anderer freiwilliger Organisationen in kürzester Frist das Analphabetentum unter den Gewerkschaftsmitgliedern, in erster Linie unter den Industrie- und den landwirtschaftlichen Arbeitern, liquidieren. In der gesamten Kulturarbeit müssen die Methoden des Kulturfeldzuges, des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung in breitem Umfang angewandt werden.

Der Parteitag ist der Meinung, daß die Gewerkschaftspresse zum wirklichen Organisator der Massen bei der Umgestaltung der Gewerkschaftsarbeit und im Kampf für die Leninsche Linie in der Gewerkschaftsbewegung werden muß.

2. Der Parteitag ist der Meinung, daß die ganze politische Aufklärungs- und Kulturarbeit der Gewerkschaften in erster Linie darauf gerichtet sein muß, ein sozialistisch bewußtes Verhältnis der Arbeiter zur sozialistischen Produktion zu entwickeln. Die Gewerkschaften müssen der sozialistischen Erziehung neuer Kader von Arbeitern und Arbeiterinnen besondere Aufmerksamkeit widmen, systematisch gegen kleinbürgerliche Stimmungen, Vorurteile und jegliche Überreste der kapi-

talistischen alten Zeit in der Arbeiterschaft ankämpfen, die antireligiöse Propaganda, den Kampf gegen den Antisemitismus, Chauvinismus, die nationale Beschränktheit u.dgl.m. richtig organisieren und verstärken.

Mit ihrer gesamten Arbeit unter den verschiedenen nationalen Gruppen des Proletariats der UdSSR müssen die Gewerkschaften mithelfen, das kulturelle Niveau seiner rückständigsten Teile zu heben.

3. Der XVI. Parteitag schlägt allen Parteiorganisationen und den Gewerkschaftsfraktionen vor, die gesamte Kultur- und Bildungsarbeit der Gewerkschaften mit kommunistischem Inhalt zu erfüllen, jeden auch noch so schwachen Versuch, sie von den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus loszulösen, zu bekämpfen und Tendenzen einer apolitischen sich eng auf die kulturelle Arbeit beschränkenden Gewerkschaftsarbeit entschieden zu überwinden.

4. Der Parteitag verpflichtet die Parteiorganisationen und die Fraktionen der Gewerkschaften, die Propaganda des Leninismus im ganzen System der kulturpolitischen Arbeit der Gewerkschaften breit zu entfalten, die theoretische Ausarbeitung der wichtigsten grundlegenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung auf das notwendige prinzipielle Niveau zu bringen und allen revisionistischen und opportunistischen Versuchen, die Leninsche Lehre von den Gewerkschaften zu entstellen, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

VI. Über die internationale Arbeit der Gewerkschaften

Eine äußerst wichtige Aufgabe der sowjetischen Gewerkschaften besteht darin, eine noch engere Verbindung zwischen der Arbeiterklasse der UdSSR und der Arbeiterklasse der kapitalistischen und kolonialen Länder herzustellen, die schwächeren Sektionen der Gewerkschaftsinternationale (Profintern) mit ihren organisatorischen und politischen Erfahrungen zu unterstützen und die durch die alte Leitung begangenen Fehler der rechten Abweichung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung energisch zu bekämpfen. Die sowjetischen Gewerkschaften müssen die internationale Erziehung der breiten Arbeitermassen verstärken und sie systematisch mit dem

Leben und dem Kampf der Arbeiter in den kapitalistischen und kolonialen Ländern bekannt machen.

Der XVI. Parteitag billigt die Linie der neuen Leitung des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, die eine entschiedene Unterstützung und Festigung der Gewerkschaftsinternationale vorsieht, und empfiehlt dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, sich systematisch und äußerst aktiv an der täglichen Arbeit der Gewerkschaftsinternationale zu beteiligen.

Die sowjetischen Gewerkschaften müssen durch die Gewerkschaftsinternationale sowie durch verstärkten Austausch von Arbeiterdelegationen die Verbindung mit der Arbeiterklasse der kapitalistischen und kolonialen Länder immer mehr festigen mit dem Ziel, einen unversöhnlichen Kampf gegen den Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung (Amsterdamer Vereinigung) zu führen und die revolutionäre Weltgewerkschaftsbewegung zu stärken.

VII. Die Umgestaltung der Gewerkschaftsarbeit

1. Die Aufgaben, die den Gewerkschaften in der Rekonstruktionsperiode gestellt sind, können nur gelöst werden, wenn die Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen von Grund auf umgestaltet wird. Die Hauptbasis für die Umgestaltung der Gewerkschaften ist die Stoßarbeiterbewegung.

2. Im Gewerkschaftsapparat, der sich in einer Reihe von Jahren gebildet und sich eine Reihe von großen Verdiensten bei der Organisation der Arbeitermassen erworben hat, hat sich gleichzeitig eine Reihe von negativen Elementen angesammelt, die von der alten Leitung der Gewerkschaftsbewegung nicht mit bolschewistischer Entschlossenheit bekämpft wurden. Die geringe Einschaltung des Gewerkschaftsapparates in das aktive politische Leben, seine ungenügende Verbindung mit den Arbeitermassen und zeitweilige Isolierung von ihnen und die Beschränkung auf reine Werksinteressen schufen die Bedingungen für die Entwicklung der unpolitischen Einstellung und führten dann - in der Periode des VIII. Gewerkschaftskongresses - zu den Versuchen, den Gewerkschaftsapparat der Partei gegenüberzustellen.

Die opportunistisch und bürokratisch entarteten Elemente einzelner Glieder des Gewerkschaftsapparats machten es notwendig, mit aller Entschlossenheit die Frage der Reinigung des Gewerkschaftsapparats und seiner grundlegenden Verbesserung und Anpassung an die Erfüllung der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse zu stellen. Der Parteitag billigt die von der Zentralen Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion entsprechend dem Beschluß des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion durchgeführte Reinigung des Gewerkschaftsapparats von konservativen und bürokratischen Elementen, die sich von den Massen gelöst haben und sich einer wirklichen Umgestaltung der Arbeit widersetzen. Der Parteitag ist der Meinung, daß die Reinigung des Gewerkschaftsapparats nur dann erfolgreiche Resultate ergeben wird, wenn entschlossen Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Produktion im Gewerkschaftsapparat eingesetzt werden. Der Parteitag verpflichtet die Gewerkschafts- und Parteiorganisationen, innerhalb kürzester Frist den Apparat durch den Einsatz Hunderter und Tausender von Stoßarbeitern zu erneuern.

Der Parteitag ist der Meinung, daß eine wirkliche Umgestaltung der Arbeit der Gewerkschaften von der Heranziehung breiter Arbeitermassen zur Gewerkschaftsarbeit und einer entschiedeneren Heranziehung von ehrenamtlichen Funktionären zur Arbeit des Gewerkschaftsapparats begleitet sein muß. Die Gewerkschaftsorganisationen müssen die breiten Massen der Arbeiterjugend an ihrer täglichen Arbeit teilnehmen lassen.

Der Komsomol muß als führender Teil der Arbeiterjugend seine Teilnahme an der Gewerkschaftsbewegung verstärken.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Gewerkschaften muß auf ihre unteren Grundeinheiten - die Stoßbrigade, die Gruppe, die Schicht, die Abteilung und den Betrieb - verlegt werden. Als eine der wichtigsten Bedingungen für die erfolgreiche Umgestaltung der Gewerkschaften betrachtet der Parteitag die Sicherung einer echten Gewerkschaftsdemokratie und die breite Entfaltung der proletarischen Selbstkritik, durch welche die Arbeitsfähigkeit des Gewerkschaftsapparats und seiner leitenden Kader am besten von unten kontrolliert werden kann. Die Selbstkritik in den Gewerkschaften ist bis jetzt schwach

entwickelt und trägt noch immer keinen konkreten wirksamen Charakter. Die proletarische Selbstkritik der Gewerkschaften muß dazu beitragen, die Arbeit der Gewerkschaften systematisch zu verbessern, die Gewerkschaftskader zu erziehen, ihre Fehler zu korrigieren, die Gewerkschaften der Produktion zuzuwenden und ihre Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse und Ansprüche der Massen zu verstärken.

3. Die Aufgabe der Gewinnung und Ausbildung neuer leitender Gewerkschaftskader ist eine der entscheidenden Aufgaben bei der gesamten Umgestaltung der Arbeit der Gewerkschaften. Der Parteitag empfiehlt dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, die Ausbildung der Gewerkschaftskader als eine der dringendsten Kampfaufgaben der Gewerkschaftsbewegung zu behandeln. Der Parteitag erkennt die Ausbildung neuer leitender Kader der Gewerkschaftsbewegung neben der Einsetzung von Arbeitern aus der Produktion als eine äußerst wichtige Aufgabe der gesamten Partei an, die entscheidende Bedeutung für die Umgestaltung der Gewerkschaften hat.

4. Die Parteiorganisationen müssen die konkrete Anleitung der Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen verbessern und verstärken, in das Wesen der Gewerkschaftsarbeit eindringen und ihnen helfen, ihre Mängel und Fehler im Prozeß der Arbeit zu beseitigen und sich um die systematische Festigung ihrer Kader kümmern.

Der Parteitag billigt die Linie und die Arbeit der neuen Leitung des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion und empfiehlt den Parteiorganisationen, sie in jeder Weise dabei zu unterstützen, die Arbeit der Gewerkschaften entsprechend den augenblicklichen neuen Aufgaben und den Beschlüssen des XVI. Parteitages energisch umzugestalten.

Der Parteitag gibt seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß die sowjetische Gewerkschaftsbewegung, die in allen Etappen der sozialistischen Revolution eine gewaltige historische Rolle gespielt hat, in der jetzigen Rekonstruktionsperiode auf eine neue Stufe gehoben und zu einer noch aktiveren und entscheidenderen Kraft für den großen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft werden wird.

"XVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B). Stenografischer Bericht".
Moskau - Leningrad 1930.

Vereinigtes Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)

17. - 21. Dezember 1930

Informativische Mitteilung

Am 17.-21. Dezember 1930 fand das Vereinigte Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) statt.

Das Plenum behandelte folgende Fragen:

- 1.) Den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1931 (Kontrollziffer);
- 2.) Den Rechenschaftsbericht des Volkskommissariats für Versorgung über die Fleisch- und Gemüseversorgung mit einem Korreferat der Arbeiter- und Bauerninspektion;
- 3.) Den Rechenschaftsbericht des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften über die Arbeit der Konsumgenossenschaften mit einem Korreferat der Arbeiter- und Bauerninspektion;
- 4.) Die Neuwahlen zu den Sowjets.

Die entsprechenden Resolutionen des Plenums siehe unten. Das Plenum entband Rykow von den Pflichten eines Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU(B). Im Zusammenhang mit der Bestätigung des Genossen W.M. Molotow durch das Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR entband ihn das Plenum von der Arbeit als Sekretär des ZK und als Mitglied des Org.-Büros des ZK.

In Anbetracht der Bestätigung des Genossen A.A. Andrejew durch das Plenum der ZKK als Vorsitzenden der ZKK entband ihn das Plenum von seinen Pflichten als Kandidat des Politbüros.

Das Plenum nahm den Genossen Ordshonikidse in das Politbüro auf.

Resolutionen des Plenums

Über den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1931

(Kontrollziffern)

(Resolution zum Bericht des Genossen Kuibyschew, angenommen vom Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) am

19. Dezember 1930)

I.

Das vergangene Wirtschaftsjahr 1929/30 - das zweite Jahr des Fünfjahrplans - war ein Jahr neuer und sehr großer Erfolge der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau.

Die Aufgaben des Fünfjahrplans bei allen Hauptkennziffern wurden bedeutend übererfüllt:

a) Die staatliche Großindustrie, die für das Jahr 1929/30 eine Zunahme der Bruttoproduktion um 25 Prozent brachte, übererfüllte die Aufgaben des Fünfjahrplans für dieses Jahr um 5 Prozent, während das Ergebnis des ersten Jahres des Fünfjahrplans um 3 Prozent über dem Voranschlag des Fünfjahrplans lag. Im Ergebnis der ersten zwei Jahre des Fünfjahrplans lieferte die staatliche sozialistische Industrie der Volkswirtschaft eine Produktion von 30,5 Milliarden Rubel gegenüber 29,3 Milliarden Rubel, die im Fünfjahrplan festgelegt waren (in unveränderlichen Preisen).

Besonders bedeutend waren die Erfolge der Industriezweige, die Produktionsmittel produzierten. Für die ersten zwei Jahre des Fünfjahrplans gab die Schwerindustrie dem Lande eine Produktion im Werte von 13,8 Milliarden Rubel statt von 12,5 Milliarden Rubel laut Fünfjahrplan.

Im Ergebnis betrug der Umfang der Jahresproduktion der gesamten Fabrikindustrie der Union im Jahre 1929/30 mehr als das Doppelte der Jahresproduktion in der Vorkriegszeit.

b) Die Erfolge der sozialistischen Industrie gewährleisteten einen grundlegenden Umschwung in bezug auf die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft.

Die Anbaufläche vergrößerte sich von 118 Millionen ha im Jahre 1928/29 auf 127,8 Millionen ha im vergangenen Wirtschaftsjahr, d.h. sowohl für Getreide als auch besonders für die gewerblichen Nutzpflanzen (Baumwolle, Zuckerrüben usw.), und zwar stärker als im Fünfjahrplan vorgesehen war. Betrachtlich gestiegen ist die Produktion der Landwirtschaft. Der Bruttoertrag an Getreide betrug im Jahre 1930 87,4 Millionen Tonnen gegenüber 71,7 Millionen Tonnen im Jahre 1929 (Zunahme 21,8 Prozent). Der Bruttoertrag an Baumwolle wird mindestens 13,5 Millionen dz gegenüber 8,6 Millionen dz im

Jahre 1929 betragen. Der Bruttoertrag an Zuckerrüben beträgt 151,7 Millionen dz gegenüber 62,5 Millionen dz im vergangenen Jahr.

Die bedeutenden Erfolge in der Landwirtschaft, die im wesentlichen erfolgte Lösung des Getreideproblems, waren direkte Ergebnisse der gewaltigen Erfolge, die auf dem Gebiete des Aufbaus der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften und der auf der Basis der durchgängigen Kollektivierung konsequent durchgeführten Liquidierung des Kulakentums als Klasse erzielt wurden.

Die Aufgaben des Fünfjahrplans auf dem Gebiete der Kollektivierung wurden bedeutend übererfüllt. Bis zum 1. Dezember 1930 waren, wenn man alle Rayons der UdSSR und alle Zweige der Landwirtschaft (Ackerbau, Viehzucht, Fischfang, Jagd) berücksichtigt, bereits mehr als 6,15 Millionen Bauernwirtschaften, d.h. 24,1 Prozent in Kollektivwirtschaften vereinigt. In den Hauptgetreiderayons stieg der Prozentsatz der Kollektivierung auf 49,3 Prozent.

Die bearbeitete Anbaufläche der Kollektivwirtschaften betrug im Frühjahr und im Herbst 1930 43,4 Millionen ha gegenüber 20,6 Millionen ha, die für das letzte Jahr des Fünfjahrplans vorgesehen waren. Das bedeutet, daß wir in den ersten zwei Jahren des Fünfjahrplans das ganze Fünfjahresprogramm um das Doppelte übererfüllt haben. Somit erreichte die Anbaufläche des gesamten vergesellschafteten Sektors (einschließlich der Sowjetwirtschaften, deren Anbaufläche im Frühjahr und Herbst 1930 mehr als 4,8 Millionen ha betrug) 48,2 Millionen ha.

Der Anteil des vergesellschafteten Sektors in der Warenproduktion an dem 1930 geernteten Getreide betrug ungefähr 50 Prozent der gesamten Warenproduktion gegenüber 43 Prozent, die im Fünfjahrplan für das letzte Jahr vorgesehen waren.

Gleichzeitig brachte das vergangene Jahr einen gewaltigen Fortschritt auf dem Gebiet der Vergesellschaftung des Viehs. Bei Arbeitspferden betrug der Anteil des vergesellschafteten Sektors im Jahre 1928 nur 0,8 Prozent, im Jahre 1929 1,7 Prozent und im Jahre 1930 bereits 17,2 Prozent; bei Kühen entsprechend 0,4 Prozent, 0,8 Prozent und 6,6 Prozent. Dieser

Fortschritt auf dem Gebiete der Kollektivierung des Viehs gewährleistet zusammen mit der Organisation großer Viehzucht-sowjetwirtschaften ("Viehzüchter", "Schweinezüchter", "Schafzüchter") eine schnelle Lösung des Viehzuchtproblems.

c) Als weit übertraffen erwies sich auch der Entwurf des Fünfjahrplans auf dem Gebiete des Eisenbahntransports. Der Güterumlauf des Eisenbahnverkehrs erreichte im vergangenen Wirtschaftsjahr 235 Millionen Tonnen und war damit um mehr als ein Viertel größer, als im Fünfjahrplan für das zweite Jahr des Fünfjahrplans vorgesehen war.

d) Dieses Wachstum der Volkswirtschaft gewährleistete eine weitere Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen. Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten stieg bedeutend stärker an, als der Fünfjahrplan vorsah. Der Lohn der Arbeiter stieg in den zwei Jahren des Fünfjahrplans um zwölf Prozent. Auf den Siebenstundenarbeitstag waren gegen Ende des zweiten Jahres des Fünfjahrplans schon 45,5 Prozent aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter überführt. Zur ununterbrochenen Arbeitswoche gingen in der vergangenen Periode 67 Prozent aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter über.

Alles dies führte dazu, daß die Arbeitslosigkeit im wesentlichen liquidiert wurde.

Die bedeutenden Erfolge, die beim sozialistischen Aufbau erreicht wurden, sind somit unbestreitbar. Die Aufgaben des Fünfjahrplans wurden nicht nur erfüllt, sondern bedeutend übererfüllt, so daß die Erfüllung des ganzen Fünfjahrplans in vier Jahren gewährleistet ist. Im Lichte dieser Tatsachen wird sowohl das völlige Fiasko und der ideologische Bankrott der rechts- und linksopportunistischen Einstellungen als auch die Lächerlichkeit des Geschreis der bürgerlichen Presse vom Scheitern des Fünfjahrplans offensichtlich, das vor allem zu dem Zweck erhoben wurde, um das Vorhandensein der überaus heftigen Wirtschaftskrise in den Ländern des Kapitals zu bemänteln.

Die entscheidende Rolle bei diesem ökonomischen Aufschwung der UdSSR spielten die richtige Politik der Partei, die gewaltig gewachsene Aktivität und der schöpferische Arbeits-

enthusiasmus der Millionenmassen der Arbeiterklasse und Kollektivbauern (sozialistischer Wettbewerb, Stoßarbeiterbewegung, Gegenpläne), unter deren Zeichen die ersten zwei Jahre des Fünfjahrplans standen.

II.

Die Erfolge der ersten zwei Jahre des Fünfjahrplans ermöglichen es uns, im kommenden Jahr 1931 ein noch schnelleres Tempo in der Entfaltung des sozialistischen Aufbaus anzuschlagen.

Davon ausgehend, beschließt das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B):

1. Für die gesamte Volkswirtschaft:

a) Das voraussichtliche Volkseinkommen der UdSSR für das Jahr 1931 ist mit 49 Milliarden Rubel (in Preisen des Jahres 1926/27) anzunehmen gegenüber 49,7 Milliarden Rubel, die für das letzte Jahr des Fünfjahrplans (1933) vorgesehen waren, so daß die Zunahme des Volkseinkommens im Jahre 1931 mindestens 35 Prozent beträgt (gegenüber der Zunahme des Volkseinkommens im Jahre 1930 um 1 Prozent und der Zunahme im Jahre 1929 um 11 Prozent).

b) Ausgehend von dieser Zunahme des Volkseinkommens sind die Investitionen im vergesellschafteten Sektor der Volkswirtschaft (Industrie, Verkehr, Landwirtschaft usw.) auf 17 Milliarden Rubel gegenüber 10 Milliarden Rubel im vergangenen Jahr festzulegen.

c) Der Fonds für Massenbedarfsartikel ist für das Jahr 1931 auf 14,6 Milliarden Rubel gegenüber 11,5 Milliarden für das Jahr 1930 festzusetzen (Zunahme für das Jahr um 3,1 Milliarden gegenüber einer Zunahme um eine Milliarde im Jahre 1929 gegen das vorhergegangene Jahr), was zusammen mit dem Wachsen des Fonds an landwirtschaftlichen Waren den Einzelhandelsumsatz um 25 - 30 Prozent gegenüber dem vorhergegangenen Jahr vergrößern muß.

2. Für die Industrie und Elektrifizierung:

a) Der Umfang der Neubauten für die sozialistische Industrie und die Elektrifizierung (Rayonkraftwerke) ist für das Jahr

1931 auf 7.470 Millionen Rubel festzusetzen, davon für die Elektrifizierung 850 Millionen Rubel und für die Industrie, die vom Obersten Volkswirtschaftsrat geplant wird, 5.500 Millionen Rubel (davon 500 Millionen Rubel für die Reserve des Obersten Volkswirtschaftsrates für die Industrie und die Elektrifizierung).

Die Senkung der Baukosten ist auf 12 Prozent festzulegen.

b) Die Zunahme der Bruttoproduktion der gesamten staatlichen Industrie (der vom Obersten Volkswirtschaftsrat und vom Volkskommissariat für Versorgung erfaßten) ist im Vergleich zum Jahre 1930 auf 45 Prozent festzusetzen, was bedeutet, daß im dritten Jahr des Fünfjahrplans, d.h. im Jahre 1931, der ganze Fünfjahrplan für die Industrieproduktion mit 79 Prozent und in den Produktionszweigen der Schwerindustrie mit 98 Prozent erfüllt wird.

c) Bis zum Ende des Jahres 1931 ist die Gesamtkapazität aller in Betrieb befindlichen Kraftwerke auf 4,5 Millionen kwh und die Erzeugung von Elektroenergie auf 12,7 Millionen kwh gegenüber 8,8 Milliarden kwh des Jahres 1930 zu erhöhen.

d) Für die vom Obersten Volkswirtschaftsrat geplante Industrie ist die Zunahme der Zahl der Arbeiter auf 10 Prozent, die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf 28 Prozent und die Senkung der Selbstkosten der Produktion auf 10 Prozent festzusetzen bei unbedingter gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Waren. Entsprechend ist für die Industrie, die vom Volkskommissariat für Versorgung geplant wird, die Zunahme der Zahl der Arbeiter auf 16 Prozent, die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf 35 Prozent, die Senkung der Selbstkosten auf 11 Prozent festzulegen.

3. Für die Landwirtschaft:

a) Im Jahre 1931 ist die Erfassung von durchschnittlich mindestens 80 Prozent der Bauernwirtschaften durch die Kollektivwirtschaften für die Ukraine (Steppe), den Nordkaukasus, das untere Wolga-Gebiet, das mittlere Wolga-Gebiet zu gewährleisten, was für diese Rayons bedeutet, daß die durchgängige Kollektivierung und die Liquidierung des Kulakentums als Klasse im wesentlichen abzuschließen sind. Für die übrigen

Getreiderayons - Zentrales Schwarzerdegebiet, Sibirien, Ural, Ukraine (Waldsteppe), Kasachstan (Getreiderayons) ist eine fünfzigprozentige Kollektivierung der bauernwirtschaften zu gewährleisten, für die Lebensmittelzuschußgebiete in bezug auf die Getreidewirtschaften eine 20-25-prozentige. In den Baumwoll- und Zuckerrübenrayons ist die Erfassung von mindestens 50 Prozent sämtlicher Bauernwirtschaften durch die Kollektivwirtschaften zu gewährleisten. Im Jahre 1931 ist für die Union und alle Zweige der Landwirtschaft die Kollektivierung von durchschnittlich mindestens der Hälfte der Bauernwirtschaften zu sichern.

b) Die Gesamtanbaufläche für alle Kulturen ist im Jahre 1931 auf 143 Millionen ha (Sommer- und Winteraussaat des Jahres 1931) zu erweitern.

Die Anbaufläche der Sowjetwirtschaften wird auf 9,5 Millionen ha (davon 5 Millionen ha für den Getreidetrust) und die der Kollektivwirtschaften auf mindestens 66 Millionen ha festgesetzt, davon (für die Kollektivwirtschaften) für Sommergetreide mindestens 50 Millionen ha.

c) Die Zahl der MTS des Traktorenzentrums ist bis zum Ende des Jahres auf 1 400 mit einer Gesamtkapazität an Traktoren von 980 000 PS zu erhöhen.

d) Die Herde der Organisation "Viehzüchter" ist auf 2 800 000 Stück, die Herde der Organisation "Schweinezüchter" auf 1 900 000 Stück, die Herde der Organisation "Schafzüchter" auf 4,4 Millionen Stück und die Herde des Milch-Fett-Trustes auf 110 000 Kühe zu vergrößern.

e) Der Umfang der Investitionen im vergesellschafteten Sektor (Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften) der Landwirtschaft wird auf 3,8 Milliarden Rubel festgesetzt, davon für den staatlichen Sektor auf 2.055 Millionen Rubel und für die Kollektivwirtschaften und MTS auf 1.745 Millionen Rubel.

4. Für den Verkehr und das Post- und Fernmeldewesen:

a) Der Gesamtumfang des Güterumlaufs der Eisenbahnen wird für das Jahr 1931 mit 330 Millionen Tonnen angesetzt gegenüber 281 Millionen Tonnen, die für das letzte Jahr des Fünfjahrplans geplant waren.

b) Die Selbstkosten des Eisenbahntransports sind im Jahre

1931 im Vergleich zu den Selbstkosten des Jahres 1930 um mindestens 9 Prozent zu senken.

c) Der Umfang der Investitionen im Verkehrswesen ist in einer Höhe von 3 185 Millionen Rubel anzunehmen.

d) Der Umfang der Investitionen in der Zivilluftfahrt ist auf 135 Millionen Rubel (und zusätzlich 50 Millionen Rubel Betriebskosten) festzulegen.

e) Der Umfang der Investitionen im Post- und Fernmeldewesen für das Jahr 1931 wird auf 260 Millionen Rubel festgesetzt.

5. Für das Volkskommissariat für Versorgung und die Konsumgenossenschaften:

Die Höhe der Investitionen ist festzulegen:

a) für das Volkskommissariat für Versorgung (Rohstoffbasis, Elevatoren, Kühlhallen, Speicher usw.) auf 230 Millionen Rubel (ohne die Industrie),

b) für die Konsumgenossenschaften (Gemeinschaftsverpflegung, Vorortsgemüsefelder, Ladenbau usw.) auf 365 Millionen Rubel (ohne Industrie).

6. Für Arbeit und Kultur:

a) Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten wird für das Jahr 1931 auf 16 Millionen gegenüber 14 Millionen im Jahre 1930 angesetzt.

b) Der Arbeitsplan soll im Jahre 1931 im Vergleich zum Jahre 1930 für die Industriearbeiter um 6 Prozent und für die Arbeiter im Eisenbahnverkehr um 8 Prozent steigen. Dementsprechend ist der Jahresfonds des Arbeitslohnes für das Jahr 1931 auf 15,3 Milliarden Rubel gegenüber 12,5 Milliarden Rubel im Jahre 1930 festzusetzen.

c) Der Jahresfonds der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten ist im Jahre 1931 auf 2.138 Millionen Rubel (gegenüber 1,6 Milliarden Rubel im Jahre 1930) festzusetzen, d.h. höher als die Aufgabenstellung für das letzte Jahr des Fünfjahrplans vorsah (1.950 Millionen Rubel).

d) Die Gesamthöhe des Fonds für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter wird für das Jahr 1931 auf 285 Millionen Rubel gegenüber 125 Millionen Rubel im Jahre 1930 festgesetzt.

e) Die Assignierung für den Arbeitsschutz in der Industrie und im Verkehrswesen ist auf 155 Millionen Rubel festzusetzen.

f) Bis Ende 1931 ist für alle Eisenbahnarbeiter, für mindestens 92 Prozent der Arbeiter in der vom Obersten Volkswirtschaftsrat geplanten Industrie und für 52 Prozent der Arbeiter in der vom Volkskommissariat für Versorgung geplanten Industrie der Siebenstundearbeitstag einzuführen.

g) Im Jahre 1931 ist für alle Arbeiter der Industrie, die vom Obersten Volkswirtschaftsrat geplant wird, mit Ausnahme der Textilindustrie, und für 98 Prozent der Arbeiter der vom Volkskommissariat für Versorgung geplanten Industrie die fünftägige Arbeitswoche (ununterbrochene Arbeitswoche) einzuführen.

h) Die Investitionen für den Wohnungsbau in allen Zweigen der vergesellschafteten Volkswirtschaft sind auf 1,1 Milliarden Rubel gegenüber 582,5 Millionen Rubel im vergangenen Jahr festzusetzen.

i) Der Gesamtfonds für die Finanzierung der Volksbildung, der Kader, der Wissenschaft, des Gesundheitsschutzes und der Sozialfürsorge ist auf 6,5 Milliarden Rubel gegenüber 5 Milliarden Rubel im Jahre 1930 festzusetzen.

7. Für den Finanzplan:

1. Der Umfang des einheitlichen Finanzplans (Budget, Kredit-system eigene Mittel der Wirtschaftsorganisationen) in Höhe von 31,1 Milliarden Rubel Einnahmen und 29,6 Milliarden Rubel Ausgaben (darunter das Staatsbudget mit einem Betrage von 21,2 Milliarden Rubel Einnahmen und 19,7 Milliarden Rubel Ausgaben) bei dem die Einnahmen die Ausgaben übersteigen, so daß eine staatliche Reserve von 1,5 Milliarden Rubel gebildet wird, wird bestätigt.

2. In Anbetracht dessen, daß:

a) die Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft es ermöglichen haben, auf dem Gebiete des Finanzwesens zum System des einheitlichen Finanzplans überzugehen, der alle Mittel des Landes, die für die Investitionsbauten und die Erweiterung der Umlaufmittel der vergesellschafteten Wirtschaft, für die Kultur, für die Verwaltung und die Verteidigung der UdSSR gebraucht werden, erfaßt,

b) der einheitliche Finanzplan ungefähr zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens für den sozialistischen Aufbau erfaßt

und neu verteilt;

c) die erfolgreiche Erfüllung des Finanzplanes und des Budgets unmittelbar von der Erfüllung der quantitativen und qualitativen Kennziffern in allen Zweigen des volkswirtschaftlichen Aufbaus abhängt,

d) ohne strenge Erfüllung des Finanzplanes die Verwirklichung des aufgestellten Wirtschaftsplanes in allen Zweigen der Volkswirtschaft unmöglich ist, - hält das Plenum es für notwendig, daß die Arbeit aller Finanzorgane energisch verstärkt und die strengste Finanzdisziplin und das Sparsamkeitsregime eingeführt werden, daß die vorgesehenen Einnahmen unbedingt erreicht werden; daß die Ausgaben jeder Organisation direkt von der Erfüllung ihrer Produktions- und Finanzpläne abhängig gemacht werden, daß der Tscherwonez gefestigt und ein entschiedener Kampf gegen die Unterschätzung der Rolle und der Bedeutung des Finanzsystems in der gegebenen Etappe des sozialistischen Aufbaus geführt wird.

III.

Die Möglichkeit, die umfangreichen Aufgaben zu lösen, die vom Volkswirtschaftsplan 1931 gestellt werden, basiert in bedeutendem Maße auf den großen Erfolgen, die schon in den verflössenen zwei Jahren des Fünfjahrplans und besonders im Jahre 1929/30 errungen wurden. Ungeachtet der unvollständigen Erfüllung des Jahresplanes 1930 seinen einzelnen Bestandteilen nach, wurden die Planaufgaben des Fünfjahrplanes im vergangenen Wirtschaftsjahr bedeutend übererfüllt. Dadurch wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, das Tempo des sozialistischen Aufbaus, das Tempo der Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft weiter zu beschleunigen.

Es wäre jedoch grundfalsch zu glauben, daß diese grandiosen Aufgaben im "Selbstlauf", "spontan" gelöst werden können. Der Lösung dieser Aufgaben stehen große Schwierigkeiten entgegen, deren Überwindung es erfordert, daß größte Organisiertheit und Disziplin herrschen, die Qualität der Arbeit aller Glieder des Staats-, Wirtschafts- und Genossenschaftsapparates energisch verbessert wird, daß man in der wirtschaftlichen Entwicklung entschlossen das Planprinzip und die Plan-

disziplin einführt und daß die Aktivität und der Arbeitsaufschwung der breitesten Massen der Werktätigen (sozialistischer Wettbewerb, Stoßarbeiterbewegung, Gegenfinanz- und Gegenproduktionspläne der Betriebe) weiter wachsen.

Das kommende Jahr 1931 ist das entscheidende Jahr für die Verwirklichung der Losung: "Fünfjahrplan in vier Jahren". Auf die unbedingte Erfüllung des vorgesehenen Planes in allen seinen Teilen und besonders seiner qualitativen Kennziffern (Senkung der Selbstkosten der Industrieproduktion, Senkung der Baukosten, Hebung der Arbeitsproduktivität, Steigerung der Ernteerträge, bessere Kennziffern der Arbeit des Verkehrswesens, verbesserte Qualität der Produktion usw.) muß die allergrößte Aufmerksamkeit, die allergrößte Energie konzentriert werden. Unter die besondere Kontrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei muß die Erfüllung der Planaufgaben für Kohle und für Metall, die Lösung des Viehzuchtproblems und die Überwindung eines der größten Engpässe in der Volkswirtschaft, des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs, genommen werden.

Unser Land, in dem der sozialistische Sektor die absolute dominierende Stellung in der Volkswirtschaft erobert hat, ist in die Periode der entfaltetten sozialistischen Offensive, in die Periode des Sozialismus eingetreten. Das kommende Jahr 1931 wird das Jahr neuer Errungenschaften, neuer großer Erfolge des Sozialismus in seinem Kampf gegen den Kapitalismus sein. Die Erfüllung des Planes auf dem Gebiete der Kollektivierung wird das absolute Übergewicht der sozialistischen Elemente über den individuellen Sektor auf dem Lande ergeben, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Massen der Bauernschaft festigen und den Aufbau des Fundaments der sozialistischen Ökonomik der UdSSR vollenden. Das wird ein Sieg von weltgeschichtlicher Bedeutung sein.

Die Volkswirtschaft unserer Union steht an der Schwelle der Vollendung des grandiosen Plans der Arbeit am Aufbau des Sozialismus, des Fünfjahrplans. Die Perspektive des entscheidenden Sieges wird unbedingt einen neuen Sturm des Enthusiasmus und einen neuen Arbeitsaufschwung unter den Arbeitern und Bauern hervorrufen. Aber sie wird auch unvermeidlich

den Haß und die Wut unserer Klassenfeinde verstärken. Eben deshalb leisten die Überbleibsel des Kapitalismus innerhalb der Sowjetunion (der Widerstand der Kulaken, die Schädlingsarbeit usw.) so verzweifelten Widerstand. Eben deshalb bereitet der internationale Kapitalismus so fieberhaft die bewaffnete Intervention gegen die Sowjetunion vor. Unter diesen Bedingungen des verschärften Klassenkampfes ist es erforderlich, in stärkstem Maße die schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse, der Kollektivbauern und aller Werktätigen zu mobilisieren, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus, auf dem Wege der Verwirklichung der Losung: "Fünfjahrplan in vier Jahren" ergeben. Gerade unter diesen Bedingungen wird von uns die größte Anspannung aller Kräfte für die weitere Entfaltung der Industrialisierung des Landes und des sozialistischen Aufbaus, für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes gefordert.

Zum Bericht des Volkskommissariats für Versorgung über die Fleisch- und Gemüseversorgung

(Resolution zum Bericht des Genossen Mikojan, angenommen vom Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) am 21. Dezember 1930)

I.

1. Durch die erfolgreiche Lösung des Getreideproblems erreichte die Partei auf dieser Grundlage bereits die ersten Erfolge auf dem Gebiete der Organisation der sozialistischen Viehzucht.

In der Periode, die seit dem Beschluß des ZK vom 20. Dezember 1929 "Über die Maßnahmen zur Lösung des Fleischproblems" vergangen ist, wurde ein Netz spezieller sozialistischer Fleischfabriken (128 Sowjetwirtschaften des "Viehzüchter" mit einem Viehbestand von 1.012.000 Stück, 116 Sowjetwirtschaften des "Schafzüchter" mit einer Herde von 2.680.000 Stück, 308 Sowjetwirtschaften des "Schweinezüchter" mit einer Herde von 177.000 Stück und anderen Sowjetwirtschaften und die Vorortwirtschaften der Arbeitergenossenschaften mit

einer Herde von 386.000 Stück Rindvieh, 456.000 Schweinen und 218.000 Schafen) organisiert. Diese Erfolge gestatten es, die Viehzucht in den Kollektivwirtschaften breit zu entfalten und schon gegen Ende des Jahres 1931 den Rindviehbestand im "Viehzüchter" auf 2.800.000 Stück, im "Schweinezüchter" auf 1.900.000, im "Schafzüchter" auf 4.400.000 Stück und in den Farmen der Arbeitergenossenschaften auf 130.000 Zuchtsauen und 1.200.000 Mastschweine zu bringen.

2. Die vom XVI. Parteitag beschlossene Aufgabe "... in einem Jahr ... die Möglichkeit zu haben, die Belieferung mit Fleisch, Molkereiprodukten und Gemüse in vollem Umfang zu garantieren" (Stalin, - Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag¹⁾) und die Aufgabe, alle vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen, um bereits in diesem Jahr eine reibungslose und bessere Fleischversorgung der Hauptindustriezentren zu organisieren, machen es notwendig, die Aufmerksamkeit und die Kräfte der Partei und der Arbeiterklasse im gleichen Maße für die Fleischbeschaffung zu mobilisieren, wie es die Partei in bezug auf die Getreidebeschaffung erreichte.

Nach Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Volkskommissariats für Versorgung über die Fleisch- und Gemüseversorgung hält das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) die Arbeit des Volkskommissariats für Versorgung in bezug auf die Unionsvereinigung für die Fleischversorgung und die Unionsvereinigung für Obst- und Gemüseversorgung für unbefriedigend.

Das ZK und die ZKK sind der Meinung, daß der Apparat der Unionsvereinigung für Fleischversorgung und der Unionsvereinigung für Obst- und Gemüseversorgung von klassenfremden, feindlichen Schädlingselementen (48 Schädlinge der Unionsvereinigung für Fleischversorgung und der Unionsvereinigung für Obst- und Gemüseversorgung wurden erschossen) verunreinigt war. Die Kommunisten, die diese Arbeit unmittelbar

1) J.W. Stalin, Werke, Bd. 12, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 289

leiteten, suchten nicht in das Wesen dieser Arbeit der Fleisch-, Obst- und Gemüseversorgung einzudringen, sondern beschränkten sich auf bürokratische Rundschreiben und "allgemeine" Direktiven.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) ist der Meinung, daß die Arbeit dieser Organe entschieden reorganisiert werden muß, daß notwendig ist, ihre Kader gründlich zu erneuern, in kürzester Frist alle noch übriggebliebenen Folgen der Schädlingsarbeit in diesen Organisationen zu liquidieren, fremde Elemente entschlossen aus ihnen zu vertreiben, die erprobten Methoden der Getreidebeschaffung kühn auf die Praxis der Fleischbeschaffung zu übertragen und auf dem Gebiet der Fleischbeschaffung genauso wie auf dem Gebiet der Getreidebeschaffung den Opportunismus in der Praxis, der die erfolgreiche Erfüllung des Planes der Fleischbeschaffung hintertreibt, energisch zu bekämpfen.

3. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) bestätigt den Beschluß des Politbüros vom 5. November und 20. November über den Jahresplan und die Methoden des Kontraktsystems und der Viehbeschaffung und ersucht alle Parteiorganisationen, die vollkommene Erfüllung des Viehbeschaffungsplanes zu sichern, der für die Sicherung der Versorgung der Arbeiter und für die weitere Entwicklung der Kollektivierung der Landwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist.

Das Volkskommissariat für Versorgung der UdSSR und die örtlichen Parteiorganisationen werden verpflichtet, bis zum 1. April eine Planerfüllung von mindestens 70 Prozent der Viehbeschaffung zu erreichen und unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, die bei einem so beschleunigten Tempo die Gewähr bieten, daß dabei kein Vieh krepirt, erkrankt oder an Gewicht verliert. Zu diesem Zweck sollen sie für die Abnahme, Zwischenstationierung, den Transport und die Fütterung des Viehs alle vorhandenen Mittel mobilisieren, indem sie die Abfallprodukte der Nahrungsmittelindustrie in stärkstem Maße hierfür ausnützen.

4. Das Plenum beauftragt das Politbüro:

1. 100 verantwortliche Funktionäre sowie eine Gruppe von

Mitgliedern des ZK und der ZKK zu mobilisieren und sie auf ein bis zwei Monate in verschiedene Orte zu schicken, damit sie den örtlichen Parteilorganisationen bei der Durchführung der Viehbeschaffung helfen;

2. in kürzester Frist den Apparat der Unionsvereinigung für Fleischversorgung und der genossenschaftlichen Fleischbeschaffungsorganisationen durch bolschewistische Kader zu verstärken, insbesondere durch solche Funktionäre, die aktiv an der Getreidebeschaffung teilgenommen haben.

5. Die staatliche Plankommission und das Volkskommissariat für Versorgung der UdSSR wurde verpflichtet, innerhalb von drei Monaten einen umfassenden Plan des Aufbaus der Fleischindustrie aufzustellen und die Haupttypen der Fleischkombinate und deren Rayonierung so festzulegen, daß sie den Erfordernissen der Versorgung der Arbeiter und den Perspektiven der Entwicklung der Tierzucht entsprechen.

Die Inangriffnahme des Baus von zwei großen Fleischindustriekombinaten in Moskau und Semipalatinsk im Jahre 1931 muß als Grundlage für eine breite Entfaltung der neuen Fleischindustrie in der Sowjetunion dienen. Das Plenum betont jedoch, daß das Volkskommissariat für Versorgung mit Hilfe der Unterstützung durch die örtlichen Organisationen eine grundlegende Verbesserung der jetzigen Schlachthofwirtschaft erreichen muß.

II.

Das ZK und die ZKK konstatieren, daß die gegenwärtig vorhandenen Mängel in der Versorgung mit Gemüse sich hauptsächlich aus den großen Schwächen des Beschaffungs- und Versorgungsapparats, der bis in die letzte Zeit mit klassenfremden und feindlichen Elementen durchsetzt war, aber auch aus der äußerst großen Rückständigkeit und in einer Reihe von Rayons dem fast völligen Fehlen der technischen Basis für Abnahme, Verarbeitung, Transport, Aufbewahrung und Verteilung des Gemüses erklären lassen.

Das Wachstum des vergenossenschafteten Sektors und die Erweiterung der Anbauflächen für Kartoffeln und Gemüse können schon im Laufe des Jahres 1931 die Versorgung der Arbeiter

und den Bedarf der Industrie an Gemüse und Kartoffeln vollkommen decken.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK beschließt:

1. Der Rat der Volkskommissare wird beauftragt:

a) Er soll die Anbaufläche für Kartoffeln und die einzelnen Gemüsesorten so auf die Rayons verteilen, daß der Bedarf der einzelnen Rayons durch die Produktion der Vorstadtwirtschaften und die Zufuhr aus nahe gelegenen Rayons gedeckt werden kann, damit schon im Jahre 1931 die unzulässig weitesten Kartoffel- und Gemüsetransporte (über Tausende von Kilometern nach Mittelasien, Baku, dem Fernen Osten usw.) völlig beseitigt werden.

b) Er soll Maßnahmen ausarbeiten, um in einem Umkreis von 25 Werst um die Industriezentren den Gemüsebau zu fördern und den Anbau anderer Kulturen aus dieser Zone zu verdrängen. Die Gebietsexekutivkomitees und die Stadtsowjets wurden für die Erfüllung dieses Beschlusses verantwortlich gemacht.

c) Der Rat der Volkskommissare soll eine besondere Kontrolle über den Verlauf des Aufbaus der Vorstadtgemüsewirtschaften einrichten und die Erfüllung des Plans der Arbeitergenossenschaft auf einer Fläche von 300 000 ha sichern.

2. Das Volkskommissariat für Versorgung der UdSSR wird beauftragt, das ganze System der Unionsvereinigung für die Obst- und Gemüseversorgung so zu reorganisieren und durch neue Funktionäre zu verstärken, daß die im vergangenen Jahr aufgedeckten Mängel bei der Beschaffung, Verarbeitung und Verteilung des Gemüses entschieden beseitigt werden, indem die Arbeit der Unionsvereinigung für die Obst- und Gemüseversorgung vollkommen auf die Erfüllung eines zentralisierten Planes der Beschaffung und Versorgung konzentriert. In seiner Beschaffungstätigkeit muß die Unionsvereinigung für Obst- und Gemüseversorgung das untere Netz der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften in stärkstem Maße ausnutzen.

Die Zentralvereinigung der Konsumgenossenschaft und die Vereinigung der Verbände der landwirtschaftlichen Genossenschaft werden verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Arbeit

des ganzen unteren Netzes der Genossenschaft bei der Beschaffung und Verteilung des Gemüses grundlegend verbessert wird.

Die örtlichen Organisationen der Zuschußrayons müssen zur aktiveren Teilnahme an der Beschaffung herangezogen werden, indem man die wichtigsten Industriezentren, die Zufuhr Gemüse benötigen, bestimmten Produktionsrayons zuteilt und dadurch den Weg des Gemüses von der Produktion zum Verbraucher auf ein Minimum verkürzt.

3. Das Volkskommissariat für Versorgung der UdSSR wird beauftragt:

- a) bis zur kommenden Gemüsesaison in den wichtigsten Rayons der Gemüseerzeugung nach einem typisierten Entwurf entsprechend eingerichtete Punkte für Abnahme, Aufbewahrung, Verarbeitung, Trocknen und Verwertung des Gemüses zu organisieren, die nach Möglichkeit mechanisiert sein sollen;
- b) die Unstimmigkeit in den Beschaffungspreisen für Gemüse zu beseitigen und die Unkosten des Beschaffungs- und Versorgungsapparates um mindestens 20 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahre zu senken.

4. Das Volkskommissariat für Versorgung und das Volkskommissariat für Landwirtschaft der UdSSR werden beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, damit die alten und die neu zu errichtenden Gemüsekonservenfabriken so mit Rohstoffen versorgt werden, daß sie voll ausgelastet sind. Dabei ist in diesen Betrieben schon in diesem Jahr die Produktionssaison gegenüber dem vergangenen Jahr bedeutend zu verlängern.

Um diese Konservenfabriken herum sind spezielle Zonen festzulegen; in deren Bereich die Landwirtschaft ganz und gar auf die Interessen der Auslastung dieser Betriebe mit Rohstoffen eingestellt werden soll. Dabei soll die Arbeit der Kontrahierung und Beschaffung des Rohstoffs in diesen Zonen der Konservenindustrie übertragen werden.

5. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird verpflichtet, die Produktion der Verpackung für die Obst- und Gemüsewirtschaft zu erweitern und das Volkskommissariat für Verkehrswesen, eine besondere Kontrolle über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung des Gemüseverkehrs (Beschleunigung

der täglichen Laufzeit der Waggons, die Ausstattung der Waggons mit der für den Obst- und Gemüsetransport notwendigen Ventilation und der Vergrößerung der Zahl von isothermischen Waggons) einzurichten.

6. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK verpflichtet die Gebietsparteiorgane, im Laufe der nächsten zwei Monate den ganzen führenden Personalbestand der Gemüsebeschaffungsorgane und in erster Linie der Unionsvereinigung für die Obst- und Gemüseversorgung zu überprüfen, diese Organe mit neuen Funktionären zu verstärken und zu erreichen, daß die für diese Arbeit eingesetzten Kommunisten sich nicht auf eine allgemeine Leitung beschränken, sondern sich konkrete Kenntnisse von der ganzen Technik der Gemüsearbeit aneignen.

+ +
+

Der Beschluß des Politbüros vom 15. Dezember über die Versorgung der Arbeiter wird bestätigt, und das Volkskommissariat für Versorgung, die Genossenschafts-, Gewerkschafts- und Ortsparteiorganisationen werden verpflichtet, die tatsächliche Verwirklichung dieses Beschlusses, insbesondere die Einführung einer strengen Disziplin bei der Erfüllung der Auflagen in bezug auf den Abtransport des Fleisches in die Industriezentren und bei der Verwendung der staatlichen Fleischreserven gemäß dem Plan zu sichern. Dabei sind alle Erscheinungsformen eines egoistischen Lokalpatriotismus entschieden zu bekämpfen.

Zum Bericht der Zentralvereinigung der Genossenschaften über die Arbeit der Konsumgenossenschaften

(Resolution zum Bericht des Genossen Badajew und dem Korreferat der Genossin Semlatschki, angenommen vom vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) am 21. Dezember 1930)

Nach der Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes der Zentralvereinigung der Konsumgenossenschaft über ihre Tätigkeit und des Korreferats der ZKK - Volkskommissariat Arbeiter-

und Bauerninspektion stellt das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KfDSU(B) gewisse Erfolge in der Arbeit der Genossenschaft fest (12 Milliarden Rubel Umsatz der Konsumgenossenschaft im Jahre 1930, das sind 66 Prozent des gesamten Warenumsatzes des Landes, 50 Millionen Mitglieder, Erweiterung der Gemeinschaftsverpflegung, die eigenen Mittel der Genossenschaft betragen über 1,6 Milliarden Rubel, die Mobilisierung von Mitteln der Bevölkerung erreicht gegenwärtig 996 Millionen Rubel gegenüber 185 Millionen Rubel im Jahre 1928; es wurde der Grundstein für die Entwicklung der Vorstadtwirtschaften gelegt usw.). Das Vereinigte Plenum ist jedoch der Meinung, daß sich die Konsumgenossenschaft entsprechend den neuen Aufgaben der Rekonstruktionsperiode, nicht umgestellt hat. In der Konsumgenossenschaft sind bis jetzt eine Reihe empörender Mängel aufgetreten, die ein Hindernis sind für die Lösung der äußerst wichtigen Aufgabe der Partei, den Arbeitern der wachsenden Industrie und den Kollektivbauern eine normale Versorgung zu sichern. Die wichtigsten Mängel der Konsumgenossenschaft sind das Vorhandensein eines gewissen "NÖPmann-Geistes" in der Arbeit, Elemente des Selbstlaufs, des Bürokratismus und des Opportunismus in der Praxis, die zur Anhäufung großer Vorräte unter den Bedingungen des Warendefizits führen, die Durchsetzung des Apparats mit klassenfremden Elementen und sogar mit Schädlingen, die schlechte Arbeit, die bei der Organisation und Regelung der Gemeinschaftsverpflegung zutage trat, die schwache Beteiligung der genossenschaftlich organisierten Verbrauchermassen an der Kontrolle und Leitung der Konsumgenossenschaft und das Fehlen einer entfalteten Selbstkritik. Deshalb halten das ZK und die ZKK der KfDSU(B) die Arbeit der Zentralvereinigung und der örtlichen Organe der Konsumgenossenschaft für unbefriedigend.

Davon ausgehend, beschließen das ZK und die ZKK:

1. Durch die Anstrengungen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und des Genossenschaftsaktivs muß der Krämergeist aus der Arbeit der Konsumgenossenschaft ausgerottet werden. Das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK billigt

voll und ganz die Maßnahmen der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion, die zur Säuberung des Apparats der Zentralvereinigung von klassenfremden und Schädlingselementen durchgeführt wurden, und es ist der Meinung, daß der Apparat der Genossenschaft von in ihm noch zurückgebliebenen menschewistisch-sozialrevolutionären und bürokratischen Elementen gesäubert werden muß und daß ein energischer Kampf gegen den Opportunismus in der praktischen Arbeit, gegen die Einstellung auf den Selbstlauf und gegen die in einer Reihe genossenschaftlicher Organisationen beobachtete Isolierung der Versorgungsarbeit von den Massen und von den Interessen der sozialistischen Produktion geführt werden muß. Nur wenn die Konsumgenossenschaft ihre gesamte Arbeit energisch umgestaltet, so daß die Massen für die Hauptaufgaben der Versorgung und für die richtige Organisation der sozialistischen Formen der Verteilung mobilisiert werden, kann sie eine grundlegende Verbesserung ihrer Arbeit erzielen.

2. Die Konsumgenossenschaft muß ihre Arbeit in der Richtung umgestalten, daß unbedingt in erster Linie die wichtigsten Abschnitte des sozialistischen Aufbaus versorgt werden und daß die Versorgung mit der Erfüllung der Produktionspläne, mit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, mit dem Kampf gegen die Fluktuation der Arbeitskräfte und mit der Förderung der sozialistischen Formen der Arbeitsorganisation (sozialistischer Wettbewerb, Stoßarbeiterbewegung usw.) in Zusammenhang gebracht wird. Das Netz geschlossener Verteilungsstellen in den Fabriken und Werken, das sich in letzter Zeit entwickelt hat und das eine neue, sich bewährende Organisationsform der klassenmäßigen Verteilung der Produkte darstellt, ist von besonderer Bedeutung. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen muß die Verbesserung der Arbeit der geschlossenen Verteilungsstellen, in denen noch eine Reihe sehr großer Mängel zu beobachten sind (unbefriedigendes Sortiment, Schlangestehen, übermäßig große Zahl von Angestellten usw.) stehen. Diese Mängel verdecken vor den Verbrauchern, den Arbeitern, die Vorzüge, die in dieser neuen Form der Organisation der Arbeiterversorgung liegen.

Gleichzeitig mit der Arbeit an den geschlossenen Verteilungsstellen muß die Konsumgenossenschaft dafür sorgen, daß die Organisation in den gesamten Genossenschaftsläden verbessert und daß der Kampf gegen Warenunterschlagungen, gegen das Abströmen normierter Waren in die Hände von NÖP-Leuten und klassenfremden Elementen verstärkt wird und daß das Schlangestehen, die Fälle von Mißbrauch (Lebensmittelkarten oder Mitglieds- bzw. Anrechtsbücher) die künstliche Aufblähung der Zahl der zu versorgenden ("Toten Seelen") usw. beseitigt werden. Das ZK und die ZKK halten es für erforderlich, in den größten Betrieben selbständige geschlossene Arbeitgenossenschaften zu organisieren.

3. Die Konsumgenossenschaft muß erreichen, daß der Zustand des Netzes der Konsumgenossenschaft auf dem Lande von Grund aus verbessert wird. Das ZK und die ZKK halten es für notwendig, unverzüglich in den Dörfern, wo die gewählten Genossenschaften durch Läden mit ernannten Leitern ersetzt wurden, die gewählten Genossenschaften wieder herzustellen, eine enge Verbindung zwischen der Arbeit dieses Netzes der Konsumgenossenschaft mit der Entwicklung der Kollektivwirtschaftsbewegung und mit dem Aufbau der Sowjetwirtschaften herzustellen und insbesondere das Netz selbständiger Arbeitgenossenschaften in den Sowjetwirtschaften zu erweitern. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kollektivbauern bevorzugt mit Industriewaren versorgt werden, indem man das System der Versorgung mit der erfolgreichen Erfüllung der Produktionspläne und der Beschaffung in Einklang bringt. In der Arbeit der Dorfgenossenschaften muß die führende Rolle der Kollektivbauern gewährleistet sein. Das System der Warenlieferung in die Dörfer ist grundlegend zu ändern. Es müssen unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um die in Massen vorkommenden empörenden Fälle zu unterbinden, daß Waren geliefert werden, die der Nachfrage des Dorfes nicht entsprechen. Es ist notwendig, die Lieferungen gemäß den Bedürfnissen der Rayons streng zu differenzieren.

4. Aus den entscheidenden Erfolgen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Aufbaus der UdSSR, aus dem kulturellen Wachstum der Massen und der Einbeziehung der Familienmitglieder

der Arbeiter in die Produktion, die mit der völligen Liquidierung der Arbeitslosigkeit zusammenhängt, ergibt sich für die Konsumgenossenschaft die Aufgabe, die Lebensmittelversorgung allmählich von den Formen des individuellen Konsums auf die Gemeinschaftsverpflegung umzustellen, als die erste Bedingung für den Übergang von dem kleinen Einzelhaushalt zum vergesellschafteten Großhaushalt" (Lenin, Band XVIII, Teil 1, S.92).¹⁾

Es ist notwendig, entscheidende Maßnahmen zur Regelung der Gemeinschaftsverpflegung zu ergreifen, indem man eine Kontrolle der Sowjets über die Kantinen einrichtet und zu dieser Kontrolle die dort Verpflegten selbst heranzieht. Die Genossenschaft muß die Entwicklung der Vorstadtwirtschaften als Quellen zusätzlicher Lebensmittelreserven sichern.

5. Die Genossenschaft muß eine schnelle Beförderung der Waren von den Fabrik Speichern zum Verbraucher erreichen und sich gegenüber der Industrie energisch für eine maximale Anpassung des Warensortiments an die Nachfrage der Verbrauchermassen einsetzen. Besondere Aufmerksamkeit muß die Genossenschaft auf die systematische Verbesserung der Qualität der Industriewaren richten. Die Industrie ihrerseits ist verpflichtet, das Produktionsprogramm mit der Nachfrage des organisierten Verbrauchers in Übereinstimmung zu bringen. Die Erfüllung der aufgezeigten Verpflichtungen muß von den Gewerkschaftsorganisationen und dem Genossenschaftsaktiv sorgfältig kontrolliert werden, indem sie eine innerbetriebliche Kontrolle einführen, Konferenzen zu Fragen des Sortiments, der Qualität der Produktion abhalten u.dgl.

6. Die allgemeine Gesundheit und Festigung der Finanzwirtschaft der Konsumgenossenschaft verlangt die Verwirklichung eines strengen Sparsamkeitsregimes. Es ist notwendig, einen erbitterten Kampf gegen Unterschlagungen und Veruntreuungen, gegen die Selbstversorgung, gegen die übermäßige Heraufsetzung der wirklichen Normen des natürlichen Warenschwunds, gegen das Übervorteilen des Käufers durch Falschwiegen und

1) W.I. Lenin: Der Internationale Frauentag. Sämtl. Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdspr. Literatur, Moskau 1940, S. 238

Falschmessen zu führen, indem die Strafmaßnahmen für diese Mißbräuche verschärft werden. Die Konsumgenossenschaft muß besondere Aufmerksamkeit darauf richten, die Arbeit zur Akkumulierung von Anteilgeldern und zur Festigung der Kreditdisziplin zu verstärken, wobei sie sich auf die aktive Hilfe der fortgeschrittensten Mitglieder der Genossenschaft stützen soll.

7. Aus der Durchsetzung des Apparats der Konsumgenossenschaft mit klassenfremden und der Arbeiterklasse feindlichen Elementen ergibt sich mit außerordentlicher Schärfe die Aufgabe, die Genossenschaftskader entschieden zu erneuern. Es ist notwendig, besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, junge proletarische Genossenschaftsfachleute durch das Netz der Lehranstalten und kurzfristigen Kurse für Verkäufer und Mitarbeiter der Gemeinschaftsverpflegung auszubilden, indem man weitgehendst Mitglieder der Arbeiterfamilien zu diesen Kursen heranzieht. Die Zentralvereinigung der Konsumgenossenschaft muß dafür sorgen, daß Zehntausende von Arbeitern, die von den Gewerkschaften für leitende Tätigkeit vorgeschlagen werden (als Mitglieder der Verwaltungen und als Leiter der Arbeitergenossenschaften und des Zentralen Arbeiterkomitees) eingesetzt werden. Man muß entschlossen und kühn die im Genossenschaftsapparat beschäftigten Arbeiter auf verantwortlichere leitende Posten im System der Genossenschaft befördern.

8. Das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK macht alle Partei- und Gewerkschaftsorganisationen darauf aufmerksam, daß sie die Arbeit der Konsumgenossenschaft ungenügend anleiten. Insbesondere weist es auf die ungenügende Aktivität der Gewerkschaften bei der Organisation der Arbeiterkontrolle über die Arbeit der Genossenschaft hin und fordert alle Gebietskomitees und die Fraktion des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion auf, für eine aktive Verwirklichung aller früher gegebenen Direktiven des Zentralkomitees der Partei zu sorgen. Das Plenum beauftragt alle Gebietspartei-Komitees, innerhalb eines Monats den Bestand der Konsumgenossenschaft an führenden Funktionären auf seine Stärkung und Erneuerung hin zu überprüfen und für

die Arbeit in der Konsumgenossenschaft hohe Funktionäre aus der Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetarbeit zur Verfügung zu stellen.

+ +
+

Die Erfolge, die durch unsere Partei und durch die Arbeiterklasse bei der Industrialisierung des Landes errungen wurden, die erfolgreiche Lösung des Getreideproblems, die schnelle Entfaltung der Viehzuchtswirtschaften und Kollektivwirtschaften und die verstärkte Entwicklung der Leichtindustrie sichern die unbedingte Lösung der vom XVI. Parteitag gestellten Aufgabe der "Verwirklichung der vorgesehenen Erhöhung des Reallohnes, verbesserte Arbeit des Versorgungsnetzes, insbesondere der Konsumgenossenschaften,"¹⁾

Über die Neuwahlen zu den Sowjets

(Resolution zu den Berichten der Genossen Kalinin und Molotow, angenommen vom Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) am 21. Dezember 1930)

1. Die politische Bedeutung der Neuwahlen zu den Sowjets besteht darin, daß die gegenwärtigen Neuwahlen das wichtigste Mittel für eine grundlegende faktische Umgestaltung der gesamten Arbeit der Sowjets, entsprechend den Aufgaben der Rekonstruktionsperiode, werden müssen. Während die Partei in bezug auf die Gewerkschaften, die nur das Proletariat umfassen, in der Verwirklichung dieser Aufgabe schon einige, wenn auch noch völlig unzureichende Erfolge erzielen konnte, so ergibt sich in bezug auf die Sowjets, die neben den Arbeitern auch die Werkstätigen des Dorfes umfassen, daß hier ein besonders starkes Zurückbleiben hinsichtlich der Umstellung ihrer Arbeit, entsprechend den Erfordernissen der Periode der sozialistischen Rekonstruktion, zu verzeichnen ist.

Die notwendige Umgestaltung der Arbeit der Sowjets kann nur dadurch erfolgen, daß die Rolle der Sowjets gehoben wird,

1) Siehe vorliegenden Band, Seite 87 - D.Red.

da sie die Organe sind, die die Generallinie der Partei durchführen, die sowohl gegenüber dem rechten als auch gegenüber dem "linken" Opportunismus unversöhnlich feindlich sind. Die Rolle der Sowjets bei der Durchführung der Leninschen Politik der Partei ist unbedingt zu heben. Das ist die politische Hauptaufgabe der Neuwahlkampagne.

2. Die Ereignisse der letzten Monate und vor allem der Aufschwung des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR bei gleichzeitiger weiterer Vertiefung der Weltwirtschaftskrise und der Verschärfung der Klassengegensätze in den kapitalistischen Ländern bestätigt voll und ganz die Richtigkeit der Beschlüsse des XVI. Parteitages. Die vom Parteitag gebilligte Politik der entfaltetten sozialistischen Offensive an der ganzen Front wird erfolgreich verwirklicht und festigt immer stärker das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die in ihrer Masse kühn den Weg der Kollektivierung beschreitet. Gleichzeitig verschärfen sich die Formen des Widerstandes von seiten der kapitalistischen Elemente (Kulakentum, NÖP-Leute, bürgerliche Intelligenz) immer mehr. Dabei setzen die konterrevolutionären Elemente innerhalb des Landes (von Ramsin und Kondratjew bis zu den Menschewiki, einschließlich Groman und Suchanow), je erfolgreicher das Proletariat der Sowjetunion die sozialistische Offensive entfaltet, ihre Hoffnungen immer mehr auf eine Intervention der ausländischen Imperialisten gegen die UdSSR. Die Antwort der Arbeiter und Bauern auf die Vorbereitung der Intervention gegen das Sowjetland muß eine noch konsequentere und noch entschlossener Offensive des Sozialismus an der ganzen Front und eine größtmögliche Festigung der Verteidigungsfähigkeit des Landes sein. Der politische Inhalt und die Kampflosungen dieser Offensive wurden vom XVI. Parteitag und von dem gegenwärtigen Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK gegeben. Unter dem Banner dieser Beschlüsse der Partei müssen auch die Neuwahlen der Sowjets vor sich gehen.

3. Bei den Neuwahlen der Sowjets muß die Kontrolle über die Durchführung und über die weitere Entwicklung der Verwirklichung der Leninschen Nationalitätenpolitik, die Festi-

gung der internationalen Einheit, der proletarischen Solidarität und der Zusammenarbeit aller Völker der UdSSR und die Entwicklung ihrer der Form nach nationalen und ihrem Inhalt nach proletarischen Kulturen breit entfaltet werden.

4. Der siegreiche Aufbau des Sozialismus im Sowjetland findet seinen klarsten Ausdruck in der erfolgreichen Verwirklichung der Losung "Fünfjahrplan in vier Jahren". Es wird nicht nur das von der Partei beschlossene schnelle Tempo der Industrialisierung verwirklicht, sondern auch, und das ist besonders wichtig, die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung der Bauernwirtschaften. Damit macht die UdSSR einen gigantischen Schritt vorwärts auf dem Wege der Aufhebung der Klassen, auf dem Wege des unmittelbaren Aufbaus des Sozialismus. Der jetzt vor sich gehende Prozeß der Umgestaltung der Kleinproduktion und ihre Ersetzung durch die kollektiven Großwirtschaften schafft für die Sowjetmacht auf dem Lande eine neue Produktionsbasis, eine Basis der Großwirtschaft. Die Sowjets, die ein Kind der großen proletarischen Zentren sind, können erst jetzt, nur auf der Basis der sich schnell entfaltenden Großproduktion, nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande alle in der proletarischen Diktatur liegenden Möglichkeiten, die innen und die internationalen, im Kampf für den Sieg des Sozialismus vollständig offenbaren. Das bedeutet auch, daß jetzt im gewaltigem Maße die Voraussetzungen für den beschleunigten Übergang der zurückgebliebenen Rayons, z.B. einiger nationaler Gebiete des sowjetischen Ostens, auf dem Wege der sozialistischen Entwicklung herangereift sind.

Das alles unterstreicht die Notwendigkeit, entschlossen und äußerst schnell die Sowjets, entsprechend den Hauptaufgaben der jetzigen Periode des sozialistischen Aufbaus, umzugestalten.

5. Um diese Umgestaltung zu sichern, müssen die Sowjets sich wirklich in ihrer ganzen Arbeit auf das schon geschaffene neue Massenaktiv und vor allem auf die Stoßarbeiter der Fabriken und Werke und auf die Kollektivbauern auf dem Lande stützen.

Dieses neue und jetzt schon hauptsächlich Sowjetaktiv wurde zur entscheidenden Kraft beim Aufschwung der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung und muß auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Stütze der Partei und der Sowjets bei der grundlegenden Verbesserung des ganzen Staatsapparates und in erster Linie bei der Verbesserung des Sowjetgenossenschaftsapparats für die Versorgung (Nahrungsmittel, Industriewaren) werden.

Gestützt auf dieses Sowjetaktiv werden die Sowjets die Arbeit unter den Stoßarbeitern und den Kollektivbauern, aber auch die Arbeit zur Organisierung der Dorfarmut weiter entfalten und dadurch unter Führung der Partei ihre Verbindung mit den Massen gewaltig festigen und neue Millionen Arbeiter und Bauern als aktive Erbauer des Sozialismus gewinnen. Dazu ist notwendig, daß die Sowjets das Gesicht wirklich der Stoßarbeiterbewegung und den Kollektivwirtschaften zuwenden.

6. Um die Arbeit der Sowjets wirklich grundlegend umzugestalten, ist es notwendig, für die unbedingte Durchführung der Leninschen Linie der Partei ohne rechts- und "links"-opportunistische Entstellung dieser Politik in der Praxis der Sowjets und vor allem in der Praxis der leitenden Organe der Sowjets zu sorgen.

In der Periode der entfalteten sozialistischen Offensive kann sich die Partei nicht mit der rechtsopportunistischen Praxis in der Leitung der Sowjetorgane zufriedengeben, die nicht nur keine Gewähr für das eingeschlagene bolschewistische Tempo des Aufbaus und den konsequenten Kampf gegen den Bürokratismus auf der Grundlage der entfalteten proletarischen Selbstkritik bietet, sondern die in der Praxis bedeutet, die wichtigsten Direktiven der Partei zu sabotieren und manchmal direkt zu hintertreiben. Deshalb kann unter den gegenwärtigen Bedingungen in den leitenden Organen der Sowjets kein Platz für rechte Opportunisten und prinzipienlose Versöhnler sein.

Nur auf der Grundlage des wirklich unversöhnlichen Kampfes gegen die rechtsopportunistische Praxis, die bis heute

nicht nur in den örtlichen Sowjets, sondern zum Teil auch in den zentralen Organen des Staatsapparates häufig anzutreffen ist, kann die Rolle der Sowjets bei der praktischen Verwirklichung der Generallinie der Partei beim gesamten sozialistischen Aufbau gehoben und muß sie unbedingt gehoben werden.

7. Die Neuwahlen der Sowjets müssen eine grundlegende Verbesserung in der Zusammensetzung der Sowjets bringen. Der erste Platz in den Sowjets muß in den Arbeiterzentren von den besten Stoßarbeitern, auf dem Lande von den führenden Kollektivbauern, sowohl Parteimitgliedern als auch Parteilosen, eingenommen werden. Das ZK und die ZKK erinnern an den für die Sowjets äußerst wichtigen Hinweis Lenins:

"Wir führen die Losung schlecht durch: laßt Parteilose aufrücken, laßt die Arbeit der Parteigenossen durch die Parteilosen überprüfen." (Lenin, Bd.18, Teil I, S.342)¹⁾

Während der Neuwahlen ist es notwendig, bei der Entsendung parteiloser Arbeiter und Kollektivbauern, aber auch Einzelbauern aus den Reihen der Klein- und Mittelbauern, und besonders bei der Entsendung von Arbeiterinnen, Bäuerinnen und Jugendlichen in die Sowjets einen ernsthaften Umschwung zu erzielen, damit sowohl in den Stadtsowjets als auch in den Rayonexekutivkomitees den Parteilosen ein gebührender Platz vollkommen gesichert ist. Dabei ist es selbstverständlich, daß es keine Fälle einer zufälligen "Entsendung" solcher "Parteilosen" geben darf, die nicht nur von den werktätigen Massen nicht unterstützt werden, sondern direkt sozialfremde Elemente sind. Das würde nur davon zeugen, daß die Verbindung der leitenden Organe dieser Parteiorganisationen mit den Massen und Sowjets unbefriedigend wären.

8. Die gegenwärtigen Neuwahlen der Sowjets sind für das Dorf von besonders großer Bedeutung, und zwar im Zusammenhang mit der in den letzten Monaten durchgeführten Aufhebung der Bezirke und der Übertragung des Schwerpunktes der Arbeit der Partei und der Sowjetmacht auf die Rayons.

¹⁾ W.I.Lenin, Werke, 4.Ausgabe, Bd.32, S.483 (russ.) D.Red. deutsch: W.I.Lenin, Sämtl. Werke, Bd.XXVI, S.586, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940

Dadurch wurden äußerst wichtige Voraussetzungen für die Annäherung des Partei- und Sowjetapparates an die Massen, an das Dorf, an die Kollektivwirtschaften geschaffen, aber auch für die rechtzeitige Kontrolle über die an die Orte gebundenen Anweisungen von seiten der Gebiets- und Zentralorgane. Die Neuwahlen müssen die zur Festigung der Sowjets und ihrer Organe in den Rayons durchgeführten Maßnahmen verankern. In Anbetracht dessen, daß die in dieser Beziehung bisher ergriffenen Maßnahmen offensichtlich unzureichend sind, soll die weitere und größtmögliche Verstärkung der Rayonorgane durch Partei- und Sowjetkader gesichert werden.

Die Gebiets-, Republik- und Unionsorgane der Sowjets müssen den Rayons mehr Hilfe und Unterstützung gewähren, besonders im Hinblick auf die Herstellung der erforderlichen Verbindung und der konkreten Leitung, aber auch im Hinblick auf die Verbesserung der materiellen und kulturellen Bedingungen der Arbeit in den Rayons.

9. Bei der Entwicklung des proletarischen Demokratismus kann der Sowjetstaat bedeutende Erfolge aufweisen. So sind das Wachstum des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung in den Werken und Fabriken und in den Kollektivwirtschaften, aber auch die Annahme von Gegenproduktions- und Finanzplänen durch die Massen der Ausdruck neuer und gleichzeitig höchster Formen der Sowjetdemokratie. Ebenso ist es notwendig, die Kontrolle der Arbeiter und Bauern von unten über die Arbeit des Staatsapparats (z.B. Gruppenüberprüfungen der Sowjetorgane unter Leitung der Arbeiter- und Bauerninspektionen, Arbeiterbrigaden, die sich mit der Arbeit der Behörden vertraut machen) und neue Formen der freiwilligen Beteiligung der Arbeiter an der Durchführung staatlicher Aufgaben (z.B. in der Miliz) zu unterstützen und in jeder Weise zu entwickeln. Gleichzeitig ist es notwendig, in der Arbeit der Sowjets die strenge Durchführung des Sparsamkeitsregimes im Staatsapparat und eine größere Aktivität bei der Befriedigung der täglichen materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen (Versorgung, Wohnung, Kommunalwesen) zu erreichen. Dafür ist neben der

Festigung der Disziplin und der Verantwortlichkeit in den Staatsorganen notwendig, mit noch größerer Entschlossenheit und Beharrlichkeit auf der Grundlage der proletarischen Selbstkritik den Kampf gegen den Bürokratismus im Sowjetapparat zu entfalten. Die auf diesem Gebiet errungenen Erfolge sind noch völlig unzureichend. Deshalb ist der Kampf gegen den Bürokratismus im Sowjetapparat und die Sicherung einer tatsächlichen Kontrolle über die Durchführung der von der Partei und der Sowjetmacht angenommenen Beschlüsse die wichtigste Aufgabe der Partei und aller wirklichen aktiven Teilnehmer am sozialistischen Aufbau.

Die Neuwahlen der Sowjets, durch welche die gesamte Masse der Arbeiter und der werktätigen Bauern zur Überprüfung der Politik und der ganzen praktischen Arbeit der Sowjetmacht herangezogen werden, sind eines der wichtigsten Mittel zur Entwicklung des Sowjetdemokratismus, d.h. zur weiteren Verstärkung der Aktivität der Massen im gesamten sozialistischen Aufbau. Das ist gerade jetzt besonders notwendig, wo die Arbeiterklasse darangeht, die Aufgaben des dritten Jahres des Fünfjahrplans - des entscheidenden Jahres für die völlige Erfüllung des Fünfjahrplanes in vier Jahren - zu verwirklichen.

Mit diesen Aufgaben werden wir um so erfolgreicher fertig werden, je aktiver die ganze Masse der Arbeiter und der werktätigen Bauern, aber auch die Frauen der Arbeiter, die Angestellten, die Hausangestellten, die Handwerker und andere sich an den Neuwahlen der Sowjets beteiligen werden. Eine wirklich aktive Beteiligung des Proletariats und der gesamten Masse der Werktätigen an den Neuwahlen sichert in der Tat den notwendigen Fortschritt bei der Umgestaltung der Arbeit der Sowjets. Dieselbe wird zu einem außerordentlich bedeutenden Schritt, in der praktischen Durchführung der Leninschen Politik der Partei die Rolle der Sowjets zu heben.

"Prawda" Nr. 351, 22. Dezember 1930

Plenum des ZK der KPdSU(B)

11. - 15. Juni 1931

Informatorische Mitteilung

Vom 11.-15. Juni 1931 tagte das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B). Das Plenum behandelte folgende Fragen:

1.) Die vorläufigen Ergebnisse der Aussaat und die Aufgaben der Erntekampagne; 2.) Das Eisenbahnverkehrswesen und seine nächsten Aufgaben; 3.) Über die Moskauer Kommunalwirtschaft und die Entwicklung der städtischen Kommunalwirtschaft der UdSSR.

Die entsprechenden Resolutionen des Plenums siehe unten.

Resolutionen des Plenums

Die vorläufigen Ergebnisse der Aussaat und die Aufgaben der Erntekampagne

(Resolution, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 12. Juni 1931).

I.

1.) Im Frühjahr 1931 hatte die Kollektivwirtschaftsbewegung in den meisten Rayons und Gebieten entscheidende Siege in den Hauptzweigen der Landwirtschaft der UdSSR zu verzeichnen.

a) Die Kollektivierung wurde in den wichtigsten Getreiderayons abgeschlossen (Ukrainische Steppe, Nordkaukasus, Untere Wolga, Gebiet jenseits der mittleren Wolga, Krimsteppe). Hier wurden mehr als 80 Prozent sämtlicher Wirtschaften und mehr als 90 Prozent der gesamten bäuerlichen Anbaufläche und landwirtschaftlichen Produktionsmittel in Kollektivwirtschaften vereinigt.

b) In den übrigen Getreideanbaugebieten (Zentrales Schwarz-erde-Gebiet, Waldsteppegebiet rechts der Wolga, der Ukraine, Getreiderayons Kasachstans, Westsibirien, Ural, Baschkirien, Ferner Osten) und in den entscheidenden Baumwoll- und Zuckerrüben-Rayons (Baumwoll-Rayons Usbekistans, Kasachstans, Turkmeniens und Aserbaidshans, die Zuckerrübenrayons des

Zentralen Schwarzerdegebietes und der Ukraine) wurden mehr als 50 Prozent der Wirtschaften und mehr als 60 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche in Kollektivwirtschaften vereinigt. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, hier die durchgängige Kollektivierung im wesentlichen in diesem Jahr und auf jeden Fall spätestens im Frühjahr 1932 abzuschließen.

Das alles bedeutet, daß das Tempo der Kollektivierung, das in dem Beschluß der Zentralkomitees der Partei vom 5. Januar 1930¹⁾ und in den Beschlüssen des XVI. Parteitag und des VI. Sowjetkongresses festgelegt wurde, bereits übertrifft worden ist.

c) Die Frühjahrsbestellung des Jahres 1931 lieferte neue Beispiele der hohen Produktivität der vereinigten kollektiven Wirtschaft. Die Aussaatfläche, die im Mai während der Fünftageweche in der UdSSR bestellt wurde (9-10 Millionen Hektar), war bedeutend größer als die, die im Mai des vergangenen Jahres in einer Fünftageweche bearbeitet worden war (6 Millionen Hektar). Die Maschinen-Traktoren-Stationen bearbeiteten mehr als ein Drittel der Sommersaaten der Kollektivwirtschaften (mehr als 20 Millionen Hektar). Die bestellte Fläche pro Kolchospferd war fast doppelt so groß wie die Fläche pro Pferd eines Einzelbauern. Die durchgeführten Bestellungsarbeiten pro Hof der Kollektivwirtschaften waren zwei- bis dreimal so groß wie die pro Hof eines Einzelbauern. Die Qualität der Bodenbearbeitung in den Kollektivwirtschaften hat sich verbessert.

Daraus geht hervor, daß die Kollektivbauernschaft bereits zur zentralen Gestalt der Landwirtschaft geworden ist, daß die Kollektivwirtschaften nicht nur auf dem Gebiete des Getreides, sondern auch auf dem der wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffe (Baumwolle, Zuckerrüben, Sonnenblumen und andere) die Hauptproduzenten geworden sind. Die individuell wirtschaftenden Klein- und Mittelbauern spielen jetzt in der landwirtschaftlichen Produktion eine zweitrangige Rolle. Die Liquidierung des Kulakentums als

1) Siehe vorliegenden Band, Seite 67-71 - D.Red.

Klasse wird in den Getreide- und Rohstoffrayons der UdSSR abgeschlossen.

2.) Die Anbaufläche der Sowjetwirtschaften hat sich im Vergleich zum Jahre 1930 mehr als verdoppelt. Der Getreidetrust, die Viehzuchttruste und die Sowjetwirtschaften für technische Kulturen, die im Frühjahr 1931 über 8 Millionen ha bestellten (gegenüber 3,2 Millionen im Frühjahr 1930), übererfüllten die Aufgabe des VI. Sowjetkongresses.

In den meisten Rayons beendeten die Sowjetwirtschaften die Aussaat um 2-3 Wochen früher als die Kollektivwirtschaften.

3.) Infolge der Entwicklung der Sowjetwirtschaften und dadurch, daß die Mehrheit der werktätigen Bauernschaft den Weg der Kollektivierung beschritten hat, wurde unser Land zum Land der ausgeprägtesten Großlandwirtschaft in der Welt. Im Frühjahr 1931 bestellten 200 000 Kollektivwirtschaften (die 13 Millionen ehemalige Einzelwirtschaften vereinigten) zusammen mit 4 000 Sowjetwirtschaften mehr als 2/3 der Sommersaatanbaufläche, während die übrigen 12 Millionen Einzelbauernwirtschaften nur ungefähr 1/3 der Sommersaatfläche zu bestellen in der Lage waren.

II.

Jedoch zeigt die Erfahrung des vergangenen Jahres, daß es der Kollektivierung gewaltigen Schaden bringen würde, wenn man sich auf den Erfolgen der Kollektivierung und der Aussaatkampagne ausruhen und den ganzen Ernst der Aufgabe auf dem Gebiete der Festigung der Kollektivwirtschaften und der Ernteeinbringung unterschätzen würde.

Die im vergangenen Jahr weitgehend praktizierte Verteilung der Einnahmen nicht nach der Arbeit, sondern nach der Personenzahl hat neben den fehlenden Erfahrungen in der Lenkung der Großwirtschaften zur Folge gehabt, daß in vielen Fällen die Einbringung der Ernte nicht zu Ende geführt wurde, die Verluste bei der Ernteeinbringung in den Kollektivwirtschaften sehr groß waren und die Fläche des Herbststurztes vollkommen unzureichend erweitert wurde.

In den Sowjetwirtschaften spielten eine ebensolche negative

Rolle die schlechte Ausnutzung der Maschinen, die fehlende persönliche Verantwortung, die Unterschätzung der mit der Ernteeinbringung verbundenen Schwierigkeiten durch die leitenden Kader der Sowjetwirtschaften und die Tatsache, daß man die Pflicht der Sowjetwirtschaften vergaß, als Produzenten von Warenerzeugnissen nicht nur anbauen, sondern auch dem Staat ihre Erzeugnisse zu den festgesetzten Fristen und in der festgelegten Höhe abliefern zu müssen.

Damit diese Mängel beseitigt werden, beauftragt das Plenum des Zentralkomitees die Parteiorganisationen, im Zusammenhang mit der Erntekampagne folgende Maßnahmen durchzuführen:

1.) Alle Arbeiten in den Kollektivwirtschaften müssen ohne Ausnahme auf der Grundlage des Stücklohns organisiert werden, und zwar so, daß die Formen des Stücklohns möglichst einfach und verständlich sind und daß die auf den Kollektivbauern kommende Zahl von Arbeitseinheiten ohne komplizierte Berechnungen in sein Arbeitsheft eingetragen werden kann, wobei nicht nur die Quantität der geleisteten Arbeit, sondern auch ihre Qualität berücksichtigt wird.

Die Sowjetwirtschaften müssen bei der Anwendung des Stücklohnes in den Kollektivwirtschaften als Beispiel dienen, genauso wie sie es bei der Organisation der Produktion und der Anwendung neuer Maschinen sind.

2.) Bei allen Arbeiten müssen den Arbeitskräften bestimmte Traktoren, Pferde und Maschinen zur ständigen Arbeit zugeweiht werden. Zu jeder Dreschmaschine, zu jedem Traktor mit den entsprechenden Anhängegeräten muß eine ständige Brigade gehören und ein bestimmter Stamm von Fahrern und anderem Personal geschaffen werden.

In den großen Kollektivwirtschaften, wie auch in den Kollektivwirtschaften mit großen Flächen für Hackfrüchte und gewerbliche Nutzpflanzungen, müssen den Brigaden bestimmte Abschnitte der Ernte zugeweiht werden, damit die Arbeit der Brigade in Arbeitseinheiten je nach der Höhe der Verluste bei der Ernte und nach der Schnelligkeit der Einbringung höher oder niedriger bewertet werden kann.

3.) Neben der rechtzeitigen Erfüllung der durch die Kontraktierungsverträge der Kollektivwirtschaften und durch die Produktionspläne der Sowjetwirtschaften vorgesehenen Verpflichtungen bezüglich der Ablieferung der Erzeugnisse müssen die Parteiorganisationen und die Landwirtschaftsorgane erreichen, daß im Sommer und Herbst 1931 15 Millionen Hektar Brache für die Wintersaat umgepflügt, 43 Millionen Hektar Wintergetreide, davon mindestens 15 Millionen Hektar Weizen, angebaut werden und daß der Herbststurz 42 Millionen Hektar beträgt, wovon 9 Millionen von den Sowjetwirtschaften und 31 Millionen durch die Kollektivwirtschaften zu pflügen sind. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert eine richtige Verteilung der Menschen, der Traktoren, Pferde und Maschinen bei allen Herbstarbeiten und die Sicherung ihrer maximalen Produktivität, was im Arbeitsplan einer jeden Sowjetwirtschaft und Kollektivwirtschaft vorgesehen sein muß. Es darf keine einzige Kollektivwirtschaft und erst recht keine Sowjetwirtschaft geben, die nicht einen solchen Plan für die Herbstarbeiten ausgearbeitet hat.

4.) Die Stücklohnarbeit ist undurchführbar ohne rechtzeitige Berechnung der Quantität der von jedem Kollektivbauern geleisteten Arbeitseinheiten. Ja, ohne eine solche Berechnung kann eine Kollektivwirtschaft als Großwirtschaft gar nicht bestehen. Bei der Organisation der Berechnung in den Kollektivwirtschaften müssen sich die Parteiorganisationen von den Hinweisen Lenins leiten lassen: "Rechnungsführung und Kontrolle über die Arbeitsmenge und über die Verteilung der Erzeugnisse - darin besteht das Wesen der sozialistischen Umgestaltung, nachdem die politische Herrschaft des Proletariat begründet und gesichert worden ist".¹⁾ - "Sozialismus, - das ist vor allen Dingen Berechnung".²⁾ Das ZK beauftragt die Partei- und Sowjetorganisation, dafür zu sorgen, daß ausnahmslos in allen Kollektivwirtschaften vor Beginn der

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Ausg., Bd.26, S.371 (russ.) D.Red. deutsch: Lenin/Stalin, "Das Jahr 1917", Dietz Verlag, Berlin 1949, S.771

2) W.I.Lenin, Werke, 4.Ausg., Bd.26, S.255 (russ.) D.Red. deutsch: W.I.Lenin, Sämtl. Werke, Bd.XXII, Ring Verlag, A-G.Zürich 1934, S.45

Ernte die Berechnung der Arbeitseinheiten, die von jedem Kollektivbauern während der Aussaat und Jätkampagne geleistet wurden, abgeschlossen wird.

Um die erfolgreiche Durchführung der Ernte zu sichern, müssen die Parteiorganisationen auf die richtige und rechtzeitige Verteilung der Einnahmen unter den Kollektivbauern achten.

Das Plenum des Zentralkomitees beauftragt die Parteiorganisation, in den Kollektivwirtschaften bei der Verteilung der Einnahmen folgende Grundsätze zu verwirklichen:

a) Die Verteilung der Einnahmen in den Kollektivwirtschaften muß spätestens bis zum 15.-20. Januar abgeschlossen sein.

b) Bei der Bestätigung des Planes über die Verteilung der Einnahmen legt jede Kollektivwirtschaft die Mittel für die Realisierung der von ihr vorgesehenen Investitionen (unteilbarer Fonds) zurück, in Höhe von 10 Prozent in den neuen und bis 15 Prozent in alten erstarkten Kollektivwirtschaften.

c) Die Ausgabe des Naturalanteils (Deputat.-G.L.) an die Kollektivbauern, der ein Teil des Einkommens ausmacht, wird zu den von der Kollektivwirtschaft festgesetzten Terminen vorgenommen.

d) Bei der Verteilung der Futterreserven muß in erster Linie der vergesellschaftete Teil des Nutzviehs (besonders die kollektivwirtschaftlichen Farmformen) und der des Arbeitsviehs versorgt werden. Das übrige wird unter den Kollektivbauern nach der Zahl der von ihnen geleisteten Arbeitseinheiten und unter Berücksichtigung des bei ihnen vorhandenen Nutzviehs verteilt.

e) Die Saatfonds werden von den Kollektivwirtschaften in solcher Höhe verteilt, daß sie die im Plan vorgesehene Erweiterung der Anbauflächen sichern. Dabei ist durch besondere Verfügung des Kollektivwirtschaftsvorstandes festzulegen, wie das Saatgetreide auszuwählen und aufzubewahren ist, damit eine möglichst gute Qualität der Saatfonds gesichert ist.

f) Auf Beschluß der Mehrheit der Kollektivbauern werden die

Wintersaaten der neuen Mitglieder der Kollektivwirtschaften vergesellschaftet und ihre Ernte kollektiv eingebracht.

g) Es wird empfohlen, den festgelegten 5 prozentigen Abzug von den Einnahmen der Kollektivwirtschaft in den Rayons mit durchgängiger Kollektivierung auf folgende Weise zu verwerthen: 2 Prozent werden entsprechend der Höhe des von den Kollektivbauern vergesellschafteten Eigentums verteilt, 1 1/2 Prozent gehen in den Prämienfonds zur Prämierung der Brigadiere und der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften und 1 1/2 Prozent in den Fonds zur Unterstützung von Kollektivbauern, die sich in verschiedenen Kursen weiterbilden.

6.) Das Plenum des Zentralkomitees hebt besonders die verantwortlichen Aufgaben, die vor den Maschinen-Traktoren-Stationen als den Organisatoren nicht nur der technischen Basis, sondern auch der ganzen Wirtschaft der Kollektivwirtschaften stehen, hervor. Im Sommer und Herbst dieses Jahres müssen die Maschinen-Traktoren-Stationen 5 Millionen Hektar Brache umpflügen, 8 Millionen Hektar Wintergetreide bestellen, 15 Millionen Hektar Herbststurz aufreißen und gleichzeitig an den Staat die Warenerzeugnisse der erfaßten Kollektivwirtschaften abliefern (verkaufen), und zwar nicht nur in Getreide, sondern auch in gewerblichen Nutzpflanzungen. Die Ablieferung der Warenerzeugnisse der Kollektivwirtschaften wird zur unmittelbaren Produktionsaufgabe der Maschinen-Traktoren-Stationen. Die Maschinen-Traktoren-Stationen, mit Hilfe derer die Arbeiterklasse der Sowjetunion die technische Neuausrüstung der Kollektivbauernschaft durchführt, müssen die vor ihnen stehenden Aufgaben, die Einbringung und Ablieferung des Getreides und der gewerblichen Nutzpflanzungen, genauso erfolgreich erfüllen, wie sie die Aufgaben bei der Aussaat erfüllt und übererfüllt haben.

7.) Das Plenum des Zentralkomitees macht die Parteiorganisation darauf aufmerksam, daß die Einbringung der Ernte von 4,2 Millionen Hektar durch die Getreidesowjetwirtschaften und die Ablieferung von mindestens 160 Millionen Pud Warengetreide durch sie eine der wichtigsten wirtschaftlich-

politischen Aufgaben der Erntekampagne sind. Der Getreidetrust und die Getreidesowjetwirtschaften müssen in diesem Jahr nicht nur die rechtzeitige Einbringung der Ernte mit minimalen Verlusten, sondern auch die rechtzeitige Ablieferung des Warengetreides (davon mindestens 70 Prozent bis zum 1. November) gewährleisten.

8.) Nicht weniger wichtige Aufgaben stehen auch vor den Viehzuchtsowjetwirtschaften. Sie müssen gemäß dem Produktionsplan in diesem Jahr ungefähr 350 Millionen Pud Heu, 100 Millionen Pud Grünfutter und 35 Millionen Pud Futtergetreide ernten. Die Erntekampagne in den Viehzuchtsowjetwirtschaften wird dadurch erschwert, daß die Arbeit nicht genügend mechanisiert ist und deshalb der überwiegende Teil der Erntearbeiten mit Hilfe von Pferden und Ochsen durchgeführt werden muß.

Das verpflichtet die Viehzucht-Sowjetwirtschaften, nicht nur weitgehendst die Mechanisierung einzuführen, sondern daneben besondere Aufmerksamkeit auf die lebende Zugkraft (Pferde, Ochsen, Kamela) zu richten. Das ZK beauftragt die Parteiorganisationen, die Sowjetwirtschaften bei der Beschaffung von Zugvieh und Arbeitskräften sowie von örtlichen Transportmitteln für die Beförderung des Futters zu unterstützen. Das ZK überträgt den Rayonkomitees und Rayonexekutivkomitees die Verantwortung für die Organisation dieser Unterstützung.

9.) Bei der Ernte der gewerblichen Nutzpflanzungen vergangener Jahre waren die Verluste besonders groß. Sie wurden durch schlechte Organisation der Erntekampagne und völliges Fehlen der Mechanisierung der Ernteeinbringung hervorgerufen. Dadurch, daß die Warenproduktion aller gewerblichen Nutzpflanzen beträchtlich gestiegen ist und daß die Mechanisierung ihrer Ernte und ersten Verarbeitung erst beginnt, wird der Hauptteil der Arbeit auch in diesem Jahr mit der Hand und mit Pferden geleistet werden müssen. Dementsprechend lenkt das Plenum des Zentralkomitees die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen, der Landwirtschaftsorgane und der Kollektivwirtschaften darauf:

- a) eine gut durchdachte Organisation der ganzen Erntekampagne zu erreichen, und zwar auf der Grundlage, daß sich die gesamte Kollektivwirtschaftsbevölkerung an der Ernte beteiligt und daß die Stücklohnarbeit strengstens durchgeführt wird;
- b) für die Verarbeitung besonders von Flachs und Hanf in den Kollektivwirtschaften, (ebenso in den Fabriken für die erste Verarbeitung), die einfachsten Hilfsmittel auszunutzen, um den Kollektivbauern die Arbeit zu erleichtern;
- c) die Ernte und die Ablieferung der Erzeugnisse zu den Terminen und in dem Umfang durchzuführen, die in den Verträgen vorgesehen sind;
- d) die Mengen an Getreide, Industriewaren, Ölkuchen und Öl in vollem Umfang abzuliefern und zu den Fristen, die im Aufruf des ZK und des Rates der Volkskommissare über die Kontrahierung, vorgesehen sind. Das ZK hebt die Aufgabe hervor, die Ernte und die Ablieferung von 230 Millionen Pud Zuckerrüben durch die Sowjetwirtschaften des "Sojussachar", und mindestens 30 Millionen Pud Warengetreide von denen des "Sojuschleb" zu organisieren und beauftragt das ZK der KP(B) Ukraine und das Gebietskomitee des Zentralen Schwarz-erdegebietes, den Sowjetwirtschaften dabei die notwendige Hilfe zu erweisen.

10.) Das ZK beauftragt die Partei- und Sowjetorganisationen, die Durchführung der Erntekampagne in den Einzelbauernwirtschaften zu leiten und diese Arbeit so zu leisten, daß sie zur weiteren Entwicklung der Kollektivierung beiträgt. Das ZK macht die Parteiorganisation darauf aufmerksam, daß im Frühjahr infolge der mangelhaften Arbeit unter den Einzelbauern in einer Reihe von Rayons die Einzelbauern bei der Aussaat (besonders in Flachs, Hanf und Tabak) zurückblieben.

11.) Damit die Erntekampagne von den Sowjetwirtschaften und Maschinen-Traktoren-Stationen erfolgreich und mit möglichst gutem Ergebnis durchgeführt werden kann, muß die Industrie den bestätigten Plan der Produktion von Erntemaschinen rechtzeitig erfüllen. In Anbetracht dessen muß der Oberste

Volkswirtschaftsrat dafür sorgen, daß die Landmaschinenfabriken im Laufe des Juni und Juli ihre Rückstände in der Lieferung von Maschinen aus den vergangenen Monaten aufnehmen. Das Plenum des Zentralkomitees lenkt besonders die Aufmerksamkeit der Arbeiter, der Verwaltungsangestellten und Wirtschaftler und der Ingenieure und Techniker der Betriebe "Kommunar" (Mährescher) des Ljubozekker Werkes (Garbenbinder, Grasmäher, Flachsrupfmaschinen), des Klimower und Oreler und Karl-Marx-Werkes (Ausrüstung für Werke für die erste Verarbeitung von Flachs und Hanf), des Rostower Landmaschinenwerkes (Garbenbinder, Heuernteinventar), des Chersoner und des Perwomaisker Werkes (Baumwollerntemaschinen), des Nikolajewer (Rübenerntemaschinen und Weizenflüge), des Gomeler Landmaschinenwerkes (Silofutterschneider), des Rjasaner Werkes (Kartoffelrodemaschinen) "Hammer und Sichel" (Dreschmaschinen) darauf, daß die termingemäße Lieferung der Erntemaschinen eine Kampfaufgabe der Partei ist.

Gleichzeitig beauftragt das Plenum des ZK den Obersten Volkswirtschaftsrat, die Festlegung des Produktionsprogramms für die Werke des Landmaschinenbaus für 1932 spätestens Mitte Juli 1931 abzuschließen. Es geht dabei von der Notwendigkeit aus, im kommenden Jahr neben der weiteren Mechanisierung der Ernte und Bearbeitung der Getreidekulturen die Ernte von Baumwolle, Flachs, Rüben mindestens zu 50 Prozent und die Erzeugung und Verarbeitung der Futtermittel in den Viehzuchtsowjetwirtschaften vollständig zu mechanisieren.

Das Eisenbahnverkehrswesen und seine nächsten Aufgaben

(Resolution zum Rechenschaftsbericht des Volkskommissariats für Verkehrswesen, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU (B) am 15. Juni 1931)

1. Die erfolgreiche Verwirklichung der Industrialisierung des Landes, die schnelle Entwicklung aller Industriezweige, der Aufbau neuer Fabrikgiganten und mächtiger Kombinate, der wachsende Aufschwung der Landwirtschaft auf der Basis

der Kollektivierung, der Aufbau der Sowjetwirtschaften, die stürmische Entwicklung neuer Rayons mit sehr reichen Bodenschätzen und die breite Einbeziehung der Randgebiete in das Wirtschaftsleben des Landes bedingen, daß die Arbeit des Eisenbahnverkehrswesens, das ein untrennbarer organischer Bestandteil der sozialistischen Industrialisierung ist, gewaltig zunimmt.

In den ersten zwei Jahren des Fünfjahrplans stieg der Güterumlauf der Eisenbahnen der UdSSR von 156 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 238 Millionen Tonnen im Jahre 1930 gegenüber 132 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Er lag also um 80 Prozent über dem Vorkriegsstand.

Gleichzeitig bemerken wir ein stürmisches Wachstum des Personenverkehrs. Im vergangenen Jahr 1930 beförderten die Eisenbahnen 557 Millionen Personen gegenüber 291 Millionen im Jahre 1928 und 185 Millionen im Jahre 1913.

In bezug auf die Leistung des Güterverkehrs nahm das Eisenbahnverkehrswesen der UdSSR nach den USA den zweiten Platz in der Welt ein. Im Jahre 1930 leisteten die Eisenbahnen der UdSSR 133 Milliarden Tonnenkilometer gegenüber 61 Milliarden Tonnenkilometer in Deutschland, 29,2 Milliarden Tonnenkilometer in England und 565 Milliarden Tonnenkilometer in den USA.

Eine solche Zunahme des Gütertransports bei relativ unbedeutendem Eisenbahnneubau führte zu einer großen Verstärkung der Frachtintensität unserer Eisenbahnen. Schon im vergangenen Jahr 1930 erreichte die Frachtintensität der Eisenbahnen in der UdSSR 1.738.000 Tonnenkilometer pro Kilometer gegenüber 1.608.000 Tonnenkilometer pro Kilometer im Durchschnitt für das Netz der USA.

Im Endergebnis erreichte das Eisenbahnverkehrswesen der UdSSR in bezug auf die Beförderung von Gütern und Personen im Jahre 1930 insgesamt 185 Milliarden Tonnenkilometer, d.h., sie war doppelt so groß wie im Jahre 1913 und nur um 7 Prozent niedriger als die Planaufgabe des Fünfjahrplans für das Jahr 1932/33, die mit 198 Milliarden Tonnenkilometer festgesetzt wurde. Während durch die Vertiefung der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1931 die Arbeit des Eisen-

bahnverkehrs der kapitalistischen Länder weiter herabgedrückt wurde, zeigt die Leistung der Eisenbahnen der UdSSR eine weitere bedeutende Zunahme, und in bezug auf den Stand der Arbeit wird der Fünfjahrplan schon im Jahre 1931 übererfüllt sein.

2. Das aufgezeigte Wachstum der Arbeit des Eisenbahnverkehrs gründet sich sowohl auf die Verbesserung seiner materiell-technischen Basis als auch besonders auf die verbesserte Ausnutzung der Reserven des Eisenbahnverkehrs. Die Gesamtzugkapazität des Lokomotivparks des Landes stieg von 1913 - 1930 um 30 Prozent bei einer Zunahme der Durchschnittszugkraft einer Lokomotive von 8,4 Tonnen im Jahre 1913 auf 11 Tonnen im Jahre 1930. Die Gesamtladefähigkeit des Wagenparks vergrößerte sich ebenfalls um 30 Prozent.

Bedeutend erhöht wurde die Durchlaßfähigkeit der Eisenbahnen durch die Inbetriebnahme neuer Ausweichstellen und die Erweiterung der Stationen und Knotenpunkte.

In der Periode des Bestehens der Sowjetmacht wurden bis zum Jahre 1930 12.800 Kilometer neuer Eisenbahnen (Turksib; Borowoje - Akmolinsk - Karaganda; Troizk - Orsk, Merefa - Cherson u.a.) gebaut und in Betrieb genommen.

Diese Vergrößerung der materiellen Basis war von einer bedeutenden Erhöhung der qualitativen Kennziffern der Arbeit des Verkehrswesens begleitet.

Die Tagesdurchschnittsstrecke eines Güterwagens betrug im Jahre 1930 93,4 Kilometer gegenüber 72 Kilometer im Jahre 1913; die Strecke einer Güterlokomotive - 153 Kilometer im Jahre 1930 gegenüber 119 Kilometer im Jahre 1913.

Das Eisenbahnproletariat überwand den Widerstand des bürokratischen, konservativen alten Apparates des Eisenbahnverkehrswesens, führte einen hartnäckigen Kampf gegen die Schädlinge, entwickelte aus seiner Mitte neue Leiter und erzielte dadurch, trotz der zerstörenden Folgen des Weltkrieges und der Intervention, bedeutende Erfolge. Die gewaltige Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft wurde erneut bestätigt.

3. Obwohl in der Arbeit des Eisenbahnverkehrswesens Erfolge erzielt wurden, entspricht sein Wachstumstempo nicht dem Entwicklungstempo des sozialistischen Aufbaus des Landes, und das Verkehrswesen wurde daher zu einem Engpaß in der Volkswirtschaft.

Die rückständige technische Ausrüstung des Eisenbahnverkehrs, der große Verschleiß seines Grundkapitals, die Schädlingstätigkeit, die in den vergangenen Jahren große Ausmaße angenommen hat, und die großen organisatorischen Mängel im System der Leitung des Verkehrs, welche vor allem dadurch hervorgerufen wurden, daß angesichts des Fehlens der entsprechenden technischen Basis ein System eingeführt wurde, das die persönliche Verantwortlichkeit im Fahrwesen negierte (letzteres hatte sich auch in anderen Gebieten des Verkehrswesens eingebürgert). Das alles führte dazu, daß sich der Zustand des Lokomotivparks verschlechterte, die Arbeitsdisziplin stark nachließ, die Arbeitsproduktivität sank und die Arbeit des Verkehrs sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 und im ersten Quartal des Jahres 1931 allgemein bedeutend verschlechterte.

4. Das Zentralkomitee der Partei lenkte rechtzeitig die Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf die Fragen des Verkehrswesens und legte die Grundmaßnahmen zur Gesundung des Eisenbahnwesens fest.

Die auf der Grundlage des Beschlusses des ZK der Partei und des Rates der Volkskommissare durchgeführte Liquidierung der fehlenden persönlichen Verantwortlichkeit im Fahrwesen und seine Ersetzung durch das gepaarte Zugführen, die Reorganisation der Leitung des Eisenbahnverkehrs, die Rückkehr qualifizierter Kader in den Verkehr und die Heraufsetzung des Arbeitslohnes für die Mitarbeiter in den entscheidenden Gliedern des Eisenbahnwesens haben schon ihre Ergebnisse gezeitigt.

Die Verwirklichung dieser sehr wichtigen Direktiven der Partei führte schon im April nicht nur zu einer Verbesserung des Zustandes des Lokomotivparks, sondern auch zu einer beträchtlichen Gesundung in der Eisenbahnwirtschaft.

5. Ungeachtet des Umschwungs in bezug auf die Gesundung des Eisenbahnwesens muß man die Schnelligkeit des Tempos, in welchem sich die Hauptfaktoren festigen, als unzureichend bezeichnen.

Die Instandsetzung des rollenden Materials und dessen technische Überwachung ist in der Mehrzahl der Fälle immer noch unbefriedigend. Die Zuteilung von Brigaden an bestimmte Lokomotiven ist nicht fest genug, und die eingeteilten Brigaden werden häufig wieder auseinandergerissen. Außerst unbefriedigend ist die Verkehrsregulierung durch das Volkskommissariat für Verkehrswesen und durch die Bahnen. Die schlechte Arbeit des Dispsacher-Apparates, die Nichterfüllung der festgelegten Kennziffern und der graphischen Pläne der Verkehrswege, die beträchtliche Anzahl von "Zwischenfällen" und die schlechte Arbeit der Stationen, die langen Standzeiten der Waggons und der häufige Ausfall von Zügen - führten zur Senkung der qualitativen Kennziffern. Es ist unbedingt notwendig, einen beharrlichen Kampf zur Überwindung dieser Mängel zu führen.

I. Die Aufgaben der Rekonstruktion des Verkehrswesens

1) Auf Grund der gewaltigen Zunahme der beförderten Frachten in den vergangenen Jahren und der damit im Zusammenhang stehenden Perspektive, daß der Güterumlauf infolge der stürmischen Entfaltung des sozialistischen Aufbaus weiterhin bedeutend zunehmen wird, ergibt sich die Aufgabe, das Eisenbahnverkehrswesen grundlegend zu rekonstruieren. Die Beschleunigung dieser Rekonstruktion wird durch die Tatsache diktiert, daß die materiell-technische Basis des Verkehrswesens weit hinter den Bedürfnissen der Volkswirtschaft zurückbleibt.

2) Das Plenum billigt den Beschluß des Politbüros des ZK vom 25. Mai 1931 über die Rekonstruktion des Eisenbahnverkehrs und beschließt, die grundlegenden Richtlinien des Volkskommissariats für Verkehrswesen über die Rekonstruktion des Eisenbahnverkehrs zu bestätigen. Diese sind darauf gerichtet, die Elektrifizierung der Eisenbahnen durchzuführen, rollendes Material von großer Leistungsfähigkeit

(Lokomotiven, Elektrolokomotiven, Diesellokomotiven), (und zwar von 50- bis 60-Tonnen-Waggonen), Selbstkupplungen, automatische Bremsen, automatische Blockungen, Rekonstruktion des Gleisoberbaus, Neuausrüstung der Zugeinrichtungen, der Wasserversorgung, Verbindungen, Mechanisierung der Be- und Entladearbeiten usw. einzuführen.

In Übereinstimmung mit der Zunahme des Güterumlaufs ist es notwendig, mit der Rekonstruktion, welche entsprechend in der oben genannten Richtung verlaufen soll, in erster Linie auf den am stärksten belasteten Strecken zu beginnen.

3) Die vom Volkskommissariat für Verkehrswesen vorgeschlagene Einteilung der in Betrieb befindlichen Eisenbahnlinien in bezug auf die Rekonstruktion der Strecke je nach der Frachtintensität in drei Gruppen wird bestätigt:

a) die Rekonstruktion der Linie des ersten Typs (hier werden die Lokomotiven mit einer Belastung von 23 Tonnen pro Achse zugelassen) ist im Laufe der Jahre 1932 - 1933 auf folgenden Strecken durchzuführen: Kusnezsk - Tscheljabinsk; Tscheljabinsk - Magnitnaja; Jasinowataja - Dolginzewo; Jasinowataja - Jenakijewo - Makezewa-Rayon; Grosny - Armawir; Kurgan - Swerdlowsk; Waluiki - Lisski - Balaschow - Pensa; Wjartka - Bui - Leningrad; Prochlatnaja - Besslan.

b) Die Rekonstruktion der Linie des zweiten Typs, wo Lokomotiven "EU" und mit einer Belastung von 20 Tonnen pro Achse zugelassen werden, ist im Laufe der Jahre 1932 - 1933 auf der Linie Kinel - Orenburg - Kasalinsk - Ursatjewskaja durchzuführen.

c) Zur dritten Gruppe sollen alle übrigen Linien gehören, bei denen die Verstärkung des Streckenwesens eine der hauptsächlichsten Aufgaben ihrer technischen Neuausrüstung sein muß.

Spätestens innerhalb von zwei Monaten ist die Frage der Steigerung der Durchlaßfähigkeit der Murmanskener Eisenbahn zu untersuchen.

4) Es wird anerkannt, daß das Hauptkettenglied für die Rekonstruktion des Eisenbahnverkehrs in der Perspektive seiner Entwicklung die Elektrifizierung der Eisenbahnen ist. Für die Periode 1932-1933 muß die Elektrifizierung auf

Strecken in einer Gesamtlänge von 3 690 Kilometern, davon für den Güterverkehr von 3 215 Kilometern in folgenden Richtungen durchgeführt werden:

1. Permer Eisenbahn: Kisel - Tschusowaja - Kalino; Tschusowaja - N. Tagil; N. Tagil - Swerdlowsk; Magnitogorsk - Ufa; Magnitogorsk - Kartaly.
2. Tomsker Eisenbahn: Usjaty - Bjelowo - Polysajewo, Topki - Kemerowo; Usjaty - Kusnezsk; Topki - Koltshugino - Polysajewo; Ansherka - Kemerowo.
3. Jekatarinaer Eisenbahn: Dolginzewo - Saporoshe; Saporoshe - Tschaplino; Jasinowataja - Tschaplino.
4. Südeisenbahn: Lima - Osnowa; Debalzewo - Swerewo.
5. Südostbahn: Lichaja - Stalingrad.
6. M. - Kursker Eisenbahn: Moskau - Osherelje - Wolowo.
7. S. - Kaukasische Eisenbahnen: Stalinsk - Sastafoni; Naftlug - Stalinsk; Sastafoni - Samtredi; Naftlug - Akstafa.

Für den Personenverkehr sind die Linien mit dem dichtesten Passagierstrom in einer Gesamtlänge von 475 Kilometern zu elektrifizieren.

Das Plenum betont die besondere volkswirtschaftliche Bedeutung der Elektrifizierung der Eisenbahnen und beauftragt den Obersten Volkswirtschaftsrat, dafür zu sorgen, daß die Industrie für die Erfüllung dieses Plans in voll ausreichendem Ausmaß entwickelt wird.

5) Die Einführung von Diesellokomotiven auf den wasserlosen Linien ist notwendig. Der Plan, der die Überführung der Linien Krassnowodsk - Tschardshui, Salsk - Bataisk, Stalingrad - Tichoredskaja auf Dieselizeugkraft im Laufe des Jahres 1932/1933 beinhaltet, wird gebilligt.

II. Der Eisenbahnneubau

1. Die Schaffung einer Reihe größter Industriekombinate, das Ural - Kusnezker Problem, die Verbindung Mittelasiens mit Sibirien, das Problem der Verbindung Kasachstans mit den Zentren des Landes, die Industrialisierung der Randgebiete der UdSSR, die bedeutende Entfaltung des Holzeinschlages und die Erschließung der nördlichen Waldrayons, der

Aufbau großer und leistungsfähiger Sowjet- und Kollektivwirtschaften und die Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit des Landes weiter zu verstärken - stellen dem Eisenbahntransport eine gigantische Aufgabe in bezug auf den Bau neuer Eisenbahnen und die Verstärkung der Durchlaßfähigkeit der bestehenden.

2. Dabei bleiben aber der Gang der Arbeiten und das Tempo, in dem neue Eisenbahnlinien in Betrieb genommen werden, hinter den aufgestellten Plänen zurück. Bis jetzt ist eine Reihe größter Mängel festzustellen (häufige Änderung des Arbeitsplans, schlechte Qualität der Forschungsarbeiten, schwache Mechanisierung, Verteuerung, fehlende Vorbereitung für die Inbetriebnahme neuer Eisenbahnlinien, mangelhafte Kaderausbildung für sie und dergl. mehr), was zum Einfrieren der Investitionen, zur Verzögerung der Bautätigkeit und zur Verteuerung ihrer Selbstkosten führt.

Neben der Notwendigkeit, die Materialdeckung für den Eisenbahnbau entschieden zu vergrößern, beauftragt das Plenum das Volkskommissariat für Verkehrswesen:

1. einen wirklichen Umschwung in bezug auf die bessere Organisation der Investarbeiten im Verkehr, auf die Mechanisierung der Bauprozesse, die bessere Arbeitsorganisation, eine erweiterte Kaderausbildung und die Festigung der Leitung in den unteren Bauorganisationen zu erreichen;

2. die wirtschaftlichen Hilfsbetriebe zur Ausnutzung der örtlichen Rohstoffreserven maximal zu erweitern;

3. gemeinsam mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR spätestens bis zum 15. Juli einen Plan für die Herstellung der notwendigen Mechanismen für den Eisenbahneubau auszuarbeiten (Bagger, Kompressoren, Wasserlösungsmittel, Ausrüstungen für das Einrammen von Pfählen, Steinbrechmaschinen usw.);

4. den Rat der Volkskommissare der UdSSR zu beauftragen, innerhalb von drei Monaten ein festes Verzeichnis der neuen Eisenbahnlinien aufzustellen, die unbedingt im Jahre 1932 gebaut werden müssen.

III. Die Herbst- und Winterfrachten

Das Plenum des ZK betont, daß die Arbeiten für die erforderlichen Vorbereitungen des Eisenbahnverkehrs auf die Herbst- und Winterfrachten (Entwicklung der Stationen, Knotenpunkte, Ausweichstellen, die Enthärtung der Profile; die Verstärkung und die Reparatur der Strecke; Wasserversorgung; unvollständige Lieferung der Schienen, Schwellen und des rollenden Materials, der Rohre und Ausrüstungen für die Wasserversorgung und dergl. mehr) völlig ungenügend entfaltet werden, und betrachtet die Vorbereitungen zu der Herbst- und Winterfrachtenbeförderung auf der Grundlage der entschiedenen Verankerung des gepaarten Fahrens als eine äußerst wichtige Aufgabe der Wirtschafts-, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen.

Das Plenum des ZK schlägt vor:

A. Für das Zugwesen

a) Die Verwirklichung des Planes zur Wiederherstellung der Lokomotiven und der Waggonreparaturen und zur entschiedenen Verminderung der Anzahl nichtbetriebsfähiger Lokomotiven ist völlig zu sichern und eine systematische Kontrolle über die Erfüllung dieses Plans einzuführen.

b) Es ist für eine exakte Arbeit der Depots, die die wichtigsten Glieder in der Produktion des Eisenbahnverkehrs sind, zu sorgen. Hierbei sind besonders die Organisierung der Reparatur qualitativ zu verbessern und die Arbeitsproduktivität und rationellste Ausnutzung der Lokomotiven zu erhöhen.

c) Der rechtzeitige Aufbau und die Entwicklung von Haupt- und Umschlagsdepots sind zu gewährleisten und die Qualität der Depotreparaturen zu erhöhen. Gleichzeitig muß die Pflege der Lokomotiven von seiten der Lokomotivbrigaden verbessert werden. Die Instandsetzung der bestehenden Depots im Hinblick auf die Verbesserung ihrer Organisation, des Zustandes ihrer Einrichtungen, der Heizung, der Beleuchtung usw. ist zu gewährleisten.

d) Die Reparaturmittel der Hauptdepots an den Haupt-Eisenbahn-

linien (die Bahnen des Donbass, des Ural - Kusnezker Kombinats, Sibiriens u.a.) sind zu verstärken, und diese Depots sind mit den notwendigen Arbeitskräften und Ingenieuren und Technikern zu versorgen.

e) Es wird hervorgehoben, daß die Leitung von seiten des Volkskommissariats für Verkehrswesen und der Bahndirektionen bei der Ausnutzung der Auslandserfahrung und -technik unbefriedigend ist, daß diese Erfahrungen im Betrieb und bei der Organisation des Depotwesens und der Instandsetzung des rollenden Materials vom Volkskommissariat für Verkehrswesen fast gar nicht angewandt worden sind. Bereits in der nächsten Zeit ist eine entsprechende Ausnutzung der fortgeschrittenen Technik zu gewährleisten.

B. Für den Verkehr

a) Es sind entscheidende Maßnahmen zu treffen, um die Verspätungen der Personenzüge zu liquidieren und die fahrplanmäßige Aufeinanderfolge der Güterzüge zu gewährleisten.

b) Die Qualifikation muß erhöht und die Zusammensetzung des Dispsatsher-Apparates und der Stationsangestellten muß verbessert werden.

c) Das Volkskommissariat für Verkehrswesen wird verpflichtet, die Zuteilung der Rangierbrigaden an die Depots, an die Schichten der Dispsatsher, an die Linien und dergl. mehr durchzuführen.

d) Im Laufe der Sommerperiode sind die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Rangier-, Verteilungs- und Zwischenstationen zu realisieren.

e) Bis zu der Herbst- und Winterfrachtenbeförderung sind die Arbeiten zur Verstärkung des Dispsatsher- und des allgemeinen Meldewesens für die Leitung des Zugverkehrs und die Arbeit der Station abzuschließen, wobei besonders darauf zu achten ist, daß das Meldewesen der Rayons mit großen Frachtarbeiten (Donbass, Ural, Sibirien u.a.) völlig gesichert wird.

f) Eine entsprechende Entfaltung der Mechanisierungsarbeiten

bei den Be- und Entladungsstellen ist zu gewährleisten. Die Mechanisierung muß in erster Linie auf den größten Knotenpunkten und auf den Verteilungsstationen der Bahnen des Donbass, Ural und auf dem Moskauer und dem Leningrader Eisenbahnknotenpunkt durchgeführt werden.

g) Da die bestehende Lage, daß die Loks und Waggons im Durchschnitt nur während ungefähr 30 Prozent des produktiven Arbeitstages arbeiten, anormal ist, wird das Volkskommissariat für Verkehrswesen verpflichtet, eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, um rationellere graphische Pläne des Lokomotivlaufs einzuführen. Die Standzeiten der Lokomotiven bei der Wasser- und Brennstoffaufnahme bzw. bei der Reparatur und die der Waggons auf den Stationen bei der Be- und Entladung usw. sind zu verkürzen.

C. Für die Verstärkung der Durchlaßfähigkeit

1. Das Volkskommissariat für Verkehrswesen hat dafür zu sorgen, daß die Arbeiten zur Verstärkung der Durchlaßfähigkeit gemäß dem Beschluß des ZK vom 25. Mai 1931 und innerhalb der von der Regierung festgelegten Fristen durchgeführt werden. Es sind Maßnahmen zu treffen, um die Arbeiten auf den am meisten belasteten Strecken zu forcieren. Die Verlegung eines zweiten Gleises, die Einrichtung von Ausweichstellen, die Erweiterung der Durchlaßfähigkeit der Stationen und Knotenpunkte, der Aufbau der Zugkraftregulierung usw. sind spätestens bis zum 1. Oktober 1931 zu beenden.

2. Bei der Produktion von Ersatzisenbahnschienen ist eine Konzentrierung der schweren Schienen auf die Linien mit der größten Frachtintensität durchzuführen und auf diesen Linien das Nebeneinander verschiedener Typen von Eisenbahnschienen zu liquidieren.

3. Es ist eine sorgfältigere Behandlung des Gleisoberbaus zu organisieren, die Auslese der Kader für die Überwachung der Strecken und ihre Versorgung mit den notwendigen Instrumenten und Materialien zu verbessern und dadurch die Strecken in einen guten Zustand zu erhalten.

D. Für die Wasserversorgung

Von besonderer Bedeutung für die störungsfreie Arbeit des Eisenbahnverkehrs ist die Wasserversorgung, die gegenwärtig, weil die Eisenbahnorganisationen dieser Frage äußerst wenig Aufmerksamkeit widmen, es an ausreichenden technischen Mitteln fehlt und die Lieferung von Rohren und Ausrüstungen für die Wasserversorgung vollkommen unbefriedigend ist, eine der am schlechtesten dastehenden Arbeitsgebiete des Eisenbahnwesens ist.

a) Das Plenum des ZK erkennt es als richtig an, die Arbeit an der Wasserversorgung in erster Linie auf die Bahnen des Donbass, des Ural-Kusnezkkombinats und der Turksib zu konzentrieren und beauftragt das Volkskommissariat für Verkehrswesen, die Ausführung der Arbeiten an der Wasserversorgung besonders zu kontrollieren und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit sie bis zu den Herbst- und Winterfrachtbeförderungen abgeschlossen werden.

b) Das Plenum des ZK betont, daß die Produktion von Rohren, Formteilen von Pumpen, Kesseln und anderen Bestandteilen der Ausrüstung für die Wasserversorgung völlig unbefriedigend ist und beauftragt den Obersten Volkswirtschaftsrat, dafür zu sorgen, daß in diesem Jahr gußeiserne und Wasserleitungsrohre in einem Umfang von 463 000 Tonnen für das Verkehrswesen geliefert und daß alle im Plan vorgesehenen Aufträge auf Ausrüstungen für die Wasserversorgung erfüllt werden.

IV. Die materiell-technische Versorgung des Eisenbahnverkehrswesens

Das Plenum des ZK betrachtet die Quantität des rollenden Materials als ungenügend und den Zustand des Streckenwesens als durchaus unbefriedigend (niedriges technisches Niveau der Schienenwirtschaft, Mangelhaftigkeit der Schwellenwirtschaft, Vernachlässigung und schlechter Zustand des Unterbaus). Das alles hängt mit der unbefriedigenden materiell-technischen Versorgung des Verkehrswesens zusammen. Das Plenum unterstreicht die gewaltige Bedeutung des Eisenbahn-

verkehrswesens für die Volkswirtschaft und die Verteidigung und beauftragt den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR dafür zu sorgen:

- a) daß das Niveau der materiell-technischen Versorgung des Verkehrswesens in völliger Übereinstimmung mit den festgelegten Plänen gehoben und die Qualität der für das Verkehrswesen gelieferten Erzeugnisse grundlegend verbessert wird;
- b) daß unverzüglich jene Produktionszweige erweitert werden, die mit der Versorgung des Verkehrswesens zusammenhängen. Ihre Versorgung ist sowohl auf dem Gebiete der Produktion als auch auf dem der Investitionsarbeiten auf eine Stufe mit den Schwerpunktbauten zu stellen. Die rechtzeitige Erfüllung der Aufträge des Verkehrswesens entsprechend seiner Vorbereitung auf die Herbst- und Winterbeförderungen ist zu sichern;
- c) daß im laufenden Jahr die volle Erfüllung der Aufträge des Verkehrswesens an rollendem Material: Lokomotiven - 1038 - Güterwaggons und Zisternen - 47400 (in Zweiachsenberechnung) und Personenwagen - 1 467, gewährleistet ist;
- d) daß dem Verkehrswesen Schienen von insgesamt 597 000 Tonnen geliefert und die Aufträge auf Schienenverbindungen, Weichen und Kreuzstücken hundertprozentig erfüllt werden;
- e) daß die vollständige und rechtzeitige Ausführung der Aufträge auf Ersatzteile für Lokomotiven und Waggons gewährleistet wird.
- f) Es sind alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit schon in diesem Jahr alle Qualitätsdefekte bei den dem Verkehrswesen gelieferten Erzeugnissen, insbesondere bei Schienen und Radreifen, beseitigt werden. Zu diesem Zweck ist die Arbeit der technischen Kontrolle und der Laboratorien für Qualität in den Metallbetrieben zu verstärken, indem man hierfür die technischen Erfahrungen des Auslandes heranzieht.
- g) Das Eisenbahnverkehrswesen ist mit den notwendigen Materialien und Apparaturen für die breiteste Anwendung des Auto- und Elektroschweißens bei abgeschlagenen Fugen zu versorgen.

h) Dem Eisenbahnverkehrswesen sind in diesem Jahr 22 Millionen Schwellen zu liefern.

i) Die Produktion der notwendigen Ausrüstung für die Erweiterung der bestehenden und für den Bau neuer Schwellen - Imprägnierungswerke ist zu organisieren.

k) Es ist mit der Herstellung der Ausrüstung für Schotter- und Gravinwerke zu beginnen.

Das Plenum des ZK empfiehlt dem Volkskommissariat für Verkehrswesen, einen entschiedenen Kampf gegen verschwenderischen Metallverbrauch im Verkehr zu führen und beauftragt das Volkskommissariat für Verkehrswesen, eine Reihe praktischer Maßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen, die dazu beitragen, Metall einzusparen. (Minderung der Abfälle bei der Bearbeitung, Erweiterung der Verwertungsabteilungen, Ersetzung von Metall durch andere weniger knappe Materialien, breite Einführung des Elektro- und autogenen Schweißens usw.)

V. Für die Werke des WORS¹⁾

(Eisenbahnausbesserungswerkstätten)

Das Plenum des ZK hebt hervor, daß die Reparaturarbeit in den Werken des WORS unbefriedigend organisiert ist, daß die Reparatur der Lokomotiven von schlechter Qualität ist, daß die Direktive des ZK über die Überführung der Werke auf die wirtschaftliche Rechnungsführung ab 1. Juni nicht durchgeführt wird und die Erfahrungen äußerst mangelhaft ausgenutzt werden. Es empfiehlt deshalb dem Volkskommissariat für Verkehrswesen:

a) Es soll dafür sorgen, daß die Beschlüsse der Regierung und der Partei über die Verbesserung der Qualität der Lokomotivreparatur in den Werken des WORS, über die breite Ausnutzung der Auslandserfahrungen bei der Reparaturarbeit, über die Senkung der Selbstkosten und der Stillstandszeiten während der Reparatur durchgeführt werden.

b) Die geplante Rekonstruktion der Werke auf der Grundlage der Errungenschaften der ausländischen Technik bei der Reparaturarbeit ist zu forcieren und in erster Linie die

1) WORS = Allunionsvereinigung der Ausbesserungswerke

Rekonstruktion der Werke zu sichern, die die Bezirke mit dem größten Güterumschlag betreuen.

o) Im Laufe des Jahres 1931 sind Pläne für die Rekonstruktion der bestehenden Werke des WORS und dem Aufbau neuer Werke (in erster Linie im Ural, in Sibirien, im Fernen Osten) aufzustellen, um im Jahre 1932 sowohl die Rekonstruktion als auch den Aufbau neuer Werke in Angriff zu nehmen.

d) Das Volkskommissariat für Verkehrswesen wird verpflichtet, die Ausführung der im Plan des Jahres 1931 vorgesehenen Aufträge zur Versorgung des Verkehrswesens mit Ersatzteilen und Ausrüstungen durch die Werke des WORS besonders zu beobachten.

VI. Über die wirtschaftliche Rechnungsführung im Verkehrswesen

Das Plenum billigt die Verfügung des Rates der Volkskommissare der UdSSR über die Änderung des Systems der Finanzierung und den Beschluß des Volkskommissariats für Verkehrswesen, die Bahndirektionen, die Direktionen der Bezirke, Depots und der anderen unteren Produktionseinheiten sowie alle Bau- und Wirtschaftsorgane des Verkehrswesens (die Bauverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen, die Baureviere, WORS und seine Werke, WOIIF-(Allunionsvereinigung der Holzindustrie für die Versorgung des Transportwesens), die Organisationen Tranlesy - (Transportverwaltung für Holzwirtschaft) und Tranchosy - (Verwaltung der Betriebswirtschaft)-) ab 1. Juli auf die wirtschaftliche Rechnungsführung zu überführen, und es beauftragt, da es der Verwirklichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Verkehrswesen außerordentlich große Bedeutung beimißt, das Volkskommissariat für Verkehrswesen und alle seine Organe, im Laufe der zweiten Jahreshälfte die wirkliche Durchführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und auf dieser Grundlage eine Senkung der Selbstkosten und eine allgemeine Verbesserung der Arbeit des Verkehrswesens durchzusetzen.

In Anbetracht dessen, daß die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung eine unverzügliche und entschiedene Verbesserung der Statistik und Rechnungslegung im Verkehrswesen erfordert, beauftragt das Plenum das Volkskommissariat für Verkehrswesen, dafür zu sorgen, daß sie in kürzester Frist entsprechend geregelt werden.

VII. Die Planung der Frachtenbeförderung und die Beziehungen zwischen dem Verkehr und den Auftraggebern

Das Plenum des ZK hält es für vollkommen unzulässig, daß die Transportmittel des Verkehrswezens durch die Wirtschaftsorgane und Genossenschaftsorganisationen unrationell ausgenutzt werden und bemängelt besonders die Gegentransporte, das Aufhalten des rollenden Materials bei der Be- und Entladung, die unrealen Anforderungen und infolgedessen die Nichtausnutzung des rollenden Materials, das für diese Beladung gestellt wird und die Nichtausnutzung der günstigsten Zeit, der Sommerperiode, für die Anfuhr von Massengütern (Erz, Brennstoff, Rohstoffe, Industriewaren) durch die Auftraggeber.

a) Das Plenum des ZK billigt den Beschluß des Rates der Volkskommissare über die Schaffung des Komitees für Frachtenbeförderung, dessen Aufgabe darin besteht, die Transporte zu planen, die beste Ausnutzung der Transportmittel durch die Auftraggeber zu gewährleisten und die Gegentransporte zu liquidieren.

b) Die ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, die Gebiets- und Regionalkomitees werden verpflichtet, die Erfüllung der aufgestellten Transportpläne (rechtzeitige Beladung, Entladung, Anfuhr, Abfuhr der Frachten usw.) sowie die Aufstellung richtiger und rechtzeitiger Transportpläne für die Gebiete und Rayons unter besondere Kontrolle zu nehmen.

c) Der Rat der Volkskommissare wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um die materielle und gesetzlich-administrative Verantwortlichkeit sowohl der Wirtschaftsorgane als auch des Verkehrs und ihrer verantwortlichen Funktionäre für Verstöße gegen die aufgestellten Transportpläne und die Bedingungen für die Verwendung des rollenden Materials zu verschärfen.

d) Das Komitee für Frachtenbeförderung wird beauftragt, die Sommeranfuhr von Erz, Kohle, Salz, Kalkstein, Holz usw. aber auch die Sicherung der Transporte auf den Linien nach Mittelasien und dem Fernen Osten unter besondere Kontrolle zu nehmen.

e) Der Oberste Volkswirtschaftsrat muß unverzüglich die

Arbeiten zur Verbesserung des innerbetrieblichen Transports und der Nebenbahnen (insbesondere des Donbass, Ural und Kusbass), der Be- und Entladepunkte entfalten und sie in Einklang bringen mit dem Umfang der sich entfaltenden Produktion und der Zunahme der Transporte.

VIII. Über die organisatorische Struktur

1. Das Plenum stellt fest, daß der Beschluß des ZK und des Rates der Volkskommissare über die Reorganisierung des Eisenbahnverkehrs in bezug auf die Festigung der mittleren Rayons und unteren (Depot, Stationen und Strecken) Wirtschaftsglieder des Verkehrswezens vom Volkskommissariat für Verkehr und den Bahndirektionen noch nicht vollkommen durchgeführt ist, und es verpflichtet das Volkskommissariat für Verkehr und die Bahndirektionen, diesen Beschluß vollkommen durchzuführen und in ihrer weiteren Arbeit von der Notwendigkeit auszugehen, den Rayon als das wichtigste Wirtschaftsglied des Eisenbahnverkehrswezens zu festigen.

2. In Anbetracht der außerordentlich mangelhaften Versorgung des Verkehrswezens mit Ingenieuren und Technikern beauftragt das Plenum den Rat der Volkskommissare, die Finanzierung der Kaderausbildung nach dem für das Jahr 1931 bestätigten Plan in vollem Umfang zu gewährleisten. Da die Entfaltung der Arbeit bei den Investitionsbauten der Hochschulen, Techniken und Fabriklehrlingsschulen als völlig unbefriedigend betrachtet wird, wird der Rat der Volkskommissare der UdSSR beauftragt, für diese Arbeiten die notwendigen Baumaterialien bereitzustellen.

3. Gemäß dem Plan der Rekonstruktionsarbeiten wird dem Volkskommissariat für Verkehr vorgeschlagen, das Programm und die Richtung der Kaderausbildung an allen Technischen Hochschulen und Techniken des Verkehrswezens umzugestalten.

4. Das Volkskommissariat für Verkehr wird verpflichtet, die Kader im Verkehrswezen: Die Dispscher, das Stationspersonal, das administrativ-technische Personal der Depots, die Elektrozugführer, die Zugführer usw. auszubilden und umzuschulen, um ihre Qualifikation zu heben und eine möglichst

- 233 -

wirkungsvolle Durchführung der Rekonstruktionsmaßnahmen zu gewährleisten.

Das Plenum des ZK beauftragt das Volkskommissariat für Verkehr, die operative Leitung und die Arbeit aller Glieder des Verkehrsapparates, besonders der operativen Leitungen des Volkskommissariats für Verkehr energisch zu verbessern, die lebendige Anleitung der örtlichen Stellen durch systematische Reisen der leitenden Funktionäre des Volkskommissariats für Verkehr, der Bahndirektionen und der Bezirke in die einzelnen Orte, durch einen entschiedenen Kampf gegen Konservatismus, Bürokratismus im Verkehrsapparat, durch schnelle und konkrete Antworten auf Anfragen der Linien, durch rechtzeitige und vollständige Auswertung der Initiative der örtlichen Organe und einzelner Mitarbeiter der Eisenbahn bei der Verbesserung des Eisenbahnwesens und seiner Arbeit und durch rechtzeitige Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse der Partei und Regierung im Verkehrswesen zu verstärken.

IX. Über den Arbeitslohn, Wohnungs- und soziale Fragen

Das Plenum billigt den Beschluß des Politbüros des ZK vom 10. Januar 1931, der die Lohnerhöhung für die wichtigsten Gruppen der Eisenbahner (der im Durchschnitt eine Erhöhung des Arbeitslohnes um 13 Prozent anstelle der im Plan vorgesehenen 8 Prozent ergibt) und die Festsetzung des Arbeitslohns entsprechend der Qualität der geleisteten Arbeit und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität beinhaltet, sowie die Beschlüsse über die Verbesserung der Versorgung der Eisenbahner, über die Wohnungsfrage und die Lebensbedingungen, und es schlägt vor:

1. Das Volkskommissariat für Verkehr und das ZK der Eisenbahnarbeiter haben die Direktionen des ZK in bezug auf maximale Anwendung der Stücklohnbezahlung im Eisenbahnverkehrswesen und auf die in breitem Umfang vorzunehmende Prämierung der Mitarbeiter für beispielhafte und vorbildliche Arbeit vollständig durchzuführen.

2. Es sind in kürzester Frist zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen und sozialen Lage der hoch-

qualifizierten Mitarbeiter auf den Bahnen der Grenzgebiete (Sibirien, Ferner Osten, Mittelasien, Murmansk-Eisenbahn) auszuarbeiten und durchzuführen.

3. Das Plenum erkennt die besonders große Bedeutung der Versorgung der Mitarbeiter des Verkehrswesens mit Wohnungen an. Es betont, daß dieser Wohnungsbau unbefriedigend vorangeht und verpflichtet das Volkskommissariat für Verkehr, die Erfüllung des festgelegten Planes für den Wohnungsbau zu gewährleisten, wofür der Rat der Volkskommissare im dritten Quartal die notwendigen Materialfonds und Geldanweisungen vorsehen muß.

4. Das Volkskommissariat für Versorgung und der Zentralverband der Konsumgenossenschaft werden verpflichtet, Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Versorgung der Eisenbahner, zur entschiedenen Verbesserung der Arbeit der Verkehrsgenossenschaft, zur breiten Entfaltung der Gemeinschaftspflege im Verkehrswesen zu ergreifen und sie den besonderen Arbeitsbedingungen der Verkehrsarbeiter anzupassen (durchgehende Versorgung während 24 Stunden).

X. Über die Gewerkschafts- und Parteiarbeit im Verkehrswesen

Das Plenum des ZK betont, daß eine gewisse Verbesserung der Partei- und Gewerkschaftsarbeit im Verkehrswesen auf Grund der Verwirklichung der Beschlüsse des ZK und des Rates der Volkskommissare vom 15. Januar 1931 festzustellen ist sowie eine verstärkte Mobilisierung der Partei- und Arbeitermassen für die Verwirklichung dieser Beschlüsse der Partei zur Gesundung des Verkehrswesens. Gleichzeitig ist das Plenum des ZK der Meinung, daß die Hauptaufgabe in der Arbeit der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen darin bestehen muß, die Arbeitermassen auf der Grundlage des Aufschwungs der Produktionsaktivität und des sich weiter entwickelnden sozialistischen Wettbewerbes und der Stoßarbeiterbewegung für den Kampf um die Verbesserung der Arbeit des Verkehrswesens und die Liquidierung der Folgen der Schädlingstätigkeit, für den Kampf gegen die in einer Reihe von Fällen vorhandene Durchsetzung des Verkehrsapparates mit klassenfremden Elementen und gegen das Eindringen des Klassenfeindes und

kulakischer Elemente in das Verkehrswesen zu mobilisieren. Besondere Aufmerksamkeit muß der entschiedenen Festigung der unteren Partei- und Gewerkschaftsorgane, der Abteilung, Gruppe und Brigade, gewidmet werden. Das Plenum verpflichtet die Fraktion des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, das ZK der Eisenbahner, die Regional- und Rayonkomitees der Partei, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Partei- und Gewerkschaftsarbeit besonders in diesen Gliedern zu festigen.

Die Lösung der vor dem Verkehr stehenden großen Aufgaben ist nur dann möglich, wenn der Konservatismus und Bürokratismus in der Arbeit der Verkehrsorganisationen energisch überwunden wird, wenn die örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen viel näher an die Interessen und Bedürfnisse des Verkehrswesens herangeführt werden, wenn die Wirtschaftsorganisationen des Eisenbahnverkehrs stärker mit den allgemeinen Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung der Rayons in Einklang gebracht werden.

Zugleich hebt das Plenum hervor, das von seiten der Regional-, Gebiets- und Rayonkomitees der Partei die Direktive des ZK über die Verstärkung ihrer Tätigkeit im Verkehrswesen nicht in ausreichendem Maße verwirklicht wird. Das Plenum macht für die parteipolitische Arbeit im Verkehr das Institut der Parteiorganisatoren verantwortlich und betont gleichzeitig, daß dies in keiner Weise die örtlichen Gebietsparteiorganisationen der Verantwortung für die Arbeit des Verkehrs enthebt.

Das Plenum weist darauf hin, daß die Verwirklichung der gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, die vor dem Verkehrswesen stehen, es erforderlich macht, daß die Hauptaufmerksamkeit konzentriert wird auf die feste Einbürgerung des paarweisen Fahrens, auf die Festigung der Einzelleitung, auf den entschiedenen Kampf für die Arbeitsdisziplin, auf die Überwindung des Bürokratismus auf dem Gebiet der Verkehrsverwaltung, auf die unverzügliche breit entfaltete Vorbereitung zu den Herbst- und Winterbeförderungen und auf die in bolschewistischer Art durchzuführenden grundlegenden Rekonstruktionen der materiell-technischen Basis des Eisenbahnverkehrs.

Der Verkehr, der ein integrierender Bestandteil der sozialistischen Industrialisierung des Landes ist, muß in allen seinen Gliedern in völliger Übereinstimmung mit der allgemeinen Entfaltung des sozialistischen Aufbaus entwickelt werden.

Über die Moskauer Kommunalwirtschaft und über die Entwicklung der städtischen Kommunalwirtschaft der UdSSR

(Resolution zum Bericht des Genossen L. Kaganowitsch, angenommen vom Plenum des ZK der KPdSU(B) am 15. Juni 1931)

I. Die Erfolge des sozialistischen Aufbaus und die städtische Kommunalwirtschaft

Die Oktoberrevolution, die die kapitalistisch-gutsherrliche Herrschaft liquidierte, hat die Kommunalwirtschaft aus einem Mittel der zusätzlichen Ausbeutung der Arbeitermassen in eine Organisation zur Befriedigung ihrer materiellen und kulturellen Bedürfnisse verwandelt.

Die Sowjetmacht hat die Kommunalwirtschaft in den Dienst des Proletariats gestellt. "So enteignete die Sowjetmacht alle Häuser der kapitalistischen Hausbesitzer und übergab sie den Stadtsovjets; eine Massenübersiedlung der Arbeiter aus den Randgebieten in die Bürgerhäuser wurde durchgeführt;" (Programm der KPdSU(B)¹⁾

Die proletarische Revolution machte dadurch, daß sie die Dumen der Bourgeoisie, der Kaufleute und Hausbesitzer liquidierte, der Ausbeutungspolitik in der Kommunalwirtschaft ein Ende. Das charakteristischste für diese Politik war die Verwendung des Hauptteils der Mittel für die gute Einrichtung jener Stadtviertel, die von der Bourgeoisie und wohlhabenden Elementen bewohnt waren, während die Arbeiterviertel und Vororte im Schmutz ertranken, kein Licht, kein Wasser, keine Kanalisation, kein Pflaster und nicht einmal die elementarsten Bequemlichkeiten besaßen. Ungeachtet dessen trugen die werktätigen Massen die Hauptlast der städtischen Abgaben. Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen be-

1) s. vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 40

fand sich zum überwiegenden Teil (und befindet sich in den kapitalistischen Ländern bis heute noch) in den Händen von Privatunternehmern und diente als Mittel der skrupellosesten Ausbeutung der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung, besonders der am wenigsten gesicherten Schichten des Proletariats.

Die Kommunalwirtschaft des gutsherrlich-bürgerlichen Rußlands, die äußerst rückständig war und weit hinter den europäischen Städten zurückstand, verfiel während des imperialistischen Krieges und der konterrevolutionären Intervention noch mehr. In der Zeit des imperialistischen Krieges wurden in der Kommunalwirtschaft nicht nur keine neuen Mittel investiert, sondern nicht einmal die notwendigsten Reparaturen ausgeführt. Die Häuser waren seit 1914 nicht repariert worden, ganze Stadtviertel waren zerstört. Ein bedeutender Teil der Wohnungsfonds, des Wasser- und des Kanalisationsnetzes funktionierte nicht mehr und erforderte eine grundlegende Wiederherstellung. Die konterrevolutionäre Intervention und der Krieg der weißgardistischen Generäle gegen die Sowjetmacht fügten der Kommunalwirtschaft weitere Schläge zu. In der Periode der Intervention erlitten eine Reihe von Städten starke Zerstörungen (Jaroslawl, Kiew, Odessa, Dnjepropetrowsk, Rostow, die Städte des Wolga-Gebiets, des Ural, nordsibirien usw.).

Nach dem Siege über die Intervention und nach Beendigung des Bürgerkrieges mußte die Sowjetmacht vor allem die Industrie und die Landwirtschaft wiederherstellen, weswegen die Wiederherstellung der Kommunalwirtschaft an zweiter Stelle stand. Erst in den letzten drei Jahren gelang es der Partei und der Sowjetmacht, ernsthaft die Instandsetzung, Wiederherstellung und Entwicklung der städtischen Wirtschaft in Angriff zu nehmen, was schon spürbare Ergebnisse brachte.

Die Kommunalwirtschaft hat die Wiederherstellungsperiode im wesentlichen abgeschlossen und tritt in die Rekonstruktionsperiode ein. Gegenwärtig besteht dort, neben der Vollendung des Wiederherstellungsprozesses, wo die Kommunalwirtschaft noch nicht völlig wiederhergestellt ist, die Hauptaufgabe darin, die Arbeit an der Erweiterung, Umgestaltung und Entwicklung der Kommunalwirtschaft gemäß den Erforder-

nissen zu entfalten, welche jetzt durch das schnelle Tempo der Industrialisierung, durch die Vergrößerung der Stadtbevölkerung, durch das Wachsen der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der breiten werktätigen Massen entstehen.

Die Industrialisierung des Landes, die Schaffung neuer Industriezentren in den bäuerlichen Rayons, die Umgestaltung der ganzen Landwirtschaft auf sozialistischer Grundlage führen nicht nur zur Zunahme der Bevölkerung und vor allem des Proletariats in den alten Städten, sondern auch zum Entstehen neuer Städte; zur Umgestaltung der sogenannten Stadtsiedlungen und jetzigen Rayonzentren in sozialistische Städte, die einen kulturellen Aufschwung und den Schutz der Gesundheit der breiten werktätigen Massen, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Befreiung der weiblichen Arbeitskräfte von den Fesseln der häuslichen Wirtschaft gewährleisten müssen.

Im Kampf um den Fünfjahrplan, für weitere Erfolge des sozialistischen Aufbaus, für das Aufblühen der sozialistischen Betriebe, für die Verbesserung der materiellen und sozialen Verhältnisse der Werktätigen, für den kulturellen Aufschwung und den Schutz ihrer Gesundheit, für das ständige Steigen des Reallohnens - erlangen die Fragen der Kommunalwirtschaft (Wohnung, Wasserversorgung, Beleuchtung, Heizung, Kanalisation, Stadtverkehr, die städtischen Einrichtungen, Bäder, Wäschereien, Gemeinschaftsküchen) sehr große Bedeutung.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) macht es allen Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganen zur Kampfaufgabe, das Zurückbleiben der Kommunalwirtschaft hinter der allgemeinen Entwicklung schnellstens zu liquidieren und einen entscheidenden Umschwung in ihrem Entwicklungstempo zu erreichen.

II. Die Moskauer Kommunalwirtschaft

Auf der Grundlage des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs und der Industrialisierung des Landes erreichte die Partei in der Entwicklung der städtischen Kommunalwirtschaft der UdSSR bedeutende Erfolge. In den letzten Jahren wurde der

Wohnungs- und Kommunalbau in den Industriezentren, Arbeitervierteln und Siedlungen breit entfaltet.

Im Wohnungsneubau wurden in den letzten fünf Jahren in der UdSSR 3,5 Milliarden Rubel investiert, von denen allein auf das Jahr 1931 1.156 Millionen Rubel entfallen. 29 Millionen qm Wohnfläche wurden gebaut, wovon allein auf das Jahr 1931 10 Millionen qm entfallen, die Zahl der in neuen Häusern untergebrachten Arbeiterfamilien übersteigt eine Million, aber allein im Jahre 1931 werden mehr als 600 000 Arbeiterfamilien untergebracht werden. Eine Reihe von Städten wurde gründlich umgestaltet: Baku, Grosny, Stalingrad, Nowosibirsk, Nishni-Nowgorod und andere. Eine ganze Reihe von Städten und Arbeitersiedlungen wurde neuerbaut (Magnitogorsk, Dnjeprostroi, Kusnezsk, Dzershinsk u.a.). Das Straßenbahn-, Wasserleitungs- und Kanalisationsnetz wurde in den letzten Jahren bedeutend erweitert. Neue Straßenbahnlinien wurden in solchen Städten wie Baku, Minsk, Stalingrad, Swerdlowsk, Perm und anderen gelegt. Fast die ganze Erweiterung des Straßenbahn-, Wasserleitungs- und Kanalisationsnetzes entfällt auf die Arbeiterviertel. Das ZK stellt fest, daß auf der Grundlage der Erfolge der Partei und der Sowjetmacht und im Ergebnis der richtigen Politik und der praktischen Arbeit der Moskauer Organisation die Kommunalwirtschaft Moskaus ebenfalls bedeutende Erfolge erzielt hat.

In den Jahren der Revolution zogen in die alten guteingetrichteten Häuser, in denen die Bourgeoisie und wohlhabende Elemente wohnten, mehr als eine halbe Million Arbeiter und Werktätige aus Kellern und kleinen Kammern um.

Der Wohnungsfonds Moskaus hat sich in den Jahren der Revolution beträchtlich vergrößert. Allein während der letzten fünf Jahre wurden 5.000 neue Häuser mit einer gesamten Fläche von mehr als 2 Millionen qm gebaut, wobei die aufgestockten Etagen und die zu Wohnzwecken umgebauten, vorher unbewohnbaren Räume nicht eingerechnet sind. Auf der neuen Wohnfläche wurden mehr als 450.000 Menschen untergebracht, darunter 70 Prozent Arbeiter, vor allem aus den neuen und rekonstruierten Betrieben. Es wuchsen ganze Arbeiterstädtchen in den Rayons Usatschewka, Malyje - Kotschki,

Dangauerowka, Dubrowka, Trechgorka usw. empor.

Im Vergleich zur Vorrevolutionszeit haben sich durch Erfassung der Arbeiterbezirke das Straßenbahnnetz (von 262 Kilometer eingleisiger Strecke im Jahre 1913 auf 422 Kilometer eingleisiger Strecke im Jahre 1931, eine Vergrößerung um 61 Prozent) und die Anzahl der Straßenbahnwagen (von 816 auf 1782 - eine Zunahme um 118 Prozent) bedeutend vergrößert. Der Autobus- und Taxiverkehr wurde neu eingerichtet. Das Wasserleitungsnetz (von 537 auf 805 Kilometer - Zunahme um 50 Prozent), die Wasserlieferung (von 8,5 auf 27 Millionen Eimer in 24 Stunden - Zunahme um 218 Prozent) und das Kanalisationsnetz (von 447 auf 627 Kilometer - oder um 40 Prozent), haben sich hauptsächlich in den Arbeiterbezirken vergrößert. Das Beleuchtungsnetz wurde durch Angliederung der Arbeitervororte um 34 Prozent erweitert. Die Fläche der neu gepflasterten Straßen (sie beträgt ungefähr zwei Millionen qm, davon ungefähr 600.000 qm mit hochwertigen Decken - Asphalt, Vierkantsteine), ist ebenfalls angewachsen. Bedeutend verstärkt wurde die soziale und kulturelle Betreuung der Arbeiter und Werktätigen Moskaus: die Erfassung der Kinder im schulpflichtigen Alter durch die Grundschulen vergrößerte sich von 81.000 Kindern im Jahre 1913 auf 166.000 im Jahre 1931 oder um 105 Prozent, durch die Oberschulen - von 30.700 auf 85.200 Kinder oder um 184 Prozent, durch die berufstechnischen Lehranstalten (Techniken, Kurse und Schulen vom Typ der Fabriklehrlingsschulen) - von 15.000 auf 155.000 Schüler oder auf mehr als das Zehnfache, durch die Hochschulen von 33.000 auf 121.000 Studenten oder um 267 Prozent. Breit entfaltet wurde das Netz der Kinderspielplätze, Kindergärten und -krippen (650, die mehr als 150.000 Kinder erfassen, nicht eingerechnet die speziell organisierten Kinderstädtchen im Park für Kultur- und Erholung und in Sokolniki, durch die in der Sommerperiode Hunderttausende von Kindern gingen). Jährlich werden in der Sommerperiode bis zu 100.000 Kinder im schulpflichtigen Alter für mehrere Monate aufs Land verschickt. 86 Prozent aller Kinder, die in Moskau geboren werden, werden durch die Beratungsstelle erfaßt.

Bedeutend gewachsen ist die Fürsorge für die Kranken. Die

Zahl der Krankenhäuser wurde vergrößert, die Krankenhäuser umgestaltet, die Zahl der Krankbetten hat sich mehr als verdoppelt; die Zahl der Ambulatorien, Ambulanzen in den Betrieben wuchs von 27 im Jahre 1913 auf 475 im Jahre 1931; Sanitätsstellen, die Hilfe ins Haus bringen, wurden neu organisiert. 36 Sanatorien und Erholungsheime für Arbeiter und ein breites Netz von Hilfs- und Prophylaktischen Institutionen (Gesundheitsfürsorgestellen, Beratungsstellen usw.) wurden errichtet.

Durch die Erholungsheime und Sanatorien, die der Abteilung für Gesundheitswesen der Stadt Moskau gehören, gingen im Jahre 1930 mehr als 100.000 Arbeiter und Werktätige, ohne die Hunderttausende, die in der Krim, im Kaukasus und in anderen Orten außerhalb des Moskauer Gebietes zur Kur waren.

Diese Errungenschaften fanden ihren klarsten Ausdruck in der gesunkenen Sterblichkeit der Moskauer Bevölkerung im allgemeinen und der Kindersterblichkeit im besonderen. In den Jahren 1910 - 1914 starben in Moskau von 1.000 Personen 25, dagegen aber im Jahre 1930 nur 13; von 100 Kindern im Alter bis zu einem Jahr starben in den Jahren 1910-1914 27, dagegen im Jahre 1930 nur 12.

Jedoch befriedigen die vorhandenen Erfolge auf dem Gebiete der Kommunalwirtschaft noch lange nicht die gewaltig gewachsenen Lebensbedürfnisse und Anforderungen der werktätigen Massen eines dicht bevölkerten hauptstädtischen Zentrums wie Moskau.

In den Jahren der Revolution ist die Industrie Moskaus gewachsen und hat sich grundlegend verändert. Es wurden in dieser Periode über 50 neue Fabriken und Werke gebaut und 155 alte rekonstruiert. Die Bruttoproduktion der Industrie Moskaus wuchs im Jahre 1929/1930 im Vergleich zum Jahre 1913 auf das Dreifache. Die Zahl der Arbeiter stieg um 140 Prozent.

Auf der Grundlage des Wachstums der Industrie wuchs die Bevölkerung Moskaus rasch auf 2 800 000 im Jahre 1931 gegenüber 1 618 000 im Jahre 1912, d.h. um 73 Prozent.

Die weitere Entwicklung und Rekonstruktion der Moskauer Industrie, die stürmische Entfaltung neuer Produktionszweige und die Erweiterung der kulturellen Einrichtungen ließen

in den letzten Jahren die an die Kommunalwirtschaft gestellten Anforderungen gewaltig zunehmen.

Dabei bleibt aber die Entwicklung der Kommunalwirtschaft hinter der Zunahme der Arbeiter- und werktätigen Bevölkerung der Hauptstadt und hinter ihren Bedürfnissen zurück. Dieses Zurückbleiben wurde noch durch die großen Mängel in der Arbeit der Moskauer Kommunalwirtschaft verschärft. Die Folgen eben dieser Mängel waren die Unterbrechungen im Straßenbahnverkehr, die Mangelhaftigkeit des Wohnungswesens, die schlechte Durchführung der Straßenbau- und Tiefbauarbeiten und der äußerst unbefriedigende sanitäre Zustand der Stadt usw.

Das Plenum des ZK hält den vom Politbüro des ZK gefaßten Beschluß, die Stadt Moskau in eine selbständige administrative, wirtschaftliche und parteimäßige Einheit mit eigenen Verwaltungsorganen und eigenem Budget zu verwandeln, für vollkommen richtig. Unter den Bedingungen, daß im Moskauer Gebiet eine starke Konzentration der Industrie (25 Prozent der gesamten Bruttoproduktion der UdSSR) zu verzeichnen ist, ist die Verwandlung Moskaus in eine selbständige Einheit eine notwendige Vorbedingung für die tatsächliche Verwirklichung der Maßnahmen zur Verbesserung und Entwicklung der Kommunalwirtschaft.

Das Plenum des ZK billigt die vom Moskauer Komitee und Moskauer Sowjet ausgearbeiteten, vom Politbüro des ZK geprüften und bestätigten konkreten Maßnahmen zur Verbesserung und Entwicklung der Kommunalwirtschaft und macht es der Moskauer Organisation zur Kampfaufgabe, diese Maßnahmen vollständig und wirksam durchzuführen und in erster Linie die Arbeit jener Gebiete der Kommunalwirtschaft zu verbessern, die sich in einem unordentlichen Zustand befinden (Straßenbahnverkehr, Wohnungsfonds, Heizung, Straßenreinigung usw.).

Gleichzeitig mit den laufenden Maßnahmen und der Erfüllung des Programms der Investitionsarbeiten für dieses Jahr ist es notwendig, auf ernster wissenschaftlicher technisch-ökonomischer Grundlage einen Plan auszuarbeiten, wie die Moskauer Kommunalwirtschaft zu entwickeln und schnellstens mit dem stürmischen Wachstum der Industrie und der Bevöl-

kerung in Einklang zu bringen ist, sowie einen entsprechenden genauen Plan der Stadt Moskau als der sozialistischen Hauptstadt des proletarischen Staates zu entfalten.

Das Plenum des ZK beauftragt das Moskauer Komitee und den Moskauer Sowjet, ihre Aufmerksamkeit auf die Durchführung folgender wichtigster Maßnahmen zu konzentrieren:

1. Wohnungswesen:

Das ZK beauftragt die Moskauer Organisation und die Staatliche Plankommission, zusammen mit dem Volkskommissariat für Finanzen einen Dreijahresplan für den Moskauer Wohnungsbau und seine Finanzierung auszuarbeiten, damit im Laufe dieser drei Jahre aus dem Haushalt des Moskauer Sowjets und der Industrie für mindestens eine halbe Million Einwohner neue Häuser gebaut werden, die genossenschaftlichen und anderen Bauten und Aufstockungen nicht eingerechnet.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat der UdSSR und der RSFSR werden beauftragt, zusammen mit dem Aufbau der Industrie in Moskau den Wohnungsbau, entsprechend den zeitlichen und räumlichen Anforderungen, welche durch den Zuzug der neuen Arbeiter und technischen Kader für die im Bau befindlichen Betriebe bedingt sind, zu entfalten, damit die entsprechenden Wirtschaftsvereinigungen schon in der laufenden Bausaison den Wohnungsbau für die im Bau oder in der Rekonstruktion befindlichen Werke (Kugellagerwerk, Betriebe für Instrumentenbau und Werkzeugmaschinenbau u.a.) erweitern und beschleunigen.

Das Plenum des ZK beauftragt das Moskauer Stadtkomitee und das Stadtexekutivkomitee, dafür zu sorgen, daß das aufgestellte Programm des Ausbaus und Neubaus von Wohnungen in der Stadt Moskau in Höhe von 80 Millionen Rubel im Laufe der jetzigen Bausaison in vollem Umfang durchgeführt wird und verpflichtet den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR und das GUKCH, diese Bauten mit Materialien und Ausrüstungen zu versorgen.

Als erstrangige und äußerst wichtige Aufgaben der Moskauer Organisation betrachtet das Plenum des ZK die Durchführung von Reparaturen am gesamten vorhandenen Wohnraum im Laufe der jetzigen Sommersaison (Innen- und Außenreparatur der

Häuser, Reparatur der Heizungen usw.) und die Schaffung eines Systems der Häuserverwaltung das die Erhaltung des vorhandenen Wohnraums, seinen guten sanitären Zustand und die allseitige Entwicklung und Festigung der Wohngegensenschaft garantiert.

Dabei ist es notwendig, die neuen Aufgaben des Lebens zu berücksichtigen. Man muß den Bau von Wäschereien für die Betreuung der einzelnen großen Häuser oder Wohnblocks entfalten. Im Jahre 1932 sind mindestens 15 solcher Gemeinschaftswäschereien zu bauen. Die Errichtung von zwei großen mechanisierten Waschanstalten für die gesellschaftlichen Institutionen (Krankenhäuser, Kinderheime und dergl.mehr) ist in Angriff zu nehmen. Es ist notwendig, den Bau eines zusätzlichen Netzes von Kindergärten, Spielplätzen und -krippen zu entfalten, der im Zusammenhang mit der immer stärkeren Hinzuziehung der Frauen zur Produktion außerordentlich große Bedeutung erhält. Das Netz von Kindergärten, Spielplätzen und -krippen muß so entfaltet werden, daß es im Laufe von zwei Jahren alle Kinder der in der Produktion beschäftigten Arbeiter erfassen kann.

In Anbetracht dessen, daß sich das Hauptnetz der Kaufhäuser in Moskau in den zentralen Stadtvierteln konzentriert, was für die Arbeit der geschlossenen Arbeitergenossenschaften gewaltige Schwierigkeiten mit sich bringt, ist das ZK der Meinung, daß die Moskauer Genossenschaft und der Moskauer Sowjet im Laufe der nächsten zwei Jahre eine genügende Anzahl von Kaufhäusern mit Zweigstellen an der Peripherie der Stadt, in den Arbeiterbezirken bauen müssen. Die Genossenschaft muß diese ihre Arbeit mit dem Moskauer Sowjet, Abteilung Wohnungsbau, koordinieren, damit beim Bau der Häuser die Einrichtung von Hausläden, Lagerräumen usw. berücksichtigt wird.

2. Gemeinschaftsverpflegung und Brotbäckerei:

Für die Erweiterung der Gemeinschaftsverpflegung und der Versorgung der breiten Massen der Arbeiter und Werktätigen durch diese ist es notwendig, schon in diesem Jahr den Bau eines breiten Netzes neuer Speiselokale, Cafes, Teestuben und Imbißstuben zu entwickeln und für sie die entsprechende

Produktionsgrundlage zu schaffen (Fabrikküchen usw.).

Ogleich bis zum gegenwärtigen Augenblick fünf mechanisierte Brotfabriken in Moskau errichtet worden sind, ist der Prozentsatz des mechanisierten Brotbackens äußerst niedrig und die Qualität des Brotes unbefriedigend. Das ZK beauftragt die Moskauer Organisation und die Genossenschaft, bis zum 1. Oktober den begonnenen Bau von zwei neuen Brotfabriken zu beenden und in den Plan 1932 den Bau von zwei neuen Brotfabriken aufzunehmen, damit bis Ende 1932 das Brotbacken für Moskau im wesentlichen mechanisiert ist.

3. Die Energiewirtschaft

Ungeachtet der gewaltigen Erfolge bei der Erweiterung und Rekonstruktion der elektroenergetischen Basis von Moskau und dem Moskauer Gebiet, ist das ZK der Meinung, daß das schnelle Wachstum des Bedarfs an Elektroenergie von seiten aller Wirtschaftszweige und insbesondere der Industrie Moskaus und des Moskauer Gebietes eine angespannte Lage in bezug auf die Versorgung Moskaus und der Moskauer Industrie mit Elektroenergie schafft.

Das ZK ist jedoch der Meinung, daß man bis jetzt der Frage der Wärmeversorgung Moskaus und des Moskauer Gebiets nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet und man die Wärmeversorgung Moskaus nicht mit der Elektroversorgung koordiniert hat.

Daher beauftragt das ZK den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR, ein Entwicklungsprogramm für die Energiewirtschaft Moskaus auszuarbeiten, das die Befriedigung sowohl der Elektro- als auch der Wärmebedürfnisse der Stadt gewährleistet.

Das ZK ist der Meinung, daß für die völlige Befriedigung des gestiegenen Bedarfs Moskaus und für die Versorgung der neuen Industriebetriebe und für die Deckung des persönlichen Bedarfs der Einwohner mit Elektro- und Wärmeenergie es notwendig ist, die gesamte Energiewirtschaft der Stadt in Richtung auf die Fernheizung zu entwickeln. Das Plenum des ZK beauftragt den Obersten Volkswirtschaftsrat, einen Plan für den Bau leistungsfähiger Wärme-Elektrozentralen auszuarbeiten und die Lösung des Problems der Fernheizung zu

forcieren, weswegen im laufenden Jahr mit dem Bau der Frunse- und Danguerower Wärme-Elektrozentralen begonnen werden soll, die erste Wärme-Elektrozentrale zu erweitern ist und bis zum Herbst 1932 die Erweiterung der Wärme-Elektrozentrale des wärmetechnischen Instituts zu beenden ist, deren Kapazität auf 60 000 kW gebracht werden muß. Das Plenum des ZK ist der Meinung, daß für diese Bauten die notwendigen Geldmittel, Materialien und Ausrüstungen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Das Plenum des ZK beauftragt die Moskauer Parteiorganisation, die Arbeit zur Umstellung der Großkesselanlagen von weit heranzutransportierenden auf örtliche Brennstoffe (Torf, Moskauer Kohle) zu entfalten und den Anteil der Holzfeuerung an der allgemeinen Brennstoffbilanz der Stadt maximal zu senken.

Eine besondere Kampfaufgabe der Moskauer Organisation ist die diesjährige Versorgung Moskaus mit Hausbrandstoff. Das ZK ist der Meinung, daß im weiteren Plan der Elektrifizierung des Landes die Aufgabe, hochleistungsfähige Wärme-Elektrozentralen, in erster Linie in den großen Industriezentren sowohl in den alten (Moskau, Leningrad, Charkow u.a.) als auch in den neuen (Tscheljabinsk, Stalingrad u. a.) zu bauen, in vollem Umfang berücksichtigt werden muß.

4. Städtisches Verkehrswesen:

Die laufende Arbeit an der Verbesserung des Straßenbahnwesens, seine teilweise Rekonstruktion und die Erweiterung des Straßenbahnnetzes, die zwar die Verkehrsschwierigkeiten der Stadt in der gegebenen Etappe bis zu einem gewissen Grad mildern, können das gesamte Problem der Entwicklung des Personenverkehrs in Moskau nicht vollkommen lösen.

Das Plenum des ZK ist der Meinung, daß es notwendig ist, unverzüglich die Vorbereitungsarbeiten zum Bau einer Untergrundbahn in Moskau in Angriff zu nehmen, da sie das hauptsächlichste Mittel ist, durch welches das Problem der schnellen und billigen Personenbeförderung gelöst werden kann. Im Jahre 1932 soll bereits mit dem Bau der Untergrundbahn begonnen werden. Zusammen mit diesem Bauvorhaben muß man eine elektrische Stadtbahn bauen, die die Nord-, Oktober-

und Kursker Bahn direkt mit dem Stadtzentrum verbindet. Daneben ist es notwendig, einen neuen Straßenbahnring entlang des Kamer-Kollehski-Walles zu bauen, das Straßenbahnnetz im Laufe der nächsten zwei Jahre um mindestens 150 Kilometer bei gleichzeitiger Erhöhung der Zahl der Wagen auf 3.000 zu erweitern und den Omnibusverkehr stark zu entwickeln, indem man die Zahl der Omnibusse in Moskau auf 2.000 im Laufe der nächsten drei Jahre erhöht.

5. Straßen- und Tiefbau:

Das Plenum des ZK billigt das diesjährige Arbeitsprogramm für die Neupflasterung der Straßen in Moskau (mit insgesamt 575.000 qm) und beauftragt das Moskauer Komitee und den Moskauer Sowjet, eine vollständige Durchführung zu gewährleisten.

Gleichzeitig muß ein konkreter Plan für die Fahrdämme und Vorstadtchausseen Moskaus ausgearbeitet werden. Der Plan muß davon ausgehen, daß das Kopfsteinpflaster auf allen Hauptstraßen und Plätzen Moskaus durch hochwertige Straßendecken (Asphalt, Vierkantsteine, Klinker) zu ersetzen ist und daß alle diese Straßen mit Wasserabfluß versehen werden.

Gemäß dem Plan der Straßenarbeiten muß ein Plan der Regulierung des gesamten Tiefbauwesens (Kanalisations- und Wasserleitungsnetz, Kabel usw.) ausgearbeitet werden, und zwar so, daß die Reparatur und Instandsetzung des unter den Straßen liegenden Netzes vor der Pflasterung der Straßen mit hochwertigem Material durchgeführt wird. Gleichzeitig muß mit der Arbeit, vervollkommnetere unterirdische Sammelrohre anzubringen, begonnen werden.

Für die Gewährleistung aller dieser Arbeiten wird der Oberste Volkswirtschaftsrat beauftragt, im Jahre 1932 den Bau von Werken für Straßenmaschinen in Angriff zu nehmen.

6. Wasserversorgung:

Ungeachtet der vorhandenen Erfolge bei der Erweiterung des Wasserleitungsnetzes, bedeuten die Maßnahmen, die bis jetzt durchgeführt werden, keine Kardinallösung des ganzen Problems der Versorgung Moskaus mit Wasser. Der heutige Zustand der Moskwa mit ihren äußerst begrenzten Wasserreserven gefährdet schon während des nächsten Jahrzehnts sowohl die Wasser-

versorgung Moskaus als auch insbesondere die Schifffahrt. Neben den laufenden Maßnahmen, die eine Erweiterung der Wasserversorgung in den nächsten zwei Jahren gewährleisten, hält es das ZK für notwendig, die Aufgabe der Wasserzufuhr zur Moskwa durch ihre Vereinigung mit dem Oberlauf der Wolga grundlegend zu lösen und beauftragt die Moskauer Organisationen gemeinsam mit der Staatlichen Plankommission und dem Volkskommissariat für Schiffsverkehr, unverzüglich an die Aufstellung eines Projekts für diesen heranzugehen, um schon im Jahre 1932 mit den Bauarbeiten zur Vereinigung der Moskwa mit der Wolga zu beginnen.

Ohne den Abschluß des Entwurfs und der Arbeiten zur Vereinigung der Moskwa mit der Wolga abzuwarten, sind unverzüglich Teile dieser Arbeiten zu verwirklichen und deshalb mit dem Dammbau an der Istra sowie mit dem Bau einer neuen Wasserfiltrierstation, zusätzlich zu der Rubliwsker Station, zu beginnen. Das Plenum des ZK stellt der Moskauer Organisation die Aufgabe, bis zum Jahre 1935 zu gewährleisten, daß ein doppelter Wasserverbrauch pro Kopf der Bevölkerung möglich ist.

7. Der sanitäre Zustand der Stadt:

In Anbetracht dessen, daß die Erweiterung des Kanalisationsnetzes stark hinter dem Wachstum der Stadt zurückbleibt (627 Kilometer Kanalisationsnetz bei einer Gesamtausdehnung der städtischen Straßen von mehr als 1000 Kilometern) beauftragt das Plenum des ZK das Moskauer Komitee und den Moskauer Sowjet, die Arbeit auf diesem Gebiet in einem solchen Tempo auszuführen, daß das Kanalisationsnetz bis zum Jahre 1935 mit der Ausdehnung des Wasserleitungsnetzes in Übereinstimmung gebracht wird. Das ZK beauftragt den Rat der Volkskommissare und den Obersten Volkswirtschaftsrat, für den Plan der Erweiterung des Kanalisationsnetzes die notwendigen Rohre sicherzustellen.

Dem Moskauer Komitee und dem Moskauer Sowjet wird empfohlen, im Laufe von zwei bis drei Jahren die gesamte Stadtreinigung zu mechanisieren. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird beauftragt, die Produktion des mechanisierten kommunalen Autoverkehrs in den Werken der UdSSR (für Verkehr, Straßensprengung, Kehren, Schneereinigung usw.) zu organi-

sieren.

In Anbetracht dessen, daß die Anzahl der Bäder in Moskau ungeachtet des Baus von zwei neuen Bädern und der Erweiterung der Brausebäderanlagen in den Betrieben den Bedarf der Moskauer Bevölkerung bei weitem nicht deckt, wird der Moskauer Sowjet verpflichtet, neben der Instandsetzung, Reparatur und Verbesserung der bestehenden, den Bau neuer Bäder in Angriff zu nehmen, und zwar schon in diesem Jahre mit dem Bau von vier Bädern zu beginnen und im Jahre 1932 mindestens zehn Bäder in den Arbeiterbezirken zu bauen. Das ZK verpflichtet die Moskauer Organisationen, die Arbeit an der Entwicklung von Grünanlagen, der Schaffung von Boulevards und Stadtparks, insbesondere in den Arbeiterbezirken, breit zu entfalten und die Stadtwaldmassive (wie Sokolniki, der Peterpark, Ismailower Tiergarten und andere) in Musterparks für Kultur und Erholung zu verwandeln.

8. Die Planung Moskaus:

Das Plenum des ZK hält es für völlig anormal, daß Moskau keinen Fünfjahrplan der Entwicklung seiner Wirtschaft besitzt und daß die Bautätigkeit in Moskau spontan und ohne einen allgemeinen Plan der Stadt vor sich geht. Das Plenum des ZK verpflichtet die Moskauer Organisationen, einen ernsthaften, wissenschaftlich fundierten Plan zur weiteren Entwicklung der Bautätigkeit in Moskau auszuarbeiten. Bei der Stadtplanung Moskaus, einer sozialistischen Stadt, darf, im Gegensatz zu den kapitalistischen Städten, keine übermäßige Konzentration großer Bevölkerungsmassen, vieler Betriebe, Schulen, Krankenhäuser, Theater, Klubs, Kaufhäuser, Speisehallen usw. auf kleinen Grundstücken zugelassen werden.

III. Die Entwicklung der städtischen Kommunalwirtschaft der UdSSR

Das Plenum des ZK stellt fest, daß der heutige Zustand der städtischen Kommunalwirtschaft in der UdSSR trotz bedeutender Erfolge nicht die wachsenden Bedürfnisse der Massen befriedigen kann. In den alten Industriezentren, die in den letzten Jahren stürmisch gewachsen sind (Moskau, Leningrad,

Charkow, Baku, Tula, Twer, Iwanowo-Wosnessensk, Nishni-Nowgorod, Dnjepropetrowsk, Rostow u.a.) ist die Frage der Entwicklung und Rekonstruktion der Kommunalwirtschaft eine Frage, die nicht nur die Betreuung der jetzt dort wohnenden werktätigen Massen betrifft, sondern ebenfalls auch die Verteilung, Umsiedlung und die materielle und kulturelle Betreuung neuer Hunderttausender und Millionen von Arbeitern. In den Rayons des Donbass, des Ural, des Kusbass, des Moskauer Bassins usw. und in den neu entstandenen Industriezentren (Magnitogorsk, Kusnezsk usw.), wo die Siedlungen halbstädtischen und halbdörflichen Charakters in Städte umgewandelt werden sollen, muß die städtische Kommunalwirtschaft neu geschaffen werden. Daneben führt die Organisation der MTS und der großen Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, die Liquidierung der Bezirke und die Umwandlung einer Reihe von Dörfern in Rayonzentren zum Aufbau neuer Hunderter von Städten aus ehemaligen Dörfern.

Alles dies zusammengenommen stellt das Problem der Stadt in der Rekonstruktionsperiode, das Problem der Umgestaltung der alten und des Aufbaus neuer Städte vor der Partei auf eine neue Art.

In Anbetracht dessen, daß die weitere Entwicklung des industriellen Aufbaus des Landes in der Richtung verlaufen soll, daß neue Industriezentren in bäuerlichen Rayons entstehen, um dadurch die endgültige Beseitigung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land zu beschleunigen, hält das Plenum des ZK das Anhäufen einer großen Anzahl von Betrieben in den heute sich bildenden großen städtischen Zentren für unzweckmäßig und schlägt vor, in diesen Städten künftig keine neuen Industriebetriebe mehr zu bauen, in erster Linie sie ab 1932 nicht mehr in Moskau und Leningrad zu bauen.

In Zusammenhang damit beschließt das Plenum des ZK:

1. Das Entwicklungstempo der städtischen Kommunalwirtschaft in der UdSSR und insbesondere des Wohnungswesens ist gemäß dem Tempo und den Plänen des industriellen Aufbaus zu beschleunigen. Dabei ist der Plan des Wohnungs- und Städtebaues so durchzuführen, daß die Hauptmasse der Investitionen in die in einer besonderen Liste erfaßten wichtigsten In-

dustrie- und Stadtzentren gelenkt wird, damit der Aufbauplan dieser Städte mit allen notwendigen Materialien und Ausrüstungen gesichert ist.

2. Die Verwendung neuer Baumaterialien als Ersatz für knappe Materialien und die Anwendung neuer Konstruktionen des Wohnungsbaus, (leichtere und Standardtypen) sind in die Praxis einzuführen.

Ogleich jetzt bereits in der Verwendung neuer Baumaterialien im Wohnungsbau (Betonsteine, Fiber, Hohlziegel, Silikat-Organik usw.) Erfahrungen vorliegen, sind diese neuen Materialien bis jetzt noch nicht im Bauwesen eingebürgert worden. Genauso wird die Anwendung neuer Hauskonstruktionen leichter Typs äußerst langsam eingeführt. Das ZK ist der Meinung, daß die Stadtsowjets in der Frage der Produktion von Baumaterialien und eines gewissen Teils der kommunalen Einrichtungen noch nicht jenen Platz einnehmen, den sie einnehmen könnten und müßten. Das ZK verpflichtet die örtlichen Parteiorganisationen und die Stadtsowjets, die Produktion örtlicher und neuer Baumaterialien (Dachsteine, Klinker, Schlacke und Hohlziegel), die Herstellung von Steinen, Kies, Sand usw., von einfachsten Ausrüstungen (Gasrohre, Feineisenguß) und insbesondere den Ersatz knapper Ausrüstungen z.B. von Eisenrohren durch zementierte Asbestrohre, durch Ton- und Holzrohre, von gußeisernen Heizkörpern durch solche aus gepreßtem dünnen Eisen und Keramik in jeder Weise zu entwickeln, und zwar stärker als im allgemeinen staatlichen Plan vorgesehen.

3. In Anbetracht dessen, daß die Produktion von kommunalen Ausrüstungen äußerst stark zurückgeblieben ist, beauftragt das Plenum des ZK den Obersten Volkswirtschaftsrat, ein Programm für die Erweiterung der Produktion von kommunalen Ausrüstungen auszuarbeiten, in dem vor allem vorgesehen sein muß:

a) Im Laufe des Jahres 1932 ist die Produktion von Kraftwagen für die Kommunalwirtschaft (Sprengwagen, Müllabfuhrwagen usw.) anzukurbeln, indem man bei den neuen Automobilwerken die entsprechenden Abteilungen baut.

b) Die Produktion von Ausrüstungen und insbesondere die

Produktion von Rohren und Spezialausrüstungen für Wasserleitungen, Kanalisation, Zentralheizung und Fernheizung sowie die Produktion von Ausrüstungen für große und kleine Brotfabriken ist zu erweitern, indem man die bestehenden ausbaut und den Bau neuer Betriebe in das Programm für 1931, insbesondere aber für 1932 aufnimmt.

c) Das Programm für den Bau von Straßenbahnwagen (Motor- und Anhängewagen) ist dadurch zu erweitern, daß man im Jahre 1932 mit dem Bau eines speziellen Werkes für die Straßenbahnwagenproduktion beginnt.

d) Der Bau von zwei Fabriken, die Ausrüstungen für Bäder und Wäschereien, Waschmaschinen, Küchenausrüstungen und Gasherde, Wannen und Ausrüstungen für Klosetts herstellen sollen, ist 1932 in Angriff zu nehmen.

e) Beim Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR ist eine spezielle Vereinigung für die Produktion kommunaler Ausrüstungen zu schaffen, und die betreffenden Betriebe sind der Leitung dieser Vereinigung zu unterstellen.

4. In Anbetracht dessen, daß die Finanzwirtschaft der kommunalen Organe schlecht geregelt und die wirtschaftliche Rechnungsführung in den städtischen Betrieben äußerst schwach durchgeführt ist, wird das Volkskommissariat für Finanzen beauftragt, eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzwirtschaft der Stadtsowjets und zur tatsächlichen Überführung der kommunalen Betriebe und des Wohnungswesens auf wirtschaftliche Rechnungsführung auszuarbeiten. Insbesondere muß eine umfangreiche Arbeit, die die Mobilisierung der inneren Reserven der Kommunalwirtschaft betrifft, entfaltet werden.

5. Das Plenum des ZK ist der Meinung, daß die Erfüllung dieser Aufgaben eine grundlegende Verbesserung der Arbeit der kommunalen Organe von oben bis unten, die Durchführung eines entschiedenen Kampfes gegen rechtsopportunistische Entstellungen in der Praxis der kommunalen Organe, ihre Säuberung von klassenfremden und bürokratischen Elementen und die Ausmerzung der Überreste der Schädlingearbeit erfordert.

Das Plenum des ZK beauftragt alle ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, Regions- und Gebietskomitees,

alle kommunalen Organe durch bedeutende leitende Funktionäre und technische Kader zu festigen.

Gleichzeitig wird das Volkskommissariat für Volksbildung und die Hauptverwaltung für Kommunalwirtschaft der Unionsrepubliken beauftragt, im Schuljahr 1931/1932 die Aufnahme und Ausbildung von Funktionären für die Hauptfachrichtungen des Wohnungswesens und der Kommunalwirtschaft in den bestehenden Hochschulen zu erweitern und im Jahre 1932 eine spezielle technische Hochschule für Kommunalwirtschaft zu organisieren.

Für die Organisation der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und die Ausbildung leitender Kader des Wohnungs- und Kommunalwesens ist beim Rat der Volkskommissare der RSFSR eine Akademie für Kommunalwirtschaft zu gründen.

6. Die Stadtsowjets, als Organe der proletarischen Macht in den Städten, müssen ihre Arbeit in der Weise umgestalten, daß zu jedem Zweig der Kommunalwirtschaft in erster Linie die Deputierten der Sowjets zu aktiver Teilnahme an der Arbeit herangezogen werden.

Die Sektionen der Stadtsowjets müssen die Arbeit in jedem Zweig der Kommunalwirtschaft tatsächlich täglich kontrollieren und leiten. Es ist notwendig, mit der Praxis feierlicher Paradesitzungen der Stadtsowjets Schluß zu machen. Die Plenartagungen der Stadtsowjets müssen zu Zentren der sachlichen Lösung von Fragen der städtischen Wirtschaft werden, und dieser Lösung müssen Hunderte und Tausende von Bemerkungen und Vorschlägen der Wähler zugrunde liegen.

Die Parteikomitees müssen der Arbeit der Stadtsowjets mehr Aufmerksamkeit widmen und mehr Unterstützung gewähren. Die Stärkung der Stadtsowjets durch Funktionäre, die Umgestaltung ihrer Arbeit, die Heranziehung von Hunderten und Tausenden von Arbeitern, insbesondere von Arbeiterfrauen zur Arbeit in den Stadtsowjets und ihrer Wirtschaftsorgane, sichern die weitere Durchführung der neuen großen Aufgaben in bezug auf die Verbesserung und Entwicklung der städtischen Kommunalwirtschaft. Das Wachstum der Kommunalwirtschaft und die neuen großen Aufgaben, die auf diesem Gebiete zu lösen sind, erfordern die Festigung des Stadtsowjets

als des Herrn, der für alle Zweige der Stadtwirtschaft verantwortlich ist.

7. Um die wirtschaftliche und technische Leitung der Kommunalwirtschaft zu verbessern, sind die bestehenden Hauptverwaltungen für Kommunalwirtschaft in Volkskommissariate für Kommunalwirtschaft der Unionsrepubliken umzuwandeln. Die ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken werden beauftragt, diese Volkskommissariate aufzubauen und sie mit den entsprechenden Kadern zu versorgen.

8. Um die grundlegenden Probleme des Wohnungswesens und der städtischen Kommunalwirtschaft, wie: Fragen der Finanzierung, Versorgung mit Ausrüstungen und Materialien, der Bau neuer und die Rekonstruktion der alten Städte und die Heranziehung technischer Unterstützung, zu bearbeiten, ist beim ZK der UdSSR ein Unionssowjet für Angelegenheiten der städtischen und Wohnungswirtschaft zu bilden.

9. Der augenblickliche Zustand der Statistik der Kommunalwirtschaft ist äußerst unbefriedigend. Deshalb beauftragt das ZK die Staatliche Plankommission, eine wissenschaftlich begründete Statistik der Stadtwirtschaft zu organisieren.

+ +
+

Die Erfolge, die von der Partei und der Arbeiterklasse im Kampf für die Industrialisierung und Kollektivierung des Landes errungen wurden, schufen alle notwendigen Bedingungen für eine entschiedene Verbesserung der städtischen Kommunalwirtschaft, die die wichtigste Basis für die Umgestaltung des Lebens der Millionenmassen von Werktätigen auf neuer sozialistischer Grundlage ist.

Bei der Organisation der neuen sozialistischen Lebensweise ist ein entschiedener Kampf sowohl gegen den rechten Opportunismus, der sich gegen das bolschewistische Entwicklungstempo der sozialistischen Wirtschaft, gegen die Umgestaltung der kulturellen und sozialen Betreuung der Arbeiter- und Kollektivbauernbevölkerung wendet, als auch gegen die Überapitzungen der "links"-opportunistischen Schwätzer mit ihren Projektmachern verschiedener Art (Zwangsliquidie-

rung der individuellen Küchen, künstliche Einführung von Wohnkommunen usw.) zu führen.

Die Partei wird den rechten Opportunisten, die uns zurückzerren wollen und versuchen, unseren Aufbau zu hintertreiben, wie auch den "linken" Schwätzern, die nicht die konkreten Bedingungen der gegenwärtigen Periode berücksichtigen und faktisch den Rechten helfen, eine entschiedene Abfuhr erteilen.

Auf der Grundlage der Verwirklichung der Leninschen Generallinie hat die Partei in der Wiederherstellung und Entwicklung der städtischen Kommunalwirtschaft Erfolge errungen. Auf dieser Grundlage vermag sie auch die heutigen Städte in Kulturzentren, in technisch und wirtschaftlich entwickelte proletarische Zentren umzuwandeln und Dutzende und Hunderte neuer sozialistischer Städte zu errichten.

"Prawda" Nr. 165

17. Juni 1931

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) vom

28. - 31. Oktober 1931

Informatorische Mitteilung: Vom 28. - 31. Oktober 1931 tagte das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B)

Das Plenum behandelte folgende Fragen:

1. Rechenschaftsbericht des Volkskommissariats für Verkehr über die Erfüllung der Beschlüsse des ZK der KPdSU(B) und des Rates der Volkskommissare der UdSSR über den Eisenbahnverkehr.
2. Rechenschaftsbericht des Volkskommissariats für Versorgung und des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften über die Erfüllung der Beschlüsse des ZK der KPdSU(B) und des Rates der Volkskommissare der UdSSR über die Entfaltung des Sowjethandels und die Verbesserung der Versorgung der Arbeiter, (mit Korreferat der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion).
3. Praktische Fragen der laufenden Arbeit.

Die entsprechenden Resolutionen des Plenums folgen nachstehend.

Resolutionen des Plenums

Über den Eisenbahnverkehr

(Resolution des Plenums des ZK der KPdSU(B) zum Rechenschaftsbericht des Genossen Andrejew, angenommen am 29. Oktober 1931)

1. Nach Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Volkskommissariats für Verkehr hält das Plenum des ZK die Einschätzung und die Schlußfolgerungen, die vom Politbüro in bezug auf die Arbeit des Eisenbahnverkehrs am 5. Oktober dieses Jahres gezogen wurden, für richtig und billigt voll und ganz den Beschluß über den Wechsel der Leitung des Volkskommissariats für Verkehr.
2. Das Plenum stellt fest, daß die Hauptmängel in der Arbeit des Eisenbahnverkehrs fort dauern. Diese sind folgende: das Vorhandensein fehlender persönlicher Verantwortlichkeit und

die Verantwortungslosigkeit in der Arbeit der Eisenbahnerorgane insgesamt, (von den unteren Gliedern bis zum Volkskommissariat für Verkehr); das Fehlen eines wirklich bolschewistischen Kampfes gegen die Hintertreibung des paarweisen Fahrens auf den Lokomotiven; die Unfähigkeit, die inneren Reserven des Verkehrs auszunutzen und strengste Sparsamkeit bei der Verausgabung der Mittel und Materialien auszuüben.

Bis jetzt gibt es im Eisenbahnverkehr in den Fragen des Arbeitslohns noch im bedeutenden Maße Gleichmacherei. Die Wirtschaftsorgane und die Gewerkschaften sind noch nicht entschlossen daran gegangen, die Arbeitsorganisation und die Bezahlung in Ordnung zu bringen und die Versorgung zu verbessern. Die Qualität der Reparatur der Lokomotiven und Waggons ist in den Werken des WORS und in den Depots noch äußerst unbefriedigend. Ein äußerst großer Mangel der Arbeit der Eisenbahnen ist auch die schlechte Organisation des Betriebes (das betrifft die Planung der Frachtenbeförderung, die Arbeit der Stationen, den Dispsatscher u.a.).

Eine wesentliche Ursache aller aufgezählten Mängel bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Partei über das Verkehrswesen ist in bedeutendem Maße der Konservatismus und Bürokratismus des Verkehrsapparates und die Unfähigkeit der führenden kommunistischen Eisenbahner, gegen diesen Konservatismus und Bürokratismus zu kämpfen, die Arbeit auf neue Art zu organisieren und in einem bolschewistischen Tempo an der Schaffung eines entschiedenen Umschwungs in der gesamten Arbeit des Verkehrs zu arbeiten.

Infolge dieser Mängel bleibt der Eisenbahnverkehr, trotz einer gewissen Verbesserung seiner Arbeit im Vergleich zum vergangenen Jahr, immer noch ein Engpaß und eines der ernstesten Hindernisse bei der erfolgreichen Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes.

3. Das Plenum des ZK hebt daneben hervor, daß die Aufträge des Verkehrswesens von seiten einzelner Industrievereinigungen und Werke, besonders in bezug auf Waggons, Lokomotiven und Ersatzteile unbefriedigend ausgeführt werden.

4. Um eine kontinuierliche Arbeit des Eisenbahnverkehrs im

Laufe der Herbst- und Winterfrachtenbeförderung zu sichern, billigt das Plenum des ZK der KPdSU voll und ganz die Maßnahmen, die die neue Leitung des Volkskommissariats für Verkehr durchführt und plant. Diese beziehen sich auf die Sanierung des Lokomotiv- und Waggonparks, auf die entschiedene Verbesserung der Qualität der General- und laufenden Reparatur, auf die völlige Instandsetzung der Depots, auf die völlige Liquidierung des Hintertreibens des paarweisen Fahrens, auf die Abschaffung des Fehlens persönlicher Verantwortlichkeit für die Waggons, auf die Verbesserung des Zugverkehrs, auf die Erweiterung der Durchlaßfähigkeit und Verbesserung der Wasserversorgung auf allen Hauptstrecken des Frachtstroms, auf die Liquidierung der Gleichmacherei beim Arbeitslohn in allen Zweigen des Eisenbahnwesens, auf die Einführung des progressiven Stücklohns und auf die entschiedene Verbesserung der Arbeit des Apparates des Volkskommissariats für Verkehr und der Bahnen. Letzteres wird dadurch erreicht, daß schonungslos alle Elemente des Konservatismus und Bürokratismus vertrieben werden und eine feste Disziplin von unten bis oben hergestellt und die Durchführung jeder Anordnung durch eine sorgfältige Kontrolle über die tatsächliche und nicht nur papierene Erfüllung gesichert wird.

5. Das Plenum des ZK verpflichtet den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR, die Arbeit der Waggon- und Lokomotivbaubetriebe so zu entwickeln, daß sie mit voller Kapazität arbeiten können und beauftragt den Sowjet für Arbeit und Verteidigung, bis spätestens 1. Dezember das Programm des Waggon- und Lokomotivbaues für das Jahr 1932 festzulegen. Das Plenum des ZK beauftragt den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Lokomotivbaubetriebe zu spezialisieren und diejenigen ihrer Aufträge, die nicht mit dem Lokomotivneubau zusammenhängen, anderen Betrieben zu übertragen. Das Volkskommissariat für Verkehr muß im vierten Quartal die geplante Anzahl von Schienen, Unterlagen, Schienenverbindern, Hacken u.a., bereitstellen und unverzüglich Maßnahmen zur Erweiterung der Produktion von Schienen ergreifen, damit das vergrößerte Programm für 1932 erfüllt wird. Das Volkskommissariat für

Verkehr muß die notwendige elektrische Ausrüstung und die Materialien für die Verbesserung der Verbindung zwischen den wichtigsten Knotenpunkten und Linien stellen und den Verkehr völlig ausreichend mit Ausrüstungen für die Wasserversorgung (Kessel, Motore, Rohre) versehen, damit die in bezug auf die Wasserversorgung schwierigsten Streckenabschnitte liquidiert werden.

6. In Anbetracht der außerordentlich großen Bedeutung der Versorgung der Eisenbahn mit Ersatzteilen werden der Rat für Arbeit und Verteidigung und das Volkskommissariat für Verkehr beauftragt, schnellstens Maßnahmen zu ergreifen, damit die Aufträge in bezug auf Ersatzteile von den Werken des Volkskommissariats für Verkehr und denen der Industrie ausgeführt werden, indem sie diese Werke für die Herstellung der Ersatzteile ausreichend mit Metall versorgen.

7. Das Plenum des ZK erklärt, daß die Erfüllung der Pläne für die Versorgung der Eisenbahner und die Arbeit der Verkehrsgenossenschaft noch immer unbefriedigend sind und beauftragt das Volkskommissariat für Versorgung und den Zentralverband der Konsumgenossenschaften, die Versorgung der Eisenbahner entsprechend dem Umfang der von der Regierung festgesetzten Lebensmittel- und Industriewarenfonds im vollen Ausmaß und rechtzeitig zu gewährleisten. Das Volkskommissariat für Verkehr und das ZK des Eisenbahnerverbandes werden beauftragt, die Verteilung dieser Fonds auf die einzelnen Gruppen der Eisenbahner entschieden zu verbessern und die Arbeit der Verkehrsgenossenschaften zu festigen.

8. Das Plenum des ZK erklärt das Tempo, in dem die Maßnahmen zur Rekonstruktion des Verkehrs von seiten des Volkskommissariats für Verkehr und der Industrie zu den festgelegten Terminen durchgeführt werden, für völlig unbefriedigend und beauftragt den Rat für Arbeit und Verteidigung, gemäß den Beschlüssen des ZK und des Rates der Volkskommissare, den gesamten Plan der Rekonstruktionsarbeiten des Eisenbahnverkehrs für das Jahr 1932 bis spätestens 1. Dezember des Jahres zu überprüfen. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß folgende Maßnahmen durchzuführen sind: Entfaltung der Arbeiten zur Elektrifizierung der wichtigsten Linien des Ural, Donbass,

Kusbass und des Baues der notwendigen Anzahl von Elektrolokomotiven im Jahre 1932; Entfaltung des Baues von Diesellokomotiven für die Versorgung der Linien mit schwieriger Wasserversorgung und Entfaltung des Baues besonders kleiner Diesellokomotiven für die Rangier- und Streckenarbeiten, Forcierung der Rekonstruktion des Lugansker Werkes für den Bau neuer Typen von Lokomotiven mit größerer Leistungsfähigkeit, Verstärkung der Linien nach den wichtigsten Richtungen, besonders im Donbass und im Ural, Rekonstruktion solcher Knotenpunkte wie des Moskauer, Leningrader und Nishegoroder, Beschleunigung des Baues neuer Brücken über Wolga, Oka, Ob, die Mechanisierung der Be- und Entladung, gründliche Verbesserung der Nachrichtenübermittlung bei den Bahnen, die Ausrüstung des rollenden Materials mit automatischen Bremsen und auf den Bauten der abgesonderten Richtungen mit Selbstkupplungen, Durchführung der Rekonstruktion der vom Volkskommissariat für Verkehr wiederhergestellten Werke, wobei eine Gruppe von Werken auszusuchen ist, in denen die Herstellung von Ersatzteilen und Werkzeugen in großem Maßstab organisiert wird.

9. In Anbetracht dessen, daß gemäß den verstärkten Erfordernissen des Eisenbahntransports neue Kader herangebildet werden müssen und ein hochqualifizierter starker Verwaltungsapparat geschaffen werden muß, beauftragt das Plenum des ZK das Volkskommissariat für Verkehr, die Arbeit zur Ausbildung der Kader durch die Technischen Hochschulen, Techniken und mittels Umschulung von Dispatichern, Verkehrsspezialisten, Maschinisten, Elektrozugführern und anderen bei Weiterführung ihrer Arbeit während der Kurse zu verstärken.

10. Damit die Arbeit des Eisenbahnverkehrs gründlich verbessert wird, betrachtet es das Plenum als die wichtigste Aufgabe der Partei, alle Glieder des Verwaltungsapparates von unten bis oben, besonders innerhalb des Fahrdienstes, durch kommunistische Kader zu verstärken und aktive Kommunisten, die sich heraufgearbeitet haben, als Leiter und Gehilfen des Leiters der Stationen, Strecken und Depots sowie als Gehilfen der Leiter einzelner Abteilungen, Rayons, Bahnen usw.

in der Wirtschaftsarbeit einzusetzen. Das Zentralkomitee hält die Einstellung jener Kommunisten, die nicht von der Parteiarbeit oder von einer anderen Arbeit zur wirtschaftlichen Arbeit im Verkehrswesen, und zwar in seine unteren Glieder, übergehen wollen, für absolut falsch und den Interessen der Partei entgegen gesetzt.

Es muß Ehrensache für einen Kommunisten im Verkehrswesen sein, die Verkehrstechnik wirklich zu beherrschen, in kurzer Frist alles Nötige zu lernen und ein selbständiger Leiter dieses oder jenes Arbeitszweiges im Apparat oder auf der Strecke zu werden.

Das Plenum des ZK verpflichtet die ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, die Regional- und Gebietskomitees, die Rayon- und Streckenparteiorganisatoren im Eisenbahnwesen stärker anzuleiten, da ihnen nicht nur im Zusammenhang mit der Festigung der Parteiarbeit im Verkehrswesen, sondern auch mit der Ausbildung und Einführung von Parteiarbeitern in den Wirtschaftsapparat des Transportwesens besondere Bedeutung zukommt.

Das Plenum des ZK billigt den Beschluß des Politbüros, eine beträchtliche Anzahl von Parteiorganisatoren des Verkehrswesens auf Wirtschaftsfunktionen zu versetzen und beauftragt das Org.-Büro, eine neue Gruppe von Parteifunktionären als Parteiorganisatoren auf die Strecken und in die Rayons abzukommandieren.

11. Das Plenum hebt hervor, daß die Ortsparteiorganisationen den Fragen des Verkehrs jetzt verstärkte Aufmerksamkeit widmen, stellt jedoch fest, daß sich die Beteiligung der Regional- und der Gebietskomitees der Partei an der Arbeit des Verkehrswesens nicht selten auf formelle Referate, Rechenschaftsberichte und Untersuchungen beschränkt. Die Arbeit der Eisenbahnen werden von den Parteiorganisationen nicht wirklich kontrolliert. Es fehlt eine tägliche konkrete Anleitung von seiten der Parteiorganisationen, die sich auf Maßnahmen richten müßte, die die Arbeit der Depots, Stationen, Rayons usw. verbessern.

Um dem Verkehrswesen eine systematische Hilfe von seiten der

Gebiets- und Regionsparteiorganisationen zu sichern, verpflichtet das Plenum des ZK die ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, die Regions- und Gebietskomitees, unverzüglich einen speziellen Sekretär zu bestimmen, der ausschließlich die Arbeit im Verkehrswesen durchführt und der von allen seinen sonstigen Verpflichtungen entbunden wird.

12. Die Partei kann nicht zulassen, daß sich die winterlichen Unterbrechungen in der Arbeit der Eisenbahnen irgendwie wiederholen. Das ZK wird die Ortsparteiorganisationen für Rückstände in der Arbeit des Verkehrs auf diesem oder jenem Arbeitsgebiet verantwortlich machen. Die Aufmerksamkeit der ganzen Partei und der Ortsparteiorganisationen muß sich in noch stärkerem Maße auf die weitere Mobilisierung der Massen der Eisenbahner für die Verbesserung der Arbeit der Lokomotiven und Waggons, für die Erhöhung der Qualität der Reparatur, für die Festigung der Arbeitsdisziplin, für die entschiedene Verbesserung der Arbeit des Verwaltungsapparates, für den Kampf gegen den Konservatismus und Bürokratismus konzentrieren. Es muß dafür gesorgt werden, daß ein entschiedener Kampf für die wirtschaftliche Ausnutzung der Verkehrsmittel, der Waggons und Lokomotiven, für die Verkürzung jeglicher Standzeiten bei der Be- und Entladung geführt wird.

Eine tägliche Kontrolle und verstärkte Ausführung der Aufträge des Verkehrswesens in den Industriebetrieben und die Verbesserung der Qualität ihrer Produktion sind notwendig.

Besondere Aufmerksamkeit müssen die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auf die Verbesserung der Arbeit in den unteren Gliedern des Verkehrs (Abteilung, Depot, Station, Strecke u.a.) richten. In diesen Gliedern müssen in der kommenden Periode der angestrengten Arbeit des Verkehrswesens die leitenden Kader der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen konzentriert werden. Die Mobilisierung um die Kampffragen, die dem Verkehr von der Partei gestellt werden, muß nicht nur die Wiederholung der Verkehrsschwierigkeiten des vergangenen Jahres verhüten, sondern darüber hinaus die Gewähr schaffen, daß die Arbeit des Eisenbahnverkehrs erhöht wird, um die unbedingte Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu sichern.

Über die Entfaltung des Sowjethandels und die Verbesserung
der Versorgung der Arbeiter

(Resolution des Plenums des ZK der KPdSU(B), angenommen am
30. Oktober 1931)

Nach Entgegennahme der Rechenschaftsberichte des Volkskommissariats für Versorgung und des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften sowie des Korreferates der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion der UdSSR, stellt das Plenum des ZK der KPdSU(B) fest, daß das Volkskommissariat für Versorgung und der Zentralverband der Konsumgenossenschaft eine bedeutende Arbeit entfaltet haben, um den Malariauftrag des ZK und des Rates der Volkskommissare zur Entfaltung des Sowjethandels und zur Schaffung neuer Verkaufsstellen zu verwirklichen. (4 155 Verkaufsstellen wurden vom Volkskommissariat für Versorgung und 6 758 vom Zentralverband der Konsumgenossenschaft eröffnet). Das Plenum des ZK ist jedoch der Meinung, daß die Zahl der Geschäfte, insbesondere die der Lebensmittelgeschäfte, noch nicht die wachsenden Bedürfnisse der Industrierayons befriedigt.

Das Plenum des ZK ist der Meinung, daß das ständige Wachstum der Leichtindustrie und die wachsenden Möglichkeiten der Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine breitere Entfaltung des Sowjethandels und einen stärkeren Aufbau eines neuen Netzes von Verkaufsstellen ermöglichen als bis jetzt vorgenommen wurde.

Das Plenum des ZK betont, daß sich die Betriebsordnung in der Mehrzahl der Läden und die Qualität des Handels immer noch in einem unbefriedigenden Zustand befinden und die Stockungen des Warenumsatzes immer noch nicht beseitigt sind.

Der Hauptgrund dafür, daß die Entfaltung des Sowjethandels gehemmt wird, ist der Mangel an Verständnis und die Unfähigkeit einer bedeutenden Schicht von Funktionären des genossenschaftlichen Handelsapparates, von der mechanischen Verteilung der Waren zur Entfaltung des Sowjethandels überzugehen. Der NÖP-Mann-Geist und die bürokratischen Elemente des Handelsapparates der Genossenschaften sind bis heute nicht nur

nicht beseitigt. In letzter Zeit haben sich mit neuer Kraft Äußerungen des NÖP-Mann-Geistes gezeigt. Diese kommen im Fehlen einer wirklichen Sorge um den Verbraucher, in groben Verletzungen der Preispolitik, in der Begeisterung für den kommerziellen Handel und im Hochtreiben der Preise bei der Jagd nach hohen Gewinnen zum Ausdruck.

Die neuen Funktionärskader, die von der Partei in den Handelsapparat der Genossenschaft geschickt werden, haben sich die Technik des Handels noch nicht angeeignet und leiten die Genossenschaftsarbeit nicht konkret an, so daß die Arbeit des Handelsapparates der Genossenschaften häufig von jenen bürokratischen und der Arbeiterklasse fremden Elementen, die noch eine bedeutende Schicht in diesem Apparat ausmachen, geleistet wird.

Im Interesse der weiteren Entfaltung des Sowjethandels und der Verbesserung der Versorgung der Arbeiter beschließt das Plenum des ZK:

1. Neben dem weiteren Ausbau des Einzelhandelsnetzes der Konsumgenossenschaft und der Organe des Volkskommissariats für Versorgung ist der Einzelhandel der Vereinigungen der Leichtindustrie des Obersten Volkswirtschaftsrates, der Vereinigungen der Sowjetwirtschaften des Volkskommissariats für Landwirtschaft, der Kollektivwirtschaften und der Industriegenossenschaft mit Erzeugnissen ihrer Produktion auf der Grundlage der sowjetischen Preispolitik zu entfalten.

Die Fonds der geplanten Waren, die der Realisierung durch den Handel der Vereinigungen der Leichtindustrie des Obersten Volkswirtschaftsrates und der Vereinigungen der Sowjetwirtschaften des Volkskommissariats für Landwirtschaft unterliegen, müssen vom Rat für Arbeit und Verteidigung festgelegt werden. Für die Kaufhäuser des Volkswirtschaftsrates muß der Handel ebenso reguliert werden wie für die anderen handeltreibenden staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen.

Der Handel der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften, der auf der Grundlage der sowjetischen Preispolitik durchgeführt wird, darf sich nur unter der obligatorischen Be-

dingung entfalten, daß die Ablieferung (Verkauf) der Erzeugnisse an den Staat genau eingehalten wird. Der Handel der Kollektivwirtschaften wird in derselben Weise geregelt, wie der genossenschaftliche Handel geregelt ist.

2. Ausgehend von der Politik der systematischen Preissenkung, werden die Beschlüsse des Komitees für Preise beim Rat für Arbeit und Verteidigung gebilligt (die Handelspreise in dem Sinne wie bei uns HO-Preise zu verstehen, also Preise für markenfreie Waren, - Anm. D.Red.), die Preise für Waren im Durchschnitt um 30 Prozent zu senken, den Handel zu Handelspreisen auf das spezielle, vom Rat für Arbeit und Verteidigung bestätigte Netz staatlicher Geschäfte zu beschränken.

3. Das Volkskommissariat für Versorgung wird beauftragt, ein Netz von Stützpunkten zur Versorgung mit Lebensmitteln in solchen Rayons, wie dem Donbass, Ural, Kusbass u.a., zu entfalten und auch für die wichtigsten Industrierayons die notwendigen Reserven an den wichtigsten Lebensmitteln zu bilden.

4. Um die Warenversorgung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen des Dorfes zu verbessern und die Verantwortlichkeit für die Erfüllung der bestätigten Pläne für die Warenversorgung zu erhöhen, wird der Rat für Arbeit und Verteidigung beauftragt:

a) bei der Bestätigung des Warenfonds sind spezielle Fonds für die Versorgung der Stadt- und Landbevölkerung zu schaffen und die Fonds für die nicht durch den Markt zu befriedigenden Bedürfnisse (Armee, Berufskleidung und Einrichtungen des Staatsbudgets u.a.) genau festzulegen;

b) es ist ein spezieller Reservefonds an Waren zu bilden, der dem Komitee für Reserven beim Rat für Arbeit und Verteidigung zur Verfügung steht.

5. Das Plenum des ZK mißt für die weitere Verbesserung der Versorgung der Arbeiter der Entfaltung von Hilfsbetrieben verschiedener Art besondere Bedeutung bei. Diese sind bei den Speisehallen, Fabriken, Werken und Genossenschaftsorganisationen zu schaffen, um zusätzliche Lebensmittelreserven zu erschließen und auch die Selbstversorgung zu entfalten,

um dadurch den Kreis der Bevölkerung, der nach der zweiten und dritten Liste versorgt wird und für den eine weitere Verbesserung der Versorgung vor allem durch die Mobilisierung der örtlichen Reserven möglich ist, besser zu versorgen.

6. Das Plenum des ZK betont, daß die Anzahl von Kantinen unzureichend und ihre Einrichtung mit allem notwendigen Inventar ungenügend ist und daß sie nicht in der Lage sind, die Werktätigen, die dort ihre Mahlzeiten einnehmen, gut zu betreuen. Darum hält das Plenum des ZK es für unbedingt notwendig, in verstärktem Maße neue Kantinen zu errichten und zu eröffnen, um das vorhandene Netz zu entlasten und die Gemeinschaftsverpflegung durch das neue Netz noch weiter auszuweiten.

7. Das Plenum des ZK stellt die unbefriedigende Qualität eines bedeutenden Teiles der von der staatlichen Industrie und den Handwerksgenossenschaften hergestellten Erzeugnisse fest sowie den völlig ungenügenden Kampf um die Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse von seiten der Industrie-, Handels- und Genossenschaftsorganisationen. Es beauftragt den Rat für Arbeit und Verteidigung, die notwendigen Maßnahmen auszuarbeiten und zu ergreifen, die eine gründliche Verbesserung der Qualität der für den Markt erzeugten Waren gewährleisten. Das Plenum des ZK verpflichtet die Partei-, Gewerkschafts-, Sowjet- und Genossenschaftsorganisationen, die Arbeit zur Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse als eine der wichtigsten Aufgaben zu stellen, indem sie um den Kampf für die Qualität der Massenbedarfsartikel eine systematische Arbeit der Massenorganisationen der Arbeiter - der Gewerkschaften, der Sektionen der Stadtsowjets und der organisierten Verbraucher - entfalten.

8. Die weitere Verbesserung der Versorgung wird durch die schwache technische Basis der Lebensmittelindustrie und des Handelsnetzes, insbesondere durch die völlig ungenügende Mechanisierung des Brotbackens gehemmt. Das Plenum des ZK schlägt dem Rat der Volkskommissare der UdSSR vor, das Programm für die Entwicklung des Aufbaus von Geschäften, Speichern, Kühlhäusern, Brotfabriken und Bäckereien, Mühlen und Graupenmühlen einer besonderen Überprüfung

zu unterziehen und in den Kontrollziffern der Volkswirtschaft für das Jahr 1932 eine solche Entfaltung dieser Zweige vorzusehen, daß die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung und die Bildung der notwendigen Reserven an Lebensmitteln und Massenbedarfsartikeln gesichert sind. In bezug auf die Brotfabriken soll die Mechanisierung des Brotbackens in allen Großstädten und Industriezentren bis spätestens Ende 1933 und für Moskau, Leningrad, den Donbass und den Ural bis Ende 1932 abgeschlossen werden.

9. Das Plenum des ZK hält es für die Pflicht der Organe des Volkskommissariats für Versorgung und der Konsumgenossenschaft und der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, die festgesetzten Versorgungsfonds bis an den Arbeiterverbraucher heranzubringen und erklärt jede Verwendung dieser Fonds, die nicht ihrer eigentlichen Bestimmung entspricht, für unzulässig, da sie in erster Linie die Versorgung der Arbeiter, Angestellten und ihrer Familienmitglieder nach den festgelegten Normen der Sonderliste und der Liste I der Versorgung gewährleisten sollen.

10. Das Plenum des ZK betont, daß die Kommunisten und parteilosen Handelsangestellten die Technik des Handels beherrschen. Im Zusammenhang hiermit beauftragt das Plenum das Volkskommissariat für Versorgung und den Zentralverband der Konsumgenossenschaft, ein Netz von Technischen Hochschulen und Kursen zur Ausbildung von Facharbeitern und Technikern des Handels, insbesondere von Handelsleitern aufzubauen sowie für die Funktionäre des Handelsapparates Abendkurse zur Verbesserung der Qualifikation ohne Unterbrechung ihrer Arbeit zu organisieren und für die Spezialisten und Techniker des Handels eben solche Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie sie durch den Beschluß des ZK in bezug auf die Spezialisten der Industrie festgelegt wurden.

11. In Verbindung mit der Entfaltung des Sowjethandels und zwecks seiner besseren Regulierung hält es das Plenum des ZK für notwendig, einen starken unteren Rayon- und Stadtapparat des Volkskommissariats für Versorgung der UdSSR zu organisieren und schlägt dem Rat der Volkskommissare vor, die Verwirklichung dieser Aufgabe zu sichern.

12. Das Plenum des ZK verpflichtet die ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, die Regional- und Gebietskomitees, unverzüglich einen der Sekretäre der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, Regional- und Gebietskomitees für die Versorgungsfragen einzusetzen und ihn von allen anderen Pflichten zu entbinden, um für die Versorgung der Arbeiter und Bauern eine systematische Hilfe von seiten der Gebiets- und Regionsparteiorganisationen zu sichern.

"Prawda" Nr. 302, 1. November 1931

Die XVII. Konferenz der KPdSU(B)

Moskau, 30. Januar - 4. Februar 1932

An der Konferenz nahmen 386 Delegierte mit beschließender und 525 mit beratender Stimme teil.

Tagesordnung der Konferenz: 1. Die Ergebnisse der Entwicklung der Industrie im Jahr 1931 und die Aufgaben für das Jahr 1932. 2. Die Direktiven für die Abfassung des zweiten Fünfjahrplans der Volkswirtschaft der UdSSR für die Jahre 1933 - 1937.

Den Bericht über die Ergebnisse der Entwicklung der Industrie im Jahre 1931 und über die Aufgaben des Jahres 1932 gab der Genosse G.K. Ordshonikidse. Die Berichte zu den Fragen über die Direktiven des zweiten Fünfjahrplanes der Volkswirtschaft der UdSSR für die Jahre 1933 - 1937 gaben die Genossen W.M. Molotow und W.W. Kuibyschew.

Die XVII. Parteikonferenz hob hervor, daß die Beschlüsse der Parteitage über den Aufbau und die Vollendung des Fundamentes der sozialistischen Ökonomik der UdSSR dank der konsequenten Verwirklichung der Generallinie der Partei und dank der Zerschlagung des konterrevolutionären Trotzkismus und der rechten Restauratoren des Kapitalismus mit riesigem Erfolg erfüllt wurden. Die Konferenz billigte den Plan der Entwicklung der sozialistischen Industrie für das Jahr 1932, der die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes in vier Jahren gewährleistet.

Die Konferenz entwarf die Direktiven zur Abfassung des zweiten Fünfjahrplanes des sozialistischen Aufbaus der UdSSR, wobei sie als wirtschaftliche Hauptaufgabe die Vollendung der Rekonstruktion der Volkswirtschaft auf neuester technischer Basis festlegte.

Die Konferenz wies darauf hin, daß die politische Hauptaufgabe des zweiten Fünfjahrplans die endgültige Liquidierung aller kapitalistischen Elemente, die völlige Abschaffung der Ursachen, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hervorrufen, und die Überwindung der Überreste des Kapitalis-

mus in der Ökonomik und im Bewußtsein der Menschen sei.

Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) bestätigte am 4. Februar 1932 die Resolutionen der XVII. Parteikonferenz.

Die Resolutionen der Konferenz

Die Ergebnisse der Entwicklung der Industrie im Jahr 1931

und die Aufgaben des Jahres 1932

(Resolution zum Bericht des Genossen Ordshonikidse)

I. Die Ergebnisse des Jahres 1931

Die XVII. Parteikonferenz hebt mit Befriedigung hervor, daß die sowjetische Industrie, gestützt auf die politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der vergangenen Jahre, das Jahr 1931 mit neuen Siegen abschloß.

Die Produktion der gesamten sozialistischen Industrie betrug im Jahre 1931 27 Milliarden Rubel, das bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Jahre 1930 von 21 Prozent. Die Produktion der vom Obersten Volkswirtschaftsrat geplanten Industrie betrug 21,8 Milliarden Rubel, das bedeutet eine Zunahme von 20,5 Prozent gegenüber dem Jahre 1930, davon entfallen auf die der Schwerindustrie 11,8 Milliarden Rubel (das sind 28 Prozent Zunahme gegenüber 1930. Ein solches Wachstum hat kein einziger kapitalistischer Staat, selbst in den besten Perioden des Kapitalismus, gekannt.

Im Jahre 1931 hat eine Reihe von Industriezweigen ihre Aufgabe im Fünfjahrplan in zweieinhalb bis drei Jahren (die Erdölindustrie, Elektrotechnik, der gesamte Maschinenbau, die Konditor- und Fischkonservenindustrie) erfüllt und übererfüllt.

Durch die Ergebnisse des Jahres 1931 ist die Erfüllung des Fünfjahrplans der Industrie in vier Jahren gesichert. Gleichzeitig war das Jahr 1931 in allen kapitalistischen Ländern ein Jahr der Fortdauer und Vertiefung der heftigsten, in der Geschichte des Kapitalismus ohnegleichen dastehenden Krise, die zu einer kolossalen Einschränkung der Produktion und zum fast völligen Stillstand des Aufbaus geführt hat.

Die Zahl der Arbeitslosen in Europa und in den USA überstieg 25 Millionen, der Arbeitslohn wurde stark gesenkt, und es geht eine absolute Verelendung von Dutzenden von Millionen Werktätiger vor sich, zur gleichen Zeit, da in der Sowjetunion die Arbeitslosigkeit vollständig liquidiert wurde, die Zahl der in der Produktion und im Bauwesen beschäftigten Arbeiter im Laufe des Jahres 1931 um 2 Millionen Menschen zunahm und der Arbeitslohn gegenüber 1930 um 16 Prozent stieg.

Noch einmal wurde die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen System glänzend bestätigt.

Das Jahr 1931 brachte neben dem allgemeinen Wachstum der gesamten Industrie sehr tiefe qualitative Fortschritte innerhalb der Industrie. Diese wurden durch die Anstrengungen der Partei, der Wirtschaftsorganisatoren, der Gewerkschaften, der Stoßarbeiter, der besten Ingenieure und Techniker und durch die Anstrengungen der gesamten Arbeiterklasse, die in breitem Maßstab die neue Technik einführten und neue Produktionszweige meisterten, erreicht.

Durch die Meisterung der Produktionstechnik im Stalingrader Traktorenwerk und im "Roten Putilower", durch die Inbetriebnahme und erfolgreiche Entwicklung des Charkower Traktorenwerkes, durch die Rekonstruktion des gesamten Maschinenbaus, durch die Inbetriebnahme und Entwicklung der Werke für die Produktion von Mähdreschern und durch die Inbetriebnahme der Moskauer und Nishegoroder Automobilwerke - wurde eine mächtige Produktionsbasis geschaffen, die eine weitere technische Neuausrüstung der Volkswirtschaft, darunter der Landwirtschaft, gewährleistet.

Im Jahre 1931 wurde zum ersten Male die Produktion von Schwermaschinen und Großausrüstungen für die Elektrifizierung, die Erdöl- und Kohlenindustrie und für die Eisenhüttenindustrie in Gang gebracht und entwickelt. Die Herstellung von Qualitätsstählen wurde gemeistert. Zum ersten Male wurde das Autögen- und Elektroschweißen in großem Maßstab angewandt. Die Produktion von Kali-, Stickstoff- und Phosphor-

dünger entwickelte sich. Ebenso entwickelte sich die Produktion von Kunstfasern.

Entsprechend dem Kurs der sozialistischen Industrialisierung des Landes (in größerem Umfang als bisher) wurden 1931 in den Neubauten der Industrie weitere Investitionen angelegt. In die Investitionsbauten der Industrie, die dem Obersten Volkswirtschaftsrat unterstehen, wurden im Jahre 1931 7 Milliarden Rubel investiert, das heißt mehr, als die Investitionen der vergangenen 2 1/2 Jahre zusammen betragen, und 3,5 Milliarden Rubel neues Grundkapital geschaffen, das heißt ebensoviel wie in den ganzen letzten 2 1/2 Jahren zusammen.

Somit ist das Jahr 1931 das Jahr eines entscheidenden Fortschritts in bezug auf die Schaffung und Nutzbarmachung neuen Grundkapitals, und dies ist das Ergebnis des beschleunigten Aufbaus und der Vollendung des Aufbaus einer Reihe von größeren Objekten, deren Grundstein in den vorangegangenen Jahren gelegt wurde. Im Jahre 1931 und im Januar 1932 wurden in Betrieb genommen: das Nishegoroder Automobilwerk, das Charkower Traktorenwerk, das Moskauer Automobilwerk, die erste Reihe der Uralwerke für Schwermaschinenbau, das Saratower Kombiwerk, das Ural-Kupferschmelzwerk, die Chibiner Apatite, die Röhrenwerke, die Crackings, darunter das Cracking, das nach einem System der sowjetischen Ingenieure Schuchow und Kapeljuschnikow gebaut wurde. Vor der Inbetriebnahme stehen: die erste Reihe der Magnitogorsker und Kusnezker Werke, die erste Reihe der Beresnjakow-, Newa-, Woskresensker Chemiewerke, das Kugellagerwerk, die Werke für Werkzeugmaschinen- und Instrumentenbau in Moskau und Nishninowgorod. In Betrieb genommen wurden 79 Kohlengruben mit einer Kapazität von 28 Millionen Tonnen und Kraftwerke mit einer Kapazität von einer Million kW, das heißt fast ebensoviel wie in den letzten zwei Jahren (die Wärmekraftwerke in Sujewo, Sehterowka, Kusnez, Magnitogorsk, Beresnjakow u.a.). Außerdem ist die Arbeit am Dnjeprkraftwerk, das Weltbedeutung besitzt, im Laufe des Jahres 1931 soweit vorangeschritten, daß sie seine vorfristige Vollendung und Inbetriebnahme im Sommer 1932 gewährleistet.

Diese großen Objekte und die Inbetriebnahme der gewaltigen neuen Kapazitäten in den Kraftwerken führen zu grundlegenden Veränderungen in der technischen Basis der Volkswirtschaft und schaffen neue Möglichkeiten für eine schnelle Vorwärtsbewegung.

Durch die erfolgreiche Entfaltung des Aufbaus der Magnitogorsker und Kusnezker Hüttenwerke und der ihnen angeschlossenen Kokschemischen Kombinate bei gleichzeitiger Entwicklung des Kusnezker Kohlenbeckens, des Aufbaus des Uralwerkes für Schwermaschinenbau und des sibirischen Werkes für Gruben-ausrüstung wird ein festes Fundament für die neue mächtige Kohlen- und Hüttenbasis in Gestalt des Ural-Kusbass-Kombinats gelegt, wie vom XVI. Parteitag vorgesehen war.

Gleichzeitig mit den Investitionsbauten und der Entfaltung der Produktion schuf und schafft die Sowjetindustrie in noch nie dagewesenen Ausmaßen neue Kader an Arbeitern und Technikern. 1,8 Millionen Lernende im System des Obersten Volkswirtschaftsrates ist das Ergebnis des Jahres 1931 auf dem Gebiet der Ausbildung der Kader. Wenn im Jahre 1931 21.000 junge Ingenieure und Techniker ihre Ausbildung abschlossen, so werden es 1932 38.000 und im Jahre 1933 85.000 sein. Wenn 1931 51.000 Personen die Schulen des Betriebslehrlingswesens verließen, so werden es im Jahre 1932 350.000 sein. Diese neuen Kader, die zahlenmäßig schnell wachsen, bilden, wenn sie im Kampf um die Meisterung der neuen Technik gestählt werden, die wichtigste Bedingung für die weitere Entwicklung der sozialistischen Industrie.

1931 war auch insofern ein entscheidendes Jahr, als das gesamte Netz der wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen (von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR bis zu den Instituten einzelner Industriezweige) eine Wendung vollzog, indem es sich auf die Befriedigung der Bedürfnisse des sozialistischen Aufbaus und auf ihre enge Koordinierung mit der Industrie umstellte. Die wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen der Industrie (die Institute und ihre Filialen an den Produktionsstätten) wuchsen im vergangenen Jahr von 141 auf 205 an. Die Zahl der Wissenschaftler des Industrie-

netzes stieg von 6.000 auf 12.500 an, in Übereinstimmung mit einem bedeutenden Steigen des Prozentsatzes an Arbeitern. Dabei muß hervorgehoben werden, daß eine Reihe sehr bedeutender wissenschaftlich-technischer Errungenschaften vorliegen, die im Prozeß der technischen Rekonstruktion realisiert wurden (Eisenlegierungen, Spezialstähle, Leichtmetalle, Flugwesen, Kunststoffe, neue Baumaterialien, kombinierte landwirtschaftliche Maschinen, neue Rohstoffarten und eine Reihe von Vervollkommnungen in den technologischen Prozessen).

Im Jahre 1931 wurde begonnen, die Arbeitsorganisation der gesamten Industrie auf der Grundlage der vom Genossen Stalin entwickelten Leitsätze umzugestalten, deren Verwirklichung die Vorbedingung für die weiteren Erfolge der Industrie in der neuen Lage ist. Diese Leitsätze beinhalten: die Umgestaltung des Lohnsystems, den Kampf gegen die Gleichmacherei und gegen das Fehlen der persönlichen Verantwortung, den Kampf gegen die Fluktuation der Arbeitskräfte, den Kampf für die organisierte Heranziehung von Arbeitskräften für die Industrie und den Kampf für die weitere Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse der Arbeiter, die Einführung und Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die Dezentralisierung der Vereinigungen, um sie näher an die Betriebe heranzubringen und die konkrete Leitung zu verstärken, die weitere Entfaltung der Arbeit zur Ausbildung einer proletarischen produktions-technischen Intelligenz und die Änderung der Einstellung zu den Ingenieuren und Technikern der alten Schule in der Richtung, daß man ihnen mehr Aufmerksamkeit widmet und besser für sie sorgt, sie stärker zur Arbeit heranzieht und ihre Initiative unterstützt.

Auf diese Weise schließt das dritte entscheidende Jahr des Fünfjahrplans mit Ergebnissen ab, die die Schaffung einer neuen mächtigen technischen Basis der gesamten Volkswirtschaft des Landes, in erster Linie für die Rekonstruktion der Schwerindustrie, darstellen. Jetzt kann man das Problem des Grundkapitals der sozialistischen Wirtschaft als gelöst betrachten. Es wird jetzt möglich sein, nicht nur die Schwerindustrie weiterhin in gewaltigem Ausmaß zu entfalten, son-

dem daneben auch die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie zu entwickeln und durch den Landmaschinenbau, den Aufbau der Elektrizitätswirtschaft und die chemische Industrie eine neue technische Grundlage für die weitere Rekonstruktion und Mechanisierung der Landwirtschaft zu schaffen.

Die XVII. Parteikonferenz stellt fest, daß der vom XIV. Parteitag proklamierte und vom XV. und XVI. Parteitag entwickelte Kurs auf die entschiedene sozialistische Industrialisierung unseres Landes, die Errichtung und Vollendung des Fundamentes der sozialistischen Ökonomik und die Sicherung der ökonomischen Selbständigkeit der UdSSR, mit gewaltigem Erfolg durchgeführt wird. Dank der konsequenten Verwirklichung der Generallinie der Partei unter Führung des Leninischen ZK, das den konterrevolutionären Trotzismus und die rechten Opportunisten vernichtete, wurden diese Erfolge möglich.

II. Die Hauptmängel in der Arbeit der Industrie

Trotz aller dieser gewaltigen Errungenschaften wurde der Jahresplan für 1931 nach seinen quantitativen und qualitativen Kennziffern nicht ganz erfüllt.

Die Hauptgründe dafür waren:

- 1) die schlechte Arbeit des Verkehrswesens im ersten Quartal 1931, die die schnelle Entwicklung der Industrie hemmte;
- 2) große Mängel in der Arbeit der Industrie selbst, vor allem Mängel in der Arbeitsorganisation (insbesondere das Fehlen persönlicher Verantwortlichkeit), im System des Arbeitslohns (Gleichmacherei) in der innerbetrieblichen Planung und technischen Leitung, was zur Nichterfüllung des Planes in bezug auf die Arbeitsproduktivität und die Selbstkosten führte;
- 3) die Aufblähung und die Isolierung der leitenden Wirtschaftsorganisationen von den Betrieben, die nicht genügend konkrete Leitung der Betriebe von seiten der Vereinigungen;
- 4) das völlig unbefriedigende Verhältnis zwischen dem Steigen des Arbeitslohns und dem der Arbeitsproduktivität führte zu einem bedeutendem Mehrverbrauch des Arbeitslohnfonds, was eine der wichtigsten Ursachen für die Nichterfüllung

der Planaufgabe hinsichtlich der Senkung der Selbstkosten ist;

5) die unzureichende Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung;

6) die mangelhafte Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse.

Die Konferenz ist der Meinung, daß auf die Liquidierung dieser Hauptmängel die Kräfte der Partei und der Arbeiterklasse konzentriert werden müssen, um die Erfüllung des Planes für 1932 zu gewährleisten, um in noch höherem Maße als im Jahre 1931 die Möglichkeiten auszunutzen, die das sozialistische Wirtschaftssystem der Industrie bietet.

III. Der Plan für 1932 und seine Hauptaufgaben

Für die gesamte Industrie wurde die Bruttoproduktion im Plan für 1932 auf 37,5 Milliarden Rubel festgesetzt, die Senkung der Selbstkosten auf 7 Prozent. Die Zahl der Arbeiter muß in der gesamten Industrie (einschließlich des Bauwesens) um 1.200.000 zunehmen, der Arbeitslohn um 11 Prozent in der Industrie und 5,6 Prozent im Bauwesen steigen, die Arbeitsproduktivität um 22 Prozent. Der Umfang der Investitionsarbeiten, der unmittelbar von der Erfüllung der quantitativen und qualitativen Kennziffern in der Produktion abhängt, wird in der gesamten Industrie, einschließlich der letzten zusätzlichen Geldanweisungen, 12 Milliarden Rubel betragen, davon gehen 9,2 Milliarden Rubel in die Schwerindustrie.

Die zentrale Aufgabe des gesamten Volkswirtschaftsplanes für das Jahr 1932 ist die Erfüllung des Produktions- und Bauprogrammes in der Eisenhüttenindustrie, in der Kohlenindustrie und im Maschinenbau.

1. In Verbindung damit ist die erste Hauptaufgabe des Industrieplanes die unbedingte Überwindung des Zurückbleibens der Eisenhüttenindustrie, die Steigerung der Erzeugung von Roheisen im Jahre 1932 auf 9 Millionen Tonnen, von Stahl auf 9,5, von Walzerzeugnissen auf 6,7 Millionen Tonnen und von Qualitätsstählen auf 676.000 Tonnen. Dabei ist die Entwicklung der Produktion von Qualitäts- und Hochqualitäts-

stählen im Zusammenhang mit dem gewaltigen Wachstum der Auto- und Traktorenindustrie und anderer Zweige des Maschinenbaus von besonderer Bedeutung. Das Bau- und Produktionsprogramm der Eisenhüttenindustrie kann nur dann erfüllt werden, wenn man die Produktionsmöglichkeiten, die Materialreserven, die Energie, die Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeiter, der Techniker und Wirtschaftler und in erster Linie die Möglichkeiten der Eisenhüttenindustrie selbst, entsprechend ausnutzt.

Die Konferenz betonte, daß eine der wichtigsten technischen Aufgaben der Metallurgie im Jahre 1932 die Sicherung einer richtigen Speisung der Hochöfen (Schicht) ist. Die Erfüllung dieser Aufgabe durch das Hüttenwesen hängt unmittelbar von der Kohlen- und Koksindustrie und dem Erzbergbau ab. Die Kohlen- und Koksindustrie muß im Jahre 1932 die Erhöhung der Qualität der an die Hüttenwerke gelieferten Kohle und des Koks erreichen. Jedes zusätzliche Prozent Asche und Schwefel in der Kohle und im Koks verschlechtert die Arbeit der Hochöfen, überlastet die Arbeit des Eisenbahnverkehrs und führt zu sehr großen Verlusten in der Volkswirtschaft.

Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit auf die Arbeit der Industrie für feuerfeste Materialien, welche entschieden zu verbessern ist. Im Jahre 1932 muß diese Industrie nicht nur die völlige Erfüllung des ihr aufgegebenen Programmes erreichen, sondern auch die Erzeugung feuerfester Stoffe, die in der Qualität nicht hinter den besten importierten zurückstehen. Das gilt sowohl für die Spezialwerke für feuerfeste Stoffe als auch für die Abteilungen für feuerfeste Stoffe bei den Hüttenwerken.

Die Konferenz lenkt besonders die Aufmerksamkeit der Mitarbeiter des Eisenbahnverkehrs darauf, außerordentlich exakt bei der Versorgung des Hüttenwesens mit den Hauptrohstoffen (Erz, Koks, Zusätze) und mit Hilfsmaterialien (Magnesit, feuerfeste Stoffe, Rohstoff für die Werke für feuerfeste Stoffe) zu arbeiten. Durch die Arbeit des Eisenbahnverkehrs muß im Jahre 1932 die Schaffung solcher Reserven an Erz und Koks gewährleistet werden, damit die störungsfreie

Arbeit der Hüttenwerke gesichert ist. Insbesondere ist es notwendig, in kürzester Frist das Becken von Kriwoi Rog von den gewaltigen Erzvorräten, die sich dort angehäuft haben, zu entlasten und sie in die Werke zu schaffen.

2. Die zweite Grundbedingung für die Erfüllung des Industrieplanes 1932 ist die Planerfüllung der Kohleförderung von 90 Millionen Tonnen und der Verkokung von 13,4 Millionen Tonnen. Die Sicherung dieses Programms muß auf folgender Grundlage geschehen:

- a) Entschiedener Übergang von der Teilmechanisierung der Kohlenförderung zur Vollmechanisierung aller Prozesse in sämtlichen Kohlenbecken, indem man in erster Linie bei den zeitraubendsten Arbeiten - Abbau der Kohle, Aufladen auf das Fließband und Vermauern des abgebauten Raumes - die Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt;
- b) Beschleunigung des Streckenvortriebes der Gruben durch Anwendung der Mechanisierung und neuer Abbaumethoden;
- c) ein entschiedener Fortschritt im Kampf für die Qualität der Kohle und in erster Linie der zur Verkokung bestimmten durch beschleunigten Aufbau von Kohleaufbereitungsfabriken und Sortiermaschinen, insbesondere in den östlichen Kohlenbecken;
- d) entschiedene Verbesserung der Wohnverhältnisse und der kulturellen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter, Schaffung von ständigen Kadern, um dadurch den Saisoncharakter der Arbeit völlig zu beseitigen.

Um den Verbrauch weit heranzufahrender Brennstoffe entscheiden einzuschränken, beauftragt die Konferenz den Rat der Volkskommissare, das Volkskommissariat für Schwerindustrie und die örtlichen Parteiorganisationen, der Entwicklung der örtlichen Brennstoffreserven besondere Aufmerksamkeit zu widmen (Moskauer Becken, Tscherechow, Dalugol, Ferganer Kohlen, Braunkohle in der Ukraine und im Ural, Borowik-Kohle, Torf, Schiefer, die Destillation von Sapropettkohle in Sibirien usw.)

Das schnelle Wachstum des Auto- und Traktorenparks erfordert eine weitere Entwicklung der Förderung und Verarbeitung

von Erdöl, die weitere Rekonstruktion der Erdölindustrie, den Übergang zum Tiefbohren, die Verstärkung der Schürfung in neuen Rayons und die unbedingte Erfüllung des Produktionsprogrammes für 1932.

3. Die dritte Hauptaufgabe des Industrieplanes ist die weitere Entfaltung des Maschinenbaus der Sowjetunion, um die Durchführung des Volkswirtschaftsplans der Investitionsarbeiten mit Ausrüstungen sowjetischer Produktion zu gewährleisten, wobei das Programm im Lokomotiv- und Waggonbau, in der Produktion von Ausrüstungen für die Eisenhütten- und Kohlenindustrie in die Kategorie der erstrangigen Stoßaufgaben eingereicht werden muß.

Deshalb ist es notwendig, die Fertigstellung des Aufbaus und die Inbetriebnahme der Uraler und Kramatorsker Werke für Schwermaschinenbau, des Sibirischen Werkes für Grubenausrüstungen, der Lugansker Lokomotivbau- und Nishnetagiler Waggonbauwerke in jeder Weise zu beschleunigen. Die Erfolge der Industrialisierung des Landes, die Rekonstruktion der Landwirtschaft, das Wachstum der Städte und der neuen Industriezentren, die Erhöhung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen der UdSSR stellen neue, höhere Anforderungen an die Entwicklung jener Zweige der Volkswirtschaft, die die Landwirtschaft und die Städte versorgen und die kulturellen und materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen. Deshalb muß das Volkskommissariat für Schwerindustrie im Jahre 1932 die Entwicklung jener Zweige des Maschinenbaus gewährleisten, die alle Zweige der Landwirtschaft, die Leichtindustrie, die Holzverarbeitende und Papierindustrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, das kommunale Bauwesen versorgen und für den Aufbau von Betrieben arbeiten, die für die Befriedigung der kulturellen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung berechnet sind.

Es ist notwendig, als die wichtigste Aufgabe des Jahres 1932 die Einführung der neuesten technologischen Methoden in allen Zweigen des Maschinenbaus zu betrachten, um dadurch die vollkommenste Ausnutzung der Ausrüstungen, die Senkung des Materialverbrauchs pro Wareneinheit und die

Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse zu erreichen.

Zwecks Einsparung von Metall ist es notwendig, die Arbeit breit zu entfalten. Dieselbe muß darauf gerichtet sein, die Konstruktionen zu überprüfen, um sie leichter zu gestalten, überflüssige Zugaben bei der Verarbeitung einzuschränken, die Menge der Abfälle in den Gießereien und Schmieden zu verringern, Nietkonstruktionen durch geschweißte Konstruktionen zu ersetzen, den Anschluß zu beseitigen und die Abfälle zu verwerten, um zu erreichen, daß mit der dem Maschinenbau zur Verfügung gestellten Metallmenge eine größere Anzahl von Maschinen hergestellt wird.

Damit der Maschinenbau störungsfrei mit Metall versorgt wird, muß man besondere Aufmerksamkeit auf die maximale Festigung und Entwicklung des Kleinhüttenwesens (der Metallurgie der Maschinenfabriken) richten und für sie hinsichtlich der Versorgung mit feuerfesten Stoffen und anderen Materialien die gleichen Voraussetzungen schaffen wie für die allgemeine Hüttenindustrie.

Die Sicherung der Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplanes, besonders der beschleunigten Entwicklung der führenden Zweige der Schwerindustrie, erfordert die weitere Vergrößerung der energetischen Basis. Das Elektrobauprogramm für das Jahr 1932 sieht die Einführung neuer Kapazitäten in den größten Kraftwerken der UdSSR in einem Umfang von ungefähr 1,5 Millionen kW vor, das ist ebensoviel, wie das gesamte Programm des GOELRO-Planes als ganzes beinhaltet. Die charakteristische Besonderheit des Planes der Elektrifizierung für 1932 ist die starke Erhöhung der Kapazität der Wasserkraftwerke und die sehr schnelle Entwicklung der Wärmekraftwerke (ungefähr 0,5 Millionen kW in den Wasserkraftwerken und der Bau von 16 Wärmekraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 800 000 kW, wovon 1932 Wärmekraftwerke von ungefähr 300 000 kW in Betrieb genommen wurden). Dieses Programm muß um jeden Preis erfüllt werden.

Somit muß die Erfüllung des Bauprogrammes des Jahres 1932 einen neuen noch bedeutenderen Umschwung in der Elektrizi-

tätsversorgung gewährleisten. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert besonders die beschleunigte Entwicklung der elektrotechnischen Großindustrie, des Turbinen- und Kesselbaus, insbesondere der Herstellung von Hilfsausrüstungen und Apparaturen zwecks Lieferung kompletter Aggregate.

In bezug auf die Buntmetallindustrie und die Chemie, von deren Planerfüllung die Arbeit einer Reihe von Zweigen der Volkswirtschaft abhängt, lenkt die Konferenz die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen, der Arbeiter, Wirtschaftler, Ingenieure und Techniker darauf, daß möglichst viele im Bau befindlichen Betriebe die Produktion aufnehmen und daß sowohl in den bereits produzierenden Betrieben als auch in denen, die neu in Betrieb genommen werden, der Produktionsprozeß schnellstens gemeistert wird. Die weitere in großem Maßstab geplante Entwicklung der Buntmetallindustrie und der chemischen Industrie erfordert eine allseitige Entfaltung der entsprechenden Zweige des Maschinenbaus und der Produktion von Spezialmaschinen und -apparaten, die bis jetzt aus dem Ausland eingeführt werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Industrieplanes des Jahres 1932 besteht darin, eine stärkere Produktionssteigerung der Leicht- und Nahrungsmittelzweige der Industrie zu erreichen, die Rohstoffreserven zu mobilisieren, die Produktion neuer Rohstoffarten zu entfalten, sie rationell zu verwenden und die Qualität der produzierten Waren zu verbessern.

Es ist notwendig, den Aufbau neuer Fleischkombinate, Konserven- und Zuckerfabriken, Brotfabriken, aber auch von Textilkombinaten in Mittelasien und Westsibirien zu beschleunigen und sie termingemäß in Betrieb zu nehmen. Deshalb muß in bezug auf die Rekonstruktion der technischen Basis für die Nahrungs-, Genußmittel- und Leichtindustrie ein entscheidender Fortschritt erzielt werden.

IV. Die rationelle Organisation der Produktion als eine äußerst wichtige Voraussetzung für die Planerfüllung

Die Erfüllung der von der Partei gestellten Aufgabe, die Produktion der gesamten Industrie um 36 Prozent zu erweitern,

Investitionsbauten in einer Höhe von 12 Milliarden, davon in der Schwerindustrie von 9,2 Milliarden Rubel, durchzuführen, erfordert gewaltige Kraftanstrengungen von seiten der Partei, der Arbeiterklasse, der Ingenieure und Techniker, der Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen.

Der Arbeit der im Betrieb befindlichen Werke und der Organisation der Produktion in ihnen muß erstrangige Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil die Erfüllung der Produktionspläne durch sie eine unbedingte Voraussetzung für den erfolgreichen Verlauf der Investitionsbauten ist. Im Jahre 1932 nehmen Dutzende, ja Hunderte neuer oder grundlegend rekonstruierter Betriebe, die mit der neuesten internationalen Technik ausgerüstet und von gewaltiger Produktionskapazität sind, die Produktion auf. Die volle Kapazität der Betriebe in kürzester Zeit zu meistern, die leitenden Kader und Arbeiter auszusuchen und richtig zu verteilen, die Arbeiter der ganzen Betriebe, jeder einzelnen Werkbank, jeder Maschine, jedes Aggregats richtig zu organisieren und insbesondere auch die Arbeitsproduktivität sowohl in den neuen als auch in den alten Betrieben auf dieser Grundlage zu heben - das ist die entscheidende organisatorische Aufgabe der Industrie im Jahre 1932.

Die XVII. Parteikonferenz hält folgendes für notwendig:

- a) Mit dem Fehlen der persönlichen Verantwortlichkeit ist Schluß zu machen. An jede Werkbank, an jede Maschine, an jedes Aggregat, an jeden Arbeitsplatz ist ein ständig daran arbeitender und für seine Arbeit verantwortlicher Arbeiter zu stellen. Das Fehlen der persönlichen Verantwortung auf dem Gebiete der Reparatur, des Ausschusses, des Transports der Erzeugnisse innerhalb des Betriebes von Abteilung zu Abteilung und von Werkbank zu Werkbank ist auszumerzen.
- b) Mit der Gleichmacherei im Arbeitslohn, die den Unterschied zwischen guter und schlechter Arbeit verwischt, ist Schluß zu machen.
- c) Die Gleichmacherei in der Bezahlung der Arbeit zwischen den Industriezweigen ist endgültig zu liquidieren, indem

man dafür sorgt, daß Metallurgie, Kohle und Maschinenbau hinsichtlich der Höhe der Arbeitslöhne an erster Stelle stehen.

d) Der richtigen Arbeitsorganisation und der innerbetrieblichen Planung muß die technische Normung zugrunde gelegt werden. Die Verantwortung für die Regelung der technischen Normen ist in den Betrieben, den Direktoren, technischen Direktoren und Ingenieuren und Technikern in den Werkabteilungen zu übertragen.

e) In den Vordergrund ist die Rolle des Meisters und des Brigadier-Instrukteurs zu stellen, da sie die unmittelbaren Organisatoren der Arbeitsprozesse sind. Man muß ihre Rechte erweitern, deshalb die Meister und Brigadiere sorgfältig auswählen, ihnen eine bessere materielle Stellung und die notwendige wirtschaftliche Autorität in der Abteilung und im Betrieb sichern.

f) Den Ingenieuren und Technikern sowohl der alten Schule als auch der neuen Generation ist die allergrößte Fürsorge und Aufmerksamkeit zu widmen. Den Technikern und Ingenieuren ist der ihnen gebührende Platz bei verantwortlich leitender Arbeit zu sichern und ihre Initiative bei der Organisation neuer Produktionszweige, beim Ausarbeiten und der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen zur Einsparung von Material und Verbesserung der Qualität zur besseren Organisation der Produktion usw. zu fördern.

g) Die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Vertragsdisziplin ist weiter zu festigen.

h) Eine konkrete Leitung, die den Betrieb bis zum Aggregat durchdringt, muß gewährleistet werden. Die Erfüllung der jeweils gegebenen Aufgabe ist sorgfältig zu kontrollieren und zu sichern. Die Leiter der Wirtschaftsorgane müssen die technische, ökonomische und finanzielle Seite der Produktion beherrschen lernen.

Die XVII. Parteikonferenz billigt den Beschluß des ZK der KPdSU(B) über die Schaffung des Volkskommissariats für die Leicht- und Holzindustrie und die Umgestaltung des Obersten Volkswirtschaftsrates in das Volkskommissariat für Schwerindustrie.

V. Die Verbesserung der Investitionsbauten

Die Konferenz ist der Meinung, daß für die Erfüllung des Planes der Investitionsbauten im Jahre 1932 und der maximalen Inbetriebsetzung neuer Betriebe im Laufe des Jahres notwendig sind:

a) Konzentration des Materials, der Geldmittel und Menschen auf die wichtigsten Objekte des Aufbaus, die im Laufe des Jahres 1932 teilweise oder völlig in Betrieb genommen werden können;

b) die Überwindung des saisonartigen Charakters der Arbeit und Übergang an der ganzen Aufbaufront zum Bauen während des ganzen Jahres bei allseitiger Ausnutzung der 1931 von den größten Bauorganisationen und den wachsenden Kadern ständiger Bauarbeiter gesammelten Erfahrungen;

c) Vorbereitung des Bauplatzes, der Hilfsbetriebe und sorgfältige Ausarbeitung des Planes für die eigentliche Ausführung des Baus;

d) breite Einführung der Mechanisierung und volle Ausnutzung der Mechanismen;

e) allseitige Einführung und Entwicklung neuer und örtlicher Baumaterialien und Konstruktionen aus ihnen;

f) entschiedene Fortführung der Arbeiten, Metall durch Holz und Eisenbeton zu ersetzen;

g) weiterer entschiedener Übergang zu Standardtypen und zum Montagebau auf der Grundlage der Einführung von in der Praxis bewährten Bautypen;

h) entschiedener Übergang zum progressiven Stücklohn und Kampf gegen die Fluktuation.

Von außerordentlicher Bedeutung für die schnelle Meisterung der vollen Kapazität der neuen Betriebe ist, wie die Erfahrung des Jahres 1931 gezeigt hat, die richtige Vorbereitung zur Inbetriebnahme dieser Werke. Dafür ist notwendig:

a) die rechtzeitige Ausbildung von Ingenieuren und Technikern, Instrukteuren und Brigadieren und Arbeitskräften für die neuen Betriebe, insbesondere die Schaffung ständiger Baukader;

b) die rechtzeitige Vorbereitung der Nebenproduktion und

der Versorgungsbasen;

c) die Meisterung der einzelnen Arbeitsgebiete und Abteilungen schon im Prozeß der Montage, ohne die Inbetriebnahme des ganzen Werkes abzuwarten.

Besondere Aufmerksamkeit muß im Jahre 1932 dem Wohnungsbau und dem Bau von kulturellen und sozialen Einrichtungen in den neuen Betrieben bei größtmöglicher Verwendung von örtlichen und neuen Materialien und breiter Anwendung des Standardtypen- und Montagebaus gewidmet werden.

VI. Mechanisierung der Arbeit und Verbesserung der qualitativen Kennziffern

Die XVII. Parteikonferenz lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen und der Industrie selbst auf die Notwendigkeit, die Mechanisierung der arbeitsintensiven und schweren Arbeiten zu beschleunigen sowohl in der Produktion als auch im Bauwesen, besonders aber in solchen Zweigen wie Steinkohle, Metallurgie, Erzbergbau, Holzbeschaffung, Torfgewinnung, Transport und Be- und Entladearbeiten. Die breite Einführung der Mechanisierung ist unbedingt notwendig sowohl für die erfolgreiche Erfüllung des Produktions- und Bauplanes, welche die Beförderung gewaltiger Lastenströme erfordert, als auch für die Mechanisierung der schweren Arbeiten und der in gesundheitsschädlichen Produktionszweigen.

Die Konferenz hält es für notwendig, daß schon im Plan 1932 eine verstärkte Versorgung der aufgezählten Industriezweige mit Mechanismen und Mitteln des Eisenbahn- und Autoverkehrs vorgesehen wird.

Der weiteren Entwicklung der Industrie muß die schnelle Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die dank der Einführung neuer Maschinen und Apparaturen durchaus realisierbar ist, zugrunde gelegt werden. In diesem Jahr ist es dringend notwendig, alle inneren Reserven der Industrie und alle verborgenen Möglichkeiten zu mobilisieren. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus den gewaltigen Aufgaben der technischen

Rekonstruktion (wobei die Aufgabe der richtigen geographischen Verteilung der Industrie und des technischen Kombinierens verwandter Produktionszweige eine Rolle spielt). Deshalb muß man den qualitativen Kennziffern außerordentliche Aufmerksamkeit widmen, und zwar sowohl den ökonomischen (Selbstkosten, Arbeitsproduktivität usw.) als auch den technischen (die richtige Ausnutzung der Kapazitäten der Maschinen und Aggregate, die entsprechenden Koeffizienten der Ausnutzung der Öfen, die erforderliche Schnelligkeit der technologischen Prozesse usw.), die ihre materielle Grundlage bilden.

Die Rationalisierung und die Standardisierung der Produktion, die strengste Sparsamkeit im Materialverbrauch, insbesondere im Verbrauch von knappem Material, die Einsparung von Metall und Brennstoff pro Produktionseinheit, die breite Einführung des Elektro- und Autogen-Schweißens, die volle Meisterung der technologischen Prozesse, der schonungslose Kampf gegen Verluste, die Gewährleistung der Qualität der Produktion, besonders in der Metallurgie, angefangen von der Qualität des Erzes bis zu den Fertigfabrikaten, sind die notwendigen Voraussetzungen für die Verbesserung der qualitativen Kennziffern und das Wachstum der innerbetrieblichen Akkumulation. Diese Aufgaben machen es erforderlich, den Prozeß der Meisterung der Technik weiter zu entfalten, und zwar auf der Grundlage einer immer engeren Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen mit der Industrie, einer entschiedenen Verstärkung der Fabrik- und Werklaboratorien, welche bei den neuen Großbetrieben organisiert werden sollen. Die Arbeit der wissenschaftlichen Forschungsinstitute darf auf keinen Fall auf die Wände des Laboratoriums begrenzt sein, sondern muß unbedingt bis auf die Regelung der Arbeit in den Fabriken und Werken ausgedehnt werden. Die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen muß mit besonderer Schärfe auf die Aufgaben gelenkt werden, die der Plan 1932 in den Vordergrund rückt. Die Aufmerksamkeit des technischen Aktiven und der Wirtschaftler muß mit voller Kraft auf die Aufgaben der technischen Leitung gelenkt werden. Nur unter

solchen Voraussetzungen wird es möglich sein, die vom Plan 1932 gestellten Aufgaben siegreich zu lösen.

VII. Die Kader und die produktions-technische Propaganda

Das bolschewistische Tempo der technischen Neuausrüstung der Volkswirtschaft erfordert eine gewaltige Zunahme der qualifizierten Arbeit und ein schnelles Wachstum der technischen Kader der Industrie. Dieses noch nie dagewesene Tempo und die Notwendigkeit, daß die breiten Schichten der Arbeiter und der Ingenieure und Techniker, darunter die gewaltigen Massen der neuen Arbeiter, die neuen technologischen Prozesse beherrschen lernen, machen es erforderlich, daß neben der planmäßigen Ausbildung der Kader im ganzen System des stationären Unterrichts auch die produktions-technische Propaganda breit entfaltet wird. Die Konferenz betont, daß die Bedeutung dieser Arbeit von den Wirtschaftsorganen und den Gewerkschaften unterschätzt wird und hält es für notwendig, eine genügende materielle Basis zu schaffen, um 1932 einen umfangreichen Arbeitsplan für die produktions-technische Propaganda zu realisieren, insbesondere in bezug auf Übersetzung und Veröffentlichung von Handbüchern und technischen Nachschlagewerken für alle Industriezweige.

Eine Kaderausbildung, die quantitativ und qualitativ der großartigen Entfaltung der sozialistischen Industrie entspricht, ist eine unbedingte Voraussetzung für die erfolgreiche Erfüllung des Planes für 1932. Das betrifft sowohl das niedere, mittlere als auch das höhere technische Personal, die Kader der Wissenschaftler und Forscher und die Höherqualifizierung der Meister und Brigadiere, wobei es notwendig ist, die Aufmerksamkeit besonders auf die Qualifizierung der TAN-Bearbeiter zu lenken. Man muß eine Erhöhung der Qualifikation dieser Kader erreichen, indem man im ganzen System des stationären Unterrichts die qualitative Seite sichert. Die höheren Ingenieure und Techniker müssen auf der Höhe der modernen internationalen Technik stehen und dabei vollkommen mit den spezifischen Bedingungen unserer Wirtschaft vertraut sein. Die theoretische Ausbildung

muß in den technischen Hochschulen durch praktische Erfahrung in den Betrieben ergänzt werden. Für die Beförderung auf administrative Posten muß in der Regel eine bestimmte Zeit praktischer Arbeit Voraussetzung sein.

Die Konferenz lenkt die besondere Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, ein breites wissenschaftlich-technisches öffentliches Leben zu entfalten, vom Arbeiteraktiv in den Betrieben (Stoßarbeiter, Erfinder, Rationalisatoren) bis zu den wissenschaftlich-technischen Gesellschaften. Nur bei Entfaltung eines solchen öffentlichen Lebens in Verbindung mit dem Wachstum des sozialistischen Wettbewerbes, des breiten Erfahrungsaustausches usw. ist es möglich, den Prozeß des Massenwachstums von technischen Kadern der sozialistischen Industrie zu beschleunigen. Die Ausbildung dieser technisch gebildeten breiten Masse der Arbeiterklasse und die Ausbildung von Ingenieuren, die zur verantwortlichen Leitung einer Arbeit auf der Grundlage der neusten Technik wirklich fähig sind, ist eine wesentliche Aufgabe.

+ +
+

Der Plan 1932 erfordert für seine Erfüllung die Mobilisierung aller Kräfte der Partei und der Arbeiterklasse und die weitere Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbes und der Stoßarbeiterbewegung als den wichtigsten Hebel des Kampfes um den Plan.

Die Hauptlosung des Gegenplanes, der Stoßarbeiterbewegung und des sozialistischen Wettbewerbes im Jahre 1932 muß für jeden Betrieb die Losung sein: Mit den vorhandenen materiellen Mitteln, auf der Grundlage größter Sparsamkeit, der besten Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten, der besten Mobilisierung der Kräfte und der besten praktischen Leitung dem Lande mehr Erzeugnisse und bessere Qualität zu liefern.

Die XVII. Parteikonferenz gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß die Arbeiterklasse, die Wirtschaftler, die Ingenieure und Techniker der Leninschen Partei folgen und unter Führung ihres ZK den Plan der großen Arbeiten des Jahres

1932 erfüllen und damit den ersten Fünfjahrplan in vier Jahren vollenden werden.

Direktiven zur Aufstellung des zweiten Fünfjahrplanes

der Volkswirtschaft der UdSSR (1933-1937)

(Resolution zu den Berichten der Genossen Molotow und Kuibyschew)

I. Über die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplanes

1. Die Erfolge des Kampfes für die Erfüllung des Fünfjahrplanes in vier Jahren fanden ihren Ausdruck in dem siegreichen Aufbau des Sozialismus in der UdSSR. Die Grundlage dieser Erfolge des Sozialismus sind: die Politik der Industrialisierung, der Aufschwung der Schwerindustrie, die Entfaltung der Produktion von Produktionsmitteln. In der abgelaufenen Periode ist unsere Schwerindustrie auf feste Füße gestellt und dadurch eine eigene Basis für die Vollendung der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft geschaffen worden, welche die Basis der sozialistischen Maschinengroßindustrie ist. In den letzten Jahren entfaltete sich der Aufbau neuer Betriebe und wurden bereits Betriebe geschaffen, die das Niveau der europäischen Technik in einigen Industriezweigen hinter sich lassen.

Gleichzeitig ist die Leichtindustrie bedeutend gewachsen, und das Entwicklungstempo der Nahrungsmittelindustrie überstieg bei weitem die Aufgaben des Fünfjahrplans.

2. In der Landwirtschaft fand ein grundlegender Umschwung statt, der in der endgültigen Wendung der Klein- und Mittelbauernmassen zum Sozialismus zum Ausdruck kam. Die sozialistischen Formen der Landwirtschaft (Kollektiv- und Sowjetwirtschaften) sind zu den beherrschenden geworden. Die Sowjetunion verwandelte sich aus einem Land der Klein- und Kleinstantlandwirtschaft auf der Grundlage der Kollektivierung, der Entwicklung der Sowjetwirtschaften und der breiten Anwendung der maschinellen Technik in das Land der größten Landwirtschaft der Welt. Dieser Sieg des Sozialismus, der die wichtigste und schwierigste Aufgabe der proletarischen

Revolution löst, ist von weltgeschichtlicher Bedeutung.

3. Das wichtigste Ergebnis des sozialistischen Aufbaus des ersten Fünfjahrplans ist die endgültige Beseitigung der Wurzeln des Kapitalismus auf dem Lande, welche die volle Liquidierung der kapitalistischen Elemente und die völlige Aufhebung der Klassen im voraus entscheidet. Die Vollendung der Errichtung des Fundaments des Sozialismus in der UdSSR bedeutet, daß die Leninsche Frage "wer - wen" sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande vollkommen und unwiderruflich gegen den Kapitalismus und zugunsten des Sozialismus entschieden wurde.

4. Dank dem in bolschewistischem Tempo verwirklichten sozialistischen Aufbau und der im wesentlichen bereits im ersten Fünfjahrplan durchgeführten Liquidierung der parasitären Klassen werden die Grundlagen und die Quellen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen liquidiert, wächst in einem für die kapitalistischen Länder unerreichbaren Tempo das Volkseinkommen, wurden die Arbeitslosigkeit und die Verelendung (Pauperismus) beseitigt, werden die "Preisschere" und der Gegensatz zwischen Stadt und Land beseitigt, wachsen von Jahr zu Jahr der Wohlstand und das kulturelle Niveau der Arbeiter und der werktätigen Bauern, sinkt die Sterblichkeit und die Bevölkerung der UdSSR vermehrt sich schnell.

5. Alle diese Errungenschaften sind das Ergebnis des gewaltigen Wachstums der revolutionären Aktivität der breitesten Massen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern, das Ergebnis des gewaltigen Aufschwungs des sozialistischen Wettbewerbes und der Stoßarbeiterbewegung und endlich das Ergebnis der Leninschen Politik unserer Partei, die konsequent die an der ganzen Front entfaltete Offensive gegen die kapitalistischen Elemente durchführt.

6. Die Partei erzielte diese Erfolge im Kampf gegen die bürgerliche Theorie des Trotzismus über die Unmöglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Lande und die Unvermeidbarkeit der Restauration des Kapitalismus, gegen die Theorie des Trotzismus, der sich jetzt in einen Vortrupp der bürgerlichen Konterrevolution verwandelt hat. Die

Partei erzielte diese Erfolge im Kampf gegen den rechten Opportunismus, dessen Linie nicht nur in der Hintertreibung der Politik der sozialistischen Offensive, sondern auch in der direkten Kapitulation vor dem Kulakentum und den bürgerlichen Elementen bestand.

Nur im entschiedenen Kampf sowohl gegen den "linken" als auch gegen den rechten Opportunismus und das Versöhnertum ihnen gegenüber, für die Generallinie unserer Partei sicherte die KPdSU(B) die Schaffung der Voraussetzungen für die Erfüllung des ersten Fünfjahrplans in vier Jahren, sicherte sie die Zerschlagung des Klassenfeindes und den Sieg des Sozialismus in der UdSSR.

II. Die Hauptaufgaben des zweiten Fünfjahrplans

Die Erfolge bei der Verwirklichung des ersten Fünfjahrplanes schufen die Basis für ein weiteres noch mächtigeres Wachstum des Sozialismus in der UdSSR.

Die XVII. Konferenz der KPdSU(B) ist der Meinung, daß die gewaltigen Naturschätze des Landes, das bolschewistische Tempo des sozialistischen Aufbaus, die wachsende Aktivität der breiten Massen der Arbeiter und Kollektivbauern und die richtige Linie der Partei die vollkommene Gewähr für eine solche Entfaltung der Produktivkräfte der sozialistischen Wirtschaft im zweiten Fünfjahrplan bieten, daß auf ihrer Grundlage die kapitalistischen Elemente in der UdSSR endgültig liquidiert werden. Die Konferenz ist der Meinung, daß die politische Hauptaufgabe des zweiten Fünfjahrplans die endgültige Liquidierung der kapitalistischen Elemente und der Klassen überhaupt, die völlige Vernichtung der Ursachen, die Klassenunterschiede und Ausbeutung hervorrufen, und die Überwindung der Überreste des Kapitalismus in der Ökonomie und im Bewußtsein der Menschen, die Umwandlung der ganzen werktätigen Bevölkerung des Landes in bewußte und aktive Erbauer der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft, ist.

Auf der Grundlage der Liquidierung der parasitären Klassenelemente und des allgemeinen Wachstums des Volkseinkommens, das völlig den Werktätigen zur Verfügung steht, muß erreicht

werden, daß sich der Wohlstand der Arbeiter- und Bauernmassen bedeutend schneller hebt und dabei eine entschiedene Verbesserung des ganzen Wohnungs- und Kommunalwesens in der UdSSR erzielt wird. Die Konferenz ist der Meinung, daß sich die Versorgung der Bevölkerung mit den hauptsächlichsten Konsumgütern und darunter mit Nahrungsmitteln bis zum Ende des zweiten Fünfjahrplans um mindestens das Zwei- bis Dreifache gegenüber dem Ende des ersten Fünfjahrplans vergrößern muß.

1. Die Verwirklichung dieser Aufgaben ist nur auf der Basis der entfalteten technischen Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft (der Industrie, des Verkehrs, der Landwirtschaft) möglich. Zu Beginn des ersten Fünfjahrplans beendete die UdSSR im wesentlichen die Wiederherstellungsperiode und beschritt in den letzten Jahren in mehreren Hauptzweigen der Volkswirtschaft den Weg der Rekonstruktion, insbesondere im Hüttenwesen, im Maschinenbau und in der Kohlenindustrie, gar nicht zu reden von der bereits vorher durchgeführten Rekonstruktion auf dem Gebiete der Erdölindustrie. Einen besonderen Platz nimmt die sich breit entfaltende Rekonstruktion der Landwirtschaft, die auf der neuen technischen Basis schnell umgestaltet wird, ein.

Die im ersten Fünfjahrplan errungenen Erfolge auf diesem Gebiet sind jedoch nur der Anfang der technischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft. Indessen ist er mit der gegenwärtigen mangelhaften, dazu überalterten und abgenutzten Ausrüstung der Industrie und des Verkehrs, schon gar nicht zu reden von der Landwirtschaft, ohne Durchführung der technischen Rekonstruktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft, ohne ihre Ausrüstung mit der neuesten maschinellen Technik unmöglich, jenes bolschewistische Tempo des sozialistischen Aufbaus, das für die Verwirklichung der Hauptaufgaben des zweiten Fünfjahrplans erforderlich ist, zu gewährleisten.

Deshalb ist die XVII. Konferenz der KPdSU(B) der Meinung, daß die grundlegende und entscheidende wirtschaftliche Aufgabe des zweiten Fünfjahrplans die Vollendung der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft ist, die Schaffung der neuesten technischen Basis für alle Zweige der Volkswirt-

schaft.

Die führende Rolle bei der Vollendung der technischen Rekonstruktion kommt dem sowjetischen Maschinenbau zu. Die Konferenz hält es für notwendig, die Produktion des Maschinenbaus bis zum Ende des Fünfjahrplans mindestens um das Dreieinhalb- bis Dreieinhalbfache gegenüber dem Jahre 1932 zu erhöhen, damit der ganze Bedarf der Rekonstruktion der Industrie, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, der Landwirtschaft, des Handels usw. durch vollkommenste und moderne Maschinen eigener Produktion gedeckt wird.

Das wichtigste Element der technischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft ist die Schaffung der ganz neuen energetischen Basis, die sich auf die weitgehendste Elektrifizierung der Industrie und des Verkehrs und die allmähliche Einführung der Elektroenergie in der Landwirtschaft, bei Ausnutzung der gewaltigen Reserven an Wasserenergie, an Steinkohlenvorkommen, der hauptsächlichlichen und örtlichen Kohlenbecken und der örtlichen Brennstoffarten (Torf, Schiefer) gründet. Die Konferenz hält es für unbedingt notwendig, im Jahre 1937 eine Erzeugung von Elektroenergie von mindestens 100 Milliarden kWh gegenüber 17 Milliarden kWh im Jahre 1932, eine Kohlenförderung von mindestens 250 Millionen Tonnen gegenüber 90 Millionen im Jahre 1932 und die Steigerung der Erdölförderung um das Zweieinhalb- bis Dreifache zu erreichen.

Die XVII. Konferenz der KPdSU(B) ist der Meinung, daß in bezug auf die wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft im zweiten Fünfjahrplan folgende Aufgaben gestellt werden müssen:

a) In der Eisenhüttenindustrie ist von einem Schmelzertrag von mindestens 22 Millionen Tonnen Roheisen, wobei die für den Maschinenbau notwendige Produktion von Qualitätsstählen gesichert sein muß, auszugehen. Dazu ist eine vollständige technische Rekonstruktion der Eisenhüttenindustrie mit Errichtung neuer Werke, mit Aufstellen einer neuen mächtigen Ausrüstung, mit sorgfältiger Aufbereitung des Rohstoffes, mit Einführung elektrischer Prozesse und mit Verwendung der Nebenprodukte durchzuführen.

b) In der Buntmetallindustrie sind im Laufe des Planjahres fünfts durch Anwendung der selektiven Flotation Schmelzmethoden für pulverisiertes Erz, neue Rohstoffarten und dem ähnliches für das Schmelzen von Kupfer, Blei, Zink, Aluminium und seltener Metalle in einem Ausmaß zu erreichen, das ausreicht, um den Bedarf des Landes vollkommen zu decken.

c) In der chemischen Industrie ist das Zurückbleiben hinter dem Entwicklungstempo der Volkswirtschaft insgesamt vollkommen zu liquidieren. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Entwicklung der Grundstoffchemie und vor allem auf die Produktion von Düngemitteln zu richten. Hierfür ist die Neuausrüstung der Werke und die stärkste Entfaltung des Baus neuer Betriebe zu gewährleisten.

d) Im Eisenbahnverkehr ist eine grundlegende Rekonstruktion des Eisenbahnverkehrs durchzuführen. Dabei ist der Bau neuer Eisenbahnlinien von mindestens 25 - 30 000 km zu entfalten, sind mehrere Dutzend neuer Brücken über die Hauptwasserwege zu bauen, leistungsfähige Lokomotiven und Großlastwaggons in Betrieb zu nehmen, ist die Elektrifizierung auf einer Reihe von Bahnen zu entfalten, sind in großem Umfang automatische Kuppelungen und Blockierungen und Diesellokomotiven einzuführen. Die Entfaltung des Eisenbahnverkehrs muß einen beschleunigten Aufschwung der Wirtschaft einer Reihe von Rayons und Unionsrepubliken gewährleisten, deren Bedarf in der Vergangenheit vollkommen unbefriedigend gedeckt wurde.

Im Schiffsverkehr ist die Rekonstruktion der See- und Binnenschiffahrtsflotte, die Meisterung neuer und die Verbesserung der bestehenden Wasserstraßen und der Bau voll ausgerüsteter Fluß- und Seehäfen durchzuführen.

Im Straßen- und Chausseebau und in der Automobilisierung ist ein schnelleres Entwicklungstempo als in den anderen Verkehrsarten zu gewährleisten.

Der Luftverkehr ist nach allen Hauptrichtungen als eines der wichtigsten Verbindungsmittel mit den entlegenen Rayons und den großen Industriezentren zu entwickeln.

Es ist für eine starke Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens in allen seinen Arten und insbesondere des Funks zu sorgen.

e) In der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie ist auf der Grundlage der Schaffung der Großmaschinenindustrie und der bedeutenden Erweiterung der landwirtschaftlichen Rohstoffbasis die Produktion der wichtigsten Zweige aufs stärkste zu entfalten und eine Verdreifachung der Verbrauchsnormen pro Kopf zu gewährleisten. Dabei ist von einer verstärkten Entwicklung der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie in den neuen Rayons, nämlich in den Rayons der Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe, auszugehen.

In der Holzindustrie, die von außerordentlicher Bedeutung für den gesamten Aufbau ist, muß ein entsprechendes Wachstumstempo und die Durchführung der Mechanisierung gewährleistet werden.

f) In der Kleingewerbeindustrie (der Handwerksgenossenschaft) ist die Produktion von Massenbedarfsartikeln und die Entfaltung von solchen Gewerben und Produktionsarten, die die sozialistische Industrie und die Landwirtschaft beliefern, und zwar auf der Grundlage der völligen Erfassung der Kleingewerbeindustrie durch die Genossenschaften, bedeutend zu verstärken.

g) In der Landwirtschaft ist die Vollendung der sozialistischen Rekonstruktion zu verwirklichen, wobei die Maschinen-Traktoren-Stationen alle Kollektivwirtschaften erfassen und die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion im wesentlichen vollenden sollen. Die Aufgaben der organisatorisch-wirtschaftlichen Festigung der Kollektivwirtschaften und der sozialistischen Umerziehung der Kollektivbauernmassen müssen auch im zweiten Fünfjahrplan im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen.

Die Sowjetwirtschaften müssen ihre Produktion auf allen Gebieten, darunter auf dem Gebiete der gewerblichen Nutzpflanzen und der Viehzucht, erweitern und noch stärker zu Vorbildern in bezug auf die sozialistische Organisation der

Produktion und auf die Anwendung der hochentwickelten Maschinenteknik und aller Errungenschaften der modernen Agronomie und der Zootechnik werden.

Auf dem Gebiet der Viehzucht ist im zweiten Fünfjahrplan eine solche Vergrößerung des Viehbestandes und ein solches Wachstum der Warenproduktion zu erzielen, daß das Viehzuchtproblem für die UdSSR im wesentlichen gelöst wird, wie die Partei dies im ersten Fünfjahrplan in bezug auf das Getreideproblem erreicht hat.

Für Baumwolle und Flachs ist mindestens eine Verdoppelung und bei Zuckerrüben eine Verdreifachung der Bruttoproduktion zu gewährleisten.

Alle diese Maßnahmen in der Landwirtschaft erfordern einen weiteren und noch schnelleren Aufschwung der Getreidewirtschaft, so daß die Getreideproduktion bis zum Ende des zweiten Fünfjahrplans mindestens eine Milliarde 300 Millionen Doppelzentner erreicht. Deshalb muß die zentrale Aufgabe des zweiten Fünfjahrplans die entschiedene Erhöhung der Ernteerträge in den Kollektivwirtschafts- und Sowjetwirtschaftsfeldern und die bolschewistische Lösung der Frage des Kampfes gegen die Dürre werden.

2. Die Verwirklichung der technischen Rekonstruktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft ist unlöslich mit der Frage der Meisterung der Technik durch unsere Wirtschaftskader, mit der Schaffung zahlreicher neuer Kader unserer eigenen technischen Intelligenz aus den Reihen der Arbeiter und Bauern und mit der entschiedenen Erhöhung des kulturellen Niveaus der gesamten Masse der Werktätigen verbunden. Das zahlenmäßige Wachstum der technischen Kader in der Sowjetunion darf in keiner Weise dazu führen, daß man die Bedeutung unterschätzt, die ihrer wissenschaftlichen Qualifizierung zukommt, ihrer Verpflichtung, sich alle wesentlichen Errungenschaften der internationalen Wissenschaft und Technik entsprechend anzueignen. Die Lösung des Problems der technischen Kader ist ein äußerst wichtiges Element für die bolschewistische Verwirklichung der Aufgaben der Kulturrevolution und des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus.

Mit größter Beschleunigung ist zu erreichen, daß die gesamte Bevölkerung lesen und schreiben kann, die gesamte technische Ausbildung schnellstens auf ein höheres Niveau gehoben wird und die der Entwicklung der Wissenschaft in der UdSSR verstärkte materielle Unterstützung durch den Staat gewährleistet ist. - Das sind die nächsten Aufgaben, die einen Bestandteil der allgemeinen Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande bilden.

3. Um das bolschewistische Tempo des Aufschwungs der gesamten Volkswirtschaft zu sichern und den Bedarf der breiten Massen in Stadt und Land an Massenbedarfsartikeln besser zu befriedigen, ist die Entfaltung des Warenumsatzes von erstrangiger Bedeutung. Die Entfaltung des Warenumsatzes (vor allem des Einzelhandels) und die Durchführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der gesamten Wirtschaftsarbeit ist der wichtigste Stimulus für die Aufdeckung der in unserer Volkswirtschaft vorhandenen gewaltigen und bei weitem noch nicht genutzten inneren Reserven, die dazu beitragen, das Wachstum der sozialistischen Akkumulation zu beschleunigen und dadurch die materielle Basis des gesamten sozialistischen Aufbaus zu festigen. Dabei ist es nur auf der Grundlage der Entfaltung des Warenumsatzes möglich, die Gewähr dafür zu schaffen, daß die Versorgung der Arbeiter und Werktätigen des Dorfes mit Industriewaren und Erzeugnissen der Landwirtschaft weiter schnell verbessert wird, und dazu ist es wiederum notwendig, das Netz von Kaufhäusern, Läden und das ganze Handelsnetz in jeder Weise zu erweitern und gleichzeitig seine erforderliche technische Rekonstruktion durchzuführen. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, die Abschaffung der Normierung für die Ausgabe der Waren vorzubereiten und das System der zentralisierten Verteilung durch den entfalteten Sowjethandel zu ersetzen.

Daneben betont die Konferenz den antibolschewistischen Charakter der "linken" Phrase vom Übergang zum "Produktenaustausch" und über "das Absterben des Geldes" schon im gegenwärtigen Stadium des Aufbaus des Sozialismus. Die Konferenz betont auf der anderen Seite, daß die bürgerlichen

NÖPmann-Entstellungen des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung mit der Politik der Partei und den Interessen der Arbeiterklasse vollkommen unvereinbar sind. Diese Entstellungen kommen in der Verschleuderung von staatlichen, dem ganzen Volk gehörenden Reserven und folglich in der Desorganisierung der aufgestellten Wirtschaftspläne zum Ausdruck.

+ +
+

Die neuen Erfolge des Sozialismus sichert die Arbeiterklasse nur im Kampf gegen die Überreste des Kapitalismus, indem sie den Widerstand der zugrundegehenden kapitalistischen Elemente schonungslos niederschlägt und die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Vorurteile unter den Werktätigen überwindet und eine beharrliche Arbeit zu ihrer sozialistischen Umerziehung leistet.

Das bedeutet, daß sich auch noch in Zukunft in einzelnen Momenten der Klassenkampf unvermeidlich verschärfen wird, und besonders in einzelnen Rayons und an einzelnen Abschnitten des sozialistischen Aufbaus. Daraus ergibt sich gleichzeitig mit besonderer Deutlichkeit die Unvermeidlichkeit, daß sich der bürgerliche Einfluß auf einzelne Schichten und Gruppen von Werktätigen erhält und in einigen Fällen verstärkt und daß noch längere Zeit dem Proletariat fremde Klasseneinflüsse in die Reihen der Arbeiter und sogar in die Partei eindringen. In Anbetracht dessen steht vor der Partei die Aufgabe, die proletarische Diktatur zu festigen und den Kampf gegen den Opportunismus und besonders gegen die rechte Abweichung als die Hauptgefahr in der jetzigen Etappe weiter zu entfalten.

Die völlige Kollektivierung der Landwirtschaft, das Wachsen der staatlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe und die Ausrüstung der Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften mit der modernen maschinellen Technik, die die landwirtschaftliche Arbeit faktisch in eine Abart der Industriearbeit verwandelt, und die bedeutende Stärkung der Verkehrsverbindung und des Warenumsatzes zwischen Industrie und Landwirtschaft schaffen die Bedingungen für die völlige Be-

seitigung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Das schnelle Wachstum der sozialistischen Wirtschaft in den nationalen Republiken und Gebieten während des zweiten Fünfjahrplans führt zur Aufhebung der vom zaristischen kolonial-kapitalistischen Regime hinterlassenen ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit der Nationalitäten. Die UdSSR rückt im zweiten Fünfjahrplan in technischer Beziehung an die erste Stelle in Europa. Die im ersten Fünfjahrplan entfaltete Arbeit zur Umwandlung der UdSSR aus einem Land, das Maschinen und Ausrüstungen einführt, in ein Land, das selbständig Maschinen und Ausrüstungen produziert, wird abgeschlossen und hilft endgültig "der UdSSR die wirtschaftliche Selbständigkeit zu sichern, da sie die UdSSR vor ihrer Verwandlung in ein Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft bewahrt". (XIV. Parteitag der KPdSU(B).¹⁾)

Das alles schafft für die UdSSR die Möglichkeit, schon im zweiten Fünfjahrplan die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder in einer Reihe von Wirtschaftszweigen in technisch-ökonomischer Beziehung einzuholen.

Die äußerst tiefe Krise in den Ländern des Kapitalismus ist der sicherste Beweis für die sich nähernde Katastrophe der kapitalistischen Welt. Die Erfolge des Sozialismus in der UdSSR sind der beste Beweis für die Überlegenheit des sozialistischen Systems über das kapitalistische System.

In den Ländern des Kapitals ist ein katastrophales Sinken der Produktion, eine massenhafte Einschränkung und Stilllegung von Fabriken und Werken, eine noch nie dagewesene Vernichtung von Produktivkräften zu verzeichnen. In der UdSSR gibt es ein gewaltiges und ständiges Wachstum der Produktion, einen sich immer mehr entfaltenden Aufbau von Fabriken, gigantischen Werken, neuen Gruben und Kraftwerken, ein für den Kapitalismus unerreichbares Wachstumstempo der Produktivkräfte.

In den kapitalistischen Staaten gibt es die schrecklichste Arbeitslosigkeit von Millionen und die äußerste Verelendung

1) s. vorliegende Ausgabe, Band VI, Seite 8

von vielen Millionen auf dem Lande. In der Sowjetunion gibt es die völlige Liquidierung der Arbeitslosigkeit und die Beseitigung des Elends, den Siebenstundearbeitstag in den Fabriken und Werken und eine ständige Hebung des Wohlstandes der werktätigen Massen in Stadt und Land.

Das alles macht die UdSSR immer mehr zum Anziehungspunkt der Arbeiter aller Länder und der Unterdrückten der ganzen Welt. Die revolutionierende Bedeutung der Sowjetunion wächst. Die UdSSR erstarkt als Basis des internationalen Sozialismus.

Die XVII. Konferenz der KPdSU(B) bringt ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Hauptaufgaben des zweiten Fünfjahrplans nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt werden, daß dementsprechend eine wirkliche konkrete Wirtschaftsführung und ein entschiedener Kampf gegen den Bürokratismus von Seiten aller Organisationen der Arbeiterklasse gewährleistet sein wird, daß die für die Verwirklichung der Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans notwendige Hebung der Arbeitsproduktivität durch die Werktätigen gesichert und daß die Zahl der Teilnehmer am sozialistischen Wettbewerb und der Stoßarbeiterbewegung mit jedem Tag wachsen wird.

Die Konferenz ist fest davon überzeugt, daß die Arbeiterklasse und die Kollektivbauernmassen in den Partei-, Komsomol-, Gewerkschafts- und Sowjetorganisationen die bolschewistischen Organisatoren und Führer des siegreichen Kampfes für die Verwirklichung des zweiten Fünfjahrplanes finden werden.

Die Konferenz hält es für notwendig, unverzüglich die Arbeit der Partei-, Sowjet-, Wirtschafts-, Genossenschafts-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen für die schnellste Ausarbeitung des zweiten Fünfjahrplans zu entfalten, damit er dem nächsten Parteitag zur Bestätigung vorgelegt werden kann.

"Die XVII. Konferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)".
Stenografischer Bericht Moskau, 1932

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlages Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die anti-kommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

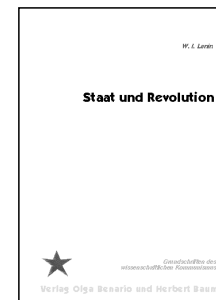
Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 1:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)
Anhang:
Statuten des Bundes der Kommunisten
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-00-4

Band 2:
Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms (1875)
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-01-1

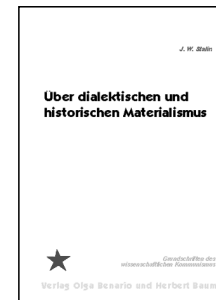
Band 3:
W. I. Lenin
Staat und Revolution (1917)
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-02-8



Band 4:
J. W. Stalin
Über die Grundlagen des Leninismus (1924)
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-03-5

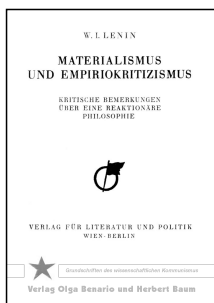
Band 5:
W. I. Lenin
Was tun? (1902)
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-04-2

Band 6:
J. W. Stalin
Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €
ISBN 978-3-932636-05-9



Band 7:
W. I. Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)
W. I. Lenin
Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €
ISBN 978-3-932636-36-3

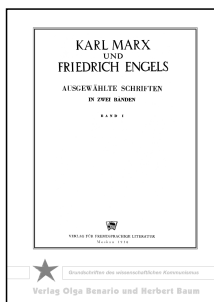
Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 8:
W. I. Lenin
**Ein Schritt vorwärts,
zwei Schritte zurück** (1904)
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €
ISBN 978-3-86589-042-9

Band 9:
W. I. Lenin
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie
in der demokratischen Revolution**
(1905)
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-043-6

Band 10:
W. I. Lenin
**Materialismus und
Empirio-kritizismus** (1908)
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €
ISBN 978-3-86589-050-4



Karl Marx/Friedrich Engels
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1950
erschienenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1848–1874
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-001-6

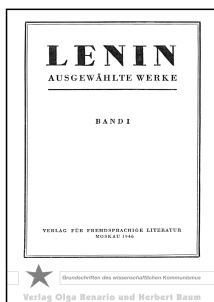
Band II: 1875–1894
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1946/47
erschienenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884–1917
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-93-6

Band II: 1917–1923
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-94-3



Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Komünist Partisi Manifestosu
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

Englisch:
Karl Marx/Frederick Engels
Manifesto of the Communist Party
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

Französisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifeste du Parti Communiste
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

Spanisch:
Carlos Marx/Federico Engels
Manifesto del Partido Comunista
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

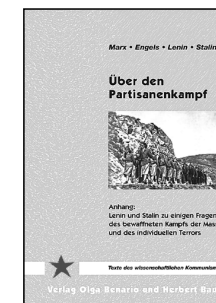
Farsi:
کارل مارکس فریدریش انگلس
مانیفست حزب کمونیست
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

Russisch:
**К. Маркс и Ф. Энгельс
Манифест Коммунистической Партии**
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

Russisch / Deutsch:
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

Serbokroatisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest Komunističke Partije
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



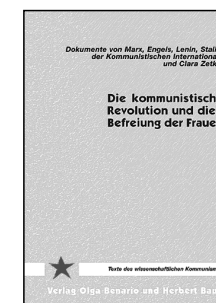
Marx, Engels, Lenin, Stalin
Über den Partisanenkampf
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen
Fragen des bewaffneten Kampfs der
Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-
union zusammengestellt worden und
behandeln die Grundlagen und Grund-
fragen des Partisanenkampfs, sie sind
Ausgangspunkt für eine umfassende
Analyse der Partisanenkämpfe gegen
den Nazifaschismus sowie eine Waffe
im Kampf gegen den revisionistischen
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.
188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6

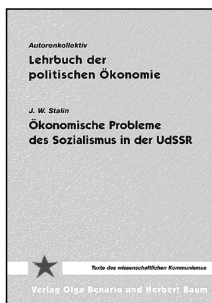


Dokumente von
Marx, Engels, Lenin, Stalin,
der Kommunistischen Internationale
und Clara Zetkin
**Die kommunistische Revolution und
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung
steht die Frauenfrage als Frage der pro-
letarischen Revolution, als Frage des
Kampfes für den Sozialismus und Kom-
munismus. Es finden sich u.a. Texte über
die Ursprünge der Unterdrückung der
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-
wie über Probleme und Fragen der kom-
munistischen Arbeit unter den werktätig-
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-18-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv
Lehrbuch der politischen Ökonomie (1954)
 J. W. Stalin
Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

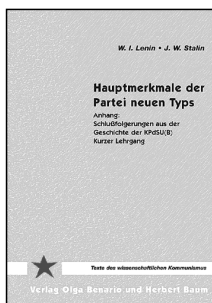
515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv
W. I. Lenin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6

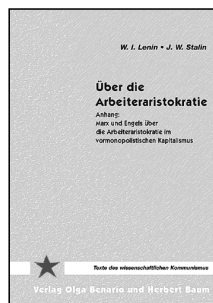


W. I. Lenin/J. W. Stalin
Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €
 ISBN 978-3-932636-22-6

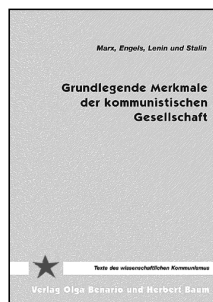
Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin
Über die Arbeiteraristokratie
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofiten, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €
 ISBN 978-3-932636-23-3



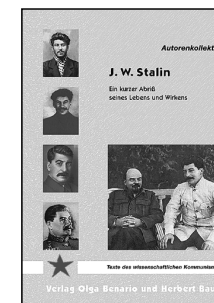
Marx, Engels, Lenin, Stalins
Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €
 ISBN 978-3-932636-67-7

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



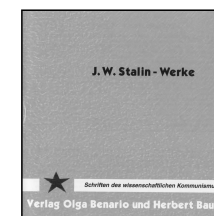
Autorenkollektiv
J. W. Stalin
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund mußten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassten, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €
 ISBN 978-3-932636-65-3

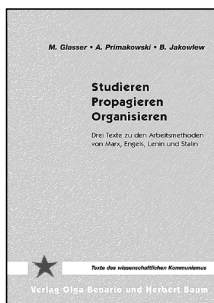


Stalin Werke Band 1 bis 13
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €
 ISBN 978-3-932636-72-1

Buch inklusive CD: 22 €
 ISBN 978-3-932636-73-8

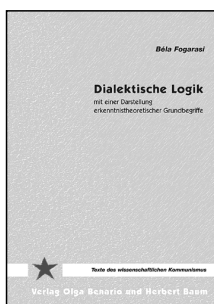
Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew
Studieren – Propagieren – Organisieren
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €
ISBN 978-3-932636-20-2

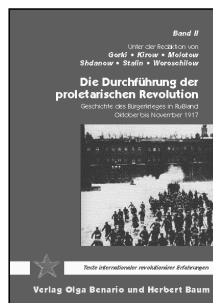


Béla Fogarasi
Dialektische Logik
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-12-7

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow
Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (1937)
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution (1949)
Oktober 1917 bis November 1917
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv
Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

Band 1: 1926 – 1949
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1
Band 2: 1950 – 1976
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv
Zur „Polemik“
Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €
ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten
Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv
Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv
Der XX. Parteitag der KPdSU 1956
Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

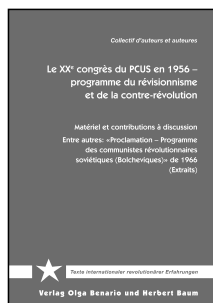


in russischer Sprache:

20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции

материал и дискуссионные статьи в том числе с выдержками „Программное заявление Революционных коммунистов Советского Союза (большевиков)“ 1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9



in französischer Sprache:

Le XX^e congrès du PCUS en 1956
Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)“ de 1966 (extraits)

176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €
ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:

SBKP 1956'daki 20. Parti Kongresi
Sovyetler Birliği Devrimci Komünistlerinin (Bolshevik) 1966 Tarihi Programatik açıklaması

Sovyetler Birliğinde kapitalizmin restorasyonu yönünde ve onun emperyalist karşı devrimine dönüsmesine tayin edici bir ideolojik dönüm noktasını teşkil etmektedir!

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2



in italienischer Sprache:

Il XX^o Congresso del PCUS del 1956
Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell'Unione Sovietica (Bolscevichi)“ del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-004-7

Dokumente und Analysen



Zur Geschichte Afghanistans
Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde auf-

gestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



Die Rote Fahne
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4
2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1
3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7
4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1
2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8
3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5
4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9
2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6
3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3
4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6
2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3
3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0
4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

Gesamtausgabe (17 Bände), zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

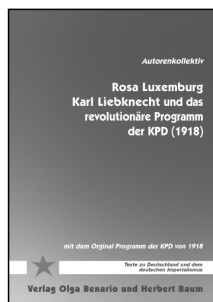
Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

„Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Freies Deutschland
Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

Band 1: 1941 / 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7
Band 2: 1942 / 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4
Band 3: 1943 / 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1
Band 4: 1944 – 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Internationale Hefte der Widerstandsbewegung
Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

Heft 1 und 2 eröffnen die Hefreihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

Heft 3 und 4 haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

Heft 5 analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

Heft 6 und 7 beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

Heft 8 – 10 gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

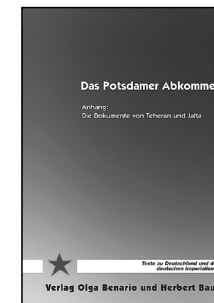
Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3

Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):
Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Das Potsdamer Abkommen (1945)
Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedelungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 € ISBN 978-3-932636-24-0

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



Autorenkollektiv
Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 € ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:
**Nazi-Terror
von Hoyerswerda bis Düsseldorf**
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische

setzte Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

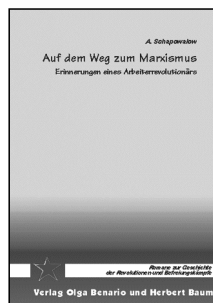
I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow
Auf dem Weg zum Marxismus
Erinnerungen eines
Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

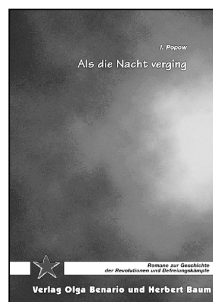
337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski
Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow
Als die Nacht verging

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
ISBN 978-3-932636-30-1

Materialien (Spiralbindung, DIN A4)

Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPD(SU(B)) und der Kommunistischen Internationale (1935)

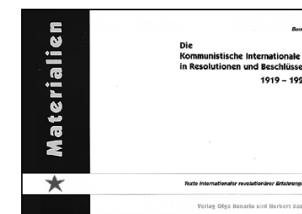
Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution
500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1
Hardcover: Offenbach 1998
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8
Hardcover: Offenbach 1998
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €
ISBN 978-3-932636-59-2

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:

Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II:

Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



Rote Hefte – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

